

Schriften der
Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt

Protestbewegungen und Protestkulturen im deutsch-französischen, europäischen und globalen Kontext

Soziale Akteure, politische und mediale Ausdrucks-
formen, transkulturelle Dimensionen

Herausgegeben von

Ulrike Dausend

Hans-Jürgen Lüsebrink

Luitpold Rampeltshammer



universaar

Universitätsverlag des Saarlandes
Saarland University Press
Presses Universitaires de la Sarre

 OLMS

Schriftenreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes

Die zentrale Aufgabe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes besteht in der Generierung von arbeitsweltorientiertem Wissen und der gegenseitigen Zusammenführung von Wissensbeständen in Wissenschaft und Arbeitswelt mit dem Ziel einer nachhaltigen Kooperation zum Nutzen aller Kooperationspartner/innen. Kooperationspartner/innen sind die Universität des Saarlandes, der Deutsche Gewerkschaftsbund Saar, die Arbeitskammer des Saarlandes und die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes.

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt liegen in den Themenfeldern Mitbestimmung und Partizipation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Globalisierung und ihre Auswirkungen, sektoraler Wandel und grenzüberschreitendes Arbeiten.

Mit dieser Publikation sollen die Vorträge, die im Rahmen des Hauptseminars zum Thema „Protestbewegungen und Protestkulturen im deutsch-französischen, europäischen und globalen Kontext“ gehalten wurden, einem breiteren Publikum zur Verfügung gestellt werden. Diese Lehrveranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit Ulrike Dausend (M.A., Politikwissenschaftlerin, Leiterin des Netzwerks Entwicklungspolitik im Saarland NES e.V.), Prof. Dr. Hans-Jürgen Lüsebrink (Seniorprofessor für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation an der Universität des Saarlandes) und Dr. Luitpold Rampeltshammer (Soziologe, Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt) durchgeführt.

**Ulrike Dausend, Hans-Jürgen Lüsebrink,
Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.)**

**Protestbewegungen und Protestkulturen im deutsch-
französischen, europäischen und globalen Kontext**

**Soziale Akteure, politische und mediale Ausdrucksformen,
transkulturelle Dimensionen**



universaar

Universitätsverlag des Saarlandes
Saarland University Press
Presses Universitaires de la Sarre

OLMS

© 2023 *universaar*

Universitätsverlag des Saarlandes
Saarland University Press
Presses Universitaires de la Sarre
Postfach 151141, 66041 Saarbrücken

ISBN 978-3-86223-318-2 gedruckte Ausgabe
ISBN 978-3-86223-319-9 Onlineausgabe

Buchprojektbetreuung KoWA: Olga Haubrichs
Satz: Olga Haubrichs
Umschlaggestaltung: Julian Wichert

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier.

Eine Publikation in Zusammenarbeit zwischen *universaar* und dem Georg Olms Verlag.

Inhalt

Vorwort..... 7

Hans-Jürgen Lüsebrink, Ulrike Dausend, Luitpold Rampeltshammer

Einleitung: Protest aus politikwissenschaftlicher, soziologischer
und kulturwissenschaftlicher Perspektive..... 9

Lutz Raphael

Zwischen kalkulierter Eskalation und Aufruhr: Populäre Protestformen
in der Krise der Deindustrialisierung. Westeuropa 1978-2000..... 35

Gérard Noiriel

Die Geschichte ‚des Volkes‘ als Erzählung der Machtverhältnisse –
Le ‚populaire‘ comme relation de pouvoir 61

Axel Redmer

Ländliche Jugendproteste der 68er-Zeit und ihre Vorgeschichte –
untersucht am Beispiel von drei rheinland-pfälzischen Kleinstädten..... 81

Reinhard Klimmt

Ein Kommentar zur Studierendenkultur der 1950er-1960er Jahre 115

Franziska Brachmann

Neue Protestformen und alternative Lebensstile der 68er-Bewegung..... 123

Ines Casper

Von der lokalen Betroffenheit zur globalen Gerechtigkeit –
Die Entwicklung der ökologischen Bewegung ab den 1970er Jahren
zu den aktuellen Klimaprotesten..... 153

Nicola Veit

Der Fall Huaraz: ein peruanischer Bauer verklagt RWE 203

Mara-Louise Günzel

Lokale (Protest-?) Formen des *urban gardening* in verschiedenen Kulturregionen oder Eine soziale Bewegung für lebenswerte Stadtgestaltung, Gemeinschaftlichkeit und politische Artikulation 251

Franziska Treder

Die Debatte um die französische Protestbewegung der *Gilets jaunes* – eine Analyse der Berichterstattungs- und Kommentarformen im deutsch-französischen Vergleich 283

Florian Lisson

Die Kritik sozialer Ungleichheit und der Ausdruck von Elitenkritik am Beispiel der Protestbewegung der *Gilets jaunes* und der *Sammlungsbewegung Aufstehen* 317

Élodie Malanda

„I look at books as being a form of activism.“
Afroamerikanische Kinder- und Jugendliteratur als Teil der Black Lives Matter-Bewegung. 343

Anna Carina Mensch

ArtResist 2021 – Kunst und Widerstand in der Underground-Szene Rio de Janeiro 371

Autor:innen 403

Vorwort

Die Beiträge in diesem Band sind Ergebnis einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Protestbewegungen und Protestkulturen im deutsch-französischen, europäischen und globalen Kontext. Soziale Akteure, politische und mediale Ausdrucksformen, transkulturelle Dimensionen“, die Ulrike Dausend, Politikwissenschaftlerin (Geschäftsführerin des Netzwerks Entwicklungspolitik im Saarland), Prof. Dr. Hans-Jürgen Lüsebrink (Seniorprofessur für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation) und Dr. Luitpold Rampeltshammer, Soziologe (Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes) im Wintersemester 2020/21 durchgeführt haben.

Die 12 Beiträge dieses Bandes und die Einleitung der Herausgeber:innen befassen sich mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten von Protestbewegungen seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts in interkultureller Perspektive. Dabei stehen Protestbewegungen in Deutschland, Frankreich – im Vergleich zu anderen europäischen Gesellschaften – und Lateinamerika im Zentrum. Einen zentralen Themenbereich des Bandes bilden der deutsch-französische Vergleich von Protestbewegungen seit dem Mai 68 bis zu den Black Lives Matter- und *Gilets jaunes*-Protestbewegungen der Gegenwart und die interkulturellen Bezüge zwischen deutschen und französischen Protestkulturen und ihren medialen Ausdrucksformen.

Die Herausgeber:innen danken der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, der Arbeitskammer des Saarlandes und der Universität des Saarlandes für die finanzielle Unterstützung der Vortragsreihe und ihrer Publikation. Ein herzlicher Dank gilt auch Olga Haubrichs für die redaktionelle Bearbeitung sowie formale und drucktechnische Einrichtung der Manuskripte und Florian Lisson für die Übersetzung einzelner Beiträge und für die Mitarbeit beim Korrekturlesen und der redaktionellen Bearbeitung.

Saarbrücken, Dezember 2022

Ulrike Dausend, Hans-Jürgen Lüsebrink, Luitpold Rampeltshammer

**Hans-Jürgen Lüsebrink, Ulrike Dausend,
Luitpold Rampeltshammer**

Einleitung: Protest aus politikwissenschaftlicher, soziologischer und kulturwissenschaftlicher Perspektive

Öffentliche Kritik an den Rentenbeschlüssen der Regierung, am Patriarchat, am Rassismus, an autokratischen Systemen, an der neoliberalen Globalisierung, Demonstrationen für mehr Klimaschutz, gegen die Errichtung von Windrädern, für (oder gegen) die Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen, gegen die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie oder gegen die Zunahme von Migration sind nur einige Beispiele öffentlichen Protests im vergangenen Jahrzehnt. Dabei sind einige Proteste nur kurzlebig, wie Occupy Wall Street, während andere andauern, immer mehr Zulauf bekommen und sich teilweise radikalieren, wie verschiedene Ausprägungen der Klimaschutzbewegung von Fridays for Future bis zur Letzten Generation. Es gibt sehr friedliche Formen des Protests, bei denen ein anderer Lebensstil im Mittelpunkt steht, wie beim Urban Gardening, und Protestformen, bei denen Menschen ihr Leben riskieren, wie beim Arabischen Frühling oder den Protesten für Frauen- und Menschenrechte im Iran. Die Vielfalt dieser Proteste in den Blick zu nehmen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihren Formen, Funktionen und Zielen, bei ihren Akteur:innen und in ihrer medialen Rezeption zu analysieren, war Ziel des Hauptseminars „Protestbewegungen und Protestkulturen im deutsch-französischen, europäischen und globalen Kontext“ an der Universität des Saarlandes, aus dem dieser Sammelband hervorgegangen ist.

Form und Funktion von Protest

Protest ist eine alltägliche Form der Kommunikation, er zeigt Meinungsverschiedenheiten und Missfallen an, er richtet sich für oder gegen Veränderungen des Status quo¹. Im politischen Bereich artikuliert er Unzufriedenheit und Empörung über eine geplante oder getroffene politische Entscheidung oder gesellschaftliche Umstände. Für die Sozialwissenschaften ist Protest deshalb ein „sozialer Tatbestand“

1 Opp definiert Protest als „joint (i.e. collective) action of individuals aimed at achieving their goal or goals by influencing decisions of a target“ (Opp 2009: 38). Diese Definition legt den Schwerpunkt auf den Handlungsbegriff, der Fokus auf Kommunikation ist umfassender, denn auch Veröffentlichungen in sozialen Medien können Protest sein.

(Durkheim 1980: 114), deshalb bedarf es auch einer sozialwissenschaftlichen Analyse. Verschiedene Ansätze wurden zu diesem Thema entwickelt.

Aus soziologischer Perspektive kann Protest gesehen werden als eine „Aktion von Beherrschten, mit der die Herrschenden zu einer Änderung der Politik oder politischer Entscheidungen veranlasst werden sollen“ (Heinritz et al. 1995: 525). Ähnlich blickt die Politikwissenschaft auf den politischen Protest, den Rucht (2003: 23) definiert als „kollektive, öffentliche Aktion nichtstaatlicher Träger, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringt und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anliegens verbunden ist“.

Protest ist jedoch, im Gegensatz zu den oben angeführten Definitionen, nicht nur auf den politischen Bereich begrenzt, er tritt auch in Wirtschaft, Kultur und im sozialen Bereich auf. Protest hat immer einen (oder mehrere) *Adressaten* – die Öffentlichkeit, die Regierung, das Management eines Unternehmens usw., denn die Protestierenden haben nicht die Möglichkeit, ihre Anliegen selbst umzusetzen. In diesem Sinn ist Lipsky zuzustimmen, wenn er in Protest eine politische Ressource der Machtlosen sieht, um ihren Einfluss zu stärken (Lipsky 1965: 1144)². Zum Mittel des Protests greifen Akteure, wenn sie ihre Anliegen nicht in den etablierten Strukturen oder Institutionen erreichen³, aus diesem Grunde wenden sich die Protestierenden an die Öffentlichkeit, einerseits um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen und damit um Zuspruch für die eigene Position zu werben, und andererseits, um somit Druck auf Entscheidungsträger aufzubauen.

Die mediale Vermittlung ihres Protestanliegens wird so für die Protestierenden zu einem wichtigen Faktor; denn je öffentlicher der Protest wird, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass darauf reagiert wird. Das Ziel von Protest ist es daher, „einen Prozess der indirekten Überzeugung in Gang zu setzen, der von den Massenmedien und machtvollen Akteuren vermittelt wird“ (Della Porta and Diani 2007: 167). In diesem Sinn ist Protest eine Beziehung einer Person oder einer Gruppe zur Gesellschaft, die eine Selbstverortung innerhalb der normativen Struktur einer Gesellschaft anzeigt. Barrington Moore betrachtet daher die Verletzung sozialer Regeln als wesentliche Ursache für moralische Empörung (Moore 1984: 21) und damit wird durch Protest, in Moores Sicht, der „implizite Gesellschaftsvertrag (ibid.: 36) verletzt“⁴.

2 Lipsky unterscheidet zwischen relativ und extrem Machtlosen. Für Lipsky ist Protest eine Ressource nur für die relativ Machtlosen, da für ihn die Situation der extrem Machtlosen durch ein Fehlen politischer Ressourcen und einer sehr geringen Effektivität gekennzeichnet ist.

3 Luhmann spricht davon, „dass die Teilnehmer zwar politischen Einfluss nehmen, aber nicht auf normalen Wegen“ (Luhmann 1998: 853).

4 Protest kann auch aufgrund der Verfolgung von (materiellen) Interessen erfolgen, um dieser Art von Protest Legitimation zu verleihen, ist es für Moore notwendig, dass sich die Forderungen innerhalb des impliziten Gesellschaftsvertrags befinden. Dem Konzept von Moore unterliegt eine Vorstellung von Reziprozität, die zum Wohl des Gemeinwesens beitragen soll (Moore 1984: 671).

Für Albert O. Hirschman (1974) bestehen grundsätzlich drei Möglichkeiten, mit unzufriedenstellenden Situationen umzugehen: Abwanderung, Widerspruch oder Loyalität⁵ (Exit, Voice und Loyalty), wobei *Loyalität* keine Veränderung erwirkt, sie ist ein Hinnehmen und ein Hoffen auf Veränderungen zu einem unbekanntem Zeitpunkt. *Abwanderung* („Exit“) ist häufig in Märkten anzutreffen, wenn z.B. Kritik an einem Produkt (oder am Produzenten) dazu führt, dass zukünftig bei einem Konkurrenten gekauft wird, aber auch gesellschaftliche Missstände können mit Abwanderung (wie z.B. Flucht aus dem Iran) beantwortet werden. Diese Strategie führt jedoch zu einer Situation, in der spätere Korrekturen nur noch sehr begrenzt vorgenommen werden können. Für diejenigen, die (noch) bleiben wollen oder nicht abwandern können, bleibt nur die Option des *Widerspruchs*, oder, anders formuliert, des Protests („Voice“). In diesem Sinne hat Protest auch immer eine mögliche Korrekturfunktion, da damit Abwanderung vermieden werden kann.

Niklas Luhmann sieht „Proteste [als] Kommunikationen, die an *andere* adressiert sind und *deren* Verantwortung anmahnen. Sie kritisieren Praktiken oder Zustände, machen sich aber nicht selbst anheischig, an die Stelle dessen zu treten, der für Ordnung sorgen sollte. Es geht (...) um Ausdruck von Unzufriedenheit, um Darstellung von Verletzungen und Benachteiligungen, nicht selten auch um wildes Wünschen“ (Luhmann 1991: 136)⁶.

Deshalb sind Proteste nicht per se „moralisch gut“ (Rucht 2009: 273); wie die Beispiele eingangs zeigen, lassen sich mit Protest eine Vielzahl von Inhalten verbinden, manche davon können auch als potenziell demokratiegefährdend oder als die gesellschaftliche Freiheit einschränkend angesehen werden.

Bezüglich der *Form* des Protests lassen sich Unterschiede feststellen: Protest kann *individuell* oder *kollektiv* sein, erst als kollektives Phänomen ist er jedoch für die Soziologie und die Politikwissenschaft von besonderem Interesse. Die Übergänge sind fließend, wie das Beispiel Greta Thunberg zeigt, die im August 2018 allein mit einem Schulstreik begonnen hatte, dessen Ziel eine konsequentere Klimapolitik war und der sich bereits nach kurzer Zeit zu einem Massenphänomen entwickelte. Am 15.3.2019, dem ersten globalen Klimastreik, beteiligten sich, laut der Homepage von Fridays for Future, ca. 2,3 Millionen Menschen in 133 Ländern.

5 Aus seiner wirtschaftssoziologischen Perspektive betrachtet Hirschman hauptsächlich Vorgänge in Märkten, aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive kommt zumindest gewaltsamer Protest hinzu.

6 Kursiv im Original.

Protest kann sich gegen Maßnahmen richten, die nur eine Person oder die Allgemeinheit betreffen und Protest kann friedlich oder gewaltsam sein. Protestaktionsformen haben eine Bandbreite, die von Unterschriftensammlungen über Demonstrationen, Kundgebungen, Streiks, Blockaden bis hin zu Gewaltanwendungen reicht, sie können passiv (z. B. Boykott eines Mineralölherstellers als Reaktion auf die geplante Versenkung einer Ölplattform) oder aktiv (z. B. Befreiung von Versuchstieren) sein. Protest kann in physischer Präsenz (z. B. Demonstrationen) oder über Medien vermittelt stattfinden (z. B. in sozialen Medien).

Protest, um wirkungsvoll zu sein, braucht ein Mindestmaß an Organisation⁷, damit eine Dauerhaftigkeit hergestellt wird. Das verbindet die Analyse von Protest mit der Analyse sozialer Bewegungen⁸, denn Protest ist zugleich ein bevorzugtes Mittel sozialer Bewegungen, wie auch soziale Bewegungen die Verstetigung von Protest gegen das sind, was ihre Mitglieder als Problem wahrnehmen. Wenn allerdings der Prozess der Organisation nicht funktioniert, verebbt oder eskaliert der Protest (Nassehi 2020: 116).

Soziale Bewegungen als Träger von Protest

Während in älteren soziologischen Arbeiten noch ein Unterschied zwischen Protest- und sozialen Bewegungen gesehen wurde, der hauptsächlich darin bestand, dass soziale Bewegungen auf „tiefgehende und umfassende Änderungen der gesamten Gesellschaftsordnung abzielen“, wurden die Ziele von Protestbewegungen als begrenzter wahrgenommen, da sie nur „Änderungen im Personal der politischen Elite oder in gewissen Institutionen anstreben oder besondere Missstände oder Missbräuche beheben wollen“ (Heberle 1967: 8). In neueren Arbeiten wird diese Unterscheidung weitestgehend aufgegeben. Der Grund liegt darin, dass in den früheren Arbeiten soziale Bewegungen mit der Arbeiterbewegung gleichgesetzt wurden, während ab den 1980ern zunehmend die Unterscheidung zwischen „alten“ und „neuen“ sozialen Bewegungen (Rucht 2021) in Anschlag gebracht wird und damit eine zeitliche und auf die angestrebte Wirkungstiefe bezogene Differenzierung erfolgt, bei der die Natur der Konflikte in den Mittelpunkt rückt: „Es geht nicht primär um Entschädigungen, die der

7 In der Organisationsforschung werden Organisationen als „soziale Strukturen, geschaffen von einzelnen in der Absicht, gemeinsam mit anderen bestimmte Ziele zu verfolgen“ (Scott 1986: 31) definiert. Daraus ergeben sich für alle Organisationen (auch für diejenigen, deren Ziel die Verstetigung von Protest ist) spezielle Probleme, wie z. B. die Zieldefinition, die Ressourcenbeschaffung und die Mitgliedergewinnung betreffen. Andererseits ermöglicht die Organisation von Protest eine effiziente Struktur, mithilfe derer die Mitglieder langfristig auf Ziele ausgerichtet, Aktionen geplant und durchgeführt werden können.

8 In den letzten Jahrzehnten hat sich die Forschung zu sozialen Bewegungen zu einem eigenen Strang entwickelt, der Einsichten der Soziologie, der Politikwissenschaft und der Kulturwissenschaft aufnimmt (siehe z. B. Della Porta und Diani 2007 oder für Deutschland Roth und Rucht 2008).

Sozialstaat gewähren kann, sondern um Verteidigung und Restituierung gefährdeter oder um die Durchsetzung reformierter Lebensweisen. Kurz, die neuen Konflikte entzündeten sich nicht an Verteilungsproblemen, sondern an Fragen der Grammatik von Lebensformen“ (Habermas 1983: 576). Zu den neuen sozialen Bewegungen werden seit den 1980er Jahren Emanzipationsbewegungen von Frauen, Schwulen- und Lesbengruppen, Bewegungen für die Verbesserung der Lebensqualität, der individuellen Selbstverwirklichung, für Frieden und Abrüstung, selbstverwaltete Lebens- und Arbeitsformen, Menschenrechte, gegen Hunger und Elend im Globalen Süden, aber auch militante autonome Gruppen oder Hausbesetzergruppen gezählt (Rucht 2021). In diesem Sinne sind neue soziale Bewegungen kollektive Akteure und darauf gerichtet, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeizuführen oder zu verhindern (Roth und Rucht 2002: 297). Sie können als Teilbereich der *Zivilgesellschaft* betrachtet werden, einem gesellschaftlichen Handlungsraum zwischen Staat, Markt und Privatsphäre, in dem sich Bürgerinnen und Bürger selbstorganisiert zusammenschließen, um für ihre – häufig am Gemeinwohl orientierten – Interessen öffentlich eintreten zu können (Kneer 1997: 235).

Die Zivilgesellschaft⁹ umfasst somit wichtige Akteure, die Serviceleistungen zur Entlastung des Staates erbringen (Zimmer und Nährlich 2000), sie wird sowohl als „Medium für den politischen Diskurs“ (Habermas 1982) betrachtet, wie sie auch als „Schule der Demokratie“ (Tocqueville 1985)¹⁰ gilt¹¹, in der im Kleinen demokratische Verhaltensweisen habitualisiert werden, von denen der Staat im Ganzen profitiert.

9 Der Begriff „Zivilgesellschaft“ gilt als zentrales Konzept für die Weiterentwicklung der Demokratie durch die Bürgerschaft. Wolfgang Merkel (2022) definiert sie folgendermaßen: „Die Zivilgesellschaft existiert in einer vor- oder nichtstaatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler, auf freiwilliger Basis gegründeter Assoziationen, die ihre materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren. Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt; doch ihre Zielsetzungen betreffen immer auch die res publica. Akteure der Zivilgesellschaft (z. B. Bürgerinitiativen und die Beteiligten an Runden Tischen) sind in die Politik involviert, ohne jedoch nach staatlichen Ämtern zu streben. Entsprechend sind Gruppen, die ausschließlich private Ziele verfolgen (Familien, Unternehmen etc.) ebenso wenig Teil der Zivilgesellschaft wie politische Parteien, Parlamente oder staatliche Verwaltungen. Die Zivilgesellschaft ist auch kein unitarischer ‚Akteur‘, sondern ein pluralistisches Sammelbecken höchst unterschiedlicher Akteure, die allerdings einen normativen Minimalkonsens teilen. Dieser beruht im Kern auf der Anerkennung des Anderen (Toleranz). Ausgeschlossen ist die Anwendung physischer Gewalt.“

10 Alexis de Tocqueville beschreibt bereits 1835 in seinem Werk „De la démocratie en Amérique“ die Rolle und Funktion der Zivilgesellschaft (civil society) für die Demokratie in den Vereinigten Staaten. Für ihn sind zivilgesellschaftliche Vereinigungen „Schulen der Demokratie“, in denen demokratisches Denken und ziviles Verhalten durch alltägliche Praxis eingeübt werden. Sie dienen durch Werteverankerung und Partizipation der Demokratisierung der Gesellschaft und dem Schutz der Freiheit gegen autoritäre Tendenzen des Staates.

11 Zitiert nach: Geißel und Freise (2015: 530).

Da soziale Bewegungen als Ausdruck zivilgesellschaftlichen Handelns das Ziel verfolgen, gesellschaftlichen Wandel anzustoßen, voranzutreiben oder umzukehren, haben sie in erster Linie einen politischen Charakter. Sie bedienen sich allerdings Aktionsformen, die über das zivilgesellschaftliche Repertoire hinausgehen.

Während Protest eine Konstante in sozialen Beziehungen ist, sind soziale Bewegungen eine relativ neue Form, Protest auszudrücken¹². Charles Tilly lokalisiert das Ende des 18. Jahrhunderts als den Beginn neuartiger Formen der Verfolgung politischer Ziele und damit den Beginn sozialer Bewegungen (Tilly 2004: 7). Erst ab dem Ende der absolutistischen Herrschaft, in Zusammenhang mit den Einsichten der Aufklärung, werden Gesellschaft und Politik überhaupt als veränderbare Phänomene wahrgenommen, vor allem im Vorfeld der französischen Revolution wird kollektiv um Einfluss gerungen, und politische Forderungen werden vorgetragen.

Für Tilly (2004: 3f.) sind soziale Bewegungen eine Form der „contentious politics“, die sich aus vier Elementen zusammensetzt: eine *Kampagne*, in der Forderungen (z. B. höhere Löhne) gestellt werden, zur Umsetzung ihrer Forderungen entwickeln soziale Bewegungen ein *Repertoire von Aktionen* (z. B. Demonstrationen), damit die Aufmerksamkeit auf die Forderungen gelenkt wird. Und sie setzen auf eine möglichst *große Anzahl* von Protestierenden, die ihrer Sache, die sie als *würdig* betrachten, Nachdruck verleihen soll. Tilly erachtet diese Kategorien als Grundlage für eine tiefergehende Analyse sozialer Bewegungen.

Für David Aberle ist eine soziale Bewegung „an organized effort by a group of human beings to effect change in the face of resistance by other human beings“ (Aberle 1991: 315). Aberle hat bereits in den 1960er Jahren eine Typologie sozialer Bewegungen vorgelegt. Auf der horizontalen Achse unterscheidet er zwischen den Adressaten sozialer Veränderung (Individuum oder Gesellschaft) und auf der vertikalen Achse zwischen dem Grad an angestrebter Veränderung (teilweise oder totale Veränderung). Die sich ergebenden vier Typen in den Kreuzungspunkten benennt er redemptive, transformative, alterative oder reformative. Im Kreuzungspunkt von totaler Veränderung und Individuum lokalisiert Aberle erlösende soziale Bewegungen (*redemptive*), die, zumeist religiös motiviert, auf der Suche nach einer neuen Identität für ihre Mitglieder sind, die sich wiederum Erlösung durch diese Veränderung versprechen. Ein säkulares Beispiel für diese Art von sozialer Bewegung sind die Anonymen Alkoholiker, für die die Sucht nur durch eine totale Veränderung überwunden werden kann. Umstimmende (*alterative*) soziale Bewegungen zielen laut Aberle auf graduelle Veränderungen

12 Für Tilly sind Protest und soziale Bewegungen nicht deckungsgleich. Soziale Bewegungen sind für Tilly spezifische Formen sozialer Interaktion, die sich gegen Personen in der Gesellschaft richten, die mit Macht ausgestattet sind.

des Individuums. Als Beispiele für diesen Typus kann man nachhaltigkeitsorientierte Lebensstile, wie food sharing, urban gardening oder Veganismus ansehen. Völlige Veränderung auf der gesellschaftlichen Ebene streben *transformative* Bewegungen an, hier sind erstens revolutionäre Bewegungen zu verorten, deren Ziel die komplette Veränderung des politischen Systems und dadurch, die Veränderung der Gesellschaft ist. Zweitens sind auch Teile der aktuellen Klima- und Nachhaltigkeitsbewegung diesem Typus zuzuordnen, die stärker auf Gesellschaftsveränderung durch eine Transformation des Wirtschaftssystems setzen. Und drittens fordern rassismuskritische Bewegungen tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen im Sinne einer Dekolonialisierung von Bewusstsein und Strukturen durch macht- und selbstreflexive Betrachtungsperspektiven auf Denkweisen, Handlungen, Institutionen und Diskurse. Demgegenüber streben Reformbewegungen (*reformative*) auf graduellen gesellschaftlichen Wandel, der nur Teilsysteme betrifft. Ein Beispiel hierfür wäre die Frauenwahlrechtsbewegung oder aktuell die LGBTQIA+ Bewegung, die sich für Gleichstellung und Sichtbarkeit von Personen mit einer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität einsetzt, die jenseits der heteronormativen Mehrheit liegen.

Aberle präsentiert mit seiner Typologie ein Klassifikationsinstrument, mit dessen Hilfe soziale Bewegungen in Typen eingeteilt werden können und die so einer vergleichenden Analyse zugänglich gemacht werden können.

Protest als Mittel demokratischer Beteiligung

Proteste haben auch nützliche Funktionen in Demokratien, sie thematisieren Probleme, die bisher nicht oder nicht hinreichend bearbeitet wurden und zeigen somit die Defizite von Institutionen in Demokratien auf, da weder die Regierung zu gesellschaftlich akzeptierten Lösungen kommt, noch die Opposition in der Lage ist, die Probleme zu lösen (Nassehi 2020: 79). So werden beispielsweise klimapolitische Ziele und Anstrengungen seitens der politischen Parteien in Deutschland in hohem Maße von der Klimabewegung und ihren Protestformen angetrieben und kritisch hinterfragt.

Soziale Bewegungen können auch aus normativer Perspektive analysiert werden, indem ihr Beitrag für das Funktionieren von demokratischen Prozessen und Institutionen in den Blick rückt. In ihrer Studie zu den Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft analysiert Hannah Arendt „totale Herrschaft“ (Nationalsozialismus und Stalinismus) als eine neue Form des Politischen.

Als wichtigste Ursache für deren Aufkommen sah sie die Vereinzelung der Menschen und dadurch die Zerstörung der „Mitwelt“ (Arendt 2011: 231) zwischen den Menschen in der modernen Massengesellschaft¹³. Dies werde von totalitären Bewegungen ausgenutzt, um die Menschen zu willenlosen politischen Objekten zu machen, die von totalitären Machthabern für ihre Zwecke instrumentalisiert werden können. Als vereinzelte Individuen stünden diese dem totalitären Zwangsapparat hilflos gegenüber. Als Mittel, um dieser Atomisierung der Menschen entgegenzuwirken, sieht Arendt freiwillige Assoziationen, in denen Menschen zusammenkommen, rasonieren, Protest formulieren und ihre Interessen klären. Freie Assoziationen, darin folgt Arendt Tocqueville¹⁴, ermöglichen eine Gesellschaft der Pluralität, die in ihrem Verständnis der Beleg für Freiheit ist, welche sich im zentralen Stellenwert von Öffentlichkeit zeigt – als einem Ort, in dem Bürgerinnen und Bürger, ungehindert vom Staat, zusammenkommen und diskutieren können. In dieser Perspektive ist die Möglichkeit zu protestieren ein Anzeichen freier und demokratischer Gesellschaften, die sich (nicht nur) in dieser Hinsicht wesentlich von totalitären Gesellschaften unterscheiden.

Dennoch wird gelegentlich die Frage diskutiert, ob Protest – neben Wahlen und konventionellen Formen politischer Beteiligung, wie Parteimitgliedschaft oder Interessenvermittlung über Verbände – ein legitimes Mittel politischer Beteiligung in repräsentativen Demokratien darstellt. Hierzu zeichnete sich seit den 1970er Jahren eine zunehmende Akzeptanz der Legitimität des politischen Protests ab, der mit seiner zunehmenden Ausweitung und einer Erweiterung des Partizipationsbegriffs sowie des Spektrums politischer Beteiligungsformen einhergeht. Norris (2002: 5) betrachtet den politischen Protest gar als wesentliches Merkmal moderner Gesellschaften.

Tendenzen aktueller Protestbewegungen

Im Hinblick auf aktuelle Protestbewegungen identifiziert Roth (2018) sechs Merkmale und Trends: Zunächst stellt er fest, dass Protest und soziale Bewegungen weltweit zum politischen Alltag gehören. Nicht nur in liberalen Demokratien, sondern auch in autoritären Regimen nehmen Proteste der Bevölkerung – trotz hoher persönlicher Risiken – dauerhaft und flächendeckend zu. Dabei zeige sich die Etablierung eines dauerhaften Protest- und Bewegungssektors, der gleichzeitig eine zunehmende Professionalisierung mit hoher Mobilisierungsfähigkeit aufweise wie auch lose Vernetzungsstrukturen in Form aktivierender „Netzwerke

13 „Das wesentliche der totalitären Herrschaft liegt (...) einzig darin, dass sie Menschen, so wie sie sind, mit solcher Gewalt in das eiserne Band des Terrors schließt, dass der Raum des Handelns, und dies allein ist die Wirklichkeit der Freiheit, verschwindet“ (Arendt 1986: 714).

14 Für den Einfluss von Tocquevilles Gedanken in Demokratie in Amerika und Hannah Arendts Werk über den Totalitarismus siehe Benhabib 1998: 121ff.

von Netzwerken“, die zu einer hohen Themenvielfalt führen (Roth 2018: 431). Die Träger von Protestaktionen reichen von lokalen Bürgerinitiativen, über lokale und regionale bzw. themen- und kampagnenspezifische Vernetzungen vielfältiger Initiativen und Gruppen, bis hin zu transnationalen Aktionsbündnissen und Kampagnen, die auch Großorganisationen einbinden. All dies deutet auf einen Bedeutungsverlust repräsentativer Demokratieformen und eine Stärkung „unkonventioneller“ Partizipationsformen hin (Roth 2018: 430).

Zweitens zeige sich, dass Proteste und soziale Bewegungen analog zu ihrer Ausbreitung und Normalisierung in allen politischen Lagern zu finden sind und ihre Grenzen zur etablierten Politik verschwimmen. Proteste sind nicht mehr vorwiegend mit den gesellschaftlichen Emanzipationsbewegungen der neuen sozialen Bewegungen verknüpft, sondern wurden seit der Jahrtausendwende mit dem Bedeutungsgewinn rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen auch immer stärker zu deren politischem Mittel, sowohl in westlichen Demokratien wie auch in den Transformationsgesellschaften Osteuropas. Dabei zeige sich, so Roth (2018: 438), auch eine große Überschneidung und ein Zusammenspiel von Bewegungs- und Parteipolitik, wie beispielsweise bei der Nähe zwischen *Pegida* und der *Alternative für Deutschland* (AfD).

Der enge Bezug neuer oder etablierter politischer Parteien auf soziale Bewegungen – ebenso in Europa wie auf dem amerikanischen Kontinent – scheint gleichwohl eine bedeutsame Tendenz aktueller Protestbewegungen wie eines Wandels in den Parteiensystemen zu sein. Die Wahlerfolge von *Syriza* in Griechenland, *Podemos* in Spanien oder Emmanuel Macrons Partei *Renaissance* (bis September 2022: *La République en Marche*) in Frankreich stützten sich ebenso auf gesellschaftliche Protestbewegungen wie Donald Trump seinen Wahlsieg 2016 sicherte, indem er sich rhetorisch an die Spitze einer „Bewegung“ gegen das Establishment der amerikanischen Politik stellte. Der Erfolg derjenigen Parteien, denen es gelingt, sich als „Bewegungspartei“ (Roth 2018: 432) zu präsentieren, geht einher mit einem Bedeutungsverlust der lange dominierenden Volksparteien in vielen Ländern.

Andererseits begleiten Proteste aus unterschiedlichen politischen Lagern in zunehmendem Maße die Ergebnisse demokratischer Wahlen – wie beispielsweise bei den letzten beiden Präsidentschaftswahlen in USA – oder von Einzelentscheidungen – wie die Erhöhung der Benzinpreise in Frankreich als Maßnahme gegen den Klimawandel, die den Anlass für die Gelbwesten-Bewegung darstellte – was auf eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung und einen Legitimationsverlust des etablierten Parteiensystems, wenn nicht gar liberaler Demokratien an sich, hindeutet.

Als dritten Trend aktueller Protestbewegungen identifiziert Roth eine Fragmentierung der Protestbewegungen und ihrer Themen. Im Gegensatz

zu früheren sozialen Bewegungen, die sich – in Anlehnung an die Definition sozialer Bewegungen von Raschke¹⁵ – durch einen „kollektiven Akteur“, eine gewisse „Kontinuität“ und eine „hohe symbolische Integration“ auszeichneten, sei es aktuell schwierig, „gemeinsame Milieus, eine übergreifende, miteinander kompatible Agenda und eine längerfristige gemeinsame Protestpraxis“ (Roth 2018: 433) zu erkennen. Versuche, ein gemeinsames Band zwischen vielen verschiedenen Protesten zu erkennen, das als „soziale Bewegung“ zu titulieren wäre, seien nicht überzeugend. Gleichgültig, ob man als gemeinsamen Nenner die gemeinsame Gegnerschaft zur Debatte, Bürgerrechte bzw. Bürgerschaft („citizenship“) oder emotionale Aggregatzustände wählte: „Aktuell gibt es wenig verbindende Deutungen und keine gemeinsame Agenda, viele Projekte, aber kein gemeinsames Projekt. Dies bedeutet einen Bruch mit den Traditionen alter und neuer sozialer Bewegungen, deren Impulse durchaus noch vorhanden sind, aber sie dominieren nicht mehr den Bewegungssektor“ (Roth 2018: 435).

Der vierte Trend besteht laut Roth darin, dass sich seit Beginn der Banken- und Finanzkrise 2007/2008 auf globaler Ebene eine Verlagerung der Protestinhalte hin zu ökonomischen, insbesondere globalisierungskritischen Themen vollzogen hat. Auch unabhängig von der Finanzkrise gerieten Themen sozialer Ungleichheit und globaler Gerechtigkeit stärker in den Fokus, z. B. durch die Proteste und Aufbrüche im Zusammenhang mit dem arabischen Frühling. Dies bedeutet nicht, dass in den reicheren Ländern „weiche identitätspolitische Themen“, bei denen Akteure mit vorwiegend postmaterialistischen Werten individuelle und kollektive Lebensweisen sowie kulturelle und geschlechtsbezogene Identitäten auf die Agenda setzen, keine Rolle mehr spielen würden.

Jedoch nahm – insbesondere in den von der Krise und der darauf folgenden politischen Maßnahmen der EU, des IWF und der Weltbank betroffenen Ländern Südeuropas – das Protestgeschehen gegen die Austeritätspolitik der „Troika“ in Umfang und Radikalität enorm zu.¹⁶ Damit kamen klassische Themen der „alten sozialen Bewegungen“ wie Ungleichheit, soziale Gerechtigkeit und soziale bzw. ökonomische Bürgerrechte wieder stärker in die öffentliche Debatte, ohne dass dies jedoch ein Wiedererstarken der klassischen Linken bedeutet hätte. Im Hinblick auf die Akteure und Aktionsformen der neuen Proteste zu alten Themen („new old social movements“) ließen sich neue Mischformen zwischen Tradition und neuen sozialen Bewegungen beobachten (Roth 2018: 436).

Der bedeutendste Trend in diesem Zusammenhang ist die Rückkehr der

15 Die Definition von Joachim Raschke (1985: 77) ist stark von den neuen sozialen Bewegungen der 1980er Jahre geprägt: „Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“

16 Vgl. hierzu ausführlich: della Porta (2017).

Kapitalismuskritik durch neuere Protestbewegungen, die sich schon seit der Jahrtausendwende in Form einer Globalisierungskritik im Kontext der alternativen Weltsozialforen angedeutet hatte. In der Folge wurden „alte“ soziale Fragen in Gestalt von Prekarisierung, sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen, Raubbau und blutiger Ausbeutung im globalen Kontext thematisiert und angeprangert. Obwohl diese kritische Betrachtungsweise sich im Zuge der Austeritätsproteste nach 2008 in den breiten gesellschaftlichen Raum ausweitete und ab 2018 von den Diskursen rund um globale Klimastreiks nach der Etablierung von Fridays for Future beflügelt wurden, und obwohl globalisierungskritische und klimapolitische Themen inzwischen im gesamten politischen Spektrum anzutreffen sind, ist es „bisher nicht gelungen, aus den vielfältigen weltweiten Protesten dauerhafte Gegenstrukturen zu entwickeln, die für die Identität und Kontinuität einer oder mehrerer Bewegungen unabdingbar wären“ (Roth 2018: 436).

Der fünfte Trend, den Roth ausmacht, ist die Zunahme von „Demokratie“ in verschiedenen Aspekten als Protest- und Bewegungsthema. Damit ist einerseits der binnendemokratische Aspekt der gleichberechtigten demokratischen Teilhabe innerhalb der sozialen Bewegungen selbst angesprochen, der durch eine breite Suchbewegung nach neuen demokratischen Formen repräsentativer Entscheidungsprozesse ebenso zum Ausdruck kommt wie durch Forderungen nach Bürgerbeteiligung, direktdemokratischen Verfahren und bürgerschaftlichem Engagement – wie zum Beispiel in den Bürger-Klimaräten nach französischem Vorbild. Dem liegt auch eine Kritik an Demokratiedefiziten in den etablierten Parteien- und Verbändesystemen zugrunde; andererseits ist der Ruf nach „echter Demokratie“ auch Gegenstand von Protesten gegen autoritäre Regime (Iran, China) bzw. gegen autoritäre Praktiken in formalen Demokratien (Türkei).

Schließlich werden strukturelle Demokratiedefizite in Protesten offen gelegt, sie prangern den im neoliberalen Kapitalismus vorherrschenden Primat der ökonomischen Logik in allen Gesellschaftsbereichen an und weisen auf die dadurch verursachte Einschränkung politischer Spielräume und demokratischer Gestaltung hin. Und sie kritisieren die mangelnde demokratische Legitimation regionaler Zusammenschlüsse wie der EU und die mangelnde Mitsprache und Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen bei Entscheidungen über globale Regularien. Aber auch hier ist ein Gegentrend zu beobachten, denn rechtspopulistische Bewegungen und Proteste zielen auf eine Einschränkung von demokratischen Rechten und Minderheitenschutz, z. B. durch Formen der Mehrheitsherrschaft (z. B. durch Volksentscheide).

Schließlich darf ein Trend nicht fehlen, der das Informations- und Kommunikationssystem in allen Lebensbereichen massiv verändert hat sowie weiterhin verändert und der auch im Hinblick auf Protestbewegungen tiefgreifende Wirkungen zeigt: die Digitalisierung. Sie hat die Kontextbedingungen dahingehend

verändert, dass elektronische Kommunikation kostengünstig in der Binnen- wie in der Außenkommunikation eine breitere Mobilisierung, auch über lokale und nationale Grenzen hinweg, ermöglicht und gleichzeitig die mediale Sichtbarkeit erleichtert sowie die Resonanz erhöht. Allerdings ist zu bedenken, dass das Volumen an Information sich insgesamt stark ausgeweitet hat, sodass Protestbewegungen in Konkurrenz zu zahlreichen anderen Akteuren stehen, wenn es um öffentliche Aufmerksamkeit und das Interesse des Publikums geht.

Digitalisierung ermöglicht auch, dass Themen und Aktionsformen sich schneller, gegebenenfalls auch weltweit, verbreiten und sich die Akteure mit wenig Aufwand vernetzen und Kampagnen anstoßen können. „All diese förderlichen Potentiale senken nicht nur die Transaktionskosten für Mobilisierungen und erleichtern die Ausbreitung von Protesten, sondern sie machen sie auch unabhängiger von der Unterstützung durch Großorganisationen und der Resonanz in den etablierten Medien.“ (Roth 2018: 440) Damit verändern sich mittelfristig auch Formen der politischen Mobilisierung und Repräsentation in einer Weise, dass sich in Zukunft der Bedeutungsverlust des klassischen Parteien- und Verbandssystemen weiter beschleunigen könnte.

Kulturen des Protests – begriffliche Annäherungen

Von ‚Kulturen des Protests‘ zu sprechen, setzt eine Präzisierung des sehr vielschichtigen und vieldeutigen Begriffs ‚Kultur‘ voraus. In unserem Zusammenhang zielt der Begriff ‚Kultur‘ in erster Linie auf drei Dimensionen: zunächst auf die *sprachliche Dimension* des Verständnisses von Protest und Protestbewegungen, das kulturspezifisch ist; sodann auf die mentalen Voraussetzungen von Protest und Protestverhalten, die auf einem anthropologischen Verständnis von Kultur beruhen. Letzteres verbindet mit dem Begriff Kultur kollektive Wahrnehmungs-, Verhaltens-, Einstellungs- und Handlungsmuster, die für eine soziale Gemeinschaft (wie zum Beispiel eine Nation) oder eine soziale Gruppe bzw. Schicht (wie Arbeiter, Studierende oder Bauern) für eine bestimmten Epoche charakteristisch sind.¹⁷ Und schließlich zielt der Begriff ‚Kultur‘ auf *kulturelle Praktiken* des Ausdrucks von Protesten, die ganz unterschiedliche Formen umgreifen. Diese reichen von Symbolhandlungen wie Demonstrationsmärschen und Kundgebungen, aber auch Aktionen wie der Zerstörung, Verbrennung oder symbolischen Verurteilung und Hinrichtung von Zielscheiben des Protests über Slogans, Transparente, Plakate und Flugblätter bis hin zu medialen Ausdrucksformen wie Radiointerviews, Pressekonferenzen, medial verbreiteten Reden, Ansprachen und Manifesten sowie Beiträgen auf Twitter und Podcasts in den internetbasierten sozialen Medien

17 Vgl. zu diesen unterschiedlichen Kulturbegriffen: Barmeyer 2013; Lüsebrink (2016, Kap. 2.1.3).

der Gegenwart. Neben verbalen und non-verbalen spielen auch extraverbale Ausdrucksformen und Codes eine Rolle, wie Gesichts- und Körperbemalungen sowie symbolbehafte Kleidungsstücke, wie etwa rote Mützen und gelbe Westen. In *sprachlicher Hinsicht* leitet sich der Begriff ‚Protest‘ (und das mit ihm verbundene Wortfeld) im Deutschen von dem lateinischen Wort ‚protestare‘ ab, das „öffentlich bezeugen, erklären, eine Gegenerklärung abgeben, missbilligen“ bedeutet (Drosdowski und Grebe 1963: 534). Im Französischen beispielsweise existieren gleichfalls die Wörter ‚protester‘ und ‚protestation‘. Sie meinen jedoch etwas Anderes als die – auf den ersten Blick naheliegenden – deutschen Äquivalente. Sie zielen vielmehr auf Formen des individuellen ‚Einsprucherhebens‘, während die kollektive Dimension des Protests im Französischen mit dem Begriff ‚contestation‘ bezeichnet wird. Das Wort ‚contestation‘ bedeutet „Action de ne pas admettre quelque chose, de mettre en cause, de contester“¹⁸, das heißt eine ‚Aktion, die etwas nicht zulässt und es infrage stellt‘. Weit geläufiger wird im Französischen, vor allem im Mediendiskurs, jedoch der Begriff ‚Mouvement social‘ verwendet, sowohl im Hinblick auf Streik- als auch auf Protestbewegungen. Er weist zudem eine deutlich dynamische Bedeutungsdimension auf.¹⁹

Eng mit den Begriffen ‚Contestation‘, ‚Cultures de la contestation‘ und „Mouvement social“ – den Entsprechungen der deutschen Begriffe ‚Protest‘ und ‚Protestkultur‘ – ist im Französischen das Begriffsfeld ‚Manifeste‘/ ‚Manifestation‘/ ‚Manifestant‘ verbunden, das noch deutlicher als der deutsche Begriff ‚Demonstration‘ dezidiert die öffentliche Ebene des Protestierens in den Blick rückt. Der Begriff ‚manifeste‘ impliziert geradezu zwangsläufig eine Öffentlichkeit – das heißt Medien, Zuschauer, Publikum, Adressaten. Das Substantif „Manifestation“ (dt. Demonstration) bezeichnet neben öffentlicher Zurschaustellung („acte par lequel quelque chose devient visible, sensible, apparent“) eine „Démonstration collective, expression publique d’une opinion“, das heißt eine ‚kollektive Darlegung als öffentlicher Ausdruck einer Meinung‘. Durch die lexikalische und semantische Verbindung des Begriffs „Manifestation“ mit dem Begriff „Manifest“ eröffnet er somit im Französischen einen anders gelagerten kulturellen Assoziations- und Gedankenhorizont als das deutsche Wort „Demonstration“.²⁰

„Protest“ bzw. „Manifestation“ sind jeweils, im Deutschen wie im Französischen – das hier exemplarisch zum Vergleich herangezogen wird – mit

18 *Le Trésor de la langue française* <http://stella.atilf.fr/Dendien/scripts/tlfiv5/advanced.exe?8;s=334283325>, Art. „Contestation“.

19 Vgl. hierzu Lilian Mathieu (2007), der sich vor allem auf die Theorie und die Analysen des französischen Soziologen Pierre Bourdieu bezieht.

20 Art. „Manifestation“ und „Manifeste“ in: *Nouveau Larousse Illustré. Dictionnaire Universel Encyclopédique*. (o. J. ca. 1890: 894).

kulturspezifischen Begriffs- und Wortfeldern verbunden: Neben den bereits genannten Zentralbegriffen ‚Protestation‘ und ‚contestation‘ sowie ‚mouvement social‘ (‚soziale Bewegung‘) handelt es sich hierbei vor allem um die Begriffe Streik („grève“), Revolte („révolte“) und Widerstand („résistance“), die jeweils kulturspezifische Assoziationen hervorrufen. Das französische Äquivalent zum deutschen Wort ‚Widerstand‘ – „résistance“ – wird gleichfalls im Französischen häufiger verwendet und weist durch den symbolischen Bezug zur Résistance, der französischen Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkriegs, einerseits und das erstmals in der Französischen Revolution verfassungsmäßig verankerte ‚Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung‘ („Droit à la résistance contre l’oppression“) andererseits auf andere politische und historische Implikationen. Das deutsche Wort „Protest“ und die hiermit verbundenen Begriffe („Protestkultur“, „Protestierer“) setzten sich in deutschen Wörterbüchern erst im Laufe des 20. Jahrhunderts durch. Sie waren lange Zeit – und sind es zum Teil bis in die Gegenwart hinein – mit dem juristischen Begriff „Protestation“ („eine in der Absicht von jemanden gegebene Erklärung, um eine Präjudiz abzuwehren“) und den religiösen Begriffen „Protestant“ und „Protestantismus“ assoziativ verbunden, zumal „Protestant“ ursprünglich, folgt man der Definition des Brockhaus von 1824, Folgendes bedeutete : „Im Allgemeinen kann Jeder, der eine Protestation einlegt, d. h. gegen einen aufgestellten Grundsatz, oder eine von Andern ergriffene Maßregel, Widerspruch erhebt, und sich seine Überzeugungen und Gerechtsame dagegen verwahrt, Protestant heißen.“²¹

Das heutige Begriffsfeld des ‚Protests‘ ist überwiegend relativ rezent, sowohl im Französischen als auch im Deutschen und anderen europäischen Sprachen. Es ist im Wesentlichen – von den Begriffen ‚révolte‘ und ‚Aufstand‘ (französisch „sédition“ oder „soulèvement“) abgesehen – im 19. und 20. Jahrhundert, das heißt im Zusammenhang mit der Entstehung der modernen politischen Parteien, der Gewerkschaften sowie im Kontext neuer Medienkulturen entstanden, in denen zunächst das gedruckte Wort und dann im Laufe des 20. Jahrhunderts Radio, Fernsehen und das Internet jeweils, auch im Rahmen der (Selbst-)Darstellung von Protestbewegungen, eine zentrale Rolle einnahmen.

Kultur- und mentalitätsgeschichtliche Dimensionen

Proteste weisen in den unterschiedlichen Gesellschaften und Kulturen des Globus, und in besonders signifikanter Weise auch im Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich, verschiedene, zum Teil grundlegend andere Formen

21 Art. „Protestation“. In: Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände. (Conversations-Lexicon). (1824: 874). Ebd. auch der Art. „Protestation.“ Ein Artikel „Protest“ fehlt.

der Ausprägung und der Akzeptanz auf. Frankreich etwa ist – im Gegensatz zu Deutschland – durch eine lange, in der politischen Kultur und in den kollektiven Mentalitäten tief verankerte Protestkultur geprägt. Die Bauernrevolten („soulèvements paysans“) des 17. und 18. Jahrhunderts, die Französische Revolution und die Revolution von 1848, die Proteste, Streiks und Revolten von Mai 68 sowie häufig mit Streikbewegungen verbundene Massendemonstrationen sind für das kollektive Gedächtnis Frankreichs kennzeichnend. Dies gilt gleichfalls für Symbolfiguren der französischen Protestkulturen der letzten drei Jahrhunderte, wie die populären Brigantenfürher und ‚Sozialbanditen‘ Louis Mandrin und Louis-Dominique Cartouche, die zu Identifikationsfiguren des Widerstandes des einfachen Volkes gegen die Willkür des absolutistischen Staates und die sozialen Ungleichheiten der Epoche wurden²², die rote Mützen („bonnets rouges“) tragenden aufständischen Handwerker der Französischen Revolution (die „Sansculottes“) und die Gelbwesten-Bewegung der Jahre 2018-19. Der französische Philosoph und Historiker Michel Foucault bezeichnete sie, vor allem mit Blick auf vormoderne Protestbewegungen, mit dem treffenden Begriff der „illégalismes populaires“ („populäre Gesetzwidrigkeiten“).²³ Sie haben in keiner westlichen Kultur, was ihre Popularität, ihre soziale und politische Wirkung sowie ihre mentale Identifikationskraft angeht, annähernde Entsprechungen.

Obwohl auch andere Gesellschaften ausgeprägte Protestkulturen aufweisen – man denke etwa an die Virulenz der Bauernaufstände und -kriege im Deutschland des 16. Jahrhunderts oder an die breite und zugleich international weit ausstrahlende *Counter-Culture*-Protestbewegung in den USA in den 1960er und 1970er Jahren –, stellt Frankreich in vieler Hinsicht einen Sonderfall dar, der auch aus diesem Grunde in den Beiträgen des vorliegenden Bandes eine herausragende Stellung einnimmt. Der französische Historiker Michel Winock hat diese Ausnahmestellung Frankreichs mit Blick auf seine ausgeprägte kollektive Protestmentalität, die mehrfach in der französischen Geschichte zu revolutionären Umbrüchen führte, als ‚fièvre hexagonale‘ bezeichnet, als ein kollektives ‚Fieber‘ in den Grenzen des sechseckigen französischen Territoriums („Hexagone“).²⁴ Nicht zufällig trägt die kollektive Symbolfigur der französischen Republik, die Marianne-Figur, die sich als Büste in allen französischen Rathäusern und als Bildmotiv u. a. auf französischen Briefmarken findet, die phrygische Mütze der protestierenden und aufständischen Handwerker von 1789-92. Sie lässt zudem alle Franzosen*innen an Eugène Delacroix’ berühmtes Bild „La liberté guidant le peuple“ („Die Freiheit führt das Volk“) denken, das sie Fahne schwenkend und

22 Lüsebrink (1983: 16-64).

23 Vgl. hierzu Foucault (1975), Kap. IV.II; Foucault (1994: 740-753, hier S. 743).

24 Winock (2009).

mit Gewehr und aufgepflanztem Bajonett auf den Barrikaden von 1830 zeigt. Kennzeichnenderweise erinnert das Profilbild, das die Krankenpflegerin Ingrid Levvasseur, eine der Wortführerinnen der Gelbwestenbewegung in Frankreich, für ihre Facebookseite – bewusst oder unbewusst – auswählte, an jene Marianne-Figur und an Delacroix' berühmtes Gemälde: „Mit dem rechten Arm reckt sie eine Frankreichfahne in die Höhe, wie die berühmte Barrikadenkämpferin auf Eugène Delacroix' Gemälde ‚Die Freiheit führt das Volk‘. Das bald 200 Jahre alte Bild entwickelte sich zur internationalen Ikone des Widerstands, Levvasseur wiederum wurde in den vergangenen Monaten zu einem der Gesichter des zornigen Frankreich.“²⁵

Die kulturellen Praktiken des Protests sind eng mit kultur- und epochenspezifischen Medienkulturen verbunden. Wie der Soziologe Niklas Luhmann und der Politikwissenschaftler Patrick Champagne²⁶ betont haben, ist die Wirkung von Protestbewegungen unmittelbar verknüpft mit der Intensität ihrer Wahrnehmung in den Medien und in der Öffentlichkeit, die wiederum durch gezielte Formen der medialen Inszenierung und Vermittlung durch die Akteure beeinflusst und in gewissem Maße gesteuert werden kann. Die Ausprägung kultureller Praktiken des Protests und ihre öffentliche Wirkung sind wiederum verbunden mit der Medienentwicklung. Die „Medienrevolutionen“²⁷ der letzten fünf Jahrhunderte haben in der Tat auch unmittelbare Auswirkungen auf die mit Protestbewegungen verbundenen kulturellen und medialen Praktiken ausgeübt. Erst die Produktion und soziale Verbreitung von Druckerzeugnissen – vom illustrierten Flugblatt bis zur Zeitung – seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert ermöglichten es Protestbewegungen, nationale und in der Folge transnationale Öffentlichkeiten zu erreichen und zu mobilisieren²⁸; die Medienrevolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts mit der Erfindung der Massenpresse um 1830 und dann des Radios, des Films und des Fernsehens veränderten, wie das Beispiel Mai 68 zeigt, in entscheidendem Maße die medialen Ausdrucks-, Inszenierungs- und Wirkungsformen von Protestbewegungen. Ein erneuter Umbruch erfolgte durch die Einführung des Internets und die globale Verbreitung der sozialen Medien seit Ende der 1990er Jahre. Durch sie wurden völlig neue Ausdrucksformen wie Facebook, Twitter, Podcasts, Protestvideos und Blogs geschaffen, die millionenfach geklickt werden und die soziale sowie transnationale Verbreitung von Protestbewegungen in bisher ungeahnter Weise beschleunigt haben.

25 Pantel (2019).

26 Luhmann (1996a und 1996b); Champagne (1990).

27 Vgl. hierzu den grundlegenden und inspirierenden Aufsatz von Elsner et al. (1991: 83 - 123).

28 Vgl. hierzu das grundlegende Werk von Eisenstein (1979), das auch auf die Auswirkungen der Entstehung und Verbreitung der Druckerpresse und der Printmedien auf die Reformationsbewegung und andere Protestbewegungen des 16. Jahrhunderts eingeht.

Zugleich scheint die internetbasierte, aktuelle Medienrevolution populistischen Protestbewegungen des rechtsextremen Spektrums erheblichen Auftrieb und neue Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, wie die QAnon-Bewegung in den USA seit 2017 (die besonders bei den US-Präsidentenwahlen 2020 aktiv war) und Teile der Anti-Covid-Bewegungen in verschiedenen westlichen und auch außereuropäischen Ländern (wie Kanada) in den Jahren 2020-22 belegen.

So nahm die Gelbwesten (*Gilets jaunes*)-Protestbewegung in Frankreich im Herbst 2018 ihren Ausgang von einer im Internet von Priscillia Ludosky, Besitzerin eines Online-Kosmetikshops in dem französischen Provinzstädtchen Savigny-le-Temple (Seine-et-Marne), lancierten Petition, in der von der Regierung die nachhaltige Senkung der kurz zuvor erhöhten Benzinsteuern gefordert wurde. Die Petition wurde von Éric Drouet, von Beruf Lastwagenfahrer und auch einer der späteren Wortführer der *Gilets jaunes*, entdeckt und von ihm und seinen Freunden auf Facebook verbreitet. Innerhalb von zwei Monaten wurde sie von über einer Million Menschen unterzeichnet, nachdem auch die Presse hiervon berichtet hatte und die Verbreitung hierdurch weiter verstärkte. Die Petition stellte den Auslöser für die *Gilets-Jaunes*-Protestbewegung dar, die sich sehr schnell vom Internet auf die Straße verlagerte und in Frankreich neun Monate lang bis zu 287.000 Demonstrant*innen pro Woche mobilisierte.²⁹ Auch die nach dem Vorbild der kanadischen „Freedom Convoy 2022“-Bewegung in Frankreich Anfang Februar 2022 entstandene „Convoi de la liberté“-Bewegung wurde ausgehend vor allem von einer Facebookseite mit dem Namen der Protestbewegung initiiert, die innerhalb weniger Tage 270.000 Abonnent*innen verzeichnete.³⁰

Medienwandel und Medienrevolutionen beeinflussten somit in entscheidendem Maße den öffentlichen Ausdruck von Protestbewegungen und ihre mediale Inszenierung sowie Wahrnehmung. Zugleich sind hierbei plurisäkulare Langzeit-Kontinuitäten zu erkennen. Ein durchgehendes Charakteristikum von Protestbewegungen in kultureller und medialer Hinsicht bilden seit mehreren Jahrhunderten neben ritualisierten und damit inszenierten Symbolhandlungen – von der geballten Faust bis zu improvisierter symbolischer Volksjustiz – Formen der Mündlichkeit, die trotz des grundlegenden Medienwandels der letzten Jahrhunderte einen weiterhin wichtigen Stellenwert einnehmen. Hierzu gehören insbesondere kollektiv skandierte Slogans und Sprechchöre, mündliche Ansprachen und Appelle sowie gemeinsam gesungene militante Chansons, unter

29 Leclerc (2018). Zu den Teilnehmer*innenzahlen der *Gilets-jaunes*-Proteste siehe „Nombre de participants lors des manifestations des gilets jaunes en France entre novembre 2018 et juin 2019.“ <https://fr.statista.com/statistiques/952143/nombre-manifestants-gilets-jaunes-france> (Zugriff 20.2.2022).

30 Otter (2022).

denen die Revolutionslieder *Ça ira* (1790) und *La Marseillaise* (1792) sowie die *Internationale* (1888), das Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung, die bekanntesten und auch heute noch präsenten Lieder darstellen.

Inter- und transkulturelle Dimensionen

Wie der Soziologe Hans Joas betont, haben sich „im Zuge sich beschleunigender Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesse auch Protestgruppen und soziale Bewegungen immer stärker grenzüberschreitend vernetzt und dabei vor allem die Folgen neoliberaler Globalisierung thematisiert.“³¹ Zweifellos haben im Kontext der vom Neoliberalismus sowie der Medienkultur des Internets geprägten neuen Phase der Globalisierung Protestformen und -kulturen in einem vorher nie dagewesenen Maße eine internationale Dimension angenommen. Bewegungen wie die von Greenpeace und Attac getragenen globalisierungs- und sozialkritischen sowie ökologischen Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte oder die „Black Lives Matter“-Bewegung, die „#MeToo“-Bewegung und die Fridays for Future-Bewegung der letzten Jahre und der Gegenwart, die allesamt globale Dimensionen aufweisen, stellen hierfür herausragende, symptomatische Beispiele dar.

Trotzdem soll nicht aus dem Blick geraten, dass transkulturelle und tendenziell auch globale Protestbewegungen nicht nur ein Phänomen der Gegenwart sind, sondern auch eine historische (Tiefen-)Dimension aufweisen. Stellten die Bauernproteste, -revolten und -aufstände des 16.-18. Jahrhunderts in Europa in erster Linie noch regionale und transregionale Phänomene dar, so übten die im Kontext der Französischen Revolution entstandenen Protestformen eine genuin transnationale und in der Folge – in einer längerfristigen Perspektive betrachtet – eine globale, alle Kontinente und zahlreiche Gesellschaften des Globus erfassende Wirkung aus. Dies gilt auch für die im Rahmen der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen sowie der Gewerkschaftsbewegung des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts entstandenen Ideologien und die mit ihnen verbundenen Formen des sozialen Protests. Auch sozialpolitische Protestbewegungen wie die zunächst in den USA entstandene *Counter-Culture*-Bewegung oder die wesentlich von den Ereignissen in Paris geprägte Bewegung von Mai 68 wiesen eine weit über die USA bzw. Frankreich und Europa hinausreichende, nahezu globale Dimension auf.³²

In kulturwissenschaftlicher Perspektive lassen sich diese Phänomene und Prozesse in erster Linie mit den Begriffen und methodischen Konzepten *Transkulturalität* und *Interkulturalität* beschreiben und analysieren. Der Begriff

31 Joas (2007: 632).

32 Vgl. hierzu Gilcher-Holtey (2008), hier insb. der Aufsatz von Donatella Della Porta (2008); Kurlansky (1988).

„Transkulturalität“, der eine vielschichtige Bedeutung aufweist³³, zielt auf die Analyse von Phänomenen, die kulturelle Grenzen überschreiten und mehrere Kulturen erfassen. Bezüglich transkultureller Protestbewegungen ließe sich in dieser Perspektive eine ‚kulturelle Kartographie‘ erstellen, die darauf abzielt, die transkulturelle Wirkung von spezifischen Protestbewegungen (wie Mai 68 oder „Fridays for Future“) zu erfassen und den kulturellen Transfer von Protestformen, Soziabilitätsformen sowie medialen Ausdrucksformen des Protests möglichst präzise zu erfassen und zu analysieren. Die *interkulturelle Perspektive* zielt hingegen, als eine zugleich differente und komplementäre Untersuchungsperspektive, auf die Aneignungs-, Transformations- und Re-Interpretationsprozesse von Protestbewegungen, die in anderen Kulturen entstanden sind. Der Begriff „Interkulturalität“ lässt sich definieren als ein „gegenseitiger Prozess des Austauschs, der Interaktion, der Verständigung, der Interpretation, der Konstruktion [...], der dann relevant wird, wenn Kulturen auf der Ebene von Gruppen, Individuen und Symbolen in Kontakt miteinander kommen und nicht über dieselben Wertorientierungen, Bedeutungssysteme und Wissensbestände verfügen.“³⁴ Eine interkulturelle Analyse transkultureller Protestbewegungen impliziert somit zu erfassen, wie sich Protestformen in ihren verschiedenen sozialen und medienorientierten Ausprägungen verändert haben. Der Mai 68 in Paris und die in seinem Kontext entstandenen Protestbewegungen etwa im Senegal, in Kanada und in Mexiko weisen in Teilbereichen übereinstimmende Forderungen und Protestformen (wie Demonstrationenmärsche, Straßenblockaden, Slogans, Flugblätter) auf; aber nicht nur die soziale Zusammensetzung der Protestierenden, sondern auch Sprache, Begrifflichkeit, Ästhetik sowie das verwendete Medienspektrum weisen zum Teil erhebliche und grundlegende Unterschiede auf. So spielte bei den Protesten im Mai und Juni 1968 in Dakar (Senegal) die postkoloniale Situation eine herausragende Rolle, d. h. die Infragestellung der herrschenden, von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich gestützten Eliten des Landes, ebenso wie die kulturelle und sprachliche Übersetzung zentraler Forderungen der protestierenden Studierenden, Arbeiter, Schüler und Arbeitslosen in die neben dem Französischen als offizielle Amtssprache in der sozialen Kommunikation dominierende Wolof-Sprache. Anders als etwa in Frankreich oder Deutschland intervenierten im Senegal auch religiöse Autoritäten (die islamischen Marabouts) auf Seiten des damaligen Staatspräsidenten Léopold Sedar Senghor und appellierten – zunächst vergeblich – an die Protestierenden, den Streik und die Demonstrationen zu beenden.³⁵

33 Barmeyer (2013: 167-168).

34 (Ebda.: 81).

35 Vgl. hierzu die Saarbrücker Masterarbeit im Fach „Interkulturelle Kommunikation“ von Sarah Gisch (2016).

Bei den Anti-Impfpass-Protesten im Kontext der Covid-19-Pandemie im Jahre 2021 und Anfang des Jahres 2022 lassen sich gleichfalls – trotz ähnlicher Zielsetzungen und vergleichbarer Aktionsformen der Protestbewegungen – in den verschiedenen Gesellschaften deutlich unterschiedliche kulturelle Ausdrucksformen und Symbole erkennen. Während beispielsweise die kanadischen Protestierenden – in Ottawa vor allem Lastwagenfahrer – kanadische Fahnen schwenkten und ihre Körper und Gesichter mit den kanadischen Nationalfarben rot und weiß bemalten, spielten in Frankreich die französische *Tricolore* und der Bezug auf die republikanisch-revolutionäre Protesttradition Frankreichs, wie bereits bei der Gelbwestenbewegung³⁶, eine herausragende Rolle. Die auf Transparenten und Kleidungsstücken immer wieder erscheinenden Begriffe „Liberté“, „Tyranie“ und „Dictature“ weisen in beiden Kulturen, der französischen und der kanadischen, sehr unterschiedliche, historisch geprägte Bedeutungen und Assoziationen auf. In Frankreich lassen sie an die Freiheitsversprechen der Französischen Revolution und ihre in allen französischen Rathäusern präsente Devise „Liberté – Égalité – Fraternité“ denken ; die Gegenbegriffe „Tyrannei“ und „Diktatur“ hingegen werden mit den historischen Erfahrungen des absolutistischen *Ancien Régime*, das die Revolutionäre von 1789 stürzten, und des NS-nahen Pétain-Regimes während des Zweiten Weltkriegs verbunden. Dies brachte die Protestierenden dazu, den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron in Slogans, die sie auf ihre gelben Westen schrieben, provokativ mit dem Sonnenkönig Ludwig XIV. zu vergleichen und ihn, in der bewusst gewählten deutschen Schreibweise, als „Diktator“ zu bezeichnen.

36 Siehe hierzu und zum Folgenden Wahnich (2020) und das Dossier „Approches ethnographiques des gilets jaunes“, 42 S. <https://revues.mshparisnord.fr/chcp/index.php?id=124> (Zugriff 20.2.2022).

Literatur

- Aberle, David (1991). *The Peyote Religion among the Navaho*. 2. Auflage [1. Auflage 1966] (Chicago: University of Chicago Press).
- Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände. (Conversations-Lexicon)* (1824) Sechste Original-Auflage. Artikel „Protestare“ und „Protestation“, Bd. VII (Leipzig: Brockhaus).
- Arendt, Hannah (1986). *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. 2. Auflage [1. Auflage 1955] (München: Piper).
- Arendt, Hannah (2011). *Vita Activa*. Taschenbuch 10. Auflage [1. Auflage 1960] (München: Piper).
- Barmeyer, Christoph (2013). „Kultur“, in: *Taschenlexikon Interkulturalität*. (Göttingen: Vandenhoeck&Ruprecht) (UTB 3739), S. 95-96.
- Barmeyer, Christoph (2013). „Transkulturalität“, in: *Taschenlexikon Interkulturalität* (Göttingen: Vandenhoeck&Ruprecht) (UTB 3739), S. 167-168.
- Benhabib, Seyla (1998). Hannah Arendt. *Die melancholische Denkerin der Moderne* (Hamburg: Rotbuch).
- Champagne, Patrick (1990). *Faire l'opinion. Le nouveau jeu politique* (Paris: Minuit).
- De Tocqueville, Alexis (1985/ 1835/40). Über die Demokratie in Amerika (Stuttgart: Reclam).
- Della Porta, Donatella (2008). „1968‘ – Zwischennationale Diffusion und transnationale Strukturen. Eine Forschungsagenda“, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.) 1968. *Vom Ereignis zum Mythos*. Frankfurt/M.: Suhrkamp), S. 173-198.
- Della Porta, Donatella & Mario Diani (2007) *Social Movements: an introduction*. 3. Auflage [1. Auflage 1998]. (Malden: Blackwell Publishing).
- Della Porta, Donatella (2015). *Social Movements in Times of Austerity* (Cambridge: Polity).
- Drosdowski, Günther, Grebe Paul und weiteren Mitarbeitern der Dudenredaktion (1963). „Protestieren“ in: *Duden Etymologie. Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache* (Mannheim/Wien/Zürich: Dudenverlag).
- Durkheim, Emile (1980). *Die Regeln der soziologischen Methode* (Frankfurt am Main: Suhrkamp) 6. Auflage. 1. Auflage 1984.

- Eisenstein, Elizabeth (1979). *The Printing Press as an Agent of Change. Communications and Cultural Transformations in Early-Modern-Europe* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Elsner, Monika, Gumbrecht, Hans Ulrich, Müller, Thomas und Spangenberg, Peter M. (1991). „Von Revolution zu Revolution. Zur Kulturgeschichte der Medien, in: Siegfried J. Schmidt und Siegfried Weischenberg (Hg.). *Die Münzen der Kommunikation. Gattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen. Funkkolleg Medien und Kommunikation. Konstruktionen von Wirklichkeit.* (Weinheim und Basel: Beltz). (Studienbrief 6), S. 83-123.
- Foucault, Michel (1975). *Surveiller et punir. Naissance de la prison* (Paris, Gallimard). Michel Foucault (1994) „Entretien sur la prison: le livre et la méthode“, in: Foucault, *Dits et écrits, 1954-1988.* (Paris: Gallimard), Bd., II: 1970-1975, S. 740-753.
- Fridays for Future. List of Countries. <https://fridaysforfuture.org/what-we-do/strike-statistics/list-of-countries/>, abgerufen am 21.02.2022.
- Fuchs-Heinritz, Werner, Lautmann, Rüdiger, Rammstaedt, Otthein und Hanns Wienold (1995). *Lexikon zur Soziologie* (Opladen: Westdeutscher Verlag).
- Geißel, Brigitte, Freise, Matthias (2015). „Zivilgesellschaft und Soziale Bewegungen in der Vergleichenden Politikwissenschaft“, in: Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer und Gert Pickel (Hrsg.). *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft* (Wiesbaden: Springer NachschlageWissen), https://doi.org/10.1007/978-3-658-02993-7_40-1.
- Gisch, Sarah (2016). *Mai 68 im internationalen Kontext. Das Beispiel Dakar.* (Saarbrücken: Phil. Fakultät), Masterarbeit im Studienfach „Interkulturelle Kommunikation“, unveröffentl. Manuskript.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.) (2008). 1968. *Vom Ereignis zum Mythos.* (Frankfurt am Main: Suhrkamp).
- Habermas, Jürgen (1982). *Theorie des kommunikativen Handelns*, Band 1 (Frankfurt a. M.: Suhrkamp).
- Habermas, Jürgen (1983). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 2 (Frankfurt a. M.: Suhrkamp).
- Heberle, Rudolf (1967). *Hauptprobleme der politischen Soziologie* (Stuttgart: Ferdinand Enke).

- Hirschman, Albert O. (1974). *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten* (Tübingen: Mohr).
- Joas, Hans (Hg.) (2007). *Lehrbuch der Soziologie*, 3., überarb. und erw. Auflage. (Frankfurt am Main und New York: Campus).
- Kneer, Georg (1997). „Zivilgesellschaft“, in: Kneer, Georg, Nassehi, Armin und Markus Schroer (Hrsg.). *Soziologische Gesellschaftsbegriffe. Konzepte moderner Zeitdiagnosen* (München: Wilhelm Fink), S. 228-252.
- Kurlansky, Mark (1988). *1968. The Year That Rocked The World*. (London: Vintage).
- Larousse (o. J. ca. 1980). Art. „Manifestation“ und „Manifeste“ in: *Nouveau Larousse Illustré. Dictionnaire Universel Encyclopédique*. Paris; Larousse) Bd. V.
- Leclerc, Aline (2018). „Priscilla Ludosky, porte-parole des ‘gilets jaunes’: ‘Ce n’est qu’un premier rendez-vous, on en attend d’autres’“, in: *Le Monde*, 28.11.2018.
- Lipsky, Michael (1968). „Protest as a Political Resource“, in: *The American Political Science Review*. Vol. 62, No. 4, pp. 1144-1158.
- Lüsebrink, Hans-Jürgen (1983). *Kriminalität und Literatur im Frankreich des 18. Jahrhunderts. Literarische Formen, soziale Funktionen und Wissenskonstituenten von Kriminalitätsdarstellung im Zeitalter der Aufklärung*. Mit einem Vorwort von Rolf Reichardt (München/Wien: Oldenbourg-Verlag).
- Lüsebrink, Hans-Jürgen (2016). *Interkulturelle Kommunikation. Interaktion, Fremdwahrnehmung, Kulturtransfer*. 4. Aktual. Auflage. (Stuttgart/Weimar: Metzler).
- Luhmann, Niklas (1991). *Soziologie des Risikos* (Berlin: de Gruyter).
- Luhmann, Niklas (1996a). *Die Realität der Massenmedien*. 2. Erw. Ausgabe, (Opladen: Westdeutscher Verlag).
- Luhmann, Niklas (1996b). *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen* (Frankfurt am Main: Suhrkamp).
- Luhmann, Niklas (1998). *Die Gesellschaft der Gesellschaft* (Frankfurt am Main: Suhrkamp).
- Mathieu, Lilian (2007) „L’espace des mouvements sociaux“, in: *Politix*, 2007/1 (n°77), S. 131-151.

- Merkel, Wolfgang (82022). „Zivilgesellschaft“, Version 08.06.2022, 09:10 Uhr, in: Staatslexikon online, URL: <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Zivilgesellschaft> (abgerufen: 14.09.2022).
- Moore, Barrington (1984). *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand* (Frankfurt am Main: Suhrkamp). Zweite Auflage. 1. Auflage 1982.
- Nassehi, Armin (2020). *Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests* (Hamburg: kursbuch.edition).
- Norris, Pippa (2002). *Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Opp, Karl-Dieter (2009). *Theories of Political Protest and Social Movements* (London: Routledge).
- Otter, Margaux (2022). „Le ‚convoi de la liberté‘ est-il l’héritier des ‚gilets jaunes‘ ?“, in: L’Obs (Paris), 10.2.2022.
- Pantel, Nadia (2019). „Das Gesicht des zornigen Frankreichs“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 24.1.2019, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-gelbwesten-ingrid-levavasseur-1.4300916> (abgerufen: 25.01.2023).
- Raschke, Joachim (1985). *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss* (Frankfurt am Main/New York: Campus).
- Roth, Roland und Dieter Rucht (2008). *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch* (Frankfurt am Main: Campus).
- Roth, Roland (2018). „Eine neue Generation von Protesten? Ein Literaturbericht“, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Ausgabe 2/2018, S. 429-452.
- Rucht, Dieter (2003). „Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen“, in: *Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“* Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen (Opladen: Westdeutscher Verlag), S. 17-155.
- Rucht, Dieter (2009). „Soziale Bewegungen“, in: Fuchs, Dieter und Edeltraud Roller (Hrsg.) *Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe* (Stuttgart: Reclam), S. 272-275.

- Rucht, Dieter (2021). „Neue Soziale Bewegungen“, in: Andersen, Uwe, Bogumil, Jörg, Marschall, Stefan und Wichard Woyke (Hrsg.) *Handwörterbuch des politischen Systems* (Wiesbaden: Springer VS), S. 652-655.
- Scott, Richard W. (1986). *Grundlagen der Organisationstheorie* (Frankfurt/Main: Campus).
- Tilly, Charles (2004). *Social Movements 1768 – 2004* (Boulder and London: Paradigm).
- Wahnich, Sophie (2020). „Révolution française: un scénario inactuel pour les gilets jaunes“, in: *Condition humaine/Conditions politiques. Revue internationale d'anthropologie du politique*, 1, 2020 (ohne Seitenangaben). <https://revues.mshparisnord.fr/chcp/index.php?id=124>
- Winock, Michel (2009). *La fièvre hexagonale. Les grandes crises politiques 1871-1968*. (Paris: Seuil).
- Zimmer, Annette und Stefan Nährlich (2000). „Zur Standortbestimmung bürgerschaftlichen Engagements“, in: Zimmer, Annette und Stefan Nährlich (Hrsg.) *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven* (Opladen: Leske+Budrich). S. 9-22.

Lutz Raphael

**Zwischen kalkulierter Eskalation und Aufruhr:
Populäre Protestformen in der Krise der
Deindustrialisierung. Westeuropa 1978-2000**

Gliederung

1	Einleitung.	35
2	Rahmenbedingungen des Vergleichs.	36
3	Entwicklungstrends aus der Vogelperspektive	38
4	Fallstudien Phase 1 (1978-1987).	41
4.1	Longwy/Denain 1978/79: Neue Militanz und neue Kommunikationsformen.	42
4.2	Miners' strike 1984/5: Sozialdrama und Abschied von der politischen Bühne.	44
4.3	Rheinhausen 1987: kalkulierte Konfrontation	46
5	Fallstudien Phase 2 (1988-2005): Die Rückkehr der Rebellion	48
5.1	Poll-tax Riot 1990: Revanche und Bürgerprotest.	49
5.2	Meadow Well (Newcastle) 9. Sept. 1991.	51
6	Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen	53
	Literatur.	56

1 Einleitung

Westeuropa erlebte seit den späten 1960er Jahren eine Welle öffentlicher Proteste, Demonstrationen und politischer Streiks. Studenten, Schüler, Arbeitsmigranten, lokale Bürgerinitiativen, aber auch Gewerkschaftler und radikale Oppositionsparteien meldeten medial sichtbar, lautstark und vielfach unter Bruch der legalen Grenzen ihren Protest an und artikulierten ihre Gegenpositionen zu Regierungspolitik und Mehrheitsmeinungen in der Medienöffentlichkeit. Demokratische Regierungen und Parlamente sahen sich einer Protest- und Partizipationswelle

gegenüber, die in allen drei Ländern die Koordinaten der politischen Agenda nachhaltig in Richtung sozialer und rechtlicher Reformen sowie stärkerer Bürgerbeteiligung verschoben. Vor allem der Aufstieg der „neuen sozialen Bewegungen“ (Frauen-, Friedens-, Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegungen) hat langfristig das Profil der westeuropäischen Demokratien verändert. Dabei wird in der Rückschau gern vergessen, dass die späten 1960er und die 1970er Jahre zugleich auch einen Höhepunkt der Arbeitskämpfe in Westeuropa darstellten. Gewerkschaften gewannen eine bis dahin lange nicht gekannte Stärke und sahen sich zugleich auch durch die eigene Mitgliederschaft und die Beschäftigten in den Betrieben unter Druck gesetzt, auch militante Aktionen und Streiks durchzuführen (Vigna 2008; McIlroy et. al. 2007; Birke 2007).

Dabei verschoben sich bereits ab Mitte der 1970er Jahre diese Ziele immer deutlicher in Richtung Verteidigung der Arbeitsplätze beziehungsweise der Löhne. Der Kontext von Inflation, Massenentlassungen, dann Werksschliessungen führte zu einer Welle militanter Protestaktionen von Arbeiterinnen und Arbeitern. Die bald einsetzende Massenarbeitslosigkeit sorgte in den späten 1970er und 1980er Jahren für ein soziales Klima, das diese Proteste zu militanten Abwehrkämpfen angesichts bedrohter sozialer Existenz und für radikal andere wirtschaftspolitische Ziele werden ließ. Diese Protestformen angesichts einer mehr als zwei Jahrzehnten andauernden Deindustrialisierung sollen im folgenden Beitrag anhand der drei westeuropäischen Länder Großbritannien, Frankreich und der alten Bundesrepublik untersucht werden.¹ In der jüngsten Zeitgeschichte des Sozialprotestes und sozialer Bewegungen sind diese arbeitsbezogenen Protestformen eher an den Rand geschoben worden; die rasch von den zeitgenössischen Sozialwissenschaften entdeckten „neuen“ sozialen Bewegungen standen und stehen im Rampenlicht des Interesses. Dies erklärt sich nicht zuletzt aus der sozialen Nähe der Forscherinnen und Forscher zu diesem Gegenstand, aber auch aus der bereits zeitgenössisch zu beobachtenden Medienaffinität dieser Bewegungen seit den mit der Chiffre 1968 zusammengefassten anti-autoritären Protestbewegungen der späten 1960er Jahre. (Ross 2002; Horn 2007; Gildea et. Al. 2013) Die folgenden Ausführungen nehmen eine Lesart dieser Bewegungen auf, wie sie vor allem in der französischen Forschung vertreten wird und betonen die Verbindungen zwischen „alten“ und „neuen“ Protestbewegungen (Pigenet und Tartakowsky 2014).

1 Dieser Beitrag beruht größtenteils auf Studien, deren Ergebnisse in dem Buch „Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom“ (Raphael 2019) dargestellt worden sind. Teile des folgenden Textes sind überarbeitete Passagen des Kapitels 2 (Raphael 2019, S.92-142) und 3 (Raphael 2019, S.143-204).

2 Rahmenbedingungen des Vergleichs

Ein solcher Dreiländervergleich ist nur dann sinnvoll, wenn er die Voraussetzungen reflektiert, von denen aus Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Protestformen bewertet werden müssen. Zu den alle drei Länder übergreifenden Gemeinsamkeiten sind zum einen die zeitgenössischen ökonomischen Entwicklungen im Industriesektor zu rechnen. Darauf wird im nächsten Abschnitt genauer eingegangen. Sie ließen so etwas wie eine westeuropäische Krisenkonstellation entstehen, auf die die unmittelbar Betroffenen der Deindustrialisierung sowie ihre Organisationen reagieren mußten. (Raphael 2019, S.35-91) Zu den übergreifenden Gemeinsamkeiten gehören zweitens auch die sozialkulturellen Umbrüche, welche von den Protestbewegungen der 68er Jahre ausstrahlten und in allen drei Ländern bis dahin fraglos geltende Spielregeln in Politik, Kultur und Gesellschaft veränderten. (Dreyfus-Armand et. al. 2000) Die Medienöffentlichkeiten waren die Seismographen dieser vielfältigen Öffnungen in Moral und Kultur, die Gesetzgebung folgte in allen drei Ländern diesen Veränderungen im Meinungsklima durch Liberalisierung im Eherecht und im Strafrecht, durch Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetze und Ausweitung des Rechtsschutzes des Einzelnen.

Sehr unterschiedlich waren und blieben die organisatorischen Bezüge und politischen Sprachen, deren sich die Träger sozialer Proteste in der Arbeitswelt der drei Länder bedienten. Die Unterschiede in den Arbeiterbewegungen zwischen den drei Ländern waren bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts erheblich und sind im weiteren Verlauf des Jahrhunderts deutlich größer geworden. Sie haben dazu geführt, dass erhebliche Differenzen zu berücksichtigen sind, wenn man Streiks, Demonstrationen oder Betriebsbesetzungen in den drei Ländern vergleicht (Raphael 2019, S.102-106).

In Großbritannien dominierten Anfang der 1970er Jahre organisatorisch starke Berufsgewerkschaften in der industriellen Arbeitswelt, sie besaßen zugleich auch durch ihre kollektive Mitgliedschaft eine Vetomacht in der Labour Party, die als parlamentarischer Arm der working class entstanden war und diesem Erbe bis in den 70er Jahre eng verbunden blieb. Die politischen Mobilisierungssprachen innerhalb der britischen Arbeiterbewegung waren jedoch vielfältiger, als es diese organisatorische Geschlossenheit zunächst suggeriert. Liberale, gemäßigte und radikale sozialistische Parolen zirkulierten nebeneinander und selbst konservative Argumente und Positionen fanden Wiederhall je nach Branche, Region oder Berufsgruppe. Militante Streiks waren aber jenseits ideologischer Differenzen hinweg ein verbreitetes Mittel der Interessendurchsetzung, das von allen Strömungen bei Bedarf genutzt wurde (McIlroy et al. 2007).

In Frankreich konkurrierten politisch-ideologisch gesplante Gewerkschaftsbünde um die Gunst der Arbeiterinnen und Arbeiter und auch die Linksparteien waren seit den 1920er Jahren in einen sozialistischen beziehungsweise sozialdemokratischen und kommunistischen Flügel gespalten. Angesichts der organisatorischen Schwäche der Gewerkschaften existierte jedoch eine starke Tradition militanter Klassenmobilisierung, die in Ermangelung breiter Mitgliederschaft auf punktuelle Aktivierung und Erweiterung ihrer Basis durch Aktion setzte und sich breit aus dem Repertoire der marxistisch-sozialistischen Arbeiterbewegung bediente. Dort gehörten Streiks zu einem gern benutzten Mittel in Arbeitskonflikten und bei politischen Auseinandersetzungen (Mouriaux 1982; Georgi 1995; Vigna 2008).

Dagegen war die alte Bundesrepublik durch die Dominanz sozialdemokratischer Gewerkschaften, die Marginalisierung linksradikaler Gruppierungen innerhalb der Arbeiterbewegung und den Verzicht auf klassenkämpferische Parolen und Militanz gekennzeichnet. Gewerkschaftliche Organisationsmacht in zentral geführten Tarifverhandlungen war deutlich stärker und wichtiger als in den beiden anderen Ländern und dies bedeutete zugleich auch, dass Streiks nur als ultima ratio von Arbeitskonflikten galten. Die Mobilisierungssprachen in der Bundesrepublik waren deutlich gemäßigter als in Frankreich und Großbritannien und nutzten anders als dort seit den 1950er Jahren immer weniger die Traditionsbestände marxistisch-sozialistischer Rhetorik (Hemmer et al. 1990; Schönhoven 2003).

3 Entwicklungstrends aus der Vogelperspektive

Die internationalen Wirtschaftskrisen 1973/74 und 1980-1982 waren Katalysatoren für einen tiefgreifenden Strukturwandel der Industrieproduktion in Westeuropa. Steigende Energiekosten, hohe Löhne und wachsende internationale Konkurrenz führten zu Absatzschwierigkeiten, Unternehmenspleiten, Betriebsschließungen und Massenentlassungen. Wellen der Rationalisierung und technologischen Innovation im Zeichen der Computerisierung folgten und führten im Gesamtergebnis zu einem massiven Rückgang industrieller Beschäftigung in den drei hier untersuchten Ländern. Dies konnte zunächst nicht durch die Schaffung neuer Jobs in den sogenannten Dienstleistungssektoren kompensiert werden: Massenarbeitslosigkeit, vor allem Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit waren für mehr als drei Jahrzehnte die national sichtbaren Folgen. Regional wiederum waren die Auswirkungen sehr unterschiedlich; überall dort, wo besonders krisengeschüttelte Branchen wie Kohle, Stahl, Schiffsbau oder Textil dominierten, kam es zu anhaltender Massenarbeitslosigkeit, regionalen Strukturkrisen und Abwanderung.

In Großbritannien gingen zwischen 1972 und 1982 1,89 Millionen (oder 24 Prozent der) Industriearbeitsplätze verloren und dieser Trend hielt auch weitere zehn Jahre unvermindert an. Erst im Jahrzehnt 1992 bis 2002 schwächte er sich ab, nun gingen nur noch 544 000 Arbeitsplätze (das waren 13 Prozent) in der Industrie verloren. (Raphael 2019, S.45) In Frankreich, das deutlich weniger industriell geprägt war als seine beiden Nachbarländer Großbritannien und Deutschland, schrumpfte der Industriesektor zunächst langsamer, erst zwischen 1982 und 1992 vertiefte sich der Prozess und führte zum Verlust von 745.000 Arbeitsplätzen (15 Prozent) in der Industrie. Auch dort stabilisierte sich die industrielle Beschäftigung allmählich in den 1990er Jahren, nun gingen etwa 9 Prozent der verbliebenen Jobs in der Industrie verloren. (Raphael 2019, S.46) In der alten Bundesrepublik lagen die Arbeitsplatzverluste in absoluten und relativen Zahlen zwischen dem britischen und dem französischen Fall. Auf einem mit Großbritannien vergleichbaren hohen Niveau industrieller Beschäftigung startend, verschwanden dort zwischen 1972 und 2002 pro Jahrzehnt zwischen 13,5 und 11 Prozent der Industriebeschäftigten (Raphael 2019, S.47).

Angesichts dieser Krise der Industrielandschaft versuchten die Regierungen in Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik seit Beginn der 1980er Jahre die Weichen für eine andere Industrie- und Arbeitspolitik zu stellen. Dabei gingen sie durchaus unterschiedliche Wege. Allesamt sahen sie sich mit den sozialpolitischen Forderungen von Gewerkschaften beziehungsweise von denjenigen konfrontiert, deren Arbeitsplätze unmittelbar bedroht waren. Gleichzeitig mussten sie ihren neuen Kurs gegen industriepolitische Alternativen verteidigen, die für eine offensive Industriepolitik, staatliche Investitionen in die bedrohten Branchen und eine öffentliche Kontrolle der Unternehmensstrategien plädierten. Das Thema der Sozialisierung spielte zum Beispiel in den Gewerkschaften der Stahlindustrie, vor allem bei ihren einfachen Mitgliedern, aller drei Länder eine prominente Rolle.

„Der Ruf nach Verstaatlichung ist so etwas wie ein Hoffnungsschrei. Es ist die Hoffnung, dass eine verstaatlichte Industrie oder eine Industrie unter staatlichem Einfluss endlich auf die Bedingungen Rücksicht nimmt, die die Arbeitnehmer formulieren“ (Lauschke 2007, S. 303).

Diese Bemerkung des IG-Metall-Vorstandsmitglieds und Leiters des Zweigbüros für die Eisen- und Stahlindustrie Rudolf Judith auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1983 verdeutlicht die Gründe für die Popularität dieser Forderung. Sie verweist aber bereits auf die Enttäuschungen, die sich einstellten, sobald sich herausstellte, dass auch die Regierungen nicht mehr in der Lage oder willens waren, die laufenden Verluste der Branche weiter zu finanzieren und Standorte langfristig zu sichern. Besonders kompliziert war die Situation in Frankreich, weil dort die sozialistischen Regierungen zwischen 1981 und

1983 diese Alternativstrategie zunächst zumindest in Teilen ausprobierte, bevor sie dann auf die britische und bundesdeutsche Austeritätspolitik mit den Zielen Währungsstabilität und Privatisierung einschwenkten.

Wie haben sich Sozialproteste und soziale Mobilisierungen unter diesen neuen Bedingungen entwickelt?

Tabelle 1: Arbeitskämpfe im produzierenden Gewerbe: verlorene Arbeitstage/1000 Beschäftigte.

	1981-2003	1981-85	1986-90	1991-1995	1996-2000	2001-2003
Deutschland	33	114	5	22	3	15
Frankreich	97	177	87	70	63	k.A.
Großbritannien	269	1027	167	21	15	11
Schweden	60	18	204	47	1	12
Italien	442	1177	398	262	143	96

Lesch 2007, Tabelle1, S.4

Die in der Tabelle zu Grunde gelegten amtlichen Zahlen sind mit Vorsicht zu betrachten und dienen an dieser Stelle nur dem Zweck, einen generellen Trend in seinen groben quantitativen Ausmaßen zu verdeutlichen. Arbeitskonflikte waren und sind notorische Stiefkinder der Arbeitsstatistik, die Datenerhebung ist von Land zu Land verschieden und vor allem kürzere Streiks und Arbeitsniederlegungen wurden oft nicht erfasst. (Camard 2002) Bei allen Mängeln verdeutlichen diese Zahlen aber einen europaweiten Trend, wie der Blick auf die Vergleichszahlen für Schweden und Italien zeigt. Anfang der 2000er Jahre liegen alle drei hier untersuchten Länder im unteren Bereich amtlich gemessener Streikaktivitäten.

Generell ist zu sagen, dass die neue Massenarbeitslosigkeit zu einer deutlichen Abnahme der Streikhäufigkeit und zu einem plötzlichen und raschen Rückgang militanter Streikaktionen führte, und zwar quer durch alle Branchen. Dieser Trend war angesichts der vielen Arbeitsniederlegungen in den 1970er Jahren vor allem in Frankreich und noch stärker in Großbritannien unmittelbar spürbar. Umso schärfer treten die spektakulären Streiks und Großdemonstrationen in den Zentren der alten Industrien hervor, die sich in den Jahren zwischen 1977 und 1985 häuften. Der ‚Abschied vom Malocher‘ wurde zu einem mit großen Emotionen und hohem persönlichen Einsatz geführten lokalen beziehungsweise regionalen Kampf gegen die Schließung der Werke vor Ort und für den Erhalt von Arbeitsplätzen in den meist mono-industriellen Regionen. Die regionale Dimension springt besonders ins Auge: Es sind die Standorte der Werftindustrie

(Hamburg, Kiel, Bremerhaven, Emden, Glasgow, La Ciotat, Newcastle), der Stahlindustrie (Nord-Pas-de-Calais, Lothringen, Wales, South Yorkshire, Glasgow, Ruhrgebiet, Saarland und Oberpfalz) sowie die Bergbauregionen in Wales, Yorkshire oder Schottland beziehungsweise im Ruhrgebiet oder Saarland, in denen lokale Protestbewegungen zum Teil erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnten. Dabei spielte der Zeitpunkt eine wichtige Rolle. Ende der 1970er Jahre, also noch vor Ausbruch der zweiten Ölkrise, waren die Handlungsspielräume und Erwartungen der Akteure noch deutlich größer, die Rückkehr zur industriellen „Normalität“ der Boomphase schien noch im Bereich des Möglichen; mit Beginn der 1980er Jahre wurden die Aussichten für den Erhalt der lokalen Industriestandorte dann immer schlechter, so dass vielfach nur noch die Wahl bestand zwischen letztem Aufbäumen und stillem Aufgeben. Tabelle 1 verdeutlicht, dass das Jahr 1985 so etwas wie die Wetterscheide in den Arbeitskonflikten der westeuropäischen Industrien ist. Sehr schnell kam es in den Jahren danach zu einer Trendwende, und Streiks in Industriebetrieben wurden zur Ausnahme; die britischen und französischen Zahlen zu Arbeitskonflikten näherten sich überraschend schnell dem vergleichsweise niedrigen westdeutschen Niveau an. Hinter dieser Trendwende verbirgt sich aber auch ein Wandel von Protestformen und -anlässen, so dass man – wenn auch vereinfachend – von zwei unterschiedlichen Phasen im Protestgeschehen angesichts der Deindustrialisierung sprechen kann. Während die erste etwa zehnjährige Phase von spektakulären unternehmens- und betriebsbezogenen Abwehrkämpfen mit breiter regionaler Verankerung geprägt war, stand die nächste gut 15-jährige Phase im Zeichen von Protesten und sozialen Unruhen, deren Verbindungen zur Arbeitswelt auf den ersten Blick gar nicht zu erkennen sind und die zunächst als bloßer Krawall oder Aufruhr erschienen. Militanz und Gewalt gehörten in beiden Phasen zu diesen Protestformen, die politischen Inhalte und Ziele änderten sich jedoch dramatisch.

4 Fallstudien Phase 1 (1978-1987)

Im folgenden sollen drei spektakuläre Protestaktionen aus dieser ersten „heißen“ Phase der Deindustrialisierung untersucht werden: der Stahlarbeiterstreik in Longwy/Denain 1978/79, der britische Bergarbeiterstreik 1984/85 und der Besetzungstreik in Rheinhausen 1987/88. Sie stehen beispielhaft für massenmedial auch überregional sichtbare Formen des Sozialprotests angesichts des Zusammenbruchs sicher geglaubter industrieller Zukünfte in den alten Industrieregionen.

4.1 Longwy/Denain 1978/79: Neue Militanz und neue Kommunikationsformen

Beginnen wir in Frankreich. Die Besetzungstreiks und Protestaktionen, welche 1978/79 die beiden französischen Stahlorte Denain (im Departement Nord) und Longwy (in Meurthe-et-Moselle) für mehrere Monate faktisch in den Ausnahmezustand versetzten, waren die ersten einer ganzen Serie von Massenaktionen gegen Werkstilllegungen in meist mono-industriell geprägten Regionen der drei Länder (Hayes 2014; Vigna 2004). Ausgangspunkt war der „Rettungsplan“, mit dem die französische Regierung ihren Part des europäischen Stahlkrisenplans umzusetzen suchte. Wie in Großbritannien war auch in Frankreich zunächst de facto, ab 1981 dann aber auch de jure die Stahlindustrie größtenteils verstaatlicht. Die Beschäftigten der beiden Standorte Denain und Longwy, zwei kleineren Industriestädten, waren überwiegend in den von Stilllegung bedrohten Werken beschäftigt oder arbeiteten in deren Zuliefererbetrieben. In Longwy waren dies Ende der 1970er Jahre 14000 Menschen (Noiriell und Azaoui 1980, S. 18). Nach Verkündung der Schließungspläne kam es in beiden Regionen zur Bildung von Aktionskomitees sowie zu Werksbesetzungen und Massenkundgebungen – am 19. Dezember 1978 in Longwy mit 20000 Teilnehmern (was etwa einem Fünftel der Bevölkerung entspricht) und am 12. Januar 1979 in Metz mit 60000 Teilnehmern. Die Aktionsformen wurden aber schnell gewalttätiger und richteten sich vor allem gegen Symbole der Unternehmermacht und des Staats: Straßen wurden blockiert, Polizeiwachen und Sicherheitskräfte wurden angegriffen (so in Denain am 7. und 8. März, wo sieben Polizisten durch Gewehrschüsse verletzt wurden). Die beiden lokal stärksten Gewerkschaftsverbände CGT und CFTD setzten auf eine breite Mobilisierung der Basis und waren in der ersten Phase des Konflikts bestrebt, eine breite regionale Solidaritätsbewegung für den Erhalt der beiden Stahlstandorte zu organisieren, vergaßen aber auch nicht, ihr Konkurrenzverhältnis zu pflegen (Pénissat 2005).

Dazu entwickelten sie neue Aktionsformen: Um der Abhängigkeit von den nationalen und lokalen Medien zu entkommen und angesichts der verbreiteten Unzufriedenheit mit deren Berichterstattung über die Ereignisse richteten die lokalen Gewerkschaftsverbände ihre eigenen illegalen Streikradios ein, die regional sendeten und eine Gegenöffentlichkeit zur Berichterstattung in den Medien schufen. In Longwy war das von zwei professionellen Journalisten unabhängig geleitete Radio der CGT, Lorraine Cœur d’Acier (LCA), besonders erfolgreich. Sein großer Erfolg beruhte darauf, den unterschiedlichen Aktivistengruppen, aber auch der gesamten Bevölkerung eine Plattform für unzensierte Informationen und direkte Kommunikation anzubieten. Es wurde von den beiden Journalisten als „offener Kanal“ betrieben, in dem jeder zu Wort kommen konnte. Dieses Angebot wurde extensiv genutzt, Telefonbeiträge wurden unzensiert gesendet, die offene Diskussion war Programm.

LCA sendete 18 Monate lang vom März 1979 bis zum Juli 1980, geriet dabei aber immer stärker unter Beschuss von Seiten der CGT und der kommunistischen Partei, denen die Meinungsvielfalt und interne Kritik zu weit gingen und die eine Schwächung des eigenen politischen Kurses befürchteten. Gleichzeitig wurden die illegalen, aber in der lokalen Bevölkerung enorm beliebten Sendungen von der Regierung durch Hubschraubereinsätze immer wieder massiv gestört. Nachdem die unabhängigen Journalisten im Juni 1980 entlassen worden waren und die Sendungen unter die direkte Kontrolle der Gewerkschaft gestellt wurden, verloren die Hörer und Hörerinnen das Interesse. Das Projekt war faktisch beendet. (Losego 2009, S. 414-428) Festzuhalten ist, dass das seit dem Mai 68 immer wieder artikulierte Forderung nach Demokratisierung der medialen Kommunikation in diesem experimentellen Streikradio in der abgelegenen lothringischen Stahlstadt Longwy eine spektakuläre praktische Umsetzung fand, die Mediengeschichte geschrieben hat. (Hayes 2013) In den Sendungen von LCA wurden nicht nur die aktuellen Probleme aus Sicht der verschiedenen Bevölkerungsgruppen thematisiert, sondern zugleich auch – in der Sendung *Passé présent* – eine regionale Geschichte „von unten“ konstruiert, in der die durch Zuwanderungen aus Belgien, Polen und Italien geprägte Industriearbeiterschaft ihre eigene gemeinsame Vergangenheit in Erinnerung rief, allerdings unter faktischer Ausgrenzung der nicht weniger konfliktreichen, aber nationalpolitisch doppelt umstrittenen Geschichte der zahlreichen nordafrikanischen Arbeitsmigranten in der Region (Losego 2009, S. 450-495).

Die Gewerkschaften CFDT und CGT suchten diese militante Stimmung in der Region auf politische Ziele umzulenken. Die vor Ort stärkste Gewerkschaft CGT mobilisierte zu diesem Zweck eine Großdemonstration der betroffenen Stahlarbeiter in der Hauptstadt: An diesem „Marsch auf Paris“, der sich allerdings auf einen Demonstrationzug entlang der Boulevards im Pariser Osten beschränkte, nahmen mehr als 250000 Menschen teil. Das Medienecho war ambivalent. Da am Rande der Veranstaltung erneut gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten ausbrachen, blieb das Bild militanter Gewaltbereitschaft präsent und wurde in den folgenden Wochen durch Gewaltaktionen kleinerer Gruppen in Denain und Longwy (die sogenannten *coups de poing* – „Faustschläge“) gegen Polizei und örtliche Einrichtungen noch zusätzlich verstärkt. Die Strategie der CGT, durch eine Ausweitung der Streiks auf andere Stahlwerke in Fos-sur-Mer und Dunkerque eine grundlegende Revision des französischen Teils des europäischen Stahlplans zu erzwingen, scheiterte an der mangelnden Beteiligung der Belegschaften: Am 8. Mai 1979 wurde der Streik auch in Longwy abgebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Gegenseite einen Aufschub der Schließung des Stahlwerks in Denain um ein Jahr und für Longwy eine Reduktion der Entlassungen um 25 Prozent

sowie die Weiterführung der Produktion in der Kokerei angeboten hatte. Der im Juli von allen Gewerkschaften mit Ausnahme der CGT unterzeichnete Sozialplan für die gesamte französische Stahlindustrie sah für 12000 Beschäftigte die Frühverrentung, für 3000 Arbeiter Versetzungen an andere Standorte mit finanziellen Ausgleichszahlungen und schließlich für 6100 Arbeiter Abfindungen in Höhe von 50000 Francs vor. Bereits im Sommer 1979 machten mehr als 2000 Arbeiter an den beiden Stahlstandorten, darunter auch viele der jüngeren Streikaktivisten, von der Abfindung Gebrauch: Vor allem die Stahlarbeiter aus den nordafrikanischen Ländern sahen für sich keine Zukunft mehr an den beiden Stahlorten und in den betroffenen Regionen.

4.2 Miners' strike 1984/5: Sozialdrama und Abschied von der politischen Bühne

Mit noch härteren Bandagen wurde der einjährige Bergarbeiterstreik in den meisten Revieren der britischen Kohleindustrie von März 1984 bis März 1985 geführt, der das zweite Beispiel für spektakuläre Ereignisse einer „Politik von unten“ in dieser Phase der Deindustrialisierung ist. Man muss dabei beachten, dass der Streik zu keinem Zeitpunkt alle Reviere umfasste: Vor allem die Mehrheit der Bergleute der Kohlereviere in Nottinghamshire, Staffordshire und Derbyshire beteiligte sich nicht, während die Beschäftigten der anderen Regionen (Yorkshire, Schottland, Northumberland und Wales) sich dem Streikaufruf ihres Dachverbandes NUM anschlossen. Von Anfang an begriff die Regierung in London diese Auseinandersetzung als eine Entscheidungsschlacht, an deren Ausgang nur Sieg oder Niederlage stehen sollte. Im Verlauf der Ereignisse schloss sich auch die Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM dieser Lesart des Konflikts an, der von beiden Seiten als Wiederholung der Streiks von 1972 und 1974 angesehen wurde, die zugunsten der Gewerkschaft ausgegangen waren. (Hordt 2013; Arnold 2016) Am Ende sollten sowohl Regierung als auch Gewerkschaft zu Gefangenen ihrer militanten Rhetorik und Haltung werden. Die Härte des Streiks wurde für die Protagonisten gewissermaßen zum Beweis für die Höhe des Einsatzes. Es ging um nichts Geringeres als den Erfolg beziehungsweise das Scheitern der gesamten Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung unter der Führung Margaret Thatchers, deren erklärtes Ziel es war, die alten Industrien und mit ihnen die alten Gewerkschaftstraditionen und Methoden loszuwerden. Arthur Scargill, Führer des militanten Mehrheitsflügels in der Bergarbeitergewerkschaft, und seine Anhänger verbanden deshalb die Verteidigung der Arbeitsplätze mit einem alternativen Wirtschaftsprogramm, das in diesen Jahren auch Teile der Labour Party vertraten. (Marwick 2007, S. 282-288; McSmith 2011, S. 152-170) Für die streikenden Bergleute ging es darum, die Gegenseite durch Verknappung der Energiereserven in die Knie zu zwingen. Gleichzeitig

forderte die Taktik der *flying pickets*, des Einsatzes von Streikposten vor nicht bestreikten Kraftwerken, Kohledepots und Ölhäfen, das Streikrecht heraus, das die konservative Regierung inzwischen erlassen hatte. Scargills Weigerung, sich von den Mitgliedern der NUM ein nationales Streikvotum geben zu lassen, war Herausforderung an den politischen Gegner, aber zugleich auch Ausdruck eigener Schwäche (er hatte zwei Abstimmungen, 1982 und 1983, verloren) und erwies sich als ein kapitaler strategischer Fehler. Die Spaltung der Bergarbeiterschaft nach Regionen hatte seit 1978 durch die Wiedereinführung regionalspezifischer Produktivitätsprämien ein lohnpolitisches Fundament, denn seitdem erhielten die Belegschaften moderner Schachtanlagen mit ergiebigeren Kohleflözen höhere Löhne und waren zugleich von den laufenden Zechenstilllegungen weniger bedroht als ihre Kollegen in älteren Anlagen und ungünstigeren Regionen. (Richards 1996, S. 50-54) Diese regionale, aber auch lokale Konfrontation zwischen Gegnern und Befürwortern des Streiks schwächte die Gewerkschaft, erhöhte gleichzeitig intern den Druck zur Geschlossenheit und setzte bei den Streikenden jene unbedingte Einsatzbereitschaft frei, mit der sie die Regierung moralisch besiegen wollten – was ihnen in den Augen eines Teils der britischen Öffentlichkeit auch gelang. Je länger der Streik dauerte, desto deutlicher wurden die beiden Hauptkonfrontationslinien: Die eine Linie verlief zwischen den Streikposten und der Polizei an den neuralgischen Auslieferungspunkten der Kohle, die andere zwischen den Streikenden und den Arbeitswilligen beziehungsweise Streikbrechern in den Dörfern und vor den Zechen. An beiden Fronten wurde erbittert gekämpft. Die Regierungsseite setzte alle Machtmittel unterhalb der Schwelle des direkten Einsatzes von Militär ein, um den Streik zu brechen, und praktizierte den harten Einsatz der Polizei zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Die Gewaltbereitschaft sowohl der britischen Polizei als auch ihrer Gegner nahm in den 1980er Jahren deutlich zu.

Je länger der Streik dauerte, desto mehr waren die streikenden Bergleute und ihre Familien angesichts leerer oder blockierter Streikkassen und der Verweigerung staatlicher Sozialhilfe auf die Spenden einer breiten Öffentlichkeit angewiesen. Faktisch teilte sich das Land in zwei Lager: die Gegner und die Unterstützer der Bergleute. Deren Mobilisierungsarbeit gelang über weite Strecken, erfolgreich waren vor allem die Partnerschaften zwischen lokalen Unterstützerguppen und konkreten Bergarbeitergemeinden. Die Unterstützungskampagnen erreichten gerade auch die in den 1970er Jahren eher noch gewerkschaftsfernen sozialen Bewegungen wie Feministinnen, Schwulen- und Lesbenorganisationen. (Richards 1996, S. 149-154) Dagegen blieben signifikante Solidarisierungen seitens anderer Gewerkschaften aus: Weder der Dockarbeiterstreik Anfang September 1984 war nachhaltig noch konnten die lokalen Aktionen anderer Gewerkschaften eine nennenswerte Wirkung entfalten. Faktisch gelang es der Bergarbeitergewerkschaft zu

keinem Zeitpunkt, die Gewerkschaftsbewegung als ganze in ihren imaginierten Endkampf einzubeziehen. Aus der Rückschau wird erkennbar, dass spätestens im Herbst 1984 die Ziele des Streiks nicht mehr zu erreichen waren, aber wie schon angedeutet wurden die Streikenden und insbesondere ihre Führer zu Gefangenen ihres Selbstbildes und ihrer Gesellschaftsimagination. Die Hoffnung auf den Umschwung, den plötzlichen Zusammenbruch der staatlichen Gegenwehr, nährte sich aus früheren Streikerfahrungen und verselbständigte sich zu einer Art Wunschenken. Die Überzeugung, es gehe um die Verteidigung der eigenen Ehre und Würde, wurde durch die stetig steigende Zahl von Streikbrechern, die als Verräter galten und sozial geächtet wurden, nicht erschüttert, sondern im Gegenteil gefestigt; die Erkenntnis, dass der Kampf verloren war, konnte nicht zugelassen werden; und die Vorstellung, an einer historischen Schlacht im Klassenkampf ehrenhaft teilgenommen zu haben, spendete den Aktivisten, die bis zum bitteren Ende ausharrten, Trost.

In mancher Hinsicht hatten die letzten Monate dieses Streiks Züge eines Sozialdramas, das den heroischen Untergang der alten britischen Arbeiterbewegung in Szene setzte. Sowohl in der Selbst-, aber auch in der Fremdwahrnehmung rettete diese expressive Qualität des Geschehens die Beteiligten vor dem sang- und klanglosen Verschwinden, und sicherte ihnen einen festen Platz in der britischen Geschichte. Paradoxerweise strebte die konservative Regierung genau dies an: einen historischen Sieg und Verbannung dieser Art von „wildem Streiks“ in die Requisitenkammer des Ancien Regime britischer Arbeitsbeziehungen. Als im März 1985 das Streikkomitee der NUM die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit mit knapper Mehrheit beschloss, stand der Sieger längst fest. Ein weiterer *winter of discontent*, so das deutliche Signal der konservativen Regierung an die Gewerkschaften, werde nicht hingenommen. Aber die Welle der Massenentlassungen, Betriebsschließungen und Firmenpleiten seit 1980 hatte längst den Boden für einen moderaten Realismus bereitet, mit dem die britische Gewerkschaftsbewegung auf den Rückgang der Mitgliederzahlen, auf die Einschränkung von Streikrechten und schließlich auf die Abschaffung alter Privilegien wie des Closed-shop-Prinzips reagierten (Kelly 1990; Gallie et al. 1996; Howell 1999). Nach ihrem Sieg auf ganzer Linie war die Gegenseite zu keinerlei Zugeständnissen mehr bereit: Innerhalb von acht Jahren wurden 80 Prozent der noch verbliebenen Bergleute entlassen, gleichzeitig wurde die Produktivität der noch offenen Schachtanlagen weiter gesteigert und so die Privatisierung der britischen Kohleproduktion vorbereitet (Richards 1996).

4.3 Rheinhausen 1987: kalkulierte Konfrontation

Die Protestaktionen gegen die Schließung des Thyssen-Stahlwerkes in Duisburg-Rheinhausen im Winter 1987/88 sind am Ende dieser ersten Phase von

Abwehrstreiks und Sozialprotesten gegen Stilllegungen und Massenentlassungen in den „alten“ Industrien angesiedelt. In allen drei Ländern war, wie eingangs geschildert, die Deindustrialisierung im Verlauf der 1980er Jahre beschleunigt fortgeschritten. Inzwischen hatten sich alte und neue Kampfmittel als wirkungslos erwiesen, wenn es um die Fortführung der Produktion ging, wenngleich sie auf dem Gebiet der sozialen Abfederung von Umstrukturierungen und Werkschließungen teilweise erfolgreich waren. Die Ereignisse rund um das Stahlwerk Rheinhausen standen am Ende einer längeren Kette lokaler Proteste an den verschiedenen Stahlstandorten in der gesamten Bundesrepublik, die von Werkschließungen bedroht waren. Erste Aktionen fanden bereits 1980 statt (zum Beispiel in Dortmund am 27. November 1980), einen ersten Höhepunkt markierte ein „Marsch auf Bonn“ am 29. September 1983, an dem etwa 130000 Demonstranten teilnahmen. Als sich herausstellte, dass der kurze Aufschwung in der Stahlindustrie nach der Krise der Jahre 1980 bis 1982 nicht von Dauer war und die vergleichsweise moderaten Schließungs- und Entlassungspläne, die man in dieser Phase unter den beteiligten gesellschaftlichen Akteuren vereinbart hatte, nicht zu realisieren waren, kam es zur dritten Welle von Protestaktionen. Die IG Metall organisierte 1987 „Stahlaktionstage“. Der erste fand am 16. Januar mit über 70000 Teilnehmern an 24 von Schließungen bedrohten Standorten statt, der zweite mit 30000 Teilnehmern zwei Monate später in Hattingen und Oberhausen, ohne dass jedoch bei den laufenden politischen Verhandlungen zwischen Bundesregierung, Stahlunternehmen und IG Metall ein übergreifendes Konzept für den Erhalt von Arbeitsplätzen zustande kam. Diese Verhandlungen wurden von zwei weiteren Stahlaktionstagen der IG Metall mit kurzen Arbeitsniederlegungen begleitet (Lauschke 2007, S.313). Die am 26. November 1987 erfolgte Ankündigung der Krupp-Stahl AG, das Werk in Rheinhausen bis Ende des Jahres 1988 stillzulegen, löste dann die Protestaktionen der dortigen Belegschaft aus, die sich nicht mehr an die gewerkschaftlichen Vorgaben hielt, sondern ganz im Stil der lothringischen Stahlarbeiter acht Jahre zuvor Autobahnzufahrten und Straßen in der Umgebung blockierte, kurzfristig eine Rheinbrücke besetzte und schließlich die Aufsichtsratssitzungen der Krupp-Stahl AG in Essen und Bochum stürmte. Beim 5. „Streikaktionstag“ der IG Metall am 10. Dezember 1987 kam es denn auch zu Kurzstreiks; die Presse sprach von „Barrikaden im Ruhrgebiet“ (taz 11.12.1987) und titelte „Im Revier standen die Räder still“ (Frankfurter Rundschau 11.12.1987) (Hordt 2018, S. 205). Um die Militanz dieser Aktionen besser zu verstehen, sei auf zwei Sachverhalte verwiesen: Zum einen waren bis 1986 in der westdeutschen Stahlindustrie 70 Prozent der über Sozialpläne Ausgeschiedenen vorzeitig in den Ruhestand getreten, das heißt, die Mehrzahl der älteren Arbeiter hatte die Werke bereits verlassen, so dass nun auch die jüngeren Arbeiter ihre Zukunft bedroht sahen. Zweitens kam die

Stilllegungsankündigung ganz unerwartet und zur großen Enttäuschung einer Belegschaft, deren Vertreter noch kurz zuvor einer Vereinbarung über den Abbau von 2000 Stellen zugestimmt hatten. Gerade in einem Unternehmen der Montanmitbestimmung wurde dies als ein enormer Vertrauensbruch gewertet (Lauschke 2007, S. 321).

In einem nächsten Schritt wurden die Aktionsformen der Friedensbewegung imitiert: Am 23. Februar 1988 wurde unter dem Motto „1000 Feuer an der Ruhr“ eine Menschenkette vom Tor 1 des Werkes in Rheinhausen zum Tor 11 der Dortmunder Westfalenhütte gebildet. Dieses medienattraktive, für alle Beteiligten und die lokale Bevölkerung emotional bewegende Großereignis korrigierte nicht nur den bis dahin dominierenden Eindruck der Militanz der Aktionen, sondern übte auch politisch wirkungsvollen Druck auf die nordrhein-westfälische Landesregierung aus. Deren Innenminister, Herbert Schnoor, hatte bereits während der gesamten Zeit für maximale Zurückhaltung der Polizeikräfte gesorgt und eine bewusste Deeskalationsstrategie betrieben, die nun Früchte trug: In der „Düsseldorfer Vereinbarung“ wurde im Mai 1988 ein Aufschub der Stilllegung des Werkes Rheinhausen um zwei Jahre bis Ende 1990 erreicht, die Krupp Stahl AG stimmte dem Erhalt von 1500 Arbeitsplätzen in Rheinhausen zu, die öffentliche Seite wiederum verpflichtete sich zum Ausbau eines Qualifizierungszentrums für die noch Beschäftigten. Faktisch wurde das Stahlwerk dann erst am 15. August 1993 stillgelegt. 1988 jedoch kehrten die Akteure mit einem Teilerfolg in der Tasche an ihre Arbeitsplätze zurück; sie hatten nicht nur ihren Abschied öffentlich inszeniert, sondern konkret zwei Jahre Berufszeit erkämpft (Lauschke 2007, S. 324).

5 Fallstudien Phase 2 (1988-2005): Die Rückkehr der Rebellion

Die späten 80er Jahre markieren eine Art Wetterscheide in den Arbeitskonflikten der westeuropäischen Industrien. Bis dahin hatten Sozialproteste, Demonstrationen und Streiks einen festen Platz in den politischen Auseinandersetzungen um die Sozial- und Wirtschaftspolitik in den drei Ländern. Wie wir sahen, spielten dabei Arbeiterinnen und Arbeiter als direkt Beteiligte neben ihren Gewerkschaften und den politischen Parteien immer auch eine wichtige und eigenständige Rolle. Diese „Politik von unten“ beeinflusste die sozialpolitischen Lösungen, die in Frankreich, Großbritannien und der BRD angesichts der Deindustrialisierungswelle der Jahre 1975 bis 1983 entwickelt wurden. Sie zielten auch darauf, die öffentlichen Proteste gegen Entlassungen einzugrenzen beziehungsweise bereits vorweg durch einvernehmliche Lösungen zu vermeiden. Vor allem in den Frühverrentungslösungen, die in die Sozialpläne vieler Krisenbranchen

Eingang fanden, kann man die direkten lebenspraktischen Spuren dieser Mobilisierungsereignisse der ersten Phase wiedererkennen. Auch die zum Teil üppigen Abfindungssummen (wie sie etwa in Longwy und Denain angeboten wurden) sind ohne die Großdemonstrationen und regionalen Aktionen nicht denkbar. Dahinter stand auch die Absicht, dem harten Kern militanter Aktivisten die Basis zu entziehen – eine in mehreren Konflikten erfolgreiche Strategie der Gegenseite, die solche finanziellen Angebote vielfach dank staatlicher Subventionen unterbreitete.

Die Metapher der „gekauften Zeit“, die von Wolfgang Streeck (2014) eingeführt worden ist, um die Schuldenpolitik westeuropäischer Regierungen in unserem Untersuchungszeitraum zu charakterisieren, trifft auch für die in Frankreich und der Bundesrepublik verfolgte Befriedungsstrategie zu. Indem man sich die Rückkehr zur Normalität jedenfalls für eine gewisse Zeit erkaufte, vermied man langwierige und gewalttätige Arbeitskämpfe und Sozialproteste, die am Ansehen der politisch Verantwortlichen kratzten.

Typischerweise entzogen sich dann jedoch die handfesten Anschlussprobleme – Arbeitslosigkeit nach Auslaufen der Zahlungen, Wegzug in andere Regionen, Rückreise der Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer – der Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit. Sie sanken zu zwar massenhaften, aber individualisierten Schicksalen ab, denen damals in den drei Ländern wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, trotz der durchaus vorhandenen und auch genutzten sozialstatistischen Beobachtungsroutinen. Erst allmählich etablierten sich neue sozialwissenschaftliche Spezialfelder, die sich den entsprechenden Themen widmeten: von der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit über die Migration bis hin zu den „Problemvierteln“ in verödenen Industriestädten. Dies ist der soziale und politische Hintergrund für die Sozialproteste, die sich in den 80er Jahren entwickelten und deutlich andere Formen annahmen als die Aktionen, die wir bisher betrachtet haben.

5.1 Poll-tax Riot 1990: Revanche und Bürgerprotest

Das erste Beispiel für ein spektakuläres Ereignis, das paradigmatisch die Strategien und Formen einer „Politik von unten“ in der zweiten Phase der Deindustrialisierung illustrieren soll, ist die Anti-Poll Tax Campaign („Anti-Gemeindesteuer-Kampagne“), die in Großbritannien von 1989 bis 1991 Furore machte. (Bagguley 1996; Barker 1992; Hoggett and Burns 1991) Sie richtete sich gegen das durch die konservative Parlamentsmehrheit eingeführte neue Erhebungssystem der Gemeindesteuer. Zuerst 1989 in Schottland, dann 1990 in Wales und England eingeführt, sah diese Steuerreform vor, dass statt eines Steuerbetrags auf Hausbesitz relativ zum Mietwert des bewohnten Eigentums nun ein einheitlicher Jahresbetrag für jeden erwachsenen Einwohner einer

Gemeinde erhoben werden sollte. Rasch stellte sich heraus, dass diese neue Kommunalabgabe unpopulär war und von vielen Bewohnern, zumal denen mit niedrigeren Einkommen, als unfair und Tory-Wahlgeschenk an Besserverdienende und Immobilienbesitzer verstanden wurde. Widerstand und Sozialprotest formierten sich zunächst in Schottland, griffen aber bald auf die anderen Landesteile über. Die Steuerverweigerungs-Kampagne organisierte sich in lokalen, nachbarschaftsbezogenen Anti-Poll Tax Unions und erfasste etwa 20 Millionen Menschen. Gleichzeitig koordinierten überregionale Dachorganisationen diese soziale Bewegung. In ihr war die industrielle Arbeiterschaft – anders als zum Beispiel in der britischen oder westdeutschen Friedensbewegung – deutlich präsent; alle ihre traditionellen Organisationen und lokalen Gewerkschaftsvereinigungen, aber auch Labour-Abgeordnete und shop stewards nahmen an den öffentlichen Aktionen teil. Einen ersten Erfolg erzielte der Protest, als es ihm gelang, die eigene Bezeichnung poll tax (Kopfsteuer) medienwirksam an die Stelle der regierungsamtlichen Bezeichnung community charge (Kommunalgebühr) zu setzen. (McSmith 2011 S. 277-278) Die Kampagne wurde auch als Revanche für die mehr als zehnjährige „Klassenpolitik von oben“ wahrgenommen, welche die Thatcher-Regierungen in den Augen vieler britischer Arbeiterinnen und Arbeiter geführt hatte. Höhepunkt der Kampagne war wiederum eine Großdemonstration. Sie fand am 31. März 1990 in London statt. Die Zahl der Teilnehmer aus dem ganzen Land ist auf 200000 bis 250000 geschätzt worden. Für sie war der zunächst für 60000 Teilnehmer angemeldete Versammlungsort, der Trafalgar Square, zu eng, aber die Behörden verweigerten eine Verlegung in den Hyde Park. Das Ergebnis war eine direkte Konfrontation zwischen Polizei und Demonstranten, denn der Demonstrationszug sah sich durch ein großes Aufgebot berittener Polizisten der riot police zusammengedrängt; aus dem Handgemenge entwickelten sich dann regelrechte Straßenschlachten zwischen Polizei und Demonstranten, an deren Ende zerstörte und geplünderte Geschäfte im Westend, verbrannte Autos und mehr als 400 Verhaftungen standen. (Stott und Drury 2000) Aus der Großdemonstration war ein Aufruhr geworden – ein *riot*. Dass sich daran Bergarbeiter beteiligten, wurde in der Presse als Racheakt für die Niederlage im großen Streik von 1984/85 gewertet, Regierung und Organisatoren gaben die Schuld zunächst „anarchistischen Provokateuren“, aber die offizielle Untersuchung musste diese Agententheorie ein Jahr später dementieren. Diese Gewalteskalation war wohl das Resultat eines Zusammenwirkens verschiedener Faktoren: des gewaltbereiten beziehungsweise martialischen Auftretens der Polizei, der emotionalen Konfrontation zwischen Regierung und Kampagnen-Anhängern sowie der ungünstigen Örtlichkeiten, die für eine Demonstration

dieser Größe viel zu eng und zu unübersichtlich waren.²

Die Öffentlichkeit reagierte auf die Londoner Ereignisse gespalten, die Anti-Poll-Tax-Kampagne gewann aber weitere Anhänger und Mitte des Jahres 1990 war klar, dass eine große Mehrheit der Wähler deren Ziele unterstützte (Umfragen ergaben Zustimmungen von 78 Prozent). Der Sturz Thatchers im November 1990 war zweifellos auch eine Nebenfolge dieser Kampagne. Sie erreichte ihr Ziel endgültig aber erst 1992, als der neugewählte konservative Premier John Major wie in seinem Wahlkampf angekündigt die Poll Tax durch eine neue Gemeindesteuer ersetzte, die wieder auf der Basis des Grundbesitzwertes erhoben wurde.

5.2 Meadow Well (Newcastle) 9. Sept. 1991

Die Kampagne gegen die neue Gemeindesteuer in Großbritannien macht deutlich, dass sich faktisch zwei unterschiedliche Formen und Traditionen des sozialen Protests bei einzelnen Großereignissen wie der Londoner Demonstration im März 1990 überlagern konnten und „Ausschreitungen“, so der in den Medien gern benutzte offizielle Ausdruck, sich wieder als mehr oder weniger regelmäßige Begleiterscheinung oder Ausdrucksform von „Straßenpolitik“ neben den vielen anderen gewaltfreien und legalen Formen sozialen und politischen Protests etablierten. Besonders krasse Formen nahmen diese Ausschreitungen – als *riots* und *émeutes* – in britischen und französischen Großstädten beziehungsweise Stadtvierteln an, bei denen vor allem Jugendliche ohne Arbeit die Hauptrolle spielten. Der ersatzlose Wegfall industrieller Arbeitsplätze und das regionale und lokale Anschwellen der Jugendarbeitslosigkeit destabilisierten Haushalte und Familien. Eine vor allem durch die Privatisierung des Wohnungsmarktes befeuerte Segregation in den suburbanen Räumen verwandelte etliche der einstmals als fortschrittlich gepriesenen Großanlagen des sozialen Wohnungsbaus in „Problemzonen“ oder „soziale Brennpunkte“. (Henley 2012) Drogen und Kriminalität wurden zu medial verstärkten Markenzeichen solcher Viertel, die Präsenz ethnischer Minderheiten machte sie zugleich zu Zonen von „Fremden“ und bevorzugten Objekten rassistischer Emotionen und Stigmatisierungen. Die soziale Ursachenkette, so lang und komplex sie in vielen Fällen gewesen sein mag, führt immer zurück zu den Krisenphänomenen der Deindustrialisierung (Kokoreff 2014).

Ein typisches Beispiel für eine solche Konstellation liefert die Siedlung Meadows Well Estate in Newcastle. Sie war 1965 im Zuge lokaler Slumsanierungen entstanden, galt aber bereits nach drei Jahren als sanierungsbedürftig und entwickelte sich in der Folgezeit zu einem verwahrlosten „sozialen Brenn-

2 Siehe den ausführlichen Eintrag in der englischen Wikipedia zu „Anti-Poll Tax Unions“, https://en.wikipedia.org/wiki/Anti-Poll_Tax_Unions, Zugriff: 23.4.2021.

punkt“. Dort lebten dann auch die Verlierer der Deindustrialisierung, die in der nordenglischen Hafen- und Industriestadt Newcastle besonders zahlreich waren. 1988 galten 80 Prozent der dortigen Bewohner als arbeitslos, Kriminalität und Drogenkonsum waren verbreitet. Auslöser der Proteste in der Siedlung war der Tod zweier Jugendlicher, die in einem gestohlenen Wagen während der Verfolgungsjagd durch die lokale Polizei verunglückten. Als Antwort auf diese und andere Vorkommnisse mit der Polizei errichteten die lokalen Akteure Barrikaden, plünderten lokale Geschäfte, zerstörten zahlreiche Gebäude und PKWs im Viertel und setzten das Jugendzentrum, ein Gesundheitszentrum und eine Stromverteilungsstation in Brand. Insbesondere asiatische Ladenbesitzer wurden aus ihren Häusern vertrieben, die dann in Brand gesteckt wurden. Die riots in Newcastle waren Teile einer Serie von lokalen Protestaktionen in den Jahren 1991 und 1992, die sich alle in ähnlichen urbanen Konstellationen entzündeten, und in „Problemvierteln“ von Birmingham, Cardiff, Dudley und Oxford stattfanden. Sie bildeten einen Schlusspunkt eines ganzen Zyklus von riots, der je nach Lesart 1979 begann und in den Jahren 1981, 1985, 1987 und 1989 zu weiteren lokalen Aufständen geführt hatte.

In Frankreich waren die 1980er Jahre noch vergleichsweise ruhig („nur“ vier größere Zusammenstöße mit der Polizei), aber in den 1990er Jahren eskalierte die Lage und es gab regelmäßig Ausschreitungen in den Vorstädten von Lyon, Rouen, Paris und Toulouse sowie in kleineren Orten, etwa in Melun. Noch gut im Gedächtnis und bisherige Höhepunkte dieser Entwicklung sind die Unruhen in den banlieues, die in den Jahren 2005 und 2007 und 2010 Frankreich erschütterten. (Bertho 2009; La documentation française 2007). Die gesellschaftliche Verwahrlosung ganzer Städte beziehungsweise Stadtteile schuf jedenfalls den Nährboden für die immer wieder aus lokalen Anlässen scheinbar unvermittelt losbrechenden Gewaltaktionen, die meist in heftigen Konfrontationen mit der Polizei, in der Zerstörung und Plünderung von Geschäften und öffentlichen Einrichtungen bestanden. Insbesondere aufgrund der enormen medialen Resonanz prägten sie nachhaltig das öffentliche Bild der „Problemviertel“, schufen aber auch ein Bewusstsein für die sozialen Folgeprobleme der Deindustrialisierung.

Diese neuen Formen gewalttätiger Rebellion, als „Randal“, „*émeute*“, oder „*riot*“ bezeichnet, empörten aber auch die Öffentlichkeit und sorgten für medialen Wirbel. Der Ruf nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, die Forderung nach angemessener Bestrafung der Beteiligten, aber auch nach wirksamen sozialpolitischen Gegenmaßnahmen bestimmten die politische Agenda in Frankreich und Großbritannien. Beide Länder waren in besonderem Maße von diesen gewalttätigen Rebellionen vor allem jugendlicher Vorstadtbewohner betroffen. Die Medien und infolgedessen die breitere Öffentlichkeit nahmen allerdings verstärkt und immer wieder die Präsenz ethnischer Minder-

heiten in den Blick und etikettierten die Ausschreitungen gern als *race riots* – Rassenunruhen –, während die jugendlichen Akteure eher ihre gemeinsame lokale Identität betonten und in den Ausschreitungen symbolisch verteidigten.

Die sozialwissenschaftliche Forschung zeigte aber, dass auch der massive Einsatz von Sicherheitskräften erheblich zu einer Eskalation der Gewalt beitrug, wie wir bereits am Beispiel der Londoner Eskalation in Zusammenhang mit der Anti-Poll-Tax-Kampagne oder der „Entscheidungsschlacht“ im britischen Bergarbeiterstreik gesehen haben. In der Bundesrepublik kam es bei den Aktionen und Kampagnen, die sich auf die Arbeitswelt bezogen, selten zu vergleichbaren Konfrontationen zwischen Demonstranten und Polizei, während sie in den 1980er Jahren für die lokalen Hausbesetzerszenen in Hamburg und Berlin sowie in den Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn West in Frankfurt sowie der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (Oberpfalz) eine zentrale Rolle spielten.

6 Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen

Die hier untersuchten Protestformen reagieren, so die These, bei aller Unterschiedlichkeit auf die Begleiterscheinungen und Folgen der großen Deindustrialisierung, welche die westeuropäischen Länder in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts tiefgreifend veränderte. Sie verbindet zweitens, dass sie die Routinen organisierter Interessenvertretung und Repräsentation verließen, welche in den drei Arbeiterbewegungen bereitstanden, um Protest und Opposition zu artikulieren. Sie sind insofern auch Ausdruck einer „Politik von unten“, indem die Betroffenen auch jenseits der etablierten Wege der Repräsentation und Delegation ihre Forderungen artikulierten. Ganz ähnlich wie in den sogenannten „neuen“ sozialen Bewegungen der Zeit läßt sich auch hier ein komplexes Wechselspiel zwischen politischer Organisation und spontanem Protest, zwischen Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern bzw. Betroffenen, zwischen kühl kalkulierten politischen Strategien und der auch gewalttätigen Artikulation von kollektiven Emotionen, sozialen Ängsten, Hass und Enttäuschung beobachten. Dieses Spannungsverhältnis steigerte sich, so die dritte These, in dem Maße, wie industrie- und sozialpolitische Alternativen zu den bestehenden Mißständen beziehungsweise dem politisch Machbaren immer unrealistischer und der Druck der sogenannten Sachzwänge immer erdrückender wurden. Die politischen Verhandlungslösungen und Kompromisse der späten 1970er und frühen 1980er Jahre wie die Erhaltung des Industriestandorts, Frühverrentungen oder hohe Abfindungen wurden zusehends als zu kostspielig oder ordnungspolitisch unerwünscht von den Regierungen abgelehnt. In den Rebellionen der späten 1980er und 1990er Jahre verschwand dann das politische Element immer mehr

und wurde durch die Sprache expressiver Gewalt ersetzt, die sich aus moralischer Empörung speiste und legitimierte.

Stéphane Beaud und Michel Pialoux haben für die ostfranzösische Industriestadt Montbéliard, die in direkter Nähe zum und im sozialen Rekrutierungsraum des großen Peugeot-Werkes von Sochaux liegt, die komplexen Verbindungen zwischen städtischer Gewalt und Krise der Industriearbeit exemplarisch untersucht. (Beaud 2003, Beaud und Pialoux 2006) Die „Kultur der Provokation“, die sich seit den 1990er Jahren unter den Jugendlichen meist nordafrikanischer Abstammung in den Sozialblocks der Neubauviertel etablierte, sehen sie in direktem Zusammenhang mit den enttäuschten Berufshoffnungen und Bildungserwartungen der Jüngeren, den vielfältigen Diskriminierungserfahrungen als „Minderheiten“, aber auch mit den Enttäuschungen ihrer nach einer häufig aufstiegslosen Berufszeit als ungelernete Produktionsarbeiter frühverrenteten oder entlassenen Väter, die auf diese Weise zu heimlichen Komplizen ihrer gewalttätigen Söhne wurden:

„Also zerstören sie alles bei dem Versuch, ihre Väter zu rächen. Und indem der Vater dazu schweigt, schlagen beide den falschen Weg ein![...]. Abgesehen von ihrem Vater verachten sie alle.... Auch die anderen Nordafrikaner, die bei Peugeot arbeiten: das sind Tiere, sie halten das Maul, sie sind Duckmäuser! ... Sie übernehmen all die Ausdrücke, die wir (= die CGT) benutzen, wenn wir schlecht über die anderen Gewerkschaften reden. Sie (die Jungen) sagen uns: Denn ihr, ihr habt akzeptiert, unter unmenschlichen Bedingungen zu arbeiten!“
(Beaud und Pialoux, 2006, S. 347-348)

Der Gewerkschaftsaktivist H. beschrieb in einem Interview mit den beiden Soziologen voller Bitterkeit die Autoritätsverluste der älteren Generation, die Entfremdung zwischen den Generationen sowie das übergreifende Gefühl der Ohnmacht und des (Selbst-)Hasses, das die Sicht der jüngeren Vorstadtbewohner auf die soziale Welt tiefgreifend geprägt hat. Die ursprünglich politisch gemeinten Parolen linker Gewerkschaftsaktivisten dienten nun als Rechtfertigung für diffuse soziale Gewalt oder Kriminalität, die mit der zuvor beschriebenen, progressiv orientierten „Politik von unten“ nur noch wenig gemeinsam hatte. Stattdessen führten Wut und Enttäuschung Regie bei den Unruhen, in denen Sicherheitskräfte und lokale Jugendliche gegeneinander kämpften, öffentliche Gebäude, allen voran Schulen, aber auch private Autos und Wohnungen zerstört wurden.

Sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien, so die vierte These, etablierten sich eigene Gewaltkulturen, welche für eine aktive Minderheit zum positiven Referenzpunkt ihrer eigenen sozialen Identität wurden. Zwar wurden die Jugendlichen in der medialen Berichterstattung pauschal als amoralische Gewalttäter und kriminelle Gangs abqualifiziert, doch natürlich lagen auch

diesen Ereignissen politische und moralische Motive zugrunde. In diesen Gewaltakten artikulierten die Teilnehmer ihren Protest gegen die Behandlung durch Polizei und Schule, die beiden Hauptzielscheiben der Angriffe, sie forderten von der Gesellschaft das ihnen verweigerte Recht auf „Beziehungsgleichheit“ und Chancengleichheit. (Sutterlüthy 2014; Rosanvallon 2013) Der Protest der Vorstädte beruhte nach übereinstimmenden sozialwissenschaftlichen Analysen auf einem diffusen, apolitischen Gefühl der Ungerechtigkeit, verweigerter politischer Partizipation und vorenthaltener Bildungschancen angesichts wachsender sozialer Ungleichheit in Verbindung mit dem starken Gefühl politischer Ohnmacht sowie einem ausgeprägten Hass auf die Vertreter der öffentlichen Ordnung und überhaupt – „die da oben“ (Reicher und Stott 2011). Die „riots“ verweisen, dies die fünfte These, auf einen übergreifenden Strukturwandel der politischen Repräsentation von Industriearbeiterinnen und -arbeitern in den drei westeuropäischen Demokratien. Mit dem Rückgang industrieller Beschäftigung verloren sie an strategischer Bedeutung für die Parteien, sie verloren damit aber auch ihre kollektive Zukunftsfähigkeit und wurden bestenfalls als beklagenswerte Opfer eines notwendigen Strukturwandels hin zur Dienstleistungsgesellschaft adressiert. Das hat auch mit Deutungsmustern zu tun, die sich zu dieser Zeit ausbreiteten und den Individuen mehr denn je die moralische und politische Verantwortung für ihr Berufsschicksal aufluden. Jeder wurde als „seines Glückes Schmied“ adressiert. Mit den Arbeitsämtern (oder später: Jobcentern) und Sozialämtern standen öffentliche Einrichtungen bereit, die das sich verstetigende Massenschicksal in singuläre Einzelfälle auflösten und behandelten. Dieser sozialpsychologische Faktor darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn man die relative Ereignislosigkeit der 1990er Jahre angemessen sozialhistorisch verstehen will. Die neuen Subjektivierungsformate in Medien und Verwaltungen beeinflussten zusehends die Wahrnehmungsraster der Betroffenen. Ein wachsender Teil dieser Arbeiterinnen und Arbeiter sah sich nicht mehr in „ihren“ traditionellen Parteien und Gewerkschaften repräsentiert. Dem entsprach in allen drei Ländern eine wachsende soziale und programmatische Distanz der sozialdemokratischen beziehungsweise sozialistischen Volksparteien gegenüber den *classes populaires*, deren kulturellen Vorlieben, soziale Ängste (angesichts internationaler Standortkonkurrenz und wachsender Konkurrenz um Arbeitsplätze) und Ressentiments auf politische Missbilligung und moralische Verachtung bei denen stießen, die früher ihre Repräsentanten waren. (Rennewald 2015, 2020) Wahlerhaltung und Desinteresse an Politik bereiteten den Boden für eine bald zu beobachtende Mobilisierung dieser Ressentiments, Ängste und Enttäuschungen durch rechtspopulistische Parteien und Bewegungen, wie sie in allen drei Ländern spätestens im neuen Jahrhundert zu beobachten sind.

Literatur

- Arnold, Jörg. 2016. "Vom Verlierer zum Gewinner – und zurück." *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2): 266–97. doi:10.13109/gege.2016.42.2.266.
- Bagguley, Paul. 1996. "The moral economy of anti-poll tax protest." In *To make another world: Studies in protest and collective action*, Hrsg. Colin Barker, 7–24. Aldershot [u.a.]: Avebury.
- Barker, Colin, Hrsg. 1996. *To make another world: Studies in protest and collective action*. Aldershot [u.a.]: Avebury.
- Beaud, Stéphane. 2003. *80% au bac -- et après? : les enfants de la démocratisation scolaire*. Paris : Ed. du Seuil.
- Beaud, Stéphane, and Michel Pialoux. 2002. "Jeunes ouvrier(e)s à l'usine." *Travail, genre et sociétés* 8 (2): 73–103.
- Beaud, Stéphane, and Michel Pialoux. 2006. *Violences urbaines, violence sociale: Genèse des nouvelles classes dangereuses*. Pluriel. Paris: Fayard.
- Bertho, Alain. 2009. *Le temps des émeutes*, Paris: Bayard.
- Birke, Peter. 2007. *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder: Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*. Campus-Forschung 927. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Camard, Sophie. 2002. "Comment interpréter les statistiques des grèves ?" *Genèses* 47 (2): 107-. doi:10.3917/gen.047.0107.
- Docherty, Charles. 1983. *Steel and Steelworkers: The Sons of Vulcan*. London: Heineman.
- Dreyfus-Armand, Geneviève, Maryvonne Le Puloch, und Antoine de Baecque, Hrsg. 2000. *Les années 68: Le temps de la contestation*. Histoire du temps présent. Bruxelles: Editions Complexe.
- Dubet, François. 2003. *La galère: Jeunes en survie*. Paris: Ed. du Seuil.
- Gallie, Duncan, Roger Penn und Michael Rose, Hrsg. 1996. *Trade unionism in recession*. Oxford: Oxford UP.
- Gildea, Robert, James Mark, and Anette Warring, eds. 2013. *Europe's 1968: Voices of revolt*. Oxford: Oxford University Press.
- Georgi, Frank. 1995. *L'invention de la CFDT, 1957-1970*, Paris : Editions de l'Atelier/Éditions Ouvrières.

- Hanley, Lynsey. 2012. *Estates: An intimate history*. London: Granta.
- Hayes, Ingrid. 2013. "Les limites d'une médiation militante: l'expérience de Radio Lorraine Coeur d'Acier, longwy 1979-1980." *Actes de la recherche en sciences sociales* (196-197): 84–101.
- Hayes, Ingrid. 2014. "Le dernier combat des sidérurgistes lorrains." In *Histoire des mouvements sociaux en France: De 1814 à nos jours*, Hrsg. Michel Pigenet and Danielle Tartakowsky, 625–32. Paris: La Découverte.
- Hemmer, Hans O., Kurt T. Schmitz, and Siegfried Mielke, Hrsg. 1990. *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland: Von den Anfängen bis heute*. Köln: Bund-Verlag.
- Hoggett, Paul, and Danny Burns. 1991. "The revenge of the poor: The anti-poll tax campaign in Britain." *Critical social policy* 11 (33): 95–110.
- Hordt, Arne. 2013. *Von Scargill zu Blair? Der britische Bergarbeiterstreik 1984-85 als Problem einer europäischen Zeitgeschichtsschreibung*. Frankfurt am Main: Lang.
- Hordt, Arne. 2018. *Kumpel, Kohle und Krawall. Miners' Strike und Rheinhausen als Aufruhr in der Montanregion*. Nach dem Boom. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Horn, Gerd-Rainer. 2007. *The spirit of '68: Rebellion in Western Europe and North America, 1956 - 1976*. Oxford: Oxford University Press.
- Howell, Chris. 1999. "Unforgiven: British Trade Unionism in Crisis." In *The Brave new world of European Labor: European Trade Unions at the Millennium*, Hrsg. Andrew Martin and George Ross, 26–74. New York: Berghahn Books.
- Kelly, John. 1990. "British Trade Unionism 1979-89: Change, Continuity and Contradictions." *Work, Employment & Society* 4 (5): 29–65. doi:10.1177/0950017090004005003.
- Kokoreff, Michel. 2014. "L'éméute urbaine." In *Histoire des mouvements sociaux en France: De 1814 à nos jours*, Hrsg. Michel Pigenet and Danielle Tartakowsky, 733–43. Paris: La Découverte.
- La Documentation française. 2007. *Enquêtes sur les violences urbaines: comprendre les émeutes de novembre 2005*, Paris, online unter <http://www.ladocumentationfrancaise.fr/rapports-publics/074000340/index.shtml>, Zugriff am 23.4.2021.

- Lauschke, Karl. 2007. *Die halbe Macht: Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989*. Essen: Klartext.
- Lesch, Hagen. 2005. "Arbeitskämpfe und Strukturwandel im internationalen Vergleich." *IW-Trends- Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln* (32:2). 1-17.
- Losego, Sarah V. 2009. *Fern von Afrika: Die Geschichte der nordafrikanischen „Gastarbeiter“ im französischen Industrieviertel von Longwy (1945-1990)*. Köln: Böhlau.
- Marwick, Arthur. 2007. *British society since 1945*. 4. Aufl. London: Penguin Books.
- McIlroy, John, Nina Fishman, and Alan Campbell, Hrsg. 2007. *The High Tide of British Trade Unionism: Trade Unions and Industrial Politics, 1964-79*. Monmouth: Merlin Press.
- McSmith, Andy. 2011. *No Such Thing as Society*. London: Constable.
- Mouriaux, René. 1982. *La CGT*. Paris: Éd. du Seuil.
- Noiriel, Gérard und Benaceur Azzaoui. 1980. *Vivre et lutter à Longwy*. Paris: F. Maspero.
- Penissat, Étienne. 2005. "Les occupations de locaux dans les années 1960-1970: Processus sociohistoriques de « réinvention » d'un mode d'action." *Genèses* 59 (2): 71-93.
- Pigenet, Michel, and Danielle Tartakowsky, eds. 2014. *Histoire des mouvements sociaux en France: De 1814 à nos jours*. Paris: La Découverte.
- Raphael, Lutz. 2019. *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Berlin: Suhrkamp.
- Reicher, Stephen, and Clifford J. T. Stott. 2011. *Mad Mobs and Englishmen? Myths and realities of the 2011 Riots*. New York: Constable & Robinson.
- Rennwald, Line. 2015. *Partis socialistes et classe ouvrière: Ruptures et continuités du lien électoral en Suisse, en Autriche, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en France (1970-2008)*. Neuchâtel: Editions Alphil-Presses universitaires suisses
- Rennwald, Line. 2020. *Social Democratic Parties and the Working Class. New Voting Patterns*. London: Palgrave.

- Richards, Andrew J. 1996. *Miners on Strike: Class Solidarity and Division in Britain*. Oxford: Berg.
- Rosanvallon, Pierre. 2013. *Die Gesellschaft der Gleichen*. Hamburg: Hamburger Edition, HIS Verlag.
- Ross, Kristin. 2002. *Mai ,68 and its Afterlives*. Chicago: University of Chicago Press.
- Schönhoven, Klaus. 2003. "Geschichte der Gewerkschaften: Phasen und Probleme." In *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland: Ein Handbuch*, Hrsg. Wolfgang Schroeder. 40–64. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Stott, Clifford J. T., and John Drury. 2000. "Crowds, context and identity: Dynamic categorization processes in the 'poll tax riot'." *Human Relations* 53: 247–73.
- Streeck, Wolfgang. 2014. *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. 5. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Sutterlüty, Ferdinand. 2014. „The Hidden Morale of the 2005 French and 2011 English Riots." *Thesis Eleven* 121, S. 38-56.
- Vigna, Xavier. 2004. "Les ouvriers de Denain et de Longwy face aux licenciements (1978-1979)." *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* 84 (4): 129-134.
- Vigna, Xavier. 2008. *L'insubordination ouvrière dans les années 68: Essai d'histoire politique des usines*. Rennes: Presses universitaires de Rennes.

Gérard Noiriel

Die Geschichte ‚des Volkes‘ als Erzählung der Machtverhältnisse – Le ‚populaire‘ comme relation de pouvoir¹

Gliederung

1	Einleitung.	61
2	Die Bedeutung der Wörter.	62
2.1	Histoire – Geschichte.	62
2.2	Populaire – das Volk.	64
2.3	Frankreich – France	68
3	Drei wichtige Umbruchperioden in der Geschichte des französischen Volkes	71
3.1	Machtverhältnisse in Zeiten der monarchischen Dominanz.	71
3.2	Staatbürgerschaft als Kampfziel.	73
3.3	Die Nationalisierung der französischen Gesellschaft und seine Folgen für den Klassenkampf.	75
	Literatur.	78

1 Einleitung

Die Geschichte Frankreichs kann auf verschiedene Arten geschrieben werden. Eine erste Denkschule hat sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter Ernest Lavisse entwickelt. Historiker:innen, die sich am Schnittpunkt von Universität, Verlagswelt und Journalismus befanden, versammelten hierbei eine Reihe von Forscher:innen um ein gemeinsames Thema. Das Sammelwerk der *Lieux de mémoire* („Erinnerungsorte“) Frankreichs², das von Pierre Nora konzipiert

1 Aus dem Französischen übersetzt von Florian Lisson. Die französische Fassung dieses Aufsatzes erschien unter dem Titel „Le ‚populaire‘ comme relation de pouvoir“, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, n° 67-2 (2020), S. 63-77.

2 Nora 1984, 1986, 1992.

und herausgegeben wurde, oder auch die *Histoire mondiale de la France* („Weltgeschichte Frankreichs“)³ unter der Leitung von Patrick Boucheron, reihen sich in diese Logik ein. Das zweite Modell wurde von Historiker:innen entwickelt, die sich am Ende ihrer Laufbahn befanden und die in einem großen Überblickswerk die Erkenntnisse darstellen wollten, die sie selbst zutage gefördert hatten oder die sich in den geschichtswissenschaftlichen Ansatz einfügen, den sie selbst verfolgt haben. Dies war bei Fernand Braudel und seinem Werk zur *Identität Frankreichs*⁴ der Fall oder – in einem ganz anderen Tonfall – beim Autor der *Geschichte des amerikanischen Volkes*, Howard Zinn.⁵ Diesen zweiten Ansatz habe ich selbst verfolgt.⁶ Auf diese Weise möchte ich auch meinen Studierenden und Kolleg:innen das zurückgeben, was sie mir durch ihren Beitrag zu dem geschichtswissenschaftlichen Zweig gegeben haben, der Soziogeschichte genannt wird.

2 Die Bedeutung der Wörter

Wer einen Titel wie *Histoire populaire de la France* – Geschichte des französischen Volkes – wählt, wie ich es getan habe, sieht sich von vornherein mit problembehafteten Begriffen konfrontiert, die alle hinter ihrer scheinbaren Einfachheit schwerwiegende Definitionsprobleme aufweisen.

2.1 *Histoire* – Geschichte

Berufshistoriker:innen sind allzeit mit der Mehrdeutigkeit des Wortes ‚Geschichte‘ konfrontiert. Nicht zuletzt vermischt das Wort die Realität der Vergangenheit und die Diskurse über die Vergangenheit (wenn etwa die Rede davon ist, dass ein Ereignis ‚historisch‘ sei). Vielmehr unterscheiden sich diese Diskurse selbst voneinander sehr. Gegenüber Romanen und erinnerten Geschichten ist die Unabhängigkeit der Geschichtswissenschaften nur schwer zu verteidigen. Um zu erklären, wie ich dies trotz allem versucht habe, muss zuerst geklärt werden, was ich unter Geschichtswissenschaft verstehe. Wie ich in einem früheren Buch geschrieben habe,⁷ verstehe ich sie als eine soziale Praxis, die von Spezialist:innen ausgeübt wird und die sich an Kolleg:innen des Faches richtet. Diese sind wiederum in der Lage, die herausgearbeiteten Erkenntnisse als valide oder invalide anzuerkennen. Die Doktorarbeit stellt die Königsdisziplin dieser wissenschaftlichen Tätigkeit dar und Fachzeitschriften wie die *Revue d'histoire*

3 Boucheron 2017.

4 Braudel 2009 [2000].

5 Zinn 2013 [1980].

6 Noiriel 2018.

7 Noiriel 1996.

moderne et contemporaine stellen das gemeinschaftliche Handwerk derjenigen dar, die zum Fortschritt ihrer wissenschaftlichen Disziplin beitragen.

Allerdings belassen es die meisten Historiker:innen nicht dabei, Schriften abzufassen, die den eben genannten Kriterien unterworfen sind, wie ein Blick auf ihre Publikationslisten zum Ende ihrer Laufbahnen zeigt. In der Tat nimmt die Lehre einen großen Teil ihres Berufslebens in Anspruch. Daher finden sich in ihren Literaturverzeichnissen zahlreiche Lehrbücher, Überblickswerke und Aufsätze wieder, die grundsätzlich nicht der Wissensproduktion, sondern der Wissensvermittlung dienen.

Es erscheint mir angebracht, all diese Schriften unter dem Titel ‚Wissenschaftsgeschichte‘ zu versammeln – allerdings nur unter zwei Bedingungen: Erstens müssen sich Historiker:innen der Vorbehalte bewusst sein, die all ihren Werken innewohnen, denn die angesehene Praxis der Wissenschaft darf nicht dazu dienen, die eigenen Ansichten in die Öffentlichkeit zu tragen. Ich habe mich bereits in einem anderen Buch gegen diese Symbolpolitik gestemmt, die von ‚Regierungsinтеллектуellen‘ (um an dieser Stelle die Formulierung von Charles Péguy aufzunehmen) gebraucht wird, die den Bürger:innen weismachen wollen, was sie zu denken haben, um den ‚Lehren aus der Geschichte‘⁸ gerecht zu werden. Zweitens – und diese Bedingung ergibt sich aus der ersten – muss Klarheit herrschen. Die Leser:innen müssen wissen, welcher Kategorie das Geschichtsbuch angehört, das sie lesen.

Meine Werke lassen sich in drei Kategorien einteilen: Grundlegende Untersuchungen, die ein Produkt langer Archivrecherchen sind; Aufsätze, die sich mit einem Spezialfeld befassen, das in Verbindung zu einer Problemstellung der Gegenwart steht; und Überblickswerke. Mein Buch *Une histoire populaire de la France* fällt in diese dritte Kategorie. Es ist das Ergebnis einer Anfrage des Marseiller Verlagshauses Agone, das zuvor die französische Übersetzung von Howard Zinns *A People's History of the United States* (1980, dt. *Geschichte des amerikanischen Volkes*) verlegt hat. Zehn Jahre lang habe ich an meinem Buch gearbeitet. Diese lange Zeitspanne ist sowohl den häufigen Unterbrechungen geschuldet, zu denen mich andere Aufgaben gezwungen haben, als auch der enormen Komplexität, die diese Aufgabe darstellte, derer ich mir erst im Laufe der Zeit gewahr wurde und die viel umfangreicher war, als ich zuerst geglaubt hatte.

Howard Zinn verkörperte den Typus eines engagierten Historikers, mit dem ich mich gut identifizieren konnte. Ich musste jedoch aus zwei Gründen begreifen, dass ich meine Geschichte des Volkes nicht an ihn anlehnen konnte: Erstens, und das werde ich später noch ausführen, zwang mich mein zweifacher Werdegang als Historiker und Soziologe zu einem anderen Ansatz der ‚Geschichte von unten‘ als demjenigen, den Zinn verfolgt hatte. Zweitens hatte

8 Noiriél 2010.

die politische und intellektuelle Konjunktur der 2010er Jahre nicht mehr viel mit den 1970er Jahren zu tun, als Zinn sein Buch schrieb. Ich musste die Frage nach den Beziehungen zwischen gestern und heute anders angehen.

2.2 *Populaire – das Volk*

Dies führt mich zu dem zweiten Begriff, der im Titel meines Buches und des vorliegenden Aufsatzes erscheint: Was ist eine Geschichte ‚des Volkes‘? Es ist kein Zufall, dass Verlagshäuser ihre Titelseiten nur allzu gerne mit Wörtern schmücken, die das Volk (*le peuple*) betreffen. In der Tat kann eine erste Definition von ‚populaire‘ festgehalten werden, die sich in Abgrenzung zu ‚spécialiste‘ – sprich den Expert:innen – befindet. Demnach muss eine Geschichte ‚des Volkes‘ ein weitaus größeres Publikum ins Auge fassen als den reinen Kreis der Geschichtsprofessor:innen. Ich habe diese Dimension, die hinter dem französischen Wort ‚populaire‘ steckt, angenommen; in meinen Augen steht sie im Einklang mit den Charakteristika eines Überblickswerks. Hierbei habe ich mich stark an Howard Zinn angelehnt, da ich eine Leserschaft ins Auge gefasst habe, die nicht zwangsläufig mit den Gepflogenheiten und Grundkenntnissen der Geschichtswissenschaft vertraut ist. Deshalb habe ich in meinem Text geschichtliche und zeitliche Kerndaten wiedergegeben, die für Expert:innen evident sind. Genau wie Howard Zinn habe ich auf Fußnoten verzichtet und stattdessen die Werke und Analysen, auf die ich mich stütze, im Fließtext genannt. Da ich nicht über das stilistische Talent eines Howard Zinn verfüge, strahlt meine Geschichte des französischen Volkes vielleicht nicht die erzählerische Größe aus, die seinem Werk innewohnt. Dennoch habe auch ich die Erzählform gewählt. Die Vermittlung von Gelehrtenwissen ist eine Übersetzungsaufgabe von der Fach- in die Allgemeinsprache.

Diese Aufgabe begleitete mich auch bei der Nachzeichnung von Erinnerungsproblematiken, die häufig Schlagzeilen machen: Sklaverei, Kolonialismus, die NS-Zeit im Vichy-Regime, etc. Ich habe stets versucht aufzuzeigen, wie die geschichtswissenschaftliche Forschung mit diesen Themen umgeht, ohne dabei in die ‚Besessenheit des Urteilens‘ (um mit Marc Bloch zu sprechen) zu verfallen.

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen mir und Howard Zinn ist der Wille, eine Geschichte zu schreiben, die die bewegenden Themen der Gegenwart zu erklären vermag. Ich möchte Vorschläge unterbreiten, wie das Ereignis aufgeschlüsselt werden kann, das zum Zeitpunkt, als ich das Buch schrieb, als ‚historischer Wendepunkt‘ galt: die Wahl von Emmanuel Macron. Ohne in jedweder Form Partei zu ergreifen, habe ich in meinen Schlussbemerkungen das Wahlprogramm des Präsidenten analysiert, als wäre es quasi ein Archivfund. Der damalige Präsidentschaftskandidat beruft sich in seinem Buch *Révolution* (2016) stark auf die Geschichte, um sein politisches Projekt zu rechtfertigen,

wodurch ich seine Standpunkte mit denen vergleichen konnte, die ich auf den vorherigen 800 Seiten meines Buches darstelle. Was diese Übung zutage fördert, ist nichts weiter als die Tatsache, dass die unteren Schichten der Gesellschaft – auf französisch umschrieben mit dem Begriff ‚les classes populaires‘ (die Volksklassen) – in der Welt von Emmanuel Macron keine Rolle spielen. Diese Tatsache sollte wie eine Vorhersage des massiven Gegenwinds wirken, den der Präsident keine zwei Monate nach der Veröffentlichung meines Buches in Form der Gelbwestenproteste zu spüren bekam.

Der von mir verfolgte Ansatz, die Gegenwart vor dem Lichte der Vergangenheit zu verstehen, hat eine große Rolle bei den einschneidenden Auswahlentscheidungen gespielt, die ich treffen musste, um mein Überblickswerk angemessen fertigzustellen. Angesichts der schieren Masse an vorliegenden wissenschaftlichen Büchern und Schriften ist es völlig unmöglich, eine Geschichte Frankreichs zu schreiben, die der Form einer ausführlichen Beschreibung gerecht würde. Das ist die Hauptschwierigkeit, mit der sich Historiker:innen bei einem solchen Unterfangen auseinandersetzen müssen. Dies stellt nicht nur eine intellektuelle, sondern auch eine moralische Zerreißprobe dar, da nicht allen Arbeiten, die bei der Recherche zurate gezogen wurden, ihr rechter Platz in der Darstellung zugewiesen werden kann. Um der Erklärung aktueller Probleme durch die Geschichte Sorge zu tragen, habe ich mich auf die Fragen konzentriert, die sich unsere Gesellschaft heute stellt: der Abbau des Sozialstaates durch die Kahlschläge des Neoliberalismus, die Migrationsfrage, die Krise der Arbeiterbewegung, der Aufstieg der Identitätspolitik mit all ihren Kontroversen, etc.

Meine Geschichte ist insofern diejenige ‚des Volkes‘, als sie für jedermann verständlich und nah bei den Problemen der Französisinnen und Franzosen von heute sein soll. Insofern bin ich lediglich den Schritten von Howard Zinn gefolgt. Der Punkt, in dem sich unsere Arbeiten voneinander unterscheiden, ist der Blickpunkt einer Geschichte ‚von unten‘, den ich nicht gewählt habe. Der Klappentext der französischen Ausgabe von Zinns Buch stellt seine Arbeit wie folgt dar: „Cette histoire des Etats-Unis se fonde sur le point de vue de ceux dont les manuels d’histoire parlent peu.“⁹ Weiter verspricht das Buch, „de battre en brèche l’histoire vue d’en haut.“¹⁰

Howard Zinn hat zurecht gegen die vermeintliche Neutralität von Historiker:innen angekämpft, die zu seiner Zeit noch weit verbreitet war. Hierzu hat er die Vorbedingungen ihrer Schriften in Frage gestellt.¹¹ Die Gegenüberstellung einer ‚von oben‘ und ‚von unten‘ betrachteten Geschichte läuft Gefahr, den

9 Übersetzung: „Diese Geschichte der Vereinigten Staaten gründet sich auf den Blickpunkt derer, über die die Geschichtslehrbücher wenig sprechen.“

10 Übersetzung: „eine Bresche in die von oben geschriebene Geschichte zu schlagen.“

11 Zinn 2010 [1994].

zentralen Punkt zu verfehlen, den die Unabhängigkeit der Geschichtswissenschaft gegenüber den erinnerungspolitischen Unternehmungen jedweder Couleur ausmacht, von denen sie ständig bedroht wird. Ich möchte an dieser Stelle nicht in die erkenntnistheoretisch motivierte Diskussion eintreten, inwiefern die Zurückweisung einer Pseudoneutralität und die Verteidigung einer unabhängigen Geschichtswissenschaft vereinbar sind. Diesen Punkt nenne ich nur, um zu rechtfertigen, dass ich meine Geschichte des Volkes nicht als eine ‚von unten gesehene‘ Geschichte behandle, ja noch nicht einmal als eine Geschichte ‚derer dort unten‘. Ich denke in der Tat, dass das ‚Volk‘ (le ‚populaire‘) nicht mit den unteren Klassen der Gesellschaft (les ‚classes populaires‘) verwechselt werden darf. Um diese Überzeugung weiter auszuführen, müssen unseren jüngeren Kolleg:innen kurz die (manchmal auch polemisch geführten) Kontroversen vor Augen geführt werden, die in den 1970er Jahren von Historiker:innen geführt wurden, die alle gegen die ‚offizielle‘ Geschichtsschreibung ankämpften.

Die Historiker:innen meiner Generation genossen ihre Ausbildung nach dem Beben der 68er-Bewegung, die die Universitäten erschüttert hatte. Zu dieser Zeit hatte ‚die Geschichte von unten‘ bereits Wind in den Segeln. Das Schlüsselwerk dieser neuen Sozialgeschichte war das Buch *The Making of the English Working Class* von Edward P. Thompson¹² (ich nenne an dieser Stelle die englische Ausgabe, weil wir diese damals alle gelesen haben. Die französische Übersetzung ließ noch länger auf sich warten).

Wie ich im Vorwort der in Frankreich kürzlich erschienenen Neuauflage meiner Analyse der Geschichte der Arbeiter:innen in Longwy¹³ erwähne, habe ich selbst die Bücher von Edward P. Thompson geradezu verschlungen, auch wenn ich nie ein Anhänger seines Geschichtsverständnisses war. Damals gehörte ich der marxistischen Bewegung in der Tradition Althusers an, die Thompson mit einer unerhörten Gewalt und gar beleidigenden Worten angeklagt hatte. Wir kämpften damals gegen den Stalinismus innerhalb der kommunistischen Partei Frankreichs PCF; wie hätten wir Sätze gelten lassen können wie: „l’Althusser nouveau n’est rien d’autre que le vieux Thorez en Technicolor“¹⁴ und dass seine Philosophie „letztlich ein als Ideologie theoretisch gefasster Stalinismus“ sei?¹⁵

12 Thompson 1963. Die deutsche Ausgabe erschien 1987 bei Suhrkamp unter dem Titel *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse* (Anm. der Hrsg.).

13 Noiriel 2019 [1984].

14 Übersetzung: „Der neue Althusser ist nichts anderes als der alte Thorez in Technicolor.“ Dieses Zitat findet sich in Thompson, Edward P. 2015 [1977], S. 361 und bezieht sich auf die – nach Thompson – fehlende Kritik Althusers am Stalinismus. Althusers Position sei der des Stalin- und moskautreuen ehemaligen kommunistischen Vizepremierministers Frankreichs (1946-47) und Generalsekretärs (1930-64) der Kommunistischen Partei Frankreichs, Maurice Thorez (1900-1964), vergleichbar (Anm. der Hrg.).

15 Thompson 1980 [1978], S. 246.

Meine Meinungsverschiedenheiten mit Edward Thompson erklärten sich auch schlicht aus historiografischen Gründen. Seine Analysen über die Bildung der englischen Arbeiterklasse zu Beginn des 19. Jahrhunderts schienen mir nicht allzu sehr geeignet, um die Entstehung des Industrieproletariats im 20. Jahrhundert zu begreifen, das im Zentrum meines Werks stand und das sich auf die lothringischen ‚Eisenmänner‘ – *hommes de fer* – konzentrierte. Dennoch waren seine feingliedrigen Analysen über die Wirtschaftsmoral der Arbeiter:innen wertvoll, um die Handlungsgründe der Arbeiterklasse in der vorindustriellen Zeit zu verstehen. Aber sie beleuchteten eine Welt, in der ‚diejenigen dort unten‘ noch über eine große Autonomie verfügten, die durch ihre Einbindung in den Nationalstaat und in großen Fabriken zum Großteil verloren gegangen ist.¹⁶ Auf konzeptueller Ebene störte mich die Art und Weise, nach der Thompson die Begriffe ‚agency‘ und ‚structure‘ verstand, um das alte Konzept des „Klassenbewusstseins“ (der Titel des letzten Kapitels seines Buchs) zu stützen, das mir überholt vorkam.

Der außerordentliche Erfolg von Edward Thompsons Buch bei Historiker:innen auf der ganzen Welt erklärt sich teilweise aus dem Umstand, dass er zwei Wissenschaftsdisziplinen, namentlich Geschichte und Anthropologie miteinander verband, um so eine Art Interdisziplinarität zu schaffen. Die italienische und französische *Mikrogeschichte*, die deutsche *Alltagsgeschichte* und die angloamerikanische *Geschichte von unten* haben unsere Disziplin mit Sicherheit stark bereichert. Nichtsdestotrotz hatten sie, wie jeder Gesichtspunkt, ihre Grenzen. Diese wurden sehr früh von anderen Historiker:innen der Arbeiterklasse aufgezeigt, wie etwa durch Gareth Stedman Jones, einem Schüler von Thompson.¹⁷ Indem er das Primat der Sprache über die Erfahrung annahm, stieß Jones die Tür zu einer Fragestellung auf, die bis dato von Historiker:innen unbeachtet blieb, nämlich die Frage nach den Machtverhältnissen, in denen die Arbeiter:innen lebten und die sie zwangen, sich eine Sprache anzueignen, die sie selbst nicht erfunden hatten. Die Bücher von Michel Foucault und Pierre Bourdieu erlaubten es mir, diese Perspektive zu vertiefen. Ich musste aber feststellen, dass die umstürzlerische Stimmung der 1970er Jahre sie dazu verführte, Machtverhältnisse mit sozialer Dominanz zu verwechseln und dabei die Fragen von Solidarität außer Acht zu lassen. Die Soziologie nach Durkheim (durch Norbert Elias vertieft und weitergedacht) gab mir die Möglichkeit, den Werkzeugkasten zu vervollständigen, den wir ‚Sozialgeschichte‘ nennen.¹⁸

16 Thompson hat im Übrigen selbst im Nachwort seines Werkes angemerkt, dass „[d]ie Handwerker und Heimarbeiter im Mittelpunkt [stehen], aber die Gestalten an den Rändern sind verschwommen.“ (Thompson 1987 [1963], S. 940).

17 Stedman Jones 1988 [1983].

18 In seiner Arbeit *Über die Teilung der sozialen Arbeit* zeigt Durkheim (1977 [1893]) tatsächlich den notwendigen Zwang auf, den der Staat auf die Individuen ausübt, damit sich eine organische Solidarität bildet; das heißt die nationale Gemeinschaft, die Norbert Elias als zentrale ‚Überlebenseinheit‘ der modernen Gesellschaften darstellt.

Dieser kleine methodologische Exkurs erlaubt es, so hoffe ich, besser zu verstehen, warum ich das ‚Volk‘ – le ‚populaire‘ – als Gesamtheit der Machtverhältnisse ansehe, die von einem Staat abhängige Individuen aneinanderbinden. Das Wort ‚populaire‘ verweist hierbei auf das Wort ‚peuple‘ – Volk – im politischen Sinne, es wird aber mithilfe der Konzepte und Hilfsmittel der Sozialgeschichte verstanden.

2.3 Frankreich – *France*

Kommen wir nun zum letzten Wort des Titels: Frankreich. Als Folge dessen, was ich gerade gesagt habe, verwende ich diesen Terminus im juristischen Sinne: Frankreich ist demnach ein Staat, der seine Souveränität auf einem begrenzten Territorium und über die Bevölkerung, die dort lebt, ausübt. Das französische Volk umfasst alle Individuen, die im Machtverhältnis stehen, das man ‚Souveränität‘ nennt (als Verhältnis von Befehl und Gehorsam, wie es Max Weber nannte) – zunächst als Untertanen eines Königs, dann als Bürger:innen der Republik. Aus diesen Überlegungen heraus erklärt sich, warum ich das Ende des Hundertjährigen Kriegs (1337-1453) als Ausgangspunkt gewählt habe; zu dieser Zeit beginnt sich der königliche Staat zu entwickeln.

Dieser sozialgeschichtliche Ansatz führte mich dazu, Frankreich als eine ‚Gesellschaft von Individuen‘ (um an einen Titel von Norbert Elias anzuknüpfen)¹⁹ zu begreifen. Daraus ergibt sich die Dekonstruktion von kollektiven Einheiten (Klasse, Geschlecht, Nationalität, etc.), um zu verstehen, wie sich diese Zugehörigkeitskriterien in jedem von uns widerspiegeln, wobei manchmal widersprüchliche Rollen in der Machtkonstellation aufeinandertreffen. Dies ist der Grund, warum ich neben dem sozioökonomischen Rang, der bei mir eine zentrale Stellung einnimmt, auch andere individuelle Identitätsmerkmale wie Geschlecht, Alter, Nationalität etc. berücksichtige. Dieser Ansatz trägt dazu bei, die Analyse der Formen von Dominanz und Solidarität in komplexerer Weise zu fassen.

Es gibt in der Tat Formen von Dominanz innerhalb der oberen Schichten, die dazu beitragen, dass ihr Einfluss geschwächt wird. Im *Ancien Régime* zum Beispiel machten sich die unzuträglichen Machteinflüsse der Männer im monarchischen Staat bemerkbar, sobald es keinen männlichen Thronfolger für den eben verstorbenen König mehr gab. Genau zu diesem Zeitpunkt wurde oft Protest gegen die königliche Macht artikuliert, der gemeinsam von Adligen, dem Bürgertum und einem Teil der unteren Klassen getragen wurde. Dieselbe Art von Protest lässt sich auch bei den sozial dominierten Gruppen finden. In meinem Buch beschreibe ich einen Befund, den ich bereits bei meiner Analyse der Stahlarbeiter aufgezeigt habe. Diese haben ihre Macht über die lothringische Arbeiterschaft genutzt, indem sie die Gräben zwischen den Geschlechtern und

¹⁹ Elias 1987.

Nationalitäten vertieft haben: Frauen wurden zu Hausfrauen, die die männlichen Arbeitskräfte ‚disziplinieren‘ sollten, da sie anfangs unstete und labile Alleinstehende waren. Gleichzeitig nutzten die Vorgesetzten die französischen Arbeiter, um den eingewanderten Arbeiter:innen ihre Regeln aufzudrücken.

Diese Analyse der Machtverhältnisse lässt sich auch auf die Kolonialgeschichte anwenden, die meiner Ansicht nach ein unumgänglicher Bereich der Geschichte des französischen Volkes ist. Auf den Antillen spielten die mächtigsten Kolonialherren eine gewichtige Rolle darin, das Rassendenken in die lokale Gesellschaft hineinzutragen und so die ansatzweise auftretenden Solidaritätsbekundungen zwischen den amerikanischen Ureinwohnern (Kariben), den kleinen weißen Kolonisten und den dunkelhäutigen Sklaven im Keim zu ersticken.

Diese Beispiele verdeutlichen auch, dass die Herrschaftsformen, die ‚die dort oben‘ durchsetzen, eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung von Widerstandsbewegungen spielen, die die Dominierten gegenüber den Dominierenden an den Tag legen. Diesen Aspekt vergessen die Anhänger:innen der ‚Geschichte von unten‘ nur zu gerne. Das Volk darf also deshalb nicht mit der Arbeiterklasse verwechselt werden, weil sonst wahrscheinlich übersehen werden würde, dass sich die Unterdrückten, um ihre Unterdrückung zu bekämpfen, eine Sprache und Spielregeln aneignen müssen, die sie selbst nicht entwickelt haben. Um passiven Widerstand in kollektive, aktive Revolte zu verwandeln, müssen die Anführer:innen der unteren Klassen in der Lage sein, ihre Empfindungen von Not und Wut zum Ausdruck zu bringen. Soziales Leid gestaltet sich in der Tat unterschiedlich und ist oft nicht zu fassen. Es braucht eine Sprache, die dieses Empfinden benennen kann, und diese Sprache borgen sich die Unterdrückten meistens bei ihren Unterdrücker:innen, auch wenn sie ihr eine andere Bedeutung beimessen. Deshalb muss der Sprache eine zentrale Rolle eingeräumt werden, wenn Machtverhältnisse erklärt werden sollen. Die Wortführer:innen des Protests sind in der Lage, das Leid der unteren Klassen zu benennen. Diese ‚finden‘ sich im Diskurs ‚wieder‘, was sie dazu veranlasst, sich um die Begriffe zu versammeln, die ihre Anführer:innen gefunden haben. In diesem Sinne sind sie das Zahnrad, das es im Getriebe braucht, um Solidarität zu stiften. Sie haben aber auch einen starken Einfluss auf die untergeordneten gesellschaftlichen Schichten, da sie bestimmte Aspekte ihres Leids auswählen und sichtbar machen und andere in den Hintergrund treten lassen.

Ich habe diese theoretischen Überlegungen mithilfe von Pierre Bourdieus Analyse formuliert, die er in den 1970er Jahren erarbeitet hat, um zu erklären, warum Gewerkschaften dazu tendierten, wirtschaftliche Forderungen in den Vordergrund zu stellen. Indem sie „jetzt tut’s mir am Lohn weh“ anstelle von „es tut mir überall weh“ sagten, gelang es den Wortführer:innen der Arbeiterbewegung, Menschen um ihre expliziten und einenden Forderungen zu versammeln, die

genauso an der Verachtung ihrer Klasse, den Arbeitsbedingungen, den schlechten Wohnverhältnissen etc. litten.²⁰ Ich habe diese Überlegungen zur symbolischen Macht vor allem in dem Kapitel zu den sogenannten ‚Religionskriegen‘ ausgearbeitet. Gewiss sagten im 16. Jahrhundert die unteren Klassen nicht ‚mir tut’s am Lohn weh‘, sondern ‚mir tut’s am Glauben weh‘. Die Reformation, die mit dem Protestruf von Martin Luther 1517 begann und dann durch Jean Calvin in Paris und Genf verstärkt wurde, war für die Bäuerinnen und Bauern sowie für die Handwerker ein Mittel, ihr Leid zum Ausdruck zu bringen und ihre Forderungen zu begründen, was die ‚Bauernkriege‘ im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation nach sich zog.

Das heißt natürlich nicht, dass die unteren Klassen unfähig gewesen wären, eigene Ausdrucksformen und kulturelle Praktiken zu entwickeln (davon nenne ich viele Beispiele in meinem Buch), aber sie können nur dann verstanden werden, wenn sie in den allgemeinen Kontext der Machtverhältnisse eingebettet werden. In ihren Kämpfen nutzen die unterdrückten Klassen die Sprache, Bezüge und Vorstellungen, die von den Unterdrückter:innen hervorgebracht wurden, aber sie wandeln sie ab, passen sie an, drehen sie um und reichern sie an. Und wenn diese Kämpfe einmal die Macht der Dominierenden ausreichend erschüttert haben, müssen diese sich wiederum an die neuen Verhältnisse anpassen.

Um diese Dialektik anhand konkreter Beispiele zu veranschaulichen, habe ich mich auf das berühmte Buch von Louis Chevalier *Classes laborieuses et classes dangereuses* (1958)²¹ bezogen. In dem Teil, den er der präzisen Analyse von Victor Hugos Roman *Les Misérables* (‚Die Elenden‘, 1862) widmet, zitiert er den Auszug aus Hugos Rede in der Académie française, in dem er über die ‚populaces‘, den Pöbel, sprach. Jules Vinçard, ein Tischler, der die Arbeiterzeitung *La Ruche populaire* leitete, schrieb Hugo einen Brief, in dem er ihm diese Wortwahl vorwarf. Hugo antwortete ihm, er habe das Wort ‚populaces‘ im Plural gebraucht, um zu zeigen, dass es einen ‚goldenen‘ und ein ‚zerlumpten‘ Pöbel gebe. Louis Chevalier findet diese Antwort „beschämend, unklar“. Indem er spontan und selbstredend den Begriff ‚Pöbel‘ gebrauchte, eignete sich Hugo eine Wortwahl an, gegen die sich Widerstand erhob, der bisher nur in der Theorie erfasst wurde. Es existierte im allgemeinen Sprachgebrauch der Epoche in erster Linie das Wort ‚Pöbel‘, während sich das Wort ‚Volk‘ in seiner heutigen Bedeutung noch nicht durchgesetzt hatte. Womöglich dachte Hugo an diese begriffliche Auseinandersetzung, als er in einer zweiten Fassung seines Buchs über Gavroche²² an die Stelle des Wortes ‚populace‘ folgende

20 Bourdieu 1993 [1980], S. 249.

21 Zu Deutsch etwa: *Arbeitende Klassen und gefährliche Klassen*.

22 Gavroche: eine der Hauptpersonen des Romans *Les Misérables* (1862) von Victor Hugo, der plebejischer Herkunft ist und auf den Straßen von Paris lebt (Anm. der Herausgeber).

Bemerkung setzte: „*tourbe, multitude, populace. Ces mots-là sont vite dits.*“²³ Weiter führt Louis Chevalier aus, dass die vorherige Unterscheidung zwischen Pöbel und Volk (von der die erzählerische Darstellung der Erhebung des Juni 1848 ausgeht), die Hugo zwanghaft durchzusetzen versuchte, von Interesse sei, weil sie sich auf die alte Bedeutung des Wortes ‚*populace*‘ und die neue Bedeutung des Wortes ‚*peuple*‘ beruft: das heißt auf die Tatsachen und das Bewusstsein, das sowohl der Erzähler als auch seine Zeitgenossen davon hatten.²⁴

Diese Anmerkungen zeigen gut die Rolle, die der Protest von Jules Vinçard (bevor überhaupt die Revolution von 1848 begann) bei Victor Hugos neuem Blick auf die ‚Elenden‘ gespielt hat, als das Pöbel-Volk – *le peuple-populace* – zum politischen Volk – *le peuple-politique* – wurde. Darauf beziehe ich mich, da diese Geschichte in einfachen Worten die Dialektik zeigt, die meines Erachtens nach den Motor der Geschichte ausmacht. Selbst wenn die Arbeiterklasse unterlag, hinterließen ihre Kämpfe Spuren und trugen zum Fortgang der offiziellen Geschichte bei, die sonst nur ‚denen dort oben‘ zugeschrieben wird. Anders gesagt möchte ich in meiner Geschichte des französischen Volkes das Schema des Klassenkampfes, das von Karl Marx entwickelt wurde, annehmen, aber dabei die Machtverhältnisse an die Stelle der Produktionsmittel setzen. Theoretisch betrachtet handelt es sich um Marx, der um Max Weber und Pierre Bourdieu bereichert wurde.

3 Drei wichtige Umbruchperioden in der Geschichte des französischen Volkes

Die Dialektik, die ich gerade beschrieben habe, dient mir als Leitfaden, um meine historische Darstellung fortzuführen und die Arbeiten auszuwählen, die ich beim Schreiben dieser Geschichte des Volkes zurate gezogen habe. Auch wenn sich dies nicht in den Kapiteltiteln niederschlägt, unterscheide ich drei große Teile, die drei wichtige Umbruchperioden in der Geschichte der Machtverhältnisse darstellen, wie ich sie oben beschrieben habe.

3.1 Machtverhältnisse in Zeiten der monarchischen Dominanz

Die erste Zeitspanne erstreckt sich von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zur Hälfte des 18. Jahrhunderts. Nach dem Ende des Hundertjährigen Krieges konnte der Staat der Kapetinger die Erhebung regelmäßiger königlicher Steuern durchsetzen. Auch wenn sich der Adel dem noch heftig widersetzte, breitete sich das Verhältnis von Befehl und Gehorsam, das die Macht des Souveräns kenn-

23 Übersetzung: „Pack, Gesindel, Pöbel. Solche Wörter sind leicht gesagt.“

24 Chevalier 1978 [1958]: „n’ont d’intérêt que parce qu’elles expriment et la signification ancienne du mot ‚*populace*‘ et la signification nouvelle du mot ‚*peuple*‘ : c’est-à-dire les faits et la conscience qu’en prenaient le narrateur et ses contemporains.“

zeichnete, nach und nach auf alle Untertanen des Königs aus. In symbolischer Hinsicht wurde es durch die Legitimation der katholischen Kirche unterstützt. Dieser Kontext erklärt die beiden hauptsächlichen Formen des kollektiven Widerstands, an denen die unteren Klassen zu dieser Zeit beteiligt waren: Revolten gegen übermäßige Besteuerung und sogenannte ‚Religionskriege‘. Nichtsdestotrotz blieb die Machtausübung durch den König der feudalen Logik verhaftet, die sich auf direkte Beziehungen von Mensch zu Mensch, zwischen König und Vasallen, stützte. Dieses System erklärt die verschiedenartige Ausgestaltung der Beziehungen, die die Individuen zum Staat pflegten, neben der außergewöhnlichen Vielfalt der Sprachen, der Rechtsformen, der Sitten. Der Adel begründete seine Privilegien dadurch, dass er sich als einem anderen ‚Wesen‘ (einer anderen ‚Rasse‘ (race), um das Vokabular der Zeit zu benutzen) als das Volk zugehörig sah. Die unteren Klassen waren in der Sicht des Adels nicht Teil ihrer Welt. Diese soziale Trennung scheint auch in der aristokratischen Definition von Repräsentation durch. Der Adel ‚repräsentierte‘ Frankreich, eben weil er sich vom gemeinen Volk abgrenzte. Ende des 18. Jahrhunderts teilte Turgot noch diese Ansicht, als er schrieb: „Otez à la noblesse ses distinctions, vous détruisez le caractère national.“²⁵

Die Härte, mit der diejenigen ‚dort oben‘ ihren Dominanzanspruch denen ‚dort unten‘ gegenüber verfochten haben, erklärt sich aus der Tatsache, dass sie sich nicht demselben französischen ‚Wir‘ angehörig fühlten. Die Ausbeutung des ersten, auf Sklaverei gegründeten Kolonialreiches stellt die extreme Form dieses Unterdrückungssystems dar. Im Mutterland waren die Untertanen des Königs als Christen formell frei. Da aber das Herrschaftssystem auf der direkten Ausbeutung der Arbeit der Bauern und Handwerker basierte, konnte sich das System nur durch das Abpressen von Steuern und Abgaben mittels körperlichen Zwangs erhalten. Aufstände des Volkes, die meistens Kämpfe um das nackte Überleben waren, nahmen ebenfalls die Gestalt direkter Zusammenstöße an, die den Ausdruck von Solidarität bei den Mitgliedern der Dorf- oder Stadtgemeinschaft beflügelten.

Das Buch zeigt ebenfalls, dass die Gewalt der Bevölkerung eine Ressource darstellt, die von unterschiedlichen Teilen der herrschenden Klasse allzu gerne im Rahmen ihrer inneren Flügelkämpfe manipulativ gebraucht wurde, auch wenn diese Konflikte meistens beigelegt wurden, sobald die Herrschenden die Gefahr eines Volksaufstandes witterten, der auf sie zurückzufallen drohte.

Eines der Hauptanliegen des Werkes ist es, konkret zu zeigen, inwiefern die Dialektik des Klassenkampfes einer der hauptsächlichen Motoren des geschichtlichen Wandels in Frankreich ist. Ich stelle in diesem Teil auch auf die Folgen

25 Turgot 1776. Übersetzung: „Nehmt dem Adel seine Unterscheidungsmerkmale, und Ihr zerstört, was die Eigenart der Nation ausmacht.“

der großen Revolten für die Ausgestaltung eines vernunftbasierten, staatlichen Handelns ab. Ich beziehe mich dafür auf die Analysen von Norbert Elias, der die von Ludwig XIV. eingerichtete „höfische Gesellschaft“ als Machtsymbol sah, indem sich der König als Schiedsrichter zwischen die Kämpfe von Adel und Bürgertum platzierte, um erneute Bündnisse zwischen diesen Gruppen zu verhindern, wie sie sich während der *Fronde*²⁶ zugetragen hatten.²⁷ Dadurch, dass der König all diejenigen nach Versailles geholt hat, die eine potentielle Gefahr für ihn darstellten, wird eine Welt deutlich, in der der Zentralstaat noch über wenig Macht verfügte, um seine Dominanz auch in weiter Ferne durchzusetzen.

3.2 Staatbürgerschaft als Kampfziel

Der zweite Teil des Buchs konzentriert sich auf den neuen Typus von Machtbeziehungen, der sich ab der Mitte des 18. Jahrhunderts entwickelt hat. Die Fortschritte auf dem Feld der schriftlichen Kommunikation und von Geldgeschäften veränderten die soziale Bindung zugunsten von Fernbeziehungen. Eine neue Infrastruktur der Kommunikation entstand, die es erlaubte, sich aus den Zwängen der häuslichen Beziehungen (Familien, Zünfte, Dörfer) zu lösen, die auf persönlichen zwischenmenschlichen Beziehungen basierten. Dieser Wandel wurde als Zugewinn an ‚Freiheit‘ dargestellt, auch wenn er als eine tiefgreifende Veränderung der Zwänge gedeutet werden muss, die auf den Individuen ruhen.

Wirtschaftlich betrachtet spielte der Ausbau von Geldgeschäften (die Marx als die ‚unsichtbaren Fäden des Kapitalismus‘ bezeichnet hat) eine fundamentale Rolle bei der noch primitiven Anhäufung von Kapital zulasten der alten Produktionsmethoden. Zeitgleich erlaubte die Entwicklung des Schriftwesens das Aufkommen einer kleinen ‚Gelehrtenrepublik‘ – auf Französisch ‚république des lettres‘. Die Fortschritte bei der Briefzustellung regten zu privaten Schriftwechslern an, was die Geburtsstunde der öffentlichen Meinung war, die sich dank der Unabhängigkeit des kleinen Milieus von Schriftsteller:innen vom Autoritarismus der königlichen Macht loslösen konnte. Erst von diesem Moment an setzte sich der Begriff ‚Nation‘ als Entsprechung des ‚französischen Volkes‘ durch. Die aristokratische Definition der Repräsentation bekam Risse und wurde von einer bürgerlichen Vorstellung abgelöst, die die Identität von Repräsentierenden und Repräsentierten in den Mittelpunkt stellt.

Die Konflikte, die die Oberschicht durchzogen, beeinflussten ebenfalls die unteren Klassen, da sich diese nun zunehmend als Teil desselben Volkes wie ihre Anführer:innen sahen. Der Emanzipationsprozess, der durch die Lockerung der direkten Bünde ausgelöst wurde, berührte auch die untergeordneten

26 *Fronde*: Bezeichnung für die Aufstandsbewegung der Jahre 1648-53 vor allem von Teilen des französischen Adels gegen die zunehmenden Machtausdehnung des französischen Königiums.

27 Elias 1983 [1969].

Klassen, vor allem im städtischen Raum. Dieser Wandel fand in verschiedenen Bereichen des alltäglichen Lebens seinen Ausdruck. Zeugnis davon waren die beginnende Dechristianisierung, die Entstehung von Kleidermoden innerhalb des wohlhabenderen Teils auch der unteren Schichten (die sich an der Verbreitung von bemalten oder bedruckten Stoffen, die *Indienne* genannt wurden, zeigten) und die Zunahme von Arbeitskonflikten, bei denen arbeitende Handwerker zunehmend Anwälte zurate zogen, um ihre Rechte geltend zu machen.

Die neue Definition der Repräsentation des Volkes, die auf der Identität von Herrschenden und Beherrschten basiert, stellte ab 1789 die Staatsbürgerlichkeit (*Citoyenneté*) als zentrales Machtverhältnis in den Vordergrund. Bis zur Niederschlagung der Pariser Kommune 1871 standen sich in revolutionären Bewegungen die bürgerliche Konzeption der Staatsbürgerlichkeit (die sich auf die Delegation von Macht stützt) und eine hiervon deutlich verschiedene Konzeption der Arbeiterklasse gegenüber, die vielmehr die direkte Demokratie bevorzugte. Während bis dato, bis auf wenige Ausnahmen, ausschließlich das Bürgertum und die Adligen über die Fähigkeiten verfügten, die Formen der schriftlichen Fernkommunikation zu beherrschen, beförderte während der Julimonarchie die Ausbreitung der Schriftkultur im städtischen Milieu die Gründung von Arbeiterzeitungen. Dadurch stieß die Stimme der Arbeiter:innen in den öffentlichen Raum. Während durch die Französische Revolution die Figur des ‚Sansculotte‘ auf den Plan gerufen wurde, entstand durch die Revolution im Februar 1848 die Figur des Arbeiters. Er war der ‚kämpfende Bürger‘, der das Streben nach einer Staatsbürgerschaft durch das direkte Handeln verkörperte.

Gleichwohl wurde zur selben Zeit die Spaltung zwischen Stadt und Land durch den Fortschritt des Schriftwesens in der Elite der Arbeiterklasse verkleinert. Das allgemeine Männerwahlrecht, das durch die revolutionären Arbeiter im Februar 1848 bitter erkämpft wurde, wandte sich ab April gegen sie. Die Bauern, die die Mehrheit der Wähler darstellten, gaben ihre Stimme den reaktionären Kräften, die die Revolution im Juni 1848 niederschlugen.

Das soll nicht heißen, dass die Revolution durch das Volk, auch wenn sie bezwungen wurde, keine entscheidende Rolle im geschichtlichen Verlauf Frankreichs gespielt hätte, denn das allgemeine Männerwahlrecht wurde seitdem (außer unter der Vichy-Regierung) nie wieder infrage gestellt. Napoleon III. baute mit Unterstützung der Bauern eine Herrschaftsform auf, die ich als Klassenkompromiss bezeichne. Der französische Kapitalismus entwickelt sich massiv auf Basis der Mehrfachbeschäftigung – *pluri-activité* – rund um zwei zentrale Rollen: der bäuerliche Arbeiter und der Arbeiter des städtischen Handwerks. Dieser Kompromiss hielt die Landflucht in Grenzen, verstärkte aber beim Volk malthusianische Tendenzen, wodurch die Arbeitgeber der Großindustrie nach einigen Jahrzehnten massiv auf Einwanderer:innen zurückgreifen mussten.

3.3 Die Nationalisierung der französischen Gesellschaft und seine Folgen für den Klassenkampf

Die Gründung der Dritten Französischen Republik und die Niederschlagung der Kommunarden markierten den Beginn einer neuen Ära, derer sich die Analyse im dritten Teil meines Buches widmet. Immer noch denselben Leitlinien folgend, möchte ich zeigen, wie die republikanischen Reformen, die zu Beginn der 1880er Jahre verabschiedet wurden, das Machtgefüge umgekehrt haben, da nun die Arbeiterklasse in den Nationalstaat eingegliedert wurde. Dieser Prozess, den ich ‚Nationalisierung‘ der französischen Gesellschaft nenne, wurde durch das Staatsbürgerschaftsgesetz deutlich, das mit der Einführung der Bewegungsfreiheit und der Einrichtung von Kontrollen an den Außengrenzen einherging oder auch durch die Politik zum Schutz von französischen Arbeitsplätzen. Im Gegensatz zur alten Sichtweise der Sozialgeschichte, die das Recht als ‚Überbau‘ ansieht, möchte ich aufzeigen, dass das Vordringen des Nationalstaates in das alltägliche Leben aller Französischen und Franzosen ihre Identität, ihre Kultur und ihre Vorstellungen tief geprägt hat. Wenn dazu noch die neuen Schulprogramme und die Rolle der Massenmedien in Form der Presse gezählt werden, die tagtäglich eine auf das französische ‚Wir‘ zentrierte Weltsicht lieferte, dann begreift man besser, warum in dieser Zeit auch der Nationalismus in den politischen Raum Einzug hielt.

Es muss jedoch auch betont werden, dass diese Nationalisierung der Sozialwelt zeitgleich mit einer Internationalisierung der ‚Ketten der Abhängigkeit‘ (um mit Norbert Elias zu sprechen) geschah. Die Ausdehnung des Kolonialreiches und die Zunahme von Migration aus dem Ausland sind zwei Phänomene, die unter diesem Blickwinkel gedeutet werden können.

Die populären Schichten mussten sich diesen Umwälzungen anpassen. Der Ausbau von Fernkommunikationsmitteln ließ neue Handlungsformen entstehen, die sich durch die Gründung von nationalen Organisationen (Gewerkschaften und Arbeiterparteien) mit ihren eigenen Zeitungen kennzeichnete. Der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung verschob sich so in Richtung der großen Industriegebiete. Die Figur des Bergmanns ersetzte die des Webers aus Lyon (*canut*) oder des Pariser Handwerkers und Arbeiters. Revolutionäre Aufstände traten zunehmend zugunsten von Streiks und Demonstrationen, durch die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht werden sollten, zurück. Die Hoffnung der Parteien, die die Arbeiterklasse repräsentierten, lag in der Übernahme der Macht durch die Wahlurne. Die Konzeption der Staatsbürgerlichkeit, die die Arbeiterklassen ursprünglich verfochten hatten, verschwand nicht komplett, trat aber innerhalb der Arbeiterbewegung in den Hintergrund. Die Macht der Gewerkschaften lag in der Drohung eines Generalstreiks, um den Kapitalismus niederzuringen.

In diesem Abschnitt betone ich ebenfalls, dass die unteren Schichten nicht mit der Arbeiterklasse gleichgesetzt werden dürfen. Bis in die 1930er Jahre bildeten Kleinbauern, Kleinhändler und ‚freie Arbeiter‘ den Großteil der untergeordneten Klassen. Sie profitierten aber nicht von den sozialen Rechten, die den Angestellten zustanden (wöchentlich garantierte arbeitsfreie Tage, Arbeitszeitbegrenzung, etc.). Die konservativen Kräfte nutzten diese Spaltung innerhalb der unteren Klassen aus, um den Aufstieg des Sozialismus abzuwehren. In dieser Zweiteilung des politischen Lebens standen sich, schematisch gesprochen, eine nationale, auf Abschottung fokussierte Rechte und eine soziale, humanitäre Linke gegenüber. Die Krise der 1930er Jahre brachte diese Spaltung auf den Höhepunkt, was durch die einschneidenden Regierungswechsel unterstrichen wurde (*Front Populaire*, Vichy-Regierung, Nationaler Widerstandsrat).

In diesen Kapiteln verdeutliche ich erneut durch konkrete Beispiele, wie die alltäglichen Lebensbedingungen der verschiedenen Teile der unteren Klassen durch grundlegende politische Neuorientierungen verändert wurden und wie sich die Hoffnung auf eine Revolution trotz aufeinanderfolgender Enttäuschungen erneuern konnte. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs brach der Traum einer Revolution durch den Generalstreik zwar zusammen, doch seit der bolschewistischen Revolution von 1917 blühte die Erwartung einer besseren Zukunft („les lendemains qui chantent“) erneut auf. Die aus dieser Revolution geborene Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) wurde in den 1920er Jahren zu einer Randgruppe, als die Dritte Internationale ihre neue Leitlinie ‚Klasse gegen Klasse‘ ausgab, wodurch die PCF dazu gedrungen wurde, ihr politisches Handeln auf die Meistausgebeuteten auszurichten: Einwanderer:innen und Kolonialarbeiter:innen. Diese Strategie kam der Partei jedoch teuer zu stehen, als in den 1930er Jahren die Krise ausbrach. Der Kommunistischen Partei gelang es tatsächlich, eine Brücke vom (zumeist eingewanderten) Proletariat aus der Schwerindustrie zu der Arbeiterelite der großen Automobilfabriken in den Pariser Vororten zu schlagen. Von diesem Augenblick an setzte sich in der öffentlichen Wahrnehmung die Figur des ‚metallo‘ (Metallarbeiters) aus der Renault-Fabrik in Billancourt²⁸ durch.

Die Kommunistische Partei Frankreichs konnte ihre Hegemonie in der Arbeiterklasse dank ihres Engagements in der *Résistance* ausbauen. Der Tatsache geschuldet, dass sich der Wiederaufbau der Produktionsstätten nach dem Zweiten Weltkrieg in denselben Regionen wie vor 1939 vollzog, verankerte sich dort eine ‚singuläre Generation‘, die zum größten Teil aus den Kindern des Einwandererproletariats der Zwischenkriegszeit bestand. Sie sind französische Staatsbürger:innen und viele von ihnen sind ausgebildete Facharbeiter:innen. Auch

28 Billancourt: ein Vorort im Westen von Paris, bis 1992 Produktionsstandort des Automobilunternehmens Renault (Anm. der Herausgeber).

wenn sie nur einen Teil der unteren Schichten dieser Zeit ausmachten, spielten sie eine große Rolle bei der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung, die von der Kommunistischen Partei und der größten französischen Gewerkschaft CGT vorangetrieben wurde. Zu dieser Zeit erreichten die Anzahl der Streiks und ihre Teilnehmerzahlen Höchststände in der Geschichte des modernen Frankreichs. Außerdem markiert diese Epoche die Eroberung von sozialen Rechten, die zu durch Kämpfe erworbenen sozialen Besitzständen („*acquis des luttes*“) wurden. Dies lässt sich durch die erneute deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Konjunktur erklären.

Dieses Modell des kollektiven Widerstands erlebte durch die Proteste im Mai 1968 ihren Höhepunkt. Die Arbeiterbewegung begab sich durch die Initialzündung der Studierendenproteste in den größten Streik ihrer Geschichte. Einmal mehr zwang das gemeinsame Handeln der unteren Klassen die führenden Eliten dazu, die Machtverhältnisse weitläufig mit dem Ziel umzustrukturieren, um einen erneuten Aufstand einer solchen Tragweite zu verhindern. Die Ausdifferenzierung der Arbeitnehmer:innen, die durch das Anwachsen der Mittelschicht ausgelöst wurde; die innere Transformation der Arbeitswelt, die sich durch den Ausbau von Hilfsarbeitertätigkeiten niederschlug, die von Frauen und neuen Zuwanderern aus den Maghreb-Staaten und Portugal ausgeübt wurden; die Reize der Konsumgesellschaft (die die Arbeitnehmer:innen an Kreditzahlungen band): All diese Faktoren schwächten die Militanz der Arbeiterbewegung seit Ende der 1970er Jahre ab – zum selben Zeitpunkt, als sich eine neue Wirtschaftskrise anbahnte.

Dennoch setzte sich, vor allem seit den 1980er Jahren, der Neoliberalismus und der Finanzkapitalismus durch, wodurch die Phase der Regression begann, in der wir uns heute noch befinden. Die Abwanderung von Industriearbeitsplätzen, die Prekarisierung der Beschäftigten und der Anstieg der Arbeitslosigkeit sorgten für neue Umwälzungen im Alltag der unteren Schichten, was ihr gesellschaftliches Zusammenleben, ihre Lebensentwürfe und ihren Blick auf die Zukunft beeinträchtigte. Mit der Entstehung des Internets und von Nachrichtenkanälen in Dauerschleife sind wir in eine neue Ära der Fernkommunikation eingetreten. Meine Geschichte des französischen Volkes endet mit einigen Hypothesen über den Umbau des öffentlichen Raums, der sich aus diesen neuen Umwälzungen ergibt, und seinen politischen Konsequenzen (Neugründung des Links-Rechts-Schemas anhand von Fragen der Identität und Herkunft zulasten der sozialen Themen).

Literatur

- Boucheron, Patrick, Hrsg. 2017. *Histoire mondiale de la France*. Paris: Le Seuil.
- Bourdieu, Pierre. 1993 [1980]. *Soziologische Fragen*. Frankfurt (Main): Suhrkamp. Original erschienen als *Questions de sociologie*. Paris: Minuit.
- Braudel, Fernand. 2009 [2000]. *Frankreich*. Stuttgart: Klett-Cotta. Original erschienen als *L'Identit  de la France*. Paris: Flammarion.
- Chevalier, Louis. 1978 [1958]. *Classes laborieuses et classes dangereuses   Paris pendant la première moitié du XIXe siècle*. Paris: Hachette-Pluriel.
- Durkheim,  mile. 1977 [1893]. * ber die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt (Main): Suhrkamp. Original erschienen als *De la division du travail social. Etude sur l'organisation des sociétés supérieures*. Paris: Félix Alcan.
- Elias, Norbert. 1987. *Die Gesellschaft der Individuen*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Elias, Norbert. 1983 [1969]. *Die h fische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des K nigtums und der h fischen Aristokratie*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Noiriel, Gérard. 2019 [1984]. *Immigrés et prolétaires de Longwy (1880-1980)*. Marseille: Agone. Original erschienen als *Longwy : immigrés et prolétaires: 1880-1980*. Paris: Presses universitaires de France.
- Noiriel, Gérard. 2018. *Une histoire de la France. De la guerre de Cent Ans   nos jours*. Marseille: Agone.
- Noiriel, Gérard. 2010. *Dire la vérité au pouvoir. Les intellectuels en question*. Marseille: Agone.
- Noiriel, Gérard. 1996. *Sur la « crise » de l'histoire*. Paris: Belin.
- Nora, Pierre, Hrsg. *Les Lieux de mémoire*. Paris: Gallimard. Erschienen in drei B nden: *La République* (Bd. 1, 1984), *La Nation* (Bd. 2, 1986), *Les France* (Bd. 3, 1992).
- Stedman Jones, Gareth. 1988 [1983]. *Klassen, Politik und Sprache für eine theorieorientierte Sozialgeschichte*. Münster: Westfälisches Dampfboot. Original erschienen als: *Languages of Class. Studies in English Working Class History, 1832-1982*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Thompson, Edward P. 2015 [1977]. *Mis re de la théorie. Contre Althusser et le marxisme antihumaniste*. Montreuil: L'échappée.

- Thompson, Edward P. 1987 [1963]. *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Original erschienen als *The Making of the English Working Class*. London: Victor Gollancz Ltd, Vintage Books.
- Thompson, Edward P. 1980 [1978]. *Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung*. Frankfurt (Main) / New York: Campus Verlag. Original erschienen als: *The Poverty of Theory and Other Essays*. London: The Merlin Press.
- Turgot, Anne Robert Jacques, Baron de l'Aulne. 1776. „La corvée des chemins, Lettres à Trudaine de Montigny.“ In: *Œuvres et documents le concernant*. Bd. 5, online abrufbar unter: <https://www.institutcoppet.org/oeuvres-de-turgot-210-la-corvee-des-chemins/> [Zugriff: 22.04.2021].
- Zinn, Howard. 2013 [1980]. *Eine Geschichte des amerikanischen Volkes*. Hamburg: Nikol. Original erschienen als *A People's History of the United States: 1492-Present*. New York: Harper & Row.
- Zinn, Howard. 2010 [1994]. *Schweigen heißt Lügen. Autobiografie*. Hamburg: Nautilus. Original erschienen als *You Can't Be Neutral on a Moving Train: A Personal History of Our Times*. Boston: Beacon Press.

Axel Redmer

Ländliche Jugendproteste der 68er-Zeit und ihre Vorgeschichte – untersucht am Beispiel von drei rheinland-pfälzischen Kleinstädten

Gliederung

1	Einleitung.	81
2	Eine Region im Zeichen des Kalten Kriegs.	82
3	NS-Nachwirkungen stützten autoritäre Strukturen	84
4	Frühe Protestbereitschaft.	85
5	Beat als Grundlage eines neuen Lebensgefühls	90
6	Gymnasiale Schülermitverwaltung näherte sich der Politik	91
7	Proteste wurden fantasievoller und radikaler	93
8	Vietnamkrieg rüttelte eine ganze Generation auf	96
9	Demonstration gegen kommunale Kungelei	99
10	Bundespolitik im Zentrum jugendlicher Proteste	101
11	Kampf gegen die NPD.	102
12	Zunehmende Politisierung der Schülerinnen und Schüler	104
13	Lehrlinge wollten keine Stifte mehr sein.	106
14	Nachspiel.	110
	Literatur.	112

1 Einleitung

Die Proteste der 68er-Zeit blieben nicht auf Ballungsräume und Universitätsstädte beschränkt. Anfang der 1980er Jahre vertraten Martin und Sylvia Greiffenhagen noch die Ansicht, „es habe sich bei der Revolte nicht um eine Protestbewegung der ‚unruhigen Generation‘, sondern lediglich um eine Studentenbewegung

gehandelt“¹. Heute lässt sich diese Einschätzung nicht mehr aufrechterhalten. Zwar konzentrieren sich die Darstellungen über die 68er-Ereignisse nach wie vor fast ausschließlich auf Berlin, Hamburg oder andere Metropolen, aber längst gibt es genügend Beispiele dafür, dass die damaligen Proteste fernab von Großstädten auch in der Provinz stattfanden. Allerdings gibt es darüber nur wenige Aufzeichnungen. Für einzelne Landkreise ist die Datenlage so gering, dass sich Einzeluntersuchungen verbieten. Generell ermöglicht erst die Summe ländlicher Regionen einigermaßen zuverlässige Darstellungen. Ausgesprochen gut dokumentiert sind die 68er-Ereignisse dagegen für den rheinland-pfälzischen Landkreis Birkenfeld. Dank der Auswertung von zwei Lokalzeitungen, den erhalten gebliebenen Schülerzeitungen zweier Gymnasien, dem Manuskript eines politischen Kabarets sowie schriftlichen Auskünften von 12 Zeitzeuginnen und 48 Zeitzeugen ist die Quellenlage für diesen ländlichen Bereich so aussagekräftig und dicht, dass sich durchaus ein verlässliches Gesamtbild in Bezug auf Vorgeschichte und Verlauf der 68er-Zeit nachzeichnen lässt.

So wenig es „die“ deutsche Provinz gibt, so wenig steht der an der oberen Nahe gelegene Landkreis Birkenfeld in all seinen Ausprägungen stellvertretend für die Gesamtheit ländlicher Regionen. Ein geringer katholischer Bevölkerungsanteil begünstigte vor 1933 den Aufstieg der Nationalsozialisten² und verstärkte die Nachwirkungen der NS-Zeit bis in die junge Bundesrepublik hinein. Die massive militärische Präsenz der US-Truppen im Kalten Krieg und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Vorteile trugen lange Zeit zur Verklärung des amerikanischen Lebensstils bei, die erst im Laufe des Vietnamkriegs einer spürbaren Ernüchterung wich.

Die nachfolgende Darstellung basiert im Wesentlichen auf der 2018 abgeschlossenen Untersuchung über die 68er-Zeit und ihre Vorgeschichte im Landkreis Birkenfeld.³

2 Eine Region im Zeichen des Kalten Kriegs

Abseits der innerdeutschen Grenze war seit den 1950er Jahren nirgendwo in der Bundesrepublik der Kalte Krieg so intensiv wahrzunehmen wie im westlichen Rheinland-Pfalz. Bildhaft bezeichnete Ministerpräsident Bernhard Vogel sein Bundesland als „Flugzeugträger der NATO“. In Eifel, Hunsrück und Westpfalz befanden sich großräumige US-Militäranlagen, ab 1956 ergänzt durch Einrichtungen der neu aufgestellten Bundeswehr – insbesondere im Landkreis Birkenfeld mit den Klein- und Mittelstädten Idar-Oberstein, Birkenfeld und Baumholder.

1 Vgl. Greiffenhagen 1979, S. 139.

2 Vgl. Falter 2020, S. 215-225 und Frøland, Jakobson, Osa, 2019, pp. 765-784.

3 Siehe mit umfassendem Anmerkungsapparat und Quellenverzeichnis Redmer 2018.

Als Folge des Koreakriegs war in Westeuropa befürchtet worden, die Sowjetunion könne versuchen, ihren Machtbereich über die innerdeutsche Grenze hinweg nach Westen auszudehnen. Deshalb akzeptierte Frankreich in seiner Besatzungszone den Aufbau amerikanischer Garnisonen. Die größte davon entstand ab 1951 in Baumholder. Für die strukturell und wirtschaftlich unterentwickelte Region um die Westricher Kleinstadt bedeutete dies ein enormes Konjunkturprogramm, durch das schlagartig die örtliche Arbeitslosigkeit von 20 Prozent beseitigt wurde. Der Bau einer US-Housing mit 1237 Wohnungen und den dazugehörigen Schulen, Geschäften und Freizeiteinrichtungen sowie die Ausweitung der schon zu Wehrmachtzeiten vorhandenen Militäranlagen zogen Firmen aus der ganzen Bundesrepublik an. Soldaten, deren Dollar bis 1968 zwischen 4,20 und 3,99 D-Mark notiert wurde, ließen in Baumholder Lokale und Barbetriebe wie Pilze aus dem Boden schießen. Überdies galten amerikanische Militärangehörige, soweit sie außerhalb der US-Unterkünfte wohnten, als zahlungskräftige Mieter, die anstandslos überteuerte Mieten akzeptierten.

Die US-Truppen stimulierten nicht nur die Kaufkraft, sondern importierten zugleich ihre Rassenkonflikte. Die Mischung aus ungezügelterm Kommerz und von der Hautfarbe abhängiger Ausgrenzung machte Baumholder zu einem bundesweit wahrgenommenen sozialen Brennpunkt, der an den berühmten *p-days* Prostituierte aus dem In- und Ausland anzog und 1970 hinter Kaiserslautern, Zweibrücken und Pirmasens die landesweit höchste Rate an Drogendelikten aufwies.⁴

Bund und Land reagierten seit den 1950er Jahren mit Sonderprogrammen besonders auf die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen, während der Landkreis in der Westrichstadt seine Jugendsozialarbeit vertiefte. Auch die Amtskirche engagierte sich über ihre seelsorgerischen Pflichten hinaus. All dies half, 1966 in Baumholder ein Evangelisches Jugendzentrum zu eröffnen – das erste neu geschaffene der Naheregion.

Wie in ihren heimatlichen Bundesstaaten pochten weiße US-Soldaten auf racial segregation. Wirte und Barbetreiber stellten sich darauf ein und achteten peinlich genau darauf, dass ihr Personal die Rassenschranken unangetastet ließ und entweder nur weiße oder nur schwarze Gäste bediente. Musik bildete das Erkennungsmerkmal der Segregation: In weißen Lokalen dominierten Hillbilly-, Country- und Western-Music, während schwarze Bars überwiegend Jazz, Blues und Rock 'n' Roll spielten. Setzte sich ein Soldat darüber hinweg, löste das regelmäßig Gewalttätigkeiten aus. Ihren Höhepunkt erreichten die Westricher Rassenkonflikte in der Silvesternacht 1954. Nach Angaben der Baumholderer Polizei waren an einer in der Hauptstraße ausgebrochenen Schlägerei binnen

4 „Vierter Platz in der Rauschgiftkriminalität“, in: *Nahe-Zeitung*, 30./31.01.1971.

kurzer Zeit „Hunderte von Soldaten“ beteiligt. Augenzeugen berichteten der Lokalpresse von zwei Toten. Weitere zwölf GIs wurden nach US-Angaben „zum Teil schwer verletzt“⁵. Bis weit in die 1960er Jahre hinein fanden alle größeren Rassenkrawalle der USA ihren Nachhall unter den schwarzen Soldaten in Baumholder.

3 NS-Nachwirkungen stützten autoritäre Strukturen

Der Landesteil Birkenfeld hatte früh zum Aufstieg der Nationalsozialisten beigetragen und entscheidenden Anteil daran, dass 1932 in Oldenburg die erste NS-Landesregierung der Weimarer Republik ins Amt kam. NS-Bedienstete der Idar-Obersteiner Stadtverwaltung „säuberten“ am 8. März 1945 in großem Stil Dienstunterlagen und behinderten dadurch die Aufarbeitung nationalsozialistischer Straftaten. Nach 1945 wirkten vor allem in Idar NS-Einflüsse fort. Uneinsichtig meldeten sich Alt-Nazis um den ehemaligen NSDAP-Kreisleiter und Landrat Herbert Wild zu Wort und gründeten 1957 einen Kreisverband der *Entnazifizierungsgeschädigten*.⁶ Wenig später führte der Landesverband dieser Organisation in der Idar-Obersteiner Festhalle eine Tagung mit mehr als 1000 Teilnehmern durch. Auch andere Veranstaltungen rechtsextremistischer Gruppierungen hatten bis Ende der 1960er Jahre in Idar meist einen starken Zulauf. Anklang fanden nationalistische Parolen vorrangig unter Handwerkern, Einzelhändlern, Beamten und Landwirten. Insoweit kam die kleinteilige Wirtschaftsstruktur der Region den Rechtsextremisten entgegen, was sich allerdings parteipolitisch erst 1969 in kommunalen Wahlerfolgen der NPD niederschlug.

An Klassenmilieus aus der Zeit vor 1933 knüpfte in Oberstein hauptsächlich die KPD an. Fabriken mit 100 und mehr Beschäftigten stellten ihr bevorzugtes Aktionsfeld dar. Allerdings rückte der Antikommunismus des Kalten Kriegs Aktivitäten der KPD und ihrer Jugendorganisation, der FDJ, generell in die Nähe der Staatsfeindlichkeit. Gleichwohl errang die Partei in Idar-Oberstein 1946 und 1949 jeweils zwei Stadtratsmandate, die sie, noch bevor das Bundesverfassungsgericht 1956 die KPD für verfassungswidrig erklärte, bei der dritten Nachkriegskommunalwahl wieder verlor. Abgedrängt in die Illegalität, konzentrierten sich die Kommunisten fortan auf friedenspolitische Aktivitäten rund um den Truppenübungsplatz Baumholder, beteiligten sich an der Kampagne *Kampf dem Atomtod!* und zählten zum Kern der Ostermarschierer.

Nach Kaiserreich und NS-Diktatur verharren große Teile der Gesellschaft kaum abgeschwächt in autoritären Strukturen. Am ehesten öffneten sich bildende Kunst, Literatur und Theater neuen und freiheitlichen Ideen, während schulisch

5 „Blutiger Jahresbeginn in Baumholder“, in: *Idar-Obersteiner Nachrichten*, 04.01.1955.

6 „„Innerer Rechtsfrieden“ erwünscht“, in: *Allgemeine Zeitung*, 14.05.1957.

die Schatten der NS-Zeit nur langsam verblassten. Unangetastet blieben die traditionellen Geschlechterrollen. Jenseits sozialer Schranken gelangten Jungen leichter auf weiterführende Schulen als Mädchen. Nur wenige stellten die grundgesetzwidrige Benachteiligung der Frauen infrage. Körperliche Züchtigungen gehörten zum Schul- und Lehralltag. Ein Abiturient schrieb über einen Oberstudienrat am Idar-Obersteiner Göttenbach-Gymnasium:

„In der Oberstufe 55/56 verprügelte er einen Klassenkameraden mit dem 1 m langen und wohl 6 cm breiten Holzlineal so heftig, daß das massive Lineal in 2 Teile zerbrach. Anschließend packte er ihn an den Haaren und schlug ihn mit dem Gesicht so heftig auf die Bank auf, daß das Blut aus der Nase schoß. – Folgen für den Lehrer hatte das nicht“.⁷

Wie die Schulen fiel auch die Justiz des Kreises Birkenfeld gegenüber der NS-Zeit durch eine hohe personelle Kontinuität auf. Die Rechtsprechung stützte sich bei Sexualdelikten weiterhin auf die von den Nationalsozialisten eingeführten Verschärfungen des Strafgesetzbuchs. § 175 StGB zwang Schwule in die Anonymität größerer Städte, wenn sie in Kleinstädten oder Dörfern, wo jeder jeden kannte, Strafanzeigen entgegen wollten. Sexuelle Kontakte außerhalb der Ehe sanktionierte § 180 StGB, der sogenannte Kuppelei-Paragraf. Einerseits wurden die als Kriegsfolge obligaten *Onkelehen*, bei denen Kriegerwitwen mit ihrem Lebenspartner ohne Trauschein zusammenlebten, um ihre Rente nicht zu verlieren, allgemein toleriert. Andererseits machten sich Hoteliers strafbar, wenn sie ein unverheiratetes Paar in einem gemeinsamen Zimmer übernachten ließen. Besonders problematisch war § 180 für Hausbesitzer, die zur Finanzierung ihres Eigenheims auf amerikanische Mieter angewiesen waren und prompt vor Gericht landeten, wenn sie nächtliche Damenbesuche nicht unterbanden.⁸

4 Frühe Protestbereitschaft

Trotz all dieser restaurativen Tendenzen offenbarten die 1950er Jahre ein erstaunliches Protestpotenzial, das zunächst Erwachsene ausschöpften, und zwar bemerkenswerterweise auch jene, die bis dahin eher gesellschaftlich unauffällig geblieben waren.

Den Anfang machten Bauern. Bei einer Versammlung in Baumholder, an der mehr als 70 Landwirte und Grundeigentümer teilnahmen, forderten sie vor staatlichen Requisitionen die Anhörung Betroffener und die Klärung aller Entschädigungsfragen, sonst „werde man die Beschlagnahmungsbescheide

7 Zeitzeugenangabe Manfred Stoll, 30.05.2017.

8 Vgl. „Festgenommen“, in: *Allgemeine Zeitung*, 05.12.1963.

gesammelt wieder zurückschicken“.⁹ In Niederalben kündigten Landwirte nach Manöverschäden einen Steuerstreik an.¹⁰ Ihnen folgten in Heimbach an der Nahe Eltern, die nicht hinnehmen wollten, dass auf Initiative des Pastors ab dem 5. Schuljahr in der katholischen Volksschule „wegen sittlicher und moralischer Gefährdung“ der Schülerinnen und Schüler eine Geschlechtertrennung eingeführt werden sollte.¹¹ Rund um den Truppenübungsplatz Baumholder verweigerten sich Angehörige des Jahrgangs 1922 der von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß angeordneten Wehrrfassung.¹² In mehreren Westrichgemeinden organisierten Bergleute, die als Saargrenzgänger in französischen Gruben arbeiteten und mit Francs entlohnt wurden, Protestaktionen, weil sie durch wiederholte Abwertungen der französischen Währung weniger D-Mark erhielten und die Bundesregierung diese Einkommensminderung nicht ausglich.¹³ Um Geld ging es auch den Idar-Obersteiner Gastwirten; sie lehnten die kommunale Schankerglaubnissteuer ab und hielten deshalb an einem Wochenende im September 1959 ihre gastronomischen Betriebe geschlossen.¹⁴

Im Laufe der 1950er Jahre drängten immer mehr US-Produktionen in westdeutsche Kinos. Darunter mit *Jenseits von Eden*, ...denn sie wissen nicht, was sie tun und *Giganten* drei Filme James Deans, der wie kein anderer Schauspieler seiner Zeit den verunsicherten, rebellierenden und um Aufmerksamkeit ringenden Jugendlichen mit rauer Schale und weichem Kern verkörperte. Auch in der Bundesrepublik erkoren zahlreiche Jugendliche den 1955 tödlich verunglückten Hollywoodstar zu ihrem Idol. An der Seite Karin Baals avancierte Horst Buchholz in *Die Halbstarken* zum deutschen Prototyp des aufbegehrenden Jugendlichen.

Tatsächlich hatte die Rebellion auf der Leinwand einen realen Hintergrund. Zwischen 1956 und 1958 kam es in westdeutschen Großstädten – seltener in Mittel- oder Kleinstädten – zu aufsehenerregenden Halbstarken-Krawallen. Die Tumulte entwickelten sich meist spontan im Anschluss an kulturelle Veranstaltungen. Als Aktionsfläche dienten den um 1940 geborenen Unruhestiftern vorzugsweise belebte Straßen und Plätze. Gefragt war unter den konsumfixierten Halbstarken, die ihren Anteil am *Wirtschaftswunder* einforderten, alles, was aus

9 „Die Bauern sagen: ‚Kein Rechtszustand‘“, in: *Allgemeine Zeitung*, 14.01.1955.

10 Kraushaar 1959, S. 1063.

11 „Der Elternbeirat soll protestieren“, in: *Allgemeine Zeitung*, 12.11.1959.

12 „Jahrgang 1922 gegen den Wehrdienst“, in: *Allgemeine Zeitung*, 19.08.1959 und „Der Jahrgang 1922 protestiert“, in: *Allgemeine Zeitung*, 27.08.1959.

13 „400 Grenzgänger protestierten heftig“, in: *Allgemeine Zeitung*, 5.11.1957 und „Offener Brief der Saargrenzgänger“, in: *Allgemeine Zeitung*, 24./25.01.1959.

14 „Die Gaststätten in Idar-Oberstein waren am Wochenende geschlossen“, in: *Allgemeine Zeitung*, 14.09.1959 und „Gegen die Schankverzehrsteuer mit ‚allen nur erdenklichen Mitteln‘?“, in: *Idar-Obersteiner Nachrichten*, 25.11.1959.

Amerika kam. Schwarze Lederjacken, Bluejeans, großkarierte Hemden und die „Entenschwanz“ genannte Elvis-Presley-Haartolle dokumentierten die Zugehörigkeit zu der jugendlichen Subkultur, der etwa zehn Prozent der 16- bis 18-Jährigen angehörten. „Frisierte“ Mopeds galten als Statussymbol der Halbstarke. Den Soundtrack der Bewegung lieferte der Rock ‘n’ Roll. Gymnasiasten hatten meist eine andere Herkunft und waren der Szene allenfalls als Zuschauer verbunden.

Väterlich-wohlmeinende Vorhaltungen und Belehrungen der Lokalpresse erreichten die Halbstarke so wenig wie kirchliche Angebote. Oftmals handelten Halbstarke als Einzeltäter, die Fahrzeuge demolierten, Telefonzellen beschädigten oder durch ihren riskanten Fahrstil andere Verkehrsteilnehmer gefährdeten. Bisweilen schlossen sich Halbstarke zu Diebesbänden zusammen. Zu ihren Ritualen zählten vor allem in Idar-Oberstein nächtliche Ruhestörungen.

Angelehnt an den Film *...denn sie wissen nicht, was sie tun* strebten manche Halbstarke durch irrwitzige Mutproben nach Aufmerksamkeit und Bewunderung. Am waghalsigsten handelten dabei zwei Jugendliche, die sich nach Einbruch der Dunkelheit auf der Nahstrecke zwischen den Bahnhöfen Hoppstädten und Neubrücke auf die Schienenschwellen legten und von einem Triebwagen der Bundesbahn überrollen ließen.¹⁵

Nachdem er mit seinem Schlachtmesser einen Taxifahrer angegriffen und danach auszurauben versucht hatte, gab ein 17-jähriger Lehrling als Tatmotiv an, er habe „es den Helden aus Wild-West-Schmökern und Gangster-Filmen nachtun“¹⁶ wollen.

Großstädtischen Halbstarke-Krawallen entsprach ein Idar-Obersteiner Vorfall, den die *Allgemeine Zeitung* 1957 offenbar bewusst ohne Benennung der Tätergruppe schilderte:

„In der Nacht zum Sonntag gegen 1.30 Uhr ist es an Gilsbachs Eck zwischen Soldaten der Bundeswehr und einigen jüngeren Zivilisten zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung gekommen, bei der es einige Fausthiebe gab. Bis zum Eintreffen der Polizei gab es einen großen Menschauflauf, den die Polizisten erst nach Androhung von Festnahmen zerstreuen konnten. Auch die gemischte Streife, bestehend aus amerikanischer Militärpolizei und deutscher Feldstreife, wurde herbeigerufen. Das Erscheinen der Wache der Bundeswehr unter Gewehr löste Mißfallenskundgebungen aus“.¹⁷

15 „Mutprobe zwischen Eisenbahn-Geleisen“, in: *Idar-Obersteiner Nachrichten*, 18.01.1957.

16 „Jugendlicher Messerheld vor dem Richter“, in: *Allgemeine Zeitung*, 25.01.1957.

17 „Menschauflauf“, in *Allgemeine Zeitung*, 14.01.1957. Mit weitgehend deckungsgleichem Inhalt und ebenso knapp berichteten die Idar-Obersteiner Nachrichten am selben Tag unter dem Titel „Nächtliche Schlägerei“ über das Ereignis. Am 17.01.1957 betonte die Zeitung im Artikel „Exekutivgewalt liegt nach wie vor bei Polizei“, der Vorfall habe in Idar-Oberstein „viel Staub

Ihren Großstadt Vorbildern gemäß hatten sich die Täter einen stark frequentierten Platz in unmittelbarer Nähe zweier Kinos, deren Spätvorstellungen kurz vor Beginn der Auseinandersetzung zu Ende gegangen waren, ausgesucht. Nicht auszuschließen, dass auf der Kinoleinwand Wochenschauzenen mit Ausschreitungen in Berlin, Hamburg oder dem Ruhrgebiet zu sehen gewesen waren. Soldaten zählten neben Polizisten, Bahnbeamten und Busschaffnern zu den bevorzugten Opfern der Halbstarken.

Einen unverkennbar politischen Hintergrund hatte zwei Jahre später der Konflikt einer Idar-Obersteiner Abiturientin, die eine Lehramtsausbildung anstrebte, aber als Mitglied der Freireligiösen Bewegung vom Mainzer Kultusministerium abgewiesen wurde, weil die rheinland-pfälzischen Studienseminare ausschließlich für Angehörige der katholischen und evangelischen Glaubensgemeinschaften bestimmt waren. Den Schulbürokraten fehlte die Einsicht, dass sie mit ihrer Haltung 14 Jahre nach dem nationalsozialistischen Holocaust auch Juden von der Lehrerausbildung ausschlossen. Mithilfe des Justizars der SPD-Bundestagsfraktion beklagte die Abiturientin die Mainzer Entscheidung bis zum Bundesverwaltungsgericht.¹⁸ Unmissverständlich urteilten die Berliner Richter: „Das konfessionelle Bildungsmonopol ist verfassungswidrig“, und hoben den Ablehnungsbescheid des Landes Rheinland-Pfalz auf. Dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* war der Erfolg der angehenden Lehrerin einen vierspaltigen Artikel wert. Im Landtag löste das Urteil ein heftiges Nachbeben aus und mündete in einer Verfassungsänderung und der Umwandlung der pädagogischen Seminare in glaubensneutrale Hochschulen.

An der Schwelle zu den 1960er Jahren nahm ein medialer Wandel Fahrt auf, der dazu führte, dass sich Nachrichten weitaus schneller und detaillierter als je zuvor verbreiteten. Erstmals erreichten Meldungen in Ton und Bild zeitgleich Großstädte und ländliche Räume. In der Nahe-Hunsrückregion zog sich dieser Veränderungsprozess länger hin, weil die ungünstige topografische Lage eine flächendeckende Ausstattung mit Fernsehumsetzern erschwerte. Bis in die Mitte der 1960er Jahre war es kaum möglich, überall im Kreisgebiet den Südwestfunk zu empfangen.

Das für immer mehr Bevölkerungsschichten erschwingliche Fernsehen löste die Kino-Wochenschauen als „Fenster zur Welt“ ab. Auch bei der Rundfunknutzung ergaben sich neue Dimensionen. Wem der klobige Röhrenempfänger in der elterlichen Küche nicht ausreichte, der bemühte sich um ein handliches Transistorradio. Parallel dazu erlebten die Printmedien einen technischen Schub und Bedeutungszuwachs. Neue Druckverfahren ließen Zeitungen preiswerter und Zeitschriften bunter werden. Hatte sich die Rock 'n' Roll-Generation

aufgewirbelt“. Gleichwohl unterließ sie erneut jeden konkreten Hinweis auf die Verursacher. Dies spricht dafür, dass sie keine potenziellen Nachahmungstäter auf den Plan rufen wollte.

18 BVerwG VII C 201.59/OVG 2 C 2/59.

mit der Jugendzeitschrift *Bravo* zufriedengegeben, richteten sich im Laufe der 1960er Jahre weitere Printmedien auf jüngere Leserinnen und Leser ein. Sogar die konservative Lokalpresse versuchte, mit gesonderten Jugendseiten auf Schülerinnen und Schüler zuzugehen. Flugblätter oder Schülerzeitungen mussten nicht mehr aufwendig mit Matrizen auf Hektografen hergestellt werden, sondern wurden kostengünstig im Offset-Verfahren gedruckt und erweiterten grafische Darstellungsmöglichkeiten. Zudem entwickelte sich ein boomender Taschenbuchmarkt, der ab 1,90 D-Mark in einem nie gekannten Umfang Literatur zu den dominierenden politischen und gesellschaftlichen Themen anbot und ebenfalls half, das Informationsgefälle zwischen Ballungsräumen und Provinz abzubauen, wenngleich das kleinstädtische Sortiment äußerst begrenzt war und Bestellungen bei Verlagen für die ländlichen Buchhandlungen weitaus zeitaufwändiger waren als unter den Lieferbedingungen des 21. Jahrhunderts.

Unübersehbar begünstigten die medialen Veränderungen die Politisierung der Gesellschaft. Der Jerusalemer Prozess gegen Adolf Eichmann, den Organisator der Massendeportationen von Juden in die NS-Vernichtungslager (1961), die zum Rücktritt von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß führende *Spiegel*-Affäre (1962) und der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963) wühlten innenpolitisch die Bevölkerung auf. Hinsichtlich des Dritten Reichs war die „bleierne Zeit“ der 1950er Jahre überwunden. Die Bürgerrechtsbewegung der Vereinigten Staaten beflügelte deutsche Menschenrechtler. In Frankfurt und anderen Universitätsstädten gingen auch Studierende aus dem Kreis Birkenfeld für die Pressefreiheit des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* auf die Straße. Bis dahin scheinbar unantastbare Autoritäten gerieten in Idar-Oberstein, Birkenfeld und Baumholder genauso unter Rechtfertigungsdruck wie in Bonn, Berlin oder Hamburg.

Als Erstes richteten sich Verweigerung und Auflehnung gegen jene Sittenwächter, die sich seit 1964 in der *Aktion Saubere Leinwand* zusammenschlossen und zuvor schon versucht hatten, den Film *Das Schweigen* des schwedischen Regisseurs Ingmar Bergman aus den Kinos zu verbannen. Drei kurze Szenen mit sexuellem Inhalt stellten cineastische Tabubrüche dar und empörten vor allem evangelische und katholische Pfarrer. Einer der Wortführer der bundesweit agierenden Leinwandschützer, die in Teilen das Sittenbild der Kaiserzeit beschworen, war der für den Wahlkreis Kreuznach-Birkenfeld zuständige CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Adolf Süsterhenn, von Heinrich Böll als „Professor Lüsterhahn“ verspottet. Er sprach von einer „Diktatur der Unanständigkeit“¹⁹ und wollte zur Wahrung „der allgemeinen sittlichen Ordnung“ das Grundgesetz ändern.²⁰ Nicht einmal der Kommentator der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

19 „Front machen gegen die ‚Diktatur der Unanständigkeit‘“, in: *Idar-Obersteiner Nachrichten*, 27.04.1965.

20 „Glocken geläutet“, in: *Der Spiegel*, Nr. 21, 19.05.1965, S. 37.

mochte sich hinter eine derart dem Zeitgeist zuwiderlaufende Initiative stellen. In den meisten Kinos fanden Schülerinnen, Schüler und Lehrlinge Mittel und Wege, polizeiliche Einlasskontrollen zu umgehen. Weil das im Saarland offensichtlich etwas schwieriger war, wichen Jugendliche von dort kurzerhand in die Lichtspielhäuser des rheinland-pfälzischen Landkreises Birkenfeld aus.

5 Beat als Grundlage eines neuen Lebensgefühls

Intensiver als im Film suchten Jugendliche in der Musik neue Freiheiten und einen eigenen Kosmos. Hatte der Rock 'n' Roll die Erwachsenen schon mächtig herausgefordert, stellte ab 1963 der Beat endgültig für unverrückbar gehaltene gesellschaftliche Konventionen infrage. Ob Frisuren, Kleidung, Sexualregeln, Altersbeschränkungen, Selbstbestimmungsrechte oder Akzeptanz von Hierarchien, kein familiärer oder gesellschaftlicher Bereich schien vor Veränderungen und Autoritätsverlusten gefeit zu sein. Schnell erstreckte sich die Wirkung der Beatles über die bloße Musik hinaus. Songtexte gewannen zunehmend an Bedeutung; einfallsslose, standardisierte Plattenhüllen mutierten zu kunstvollen Plattencovern, die wie bei *Revolver* oder *Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band* in die Kunstgeschichte eingingen. Erhard Hahn, Fan der Rolling Stones und später Redakteur der lokalen Rock-Zeitschrift *Fan*, erinnerte sich:

„[F]ür konservative Idar-Obersteiner waren die Beatles so etwas wie der Anfang vom Weltuntergang. Ihr Auftreten, ihr Gesang und ihre langen Haare wurden an Stammtischen schon mal mit Sprüchen wie ‚Die sollte man ins Arbeitslager stecken‘ kommentiert. Friseure weigerten sich, ‚verlausten langhaarigen Pilzköpfen‘ die Haare zu schneiden. [...] Dass der Idarer Musikverein einmal ein Medley mit Beatles-Liedern im Programm haben würde, hätte sich [...] niemand träumen lassen“.²¹

Der Siegeszug des Beats war zugleich ein Triumph der Amateure über etablierte Berufsmusiker. Auch im Kreis Birkenfeld griffen Jugendliche ohne musikalische Vorbildung zur Gitarre und brachten sich – mal mehr, mal weniger erfolgreich – einige Griffe bei, um dann Gleichgesinnte zu suchen und eine Band zu gründen. Manche der Autodidakten offenbarten im Laufe der Zeit respektable handwerkliche und künstlerische Fähigkeiten. Andere kamen über den Dilettantenstatus nie hinaus. Jede neue Beatgruppe, die Erfolg anstrebte, brauchte neben den notwendigen Instrumenten, die recht kostspielig waren, ein meist ebenso teures technisches Equipment sowie einen englischen Namen, um gar nicht erst in den Verdacht deutscher Schlageraffinität zu geraten. Besonders gut entwickelten sich Beatbands im Umfeld der Gymnasien. Das lag einerseits an

21 Erhard Hahn, „Beatles‘ waren Kulturschock“, in: *Nahe-Zeitung*, 21.08.2010.

den dort zugestandenen Proberäumen und andererseits daran, dass die meisten Bandmitglieder nicht aus dem Arbeitermilieu kamen, sondern der Mittelschicht entstammten. Folglich waren ihre Eltern eher in der Lage, den Söhnen – Töchter gab es in der Szene nur als Zuhörerinnen – die notwendige Ausstattung zu finanzieren. Neben Schülerbällen spielten lokale Beatbands seit 1965 bei gewerkschaftlichen Jugendveranstaltungen, Pfadfindertreffen, Veranstaltungen kommunaler Einrichtungen und in Kirchen. 1969 landete die Idar-Obersteiner Band *The Same* bei den Deutschen Beatmeisterschaften in Duisburg auf dem dritten Platz. Das Geld für ihre fast schon professionell anmutende Ausstattung verdienten sich die jugendlichen Musiker durch regelmäßige Auftritte bei sonntäglichen Beatnachmittagen des Stadtjugendamts.

Um die Musik der eigenen Generation hören zu können und dabei nicht von Erwachsenen gestört zu werden, bedurfte es jugendspezifischer Lokale. Diskotheken breiteten sich seit 1967 an Gymnasialstandorten aus (Scotch-Club, Lord Nelson/Canibale, Dudelsack und Kajüte in Idar-Oberstein; Stalllaterne, Tilbury und Boulevard 71 in Birkenfeld). Eine Ausnahme bildete der 182-Seelen-Ort Eckerweiler im Grenzgebiet zum Saarland. Dort eröffnete 1970 der Wirt des Dorfgemeinschaftshauses eine kärgliche Diskothek, benannt nach dem englischen Kultfilm *Blow Up* und beschäftigte im weiten Umkreis die einzige DJane.²²

Die verräucherten und mangelhaft belüfteten Diskotheken begünstigten den Handel und Konsum von Haschisch. Härtere Drogen kamen eher in den Unterkünften der US-Soldaten oder in deutschen Privatwohnungen zum Einsatz. Um die Diskothekengäste vor amerikanischen Drogendealern zu schützen, strebte die Idar-Obersteiner Stadtverwaltung off-limits-Regelungen für die Diskotheken an. Dem verweigerte sich nur das Canibale, wo bei einer Drogen-Razzia in der Wohnung des Geschäftsführers Haschisch und eine größere Menge zollpflichtiger Waren sichergestellt wurden. Danach wandelte der Inhaber die Diskothek in eine normale Musikkneipe um.

Anders als in Idar-Oberstein waren in den Birkenfelder Diskotheken US-Soldaten geduldet, was häufiger zu den aus Baumholder bekannten Rassenkonflikten führte, die die Discjockeys jedoch souverän durchkreuzten: Wenn sich weiße und schwarze GIs schlugen und dadurch deutsche Gäste vertrieben, brach gewöhnlich die Beatmusik ab und es erklangen deutsche Schlager, worauf die US-Soldaten hastig das Feld räumten.

6 Gymnasiale Schülermitverwaltung näherte sich der Politik

Im Frühjahr 1965 unternahmen, wissenschaftlich begleitet vom Pädagogischen Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, 18 Schülerinnen und

22 Siehe Anzeige „Neu eröffnet! Blow Up“, in: *Nahe-Zeitung*, 13.05.1970.

Schüler sowie mehrere Lehrerinnen und Lehrer des Göttenbach-Gymnasiums eine Schiffsreise in die USA, um zwei Monate lang zu erkunden, wie sich amerikanische Jugendliche in das Gemeinschaftsleben ihrer Schule einbringen. Zuvor hatte das Frankfurter Studienbüro zur Soziologie der politischen Bildung festgestellt, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland eingeführte Schülermitverwaltung (SMV) „oft ihren möglichen Aktionsraum noch gar nicht richtig kennengelernt“ habe. Vor ihrer Abreise war die Gruppe intensiv auf das Testvorhaben vorbereitet worden. Eindringlich wurde ihr die amerikanische Rassenproblematik erläutert. Im Großraum Boston lebten die Göttenbach-Schülerinnen und -Schüler in den Familien der ihnen zugeteilten „Sisters“ und „Brothers“, besuchten den Schulunterricht und lernten bei einem Town Hall Meeting basisdemokratische Elemente kennen. Die Reiseerfahrungen flossen in die weitere SMV-Arbeit ein und veränderten nachhaltig die Beziehungen zwischen den Schülerinnen und Schülern untereinander sowie deren Verhältnis zu den Lehrerinnen und Lehrern. Bereits auf der Rückfahrt versuchte die Gruppe, ihre Eindrücke für den gymnasialen Alltag nutzbar zu machen und entwarf eine an das amerikanische Vorbild angelehnte SMV-Satzung, die nach der Heimkehr auf breiter Basis weiter beraten und mit geringen Änderungen von der Vollversammlung der Schülermitverwaltung beschlossen wurde.

So entstanden am Göttenbach-Gymnasium vor der bundesweiten Jugendrevolte, die im Kreis Birkenfeld ab 1968 zuerst die Schulen erfasste und danach auf den Lehrlingsbereich übergriff, Strukturen und Bedingungen, die es Schülerinnen und Schülern ermöglichten, ihre politischen Forderungen wirkungsvoller zu vertreten.

Wichtigste Elemente waren dabei die aufgrund der US-Erkenntnisse ins Leben gerufene Schülerzeitung *WIR* sowie eine Reform der SMV, die mehr Transparenz in Bezug auf schulische Entscheidungen zuließ und die Gestaltungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler erweiterte. Auf diese Weise entstanden Arbeitsgemeinschaften, die sich naturwissenschaftlichen Projekten, politischen Streitfragen, Theateraufführungen und Kinoprogrammen widmeten. Angetrieben von studentischen Vorbildern steigerte sich die Diskussionsfreudigkeit und begünstigte eine offenere Streitkultur, die sich auch gegenüber Lehrerinnen und Lehrern auswirkte.

Am Birkenfelder Gymnasium bedurfte es dazu nicht eines Amerikaaufenthalts. Die dortige Schülerzeitung *Schulecho* bestand schon seit 1954. Ihre Redakteure mühten sich redlich, Themen so abzuhandeln, dass selbst bei gegensätzlicher Sichtweise der Schulfrieden stets gewahrt blieb. 1963 modernisierten die Schülerinnen und Schüler parallel zum Umzug des Gymnasiums in einen am Stadtrand gelegenen Neubau das *Schulecho*, was inhaltlich zunächst ohne nennenswerte Folgen blieb.

1964 gestaltete eine andere Maßnahme den Alltag am Birkenfelder Gymnasium tiefgreifender um: Gemeinsam baten Schulleitung, Elternbeirat und Schülermitverwaltung die Eltern aller Schülerinnen und Schüler um einen freiwilligen monatlichen Beitrag von 1 D-Mark zur Unterstützung der SMV-Arbeit. Dadurch kam im ersten Jahr eine Summe von mehr als 4000 D-Mark zusammen, über deren Verwendung regelmäßig SMV-Konferenzen entschieden. Neben den Berlinreisen der 12. und 13. Klassen wurden Studienfahrten der Unter- und Mittelstufe gefördert. Sportler erhielten neue Trikots. Für die Laienspielgruppe wurden Kostüme und Requisiten angeschafft. Auch Theaterveranstaltungen, Konzerte sowie Filmvorführungen ließen sich durch Zuschüsse absichern. Anfangs weigerte sich die SMV, den Erwerb von Büchern für die Schulbibliothek zu finanzieren, weil dies eine originäre Aufgabe der Schulleitung sei. Bald schon beteiligte sie sich aber gleichwohl mit erheblichen Beiträgen am Bücherkauf. Zudem abonnierte sie Zeitschriften und Zeitungen wie *Der Spiegel* und *Die Zeit*, die allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung standen.

Insgesamt verlangte die großzügige Finanzierung der SMV-Arbeit Schülerinnen und Schülern ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein ab und stärkte das schulische Zusammengehörigkeitsgefühl. Daher blieb es schwer nachvollziehbar, warum sich das Göttenbach-Gymnasium weitgehend auf amerikanische Vorbilder fokussierte und nicht zur Kenntnis nahm, welche Anregungen für die Weiterentwicklung der Schülermitverwaltung im eigenen Landkreis zu finden waren. Allerdings bestand – von den beiden Idar-Obersteiner Gymnasien abgesehen – unter den Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen an der Nahe keine nennenswerte Vernetzung.

7 Proteste wurden fantasievoller und radikaler

Politisches Kabarett, dargeboten von der Münchner *Lach- und Schießgesellschaft* mit Dieter Hildebrandt, den Berliner *Stachelschweinen* um Wolfgang Gruner oder dem Düsseldorfer Kom(m)ödchen von Kay und Lore Lorentz, erfreute sich während der 1960er Jahre beim Fernsehpublikum großer Beliebtheit. Da überraschte es kaum, dass im Februar 1967 im Baumholderer Jugendzentrum mehr als 200 Besucherinnen und Besucher die Premiere des lokalen Laienkabarets *Die Pinscher* erleben wollten. Unter dem sperrigen Titel „Das letzte Theater über das letzte Theater: ...dann versuchen Sie einmal mit Gähnen Einschlafende zu wecken!“ hatten Diakon Klaus Reckewitz und der junge Lokalreporter Klaus Nilius bissige Texte zur Kommunal-, Landes- und Bundespolitik verfasst und dabei nichts und niemanden geschont. Die Pinscher bekrittelten Notstandsgesetze und nahmen die Konfessionsschulen aufs Korn, den Wehrdienst und den aus ihrer Sicht unzulänglichen Atomwaffenstopp. Rechtsradikale Parteien und vermeintliche „Nestbeschmutzer“ waren Themen in Wort- und Situationsgags. Immer

wieder erklang aus dem Hintergrund ein Nachtwächter. Er versinnbildlichte die öffentlichen Institutionen, die den Bürgerinnen und Bürgern versuchen sollten, Sand in die Augen zu streuen. Mutig griff das Ensemble lokale Geschehnisse auf und zitierte eine Hausfrau, die nach einer NPD-Versammlung erklärte: „Es ist gut, daß es die NPD gibt. Das kann ja so nicht mehr weitergehen, mit den Beatles und der modernen Kunst!“ Rückendeckung erhielt ein Autohändler, der in einer NPD-Versammlung darauf beharrt hatte: „Das Nationale hat uns in den letzten 100 Jahren mehr Blut gekostet und Kriege gebracht als Gutes“, und daraufhin von drei NPD-Anhängern zu hören bekam: „Wir wollten uns ja ein Auto kaufen. Jetzt aber nicht mehr bei dir!“

Beeindruckt fassten die *Idar-Obersteiner Nachrichten* das zweistündige Programm zusammen:

„Bewußtes Provozieren [...] sollte dem Zuschauer das Mitverantwortungsgefühl in unserer Gesellschaft erwecken und ihn mit ‚Querschlägen‘ in der Politik konfrontieren. Weder auf Personen noch auf irgendeine Partei nahmen die jungen Kritiker Rücksicht und auch die Vietnampolitik kam nicht zu kurz. Hier die makabre Schau, dort das gut gestellte ‚Parteitheater‘, man traf immer die richtige Stelle, der Beifall der Zuschauer bewies es“.²³

Anders sah es der Redakteur der *Allgemeinen Zeitung*: „Die Gespräche, die anschließend geführt wurden, bewegten sich zwischen ‚destruktiv‘ und ‚taktlos‘.“ Selbstbewusst ging das Ensemble in die Offensive, lud zu einem Diskussionsabend ein und bat um „Anklagen und Anfragen“, denen es sich zu stellen versprach. Aus der Sicht der Lokalpresse eine gelungene Reaktion, die nur einen Nachteil hatte: „die schärfsten Kritiker des Kabarets waren [...] nicht erschienen.“²⁴ Dafür engagierte die überregional geschätzte Heimvolkshochschule Schloss Dhaun die Kabarettisten für ein Gastspiel.

Mit ihrer „satirischen Montage“ hatten die sechs Darsteller am Ende weitaus mehr erreicht als mit einer Flugblattaktion oder herkömmlichen Informationsveranstaltung zur aktuellen politischen Lage. Effektiver hätte ihr Protest gegen Missstände in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik kaum sein können.

Neue und kreative Protestformen wollten sich Schülerinnen und Schüler bei der traditionellen Berlinfahrt der 12. Klassen des Birkenfelder Gymnasiums Ende Mai, Anfang Juni 1967, die zufällig mit dem umstrittenen Staatsbesuch des persischen Kaiserpaars zusammenfiel, aus nächster Nähe ansehen.

23 „Pinscher“ zeigten Zivilcourage...“, in: *Idar-Obersteiner Nachrichten*, 21.02.1967.

24 „Mit ‚Pinschern‘ über ‚Pinscher‘“, in: *Allgemeine Zeitung*, 8.03.1967.

Nachdem die Gäste von der Nahe tagsüber in der Stadt vom SDS gefertigte Plakate und Papiertüten mit den Karikaturen des Schahs und seiner von der Regenbogenpresse umschwärmten Frau gesehen hatten, führen am 2. Juni eine Schülerin und zwei Schüler abends zur Deutschen Oper und mischten sich unter etwa 2000 Schaulustige sowie demonstrierende Studentinnen und Studenten, um mit diesen auf die Ankunft des Kaiserpaars und seiner deutschen Gastgeber zu warten. Für das *Schulecho* hielt die Schülerin fest: „Man hat kaum Zeit, einen Überblick zu gewinnen, als die Sprechchöre plötzlich anschwellen: ‚MÖRDER, MÖRDER‘, zusammen mit dem gellenden Pfeifen war es ein sicheres Zeichen, daß der Schah im Kommen war.“ Als die Staatsgäste in der Oper eingetroffen waren, eskalierte das Geschehen auf der Straße. „Diejenigen, die gekommen sind, um den Schah zu begrüßen, klatschen zum Teil begeistert, als der Wasserwerfer einsetzt“, bemerkte die *Schulecho*-Autorin, „[a]ndere machen ihrer Wut mit Rufen Luft: ‚SA – NOTSTAND – SA...‘.“

Obwohl sie zwei Stunden aufmerksam das weitere Geschehen verfolgten und mit etlichen Studierenden und Schaulustigen ins Gespräch kamen, bemerkten die Birkenfelder Schülerin und ihre Begleiter ebenso wenig wie die Masse der Demonstranten und Schaulustigen, dass nur 100 bis 200 Meter von ihnen entfernt in einem Parkhof Polizeiobermeister Karl-Heinz Kurras den von zwei seiner Kollegen festgehaltenen und verprügelten Studenten Benno Ohnesorg aus nächster Nähe erschoss. Der daraufhin umgehend einsetzenden Desinformationskampagne der Polizei fiel zunächst auch die *Schulecho*-Redakteurin zum Opfer:

„Nachdem wir um etwa 22 Uhr den Platz verlassen haben, sahen wir in einer U-Bahnstation zwei Gammler mit einem Schild ‚Vietcong‘ auf der Jacke. Zwei Polizisten, die das anscheinend provozierte, meinten: ‚Reicht es euch nicht, wenn einer tot ist?‘ Auf unsere Fragen sagten sie, dass man annahm, ein Polizist sei erstochen worden“.²⁵

Am nächsten Morgen trat die Birkenfelder Reisegruppe die Rückfahrt an und erfuhr von einem Lehrer aus der *Bild*-Zeitung: „Ein junger Mann ist gestern in Berlin gestorben. Er wurde Opfer von Krawallen, die politisch Halbstarke inszenierten.“ Erst allmählich drangen Einzelheiten und Hintergründe des unangemessenen Polizeieinsatzes an der Deutschen Oper und der Tötung im Parkhof an die Öffentlichkeit, doch im Kreis Birkenfeld behauptete die *Allgemeine Zeitung* weiter, Kurras habe nur einen „Warnschuss“ abgegeben. Für das Blatt stand fest, „die Vorfälle, die zum bedauerlichen Tod des Studenten Benno Ohnesorg geführt haben, wurden durch systematische Provokationen gegen die Berliner Sicherheitsorgane ausgelöst“²⁶ und schürte damit die Empörung

25 Renate Hey: Am Rande notiert, in: *Schulecho*, Nr. 10, 1967, S. 33.

26 „Klamauk“, in: *Allgemeine Zeitung*, 05.06.1967.

unter Schülerinnen und Schülern. Die politisierten und radikalisierten sich nun ähnlich – wenn auch in abgeschwächter Form – wie tausende Studentinnen und Studenten in bundesdeutschen Universitätsstädten und waren entschlossen, sich künftig mehr Gehör zu verschaffen.

8 Vietnamkrieg rüttelte eine ganze Generation auf

Übereinstimmend betonen die Ende der 1960er Jahre im Kreis Birkenfeld sozialisierten Abiturientinnen und Abiturienten, wie sehr sie der Vietnamkrieg wacherüttelt habe. Wegen des umstrittenen US-Engagements in Vietnam fand 1968 die Abschlusskundgebung des jährlichen Ostermarschs für die rheinland-pfälzischen und saarländischen Friedensgruppen in Baumholder statt. Getragen von Pfarrern, die ohne Berührungsängste zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wirkten, zeigten sich Abrüstungsbefürworter im Westrich aufgrund der dortigen Truppenpräsenz aktiver als in vielen anderen Regionen. Im Vorfeld des Ostermarschs beteiligten sich Ende Oktober 1967 mehr als „40 Pkw aus Baumholder, Idar-Oberstein und Kusel“ an einem Autokorso, zu dem der örtliche Friedensausschuss anlässlich des Internationalen Vietnamtags aufgerufen hatte. Dabei fiel der *Allgemeinen Zeitung* auf:

„Die Bevölkerung von Baumholder hatte mit Interesse diese Fahrt verfolgt; in der Hauptstraße bildeten sich hier und da kleine Gruppen, die eifrig über die von den ‚Friedensfahrern‘ verteilten Flugblätter diskutierten. Dabei fielen teils sehr unterschiedliche Meinungsäußerungen über diesen Krieg und das Engagement derer, die gegen ihn sind. Einmütig[es] Mißfallen erregte allerdings die Tätigkeit des amerikanischen Geheimdienstes in den Straßen von Baumholder während der Demonstration“.²⁷

Der herbstlichen Friedensaktion folgte im März 1968 ein *Vietnam-Hearing* der Politik-AG des Göttenbach-Gymnasiums, zu dem „rund 200 Teilnehmer“ in die Aula kamen und mehrheitlich „eine bedingungslose Einstellung aller Kampfhandlungen auf dem südostasiatischen Schlachtfeld“ forderten. „[R]eife und offensichtlich gut vorbereitet“ traten den Schülerinnen und Schülern Bundeswehrsoldaten entgegen, die einmal mehr die Grundposition vertraten, „dem Weltkommunismus müsse begegnet werden“.²⁸

Auf dem vom SDS veranstalteten Internationalen Vietnamkongress in der TU Berlin hatte der österreichische Schriftsteller Erich Fried im Februar 1968 vor 5000 Gästen bedauert: „Daß es bisher nicht gelungen ist, über unsere Städte

27 „Sie fahren für den Frieden. US-Geheimdienst störte“, in: *Allgemeine Zeitung*, 23.10.1967.

28 „Wie soll es enden?“, in: *Allgemeine Zeitung*, 01.04.1968.

hinauszukommen, ist eine Schwäche.“²⁹ Acht Wochen später bemühte sich der Shakespeare-Übersetzer und politische Lyriker darum, diesem Handicap entgegenzuwirken. Vor den Ostermarschierern hielt er in Baumholder eine Ansprache. Die beiden Lokalzeitungen veröffentlichten darüber keinen redaktionellen Artikel. Unversöhnlich wie in Berlin standen sich im Westrich Befürworter und Gegner der amerikanischen Vietnampolitik gegenüber. Für die örtliche Presse Grund genug, sich bedeckt zu halten. Pfefferbachs kommunistischer Bürgermeister kam immerhin in der Leserbriefspalte der *Allgemeinen Zeitung* zu Wort:

„Rund 800 Demonstranten trugen Fahnen, Schilder und Transparente durch Baumholder. Eine solche Veranstaltung hat es in Baumholder noch nicht gegeben. Die ganze Polizei des Kreises war in Baumholder zusammengezogen. Die Demonstration trug friedlich zur Meinungsbildung bei. Der Ostermarsch hatte in Baumholder eine Eskorte der Polizei, die übrigens hier äußerst sachlich war, wie sonst bei einem Staatsbesuch. Der Stadtrat von Baumholder hatte den Marktplatz als Kundgebungsplatz durch einstimmigen Beschluß verweigert. Die amerikanischen Truppen hatten Ausgangssperre. Es war ein Bereitschaftsdienst eingerichtet. Militärpolizei verjagte interessierte Soldaten in die Kasernen, veranlaßte die Schließung der Fenster“.³⁰

Die spätere *Zeit*-Publizistin Elsemarie Maletzke hielt als Volontärin der *Idar-Obersteiner Nachrichten* privat fest, wie der Redaktionsleiter und einstige NSDAP-Kreispropagandaleiter und sein Stellvertreter einen friedensbewegten Redaktionskollegen vor der Baumholderer Kundgebung unter Druck gesetzt hatten: „Nilius machen sie mächtig Schwierigkeiten. Er tritt aus der Organisation vom Ostermarsch zurück (ansonsten Entlassung).“³¹

Anfang 1968 waren in Baumholder englischsprachige Flugblätter aufgetaucht, die amerikanische Soldaten zur Desertion aufforderten und etwa 20 Adressen von Fluchthilfestellen in Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und der Bundesrepublik auflisteten. Die unbekanntenen Verteiler hatten die Flugblätter unter die Scheibenwischblätter amerikanischer Fahrzeuge und in die Briefkästen der außerhalb der US-Housing wohnenden amerikanischen Militärangehörigen gesteckt. Die örtliche Polizei leitete daraufhin Ermittlungen gegen die Verfasser und Verteiler der Handzettel ein.³²

29 Erich Fried 1994, S. 64.

30 Edmund Müller, „Ostermarsch 1968“, in: *Allgemeine Zeitung*, 18.04.1968.

31 Zeitzeugenangabe Elsemarie Maletzke, 23.06.2008.

32 „Zum Desertieren aufgefordert“, in: *Allgemeine Zeitung*, 16.04.1968.

Kontakte zu amerikanischen Soldaten gab es unter Jugendlichen vor allem seitens der Baumholderer Gymnasiasten, deutlich weniger unter ihren Alterskollegen in Idar-Oberstein und Birkenfeld. Der Sohn eines verstorbenen Bundeswehroffiziers war mit GIs befreundet und spürte deren „Horror [...] nach Vietnam zu kommen“. Sein „Verhältnis zur Bundeswehr und zum Bündnis mit den Amerikanern hatte sich durch die Politisierung und das Nachdenken über den Vietnamkrieg radikal geändert“. Das festigte sein Verhältnis zu den US-Soldaten:

„Später kifften wir mit den GIs in den Kasernen. Wir hörten Musik und redeten. Zweimal half ich auch US-Jungs, die nach Vietnam sollten, über die Grenze nach Frankreich. Das musste von längerer Hand vorbereitet werden. Die brauchten ja andere Kleidung, einen anderen Pass, französische Zigaretten. Wir holten sie in der Kaserne ab und brachten sie zur Autobahnraststätte Waldmohr“.³³

Frühmorgens im Dunkeln erfolgte die Übergabe. Der flüchtende Soldat zog sich um, „sodass er nicht mehr so schnell als Amerikaner zu erkennen war.“ Übergeben wurden militärische Ausrüstungsgegenstände, die aus der US-Kaserne geschmuggelt worden waren und in Frankreich versetzt werden sollten, um die Fluchtkosten teilweise abzudecken. Den meisten Fahnenflüchtigen gelang es nicht, in einem fremden Sprach- oder Kulturkreis Fuß zu fassen. Das erfuhr auch der Baumholderer Gymnasiast: „Von einem der beiden, denen ich zur Flucht verholfen hatte, weiß ich, dass er [...] in die USA zurückgegangen ist.“

Ohne Dissonanzen verliefen die Kontakte zwischen deutschen Schülern und US-Soldaten in Baumholder allerdings nicht. Dazu wichen die jeweiligen politisch-kulturellen Eigenheiten zu stark voneinander ab. Ein Göttenbach-Schüler aus dem Westrich erinnert sich:

„Oft war bei den GIs ein unreflektierter Kommunismushass zu spüren, der es schwer bis unmöglich machte, tiefer gehende Gespräche zu führen. In einem Fall reichte die Erwähnung, dass ich *Jungsozialist* sei, aus, dass ich gewaltsam zur MP gebracht wurde mit den Worten: ‚Put him into jail, he is a goddamned communist‘“.³⁴

Prominentester schwarzer Vietnamverweigerer war in den Vereinigten Staaten Boxweltmeister Muhammad Ali, der beteuerte: „Mann, ich habe keinen Ärger mit dem Vietcong“, und 1967 in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen, die er damit auslöste, die Einberufung zum Militär ablehnte. Sein Bekennermut imponierte an der Nahe vielen Jugendlichen und bestärkte einen Teil von ihnen darin, den

33 Zeitzeugenangabe Axel Mehner, 09.09.2008.

34 Zeitzeugenangabe Ulrich Jaeger, 06.05.2017.

Wehrdienst verweigern zu wollen und sich einer Gewissensprüfung, gegen die sie aus guten Gründen ein tiefes Misstrauen hegten, zu stellen.

Leicht machten es sich die meisten Schüler oder Lehrlinge nicht, die sich mit dem Gedanken trugen, den Wehrdienst zu verweigern. Die Idar-Obersteiner DGB-Jugend lud im Herbst 1969 zwei evangelische Pfarrer ein und diskutierte mit ihnen „Über Sinn oder Unsinn des Wehrdienstes“. Bei einer Tagung auf Schloss Dhaun trugen zur gleichen Zeit Klassensprecher des Göttenbach-Gymnasiums dem SPD-Bundestagsabgeordneten Wilhelm Dröscher mehrheitlich ihre Forderung nach Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht vor. Pfadfinder diskutierten mit einem Idar-Obersteiner Jugendoffizier und machten neben Gewissensgründen „politische Erwägungen“ geltend, die eine individuelle Ablehnung des Wehrdienstes begründen könnten. Gleiche Positionen vertraten 30 Teilnehmer bei einem Bundeswehrforum des Baumholderer Jugendzentrums. Im Jugendhaus Birkenfeld beteiligten sich mehr als 120 Jugendliche am Streitgespräch „Friedensdienst – mit oder ohne Waffe“ zwischen einem Pfarrer und einem Bundeswehroffizier.

Weil für das Verfahren vor dem Prüfungsausschuss überdurchschnittliche Eloquenz und ausgeprägtes Selbstbewusstsein nahezu unabdingbar waren, stellten Abiturienten und Studenten das Gros der Kriegsdienstverweigerer. An beiden Eigenschaften mangelte es einem jungen Idar-Obersteiner Werkzeugmacher zwar nicht, gleichwohl stand er dank des Beistands durch den IG Metall-Bevollmächtigten das Anerkennungsverfahren souveräner als viele Kollegen durch. Nach und nach vernetzten sich Schülergruppen, gewerkschaftliche und kirchliche Initiativen sowie überregional agierende „KDVer“³⁵ immer besser und verhalfen so auch Lehrlingen zu steigenden Anerkennungsquoten.

9 Demonstration gegen kommunale Kungelei

Ein klassischer kommunalpolitischer Kuhhandel trieb im Frühjahr 1968 Schülerinnen und Schüler des Göttenbach-Gymnasiums auf die Straße. Nachdem Oberbürgermeister Leberecht Hoberg seinen Rücktritt erklärt hatte, erkoren bei Geheimverhandlungen im Hunsrück Vertreter der SPD, die über 16 der 31 Ratsitze verfügte, und Emissäre der CDU den sozialdemokratischen Beigeordneten Dr. Wilfried Wittmann zu ihrem Nachfolgekandidaten. Im Gegenzug sollte der CDU-Fraktionsvorsitzende Beigeordneter werden. Nach außen bestritten alle Beteiligten vehement jegliche Absprache. Als ob sie in der Kandidatenfrage noch offen seien, stimmten SPD und CDU einer öffentlichen Stellenausschreibung zu. Aber kaum war die darin festgelegte Bewerbungsfrist abgelaufen, beteuerten sie – ohne auch nur einen der Mitbewerber angehört zu haben –, dass Wittmann am geeignetsten für das Oberbürgermeisteramt sei, und beschlossen,

35 Abkürzung für Kriegsdienstverweigerer.

zünftig zu wählen. Keinesfalls sollte die Basis ihrer Parteien in die Entscheidung einbezogen werden.

Eine derartige Kungelei widersprach allem, was den Göttenbach-Schülerinnen und -Schülern seit ihrem Amerika-Aufenthalt als idealtypischer demokratischer Willensbildungsprozess aufgezeigt worden war. Spontan wandten sich die Jugendlichen an die Öffentlichkeit und bemängelten die unterlassene Kandidatenprüfung. Die vorzeitige Festlegung geißelten sie „als vorgegriffene Wahl“ und den Oppositionsfraktionen hielten sie vor, „ihrer [Kontroll-]Aufgabe nicht gerecht geworden“ zu sein. Die unmittelbar an der Wahlabsprache Beteiligten stellten die widerspenstigen Schülerinnen und Schüler als politisch missbrauchte Bürgerkinder hin, hielten an ihrem Zeitplan fest und verweigerten nach wie vor jegliche Kandidatendiskussion.

Während der großen Pausen trafen sich Oberstufenschülerinnen und -schüler und berieten ihr weiteres Vorgehen. Breite Akzeptanz fand der Vorschlag, am Wahltag durch die Innenstadt zu marschieren und dabei auf die abgekartete Abstimmung hinzuweisen. Klamauk, Ausschreitungen und alles, was das sachliche Anliegen hätte in Misskredit bringen können, sollte unterbleiben.

Trotz mancher Bedenken in der Presse bewegte sich am Wahltag ein beachtlicher Zug durch die Innenstadt, dem sich Schülerinnen und Schüler anderer Schulen und sogar einige Erwachsene anschlossen. Auf Plakaten war zu lesen „Manipulation“, „So wählt man keinen OB“, „Legal und demokratisch – reicht das?“ und „Ausschreibung – eine Farce?!“ Anerkennend urteilte tags darauf die *Allgemeine Zeitung*:

„Noch selten zuvor fand ein kommunalpolitisches Ereignis solch großes Interesse in der Bürgerschaft wie die Wahl unseres neuen Stadtoberhauptes. In einem völlig geordneten friedlichen Demonstrationszug waren die Göttenbachschüler zum Stadthaus gezogen, um an der Sitzung als Zuhörer teilzunehmen. Der Sitzungssaal faßte nicht alle Interessenten. Ein Großteil mußte draußen bleiben“.³⁶

Am voraussehbaren Stimmergebnis im Stadtrat änderte das Engagement der Schülerinnen und Schüler nichts. Wittmann wurde OB und der CDU-Fraktionsvorsitzende später Beigeordneter. Drei Jahre danach gelangte eine von den Verhandlungsführern unterzeichnete Ausfertigung des Geheimabkommens in die Öffentlichkeit und belegte die Vorwürfe der Jugendlichen.

36 Herbert Saar: Gespräche mit der Jugend, in: *Allgemeine Zeitung*, 25.03.1968. Im Gegensatz zu seinem Kollegen nannte Werner Bohrer die demonstrierenden Schülerinnen und Schüler abfällig „Protestler“, vgl. „Acht Thesen der Göttenbach-Protestler“, in: *Idar-Obersteiner Nachrichten*, 23./24.03.1968.

10 Bundespolitik im Zentrum jugendlicher Proteste

Lange hielten sich Schülerinnen und Schüler nicht mit der Entlarvung kommunaler Hinterzimmerpolitik auf. Zu groß und herausfordernd waren bundespolitische Konfliktfelder. Nachdem CDU/CSU und SPD im Dezember 1966 eine Große Koalition geschlossen hatten, stand ihnen mit der FDP als kleinster Bundestagsfraktion keine parlamentarische Opposition gegenüber, die glaubhaft den Anspruch erheben konnte, das Bundeskabinett auf allen Sachgebieten angemessen zu kontrollieren. Stattdessen begleiteten linksliberale Journalistinnen und Journalisten, Intellektuelle und studentische Gruppen mit wachsender Kritik das Regierungshandeln und begriffen sich als außerparlamentarische Opposition (APO).

Ihren Höhepunkt erlebten die Auseinandersetzungen mit der APO unmittelbar vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Mai 1968. Mehr als ein Jahrzehnt hatten Innenminister von CDU und CSU erfolglos versucht, Regelungen für Notstandssituationen einzuführen, um die staatliche Handlungsfähigkeit bei Naturkatastrophen, Kriegen oder Aufständen zu gewährleisten. Dank ihrer Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat war die Große Koalition ohne Rücksicht auf die Opposition in der Lage, die entsprechenden Grundgesetzänderungen zu beschließen. Ein großer Teil der Bevölkerung befürchtete vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte, die Notstandsgesetze könnten neuerlichem Machtmissbrauch den Weg ebnen und lehnte Ausnahmegesetze kategorisch ab. Gewerkschaften argwöhnten zudem, das angestrebte Notstandsrecht ziele auf staatliche Eingriffsmöglichkeiten in Streiksituationen.

Zu den bundesweiten Meinungsführern beim Kampf gegen die Notstandsgesetze zählten Wilhelm Dröschner, der Abgeordnete des Bundestagswahlkreises Kreuznach-Birkenfeld, und der aus Baumholder stammende Werner Vitt, der dem geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Chemie in Hannover angehörte. Erstaunlicherweise luden die gegen die Notstandsgesetze opponierenden Schülerinnen und Schüler des Kreises Birkenfeld keinen dieser beiden Politiker zu einem Meinungsaustausch ein. Dafür diskutierten auf Einladung der Politik AG des Göttenbach-Gymnasiums mehr als 50 Bürgerinnen und Bürger mit einem CDU-Landtagsabgeordneten und dem örtlichen DGB-Sekretär über „Notstandsgesetze – Schutz oder Ausverkauf der Demokratie?“.³⁷ Mitte Mai sprach der nachmalige Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs als Bundesgeschäftsführer der FDP an einem Vormittag in der vollbesetzten Göttenbach-Aula über „Die außerparlamentarische Opposition“. Angesichts der gesetzgeberischen Machtlosigkeit der FDP versprachen sich einige Schülerinnen, Schüler und Lehrlinge

37 Vgl. „Notstand in der Diskussion“, in: *Allgemeine Zeitung*, 16.05.1968 und „Vorsorge oder Diktatur?“, in: *Idar-Obersteiner Nachrichten*, 16.05.1968.

mehr von einer gewerkschaftlich organisierten Busfahrt nach Ludwigshafen zu einer Großdemonstration mit dem populären IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner. Ihm trauten sie zu, einen Generalstreik initiieren zu können.

Am 11. Mai 1968 unternahm die außerparlamentarische Opposition mit einer Sternfahrt nach Bonn und einer großen Abschlusskundgebung im dortigen Hofgarten den letzten Versuch, die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu verhindern. Erneut wurde eine Busfahrt angeboten. Die vom zeitgleich stattfindenden Sportabitur betroffenen Göttenbach-Schüler durften diese Fahrgelegenheit nicht nutzen und brachen daraufhin nach dem Unterrichtsende mit einem PKW in Richtung Bonn auf, wo sie wegen einer Autopanne verspätet eintrafen und nicht mehr die Reden von Heinrich Böll und Werner Vitt miterlebten. Sie gerieten nur noch in den Abmarsch der etwa 50 000 Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Frustriert ließen sie ihren „revolutionären Ausflug“ in einer Kneipe ausklingen und verschoben ihren finalen Protest. Den hoben sich die drei Abiturklassen des Göttenbach-Gymnasiums mit einem internen Schulstreik für den 30. Mai, den Tag der Schlussabstimmung im Bundestag, auf. Tags drauf berichtete die Allgemeine Zeitung über die aufmüpfigen Schülerinnen und Schüler: „Sie blieben dem Unterricht fern und diskutierten stattdessen auf dem Schulhof und in der Aula ihre Probleme. Nach Auskunft der Schulleitung ging die Aktion ‚völlig gesittet‘ und ohne andere Klassen bei ihrem Unterricht zu stören vor sich.“³⁸ Vermutlich wollte der Direktor mit Rücksicht auf konservative Eltern und die Schulaufsicht keine schlafenden Hunde wecken und so ließ er die rote Fahne unerwähnt, die einige der am Streik Beteiligten aus einem Fenster ihres Klassenzimmers gehängt hatten.

11 Kampf gegen die NPD

Wenige Wochen vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze war die NPD mit 9,8 Prozent in den baden-württembergischen Landtag gewählt worden. Die 1964 gegründete Partei bildete das Sammelbecken rechtsextremistischer Gruppierungen. Bereits nach einem Jahr erhielt sie bei der Bundestagswahl 2,0 Prozent der Wählerstimmen und verbuchte anschließend einen beachtlichen Mitgliederzuwachs. Parallel zum Ausklingen der Wirtschaftswunderperiode entwickelten sich die Nationaldemokraten hauptsächlich für kleine Mittelständler, Bauern und gewerkschaftsferne Arbeiter zu einer Protestpartei, die 1967 mit 6,9 Prozent in

38 „Streik in der Göttenbach“, in: *Allgemeine Zeitung*, 31.05.1968. Abgelehnt hatten die Abiturientinnen und Abiturienten einen Kompromissvorschlag des Schulleiters, der anbot, den 12. und 13. Klassen in der sechsten Schulstunde die Aula für ein Hearing bereitzustellen, wenn im Gegenzug auf den Streik verzichtet werde. Disziplinarische Konsequenzen hatte der Streik nicht. Siebtklässlern, die ursprünglich ebenfalls streiken wollten, waren dagegen schulische Folgen angedroht worden; vgl. „Auch Quarta wollte streiken“, in: *Idar-Obersteiner Nachrichten*, 30.05.1968.

das rheinland-pfälzische Landesparlament gelangte. Ihrem Durchmarsch bis in den Bundestag schien nichts mehr im Wege zu stehen.

Zehn Tage vor den Kommunalwahlen vom 8. Juni 1969 kam der NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden zu einer Versammlung in die Idarer Turnhalle. Schon vor dem Einlass kam es auf dem Hallenvorplatz zu hitzigen Auseinandersetzungen zwischen linksgerichteten Jugendlichen und älteren Rechtsextremisten, die sich in der überfüllten Halle – angeheizt durch die aggressive Rede Thaddens – noch steigerten. Wiederholt griffen Ordner gewaltsam ein. Empört verfolgten die NPD-Gegner, mit welcher Härte Polizisten gegen Protestierende vorgingen. Einen Jugendlichen, der vom „Saalschutz“ der NPD „auf brutalste Art und Weise im Saal zusammengeschlagen wurde“, hielten zwei Polizisten vor der Halle fest, während ihm ein dritter Polizeibeamter „erbarmungslos ins Gesicht schlug“, bezeugeten mehrere Erwachsene.³⁹ Nachdem bekannt wurde, dass ein NPD-Gegner vorläufig festgenommen und zum Polizeiamt gebracht worden war, zog ein Großteil der Jugendlichen, Sprechchöre anstimmend, dorthin, setzte sich auf die Hauptstraße und skandierte, wie aus dem Fernsehen bekannt, im Stile Berliner Studentinnen und Studenten *Ho-Ho-Ho Chi Minh*.

Weil sich die Lokalpresse vor der Berichterstattung über die NPD-Versammlung drückte, thematisierte *WIR* in einem Artikel Thaddens Auftritt. Obwohl er kein Antragsrecht besaß, erstattete der stellvertretende Kreisvorsitzende der NPD daraufhin Strafantrag und machte damit die Veranstaltung zu einem landesweiten Politikum. In der Eifel, im Westerwald und in Rheinhessen fragten sich Schülerinnen und Schüler, wieso ein Schülerzeitungsredakteur trotz Beratungslehrerin, die nach den Vorgaben des Kultusministeriums die Schülerzeitung vor rechtlichen Konsequenzen schützen sollte, Opfer staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen werden konnte. Nach innerschulischen Turbulenzen und dem Einsatz des Bundestagsabgeordneten Wilhelm Dröscher wurde das Ermittlungsverfahren Anfang 1970 eingestellt.

Wer die *WIR*-Darstellung von „Thaddens bezahlter Schlägertruppe“ für übertrieben gehalten hatte, wurde kurz darauf durch Gewalt-Exzesse der hessischen NPD eines Besseren belehrt. Die Partei fand im Vorfeld der Bundestagswahl vom 28. September 1969 nicht mehr aus den Schlagzeilen. Überschattet von schweren Krawallen geriet die fünfwöchige „Deutschland-Fahrt“ der Nationaldemokraten zu einer „Abfolge von Tumulten und Ausschreitungen, wie sie die Bundesrepublik in dieser zeitlichen Dichte noch nie zuvor erlebt hatte“⁴⁰. Aufgeschreckt von dieser Entwicklung lebten zahlreiche Bündnisse aus der Zeit der Notstandsdebatten wieder auf und erhielten Zulauf aus kirchennahen Milieus.

39 Vgl. Redmer 1969, S. 12.

40 „Parteimiliz verboten“, in: *Rhein-Zeitung*, 11.08.1969.

Alle einte die Sorge vor dem drohenden Bundestageeinzug der NPD. In Idar-Oberstein warnte der IG Metall-Bevollmächtigte im Namen der Ortsverwaltung seiner Organisation vor einem weiteren Erstarben der Partei:

„Es ist dieselbe NPD, die am 29. Mai 1969 in Idar-Oberstein, am 25. Juli 1969 in Frankfurt a. Main und in den letzten Wochen in mehreren anderen Großstädten der Bundesrepublik mit organisiertem Einsatz brutaler Schlägertrupps andersdenkende Demokraten, Bürger unseres Landes, niedergeknüppelt hat [...] bildet eine ‚Bürgeraktion für Demokratie‘! Denkt an 1933“.⁴¹

Unabhängig von der Bürgeraktion hatte der FDP-Wahlkreiskandidat Hans Friderichs dem NPD-Vorsitzenden eine öffentliche Diskussion in Idar-Oberstein angeboten, sofern „wirkliche Diskussion, freier Zugang für jedermann, Zwischenfragen von Zuhörern und körperliche Unversehrtheit kritischer Teilnehmer“⁴² gewährleistet seien. Thadden nahm an und diskutierte am 29. August mit Friderichs und Dröschner. Entgegen der Zusage hinderten seine Ordner Minderjährige, soweit sie deren Alter feststellen konnten, am Betreten der Idarer Turnhalle.

Am Veranstaltungstag trafen sich Vertreter der Bürgeraktion in der Obersteiner Festhalle zu einer Informationsversammlung, die in eine Kundgebung überging und danach in einen bis zum Diskussionsort geleiteten Demonstrationzug mündete. Diesmal war der Anteil Jugendlicher noch größer als bei der Thadden-Veranstaltung vom Mai. Abgesprungen waren im letzten Augenblick CDU-Gliederungen, weil sich der Protest nicht auch gegen Kommunisten und APO richtete. Ohne nennenswerte Wirkung verhöhnten dem Zug hinterlaufende Maoisten, für die Gewerkschaften und Parteien, außer der KPD/AO, „Arbeiterverräter“ waren, die aus dem gesamten Kreisgebiet und Kirn angereisten Demonstrantinnen und Demonstranten.

12 Zunehmende Politisierung der Schülerinnen und Schüler

In der Schlussphase des Wahlkampfes sprach Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 20. September vor fast 5000 Zuhörerinnen und Zuhörern auf dem Bad Kreuznacher Kornmarkt. Während die Schulleitung des Kirner Gymnasiums bereitwillig zum Ordnungsdienst eingeteilte Jungunionisten vom Unterricht freistellte, verweigerte sie mutmaßlichen Kiesinger-Gegnerinnen und -Gegnern den vorzeitigen Schulschluss für die um 12 Uhr beginnende Kundgebung. Dagegen durfte die SMV des Göttenbach-Gymnasiums Oberstufenschülerinnen und -schülern einen Bustransfer nach Bad Kreuznach bereitstellen. Formal

41 „NPD mit gewaltlosen Mitteln bekämpfen!“, in: *Nahe-Zeitung*, 29.08.1969.

42 „Erlös für Bethel“, in: *Nahe-Zeitung*, 29.08.1969.

übernahm ein Beratungslehrer und bekennender FDP-Wähler die Aufsicht über den „Schulausflug“, wohl wissend, dass die ihm Anvertrauten dem Kanzler lautstark zeigen wollten, wie wenig sie von ihm hielten. Im November 1968 waren etliche von ihnen nicht etwa klammheimlich, sondern ganz offen, über die Ohrfeige erfreut gewesen, mit der Beate Klarsfeld den Regierungschef auf dem CDU-Bundesparteitag für seine Verstrickung in die NS-Diktatur abgestraft hatte. Laut *Oeffentlichem Anzeiger* nannte Kiesinger seine jugendlichen Kontrahenten „von Frankfurt Importierte, unter die sich einige verwirrte Oberschüler gemischt hätten“⁴³. Ministerpräsident Helmut Kohl, der nach Kiesinger sprach, unterstellte: „Im Wahlkreis von Herrn Dröscher werden die APO-Gruppen gesteuert.“ Als er sich dazu verstieg, die oppositionellen Jugendlichen im Publikum pauschal als *Mob* zu titulieren, schallte ihm *Kohlkopf* entgegen. Damit hatten sich die gegnerischen Lager aneinander abgearbeitet.

Die Ereignisse und kollektiven Erlebnisse des Jahres 1969 festigten im Kreis Birkenfeld das politische Engagement Jugendlicher. Ablesbar war das an den Schülerzeitungen, die sich über Schul- und Bildungsfragen hinaus allgemeinen politischen Themenfeldern öffneten. Sie prangerten politische Missstände an und formulierten immer pointierter ihre Forderungen gegenüber den Schulleitungen und der Kultusbürokratie. Im *Schulecho* wurde über den mangelnden demokratischen Einsatz der Schülerinnen und Schüler gestritten, über eine Raucherecke, Sexualaufklärung und die APO. Nachdem Peter Brandt, der Sohn des Bundesaußenministers, 1967 mit der in Berlin gegründeten *Unabhängigen Schüler-Gemeinschaft* bundesweites Medieninteresse geweckt hatte, erkundigten sich Redakteure des *Schulecho* nach dieser sozialistischen Gruppierung und Brandts politischen Standpunkten. Anlass dazu bot ein Bericht ihres Direktors über die Bremer Bundestagung der SMV. Der Birkenfelder Schulleiter hatte an der Weser die rheinland-pfälzischen Schulen vertreten. In den sich formierenden linken Schülerorganisationen sah er radikale, „von außerschulischen Stellen“ gesteuerte Interessengruppen: „Mit großer Unbekümmertheit stellen sie Forderungen, von denen sie selbst wissen, daß sie nicht erfüllt werden können: etwa Mitbestimmung über Höhe, Verwaltung und Verwendung des Schuletats.“⁴⁴

In *WIR* bekannte sich Ende 1967 ein Dreizehntklässler zu politischen Demonstrationen und forderte: „Man kann nur hoffen, daß das Recht zu demonstrieren auch weiterhin ausgenutzt wird, aber mit ehrlichen Motiven und nicht zur Befriedigung des Geltungsbedürfnisses radikaler Einzelgänger.“⁴⁵ Es folgten Artikel über die von Axel Caesar Springer forcierte Pressekonzentration, den Numerus clausus, Wege

43 „Sieg-Heil“-Rufe und eine einsame Tomate“, in: *Oeffentlicher Anzeiger*, 22.09.1969.

44 Salewski 1967, S. 13.

45 Quiel 1967, S. 41-43.

aus der Bildungsmisere, weltweite Menschenrechtsverletzungen und den Vietnamkrieg. Infrage gestellt wurde die Funktion von Beratungslehrerinnen und -lehrern als Schülerzeitungs-, „Zensoren“. Ein Jungdemokrat und ein Jungsozialist plädierten angesichts des anstehenden Schulleiterwechsels am Göttenbach-Gymnasium im Sommer 1970 – ohne Realisierungschance – für die „probeweise Einführung“ eines Modells zur Wahl des neuen Direktors durch eine aus Lehrerinnen, Lehrern, Eltern, Schülerinnen und Schülern bestehende „Gesamtkonferenz“.⁴⁶

Erfolg hatte die SMV des Göttenbach-Gymnasiums hingegen mit ihrem Versuch, ihre Strukturen zu demokratisieren. Noch vor ihren Birkenfelder Kolleginnen und Kollegen strebte sie 1969 die Wahl eines Schülerparlaments an. Ein Vertrauenslehrer, der – aufgrund des eklatanten Lehremangels – bereits während seines Studiums unterrichten durfte, brachte aus Saarbrücken eine SMV-Satzung mit, die Wahlverfahren und Kompetenzen des Schülerparlaments regelte. Im März 1970 genehmigte das Kultusministerium, befristet auf ein Jahr, als landesweiten Modellversuch den an der saarländischen Vorlage orientierten Satzungsentwurf. Möglich waren nun Listenwahlen, für die sämtliche Schülerinnen und Schüler das aktive und passive Wahlrecht besaßen.

Kaum war der Weg zum 25-köpfigen Schülerparlament freigegeben, da positionierten sich die Gruppen, die zur Wahl antreten wollten, warben für ihre Ziele und machten mit ersten Aktionen auf sich aufmerksam. Auf diese Weise bekämpften sie im Sinne des Vertrauenslehrers „das weit verbreitete apolitische Denken“⁴⁷ unter den Mitschülerinnen und -schülern. Doch gleich ihr erstes Projekt, ein eintägiger Warnstreik gegen den Numerus clausus an Hochschulen und Universitäten, fand weder innerhalb der Schule noch unter der Bevölkerung einen nennenswerten Widerhall. Sechs Wochen später beteiligten sich dann aber 85 Prozent der Wahlberechtigten am Urnengang für das Schülerparlament und statteten damit die siegreiche linke Liste mit einer hohen Legitimation aus.

Das seit 1968 bestehende zweite Idar-Obersteiner Gymnasium an der Heinenwies orientierte sich politisch stärker an außerschulischen Themen. Einzelne Schülerinnen und Schüler blieben – teils mit, teils ohne Duldung des Schulleiters – dem Unterricht fern, um in Frankfurt Vorlesungen von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer zu hören oder an studentischen Aktionen teilzunehmen.

13 Lehrlinge wollten keine Stifte mehr sein

Beschwerten sich Lehrlinge vor 1968 über ihre Ausbildungssituation, wurden sie reflexartig mit der Binsenweisheit „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ abgespeist. Ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad sank seit 1960 beständig. 1967 strich

46 Herzberger u. Redmer 1970, S. 26-27.

47 „SMV-Modell für die Göttenbach genehmigt“, in: *Nahe-Zeitung*, 02.03.1970.

der DGB-Bundesvorstand im Zuge von Sparmaßnahmen die Jugendsekretäre der DGB-Kreise. Gewerkschaftsinterne Jugendarbeit erschöpfte sich weitgehend in Singkreisen, Ferienmaßnahmen und Filmabenden. Mit konkreten betrieblichen Erfahrungen hatte das nichts zu tun. Lehrlinge kamen bei den Veranstaltungen am 1. Mai genauso wenig vor wie Frauen. Zu Gymnasialschülerinnen und -schülern fanden sie kaum Kontakt. So blieb ihnen deren politisch-kulturelles Umfeld fremd. Immerhin führten die Proteste an den Hochschulen und der Widerspruchsgeist in den Schulen den Lehrlingen vor Augen, wie wirkungsvoll eine gesellschaftliche Gruppe auf sich und ihre Anliegen aufmerksam machen konnte, wenn sie sich zusammenschloss und Bündnispartner fand.

Unter dem Patronat des neuen IG Metall-Bevollmächtigten Kurt Vittinghoff stieg die Zahl der jugendlichen Mitglieder in der IG Metall-Verwaltungsstelle Idar-Oberstein 1968 von 90 auf 165 und erhöhte sich bis 1970 weiter auf 225.⁴⁸ Der redegewandte 40-jährige Gewerkschafter unterstützte die Aktivitäten seiner jungen Kollegen und schreckte vor „außergewerkschaftlichen“ Themen nicht zurück.

Den „Jugendmonat Oktober“ nutzte die Verwaltungsstelle, um ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken und auf die Lage der beruflichen Bildung aufmerksam zu machen. Zugleich positionierte sie sich hinsichtlich weiterer Konfliktfelder, die die Gewerkschaftsjugend berührten. Dazu zählte die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.

Junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sammelten mehr als 1000 Unterschriften für eine an den Bundestag gerichtete Petition, in der ein einheitliches Berufsausbildungsgesetz und die Einführung überbetrieblicher Lehrwerkstätten gefordert wurden. Reformiert werden sollten sowohl Ausbildungsberufe als auch Ausbildungsmethoden.

Informationen über das „System der Arbeiterselbstverwaltung nach dem jugoslawischen Modell“ waren bei Schulungen der Jugendgruppe des DGB-Kreises Nahe-Hunsrück kein Tabuthema mehr. Lange Haare, kurze Röcke, Beatmusik – für Vittinghoff, im Gegensatz zu manch altem Gewerkschafter, kein Grund zum Naserümpfen oder zur Ausgrenzung.

Als der IG Metall-Ortsjugendausschuss Idar-Oberstein 1969 ein neues Leitungsgremium wählte, gelangten in den sechsköpfigen Vorstand je drei männliche und weibliche Jugendliche. Bei der darauffolgenden Wahl übernahm erstmals eine junge Frau den Vorsitz.

Angesichts solcher Entwicklungen vollzog die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbunds eine Kehrtwende: Um Jugendlichen den Weg in die Einzelgewerkschaften zu erleichtern, entstanden unter der Regie des DGB bundesweit rund

48 „165 Jugendliche in der IG Metall“, in: *Idar-Obersteiner Nachrichten*, 26.02.1969, und „Mehr überbetriebliche Ausbildungsstätten“, in: *Nahe-Zeitung*, 13.10.1972.

100 Lehrlingszentren, in denen auch nicht organisierte Jugendliche mitarbeiteten. Für die obere Naheregion war das Zentrum Bad Kreuznach, Andernach, Mainz zuständig, das der DGB-Landesbezirksjugendsekretär Dieter Greese betreute, der zuvor innerhalb der richtungsweisenden Hamburger Lehrlingsbewegung Erfahrungen gesammelt hatte. Jetzt erfuhren Auszubildende unter anderem, wie sich ihr Recht auf eine betriebliche Jugendvertretung verwirklichen ließ.

Angeregt durch studentische Aktionsbeispiele skandalisierten Lehrlinge einzelne Ausbildungsverhältnisse und brachten auf diese Weise Bewegung in die Diskussion um überholte Lehrmethoden. Die Lokalpresse sah darin eine „Rebellion der ‚Stifte“⁴⁹. Weitverbreitet war an der Nahe die Praxis, Lehrlinge unbezahlte Überstunden leisten zu lassen. Berichtshefte durften vielfach nicht – wie gesetzlich vorgegeben – während der Ausbildungszeit geführt werden. Kosten für Ausbildungsmaterialien, die der Lehrherr aufzubringen hatte, wälzten etliche Betriebe auf ihre Lehrlinge ab. Wer so verfuhr, erhielt Schützenhilfe von IHK und Handwerkskammer.

Als besonders nachteilig erwies sich im Kreis Birkenfeld die kleinteilige Wirtschaftsstruktur. 80 Prozent der Lehrlinge wurden nicht in der Verwaltung oder Industrie, sondern in Handwerksbetrieben ausgebildet. Je weniger Beschäftigte ein Lehrbetrieb hatte, desto weniger hielten sich die Ausbilder an gesetzliche Auflagen, zumal sie diese oft gar nicht kannten. Umgekehrt wussten Lehrlinge häufig selbst kaum, welche Rechte ihnen das Jugendarbeitsschutzgesetz einräumte.

Unbestreitbar gab es sachkundige und empathische Ausbilder, die ihren Lehrlingen fachlich und menschlich ein Vorbild waren. Aber es gab auch jene, die Lehrlinge als billige Arbeitskräfte missbrauchten und kaum Wissenswertes vermittelten. 1971 trennte eine kreisweite Lehrlingsbefragung der Jungsozialisten die Spreu vom Weizen. Nun kam heraus, dass ein Unternehmen 50 000 D-Mark erhalten hatte, um zwei Umschüler als Schlosser auszubilden, aber das Geld sachfremd eingesetzt und die beiden um ihre Lehre gebrachten Jugendlichen als Maurer missbrauchte. In manchen Unternehmen wurden Lehrlinge von Lehrlingen ausgebildet. Ein Lehrherr ließ seine Lehrlinge die vom Gewerbeaufsichtsamt gegen ihn verhängte Geldbuße bezahlen.⁵⁰ Ein Ausbilder hielt einen Lehrling, über den er sich geärgert hatte, mit dem Kopf über einen Säurebehälter.⁵¹

Dieter Greese rief die Gewerkschaftsjugend zum Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften auf. Daraufhin schlossen sich im Frühjahr 1971 DGB-Jugend, Jungsozialisten, Jungdemokraten und Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend

49 „Rebellion der ‚Stifte“; in: *Nahe-Zeitung*, 22.06.1970. Im April 1969 hatte die Springer-Zeitung *Welt am Sonntag* noch behauptet: „Die Lehrlinge rebellieren nicht, sie sind keine billigen Bierholer. Das beweist die Praxis.“ Vgl. Todtenberg 1971, S. 656.

50 „Schulung und Bildung für Jugendliche intensivieren“, in: *Nahe-Zeitung*, 08.06.1973.

51 „Jusos wollen Ausbilder anzeigen, die gegen das Gesetz verstoßen“, in: *Nahe-Zeitung*, 07.04.1971.

(SDAJ) zum *Aktionskreis Lehrlinge* zusammen und erhöhten durch intensivere Pressearbeit und Flugblattaktionen den Druck auf Ausbildungsbetriebe, die sich weiterhin über das Gesetz hinwegsetzten. Wie verhärtet die Fronten waren, bewies ein Leserbriefschreiber der *Nahe-Zeitung*, indem er polemisch empfahl: „Nach erfolgreich abgeschlossener Lehre sollte es dem Ausgebildeten freigestellt sein, im Hinblick auf das Geleistete seinen Rentenantrag zu stellen.⁵² Eine wegen rechtswidriger Ausbildungsmethoden aufgefallene Obersteiner Druckerei erfasste die Mitglieder des *Aktionskreises* auf einer „schwarzen Liste“, an der sie sich noch nach zwei Jahrzehnten betriebsintern orientierte.

Von Idar-Oberstein, dem gewerkschaftlichen Schwerpunkt der oberen Nahe, griff die Lehrlingsdiskussion auf die Nachbarstädte über. Im Baumholderer Jugendzentrum informierte der Ring Politischer Jugend (RPJ) „alle Lehrlinge oder die, die es werden wollen“ über Rechte und Pflichten in der beruflichen Ausbildung. Mehr als 100 Gäste folgten im Birkenfelder Jugendhaus einer Diskussion der Katholischen Jungen Gemeinde über das Jugendarbeitsschutzgesetz. Kurz darauf bildete sich in der Kreisstadt ein *Aktionskreis für Lehrlinge und Jungarbeiter*, der bald ähnliche Missstände wie in Idar-Oberstein aufdeckte.⁵³

1971 riefen die Gewerkschaften das *Jahr des jungen Arbeitnehmers* aus. Im Herbst beteiligten sich der DGB-interne Lehrlingskreis Idar-Oberstein und der gewerkschaftsübergreifende Aktionskreis Lehrlinge an einer Protestkundgebung aller Lehrlingszentren in Limburg an der Lahn. Danach änderten die Gewerkschaften ihre Strategie gegenüber den Lehrlingszentren und kehrten in der Jugendarbeit zu Strukturen zurück, die sie für besser beherrschbar hielten. Ohnehin schien ihnen reine Lehrlingsarbeit auf Dauer ein unproduktives Feld zu sein, da sich die akutesten Ausbildungsmissstände in kleineren Betrieben ergaben, wo naturgemäß die geringsten Möglichkeiten für eine weiterführende Betriebsarbeit bestanden.⁵⁴ Dieser Entwicklung fiel der Aktionskreis zum Opfer. Innerhalb der Gewerkschaften mussten SDAJler danach nicht mehr mit den stärker bei Schülerinnen und Schülern verankerten Jungsozialisten und Jungdemokraten konkurrieren und konnten somit ihren Einfluss ungestört ausbauen. Das zeigte sich schon im Frühjahr 1972. Bei der Wahl des dreiköpfigen Vorstands der DGB-Jugendgruppe Idar-Oberstein wurden ausschließlich SDAJ-Mitglieder gewählt. Statt der sehr fallbezogenen Arbeit des *Aktionskreises* wurde jetzt der Fokus intensiver auf gesetzgeberische Maßnahmen von Bund und Land sowie Defizite im Verwaltungshandeln gerichtet.⁵⁵

52 „Neben Forderung auch Pflicht“, in: *Nahe-Zeitung*, 13.07.1971.

53 „Betreuung der Jugend soll verbessert werden“, in: *Nahe-Zeitung*, 24.09.1971, und „Harte Vorwürfe des DGB gegen die Arbeitgeber“, in: *Nahe-Zeitung*, 01.02.1972.

54 Vgl. Fuhlert u. Weblus 1974, S. 113.

55 Vgl. „DGB übt harte Kritik an Praxis der Jugendarbeit“, in: *Nahe-Zeitung*, 22.09.1972, und „Der Jugendarbeitsschutz soll mehr beachtet werden“, in: *Nahe-Zeitung*, 04.10.1972.

Eine Rückkehr zu den belanglosen Aktivitäten der frühen 1960er Jahre war indes undenkbar. Dazu war die Arbeit der Gewerkschaftsjugend mit der Zusammenführung von Theorie und Praxis zu politisch geworden. Überdies bewährte sich weiter das gute persönliche und inhaltliche Miteinander zwischen Gewerkschaftsjugend und dem hauptamtlichen IG Metall-Vertreter Vittinghoff. Ohne die andernorts häufigen Reibungsverluste gelang es der IG Metall-Verwaltungsstelle, die Lehrlingsarbeit in die allgemeine Gewerkschaftsarbeit zu integrieren und so einen Schulterchluss aller Mitglieder herbeizuführen. Möglich machte dies die Tarifpolitik, die seit Beginn der 1970er Jahre ungleich offensiver und konsequenter als im Jahrzehnt zuvor betrieben wurde. Endlich durften Lehrlinge in den Tarifkommissionen mitwirken. Bereits Ende 1970 hatte Vittinghoff klargestellt: „Für die Auszubildenden wird die Anpassung der Vergütung an die Vereinbarung anderer Wirtschaftsbereiche gefordert.“ Das war bitter nötig. Jugendliche – ob Lehrlinge oder junge Arbeiterinnen und Arbeiter – waren neben Heimarbeiterinnen die am schlechtesten gestellte Einkommensgruppe. Ihnen wurden Manteltarife versagt. Sie bekamen kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld, weniger Urlaub als alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und selbst bei der Regelarbeitszeit oder Überstunden wurden sie vielfach übervorteilt.

1973 waren die Lehrlinge endlich am Ziel. Nach zähen Auseinandersetzungen hatte der tariflose Zustand der Edelsteinindustrie nicht nur für Arbeiter und Angestellte, sondern auch für sie ein Ende gefunden. So wie die IG Metall in den allgemeinen Lohngruppen und quer durch alle von ihr vertretenen Branchen seit 1970 Schritt für Schritt Verbesserungen bei Urlaubsgeld und -dauer sowie vermögenswirksamen Leistungen erstreiten konnte und erste Manteltarifverträge abzuschließen vermochte, ertritt sie auch verbindliche Ausbildungsvergütungssätze. Wie die Proteste der Schülerinnen und Schüler hatten der Widerstand und die Aufklärungs Bemühungen der Lehrlinge zu erheblichen Fortschritten geführt.

14 Nachspiel

1966 hatten die Pfadfinder als erste Jugendgruppe Idar-Obersteins ein Haus der Jugend gefordert. Um ihrem Wunsch Nachdruck zu verleihen, führten sie gemeinsam mit der SMV des Göttenbach-Gymnasiums und der *Allgemeinen Zeitung* eine Fragebogenaktion durch. Dabei befürworteten 78,5 Prozent der 553 Auskunftswilligen kommunale Jugendräume. Trotzdem ließ der Oberbürgermeister ein für die Jugendräume vorgesehenes Gebäude verkaufen und bildete aus dem Erlös von 125000 D-Mark Rücklagen für das geforderte Haus der Jugend. Weil der schwimmsportbegeisterte OB aber kurz darauf Geld für den Bau eines Hallenbads brauchte, löste er die entsprechende Haushaltsstelle kurzerhand wieder auf und nutzte die Rücklage zweckfremd für sein Steckenpferd. Um dieselbe Zeit beklagten 175 Jugendliche beim städtischen Jugendpfleger einen fehlenden

Treffpunkt für ihre Generation. Daraufhin taten sich Jusos, Jungdemokraten und Junge Union mit den Pfadfindern zusammen und luden den Oberbürgermeister zu einer öffentlichen Diskussion ein, bei der 80 Jugendliche wissen wollten, wann für sie endlich bedarfsgerechte städtische Räume zur Verfügung stünden. Einerseits versprach das Stadtoberhaupt „mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln“ die baldige Verwirklichung eines Hauses der Jugend betreiben zu wollen, andererseits baute er ständig neue Hürden auf und versuchte, das Projekt auf die lange Bank zu schieben. 1971 bekräftigte auch die IG Metall-Jugend die Forderung nach einem kommunalen Jugendhaus. Über ihre Parteifreunde brachten die im RPJ zusammengeschlossenen Jugendverbände schließlich eine Stadtratsmehrheit für ein Haus der Jugend zustande. Im Jugendwohlfahrtsausschuss sprangen die Kirchen der Ratsmehrheit zur Seite und verlangten: „Man sollte auf die Jugend hören.“⁵⁶ Der 39-jährige Jugendrichter des örtlichen Amtsgerichts initiierte einen Planungsausschuss für das angestrebte Haus der Jugend. Schülerinnen und Schüler des Göttenbach-Gymnasiums schrieben bundesweit sämtliche sozialpädagogischen Schulen an und baten um Bewerbungen für ein kommunales Haus der Jugend.

Alle Jugendgruppen, die in der 68er-Zeit neue Protestformen entwickelt und ausprobiert hatten, die sich von Amtsautoritäten nicht mehr einschüchtern ließen und darauf bestanden, Streitige Themen vor einer Entscheidung öffentlich und transparent zu erörtern, verbündeten sich beim Kampf für ein städtisches Jugendhaus und gewannen über ihren jeweiligen Organisationsbereich hinaus neutrale Akteure für ihr Ziel. Angesichts einer derart geschlossenen Front war ab 1971 an weitere Verzögerungen nicht mehr zu denken. Und so eröffnete im Dezember 1972 Bürgermeister Hans Haspel in unmittelbarer Nachbarschaft zu mehreren Schulen „das erste ‚Haus der Jugend‘ unter kommunaler Trägerschaft im Regierungsbezirk Koblenz“⁵⁷.

In der augenscheinlichen Überzeugung, „das richtige 68“ erlebt zu haben, schrieb 2018 ein in Duisburg während der späten 1960er Jahre sozialisierter *Nahe-Zeitungs*-Mitarbeiter, der sich nach 1970 der autonomen Jugendzentrumsbewegung angeschlossen hatte, den jungen Menschen Idar-Obersteins sei „ihr Jugendzentrum sozusagen kampfflos geschenkt“⁵⁸ worden. Offenkundig lässt sich der 68er-Protest ländlicher Regionen bis heute aus der Sicht großstädtischer Aktivisten nur schwer nachvollziehen.

56 „Haus der offenen Tür“ ist kein Jugendheim“, in: *Nahe-Zeitung*, 26.02.1971.

57 „Jetzt liegt’s an der Jugend. ‚Haus der Jugend‘ übergeben“, in: *Nahe-Zeitung*, 11.12.1972.

58 Staiber 2019, S. 319.

Literatur

Selbstständige Veröffentlichungen

- Falter, Jürgen W. (2020): *Hitlers Wähler. Die Anhänger der NSDAP 1924-1933*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Fried, Erich (1994): *Anfragen und Nachreden. Politische Texte*. Berlin: Wagenbach.
- Fuhlert, Lonny u. Weblus, Margot (1974): *Lehrlingsbewegung in der BRD*. Berlin: Verlag Die Arbeitswelt.
- Greiffenhagen, Martin u. Sylvia (1979) *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands*. München: List.
- Kraushaar, Wolfgang (1996): *Die Protest-Chronik 1949-1959 – Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie*, Bd. I-IV. Hamburg: Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins.
- Redmer, Axel (2018): *Im Schatten der Revolte. Die 68er-Zeit und ihre Vorgeschichte in der Provinz*. Birkenfeld: VfHK.

Unselbstständige Veröffentlichungen

- Frøland, Hans Otto, Jakobsen, Tor Georg u. Osa, Peder Berrefjord: „Two Germanys? Investigating the Religious and Social Base of the 1930 Nazi Electorate. In: *Social Science History*, Vol. 43, Issue 4, Winter 2019, pp. 765-784.
- Hahn, Erhard: „‘Beatles‘ waren Kulturschock“. In: *Nahe-Zeitung*, 21.08.2010.
- Herzberger, Wolf u. Redmer, Axel: „Schulleitung von Kultusministers Gnaden?“. In: *WIR*, Nr. 11, 1970, S. 26-27.
- Hey, Renate: „Am Rande notiert“. In: *Schulecho*, Nr. 10, 1967, S. 28-33.
- Huwatscheck, Uwe-Ullrich: „Rebellion der ‚Stifte‘“. In: *Nahe-Zeitung*, 22.06.1970.
- Müller, Edmund: „Ostermrasch 1968“. In: *Allgemeine Zeitung*, 18.04.1968.
- Quiel, Harald: „Zum Thema: Politische Demonstration“. In: *WIR*, Nr. 6, S. 41-43.
- Redmer, Axel: „NPD-Kundgebung“. In: *WIR*, Nr. 9, 1969, S. 10-15.
- Saar, Herbert: „Gespräche mit der Jugend“. In: *Allgemeine Zeitung*, 25.03.1968.
- Salewski, Martin: „Der Chef berichtet. Die 16. Bundestagung der Schülermitverwaltung“. In: *Schulecho*, Nr. 10, 1967, S. 12-15.

Staiber, Jörg: „Im Schatten der Revolte“. In: *Heimatkalender Nationalpark-landkreis Birkenfeld* (2019), S. 318-319.

Todtenberg, Oswald: „Neue Formen gewerkschaftlicher Jugendarbeit“. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 11, November 1971, S. 656-661.

Reinhard Klimmt

Ein Kommentar zur Studierendenkultur der 1950er-1960er Jahre*

Gliederung

1	An der Musik sollt Ihr sie erkennen!	115
2	Vor der Bildungsreform.	116
3	Der Schoß war fruchtbar noch.	117
4	Glaubensstaat und Ständestaat.	117
5	Der Antikommunismus als Gesellschaftskitt.	118
6	1968 in Saarbrücken	119
7	Rotpunkt und Vietnam.	120

* Verschriftlichung des mündlichen Vortrags durch Florian Lisson und Sophia Engler

Ich stimme zu 99% mit dem überein, was Axel Redmer gesagt hat, möchte aber gerne noch einige Ergänzungen anbieten:

1 An der Musik sollt Ihr sie erkennen!

Schlaghosen und lange Haare – das sind die 70er Jahre. Zehn Jahre zuvor begann es schon, dass wir uns die Kotletten wachsen ließen. Auch hinsichtlich der Musik gibt es einige bezeichnende Merkmale, die die Zeit damals geprägt haben: Die Beatles und die Stones waren Hauptakteure, modern und mit eigenem Charakter. Sie einten und sie spalteten uns: Bist du für die Beatles oder bist du für die Stones? – Ich war Stones-Anhänger (Zu Axel Redmer: Und du Beatles, das hat man ja gemerkt, denn sonst hättest du die Stones bereits erwähnt). Diese Frage ist vergleichbar mit der nach Schiller oder Goethe – ich bin für Schiller, andere, du wahrscheinlich, für Goethe. In eben jenen Fragen und Bereichen schlägt sich letztlich der persönliche Charakter in entsprechenden Vorlieben nieder, auch heute noch.

Bei mir begann die Neuorientierung bereits in den 50er Jahren mit dem eigentlichen Kulturbruch – den es nicht zu vergessen gilt – und zwar dem Bruch mit der Schlager-Welt. Mit Schlagermelodien und Schlagertexten wurde nach den schrecklichen Jahren des Krieges versucht, die ‚heile Welt‘ wieder herbeizuzaubern, wie auch mit den Heimatfilmen, in welchen alles friedlich und schön war, wo Menschlichkeit und Liebe im Försterhaus und in den Bergen sauber geblieben waren. Italien als Sehnsuchtsland passte da auch mit Belcanto und südlicher Kulisse.

Und dann tönte plötzlich eine ganz andere Musik in den 50ern aus den Radiogeräten und von den noch seltenen Plattentellern. 1955 erschien mit Glenn Ford als Hauptdarsteller der Film *Blackboard Jungle* („Die Saat der Gewalt“), in dem die Rebellion der Nachkriegsjugend – bei uns die sogenannten „Halbstarken“ – thematisierte wurde. Der Titelsong *Rock around the clock* von Bill Haley war das Fanal für eine neue Jugendkultur. Wir haben den Film alle gesehen – und nicht nur einmal und die Musik in den Jukeboxen oder daheim immer wieder aufgelegt. Und dann war da der frühe Elvis Presley – nicht der Schmuseboy der der 70er, sondern der der 50er Jahre –, der war wirklich ‚rough‘ und außerdem ein sehr guter Musiker. Natürlich gab es außer Elvis und Bill Haley noch viele andere, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Nicht weniger wichtig, jedoch abhängig vom persönlichen Geschmack, war die Jazz-Musik, die für uns ebenfalls eine große Rolle spielte. Sie stellte eine Form von Widerspruch, ja Widerstand dar. Zu Zeiten des Nationalsozialismus, war dieses Musikgenre vollkommen verpönt und wurde als ‚N****-Musik‘ bezeichnet. Bei uns zu Hause in der Familie – mein Vater war Lehrer und Kantor – spielte die klassische Musik die Hauptrolle. Mein Vater hatte aber auch die Noten von Kurt Weill aufgehoben, und wir musizierten mit blue notes und komplizierten Rhythmen. 1962 kam ich ins Saarland. Rund um die Uni war die Jazz-Szene bereits sehr stark entwickelt. In Dudweiler war es der „Eimer“, in Saarbrücken der „Hades“, dann die „Gießkanne“, in denen die Jazz-Musiker spielten. Es schien fast so, als hätten die Musiker dieser Zeit in diesen Räumen ihr Wohnzimmer; und wenn man eigentlich nur einen trinken wollte, war ein Konzert stets inklusive. Ferner kamen aus Baumholder, Kaiserslautern und Zweibrücken GIs mit ihren Instrumenten, um Musik-Sessions abzuhalten

2 Vor der Bildungsreform

Ein Punkt jedoch ist besonders erwähnenswert, wenn man die 60er Jahre und was zu dieser Zeit passierte, verstehen will – es gab kaum Studierende. In der Zeit als ich mein Studium begann, gab es in der gesamten Bundesrepublik ungefähr 200.000 Studierende an den Universitäten. Unsere Universität war die Neugründung in Saarbrücken, die nächsten befanden sich in Heidelberg, Mainz

und Bonn. Es gab zu dieser Zeit weder eine Universität in Trier noch eine in Kaiserslautern oder Landau. Erst mit den 60er Jahren, mit unseren Aktivitäten und durch die Veränderung des Zeitgeistes, explodierte der Bildungsbereich geradezu mit einer unglaublichen Masse an Neugründungen unterschiedlichster Universitäten. Dieser Schub hatte eine amüsante Nebenwirkung: Wegen der hohen Nachfrage an Professoren besetzten teilweise ‚die größten Gurken‘ aus unseren Jahrgängen die Lehrstühle. Diese Posten, waren dann lange Zeit für die nachstrebende jüngere Generation unzugänglich, da die Plätze einfach besetzt blieben.

3 Der Schoß war fruchtbar noch

Nun zu den Begebenheiten dieser Zeit: Um zu begreifen, was in den 60er Jahren geschah, ist es wichtig, auch in die 50er Jahre zurückzublicken. Es ist wichtig, sich die Gesellschaft, wie sie sich in den 50er Jahren in der Bundesrepublik darstellte, vor Augen zu führen. So war diese, freundlich formuliert, noch ‚national‘ eingestellt, ca. 90% der Gesellschaft waren in irgendeiner Weise von diesem System kontaminiert. Eine Aufarbeitung nach heutigen Kriterien hätte nicht funktioniert. Heute werden noch immer die Letzten zur Rechenschaft herangezogen, die Bundesrepublik hingegen wäre überhaupt nicht in Gang gekommen. Auch meine Lehrer waren bis auf zwei alle ehemalige Nationalsozialisten. Eine Studie – von Bundesjustizminister Heiko Maas in Auftrag gegeben – hat ergeben, dass der Mitarbeiterstab des ersten Bundesjustizministeriums, das dem liberalen FDP-Politiker Thomas Dehler unterstand, 37 Personen umfasste, von denen 36 ehemalige Nationalsozialisten waren. Bei dem Verbleibenden, der immer nur sagte, er sei es nicht gewesen, stellte man eines Tages in den Akten fest, dass er sich insgesamt fünfmal vergeblich bemüht hatte, in die NSDAP aufgenommen zu werden. Es wird also deutlich, wie schwer es war, sich in diesen Zeiten in eine andere Richtung zu bewegen – das kann ich selbst aus der Zeit in den Parteien bestätigen.

4 Glaubensstaat und Ständestaat

Die ‚Saar-Abstimmung‘ 1955 war in starkem Maße vom sogenannten ‚Heimatlund‘ geprägt. In allen Parteien, nicht nur in der DPS mit dem ‚Obernazi‘ Heinrich Schneider an der Spitze, sondern auch in der SPD und der CDU waren sehr viele ehemalige Nationalsozialisten vertreten. So auch im Landtag, wo Röder – früher selbst NSDAP-Mitglied – später sein sehr gutes wie auch achtenswertes Amt als Ministerpräsident ausübte. All diese Umstände haben das damalige sozio-politische Klima mitbestimmt und was speziell im Saarland hinzukam, war die Vorherrschaft der katholischen Kirche. Das Saarland bestand in dieser Zeit – heute ist es fast immer noch so – zu drei Vierteln aus Katholiken. In den Dörfern und

Orten, wo der Großteil der Menschen lebte, gaben die Bischöfe und der Klerus im Grunde die Lebenswirklichkeit vor. Dazu gehörte auch die Konfessionsschule: Die Schüler wurden unterschiedlich, entsprechend ihrer Konfession, in verschiedenen Schulen unterrichtet. Eine der ersten gemeinsamen Aktionen, an der ich mitwirkte, war der Kampf, den wir für die Gemeinschaftsschule führten. Zum einen war ich Chefredakteur der Studentenzeitung und andererseits auch bei den Jusos. Es gab sehr wenige Studierende zu dieser Zeit und die Gesellschaft war im Prinzip nicht nach einer Klassenstruktur, sondern vielmehr nach einer Ständestruktur gegliedert. Auf der einen Seite gab es diejenigen, die eine akademische Ausbildung genossen hatten und deren Kinder auch studieren gingen, und auf der anderen Seite waren diejenigen in der Mittelschicht, die folglich auf die Realschule – oder Mittelschule, wie es damals hieß – gingen. Diese waren schließlich für den Bereich im mittleren Management ausgebildet. Die große Mehrheit der Menschen jedoch ging in die ‚Volksschule‘. Sie hieß Volksschule und hatte den Sinn, die Arbeiter so weit auszubilden, dass sie später die entsprechenden Fertigkeiten für die Industriearbeiterschaft hatten.

Ein Beispiel dafür ist Orscholz: Das ist eine Gemeinde, die heute zu Mettlach gehört, wo bis 1955 kein einziger Junge und kein einziges Mädchen jemals die höhere Schule besucht hatte. Vielmehr sind alle direkt zu Villeroy & Boch, weil das die Firma war, die sichere Arbeit bot. Ganz nach dem Motto: „Du hast ja einen Platz, also finde dich mit diesem Platz, den du hast, ab!“ Die Möglichkeit der Durchlässigkeit nach oben, des Vorstoßens an die Spitze aus kleinen Verhältnissen heraus, gab es eigentlich nur über die Gewerkschaften. Daraus resultierte der Erfolg, den die Gewerkschaften in dieser Phase verzeichnen konnten. Ich kenne sehr viele Gewerkschafter, die wirklich großartige Politik gemacht haben und die wahrscheinlich alle Professoren geworden wären, hätten sie einen anderen Bildungsweg gehen können.

5 Der Antikommunismus als Gesellschaftskitt

Die Gesellschaft dieser Zeit wurde außerdem von einem sehr starken Antikommunismus getragen und geprägt. Dabei handelte es sich um einen der wesentlichen Punkte, um die Haltung und die Politik der Bundesrepublik zu rechtfertigen. Adenauer hat als Bundeskanzler die Westintegration – die ich für richtig halte – gegen den Widerstand der SPD betrieben. Deren Vorsitzender, Kurt Schumacher, lehnte sie nämlich damals ab, weil er die deutsche Wiedervereinigung als Ziel vor Augen hatte. Das führte dazu, dass man den bedrohlichen ‚bösen Feind‘ vor allem im Osten sah – das war der Russe; er war die Gefahr. Ich kann mich an den Bundestagswahlkampf 1957 erinnern, bei dem die CDU auf ihren Plakaten einen asiatischen Rotarmisten abbildete. Die Botschaft war: Wer SPD wählt, dem stehen die Kommunisten ins Haus. Dieser Punkt hat das gesellschaftliche

Klima ebenfalls mitbestimmt. Wir haben damals im Kleinen schon in den 50ern dagegen Widerstand geleistet. So fand der erste Ostermarsch 1958 unter dem Motto ‚Kampf dem Atomtod‘ statt – ich war damals auch schon dabei. Wir haben mit unserem AStA in Saarbrücken angefangen, die ersten Fühler in Richtung Osteuropa auszustrecken. Wir hatten eine Verbindung mit den Ungarn; wir sind nach Budapest gereist. Ich habe versucht, Verbindungen in die DDR zu knüpfen, um eine Diskussion anzustoßen, denn diese ‚Anti‘-Haltung, die die antikommunistische Doktrin vorgab, erschien mir nicht plausibel. Ich habe mich auch sehr intensiv mit dem Nationalsozialismus beschäftigt. Damals grassierte die ‚Totalitarismus-Theorie‘, die besagte, dass der Nationalsozialismus und der Kommunismus ein- und dasselbe seien und dass beide bloß zwei Seiten einer Medaille eines totalitären Machtanspruchs repräsentierten. Diese Annahme lässt jedoch die Singularität des Nationalsozialismus außer Acht und wir haben angefangen, diese Denkweise in unseren Debatten aufzubrechen – das begann schon vorher und hat sich dann in den 1960ern natürlich weiterentwickelt.

6 1968 in Saarbrücken

Im Jahr 1963 habe ich die erste Demonstration gegen die damalige Fahrpreiserhöhung mitorganisiert. Der Präsident der Studierendenschaft trug noch Schlips und Kragen! Diejenigen in der Studierendenschaft, die wie wir damals ein wenig von Frankreich geprägt wurden, bekamen die Einflüsse wie den Existentialismus und die ‚Nouvelle Vague‘ mit – und damit eine ganz andere Art von Filmen als die Heimatfilme oder Western. Das eröffnete uns neue Blickwinkel.

Ich möchte nun nicht zu weit ausschweifen: Was geschah bei uns 1968? Ich habe damals nicht mehr bei der Studentenzeitung mitgewirkt, sondern schrieb meine Doktorarbeit, die schließlich meinem politischen Engagement zum Opfer fiel. Ich war im Ältestenrat und habe auch die Entwicklungen der Jahre 1967–1969 bei den Jusos miterlebt. Auf Bundesebene regierte die Große Koalition und es stand die Verabschiedung der Bonner Notstandsgesetze an. Dagegen begehrten die Studierenden massiv auf. Wir waren sehr dankbar, dass der damalige Universitätsrektor Werner Maihofer mit uns in der Frage der Notstandsgesetze übereinstimmte. Die Universität des Saarlandes verfügte über eine der besten juristische Fakultäten Deutschlands, wenn nicht die beste, der auch Maihofer angehörte. Später trat er als Innenminister der FDP in die Bundesregierung ein. Mit dem Protest gegen die Notstandsgesetzgebung waren Demonstrationen verbunden, bei denen wir als Studierende gemeinsam mit Professoren auftraten. Bei der Frage um das Hochschulgesetz stellte sich die Lage jedoch anders dar: Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, weil wir die Mitbestimmung wollten, um die Professorenherrschaft zu durchbrechen. Die Ordinarien galten als Halbgötter – ach was, sie waren ganze Götter! Ich kann

mich gut daran erinnern, dass an meinem historischen Institut ein Professor einen Studierenden aufrief und sagte „He, Sie da!“, woraufhin dieser antwortete: „Ich heiße nicht ‚He, Sie da!‘“. Die Konsequenz war, dass dieser Student wegen seiner angeblichen Frechheit für vierzehn Tage aus dem Seminar ausgeschlossen wurde. Die Professoren trugen ihre Talare und insofern passte das von Detlev Albers aus Hamburg entwickelte Transparent: ‚Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren.‘ Dieses Spruchband nahm Bezug auf die NS-Zeit, aus der auch bei uns noch viele Professoren stammten. Wir kämpften also für die Mitbestimmung und wollten eine gesellschaftliche Veränderung mitbewirken, weswegen wir uns auch als Studierende für das Ende der Konfessionsschule stark machten.

7 Rotpunkt und Vietnam

Ein weiterer wichtiger Kampf, der 18 Tage dauerte und heftige Demonstrationen hervorrief, fand 1969 statt; es handelte sich um die ‚Rote-Punkt-Aktion‘. Es gab nämlich damals schon die Idee des kostenlosen Personennahverkehrs. Der ÖPNV wurde als gesellschaftliches Grundbedürfnis angesehen, weswegen er nichts kosten dürfte. Ich zog für die Demonstrationen meine Turnschuhe an, einer meiner Freunde, der später Trotzkiist wurde, kam hingegen immer in Sandalen, die er später wieder suchen musste. Denn als die Greifkommandos kamen, musste man schauen, dass man Land gewann und dabei verlor er immer seine Sandalen. Ein Kollege von den Jungsozialisten war bei der Bereitschaftspolizei und sagte uns: „Ihr müsst durchhalten! Unser Wasser reicht nur für sieben Minuten.“ Danach hrten die Wasserwerfer also auf zu funktionieren. Es hat sich anschließend alles tatsächlich ein bisschen beruhigt. Oskar Lafontaine fand seinen Weg zu den Stadtwerken, und wir sind dann in Dialog über die Buslinien getreten. Wir haben uns also gesellschaftlich auf beiden Seiten wiedergefunden. Lafontaine hatte den ‚Marsch durch die Institutionen‘ begonnen.

Ein zentraler Punkt war selbstverständlich der Vietnamkrieg, der sich mitsamt seinen Gegendemonstrationen bis in der 1970er Jahre hinzog. Ottmar Schreiner und ich wurden damals wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes angezeigt, weil wir eine Demonstration angemeldet hatten, bei der ein Transparent hochgehalten wurde, auf dem stand, Nixon sei ein Kriegsverbrecher. Das hätte aber nur dann funktioniert, wenn sich Nixon tatsächlich über uns beschwert hätte! Ottmar Schreiner und ich hegten damals den Traum, als Helden im Gefängnis zu landen und dort unsere Doktorarbeiten fertigzuschreiben. Dieser Traum hat sich leider – oder zum Glück! – nicht erfüllt. Die Dinge nahmen dann ihren Lauf: die weitere Radikalisierung des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), Rudi Dutschke als Hauptträger der gesamten Bewegung, die Demonstrierenden in Frankfurt, zu denen auch Daniel Cohn-Bendit gehörte. Ich habe damals auch bei der Aktion mitgewirkt, bei der wir Cohn-Bendit an der Goldenen Bremm

über die Grenze bringen wollten. Es war klar, dass er die Grenze an der Goldenen Bremm nicht würde passieren können. Das war auch gar nicht nötig, denn wir haben ihn dann über die grüne Grenze gebracht und so kam er wieder nach Frankreich. Das Ganze war schlicht eine politische Demonstration, um zu zeigen, dass der französische Staat mit aller Gewalt diesen sozialen Bewegungen gegenübertrat. Ich bin dann wegen Rechtsabweichung aus dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) ausgeschlossen worden. Die Jusos kamen wegen ihrer Zusammenarbeit mit der DKP auch zunehmend in Schwierigkeiten. Ich hatte damit keine Probleme, ich bin 1967 beim Friedenszug mitgefahren und war in Moskau. An anderer Stelle arbeitete ich mit Leuten aus der DKP zusammen und sollte deshalb aus der SPD ausgeschlossen werden – das war das erste Mal. Aus dem SHB wurde ich ausgeschlossen, weil ich für die SPD Wahlkampf gemacht habe. Ich habe eine Veranstaltung mit Günter Grass an der Universität organisiert und habe dafür diejenigen, die diese Veranstaltung missbrauchen wollten, ausgebremst. Ich hatte mittlerweile genug Erfahrung im Umgang mit Versammlungen. Beim SHB erfolgte dann auch die Spaltung: Die DKP erstarkte, ‚Spartakus‘ war eine Gruppe, die an der Universität stark an Gewicht gewann, der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands) entwickelte sich und daraus auch einige Ausläufer, die bei der RAF (Rote Armee Fraktion) gelandet sind. So veränderte sich also der Aufstand der 68er-Bewegung. Die einen gingen tatsächlich unter dem Stichwort ‚Marsch durch die Institutionen‘ in die SPD. Es kam bei den Sozialdemokraten zu einer großen Eintrittswelle, was auch zu einer großen Veränderung der Politik und zur Durchsetzung der Ostverträge beitrug. Der andere Teil radikalisierte sich weiter: Diese Menschen nahmen sich dann Mao zum Vorbild, und nicht mehr Willy Brandt, Kurt Schumacher oder August Bebel – am ehesten vielleicht noch Karl Marx. Aber ihre eigentlichen Parolen kamen schließlich mit dem roten Büchlein aus Peking.

Franziska Brachmann

Neue Protestformen und alternative Lebensstile der 68er-Bewegung

Am Beispiel der Studentenbewegung in Deutschland

Gliederung

1	Einleitung.	123
2	Begriffliche Einordnung	124
3	Neue Protestformen und alternative Lebensstile der Studentenbewegung.	126
3.1	Historische Einordnung	126
3.2	Neue Protestformen	129
3.2.1	Merkmale der neuen Protestformen	130
3.2.2	Performative Protestformen	132
3.2.3	Mediale Protestformen	136
3.3	Alternative Lebensstile.	137
3.3.1	Kommunen als neue Form des Zusammenlebens	138
3.3.2	Kinderläden als Experiment der antiautoritären Erziehung .	142
4	Fazit	146
	Literatur.	148

1 Einleitung

Ein Bruch mit etablierten Werten, die Aufhebung der bestehenden Ordnung und der Traum von einer anderen Gesellschaft – 1968 ist das Jahr der Proteste und Veränderung. Noch heute, 53 Jahre später, führen die Protestjahre um 1968 zu hitzigen Diskussionen und Kontroversen. Ist die Rede von der 68er-Bewegung, geschieht dies meist in Form einer Historisierung oder durch die Frage nach dem, was die Revolte erreicht hat und was von ihr geblieben ist. Eher selten erfolgt eine Betrachtung der Protestbewegung hinsichtlich ihrer damaligen Form der Protestäußerung oder ihrer alternativen Lebensgestaltung. Eben diese Thematik soll im Rahmen dieses Beitrags genauer betrachtet werden, wobei die neuen Protestformen und alternativen Lebensstile der 68er-Bewegung die beiden zentralen Aspekte darstellen.

Der Appell der Akteure der Protestbewegung ist simpel: Sie fordern eine komplette politische und kulturelle Veränderung der Gesellschaft. Ihren Wunsch nach Reform äußern sie nicht nur in neuartigen Protestaktionen, sondern auch in Form von Erziehungs- und Wohnexperimenten. Mit eben jenen Aspekten möchte sich dieser Aufsatz auseinandersetzen, um so den Blick auf die eigentlichen Aktivitäten der 68er-Bewegung zu richten. Hierbei soll der Frage nachgegangen werden, welche neuen Protestformen und alternativen Lebensstile die Bewegung in den 60er-Jahren entwickelt hat. Diese beiden grundlegenden Äußerungsformen der Protestbewegung werden nicht nur exemplarisch herausgearbeitet, sondern es wird zugleich die These vertreten, dass diese Protestformen und Lebensstil-Experimente als Spiegelbild des eigenen Selbstverständnisses der 68er-Bewegung verstanden werden können, da sie die Forderungen der Protestierenden sowohl direkt als auch indirekt ausdrücken.

Vor der Betrachtung der beiden zentralen Themen des Beitrags werden für diesen Kontext wichtige Begrifflichkeiten geklärt. In einem zweiten Schritt erfolgt dann die historische Einordnung der Protestbewegung und es werden deren Kritik an den herrschenden Verhältnissen und diesbezügliche Forderungen aufgezeigt. Anschließend steht der Protest der 68er-Bewegung selbst im Fokus der Betrachtung: Hier werden neue performative und mediale Protestaktionen vorgestellt und ihre zentralen Merkmale beleuchtet. Danach erfolgt eine Betrachtung der erprobten alternativen Lebensstile der Bewegung. Dies geschieht anhand zweier konkreter Beispiele: die Kommunen und Kinderläden. Die Herausarbeitung der Protestformen und Lebensstile erfolgt stets orientiert an der Frage, wie sich hier die ursprünglichen Forderungen der Protestierenden wiederfinden.

2 Begriffliche Einordnung

Ein aktuelles Verständnis der im Rahmen des Gründungsprozesses auftretenden In der heutigen Zeit stellen soziale Bewegungen ein Kernelement moderner Gesellschaften dar, „weil sie die Fähigkeit einer Gesellschaft ins Zentrum rücken, sich selbst zu produzieren und sozialen Wandel aktiv zu gestalten.“¹ In einem Atemzug mit solchen sozialen Bewegungen wird auch immer wieder die sogenannte 68er-Bewegung erwähnt. Doch was wird allgemein unter einer sozialen Bewegung und insbesondere unter der 68er-Bewegung verstanden? Laut Dieter Rucht handelt es sich bei einer sozialen Bewegung um

1 Roth, Roland/ Rucht, Dieter: „Einleitung“. In: Roland Roth/ Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt/Main, Campus-Verlag, 2008, S. 10–36, hier S. 14.

„ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests [...] verhindern oder rückgängig machen wollen“.²

Hierbei weisen soziale Bewegungen drei zentrale Merkmale auf: Neben dem Wunsch der Herbeiführung eines sozialen Wandels zeichnen sie sich durch ein Zusammengehörigkeitsgefühl, ihre kollektive Identität sowie ihr bewusstes Aktivwerden in Form einer Mobilisierung aus.³ Letzteres äußert sich meist in Form von öffentlichem Protest, wobei hier von einer „kontinuierlichen und andauernden Artikulation von Protest“⁴ die Rede ist.

Die 68er-Bewegung kann hingegen folgendermaßen gedeutet werden:

„Dieser Begriff bezeichnet das aktionsorientierte Netzwerk von Personen, Gruppen und Organisationen, das sich – in der Bundesrepublik – fast ausschließlich aus der gebildeten Mittelschicht rekrutierte und eine antikapitalistische, antitechnokratische und antiautoritäre Stoßrichtung verfolgte“.⁵

Die 68er-Bewegung ist jedoch kein rein deutsches Phänomen, sondern hat sich ebenso in anderen Ländern formiert. Aus westdeutscher Sicht bezieht sich der Begriff 68er-Bewegung auf die Studentenproteste von Mitte bis Ende der 1960er-Jahre, mit einem Höhepunkt 1968.⁶ In diesem Aufsatz sollen demnach die Protestjahre von 1966 bis 1969 der westdeutschen Studentenbewegung ins Auge gefasst werden. Unter dem Begriff Studentenbewegung wird hierbei jenes Netzwerk an Studierenden verstanden, welches in Form von Protestaktionen „Forderungen nach Hochschul-, Gesellschafts- oder politischen Reformen“⁷ stellt. Ist im Nachfolgenden von *der* Studentenbewegung, *der* 68er-Bewegung oder

2 Rucht, Dieter: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Theorie und Gesellschaft 32. Frankfurt/Main, Campus-Verl., 1994, S. 77.

3 Vgl. Rucht, Dieter: „Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung. Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde“. In: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): 1968. *Vom Ereignis zum Mythos*. Frankfurt, Suhrkamp, 2. Auflage, 2015, S. 153–172, hier S. 155f

4 Schönberger, Klaus/ Sutter, Ove: „Kommt herunter, reißt euch ein. Zur Form des Protesthandelns sozialer Bewegungen“. In: Klaus Schönberger/ Ove Sutter (Hg.): *Kommt herunter, reißt euch ein. Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin, Assoziation A, 2009. In: https://www.assoziaton-a.de/buch/Kommt_herunter [Stand: 19.04.21], S. 7–29, hier S. 9.

5 Rucht: „Die Ereignisse von 1968“, S. 160

6 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: *1968. 100 Seiten*. Reclam 100 Seiten. Ditzingen, Reclam, 2018, S. 21f.

7 Schulz, Kristina: „Studentische Bewegungen und Protestkampagnen“. In: Roland Roth/ Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*. Ein Handbuch. Frankfurt/Main, Campus-Verlag, 2008, S. 418–446, hier S. 418

der sozialen Bewegung die Rede, wird darunter eben jene Studentenbewegung der 1960er-Jahre verstanden.

Die drei zentralen Elemente sozialer Bewegungen finden sich auch in der 68er-Bewegung wieder: Bei deren Forderungen steht ein grundlegender sozialer Wandel im Vordergrund. Darüber hinaus formt sich in den Jahren um 1968 eine Organisation rund um die Studierenden, unter anderem vertreten durch den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Das *Wir-Gefühl* dieses Netzwerkes entsteht nicht nur durch den Zusammenschluss verschiedener Gruppen von Protestierenden, sondern auch durch deren Abgrenzung von möglichen Gegnern. Schließlich wirkt außerdem das Aktionsrepertoire der Bewegung aufgrund seiner Gestaltungsform stark mobilisierend.⁸ Diese Aspekte werden im Laufe des Beitrags noch deutlicher.

Nach dieser begrifflichen Annäherung wendet sich der Hauptteil nun den neuartigen Protestformen und alternativen Lebensstilen der Bewegung zu, um so den Kern dessen, was die Studentenbewegung 1968 auszeichnet, offenzulegen.

3 Neue Protestformen und alternative Lebensstile der Studentenbewegung

Wie bereits im Titel dieses Aufsatzes ersichtlich, haben die Studentenproteste rund um 1968 eine Vielzahl an neuen Protestformen und alternativen Lebensstilen hervorgebracht. Zunächst ist jedoch eine historische Einordnung der 68er-Bewegung in Deutschland notwendig, um zu verstehen, aus welchem Kontext heraus diese neuen Protestformen und Lebensstile entstanden sind.

3.1 Historische Einordnung

Die 1960er-Jahre gelten oft als jene Jahre „zwischen Wirtschaftswunder und Ölkrise, in denen sich eine moderne Lebensweise durchsetzt.“⁹ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebte die westdeutsche Bundesrepublik einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung, es erfolgte eine Transformation der Gesellschaft hin zu mehr Wohlstand. Nach dem Ende der Ära Adenauer wurde Kurt Kiesinger 1966 deutscher Bundeskanzler, mit dem Regierungswechsel wurden auch die Forderungen nach einer sozialeren Politik lauter.¹⁰ In diesen Jahren des Wohlstands, in denen das Bildungsniveau der Bevölkerung stieg und neue Medien wie das Fernsehen ihren Ursprung haben, wuchs das Interesse an Politik, insbesondere in studentischen Kreisen.¹¹

8 Vgl. Rucht: „Die Ereignisse von 1968“, S. 159f.

9 Siegfried, Detlef: *1968 in der Bundesrepublik. Protest, Revolte, Gegenkultur*. Ditzingen, Reclam, 2018, S. 13.

10 Vgl. Schulz: „Studentische Bewegungen“, S. 421.

11 Vgl. Siegfried: *1968 in der Bundesrepublik*, S. 17.

Situiert in den starken Spannungsverhältnissen des Kalten Krieges und im Schatten der deutschen NS-Vergangenheit, fand die Studentenbewegung in Berlin ihren Ursprung. Erste Aufbegehren durch Jugend- und Studentenproteste gab es zwar bereits Ende der 1950er-Jahre, eine tatsächliche Bewegung konnte sich aber erst Mitte der 1960er-Jahre herausbilden.¹² Die westdeutsche Studentenbewegung kann grundsätzlich in drei Phasen eingeteilt werden¹³: Von 1965 bis Mitte 1967 konzentrierten sich ihre Proteste fast ausschließlich auf die Freie Universität Berlin, wo die Studierenden gegen die veralteten universitären Traditionen, die wenigen Partizipationsmöglichkeiten der Studentenschaft und die vorherrschende Ordinarienuniversität, ganz nach dem Motto „Unter den Talaren Muff von tausend Jahren“¹⁴, protestierten. Als bei Protesten gegen den Besuch des persischen Diktators Schah Reza Pahlewi am 2. Juni 1967 in Berlin der Student Benno Ohnesorg durch den Kopfschuss eines Polizisten starb, weiteten sich die Proteste auf ganz Westdeutschland aus. Mittlerweile richteten sie sich nicht mehr nur gegen die Universitäten, sondern betrafen auch weitere gesellschaftspolitische Themen.¹⁵ In dieser zweiten Phase entstand die sogenannte ‚Außerparlamentarische Opposition‘, es kam zu einer ‚Verschmelzung der studentischen mit den außeruniversitären Protestpotentialen‘.¹⁶ Ihre Hochphase erlebte die Bewegung nach diesem Vorfall bis Mitte 1968. Mit dem Attentat auf den Wortführer der Studentenbewegung Rudi Dutschke im April 1968 und dem Erlass der Notstandsgesetze im Mai begann die Endphase der Proteste, welche sich ab Sommer 1968 immer weiter verliefen, bis die Bewegung schließlich zerfiel.¹⁷

Die Kritik sowie die Forderungen der 68er-Bewegung im Rahmen dieser Proteste sind vielfältig, sie umfassen eine Gesamtpolisierung der Bundesrepublik:

„Weder zuvor noch danach ist die Gesellschaft so grundlegend in Frage gestellt worden wie in jenem Jahr: Autorität, Ordnung, Gehorsam [...] sowie Ethik und Moral insgesamt – der gesamte Kanon an sozialen Werten wurde auf den Prüfstand gestellt. Und das neue Schlüsselwort lautete ‚Emanzipation‘ – die Lösung aus ebenso überflüssigen wie überfälligen Herrschaftsverhältnissen“.¹⁸

12 Vgl. Schulz: „Studentische Bewegungen“, S. 421.

13 Vgl. Stamm, Karl-Heinz: *Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen*. Frankfurt, Campus-Verl., 1988, S. 18ff.

14 Ebd., S. 18.

15 Vgl. Sontheimer, Michael/ Wensierski, Peter: *Berlin – Stadt der Revolte*. Berlin, Ch. Links Verlag, 2018, S. 31, 35.

16 Stamm: *Alternative Öffentlichkeit*, S. 18.

17 Vgl. Frei, Norbert: 1968. *Jugendrevolte und globaler Protest*. München, dtv, 2. Auflage, 2018, S. 145ff.

18 Kraushaar: *100 Seiten*, S. 25.

Neben der bereits erwähnten Kritik am universitären System forderten die Protestierenden eine Demokratisierung der Gesellschaft: Es entstand der Wunsch nach „einem neuen, alternativen Politikstil der Beteiligung sowie der Meinungs- und Willensbildung“.¹⁹ Diese politische Partizipation sollte auf allen Ebenen stattfinden und damit verbunden war zugleich auch das Streben der Studierenden, eine Entmachtung des Axel-Springer-Verlags herbeizuführen: „Die Überzeugung, dass die Öffentlichkeit von Presseorganen manipuliert werde, um die Entstehung eines kritischen Bewusstseins in der Bevölkerung zu verhindern [...] spielte in der 68er-Bewegung eine Schlüsselrolle.“²⁰ Eines der stärksten Motive der Studentenbewegung 1968 stellte jedoch die Kritik an der deutschen NS-Vergangenheit und deren mangelnder Aufarbeitung in der Nachkriegszeit dar. Die soziale Bewegung forderte eine entsprechende politische Aufarbeitung der NS-Zeit und eine Entmachtung jener Personen in Leitungsfunktionen, die eine Mittäterschaft im NS-Regime vorzuweisen hatten.²¹ Die Angst vor einer erneuten autoritären Diktatur fand sich auch in dem Versuch der Studierenden, die bereits Ende der 1950er geplanten Notstandsgesetze zu verhindern, wieder.²² Die globale Orientierung der Studentenbewegung 1968 wurde anhand der weltweiten Proteste gegen den Vietnamkrieg und der Aufforderung, die US-Truppen aus dem Gebiet abzuziehen, ersichtlich.²³

Mit den Forderungen nach einem solch grundsätzlichen Umbruch in der westdeutschen Gesellschaft wurde auch die Kritik an den noch vorherrschenden konservativen Werten laut. Hier stand vor allem der Wunsch nach Selbstverwirklichung im Fokus.²⁴ Der von der Bewegung angestrebte „Wertewandel“²⁵ wurde insbesondere in den neuen Formen des Zusammenlebens und den Erziehungsmethoden der damaligen Zeit deutlich.

Neben konkreten Anforderungen an die Politik strebte die 68er-Bewegung demnach eine komplette Modernisierung und Demokratisierung der aktuellen Verhältnisse an und griff deshalb zu kreativen Mitteln des Protests, die nun dargelegt werden.

19 Baader, Meike Sophia/ Herrmann, Ulrich: „Einführung“. In: Meike Sophia Baader/ Ulrich Herrmann (Hg.): *68 - engagierte Jugend und kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik*. Weinheim, Juventa-Verlag, 2011, S. 9–13, hier S. 10.

20 Kraushaar: *100 Seiten*, S. 82.

21 Vgl. Siegfried: *1968 in der Bundesrepublik*, S. 25f.

22 Vgl. Kraushaar: *100 Seiten*, S. 79.

23 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*. Hamburg, Hamburger Ed, 2000, S. 34.

24 Vgl. Siegfried: *1968 in der Bundesrepublik*, S. 19.

25 Ebd.

3.2 Neue Protestformen

Soziale Bewegungen haben in den seltensten Fällen direkten Zugang zum politischen System, weshalb der Protest für sie die einzige Möglichkeit ist, dieses zu beeinflussen. Durch Protestaktionen erregen sie nicht nur die Öffentlichkeit, sondern mobilisieren auch eigene Massen.²⁶ Darüber hinaus dient Protest der kollektiven Identität sozialer Bewegungen, denn durch die Vermittlung ihrer Kritik, Ziele und Forderungen an die Öffentlichkeit werden zugleich ihr Netzwerk und Selbstbild gestärkt.²⁷ Nachdem Protest ein solch wichtiges Mittel sozialer Bewegungen ist, spielt auch die Auswahl der entsprechenden Formen des Protests eine Schlüsselrolle für deren Selbstdarstellung, denn diese entscheiden darüber, wie eine Protestbewegung von außen wahrgenommen wird. Es werden zwei Formen des Protests unterschieden: Performative und mediale Protestformen. Letztere, wie Plakate oder Flugblätter, „die sich der Mittel der Visualisierung und Hörbarmachung bedienen, erzielen ihre Wirkung nicht über die Anwesenheit der politischen AkteurInnen bzw. ProduzentInnen“.²⁸ Die Kraft dieser Aktionen liegt vielmehr in deren Worten und Bildern. Performative Protestaktionen hingegen

„[...] müssen körperlich vollzogen werden [...] (Korporalität), sie werden von den Akteuren im Bewusstsein vollzogen, beim Vollzug beobachtet zu werden (Rezeptivität), sie zeichnen sich durch einen Überschuss an formaler Gestaltung aus, ihre Form lässt sich nicht allein aus ihrem Zweck erklären (Ästhetizität/Markiertheit), sie sind üblicherweise gesamthaft an einem Muster orientiert, das ihnen wie ein Skript zugrunde liegt (Musterhaftigkeit), sie [...] stellen wie Austins performative Sprechakte im Vollzug her, was sie repräsentieren (Selbstreferenzialität), sie bestätigen oder setzen [...] neue Bedingungen, unter denen künftige Handlungen als adäquat gelten und haben daher das Potenzial, Identität zu stiften oder Situationen zu definieren (Transformativität)“.²⁹

Im Folgenden sollen nun die neuen medialen, aber vor allem performativen Protestformen der 68er-Bewegung vorgestellt und analysiert werden. Hierbei gilt jedoch anzumerken, dass die Bezeichnung ‚neu‘ in diesem Zusammenhang viel eher ‚neuartig‘ meint, eben jene Protestformen, die in Westdeutschland erstmals verwendet, aber nicht zwangsläufig hier erfunden wurden, ebenso wie traditionelle Protestformen, die jedoch entsprechend abgeändert wurden.

26 Vgl. Rucht, Dieter: „Soziale Bewegungen“. In: Dieter Fuchs/ Edeltraud Roller (Hg.): *Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe*. Stuttgart, Reclam, 2009, S. 272–275, hier S. 273

27 Vgl. Rucht: „Die Ereignisse von 1968“, S. 169f.

28 Schönberger/ Sutter: „Form des Protesthandelns“, S. 23.

29 Scharloth, Joachim: „Von der Informalität zum doing buddy. ‚1968‘ in der Sprachgeschichte des Deutschen“. In: Heidrun Kämper/ Joachim Scharloth/ Martin Wengeler (Hg.): *1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz*. Berlin, De Gruyter, 2012, S. 27–54, hier S. 30f.

3.2.1 Merkmale der neuen Protestformen

Das Aktionsrepertoire der 68er-Bewegung ist vielfältig und kreativ gestaltet, insbesondere die performativen Protestformen weisen einen hohen Grad an Fantasie auf. Neben den traditionellen Protestformen wie Demonstrationen oder öffentliche Verkündungen³⁰ bediente sich die soziale Bewegung der 60er-Jahre auch neuartiger Formen aus anderen Ländern wie den USA – hier wird der globale Aspekt der Protestereignisse um 1968 sichtbar – und brachte zugleich eigene abgewandelte Protestformen hervor.³¹ Die performativen Protestaktionen der Bewegung zeichneten sich durch drei zentrale Elemente aus: Die direkte Aktion, das Prinzip des zivilen Ungehorsams sowie die begrenzte Regelverletzung.

Die direkte Aktion hat ihren Ursprung in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und wird von der Studentenbewegung in den Protesten um 1968 übernommen.³² Protestaktionen wie *Sit-ins*, *Go-ins* oder *Happenings* wollen „das legitimationsbedürftige Herrschaftssystem an seiner einzigen schwachen Stelle [...] treffen: der entpolitisiert gehaltenen Öffentlichkeit.“³³ Die direkte Aktion wird dabei als eine Aktionsform definiert,

„[...] bei der Mittel und Zweck im Grunde ununterscheidbar werden; eine Methode, aktiv in die Welt einzugreifen, um Veränderungen herbeizuführen, wobei die Aktionsform oder zumindest die Art, wie sie organisiert wird, selbst für die Veränderung steht, die man herbeiführen möchte.“³⁴

Diese Protestformen sind laut dem Politikwissenschaftler und Anhänger der Bewegung von 1968 Michael Vester sehr konfrontativ, sie finden meist am Ort wahrgenommener Ungerechtigkeiten, wie den Universitäten, selbst statt³⁵ und stellen durch ihr politisches Handeln bereits eine bewusste Alternative dar: Klagt die Studentenbewegung 1968 über zu wenig Mitspracherecht und Raum für Diskussionen an den Universitäten, veranstaltete sie an eben jenem Ort ein Forum der öffentlichen Diskussion und besetzte die Hörsäle, statt bloß auf den Straßen

30 Vgl. Stamm: *Alternative Öffentlichkeit*, S. 25.

31 Vgl. Walther, Rudolf: „Ein direkter Weg von der Spassguerilla zum Terrorismus? Aktions- und Gewaltformen in der Protestbewegung“. In: Andreas Schwab/ Jan Gerchow (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer - lange Wirkung*. Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27, Essen, Klartext, 2008, S. 182–189, hier S. 182.

32 Vgl. Denk, Larissa/ Waibel, Fabian: „Vom Krawall zum Karneval. Zur Geschichte der Straßendemonstration und der Aneignung des öffentlichen Raumes“. In: Klaus Schönberger/ Ove Sutter (Hg.): *Kommt herunter; reißt euch ein. Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin, Assoziation A, 2009. In: https://www.assoziatio-a.de/buch/Kommt_herunter [Stand: 19.04.21], S. 46–81, hier S. 62.

33 Stamm: *Alternative Öffentlichkeit*, S. 25.

34 Graeber, David: *Direkte Aktion. Ein Handbuch*. Hamburg, Edition Nautilus, 2013, S. 27.

35 Vgl. Zitat nach Kraushaar: *1968 als Mythos*, S. 62.

zu demonstrieren. Sie lebt das vor, was sie von den Universitäten verlangt und konfrontiert das Rektorat mit der aus ihrer Sicht ungerechten Situation. Hierbei greifen die direkten Aktionen der sozialen Bewegung geradewegs in den Alltag der BürgerInnen ein, denn sie verfolgen „eine Strategie symbolischer Vereinnahmung und [...] [besetzen] als symbolisch formierte Menge den öffentlichen Raum“.³⁶

In der 68er-Bewegung wurden die direkten Aktionen meist mit der Strategie des zivilen Ungehorsams kombiniert.³⁷ Hierbei handelt es sich um einen aus einer gewaltfreien Haltung heraus vollzogenen öffentlichen Akt, bei dem vorherrschende Gesetze missachtet werden.³⁸ Es kommt zu einem bewussten Verstoß gegen Gesetze und die Protestierenden nehmen rechtliche Konsequenzen durchaus in Kauf, denn gerade ein Gerichtsprozess bietet ihnen die Möglichkeit, noch einmal auf bestimmte Probleme hinzuweisen.³⁹

Diese beiden Merkmale stoßen in der Öffentlichkeit aufgrund ihrer provozierenden Art meist auf Ablehnung und Unverständnis, erregen zugleich aber auch viel Aufmerksamkeit. Dem entgegenwirken soll die Strategie der begrenzten Regelverletzung. Bei verschiedenen Protestaktionen wie *Sit-ins* oder *Go-ins* handelt es sich zwar um Gesetzeswidrigkeiten, jedoch versuchen die Protestierenden diese Regelverletzungen so gering wie möglich zu halten, um so die symbolische Bedeutung hinter ihrer Handlung hervorzuheben und nicht die Tatsache eines Gesetzesbruchs. Hierdurch wird einerseits der Ernst ihres Vorhabens deutlich, andererseits handelte es sich aber um einen als harmlos geltenden Regelverstoß, über den viele BürgerInnen hinwegsehen, man teilweise sogar deren Sympathien gewinnen und sie so instrumentalisieren kann.⁴⁰

Alles in allem liegt dem Aktionsrepertoire der 68er-Bewegung ein hohes Maß an Provokation zugrunde. Diese Protestformen sollen den routinemäßigen Alltag der BürgerInnen durchbrechen und über Missstände und notwendige Veränderungen in Politik und Gesellschaft aufklären.⁴¹ So betont Studentenfürher Rudi Dutschke, dass nur „die bewußte Durchbrechung dieser Spielregeln“⁴² eine Veränderung der politischen Verhältnisse herbeiführen kann.

36 Fahlenbrach, Kathrin: „Protestinszenierung. Die Studentenbewegung im Spannungsfeld von Kultur-Revolution und Medien-Evolution“. In: Martin Klimke/ Joachim Scharloth (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler, 2007, S. 11–22, hier S. 13.

37 Vgl. Graeber: *Direkte Aktion*, S. 19.

38 Vgl. Kraushaar: *1968 als Mythos*, S. 78f.

39 Vgl. Graeber: *Direkte Aktion*, S. 184.

40 Vgl. Kraushaar: *1968 als Mythos*, S. 66f.

41 Vgl. Schulz: „Studentische Bewegungen“, S. 439f.

42 Chaussy, Ulrich: *Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie*. Pendo-Pocket 32. Zürich, München, Pendo, 1999, S. 179f.

3.2.2 Performative Protestformen

Am 22. Juni 1966 organisierten mehr als 3.000 Studierende der Freien Universität Berlin das erste deutsche Sit-in („Sitz-Hinein-Aktionen“⁴³), eine Art Sitzstreik, dem oft eine aufklärerische Zielsetzung zugrunde liegt, um eine stärkere Demokratisierung der Universitäten einzufordern. Hier wurde der Grundstein für diese Form der direkten Aktion gelegt, die ein Merkmal der westdeutschen Studentenproteste der 60er-Jahre werden sollte.⁴⁴ Diese für Westdeutschland neue Protestform zeichnet sich durch eine expressive Symbolik aus:

„So repräsentiert die ungeordnete Verstreuung im Raum den Wunsch nach expressiv-ästhetischer Selbstbestimmung. Auch das auf-dem-Boden-Sitzen der Aktivist:innen bei sit-ins steht im Zeichen habitueller Neuorientierung: mit der Befreiung von der starren Repräsentationskultur ist es Credo für ein ‚selbstbestimmtes‘ soziales Zusammensein“.⁴⁵

Zugleich wird durch das Belagern der Fußböden jegliche Form von Hierarchie aufgelöst, da Sitzordnungen oder ähnliches hier keine Beachtung finden.⁴⁶ Durch diese Form des Sitzstreiks belagern die Studierenden nicht nur den öffentlichen Raum und stören die öffentliche Ordnung durch ihre begrenzte Regelverletzung, sondern setzen ihre Argumentation gegen die vorherrschende Ordnung auf eine symbolische Weise fort: „Die Akteure präsentieren sich hier nicht nur als *physische*, sondern zugleich als *symbolische* Einheit – sie werden gewissermaßen in ihrer physischen Konstellation während der Aktion selbst zum Protestsymbol.“⁴⁷ Hierdurch wird der Protest sowohl nach außen getragen als auch zur inneren Mobilisierung der Protestakteure genutzt.⁴⁸ Sie machen das erlebte Unrecht durch ihr *Sit-in* direkt erfahrbar, üben direkte Kritik am Ort der Ungerechtigkeit aus und sprechen die dafür zuständigen Personen direkt an.⁴⁹

Im Anschluss an das *Sit-in* des 22. Juni 1966 fand eine weitere neuartige Protestform, meist eine Begleiterscheinung des *Sit-ins*, ihren Ursprung in

43 Kraushaar: *1968 als Mythos*, S. 55.

44 Vgl. Klimke, Martin: „Sit-in, Teach-in, Go-in. Die transnationale Zirkulation kultureller Praktiken in den 1960er Jahren am Beispiel der direkten Aktion“. In: Martin Klimke/ Joachim Scharloth (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler, 2007, S. 119–133, hier S. 125f.

45 Fahlenbrach, Kathrin: *Protest-Inszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2002, S. 192.

46 Vgl. Stamm: *Alternative Öffentlichkeit*, S. 119

47 Fahlenbrach: *Protest-Inszenierungen*, S. 193.

48 Vgl. Fahlenbrach: „Protestinszenierung“, S. 13.

49 Vgl. Klimke: „Sit-in, Teach-in, Go-in“, S. 122.

Deutschland: Das *Teach-in*.⁵⁰ Die bereits erwähnte aufklärerische Funktion der Proteste der Studentenbewegung spiegelt sich insbesondere bei dieser Protestform wider, denn *Teach-ins* stellen eine Art Diskussionsrunde dar: „Die Konzeption des *Teach-ins* gründet auf der liberalen Idee der öffentlichen Diskussion mit Andersdenkenden, in der man durch bessere Information, rationale Argumentation und publizistische Enthüllungen aufklären und überzeugen will.“⁵¹ Öffentliche Diskussionen sind ein essenzieller Bestandteil der Studentenbewegung. Sie dienen sowohl der eigenen Weiterbildung der Protestierenden als auch der Aufklärung der Öffentlichkeit. Gerade in Bezug auf das große Schweigen rund um die deutsche NS-Vergangenheit und die mangelnde Möglichkeit der Partizipation der Studierenden an den Universitäten stellte die Diskussionsbereitschaft der 68er-Bewegung einen starken Kontrast dar. So sind *Teach-ins* auch zur Selbstvergewisserung der sozialen Bewegung und zur Abgrenzung gegenüber den älteren Generationen gedacht.⁵² Insbesondere jene *Teach-ins*, die als Folge eines *Sit-ins* stattfinden, brechen hierarchische Strukturen auf, denn die Teilnehmenden sitzen nicht nur auf dem Boden, befinden sich demnach auf einer Ebene, sondern zugleich werden ursprüngliche Regeln der gepflegten Diskussion aufgehoben: Es wird wild durcheinander geredet und jeder, der möchte, kann das Wort ergreifen, Wortmeldungen werden teilweise durch Zwischenrufe kommentiert.⁵³ Die von den Studierenden geforderte Demokratisierung wird so indirekt vorgelebt.

Eine weitere aus der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung übernommene Protestform der 68er-Bewegung ist das *Go-in*. Durch das Sprengen von ritualisierten Veranstaltungen wie Immatrikulationsfeiern oder Gerichtsprozessen⁵⁴ oder das Belagern von öffentlichen Einrichtungen, ähnlich wie beim *Sit-in*, stören die Protestierenden den regulären Ablauf des Geschehens und fordern auch hier beispielsweise durch das Verteilen von Flugblättern zu einer Diskussion auf.⁵⁵ So sprengte die sich im Rahmen der Studentenbewegung

50 Vgl. Kraushaar: *1968 als Mythos*, S. 64f.

51 Stamm: *Alternative Öffentlichkeit*, S. 290.

52 Vgl. Verheyen, Nina: „Diskussionsfieber. Diskutieren als kommunikative Praxis in der westdeutschen Studentenbewegung“. In: Martin Klimke/ Joachim Scharloth (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler, 2007, S. 209–221, hier S. 216.

53 Vgl. ebd., S. 212.

54 Vgl. Scharloth, Joachim: „Ritualkritik und Rituale des Protests. Die Entdeckung des Performativen in der Studentenbewegung der 1960er Jahre“. In: Martin Klimke/ Joachim Scharloth (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler, 2007, S. 75–87, hier S. 75.

55 Vgl. Schwab, Andreas: „„Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren““. In: Andreas Schwab/ Jan Gerchow (Hg.): *Die 68er: Kurzer Sommer - lange Wirkung*. Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27, Essen, Klartext, 2008, S. 38–39, hier S. 39.

gegründete Kommune 1 im November 1966 eine Diskussionsveranstaltung an der Freien Universität Berlin über eine geplante Studienreform und verteilte Flugblätter mit dem provokativen Titel „Fachidioten-Flugblatt“. ⁵⁶ Gerade in dieser Protestform findet sich neben dem Motiv der direkten Aktion das zentrale Merkmal des zivilen Ungehorsams wider.

Die performativen Protestformen der 68er-Bewegung wurden teilweise sehr kreativ ausgestaltet, ganz nach der Vorstellung, dass Protest und Politik Spaß machen sollen ⁵⁷, um große Massen mobilisieren zu können. Dieser Spaß äußerte sich in Form *politischer Happenings*, worunter im allgemeinen Sprachgebrauch eine „Veranstaltung von Künstlern, die – unter Einbeziehung des Publikums – ein künstlerisches Erlebnis (mit überraschender oder schockierender Wirkung) vermitteln will“ ⁵⁸, verstanden wird. Solche inszenierten Aktionen zielen darauf ab, die Öffentlichkeit zu irritieren und zu schockieren, um so ihre Aufmerksamkeit zu erhalten und über gesellschaftliche Missstände aufzuklären. ⁵⁹ Zugleich werden dabei staatliche Apparate ins Lächerliche gezogen: Derartig theatralische Protestaktionen werden meist durch enormen Polizeieinsatz aufgelöst. Hierbei fördert das harte Durchgreifen der Polizei aber gleichzeitig die Protestaktion selbst in ihrer Zielsetzung, den Staat in seinem Handeln bloßzustellen, denn auf Außenstehende wirkt das Eingreifen der Polizei mit unangemessener Härte bei solchen *Happenings* oftmals übertrieben, gar lächerlich. ⁶⁰

Für ihre einfallreichen *Polit-Happenings* bekannt, veranstaltete die Kommune 1 anlässlich des Staatsbegräbnisses des Politikers Paul Löbe im August 1967 in Berlin ein solches Schauspiel: Während der Trauerfeier trugen die Kommunnarden einen selbstgebauten Sarg in die Menschenmenge, aus dem plötzlich das Kommunemitglied Rainer Langhans heraussprang, nur in ein Nachthemd gekleidet und mit einem Strick um den Hals. Er warf Flugblätter in die Masse, auf denen verkündet wird, dass die Kommune 1 die Mitglieder des Berliner Senats beerdigen wolle. ⁶¹ Mit diesem *Happening* trat die schockierende Wirkung unumstritten ein und die symbolische Beerdigung des Berliner Senats kann als ein Protest gegen deren veraltete, unmoderne Haltung verstanden werden.

56 Vgl. Miermeister, Jürgen/ Staadt, Jochen: *Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern, 1965 - 1971*. Darmstadt, Neuwied, Luchterhand, 1980, S. 19.

57 Vgl. Enzensberger, Ulrich: *Die Jahre der Kommune 1. Berlin 1967 - 1969*. München, Goldmann, 2006, S. 98.

58 Duden (Hg.): „Happening“. In: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Happening> [Stand: 05.04.21].

59 Vgl. Denk/ Waibel: „Vom Krawall zum Karneval“, S. 62.

60 Vgl. ebd., S. 73.

61 Vgl. Enzensberger: *Die Jahre der Kommune 1*, S. 192f.

Selbst klassische Protestformen wie Demonstrationen wurden von der 68er-Bewegung erneuert und abgewandelt, an deren Selbstverständnis angepasst. In diesem Rahmen entstanden auch die neuartigen *Spaziergang-Demonstrationen*. Die normalerweise für Demonstrationen geltenden Regeln werden hier umgangen, indem die Protestierenden sich zwar immer wieder zu einem Demonstrationzug formieren, sobald die Polizei diese nicht genehmigte Versammlung jedoch zu zerschlagen versucht, löst sich der Zug wieder auf, die Protestierenden geben sich als normale SpaziergängerInnen. Hierbei wird nicht nur die Polizei verwirrt, worauf diese mit hartem Durchgreifen reagiert, zugleich wird den anwesenden PassantInnen auch die Brutalität des Systems verdeutlicht.⁶² Ein bekanntes Beispiel hierfür ereignete sich am 10. Dezember 1966 am Berliner Kurfürstendamm. Im Rahmen einer angemeldeten Demonstration gegen den Vietnamkrieg bildete eine Gruppe von Studierenden eine *Spaziergang-Demo*, verließ den Hauptdemonstrationzug und verteilte sich in der Innenstadt, für die ein striktes Demonstrationsverbot herrscht, Flugblätter mit der Aufschrift „Weihnachtswünsche werden wahr, Bomben made in USA“.⁶³ Die Polizei griff gewaltsam ein, konnte aufgrund der Protestform die eigentlichen Protestierenden aber nur schwer von PassantInnen unterscheiden, auch Unbeteiligte wurden festgenommen.⁶⁴ In diesem Fall verfolgten die Protestierenden eine bewusste Regelverletzung, nahmen eine Verhaftung in Kauf, um so nicht nur PassantInnen über den Vietnamkrieg aufzuklären, sondern um ihnen unterdessen auch die brutale Vorgehensweise der Polizei, stellvertretend für das gesamte politische System, vorzuführen. Zugleich wurden die ZuschauerInnen gezwungen, sich selbst zur Wehr zu setzen, selbst aktiv zu werden. Dies hatte in gewisser Weise eine unbewusste Mobilisierung seitens der Protestakteure zur Folge.

Auch wenn die performativen Protestaktionen der 68er-Bewegung sich durch ein hohes Maß an Provokation auszeichneten und sich an begrenzten Regelverletzungen orientierten, lag ihnen auch ein gewisses Gewaltpotential zugrunde, welches an dieser Stelle nicht außer Acht gelassen werden soll. Insbesondere gegen Ende der 68er-Bewegung wurden Teile dieser Bewegung stark radikalisiert und griffen zu gewaltsamen Methoden des Protests.⁶⁵

62 Vgl. Schmidtke, Michael A.: „Reform, Revolte oder Revolution? Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die Students for a Democratic Society (SDS) 1960-1970“. In: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): *1968. Vom Ereignis zum Mythos*. Frankfurt, Suhrkamp, 2. Auflage, 2015, S. 249–274, hier S. 263f.

63 Ebd., S. 263.

64 Vgl. ebd., S. 263f

65 Vgl. Schulz: „Studentische Bewegungen“, S. 439.

3.2.3 Mediale Protestformen

Im Gegensatz zu den performativen Protestformen haben sich auf medialer Ebene keine gänzlich neuen Formen der Visualisierung oder Hörbarmachung entwickelt. Die Studentenbewegung um 1968 hat ebenso wie vorherige soziale Bewegungen auf Flugblätter und Plakate zurückgegriffen. Aus diesem Grund sollen die medialen Protestformen hier nur kurz dargelegt werden, um deren Besonderheiten in diesem Kontext aufzuweisen.

Bei der Erstellung von Flugblättern und Plakaten gilt es, „dem herrschenden Meinungsmonopol aufklärerisch entgegenzuwirken“⁶⁶ und so Öffentlichkeit für die Themen der Studentenbewegung zu schaffen. Dieses Merkmal stellt in erster Linie keine Besonderheit dar. Bei der Betrachtung der Flugblätter der Kommune 1 fällt jedoch auf, wie sehr sich diese Schriften von klassischen politischen Flugblättern unterscheiden. Ihre Flugschriften bedienten sich statt einer stringenten Argumentation eines provokativen Tons; sie wollten durch provozierende, meist ironische Drucke auf Problematiken der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft hinweisen. Dabei nutzte die Kommune 1 für ihre Flugblätter teilweise eher ungewöhnliche Textsorten wie Märchen und einen parodistischen Stil.⁶⁷ So wirkt das Flugblatt Nr. 7 von 1967 mit Wörtern wie „Neu!“, „Unkonventionell!“ und „Atemberaubend!“ wie ein Werbeflyer, schockiert aber zugleich mit dem Inhalt⁶⁸: „Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum erstenmal in einer europäischen Großstadt jenes knisternde Vietnam-Gefühl (dabei zu sein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen.“⁶⁹ Anhand dieses Stils wird ersichtlich, dass sich die Flugblätter der Kommune 1 durch provokative Elemente deutlich von traditionellen Drucken abheben.

Diese kreativen Gestaltungselemente finden sich auch in den Plakaten der 68er-Bewegung. Zwar werden politische Plakate bei anderen sozialen Bewegungen ebenfalls als Projektionsfläche politischer Forderungen genutzt⁷⁰, in den 60er-Jahren entwickelte sich jedoch eine neue Gestaltungsweise des politischen Plakats: Neben den üblichen Textplakaten wurden politische Comics auf Plakaten abgedruckt, die mit Witz und Charme bestimmte Sachverhalte darlegen sollten; bei

66 Miermeister/ Stadt: *Provokationen*, S. 8.

67 Vgl. Niehr, Thomas: „„Still schäm‘ ich mich in meiner Zelle, Fritz Teufel, Ausgeburt der Hölle‘. Elemente in den Flugblättern der Kommune 1“. In: Heidrun Kämper/ Joachim Scharloth/ Martin Wengeler (Hg.): *1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz*. Berlin, De Gruyter, 2012, S. 115–134, hier S. 123f.

68 Vgl. ebd., S. 125.

69 Miermeister/ Stadt: *Provokationen*, S. 27.

70 Vgl. Grönert, Alexander (Hg.): *Politik, Pop & Afri-Cola. 68er-Plakate. Eine Ausstellung des Deutschen Plakat-Museums im Museum Folkwang*, 12. Januar - 16. März 2008. Bottrop, Pomp, 2008, S. 13.

(Spaziergangs-)Demonstrationen wurden erstmals handliche Plakate mitgeführt; statt langen Texten wurden jetzt Karikaturen von Ikonen der Studentenbewegung, wie Rudi Dutschke, abgedruckt.⁷¹ Plakate wurden außerdem dazu genutzt, bildhaft die Realität darzustellen: Indem die Protestierenden während Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg durch Fotografien Schicksale der Kriegsoffer zeigen, werden diese für die Öffentlichkeit sichtbar und spürbar. Hier wurde ebenfalls eine Strategie des Schockierens verfolgt, zugleich sollte aber auch an die Empathie der Öffentlichkeit appelliert werden.⁷²

Diese Befunde verdeutlichen, dass die 68er-Bewegung sowohl neue Protestformen kreiert als auch bestehende Protestformen adaptiert oder angepasst hat. Um die Öffentlichkeit zu erreichen, nutzte sie vor allem die Mittel der direkten Aktion und der begrenzten Regelverletzung, verfolgte eine Strategie des Provozierens und Schockierens, immer in Anlehnung an ihre ursprüngliche Zielsetzung. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich der Wunsch nach einem (Werte-)Wandel und einer Modernisierung auch in anderen Lebensbereichen der Studentenbewegung wiederfindet. Aus diesem Grund sollen im folgenden Abschnitt die Experimente bezüglich alternativer Lebensstile der Akteure der sozialen Bewegung untersucht werden.

3.3 Alternative Lebensstile

„Die Familie, Vater, Mutter und in der Regel zwei Kinder, im Wohnzimmer vor dem neuen Fernsehgerät, das ‚Fräulein Tochter‘ in der Hollywoodschaukel auf der sonnenbeschienenen Terrasse“⁷³ – so beschreibt Axel Schildt das klassische Bild einer bürgerlichen Kleinfamilie in den 60ern. Auch wenn sich die wirtschaftliche Situation des Landes verbessert hat, so herrschten in der Gesellschaft selbst noch andere Verhältnisse: Durch den Kuppeleiparagraf war es unverheirateten Paaren verboten, zusammenzuwohnen⁷⁴; es gab ein Gesetz gegen Homosexualität, und die meisten jungen Menschen wohnten unter den wachsamen Augen der Eltern, Wohngemeinschaften gab es nur wenige.⁷⁵ Mit dem von der 68er-Bewegung angestrebten Wertewandel wurde auch die bürgerliche Lebensführung in Frage gestellt. Die Sehnsucht der Protestieren-

71 Vgl. Grönert (Hg.): *Politik, Pop & Afri-Cola*, S. 17.

72 Vgl. Fahlenbrach: *Protest-Inszenierungen*, S. 195.

73 Schildt, Axel: „Lebensstile im Wandel. Einführung“. In: Matthias Frese (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn, Schöningh, 2. Auflage, 2005, S. 577–586, hier S. 577.

74 Vgl. Siegfried: *1968 in der Bundesrepublik*, S. 41.

75 Vgl. Holmig, Alexander: „Zäune anrempeln, die den Alltag begrenzen! Von Kommunen und Wohngemeinschaften“. In: Andreas Schwab/ Jan Gerchow (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer - lange Wirkung*. Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27, Essen, Klartext, 2008, S. 54–61, hier S. 54.

den nach mehr Freiheit und Selbstentfaltung äußerte sich nicht nur in ihren Protestaktionen auf der Straße, sondern auch im Alltagsleben, weshalb neue Formen des Zusammenlebens, der Erziehung und der Liebe ausprobiert und den bürgerlichen Traditionen alternative Lebensstile entgegengesetzt wurden. Mit dem Begriff Lebensstil werden Veränderungen des gesellschaftlichen Rahmens erkannt⁷⁶ und „die materielle Lebensführung von Individuen, kleinen und großen Gruppen“⁷⁷ beschrieben. Es handelt sich hierbei um „ästhetisch-expressive, relativ ganzheitliche Muster der alltäglichen Lebensführung [...], die in einem bestimmten Habitus [...] zum Ausdruck kommen.“⁷⁸

Nachfolgend werden zwei Experimente der neu entwickelten Lebensstile der 68er-Bewegung in den Blick genommen und untersucht: Das Zusammenleben in Kommunen sowie die Umsetzung antiautoritärer Erziehungsmethoden in neu gegründeten Kinderläden.

3.3.1 Kommunen als neue Form des Zusammenlebens

Im Zentrum der Proteste um 1968 stand das Streben nach (Selbst-)Befreiung, „von Autoritäten und aus Abhängigkeiten, aus Konventionen und von Traditionen, von lästigen Pflichten und überkommenen Moralvorstellungen.“⁷⁹ Eben diese Vorstellung wurde bei der Gründung der ersten Kommune im Rahmen der Studentenbewegung verfolgt. Bei einer Kommune handelt es sich um eine Vergesellschaftungsform, bei der Menschen, die meist nicht miteinander verwandt sind und sich nicht zwangsweise in einer Partnerschaft befinden, zusammenleben und ihre Alltagspraxis gemeinschaftlich ausrichten.⁸⁰ Ideen für ein solches Wohnprojekt gab es im SDS bereits zu Beginn der Studentenbewegung, es entstand der Gedanke eines revolutionären Lebensstils, denn in den Kommunen sollten das politische Engagement und die Solidarität der Aktivist*innen untereinander auf das Zusammenleben ausgeweitet und so intensiviert werden.⁸¹ Neben dem politischen Aspekt wurden in der Zielsetzung der Kommune-Bildung private Themen angesprochen, die in den öffentlichen Protestaktionen der sozialen Bewegung kaum Beachtung fanden: Fragen nach Besitzverhältnissen, nach Hierarchiedenken, zur Kindererziehung, zur Rolle

76 Vgl. Schildt: „Lebensstile im Wandel“, S. 579.

77 Ebd., S. 578f.

78 Band, Henri/ Müller, Hans-Peter: „Lebensbedingungen, Lebensformen und Lebensstile“. In: Bernhard Schäfers/ Wolfgang Zapf (Hg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, 2001, S. 427–435, hier S. 428.

79 Frei: *Jugendrevolte*, S. 134.

80 Vgl. Pilzweiger, Stefanie: *Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution. Eine Emotionsgeschichte der bundesdeutschen 68er-Bewegung*. Dissertation, Universität Augsburg. Bielefeld, transcript, 2015, S. 75.

81 Vgl. Fahlenbrach: *Protest-Inszenierungen*, S. 212.

der Frau und zum Ausleben sexueller Bedürfnisse bildeten die Grundlage der Arbeit in der Kommune; jegliche Formen des Privateigentums und der Privatsphäre sollten aufgehoben werden, ebenso wie Zweierbeziehungen und das traditionelle Familienmodell.⁸² Insbesondere die letzten beiden Aspekte wurden innerhalb der Kommune-Bewegung stark kritisiert, denn Kleinfamilien galten für sie als Entstehungsquelle des Faschismus, indem Frau und Mann in ihrer Zwangsgemeinschaft nicht frei sein können. Diese Form der Unterdrückung innerhalb der kleinsten Einheit des Staates weite sich auf alle anderen Institutionen aus und mache so faschistische Züge in der Gesellschaft erst möglich. Aus diesem Grund wollte die soziale Bewegung diese Verhältnisse zerschlagen, indem das Zusammenleben ab sofort in Kommunen verlagert werden sollte.⁸³ Durch die Aufhebung der familiären und moralischen Zwänge versuchte die Studentenbewegung, „den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD eine lebendige Alternative entgegenzusetzen“.⁸⁴ Indem sie durch die Ausarbeitung des Kommune-Konzepts den politischen Protestrahmen verließ, wird einmal mehr deutlich, dass nicht nur das politische System revolutioniert, sondern eine komplette Überwindung der herrschenden Verhältnisse vollzogen werden sollte.

Es wurde vorab viel darüber diskutiert, wie ein solches Kommune-Experiment umgesetzt werden könnte, letztlich waren aber nur eine Handvoll Mitglieder des SDS bereit, Anfang 1967 die erste Kommune, die Kommune 1 in West-Berlin, zu gründen. Diese war vor allem für ihre öffentlichkeitswirksamen und provokativen Protestaktionen wie *Happenings* oder *Go-ins* bekannt.⁸⁵ Zugleich „betreiben die Mitglieder der *Kommune 1* von Anfang an programmatisch eine offensive Medienpolitik, in der sie ihr öffentliches Selbstbild gezielt gestalten wollen“⁸⁶, sie wurden zu „Leitfiguren eines neuen Lebensstils“.⁸⁷ Kurz nach der Gründung der ersten Berliner Kommune bildete sich aus dem Kreis des SDS die Kommune 2. Diese war medial deutlich weniger wirksam und vertrat das Vorhaben, eine politische Aktionsgemeinschaft zu bilden.⁸⁸

82 Vgl. Holmig: „Zäune anrempeeln“, S. 56f.

83 Vgl. Pilzweger: *Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution*, S. 76.

84 Enzensberger: *Die Jahre der Kommune 1*, S. 98.

85 Vgl. Pilzweger: *Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution*, S. 77.

86 Fahlenbrach: *Protest-Inszenierungen*, S. 211.

87 Ebd., S. 214.

88 Vgl. Siegfried: *1968 in der Bundesrepublik*, S. 45.

Innerhalb der ersten Kommunen galten vier Maximen, die das Zusammenleben bestimmen sollen: Das Konsensprinzip, Störungen haben Vorrang, keine Hierarchien und das Ende des Privaten.⁸⁹ Anhand dieser Prinzipien wird deutlich, wie die Studentenbewegung versuchte, zu den traditionellen Lebensformen und der Kultur und Politik der 60er-Jahre im Allgemeinen eine Alternative zu bieten. Ihre Forderungen zogen sich konsequent auch durch das Kommunen-Experiment.

Mit dem Konsensprinzip und der Ablehnung von Hierarchien, auch zwischen den Geschlechtern, wurde eine Form der Demokratisierung geschaffen: Jedes Kommunemitglied hat ein Mitspracherecht und Entscheidungen werden nur gemeinschaftlich getroffen, nicht durch ein Oberhaupt. In der Praxis kann dies jedoch dazu führen, dass nur schwer Entscheidungen getroffen werden. Des weiteren wird anhand dieser Regeln die bereits angesprochene Freude am Diskutieren, die regelrechte Aufforderung dazu, ersichtlich. Durch das Konsensprinzip erhält jedes Kommunemitglied die Chance, den Alltag aktiv mitzugestalten. Hierbei stellt sich jedoch die Frage, wie gut ein solches Prinzip in der Realität umsetzbar ist, denn in der Praxis haben sich gerade bei den intensiven Diskussionen innerhalb der Kommune gewisse Hierarchien herausgebildet, indem manche Mitglieder wesentlich dominanter und radikaler agierten als andere.⁹⁰

Hinsichtlich des Grundsatzes ‚Störungen haben Vorrang‘ wurde die Kommune 1 bereits kurz nach ihrer Gründung als „Psychokommune“⁹¹ betitelt. Dieser Begriff zielte auf die Praxis, dass Probleme der BewohnerInnen innerhalb der Kommune öffentlich gemacht und persönliche Grenzen zugleich respektiert wurden. Gleich nach dem Bezug der Kommune-Wohnungen führten die BewohnerInnen der Kommune 1 tiefgreifende Gespräche über die psychische Verfassung jedes Einzelnen, um so deren frühere bürgerliche Identität erst offenzulegen, um sich dann gänzlich von ihr zu lösen. Dies sollte eine persönliche Befreiung von altbürgerlichen Zwängen ermöglichen und sich positiv auf die nun freie politische Handlungsfähigkeit der Kommune 1-Mitglieder auswirken.⁹² Indem die psychischen Probleme und Eigenarten in der Kommune Raum fanden, wurde ebenso das durch die Studentenbewegung angestrebte Prinzip der Selbstentfaltung und -verwirklichung in die Tat umgesetzt. Der letzte Grundsatz des Kommune-Lebensstils, das Ende des Privaten, geht einher mit der in Teilen der Studentenbewegung vertretenen Vorstellung, dass

89 Vgl. Die ‚68er: Von Kommunen, neuen Grundsätzen, Obermaier & Co. BR, 2018, 5 min. In: <https://www.br.de/mediathek/video/die-68er-von-kommunen-neuen-grundsuetzen-obermaier-und-co-av:5ab8fd2d12b89a00180e9dc3> [Stand: 08.04.21], 00:01:03–00:02:35.

90 Vgl. Koenen, Gerd: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, 1967-1977*. Köln, Kiepenheuer & Witsch, 2001, S. 160.

91 Ebd., S. 157.

92 Vgl. Holmig: „Zäune anrempeln“, S. 57.

alles Private politisch sei und umgekehrt.⁹³ In den Kommunen wurde das Prinzip der ‚Privatheit‘ in gewisser Weise gänzlich aufgehoben, sowohl was das Privateigentum als auch was die Privatsphäre anbelangt. So berichtet das ehemalige Kommunemitglied Ulrich Enzensberger, dass in der Kommune 1 niemand ein eigenes Zimmer hatte, sondern immer mehrere BewohnerInnen in einem Raum schliefen. Außerdem wurde das Kommunen-Telefon so umgebaut, dass Gespräche via Lautsprecher öffentlich mitgehört werden konnten.⁹⁴ Die Aufhebung des Privateigentums spiegelte sich auch in der Tatsache wider, dass laut Ulrich Enzensberger Stehlen für die BewohnerInnen wünschenswert war, um so aktiv gegen Privateigentum vorzugehen.⁹⁵ Feste Liebesverhältnisse sowie erotische Besitzansprüche waren in der Kommune 1 untersagt, während in der Kommune 2 feste Beziehungen zwar nicht verboten waren, es aber aufgrund der Aufhebung des Privaten keinen wirklichen Rückzugsort gab und solche Beziehungen innerhalb der Kommune durchaus diskutiert wurden.⁹⁶ Die komplette Auflösung jeglicher Zweierbeziehungen und emotionaler Besitzansprüche erwies sich in der Realität als schwer umsetzbar und stellte die Kommune 1 vor große Herausforderungen.⁹⁷

Letzten Endes lösten sich beide Berliner Kommune-Projekte spätestens mit dem Zerfall der Studentenbewegung auf: Die Kommune 2 bereits kurz nach dem Attentat auf Wortführer Rudi Dutschke Mitte 1968⁹⁸, die Kommune 1 schließlich im November 1969.⁹⁹ Mit dem Kommune-Experiment der Studentenbewegung sollte ein neuer Mensch geschaffen werden, der sich von gesellschaftlichen Zwängen lösen und so politische Arbeit und privates Zusammenleben kombinieren könne. Indem die ersten Kommunen jedoch politisch begründet wurden und jegliche Form von Privatheit aufgehoben wurde, scheiterten die Kommune 1 und 2 an genau diesem Anspruch.¹⁰⁰ Das Ziel der Kommune-Bewegung, den Alltag komplett zu revolutionieren, konnte letztlich nicht durchgestanden werden. Das Ende dieser beiden Kommune-Experimente hatte indessen den Weg für Wohngemeinschaften und weitere Kommunen geebnet, die sich von den politischen Ansprüchen der ersten Kommunen lösten.¹⁰¹ Die ersten Kommunen

93 Vgl. Kraushaar: *100 Seiten*, S. 26.

94 Vgl. Enzensberger: *Die Jahre der Kommune 1*, S. 133.

95 Vgl. ebd., S. 107.

96 Vgl. Koenen: *Das rote Jahrzehnt*, S. 159, 162.

97 Vgl. Enzensberger: *Die Jahre der Kommune 1*, S. 109.

98 Vgl. Pilzweger: *Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution*, S. 79.

99 Vgl. Enzensberger: *Die Jahre der Kommune 1*, S. 364.

100 Vgl. Siegfried: *1968 in der Bundesrepublik*, S. 46.

101 Vgl. Holmig: „Zäune anrempeln“, S. 60f.

machen ersichtlich, wie die Studentenbewegung versucht hat, ihre theoretischen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen, in den Alltag zu integrieren und so den vorherrschenden Traditionen des Zusammenlebens und der Moralvorstellung der BRD eine Alternative entgegenzusetzen. Dies entspricht in gewisser Weise genau dem, was die direkte Aktion innerhalb des Protests besagt: Die soziale Bewegung der 60er-Jahre war mit den aktuellen Lebensverhältnissen unzufrieden und griff diese direkt an, indem sie einen alternativen Lebensstil in Form von Kommunen entwickelte.

Ganz ähnlich verhält es sich auch mit dem Experiment der Kinderläden, die im nächsten Abschnitt näher betrachtet werden.

3.3.2 Kinderläden als Experiment der antiautoritären Erziehung

Neben nicht autoritären Formen des Zusammenlebens durch die Kommune-Bewegung wurde das Prinzip des antiautoritären Lebensstils von der Studentenbewegung auch in der Kindererziehung angewandt. Hierzu gründete diese 1968 sogenannte Kinderläden, Alternativen zu staatlichen Kindergärten, um hier ihre eigenen Erziehungsmethoden zu erproben. Der Name ‚Kinderladen‘ bezieht sich auf die Räumlichkeiten, in welche diese alternativen Kindergärten verlagert werden, denn dabei handelt es sich meist um leerstehende Lebensmitteläden.¹⁰² Die Kinderladen-Bewegung und die Kommune-Bewegung stehen in einem engen Verhältnis zueinander. Insbesondere die Kommune 2 ist wesentlich an der Gründung der ersten Berliner Kinderläden beteiligt, weil dort unter den Erwachsenen auch zwei Kinder wohnten. Deshalb versuchte sich die Kommune 2 an ersten antiautoritären Erziehungspraktiken.¹⁰³ Im Fokus dieser Idee steht dabei die Erziehung der Kinder durch ein Kollektiv statt durch eine einzelne Bezugsperson. In der Kommune wurde diese Aufgabe durch die wechselnden BewohnerInnen erzielt, in den Kinderläden durch ein Elternkollektiv. Durch diese Erziehungsmethoden und die wechselnden Bezugspersonen der Kinder sollten die traditionell vorhandenen familiären Zwänge sowie das Prinzip der klassischen kleinbürgerlichen Familie aufgehoben werden.¹⁰⁴

Die Studentenbewegung hat in erster Linie Kinderläden gegründet, um so den weiblichen SDS-Mitgliedern mit Kindern die Möglichkeit zu geben, politisch aktiver zu werden und auch an politischen Veranstaltungen teilnehmen zu können. Zugleich gab es zu dieser Zeit in West-Berlin, wie in der gesamten Bundesrepublik,

102 Vgl. Rodrian-Pfennig, Margit: „1968 zwischen Bildungskatastrophe und Bildungsreform. Oder von Picht zu Pisa“. In: Andreas Schwab/ Jan Gerchow (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer - lange Wirkung*. Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27, Essen, Klartext, 2008, S. 28–37, hier S. 36f.

103 Vgl. Koenen: *Das rote Jahrzehnt*, S. 162.

104 Vgl. Kießling, Simon: *Die antiautoritäre Revolte der 68er. Postindustrielle Konsumgesellschaft und säkulare Religionsgeschichte der Moderne*. Köln, Böhlau, 2006, S. 46f.

zu wenige Kindergärten und Erzieherinnen, es fehlten bis zu 20.000 Plätze. Die Initiative zur Bereitstellung eigener Betreuungsmöglichkeiten ergriff Anfang 1968 der ‚Aktionsrat zur Befreiung der Frau‘, gegründet von SDS-Genossinnen. Die rund um die Debatte der Kinderbetreuung und -erziehung entstandenen Gruppen wurden letztlich zum ‚Zentralrat der sozialistischen Kinderläden‘ zusammengeschlossen. Der Großteil der Eltern in der Bewegung sprach sich gegen autoritäre Erziehungsmethoden in den klassischen Kindergärten aus, sie befürchteten eine Vernachlässigung der eigentlichen Bedürfnisse der Kinder, welche für autoritäre und starre Werte der älteren Generation weichen müssten. Deshalb sollte den Kindergärten ein Kontrastprogramm entgegengesetzt werden. Im Februar 1968 gründete der ‚Zentralrat der sozialistischen Kinderläden‘ den ersten Kinderladen in West-Berlin, das Experiment der antiautoritären Erziehung der Studentenbewegung begann.¹⁰⁵ Erst ab 1970 wurden diese Kinderläden von ausgebildeten ErzieherInnen (unter ihnen erstmals Männer) geführt, zu Beginn übernahmen diese Aufgabe die Eltern der Kinderladen-Kinder.¹⁰⁶

Neben dem ursprünglichen Beweggrund der Kinderladen-Bewegung, den SDS-Genossinnen mehr Freiraum für ihr politisches Schaffen zu ermöglichen, entwickelte sich die Idee einer antiautoritären, „revolutionären Erziehung“¹⁰⁷, welche in den Kinderläden erprobt werden sollte. Geistige Grundlage hierfür bildeten die Kritische Theorie der Frankfurter Schule, die Psychoanalyse von Sigmund Freud und die Theorie des Klassenkampfes nach Karl Marx. Anhand der kritischen Theorie sollten die Kinder hin zu einem kritischen Denken erzogen werden, um sich so vom vorherrschenden Kapitalismus zu befreien. Zugleich versuchten die Eltern anhand der Psychoanalyse ihre während der eigenen Kindheit erfahrene autoritäre Erziehung zu überwinden und so ihren Kindern neue Erziehungsmaßnahmen vorzuleben.¹⁰⁸ Das Hauptziel der pädagogischen Grundlage der Kinderläden besteht in der Vermittlung demokratischer Werte, „um eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur, die [...] einer der Gründe für die Herausbildung des Faschismus“ sei, gar nicht erst entstehen zu lassen.“¹⁰⁹ Die Forderung nach einer freien Entfaltung, dem Ausleben eigener – auch sexueller – Bedürfnisse und nach einer Entwicklung der Kinder hin zu einer starken Persönlichkeit stehen im Vordergrund des Erziehungskonzepts¹¹⁰: „Aus den

105 Vgl. Sontheimer/ Wensierski: *Berlin*, S. 91ff.

106 Vgl. Silvester, Karen: *Die besseren Eltern?! oder Die Entdeckung der Kinderläden. Eltern-Kind-Initiativen im zeitgeschichtlichen Vergleich 1967 - 2004. Eltern-Erwartungen und -Erfahrungen*.

107 Koenen: *Das rote Jahrzehnt*, S. 168.

108 Vgl. Silvester: *Die besseren Eltern*, S. 29f.

109 Schwab: „Unter den Talaren“, S. 39.

110 Vgl. ebd.

Kindern sollten Persönlichkeiten werden, die in der Lage waren, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen und Solidarität mit ihren Mitmenschen zu empfinden.“¹¹¹

Diese theoretische Grundlage wurde im 1968 gegründeten Kinderladen ‚Charlottenburg 1‘ in West-Berlin – hier stellvertretend für weitere Kinderläden in der BRD – in die Praxis umgesetzt. Deren erzieherisches Konzept umfasste fünf wichtige Aspekte in Bezug auf den Alltag im Kinderladen: Die äußere Ordnung im Kindergarten, Reinlichkeitserziehung, Konflikte unter Kindern, Spiel und Sexualität.¹¹²

Zwar werden den Kinderladen-Kindern stellenweise viele Freiheiten gewährt, zugleich wird ihnen jedoch auch ein äußerer Rahmen gesetzt. In diesem haben die Kinder die Möglichkeit, sich frei zu bewegen und ihre Bedürfnisse auszuleben, ohne dass chaotische Zustände herrschen. Die äußere Ordnung orientiert sich an festen Tagesabläufen im Kinderladen, wie feste Bring- und Abhol-, Essens-, Aufräum- oder Schlafenszeiten. Darüber hinaus werden die Kinder zur aktiven Teilnahme und Mitgestaltung dieser Aktivitäten aufgefordert, jedoch nicht zur Beteiligung gezwungen.¹¹³

Innerhalb der Kinderladen-Bewegung werden Konflikte und Streitereien zwischen Kindern als etwas ganz Natürliches angesehen, denn eine gänzliche Unterdrückung solcher, in der damaligen Gesellschaft negativ konnotierter, Gefühle kann sich laut der Kinderladen-Bewegung unvorteilhaft auf das Verhalten der Kinder auswirken und zu seelischen Störungen führen. Infolgedessen sind Konflikte in den Kinderläden regelrecht willkommen, und die Kinder erhalten die Freiheit, diese auch auszuleben. Dennoch gilt es, den Grund für das konfliktträchtige Verhalten des Kindes zu erkennen und an diesem Punkt in der Erziehung anzusetzen. Gleichermaßen will sich das Elternkollektiv im Kinderladen erst dann in solche Konflikte einmischen, wenn die Gefahr eines psychischen oder physischen Schadens für die Kinder besteht. Durch die Möglichkeit, Aggressionen innerhalb des Kinderladen-Alltags ausleben zu können, ohne dabei seitens der ErzieherInnen bestraft zu werden – beispielsweise in Form von Liebesentzug, wie es in damaligen bürgerlichen Kleinfamilien oftmals der Fall ist –, lernen die Kinder, sich zu widersetzen, ihre Gefühle zuzulassen und ihre Aggressionen gegebenenfalls auch gegen die Eltern zu richten, was aufgrund der vorherrschenden autoritären Erziehung oft von den Kindern unterdrückt wird.¹¹⁴ Ziel dieser Form der Selbstregulation ist es, „die Kinder möglichst früh

111 Silvester: *Die besseren Eltern*, S. 25.

112 Vgl. Sadoun, Katia (Hg.): *Berliner Kinderläden. Antiautoritäre Erziehung und sozialistischer Kampf*. Pocket 17, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1970, S. 95.

113 Vgl. ebd., S. 96f.

114 Vgl. Sadoun (Hg.): *Berliner Kinderläden*, S. 99f.

zu selbstständigen und unabhängigen Individuen zu erziehen.¹¹⁵ Die Erziehung der Kinder zu Persönlichkeiten, die keine Konflikte scheuen und für die eigenen Forderungen einstehen, entspricht ganz dem Geist ihrer protestierenden Eltern.

Genauso wie im Umgang mit Konflikten sollten den Kindern im Kinderladen Charlottenburg auch in ihren spielerischen Aktivitäten und ihrer Gestaltung viele Freiheiten gelassen werden. Zwar stellte das Elternkollektiv entsprechende Materialien und Spielzeug zur Verfügung, überließ es aber den Kindern, wie sie diese Gegenstände nutzten. Die Materialien sollten vielfältig einsetzbar und formbar sein. Dabei handelte es sich nicht nur um reines Spielzeug, sondern auch um Alltagsgegenstände, welche die Kinder von den Erwachsenen kennen, die für sie in einem anderen Umfeld jedoch teilweise verboten sind. So wird den Kindern die Realität, die sie tagtäglich bei ihren Eltern umgibt, näher gebracht, statt sie in einer Illusion einer reinen Kinderwelt zu erziehen.¹¹⁶ Anhand der freien Gestaltung des Spiels lernen die Kinder, sich ihrer Selbstwirksamkeit bewusst zu werden, gleichzeitig wird ihr Selbstwertgefühl dadurch gestärkt, dass sie ihr Spiel nach eigenen Vorstellungen gestalten können, ohne Einschränkungen durch die Eltern.¹¹⁷

Der Grundsatz der ‚sexuellen Befreiung‘ soll nicht nur in den Kommunen gelebt werden, die Kinder in den Kinderläden erhalten ebenso die Möglichkeit, ihre sexuellen Bedürfnisse auszuleben. Basierend auf der Psychoanalyse Freuds soll das Ausleben der kindlichen Triebe vom Elternkollektiv nicht nur geduldet, sondern auch bejaht werden. Dabei beobachtet das Kollektiv die sexuellen Bedürfnisse der Kinder aufmerksam und gibt ihnen den Freiraum, sich voll zu entfalten, ohne die Kinder jedoch zu bestimmten sexuellen Spielen oder Äußerungen zu zwingen. Aus diesem Grund können die Kinder im Kinderladen Charlottenburg beispielsweise auch nackt umherlaufen, wenn ihnen der Sinn danach steht.¹¹⁸

Innerhalb der (medialen) Öffentlichkeit haben die Erziehungspraktiken der Kinderläden immer wieder Aufsehen erregt, insbesondere der freie Umgang mit Sexualität. Zuletzt waren die Kinderläden im Rahmen von Pädophilie-Vorwürfen gegen den ehemaligen Studentensprecher Daniel Cohn-Bendit der 68er-Bewegung in Frankreich in der Presse vertreten. Die Kinderladen-Bewegung hat diese Vorwürfe fortwährend zurückgewiesen.¹¹⁹

115 Silvester: *Die besseren Eltern*, S. 26.

116 Vgl. Sadoun (Hg.): *Berliner Kinderläden*, S. 101f.

117 Vgl. Silvester: *Die besseren Eltern*, S. 26.

118 Vgl. Sadoun (Hg.): *Berliner Kinderläden*, S. 103ff.

119 Vgl. Sontheimer/ Wensierski: *Berlin*, S. 96.

Die Erziehungsprinzipien im Kinderladen Charlottenburg 1 zeigen, dass die dortigen Kinder ihre Bedürfnisse innerhalb eines geschützten Raumes voll und ganz ausleben konnten, ohne dass diese, wie in anderen Kindergärten, reglementiert wurden.¹²⁰ Aufgrund der vorgestellten Prinzipien und der Zielsetzung der Kinderladen-Bewegung, einen selbstbestimmten Menschen frei von autoritären, faschistischen und kapitalistischen Zwängen zu schaffen, stimmt deren Absicht zugleich mit der Zielsetzung der gesamten 68er-Bewegung und der Kritik an den politischen und soziokulturellen Strukturen der BRD der 60er-Jahre überein. Aus diesem Grund kann die Kinderladen-Bewegung als ein Teil der gesamten Protestbewegung um 1968 gesehen werden. Im Grunde sollten durch die Kinderläden, ebenso wie es die 68er-Bewegung im Gesamten anstrebt, die bestehenden Verhältnisse aufgehoben und eine bewusste, alternative Kindererziehung ausprobiert werden. Dies geschah genau wie bei der Kommune-Bewegung nach denselben Prinzipien, auf die auch die direkte Aktion im Protest abzielte.

4 Fazit

Der vorliegende Aufsatz hat sich mit den Protestformen der 68er-Bewegung und mit einer Auswahl der von ihnen erprobten alternativen Lebensstile befasst. Dabei stand einerseits die Frage nach dem ‚Wie‘, d.h., wie sich die neuen Protestformen und Lebensstile ausgestaltet haben, im Vordergrund. Andererseits erfolgte eine Untersuchung der zuvor aufgestellten These, dass die Protestformen und Lebensstile der Bewegung zugleich auch deren Selbstverständnis in Form ihrer an der Gesellschaft und Politik geäußerten Kritik und ihren Forderungen nach Veränderungen widerspiegeln.

Bei den von der Studentenbewegung entwickelten Protestformen wurde deutlich, dass diese sich durch drei Merkmale auszeichnen: Die direkte Aktion, das Prinzip des zivilen Ungehorsams sowie das der begrenzten Regelverletzung. Insbesondere auf performativer Ebene haben die sozialen Bewegungen der 60er-Jahre für Deutschland neue Protestformen eingeführt, die ganz im Sinne der direkten Aktion stehen, beispielsweise Teach-ins oder Sit-ins. Dieses Aktionsrepertoire ist nicht nur darauf ausgelegt, die Aufmerksamkeit der breiten Masse durch bewusste Provokation zu erlangen, sondern zugleich auch die Forderung nach Veränderung durch aktives Handeln zu verstärken, den Ort des Protests an jenen der wahrgenommenen Ungerechtigkeit zu verlagern. Dadurch äußerten die Studierenden ihre Kritik auf neue, aktive Art und Weise und schufen durch häufig organisierte Teach-ins die Möglichkeit, Alternativen zu den vorherrschenden Verhältnissen zu entwickeln. Demnach waren die Protestformen der Studierenden an ihre eigentlichen Forderungen angepasst: Gemäß der direkten

120 Vgl. Silvester: *Die besseren Eltern*, S. 26.

Aktion griffen sie bewusst in das Geschehen, welches sie kritisierten, ein und versuchten, neue Lösungsansätze zu schaffen und ihre Forderungen in die Tat umzusetzen.

Ähnlich gestaltet es sich bei den von der 68er-Bewegung entwickelten Lebensstilen. Die Hauptkritik der Bewegung galt den veralteten Werten und Traditionen der Gesellschaft, weshalb sie diesen eine bewusste Alternative entgegensetzen wollten, in der Raum für die Schaffung neuer Werte und Eigenschaften sowie neuer Lebensstile sein sollte. In erster Linie wurden neue Formen des unkonventionellen Zusammenlebens in den Kommunen erprobt. Dieser Lebensstil, geprägt von antiautoritären Grundsätzen, bezog sich vor allem auf die Erwachsenen, während innerhalb der Kinderladen-Bewegung das Experiment der antiautoritären Erziehung auf die Kinder ausgeweitet wurde. Anhand dieser beiden neuen Lebensstile sieht man deutlich, dass die soziale Bewegung bewusst versucht hat, neue Konzepte des Zusammenlebens und der Erziehung zu schaffen, um sich so von den aus ihrer Sicht veralteten Werten der Nachkriegsgesellschaft zu lösen und Alternativmöglichkeiten darzulegen. Die 68er-Bewegung versuchte anhand dieser Experimente, sowohl Erwachsene als auch Kinder zu solidarischen Menschen, frei von faschistischen und kapitalistischen Zügen, zu erziehen und wollte dadurch einen Wertewandel und eine stärkere Demokratisierung, aber auch eine Öffnung der Gesellschaft herbeiführen. Innerhalb der Kommune- und Kinderladen-Bewegung wurde eben das in die Tat umgesetzt, was den Protestierenden in der vorherrschenden Gesellschaft fehlte oder sie störte. Dies taten sie ebenfalls in Anlehnung an das Prinzip der direkten Aktion, da jene Alternativen geschaffen wurden, die den Forderungen der Studentenbewegung entsprachen.

Anhand dieser Darstellung der Protestformen und der kreierten Lebensstile der Protestbewegung wird ersichtlich, dass diese beiden wesentlichen Veränderungen innerhalb der Studentenbewegung durchaus dem Geist ihrer Forderungen und Kritiken an den damaligen Verhältnissen entsprachen. Zugleich können diese neuen Formen des Protests, der Erziehung und des Zusammenlebens als Zeichen dafür gesehen werden, wie sehr sich die Studentenbewegung 1968 nach einem politischen, gesellschaftlichen, aber auch kulturellen Umbruch geseht hat. Da dieser sich nur sehr langsam vollzog, verdeutlichten sie ihren Wunsch nach Veränderung direkt in neuen Protestformen und Lebensstilen.

Weiterführend zu dieser Thematik wäre die Fragestellung interessant, wie sich die neuen Protestformen und Lebensstile der Studentenbewegung von 1968 auf nachfolgende Protestbewegungen ausgewirkt haben und inwiefern diese Aspekte, insbesondere in Bezug auf die Kommune- und Kinderladen-Bewegung, auch heute noch in der Gesellschaft von Relevanz sind.

Literatur

- Baader, Meike Sophia/ Herrmann, Ulrich (Hg.): *68 - engagierte Jugend und kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik*. Weinheim, Juventa-Verlag, 2011.
- , „Einführung“. In: Meike Sophia Baader/ Ulrich Herrmann (Hg.): *68 - engagierte Jugend und kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik*. Weinheim, Juventa-Verlag, 2011, S. 9–13.
- Band, Henri/ Müller, Hans-Peter: „Lebensbedingungen, Lebensformen und Lebensstile“. In: Bernhard Schäfers/ Wolfgang Zapf (Hg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, 2001, S. 427–435.
- Chaussy, Ulrich: *Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie*. Pendo-Pocket 32, Zürich, München, Pendo, 1999.
- Denk, Larissa/ Waibel, Fabian: „Vom Krawall zum Karneval. Zur Geschichte der Straßendemonstration und der Aneignung des öffentlichen Raumes“. In: Klaus Schönberger/ Ove Sutter (Hg.): *Kommt herunter, reißt euch ein. Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin, Assoziation A, 2009. In: https://www.assoziation-a.de/buch/Kommt_herunter [Stand: 19.04.21], S. 46–81.
- Die '68er: Von Kommunen, neuen Grundsätzen*, Obermaier & Co. BR, 2018, 5 min. In: <https://www.br.de/mediathek/video/die-68er-von-kommunen-neuen-grundsuetzen-obermaier-und-co-av:5ab8fd2d12b89a00180e9dc3> [Stand: 08.04.21].
- Duden: „Happening“. In: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Happening> [Stand: 05.04.21].
- Enzensberger, Ulrich: *Die Jahre der Kommune 1. Berlin 1967 - 1969*. München, Goldmann, 2006.
- Fahlenbrach, Kathrin: *Protest-Inszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2002.
- , „Protestinszenierung. Die Studentenbewegung im Spannungsfeld von Kultur-Revolution und Medien-Evolution“. In: Martin Klimke/ Joachim Scharloth (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler, 2007, S. 11–22.

- Frei, Norbert: *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*. München, dtv, 2. Auflage, 2018.
- Frese, Matthias (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn, Schöningh, 2. Auflage, 2005.
- Fuchs, Dieter/ Roller, Edeltraud (Hg.): *Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe*. Stuttgart, Reclam, 2009.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): *1968. Vom Ereignis zum Mythos*. Frankfurt, Suhrkamp, 2. Auflage, 2015.
- Graeber, David: *Direkte Aktion. Ein Handbuch*. Hamburg, Edition Nautilus, 2013.
- Grönert, Alexander (Hg.): *Politik, Pop & Afri-Cola. 68er-Plakate. Eine Ausstellung des Deutschen Plakat-Museums im Museum Folkwang, 12. Januar - 16. März 2008*. Bottrop, Pomp, 2008.
- Holmig, Alexander: „Zäune anrempeln, die den Alltag begrenzen! Von Kommunen und Wohngemeinschaften“. In: Andreas Schwab/ Jan Gerchow (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer - lange Wirkung*. Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27. Essen, Klartext, 2008, S. 54–61.
- Kämper, Heidrun/ Scharloth, Joachim/ Wengeler, Martin (Hg.): *1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz*. Berlin, De Gruyter, 2012.
- Kießling, Simon: *Die antiautoritäre Revolte der 68er. Postindustrielle Konsumgesellschaft und säkulare Religionsgeschichte der Moderne*. Köln, Böhlau, 2006.
- Klimke, Martin: „Sit-in, Teach-in, Go-in. Die transnationale Zirkulation kultureller Praktiken in den 1960er Jahren am Beispiel der direkten Aktion“. In: Martin Klimke/ Joachim Scharloth (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler, 2007, S. 119–133.
- Klimke, Martin/ Scharloth, Joachim (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler, 2007.
- Koenen, Gerd: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, 1967-1977*. Köln, Kiepenheuer & Witsch, 2001.
- Kraushaar, Wolfgang: *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*. Hamburg, Hamburger Ed, 2000.

- Kraushaar, Wolfgang: *1968. 100 Seiten*. Reclam 100 Seiten Ditzingen, Reclam, 2018.
- Miermeister, Jürgen/ Staadt, Jochen: *Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern, 1965 - 1971*. Darmstadt, Neuwied, Luchterhand, 1980.
- Niehr, Thomas: „Still schäm‘ ich mich in meiner Zelle, Fritz Teufel, Ausgeburt der Hölle‘. Elemente in den Flugblättern der Kommune 1“. In: Heidrun Kämper/ Joachim Scharloth/ Martin Wengeler (Hg.): *1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz*. Berlin, De Gruyter, 2012, S. 115–134.
- Pilzweiger, Stefanie: *Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution. Eine Emotionsgeschichte der bundesdeutschen 68er-Bewegung*. Dissertation, Universität Augsburg. Bielefeld, transcript, 2015.
- Rodrian-Pfennig, Margit: „1968 zwischen Bildungskatastrophe und Bildungsreform. Oder von Picht zu Pisa“. In: Andreas Schwab/ Jan Gerchow (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer - lange Wirkung*. Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27. Essen, Klartext, 2008, S. 28–37.
- Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt/Main, Campus-Verlag, 2008.
- Roth, Roland/ Rucht, Dieter: „Einleitung“. In: Roland Roth/ Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt/Main, Campus-Verlag, 2008, S. 10–36.
- Rucht, Dieter: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Theorie und Gesellschaft 32, Frankfurt/Main, Campus-Verl., 1994.
- Rucht, Dieter: „Soziale Bewegungen“. In: Dieter Fuchs/ Edeltraud Roller (Hg.): *Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe*. Stuttgart, Reclam, 2009, S. 272–275.
- Rucht, Dieter: „Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung. Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde“. In: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): *1968. Vom Ereignis zum Mythos*. Frankfurt, Suhrkamp, 2. Auflage, 2015, S. 153–172.
- Sadoun, Katia (Hg.): *Berliner Kinderläden. Antiautoritäre Erziehung und sozialistischer Kampf*. Pocket 17, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1970.
- Schäfers, Bernhard/ Zapf, Wolfgang (Hg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, 2001.

- Scharloth, Joachim: „Ritualkritik und Rituale des Protests. Die Entdeckung des Performativen in der Studentenbewegung der 1960er Jahre“. In: Martin Klimke/ Joachim Scharloth (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler, 2007, S. 75–87.
- Scharloth, Joachim: „Von der Informalität zum doing buddy. ‚1968‘ in der Sprachgeschichte des Deutschen“. In: Heidrun Kämper/ Joachim Scharloth/ Martin Wengeler (Hg.): *1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz*. Berlin, De Gruyter, 2012, S. 27–54.
- Schildt, Axel: „Lebensstile im Wandel. Einführung“. In: Matthias Frese (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn, Schöningh, 2. Auflage, 2005, S. 577–586.
- Schmidtko, Michael A.: „Reform, Revolte oder Revolution? Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die Students for a Democratic Society (SDS) 1960-1970“. In: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): *1968. Vom Ereignis zum Mythos*. Frankfurt, Suhrkamp, 2. Auflage, 2015, S. 249–274.
- Schönberger, Klaus/ Sutter, Ove (Hg.): *Kommt herunter, reiht euch ein. Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin, Assoziation A, 2009. In: https://www.assoziaton-a.de/buch/Kommt_herunter [Stand: 19.04.21].
- Schönberger, Klaus/ Sutter, Ove: „Kommt herunter, reiht euch ein. Zur Form des Protesthandelns sozialer Bewegungen“. In: Klaus Schönberger/ Ove Sutter (Hg.): *Kommt herunter, reiht euch ein. Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin, Assoziation A, 2009. In: https://www.assoziaton-a.de/buch/Kommt_herunter [Stand: 19.04.21], S. 7–29.
- Schulz, Kristina: „Studentische Bewegungen und Protestkampagnen“. In: Roland Roth/ Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt/Main, Campus-Verlag, 2008, S. 418–446.
- Schwab, Andreas: „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“. In: Andreas Schwab/ Jan Gerchow (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer - lange Wirkung*. Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27. Essen, Klartext, 2008, S. 38–39.
- Schwab, Andreas/ Gerchow, Jan (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer - lange Wirkung*. Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27, Essen, Klartext, 2008.

- Siegfried, Detlef: *1968 in der Bundesrepublik. Protest, Revolte, Gegenkultur*. Ditzingen, Reclam, 2018.
- Silvester, Karen: *Die besseren Eltern?! oder Die Entdeckung der Kinderläden: Eltern-Kind-Initiativen im zeitgeschichtlichen Vergleich 1967 - 2004. Eltern-Erwartungen und -Erfahrungen*. Dissertation, Katholische Universität Eichstätt, 2009. In: <https://opus4.kobv.de/opus4-ku-eichstaett/frontdoor/index/index/docId/31> [Stand: 19.04.21].
- Sontheimer, Michael/ Wensierski, Peter: *Berlin – Stadt der Revolte*. Berlin, Ch. Links Verlag, 2018.
- Stamm, Karl-Heinz: *Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen*. Frankfurt, Campus-Verl., 1988.
- Verheyen, Nina: „Diskussionsfieber. Diskutieren als kommunikative Praxis in der westdeutschen Studentenbewegung“. In: Martin Klimke/ Joachim Scharloth (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler, 2007, S. 209–221.
- Walther, Rudolf: „Ein direkter Weg von der Spassguerilla zum Terrorismus? Aktions- und Gewaltformen in der Protestbewegung“. In: Andreas Schwab/ Jan Gerchow (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer - lange Wirkung*. Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27. Essen, Klartext, 2008, S. 182–189.

Ines Casper

Von der lokalen Betroffenheit zur globalen Gerechtigkeit Die Entwicklung der ökologischen Bewegung ab den 1970er Jahren zu den aktuellen Klimaprotesten

Am Beispiel der Protestbewegung „Notre-Dame-des-Landes“ und „Hambacher Forst“

Gliederung

1	Einleitung.	154
2	Umweltbewegungen in Deutschland und Frankreich	156
2.1	Ursprung der Bewegungen.	157
2.2	Ziele und Ideen der Akteur:innen.	159
2.3	Organisationsstrukturen	161
2.3.1	Die Ökologiebewegung auf französischer Seite	161
2.3.2	Das Herausbilden der Ökologiebewegung in Deutschland	162
2.4	Strategische Ausrichtung und Aktionsrepertoire	163
2.5	Wirkungen der Bewegung	164
2.6	Das Problembewusstsein über den Klimawandel in der Bevölkerung.	165
3	Politische Maßnahmen auf internationaler Ebene vs. Klimagerechtigkeit für alle	166
3.1	Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland	171
3.2	Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Frankreich	172
4	Von Umweltbewegungen bis Klimaprotesten - eine Analyse von Praxisbeispielen	173
4.1	Chronologischer Abriss	175
4.1.1	Das Flughafenprojekt Notre-Dame-des-Landes.	175
4.1.2	Der Braunkohleabbau rund um Hambach	176

4.2	Der Konflikt	177
4.2.1	Der Tagebau Hambach - konfliktreicher Abbau von Kohle.	178
4.2.2	Der Bau des Flughafens Notre-Dame-Des-Landes - Zwischen ökonomischem Profit und „Zone à défendre	179
4.3	Akteur:innen der Proteste und ihr Aktionsrepertoire	180
4.3.1	Notre-Dame-des-Landes	181
4.3.2	Hambacher Forst	184
5	Evaluation der Fallbeispiele- Zwischen Umwelt- und Klimaprotesten	187
5.1	Elemente der Umweltbewegung	188
5.2	Das Ziel der Klimagerechtigkeit innerhalb der beiden Fallbeispiele	189
5.3	Lokalität vs. globale Ausrichtung?	190
6	Fazit	191
	Literatur.	193

1 Einleitung

Im Jahr 2019 konnte eine grundlegende, nie dagewesene Veränderung innerhalb der Klimabewegung in unterschiedlichsten Ländern konstatiert werden. Demonstrationen von Schüler:innen, zunehmende Aktionen zivilen Ungehorsams, juristische Vorgänge und Petitionen, um nur einige Beispiele zu nennen, bezeugen eine selten dagewesene Mobilisierung, um gegen die Klimakrise vorzugehen.¹ Gleichzeitig könne anhand dieser Vielfalt von Aktivist:innen, NGOs und unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Gruppen die Klimabewegung als „*mouvement de mouvements*“, composé non seulement de structures de mobilisation hétéroclites reflétant des degrés d’institutionnalisation variés parmi ses membres, mais également de stratégies et cadrages divergents, parfois même contradictoires“² beschrieben werden. Wie aber hat sich die starke Mobilisierung der Klimabewegung im Laufe der letzten Jahre entwickelt? Und inwiefern stehen die aktuellen Klimaproteste in der Kontinuität zu Umweltbewegungen ab den 1970-er Jahren? Welche Rolle nehmen dabei lokale Betroffenheiten ein? Und in welcher Art wird eine globale Perspektive seitens der Aktivist:innen eingenommen?

1 Lajarthe, Fanny (2020): Désobéir en masse pour la justice climatique. Retours sur Ende Gelände. In: *EcoRev* 2020 (48), S. 61–74. S. 61.

2 Ebd.: S. 62.

Bei der Bearbeitung dieser Fragestellungen werden Deutschland und Frankreich, die beiden Länder, die gerade nach dem Pariser Klimaabkommen 2015 als „Motoren“ der Energiewende betitelt wurden³, in den Fokus gestellt.

Im vorliegenden Beitrag werden sowohl existierende Quellen und Literatur herangezogen als auch zwei konkrete Protestbewegungen als Fallbeispiele in Deutschland und Frankreich detailliert untersucht: Hierzu wird auf die Proteste gegen den Bau des Flughafens Notre-Dame-des-Landes bei Nantes in Frankreich und den Hambacher Forst im deutschen Rheinland eingegangen.

Die Problematik rund um die Umwelt, das Klima oder auch die Klimakrise werden in hohem Maße wissenschaftlich analysiert. Dabei geht Joachim Radkau davon aus, dass die Fülle an Studien damit zu begründen sei, dass nicht selten Lösungen der Probleme wiederum neue Herausforderungen generieren.⁴ Festzuhalten ist, dass sich die im Rahmen des vorliegenden Beitrags analysierte Fragestellung und die hierzu herangezogenen Themenschwerpunkte sowie die konkreten Beispiele der beiden Protestbewegungen verschiedene Disziplinen tangieren. Hierbei wird ein Fokus auf die soziologische, historische und politische Perspektive gelegt.

Hinsichtlich der Forschung zu den Umweltbewegungen nimmt Dieter Rucht eine dominierende Rolle ein. Er bietet einerseits den theoretischen Kontext bezüglich sozialer Bewegungen und illustriert diese des Weiteren an Umweltbewegungen, sowohl in Deutschland als auch in Frankreich.⁵ Zudem zeigt beispielsweise Hendrik Sander in „Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven“⁶ die Entstehung und den Verlauf der Klimabewegungen in Deutschland auf. Lydie Laigle gibt einen Überblick über die Dynamiken der Bewegung in Frankreich⁷ und Simon Dietz und Heiko Garrelts präsentieren in ihrem Sammelwerk die Entwicklung der noch neuen Klimabewegung im internationalen Kontext.⁸ Es ist festzustellen, dass mit Beginn der 2000er Jahre, in ausgeprägter Form ab 2005 oder gar 2009 ein

3 Aykut, Stefan Cihan (2016): Champions climatiques? France, Allemagne et Europe dans les négociations pour l'Accord de Paris sur le climat. In: *Visions franco-allemandes* 2016 (27), 1-26. Online verfügbar unter <https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-01403152>, zuletzt geprüft am 10.04.2021.

4 Vgl. Radkau, Joachim (2011): *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. Bonn: BpB. S. 9.

5 Vgl. Rucht, Dieter (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

6 Vgl. Sander, Hendrik (2016): *Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

7 Laigle, Lydie (2019): Justice climatique et mobilisations environnementales. In : *VertigO - la revue électronique en sciences de l'environnement* (unbekannt).

8 Vgl. Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hrsg.) (2013): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer.

Forschungsinteresse hinsichtlich der Klimabewegungen aufkam⁹, welche aus verschiedenen Blickwinkeln von Vertreter:innen der Protestforschung untersucht wurde. In den darauffolgenden Jahren haben sich die Studien zudem auf die einzelnen Bewegungen innerhalb der gesamten Klimabewegung konzentriert. So wurden mit Blick auf die Protestbewegung rund um den Bau des Flughafens Notre-Dame-des-Landes und den Kohleabbau in Hambach zahlreiche wissenschaftliche Artikel veröffentlicht.¹⁰ Der vorliegende Beitrag basiert darüber hinaus auf Dokumenten der unterschiedlichen Gruppen von Akteur:innen.

Der vorliegende Beitrag ist in vier Teile gegliedert. Zunächst wird auf die Umweltbewegung in Deutschland und Frankreich eingegangen. Dabei werden sowohl die Entstehungsgründe der Bewegung, die Zielsetzung der Akteur:innen, die Strukturen der Organisation und die strategische Auslegung thematisiert, bevor erste Konsequenzen gezogen werden können. Daran anknüpfend wird die Klimabewegung näher beleuchtet. Von Relevanz ist hierbei, zunächst den internationalen politischen Kontext und die damit einhergehende Entwicklung der Klimagerechtigkeitsbewegung darzulegen. Zudem wird auf die Ausprägung der Bewegung in Frankreich und Deutschland eingegangen. In einem weiteren Kapitel werden die Proteste rund um Notre-Dame-des-Landes und den Hambacher Forst behandelt: Neben einer kurzen Darlegung des chronologischen Abrisses der Proteste wird auf die jeweiligen Konflikte eingegangen und es werden schließlich die Hauptakteur:innen und ihr Aktionsrepertoire erörtert.

In einem weiteren Kapitel wird schließlich analysiert, inwiefern die beiden Fallbeispiele den Umwelt- und Klimaprotesten zuzuordnen sind. Abschließend werden die relevantesten Ergebnisse in einem Fazit zusammengefasst.

2 Umweltbewegungen in Deutschland und Frankreich

Soziale Bewegungen, allgemein gefasst, sind Anthony Giddens zufolge als „kollektiver Versuch zur Förderung eines gemeinsamen Interesses oder zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles durch ein kollektives Vorgehen außerhalb des Bereiches etablierter Institutionen definiert“¹¹. Karl-Werner Brand sieht dabei nicht nur, dass mit der Umweltbewegung insbesondere ab den 1970er Jahren

9 Vgl. Garrelts, Heiko; Dietz, Matthias (2013): Konturen der internationalen Klimabewegung. Einführung in Konzeption und Inhalte des Handbuchs. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39), S. 15–35. S. 24.

10 Beispielsweise Riolland-Juin, Cécile (2016): Le conflit de Notre-Dame-des-Landes: les terres agricoles, entre réalités agraires et utopies foncières. In: *Norois* (238-239), S. 133–145.; Barbe, Frédéric (2016): La « zone à défendre » de Notre-Dame-des-Landes ou l’habiter comme politique. In: *Norois* (238-239), S. 109f; Kaiser, Ruben (2019): Bäume, die die Welt bedeuten. Der Hambacher Forst als Symbol der deutschen Klimabewegung. In: *Soziologiemagazin* 2019 (unbekannt), S. 51–67. DOI: 10.3224/soz.v13i2.05.

11 Vgl. Giddens, Anthony (1995): *Soziologie*. Graz-Wien: Nausner & Nausner. S. 680.

eine maßgebliche, dauerhafte Transformation des menschlichen Bewusstseins über die Umwelt, aber auch das Bilden eines Netzwerkes von Umweltgruppen zu konstatieren ist.¹² Daher wird im Folgenden sowohl auf die Umweltbewegung in Deutschland als auch in Frankreich näher eingegangen.

2.1 Ursprung der Bewegungen

Sowohl mit Blick auf strukturelle Rahmenbedingungen als auch hinsichtlich der Ereignisse, die die Ökologiebewegung ausgelöst haben, sind Analogien zwischen Deutschland und Frankreich festzustellen.¹³ Diese beziehen sich, Dieter Rucht zufolge, auf unterschiedliche Faktoren: Die Verbreitung von Kenntnissen über Themen, Katastrophen sowie Skandale, die in Verbindung mit der Umwelt stehen, umweltpolitische Initiativen der Regierungen sowie auftretende Umweltkonflikte.¹⁴ Der Ursprung der Umweltbewegungen wird nachfolgend anhand der verschiedenen Aspekte, mit Blick auf Deutschland und Frankreich, dargelegt.

Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich konnte in den 1970er Jahren konstatiert werden, dass das Verständnis von komplexen Zusammenhängen der Umwelt Grundlage für die Mobilisierung der sich herausbildenden Bewegung war. Auslöser hierfür waren Berichte von Wissenschaftler:innen, die nicht nur deren Leser:innen, sondern auch die Politik beeinflussten.¹⁵ An dieser Stelle wird also deutlich, dass es sich stets um eine Wechselbeziehung und einen „langen Weg von Umweltbewegungen und Umweltpolitik“¹⁶ handelt. Als relevante Schrift kann der Bericht des Club of Rome, welcher 1972 publiziert wurde, genannt werden. Dieser hatte einen bedeutsamen Effekt auf die Menschen: Die Gefahr für die Ökologie wurde nicht länger in den Bereich der Romantik der Naturschützer:innen eingeordnet, sondern wahrgenommen.¹⁷

Das bereits 1962 von der Amerikanerin Rachel L. Carson veröffentlichte Buch *Silent Spring*, das weltweit für Aufmerksamkeit sorgte, kann zudem als ein Impuls für die ökologische Bewegung gesehen werden.¹⁸

12 Brand, Karl-Werner (1999): Transformationen der Ökologiebewegung. In: Klein A., Legrand HJ., Leif T. (eds) *Neue soziale Bewegungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Zusammenfassung.

13 Vgl. Rucht, Dieter (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 289.

14 Vgl. ebd.: S. 237ff.

15 Vgl. ebd.: S. 237.

16 Uekötter, Frank (2015): *Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte*. Göttingen, Bristol: Vandenhoeck & Ruprecht. Einband.

17 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 237f.

18 Vgl. Mauch, Christof (2012): Blick durchs Ökoskop. Rachel Carsons Klassiker und die Anfänge des modernen Umweltbewusstseins. 199 KB. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* (9), S. 156–160. DOI: 10.14765/ZZF.DOK-1603. S. 156.

Den Einschätzungen von Christof Mauch zufolge habe „ihr Werk die Umweltwahrnehmung einer ganzen Generation verändert“¹⁹, indem die Biologin vermittelte, welche negativen Auswirkungen Pestizide haben.²⁰

Hinsichtlich der auslösenden Faktoren ökologischer Katastrophen und Skandale lassen sich Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland feststellen.

Während auf dem Gebiet der Bundesrepublik, in der Anfangsphase der Umweltbewegung, keine bedeutsamen Umweltkatastrophen stattfanden, spielte vielmehr der Gesamtkontext eine Rolle: Die Industrialisierung und damit einhergehende Urbanisierung des Landes stellten die Menschen, auch aufgrund der Dichte der Bevölkerung, vor zahlreiche ökologische Probleme. Zudem hatten Nachrichten von Umweltkatastrophen in anderen Ländern bei der deutschen Bevölkerung für Entsetzen gesorgt.²¹

Somit sei die Sorge um die Umwelt ähnlich hoch gewesen wie im Nachbarland Frankreich. Die französische Bevölkerung sei besonders aufgrund der Öltankerunfälle *Torrey Canyon* im Jahr 1967 und *Amor Cadiz* 1978 und den damit einhergehenden Verschmutzungen der bretonischen Küste mit Umweltkatastrophen konfrontiert gewesen.²² Auch der Konflikt rund um den *Parc de la Vanoise* spielte eine tragende Rolle. Proteste und Unruhen waren Reaktionen der französischen Bevölkerung.²³

Der Soziologe Rucht weist darüber hinaus darauf hin, dass „regierungs-offizielle Initiativen entscheidend zum Durchbruch des Umweltthemas in der breiten Öffentlichkeit und zum Aufschwung der Ökologiebewegung beigetragen haben.“²⁴ Mittels öffentlicher, staatlicher Stellungnahmen hinsichtlich der zu konstatierenden ökologischen Schwierigkeiten und durch aktives Eintreten der Regierungen wurde so die Relevanz der wissenschaftlichen Publikationen verstärkt. Zudem wurden teilweise Umwelt-Initiativen, -Gruppen oder -Einrichtungen ermöglicht, Fördermittel zu akquirieren.²⁵

Hinsichtlich der Umweltkonflikte lässt sich festhalten, dass die Ursache der Gründung von Ökologiebewegungen häufig zunächst auf die lokale oder regionale Ebene zurückzuführen ist. Ein anschließender Zusammenschluss mit bereits existierenden Verbänden, die dem Naturschutz zuzuordnen sind, sei häufig zu beobachten gewesen. Jahrelang stand die Kontroverse um das

19 Ebd.: S. 160.

20 Vgl. ebd. 157

21 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 238

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. Boy, Daniel (1992): S. 1f.

24 Rucht Dieter (1994): S. 239.

25 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 239.

Atomprogramm im Mittelpunkt der Umweltbewegung.²⁶ Bereits seit Ende der 60er Jahre trugen Anti-Atomkraft-Aktivist:innen dazu bei, für die Ökologie zu sensibilisieren. Zudem sammelten die Aktivist:innen erste Erfahrungen in sozialen Bewegungen.²⁷

Auf der Grundlage dieser Ursachen entwickelten sich die Umweltbewegungen in den beiden hier untersuchten Ländern in charakteristischer Art und Weise. In einem nächsten Abschnitt wird entsprechend auf die ideologische Ausrichtung der Bewegung und deren Ziele eingegangen.

2.2 Ziele und Ideen der Akteur:innen

Im Allgemeinen könne die Umweltbewegung als „machtorientierte Bewegung“²⁸ beschrieben werden, da sich die unterschiedlichen Protestaktionen überwiegend gegen politische Institutionen und Handlungen richtet.²⁹ Joachim Radkau gibt in diesem Zuge zu bedenken, dass „eine Orientierung auf den Staat zum Wesen der Umweltbewegung“³⁰ gehöre, wenn sie ein politisches Ziel verfolge. Um die Gesamtheit der Umweltbewegung zu verstehen, dürfe nicht ausschließlich die Zivilgesellschaft und die Graswurzelbewegung in den Blick genommen werden.³¹

So fokussierte sich die *Ökologiebewegung in Frankreich* aufgrund der zentralistischen Ausrichtung der Politik und Administration des Landes zunächst auf die politische Ebene: strukturelle Probleme, wie auch politische Strategien, wurden thematisiert.³² Forderungen, die bereits in der Mai 68-Bewegung ihren Platz hatten, wurden auch von der Ökologiebewegung aufgegriffen.³³ Zudem bestand ein Bezug zwischen der Umweltbewegung und „der Idee von Dezentralität und regionaler Eigenständigkeit“³⁴. Hinzu kamen jedoch Zielsetzungen wie der Schutz von Fauna und Flora sowie das Thematisieren der natürlichen Ressourcen, die eines Tages erschöpft sein werden.

26 Vgl. ebd.: S. 239f.

27 Boy, Daniel (1992): S. 3.

28 Roose, Jochen (2006): 30 Jahre Umweltprotest: Wirkungsvoll verpufft? In: *Forschungsjournal NSB* 2006 (19), S. 38–49. S. 43.

29 Vgl. ebd.

30 Radkau, Joachim (2011): S. 19.

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 247.

33 Vgl. Boy, Daniel (1992): S. 2.

34 Rucht, Dieter (1994): S. 289.

Im Zuge des Kampfes um Larzac ab dem Jahr 1971³⁵ könne zudem nach Einschätzungen von Claude Marie Vadrot eine gewisse Radikalisierung der Bewegung in Frankreich ausgemacht werden: Die Kritik an Umweltproblemen weitete sich zunehmend auf die Staatsebene aus und tangierte Unternehmen, die Armee wie auch Schulen.³⁶ In den 1990er und 2000er Jahren fokussierte sich eine Vielzahl von Umweltbewegungen auf die Kritik an subnationalen und privaten Akteur:innen.³⁷

Als naheliegendes Ziel der *Ökologiebewegung in Deutschland* ist ebenfalls der Schutz der natürlichen Umwelt zu sehen. Dabei kann das Ziel, die Zerstörung der Umwelt in expliziten lokalen und situativen Umständen zu verhindern, genannt werden.³⁸ Von weittragender Relevanz sei es gewesen, einen „grundlegenderen sozialen Wandel“³⁹ zu bewirken. Dabei beabsichtigt die Ökologiebewegung, mittels des Protests unter anderem politische Entscheidungen zu beeinflussen.⁴⁰ Die Bewegung in Deutschland richtete sich in den 1970er Jahren gegen das politische System, genauer die Parteien, was dazu führte, dass sich ein „link[s] ökologische[r] Fundamentalismus“⁴¹ herausbildete. Die politischen Entscheidungsträger:innen wurden dazu aufgefordert, durch die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente den Zustand der Umwelt zu verbessern, respektive eine Abwärtsspirale abzuwenden. Eine relevante Forderung der Bewegung war zudem die Partizipation aller Bürger:innen.⁴² Des Weiteren wird die Bevölkerung, deren Mitglieder allgemein als Konsument:innen agieren, von der Ökologiebewegung angeprangert, da auch das individuelle, alltägliche Handeln und Verhalten von Bedeutung für die Umwelt ist und sie folglich als Verursacher:innen des ökologischen Problems gesehen werden können.⁴³ So könne, gemäß der Einschätzungen von Jochen Roose, mit Protest das Ziel „der Mobilisierung von öffentlicher Aufmerksam-

35 Im Zuge des Vorhabens des französischen Verteidigungsministeriums das Militärcamp auf das Larzac Plateau auszuweiten, haben sich Landwirte zusammengeschlossen und zehn Jahre lange, begleitet von einer heterogenen Bewegung gegen dieses protestiert. Neben dem Engagement für das Land, handelt es sich mit „Le Larzac“ gleichzeitig um eine Bewegung der Landwirtschaftsgewerkschaften sowie Netzwerke internationaler Solidarität, die sich schließlich zur Anti-Globalisierungsbewegung weiterentwickelte. Vgl. Terral, Pierre-Marie (2011): *Larzac. De la lutte paysanne à l'altermondialisme*. Toulouse: Privat., Einband.

36 Boy, Daniel (1992): S. 3.

37 Vgl. Treu, Nina (2010): S. 77.

38 Vgl. Roose, Jochen (2006): S. 39.

39 Roose, Jochen (2006): S. 39, zitiert nach Raschke, Joachim (1988): *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt.: Campus. S. 77.

40 Vgl. Roose, Jochen (2006): S. 39.

41 Rucht, Dieter (1994): S. 248.

42 Vgl. ebd.

43 Vgl. Roose, Jochen (2006): S. 39.

keit und der Beeinflussung der Bevölkerungsmeinung⁴⁴ verfolgt werden. Auch im Falle der deutschen Umweltbewegung ist, neben dem Natur- und Umweltschutz, die Atomenergie zu nennen, die als „zentrale[s] Thema der Umweltbewegung“⁴⁵ zu sehen war.

2.3 Organisationsstrukturen

Wie sich aus einer Zielsetzung und strategischen Ausrichtung eine Bewegung herausbildete, wird im folgenden Teil dargelegt, indem ein Fokus auf die Organisationsstrukturen der jeweiligen Bewegungen auf nationaler Ebene gelegt wird.

2.3.1 Die Ökologiebewegung auf französischer Seite

Die französische Ökologiebewegung könne, so Dieter Rucht, als schwach bewertet werden, was sich in der Ausbildung der Organisationsstrukturen widerspiegelt habe.⁴⁶ Diese habe noch in den 1990er Jahren über eine begrenzte Menge an Ressourcen verfügt, sei wenig ausdifferenziert gewesen und war, im Vergleich zur Bewegung in Deutschland, durch eine geringe Dichte charakterisiert.⁴⁷ Den Beginn der französischen Ökologiebewegung formten hauptsächlich Wissenschaftler:innen und Intellektuelle, also „professionnels de la nature“⁴⁸ auf der einen Seite, und Menschen, die die Natur aktiv nutzten, sei es durch Fischfang oder aber Wanderungen, die sich ab 1970 in einem Kollektiv zusammenschlossen. Jedoch entwickelte sich „kein dichtes Netzwerk autonomer ökologischer Basisinitiativen“⁴⁹.

Auch wenn in Frankreich Verbände des Naturschutzes existierten, haben diese die Thematik der Ökologie erst spät in ihre Arbeit integriert. 1969 kam es zur Gründung der *Fédération française des sociétés de protection de la nature* (FFSPN), welche diverse Naturschutzorganisationen auf nationaler Ebene, den französischen Vogelschutzverband sowie unterschiedlichste Naturschutzgruppen, die regional verankert waren, zusammenschloss.⁵⁰ Sie könne als „zentrale Umweltorganisation“⁵¹ gesehen werden. Der später in *France-Nature-Environnement* umbenannte Verband nimmt des Weiteren eine eminente Rolle im

44 Roose, Jochen (2006): S. 39.

45 Ebd.: S. 42.

46 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 262.

47 Vgl. ebd.: S. 258, zit. nach Rucht, Dieter 1989a

48 Boy, Daniel (1992): S. 1.

49 Rucht, Dieter (1994): S. 259.

50 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 260

51 Rucht, Dieter (1994): S. 260

Austausch mit der staatlichen Ebene, was Belange der Umwelt anbetrifft, ein.⁵²

Eine tragende Rolle nahm auch die Gruppe *Les amis de la terre* ein: Mit der Gründung 1971 stellte sie in Grundzügen ein Netzwerk verschiedener ökologischer Initiativen dar. *Les amis de la terre* wird mit Beginn der Bewegung ein dynamischer Charakter zugeschrieben.⁵³

Gleichzeitig habe der radikal ökologische Flügel in Frankreich kaum existiert. So sei beispielsweise das Hauptbüro von *Greenpeace* für eine gewisse Zeit in Frankreich geschlossen gewesen und auch unterschiedliche Ortsgruppen hätten sich nicht herausgebildet.⁵⁴

Von hoher Relevanz seien jedoch Gruppen und Listen, die der ökologischen Bewegung zuzuordnen sind und ab 1974 Kandidat:innen bei Wahlen auf lokaler wie auch nationaler Ebene präsentierten.⁵⁵ Diese politische Partizipation habe der Bewegung zur Aufmerksamkeit verholfen und Kräfte freigesetzt.⁵⁶ Ab 1984 kann in Frankreich von einer einheitlichen „Grünen Partei“ gesprochen werden.⁵⁷ Es muss jedoch festgehalten werden, dass der Anspruch, eine andere Politik zu machen, die Bewegung lange vor große Herausforderungen mit Blick auf die politische Organisation stellte.⁵⁸

2.3.2 Die Herausbildung der Ökologiebewegung in Deutschland

Die Umweltbewegung in Deutschland entstand auf der Basis von unabhängigen Umwelt-Gruppen, die lokal verwurzelt waren und sich in den 1970er Jahren einerseits thematisch auf spezifische Themen fokussierten und andererseits untereinander vernetzten. Von besonderer Relevanz waren also die „genuin bewegungsförmigen, in lose Netzwerke eingebundenen Gruppierungen“⁵⁹. Dies zeigt sich auch darin, dass der 1972 gegründete Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der verschiedene Gruppen unter seinem Dach vereinte, anfänglich eine tragende Rolle im Kampf der politischen Ökologie einnahm. Gleichzeitig waren traditionelle Naturschutzverbände zunächst von geringer Bedeutung. Das dadurch entstandene Vakuum zwischen den beiden Spektren wurde im Jahr 1975 mit der Gründung des *Bund für Umwelt und Naturschutz*

52 Vgl. ebd.: S. 260f.

53 Vgl. Rucht, Dieter (1994): 259.

54 Vgl. ebd.

55 Vgl. Boy, Daniel (1992): S. 4.

56 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 261.

57 Vgl. Boy, Daniel (1992): S. 5.

58 Aufgrund des beschränkten Rahmens dieses Beitrags kann nicht ausführlicher auf die Rolle der „Verts“ eingegangen werde.

59 Rucht, Dieter (1994): S. 263.

Deutschland (BUND) gefüllt. Dieser gewann rasch an Bedeutung, nahm eine offensive Haltung ein und konnte so bereits rund 20 Jahre später als eine der wichtigsten Umweltorganisationen in Deutschland gesehen werden. In Deutschland kooperierten zahlreiche Verbände, die auf nationaler Ebene agierten, in regelmäßigen Abständen zur Durchführung von gemeinsamen Aktionen: Dazu zählten beispielsweise *Greenpeace Deutschland*, *der WWF Deutschland*, *der Naturschutzbund (NABU)* oder auch die Verbraucherinitiative sowie der Verkehrsclub Deutschland, die sich beide für ökologische Belange einsetzen.⁶⁰

Als eminenter Teil der Umweltbewegung gilt des Weiteren die Partei der „Grünen“ als wahlpolitische Gruppe: Die bereits ab 1978 erarbeiteten Listen, die auf der Grundlage von Gruppen, die der alternativen oder ökologischen Szene zuzuordnen sind, entstanden, waren ein erster Schritt hin zur Bildung von „Die Grünen“ als Bundespartei im Jahr 1980.⁶¹ Der wahlpolitische Erfolg der „Grünen“ sowie die Tatsache, dass es der Partei 1983 gelang, in den Bundestag einzuziehen, eröffnete neue Möglichkeiten für die Bewegung: Durch finanzielle Ressourcen, auf welche die Partei mit dem Einzug in den Bundestag zurückgreifen konnte, konnten Stiftungen oder Gruppen der Umweltbewegung unterstützt werden.⁶²

Durch die breite Aufstellung der Bewegung habe sich, so Rucht, „die ökologische Bewegung in der Bundesrepublik [...] verfestigt. Sie beruhte, [in den 1990er Jahren] auf einem dichten Netz von Infrastruktureinrichtungen, die von lokalen Umweltzentren über eigene Zeitschriften bis hin zu Forschungs- und Bildungseinrichtungen einschließlich von rund 15 Umweltbibliotheken reichen.“⁶³ Diese Festigung der Bewegung könne auch mittels der Mitgliedszahlen der Organisationen belegt werden.⁶⁴

2.4 Strategische Ausrichtung und Aktionsrepertoire

Mit Blick auf die strategische Ausrichtung sowie die bevorzugt angewendeten Aktionen, die in enger Verknüpfung mit der Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, steht, können Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich konstatiert werden.

Die Ökologiebewegung in Frankreich war mit unterschiedlichen politischen Parteien konfrontiert, daher fokussierte sich die Bewegung darauf, mithilfe von Wahlen oder durch Repräsentanten im Parlament Einfluss zu nehmen,

60 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 263f.

61 Vgl. ebd.: S. 264.

62 Vgl. ebd.: S. 266.

63 Vgl. ebd.: S. 267.

64 Vgl. ebd.

wenngleich dieses Vorgehen stark umstritten blieb.⁶⁵ Interne, konfliktreiche Auseinandersetzungen um strategisches Vorgehen, Gründungs-, Fusions- oder Abgrenzungsprozesse etc. prägten die Bewegung in Frankreich ab Mitte der 1970er Jahre.⁶⁶ Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die Bewegung auf französischem Boden nur begrenzt Menschen mobilisierte, was mit der weniger starken Organisationsstruktur zu begründen sei.⁶⁷

Im Kontrast hierzu lebte die Umweltbewegung in Deutschland, insbesondere bis zu Beginn der 1980er Jahren, von Massenmobilisationen.⁶⁸ Diese seien sowohl auf die starke Infrastruktur als auch die Verbreitung von Umwelt-Themen in der Bevölkerung zurückzuführen.⁶⁹ Entsprechend kommt Rucht zu der Einschätzung, dass „die Ökologiebewegung der Bundesrepublik zu den weltweit ressourcenstärksten und aktivsten Bewegungen ihrer Art gehört“⁷⁰. Während der Proteste wurde auf Strategien der Konfrontation zurückgegriffen.⁷¹ Konfrontativ angelegte Aktionen lassen sich durch die „antiinstitutionelle Grundhaltung“⁷² begründen, die auch Ideen des Antikapitalismus und des Antiindustrialismus umfasst und letztlich einen „ökologischen Fundamentalismus, der für radikale und konfrontative Strategien optierte“⁷³, mit einbezieht. Zugleich gilt es, die Rolle der grünen Wähler:innen mitzuberücksichtigen.⁷⁴

2.5 Wirkungen der Bewegung

Soziale Bewegungen wie die Umweltbewegung machen auf Probleme aufmerksam, denen den Einschätzungen der Menschen, die Teil einer Bewegung sind, zufolge nicht ausreichend Aufmerksamkeit erteilt wird.⁷⁵

Mit Blick auf die Konsequenzen der Bewegung innerhalb Deutschlands kann festgehalten werden, dass seit Beginn der 1970er Jahre die Thematik Umweltschutz von den Menschen als bedeutsam angesehen wird und im Bewusstsein verankert ist. Zudem habe sich mit dem Aufkommen der Umweltbewegung eine Umweltpolitik, zunächst durch Gesetzesinitiativen und Debatten im Bundestag,

65 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 290.

66 Vgl. ebd. S. 270.

67 Vgl. ebd.: S. 271, S. 290.

68 Vgl. ebd.: S. 290.

69 Vgl. ebd.: S. 274.

70 Ebd.: S. 274.

71 Vgl. ebd: S. 290.

72 Ebd: S. 272.

73 Ebd.

74 Vgl. ebd.: S. 274.

75 Vgl. Roose, Jochen (2006): S. 46.

später aber auch mit der Gründung von Umweltministerien auf Landes- und Bundesebene, geformt.⁷⁶ Inwieweit die Umweltbewegung, respektive Teile dieser, diese Konsequenzen als Erfolg werten oder aber die fortwährende Zerstörung der Umwelt gegenteilig bewerten, kann nicht ohne weiteres beantwortet werden.⁷⁷

Auf französischer Seite hatte die Ökologiebewegung ab den 1980er Jahren ein weniger bedeutendes Gewicht.⁷⁸ Dies könne auch daran erkennbar sein, dass die massenmediale Präsenz von Umweltthemen geringer ausfalle.⁷⁹ Ab 2004 jedoch, so Nina Treu, hätten Umweltgruppen erneut an Bedeutung gewonnen und konnten die französische Klimapolitik zunehmend beeinflussen.⁸⁰

Wie Teune darlegt, nahmen also u.a. Umweltgruppen das Thema Klima in ihre Schwerpunktthemen auf. Wie genau sich dieser Wandel hin zur Klimathematik abzeichnete, wird im nächsten Kapitel beleuchtet.

2.6 Das Problembewusstsein über den Klimawandel in der Bevölkerung

Der Klimawandel, als „sozial-ökologische Problemlage“⁸¹, steht in enger Verbindung mit zahlreichen krisenbehafteten Prozessen. Damit einher geht, dass die Ursachen des Klimawandels eine Vielzahl an Bereichen umfassen, die Teil des Entwicklungsprozesses der Gesellschaft sind. Hierzu zählen, neben Feldern der Politik, auch Wirtschaft und Gesellschaft.⁸² Es handle sich beim Schutz des Klimas, im Vergleich zum „Thema „Umweltschutz“, um etwas wesentlich Konkreteres, denn es geht schlichtweg um die Reduktion der Emission klimaschädlicher Gase einerseits und um die Erhaltung von CO₂-Senken [sic] andererseits.“⁸³

Jenny Lay-Kurma zufolge ist der Klimawandel bereits seit dem Jahr 1986 Teil des Diskurses der deutschen Öffentlichkeit. Die Titelstory „Die Klimakatastrophe“, welche mit einem Bild des Kölner Doms, der zur Hälfte unter Wasser

76 Vgl. ebd.: S. 44ff.

77 Vgl. ebd.: S. 47f.

78 Vgl. ebd.: S. 277.

79 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 276

80 Vgl. Nina, Treu (2010): S. 106.

81 Vgl. Görg, Christoph; Bedall, Philip (2013): Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39), S. 75–105. S. 96.

82 Vgl. Garrelts, Heiko; Dietz, Matthias (2013): Konturen der internationalen Klimabewegung. Einführung in Konzeption und Inhalte des Handbuchs. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39), S. 15–35. S. 20.

83 Kuckartz, Udo (2010): Nicht hier, nicht jetzt, nicht ich. Über die symbolische Bearbeitung eines ersten Problems. In: Harald Welzer, Hans-Georg Soeffner und Dana Giesecke (Hg.): *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt a.M.: Campus Verl., S. 144–160. S.144.

stand, in der Zeitschrift *Der Spiegel* veröffentlicht wurde, habe die Bevölkerung erstmals sensibilisiert.⁸⁴ Im Rahmen der Eurobarometer-Befragungen konnte zuletzt festgestellt werden, dass sowohl die deutschen als auch die französischen Befragten die Klimakrise zunehmend problematisieren: Im Jahr 2019 bewerteten 71 Prozent der deutschen Bevölkerung und 66 Prozent der französischen Bevölkerung den Klimawandel als ernstzunehmende Problemlage für die Welt.⁸⁵ Es kann also von einem grundsätzlichen Problembewusstsein gesprochen werden, wenn gleich dieses nicht zwangsläufig mit aktivem Engagement gegen die Klimakrise einhergehe.⁸⁶ Während die Umfrage gezeigt hat, dass die Mehrheit der Deutschen, mit 62 Prozent der Befragten, die Meinung vertritt, dass die Industrie und Unternehmen den Klimawandel aktiv bewältigen müssten, wird in Frankreich mit 58% sowohl die Europäische Union als auch die Regierung auf nationaler Ebene in die Verantwortung gezogen.⁸⁷

Da Umweltbewegungen und -proteste stets im Zusammenhang mit politischen Kontexten stehen⁸⁸, scheint es zielführend, in einem nächsten Schritt die politischen Rahmenbedingungen mit Blick auf die Klimakrise näher zu beleuchten.

3 Politische Maßnahmen auf internationaler Ebene vs. Klimagerechtigkeit für alle

Der Thematik Klima wird auf politischer Ebene bereits seit Jahrzehnten Aufmerksamkeit geschenkt und doch wird das Handeln der Staaten als zu wenig ambitioniert angesehen. Die Frage, inwiefern sich dies auf die Entwicklung der Klimabewegung auswirkte, wird im nächsten Teil dieses Beitrags untersucht. Hierzu werden die wichtigsten Schritte der internationalen Klimapolitik aufgezeigt und die damit einhergehenden Entwicklungen der Klimabewegung benannt.

Reflexionen hinsichtlich der Senkungen von Treibhausgasen wurden bereits ab dem Jahr 1988 durch die Gründung des Weltklimarats (IPCC) in Regierungs- und Wissenschaftskreisen angebracht, diese jedoch von der sich entwickelnden „Globalisierung“ in den Hintergrund gedrängt.⁸⁹

84 Vgl. Lay-Kumar, Jenny (2019): *Aktivismus zwischen Protest und Gestaltungsraum. Jugend-umweltgruppen und ihr Verhältnis zum Klimaschutz*. 1. Auflage. Bielefeld: transcript. S. 9.

85 European Commission (2019): *Special Eurobarometer 490*. Report. Climate Change. S.18.

86 Welzer, Harald; Soeffner, Hans-Georg; Giesecke, Dana (2010): *KlimaKulturen*. In: Harald Welzer, Hans-Georg Soeffner und Dana Giesecke (Hg.): *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 7–19. S.7.

87 European Commission (2019): S. 30.

88 Vgl. Radkau, Joachim (2011): S. 19.

89 Klein, Naomi (2015): *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch. S. 30.

Der IPPC beabsichtigt gemeinsam mit der im Jahr 1992 verabschiedeten Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC), „die gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems zu verhindern und die globale Erwärmung zu verlangsamen sowie ihre Folgen zu mindern.“⁹⁰

Während dem Klimawandel also auf politischer Ebene Beachtung geschenkt wurde⁹¹, hat sich analog dazu die Klimabewegung vernetzt.⁹²

Donatella della Porta und Louisa Parks stellen fest, dass sich seit der im Jahr 1989 vollzogenen Gründung des *Climate Action Network (CAN)*, ein Netzwerk, welches sich aus NGOs zusammensetzt und sich die Koordination der unterschiedlichen Antworten auf die von politischer Seite präsentierten Ergebnisse der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zum Ziel gesetzt hat, „eine gewisse Radikalisierung der Klimabewegung“⁹³ vollzogen habe. Bereits 1992, ab den ersten Debatten im Rahmen der Verhandlungen der Klimarahmenkonvention auf der UNECD-Konferenz in Rio de Janeiro, sind NGOs Teil der von den Vereinten Nationen geführten Verhandlungen.⁹⁴

Als Meilenstein der Klimapolitik auf internationaler Ebene ist des Weiteren das Kyoto-Protokoll zu sehen. Mit diesem verpflichteten sich die sechs mächtigsten Industriestaaten 1997 durch ihre Unterschrift, ihre Treibhausgase von 2008 bis 2012 um 5,2 Prozent zu reduzieren.⁹⁵ Im Zuge der Debatten um ein Folge-Abkommen für die im Jahr 2012 auslaufende erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls konnte eine „(Re-)Politisierung im Feld der internationalen Klimapolitik“⁹⁶ ab 2005 konstatiert werden.

90 Garrelts, Heiko; Matthias Dietz (2013): S. 20.

91 Vgl. Klein, Naomi (2015): S. 21.

92 Vgl. Garrelts, Heiko; Matthias Dietz (2013): S. 15.

93 Della Porta, Donatella; Parks Louisa (2013): Framing-Prozesse in der Klimabewegung: Vom Klimawandel zur Klimagerechtigkeit. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer, S. 39–56. S. 39.

94 Umüßig, Barbara (2011): NGOs in der Klimakrise. Fragmentierungsprozesse, Konfliktlinien und strategische Ansätze. In: Achim Brunnengräber (Hg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 45–58. S. 47; Brunnengräber, Achim (2012): Ein neuer Bewegungszyklus. Von der NGOisierung zur Occupy-Bewegung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 2012 (25), S. 42–50. S. 44.

95 Bundeszentrale für politische Bildung (2009): UN-Weltklimakonferenz in Kopenhagen. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69238/weltklimakonferenz-04-12-2009>, zuletzt geprüft am 30.03.2021.

96 Vgl. Görg, Christoph; Bedall, Philip (2013): Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer, S. 75–105. S. 89.

Als Teil dieser „(Re-)politisierung der weltweiten Klimapolitik kann auch das Entstehen der Klimacamps als Protestform der Klimabewegung gesehen werden. Die Protestform, die 2006 erstmals in Yorkshire stattfand und die Idee der Klimagerechtigkeit aufgriff, ist Symbol eines neuartigen Engagements und der politischen Aktivität in der westlichen Welt.⁹⁷ Unter das Konzept der Klimagerechtigkeit fallen verschiedene Definitionen, die je nach Akteur:innen differieren. Soziale Bewegungen tragen das Konzept maßgeblich.⁹⁸ Fabian Frenzel geht davon aus,

„dass die Klimacamps politisch eine wichtige Rolle gespielt haben und spielen werden, nicht nur im Hinblick auf die Klimaproblematik. Sie haben unter anderem die Wahrnehmung geschärft, dass kapitalismus- und systemkritische Positionen durchaus nicht marginal sind, sondern angesichts von ökonomischer und ökologischer Krise in der gesellschaftlichen Mitte Anklang finden können.“⁹⁹

Es kann folglich konstatiert werden, dass sich die Bewegung in Anlehnung an das sich verbreitende Wissen innerhalb der Bevölkerung über den anthropogenen Klimawandel in zunehmendem Maße entwickelt hat.¹⁰⁰ Heiko Garrelts und Matthias Dietz sehen hierfür den „vierten Sachstandsbericht des [...] IPCC [...] im Jahr 2007“ als relevante Grundlage an.

Es wird also deutlich, dass die jährlich stattfindenden UN-Klimagipfel eine tragende Rolle für die Weiterentwicklung der Klimabewegung einnehmen. Im Rahmen der Gipfel wird einerseits auf politischer Ebene beabsichtigt, eine politische Lösung für den Schutz des Klimas zu finden,¹⁰¹ gleichzeitig bieten die Gipfel einen Raum zum Austausch und zur Vernetzung für zivilgesellschaftliche Vertreter:innen.

So entstehen weitere Meilensteine der Klimabewegung in Analogie zu den Klimagipfeln. Hierzu zählt das sich im Zuge des globalen Klimagipfels, der 2007 auf Bali veranstaltet wurde, herausbildende Netzwerk *Climate Justice Now! (CJN!)*. Die Gemeinschaft vereinte hauptsächlich NGOs aus Ländern des globalen Südens, spricht sich für ein konfrontatives Aktionsrepertoire aus

97 Frenzel, Fabian (2011): Entlegene Orte in der Mitte der Gesellschaft. Zur Geschichte der britischen Klimacamps. In: Achim Brunnengräber (Hg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 163–185. S. 163.

98 Lajarthe, Fanny (2020): S. 63.

99 Frenzel, Fabian (2011): S. 182.

100 Vgl. Garrelts, Heiko; Dietz, Matthias (2013): S. 15.

101 Klein, Naomi (2015): S. 21.

und setzt sich zum Ziel, „für echte Klimagerechtigkeit zu kämpfen“¹⁰². Diesem Netzwerk schlossen sich umgehend weitere Gruppen an. *CJN!* wurde auch seitens der UNFCCC-Institute als Repräsentation der Zivilgesellschaft anerkannt. Den Einschätzungen von Hendrik Sander zufolge kann diese Entwicklung als „Ausdruck einer Spaltung und Verschiebung im gesamten zivilgesellschaftlichen Feld“¹⁰³ gesehen werden. Diese war Auslöser dafür, dass die internationale Klimapolitik repolitisiert wurde.¹⁰⁴ *CJN!* fordert einen aktiven Einsatz für Klimagerechtigkeit, der grundlegende Transformationen des auf globaler Ebene stattfindenden Kapitalismus mit einschließt und stellt sich damit auch kritisch gegen die UN-Prozesse. Ferner spricht sich das Netzwerk für ein Aktionsreperoire aus, welches Protest deutlich macht und Konfrontationen nicht scheut.¹⁰⁵

Zudem kann insbesondere der UN-Klimagipfel, der 2009 in Kopenhagen stattfand, aufgrund seines Scheiterns, als katalysatorisches Ereignis gesehen werden: Naomi Klein sieht diesen sogar als „Moment [...], als die Klimabewegung erwachsen wurde“.¹⁰⁶ Im Rahmen des Gipfels unterzeichneten die teilnehmenden Regierungen der Länder, die für einen Großteil der Emissionen zuständig waren, ein nicht bindendes Abkommen, welches beabsichtigte, die Erderwärmung unter 2 Grad Celsius zu limitieren.

Den Einschätzungen von Klein zufolge habe das Abkommen aufgrund seines unverbindlichen Charakters große Verzweiflung unter den Klimagerechtigkeitsaktivist:innen hervorgerufen.¹⁰⁷ Im Anschluss an den Misserfolg der UN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen und den daran anknüpfenden schwierigen Prozess der Verhandlungen der UNFCCC könne eine „Krise der Rio-Institutionen“¹⁰⁸ konstatiert werden.

Der für die Klimabewegung nicht zufriedenstellende Kopenhagener Klimagipfel war einerseits Auslöser für eine Krise der Bewegung und bot gleichzeitig die Möglichkeit einer Verschiebung des Frames der Bewegung. So wurde das Thema Klimawandel endgültig hin zur Klimagerechtigkeit weiterentwickelt. Neben einer Erweiterung der „Sicht auf das Problem, welches die Bewegung lösen möchte“¹⁰⁹, bot der Frame der Klimagerechtigkeit des Weiteren die Möglichkeit eines lokaleren Aktivismus. Während, mit Blick auf den Klimawandel,

102 Sander, Hendrik (2016): S. 6.

103 Sander, Hendrik (2016): S. 8.

104 Vgl. Görg, Christoph; Bedall, Philip (2013): S. 75.

105 Vgl. Sander, Hendrik (2016): S. 8.

106 Ebd.: S. 22.

107 Vgl. Sander, Hendrik (2016): S. 23.

108 Görg, Christoph; Bedall, Philip (2013): S. 75.

109 Della Porta, Donatella; Parks Louisa (2013): S. 45.

die Optionen des Protests auf Organisationen auf internationaler Ebene sowie nationale Regierungen beschränkt waren, konnten die Ziele der Bewegung mittels des Frames der Klimagerechtigkeit anhand von expliziten Aktionen, die lokal verortet sind, angegangen werden. Darüber hinaus konnten neue Kooperationen mit weiteren Bewegungen eingegangen werden: So werden Verbindungen zwischen Klimathemen, Anti-Globalisierungsthemen sowie Themen der Anti-Kriegsbewegungen geschaffen. Der Misserfolg der internationalen politischen Dialoge hat die Bewegung also durch den Kontext der Klimagerechtigkeit erneuert.¹¹⁰

Della Porta und Parks unterscheiden darüber hinaus zwischen zwei Flügeln der internationalen Klimabewegung: Auf der einen Seite stehe der „moderate Flügel“¹¹¹, der für eine Optimierung der unterschiedlichen Institutionen einstehe. Auf der anderen Seite agiere der „radikalere[] Flügel der Klimabewegung“¹¹² gegen den Kapitalismus als Wirtschaftssystem.

Rund um das Jahr 2010 sei ein Wandel hin zu „kritische[n] und protestorientierte[n] Bewegungsgruppen“¹¹³ innerhalb der Klimabewegung sichtbar. Achim Brunngräber zufolge sei in diesem Zeitraum eine maßgebliche Veränderung des Engagements innerhalb der Zivilgesellschaft im Bereich der Klimapolitik erkennbar.¹¹⁴

Der unterzeichnete Pariser Klimarahmenvertrag stellte im Jahr 2015 ein neues, entscheidendes Ereignis auf internationaler politischer Ebene dar. Jedoch werde dessen Umsetzung, so Jenny Lay-Kumar, von den Staaten noch nicht hinreichend vorangebracht.¹¹⁵

Della Porta und Parks legen zudem dar, dass die unterschiedlichen Akteur:innen innerhalb der Bewegung zwar global gültige Ziele verfolgen, sich die Akteur:innen, je nach geographischer Lage, jedoch in ihrer Möglichkeit zur Einflussnahme und Machtausübung unterscheiden.¹¹⁶ Im Folgenden soll daher ein Fokus auf die Klimabewegung in Deutschland und Frankreich gelegt werden.

110 Vgl. Della Porta, Donatella; Parks Louisa (2013): S. 45.

111 Della Porta, Donatella; Parks Louisa (2013): S. 53

112 Ebd.

113 Sander, Hendrik (2016): S. 8.

114 Vgl. Brunngräber, Achim (2012): Ein neuer Bewegungszyklus. Von der NGOisierung zur Occupy-Bewegung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 2012 (25), S. 42–50. S. 42.

115 Vgl. Lay-Kumar, Jenny (2019): S. 9.

116 Vgl. Della Porta, Donatella; Parks Louisa (2013): S. 41.

3.1 Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland

Der Ursprung der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung kann auf Debatten, die mit dem G8-Gipfel 2007, der in Heiligendamm stattfand, zurückgeführt werden.¹¹⁷ Damit bildet sich ab 2007 in Deutschland eine neuartige Klimagerechtigkeitsbewegung, die sich als kapitalismuskritisch, aktionistisch und graswurzelorientiert charakterisieren lässt.¹¹⁸ Ab diesem Zeitpunkt bis heute könne, so Sanders, zwischen zwei Phasen der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland differenziert werden. Die erste Phase umfasse sowohl ein erstes Camp im Hamburg, welches 2008 nach britischem Modell gemeinsam von Klima- und Antirassismusaktivist:innen veranstaltet wurde.¹¹⁹ Der dabei artikulierten Protest fokalierte sich überwiegend gegen das Steinkohlekraftwerk Moorburg. Bis 2009 bereiteten die neu entstandenen Klimagruppen hauptsächlich die Mobilisierung für den internationalen Klimagipfel von Kopenhagen vor.¹²⁰

Nach dem Gipfel sieht Sander eine „zweite Phase der Bewegung“¹²¹, denn nach 2009 entschieden die Akteur:innen der Bewegung, sich nicht länger auf die Mobilisierung für Klimagipfel zu konzentrieren, sondern vielmehr auf lokaler oder regionaler Ebene für die Klimagerechtigkeit einzutreten.¹²² Somit wird auch die Verschiebung des Frames, welche della Porta und Parks auf internationaler Ebene herausgearbeitet haben, in Deutschland wiedergefunden. Richtungsweisend sei hierbei zudem das Konzept der Energiedemokratie geworden. In der zweiten Phase der Klimagerechtigkeitsbewegung könnten, so Sander, des Weiteren zunächst zwei Lager identifiziert werden: Der „sozial-ökologische Bewegungsflügel“¹²³ und der „global-ökologische Bewegungsflügel“¹²⁴. Ersterer habe einen Schwerpunkt auf die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit in Verbindung mit ökologischen Aspekten im urbanen Raum gelegt und dadurch die Grundlage einer radikalen Transformation der Gesellschaft beabsichtigt. Der andere Flügel nimmt eine globale Sichtweise auf die Klimagerechtigkeit ein und fordert ein Vorgehen gegen die größten Verursacher, so dass eine maßgebliche Reduktion von Treibhausgasemissionen in Deutschland erreicht werden könne. Diese Graswurzelgruppen agieren insbesondere im Rheinland wie auch in der Lausitz, wo seit 2010 Klimacamps stattfinden, deren Aktionen Stellung gegen

117 Vgl. Sander, Hendrik (2016): S. 3.

118 Vgl. ebd.: S. 6.

119 Vgl. ebd.: S. 12.

120 Vgl. ebd.: S. 3.

121 Vgl. ebd.: S. 14.

122 Vgl. Sander, Hendrik (2016): S. 3.

123 Sander, Hendrik (2016): S. 3.

124 Ebd.

Braunkohletagebau und Kraftwerke beziehen. Mit erstarkenden Protesten ab 2015 erhielt der global-ökologische Bewegungsflügel durch die Kampagne „Ende Gelände“ großen Zulauf: Die Mehrheit der unterschiedlichen Akteur:innen schloss sich diesem an, was dazu führte, dass die Klimabewegung, die radikale Ziele verfolgt, gestärkt wurde und große Aufmerksamkeit auf internationaler Ebene erhielt.¹²⁵

3.2 Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Frankreich

Als relevanter Moment für die Klimabewegung in Frankreich kann mit der Gründung des Réseau *Action Climat France (RAC-F)* 1996, ein Zusammenschluss von Umweltverbänden, deren bekannteste Vertreter:innen WWF-Frankreich, die französische Sektion von *Greenpeace*, *France Nature Environnement* und *Amis de la Terre* sind, genannt werden. Mit dieser Gründung wurde die Klimathematik in Frankreich in der Zivilgesellschaft Frankreichs aufgegriffen. *RAC-F*, das sich im Laufe der Jahre zu einem Netzwerk von insgesamt 22 Vereinen weiterentwickelte, repräsentierte Frankreich im *CAN (Climate Action Network)*. Ziel von *RAC-F* ist es, sowohl die Bürger:innen als auch die Regierungen dazu zu bewegen, den menschlichen Einfluss auf das Klima zu limitieren.¹²⁶ Erstmals vereinten sich also verschiedene Umweltverbände, um sich gemeinsam für ein globales Interesse, den Schutz des Klimas, einzusetzen. Auch wenn dies bereits in den Protesten um Larzac geschah, waren damals nicht Umweltverbände, sondern vielmehr José Bové und Attac als Hauptakteur:innen tätig.¹²⁷

In den darauffolgenden Jahren können, Lydie Laigle zufolge, drei verschiedene Dynamiken ausgemacht werden. Diese sind lokal in Frankreich verwurzelt, schreiben sich jedoch in eine globalere Bewegung ein. Hierzu sind zunächst Mobilisierungen zu nennen, die sich gegen die Infrastruktur oder ökonomische Aktivitäten und Ressourcenabbau stellen. Anzuführen ist an dieser Stelle der beispielhafte Widerstand gegen den Bau des Flughafenprojekts Notre-Dames-des-Landes bei Nantes, auf den im nächsten Teil des Beitrags eingegangen wird, oder *Europacity*, im Norden von Paris.¹²⁸ Als weitere Dynamik lässt sich der Versuch eines alternativen und experimentellen Lebensstils beschreiben. In diesem Zuge sind in den letzten Jahren Netzwerke wie *Alternatiba* oder *Villes et Territoires en Transition* entstanden. Diese Kollektive nutzen zudem

125 Vgl. ebd.: S. 3f.

126 Vgl. Réseau action climat France (2021): *Notre histoire, nos valeurs et nos missions*. Online verfügbar unter : <https://reseauactionclimat.org/association/histoire-valeurs-missions/>. Zuletzt geprüft am: 21.04.21.

127 Vgl. Treu, Nina (2010): *Frankreichs Klimapolitik. Entwicklung und Einflussfaktoren von 1989 bis 2010*. Heidelberg: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. S.77.

128 Vgl. Laigle, Lydie (2019): S. 48.

unterschiedlichste Ereignisse wie Klima-Demonstrationen, aber auch Zusammenkünfte festlichen Charakters, um für ihr Anliegen zu sensibilisieren. So treten sie in den Dialog mit den Bürger:innen und geben ihre Erfahrungen an die Zivilgesellschaft weiter, um den gesellschaftlichen Wandel voran zu bringen.¹²⁹ Als dritte Dynamik innerhalb der Zivilgesellschaft gilt es, auf die „sensibilisation de la société civile à l’urgence d’agir“¹³⁰ einzugehen. Bereits seit den 2000er Jahren werfen NGOs Regierungen ihre Inaktivität vor. Dieser Trend hat sich ab den 2010er Jahren verstärkt und führte zu zahlreichen Petitionen und Klagen. So haben beispielsweise die NGOs *Notre Affaire à Tous*, *Oxfam Frankreich*, die französische Sektion von *Greenpeace* sowie die *Fondation Nicolas Hulot* im Jahr 2018 die Klage gegen die Untätigkeit der französischen Regierung gegen den Klimawandel eingereicht, die im Februar 2021 als „illégal“¹³¹ von dem „Tribunal administratif de Paris“¹³² beurteilt wurde. Somit wurde aus der Petition „L’Affaire du siècle“, die von mehr als zwei Millionen französischen Staatsbürger:innen unterzeichnet wurde, eine „décision historique“¹³³.

Wie auch in Deutschland markierte das Jahr 2018 mit der Entstehung der *Fridays-for-Future-Bewegung* und der *Extinction-Rebellion* Bewegung eine neue Ära der Mobilisierung für die Klimagerechtigkeit, die auch auf eine Kooperation mit erfahrenen Umweltbewegungen setzt.¹³⁴

Gerade in den letzten Jahren scheint sich also eine Häufung von sozialen Bewegungen, die sich für die Klimagerechtigkeit einsetzen, abzuzeichnen. In einem nächsten Kapitel soll nun darauf eingegangen werden, inwiefern sich die allgemeine Entwicklung von der Umweltbewegung zur Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland und Frankreich anhand von Beispielen von konkreten sozialen Bewegungen erkennen lässt.

4 Von Umweltbewegungen bis Klimaprotesten – eine Analyse von Praxisbeispielen

Grundlage dafür, dass das Problembewusstsein der Klimakrise innerhalb der deutschen wie auch französischen Gesellschaft in den vergangenen Jahren

129 Vgl. ebd.: S. 49.

130 Ebd.: S. 50.

131 Demagny, Xavier (2021): L’Affaire du siècle : l’État condamné pour son inaction climatique, décision „historique“. Online verfügbar unter <https://www.franceinter.fr/environnement/l-affaire-du-siecle-l-etat-condamne-pour-son-inaction-climatique-decision-historique>, zuletzt geprüft am 24.04.21.

132 Ebd.

133 Ebd.

134 Vgl. Chaillou, Aurore und Martin Monti-Lalaubie (2020): Jeunes pour le climat: en coulisses, ça continue! *C.E.R.A.S. Revue Projet* (375): 44–49. S. 49.

gestiegen ist¹³⁵, ist unter anderem die Tatsache, dass soziale Bewegungen für ihre Anliegen aktiv eintreten und dadurch die für sie relevanten Themen nicht nur in den öffentlichen Diskurs integrieren, sondern auch auf die politische Agenda setzen. Dabei können soziale Bewegungen eine vermittelnde Rolle einnehmen: Sie sorgen für die Transformation und das Weiterleiten von Wissen.¹³⁶

Die Wahl der beiden nun untersuchten Protestbewegungen wurde aufgrund der jeweiligen Emblematisierung auf nationaler Ebene getroffen. Pablo Corroyer zu Folge, könne seit den 2010er Jahren in Frankreich eine steigende Zahl an „conflicts de proximité“¹³⁷ festgestellt werden. Diese seien in engem Zusammenhang mit den „politiques publiques-privées d’aménagement du territoire“¹³⁸ zu sehen. Die Proteste würden sich insbesondere gegen die sich ausbreitende Urbanisierung durch Metropolen und damit in Verbindung stehende Ausweitungen von Infrastrukturangeboten richten.¹³⁹ Der Konflikt um den Bau des *Flughafens Notre-Dames-des-Landes* sei Frédéric Barbes¹⁴⁰ Einschätzungen zu Folge einer der bedeutendsten Konflikte dieser Art. Die Relevanz der Protestbewegung begründet somit auch die Wahl des Praxisbeispiels. Der *Hambacher Forst*, als „Symbol der deutschen Klimabewegung“¹⁴¹, hat ebenfalls eine große Bedeutung auf nationaler Ebene inne: Die symbolische Wirkung der Verteidigung von rund 200 Hektar Wald, im Kontrast zum größten Braunkohletagebau Europas, vereine Themen wie Landschaftszerstörung und CO₂-Emissionen und könne folglich im Kampf der Akteur:innen überzeugend genutzt werden.¹⁴² Das vierte Kapitel wird mit einer chronologischen Übersicht beginnen, die die wichtigsten Entwicklungsschritte der Proteste in West-Frankreich und dem Rheinland einbezieht. Daran anschließend wird näher auf die Konflikte eingegangen und schließlich werden die unterschiedlichen Gruppen von Akteur:innen und deren Aktionsrepertoire thematisiert.

135 Vgl. European Commission (2019): S. 18.

136 Vgl. Kaiser, Ruben (2019): Bäume, die die Welt bedeuten. Der Hambacher Forst als Symbol der deutschen Klimabewegung. In: *Soziologiemagazin* 2019 (unbekannt), S. 51–67, S. 53.

137 Corroyer, Pablo (2019): « Faunes sauvages » en politique. Tisser et mettre en scène un territoire contestataire : de la ZAD de Notre-Dame-des-Landes à Bure. In: *L’Espace Politique* 2019 (37), S.1.

138 Ebd.: S. 1.

139 Vgl. ebd.

140 Vgl. Barbe, Frédéric (2016): S. 109.

141 Kaiser, Ruben (2019): Bäume, die die Welt bedeuten. Der Hambacher Forst als Symbol der deutschen Klimabewegung. In: *Soziologiemagazin* 2019 (unbekannt), S. 51–67. DOI: 10.3224/soz.v13i2.05, S. 59.

142 Vgl. ebd.

4.1 Chronologischer Abriss

Die chronologische Übersicht der beiden expliziten Beispiele von sozialen Bewegungen soll ermöglichen, die Grundzüge der Entstehung des Protests zu verstehen, wenngleich, aufgrund des begrenzten Umfangs dieses Beitrags, kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

4.1.1 Das Flughafenprojekt Notre-Dame-des-Landes

Die Idee des Projekts, in der Nähe von Nantes einen zweiten internationalen Flughafen zu erbauen, entstand in den 1960er Jahren.¹⁴³ Parallel hierzu formierte sich eine in der Zivilgesellschaft angesiedelte Opposition, die sich schrittweise zu einer, von verschiedenen Vereinen geführten, strukturellen Opposition entwickelte.¹⁴⁴ Im Jahr 1974 wurde die „Zone d'aménagement différencié“ (ZAD) gegründet.¹⁴⁵

Unter der Regierung von Lionel Jospin wurde das Projekt in Verbindung mit dem Schritt der „déclaration d'utilité publique“¹⁴⁶ im Jahr 2008 wiederaufgenommen.¹⁴⁷ Damit wurde eine neue operative Phase eingeleitet, die gleichzeitig eine Opposition hervorgebracht hat, welche sich maßgeblich ausweitete und radikalisierte.¹⁴⁸ Die „Autonomen“ organisierten 2008-2009 ein erstes „Camp Action-Climat“.¹⁴⁹ In diesem Zuge fand zudem die illegale Besetzung durch rund 300 Personen der ZAD statt, welche von den Aktivist:innen zur „zone à défendre“ deklariert wurde und im weiteren Verlauf der Bewegung eine hohe mediatisierte Aufmerksamkeit zugeschrieben bekam.¹⁵⁰ 2010 fanden erste „Tracto-Vélo“ Aktionen auf regionaler Ebene statt, ein Jahr später wurde diese in der Hauptstadt durchgeführt. Die Demonstrationen in Nantes und weitere Aktionen der Massenmobilisation wie das Bilden einer Menschenkette steigerten sich von 2012 mit 8.000 Personen auf 50.000 Teilnehmende im Jahr 2014. Im Jahr 2012 wurde zudem ein Hungerstreik begonnen.¹⁵¹

143 Vgl. Barbe, Frédéric (2016), S. 109.

144 Vgl. Corroyer, Pablo (2019), S. 2.

145 Vgl. Barbe, Frédéric (2016), S. 109.

146 Barbe, Frédéric (2016), S. 109f.

147 Vgl. ebd.

148 Vgl. Rialland-Juin, Cécile (2016), S. 130.

149 Vgl. Corroyer, Pablo (2019), S. 2.

150 Vgl. Rialland-Juin, Cécile (2016), S. 130.

151 ACIPA (2016a): Fiche No. 7 : L'historique du projet de nouvel aéroport et de la lutte. Online verfügbar unter: <https://www.acipa-ndl.fr/pourquoi-dire-non/fiches-thematiques/item/308-fiche-n-07-l-historique-du-projet-de-nouvel-aeroport-et-de-la-lutte>, zuletzt aktualisiert am 01.05.2016, zuletzt geprüft am 15.04.2021.

Am 26. Juni 2016 wurde überraschenderweise von Regierungsseite ein Referendum zum Bau des Projekts im Département Loire-Atlantique, durchgeführt.¹⁵² Das vom Präsidenten Hollande initiierte lokale Referendum mit der Frage „Etes-vous favorable au projet de transfert de l'aéroport Nantes-Atlantique sur la commune de Notre-Dame-des-Landes“ wurde von 55,2 Prozent mit „oui“ beantwortet, was zur Erklärung weiterer Proteste seitens der Aktivist:innen führte.¹⁵³

Zu Beginn des Jahres 2017 verkündete der französische Innenminister, dass keine weiteren Schritte gegen die ZAD eingeleitet werden würden, solange Rechtsverfahren bei Gericht anhängig seien.¹⁵⁴

Letztlich war die soziale Bewegung rund um Notre-Dame-des-Landes in ihrem Vorhaben erfolgreich: Ihr gelang es den Bau des Flughafens bei Nantes zu verhindern.¹⁵⁵ Denn nach einem monatelangen Mediationsprozess, der auch seitens der Medien mit Spannung verfolgt wurde, wurde am 17. Januar 2018 vom französischen Premierminister die Einstellung des Projekts Notre-Dame-des-Landes verkündet.¹⁵⁶ Damit nahm „la „lutte la plus longue de France“¹⁵⁷ ein Ende.

4.1.2 Der Braunkohleabbau rund um Hambach

Auch mit Blick auf den Braunkohleabbau rund um Hambach können kontinuierlich stattfindende Proteste beobachtet werden, die sich im Laufe der vergangenen Jahre jedoch stetig veränderten. Bereits ab den 1970er Jahren formierten sich erste Proteste gegen den Kohleabbau.¹⁵⁸ Das erste Klimacamp im Rheinland fand im Jahr 2010 statt. Das Rheinland war sowohl 2011 als auch 2012, im Rahmen von daran anschließenden Klimacamps, Schauplatz von blockierten Bahnlinien, auf welchen die Braunkohle zwischen dem Hambacher Tagebau

152 Vgl. Barbe, Frédéric (2016): S. 124.

153 Vgl. Schüler, Sonja (2017): The Zone à Défendre of Notre-Dame-des-Landes in France: An Ambivalent Space for Social Critique. In: *Urbanities* 2017 (7), S. 45–62. Online verfügbar unter <https://www.anthrojournal-urbanities.com/wp-content/uploads/2017/05/5-Sonja-Schuler.pdf>, zuletzt geprüft am 27.07.2021. S. 49.

154 Vgl. ebd.

155 Vgl. Berthold, Charles; Bloom, Peter (2020): Denaturalizing the Environment: Dissensus and the Possibility of Radically Democratizing Discourses of Environmental Sustainability. In: *Journal of Business Ethics* (164), S. 671–681. S. 678.

156 Vgl. EJAtlas (2018): ZAD at Notre-Dame-des-Landes, Aeroport du Grand Ouest, France. Online verfügbar unter <http://ejatlas.org/conflict/zad-at-notre-dame-deslandes-aeroport-du-grand-ouest-france>, zuletzt aktualisiert am 12.03.2021.

157 Labat, Tibo; Vigne, Margaux (2018): Notre-Dame-des-Landes. Expériences du commun. In: *Les Carnets du paysages* 2018, S. 152–169. Online verfügbar unter <https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-02498190/>, zuletzt geprüft am 27.07.2021. S. 168.

158 Vgl. Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): Normalising corporate counterinsurgency: Engineering consent, managing resistance and greening destruction around the Hambach coal mine and beyond. In: *Political Geography* 2018 (62), 33–47. S. 33.

und den angrenzenden Kraftwerken transportiert wurde.¹⁵⁹ Die Waldbesetzungen begannen im Jahr 2012. Im November desselben Jahres wurden diese jedoch bereits durch von der Polizei durchgeführte Räumungen beendet. Ein Anwohner kaufte im Anschluss an die Räumungen Gelände und ermöglichte, ein dauerhaftes Klimacamp zu errichten.¹⁶⁰ Nur wenig später wurde der Wald erneut besetzt. Zudem fand ab 2016 eine Reihe von „Rote-Linie-Aktionen am Tagebaurand“¹⁶¹ statt. 2018 war das rheinische Revier, rund um den Hambacher Forst, für mehrere Wochen Schauplatz der Mobilisierung eines Netzwerks, bestehend aus diversen NGOs und Aktivist:innen, die im September insgesamt rund 10.000 Menschen versammelte.¹⁶² Die mögliche Räumung des Hambacher Forsts führte in ganz Deutschland, insbesondere 2018 in den Sommer- und Herbstmonaten, zu einer verstärkten Aufmerksamkeit.¹⁶³ Am 05. Oktober 2021 verfügte das Oberverwaltungsgericht der Stadt Münster für einen begrenzten Zeitraum über einen Stopp der Rodung des Waldes, was von 50.000 Menschen als Etappensieg gefeiert wurde.¹⁶⁴ Jedoch wird seitens von *RWE* geplant, den Braunkohletagebau weiterzuführen, was weiterhin Proteste verschiedener Art mit sich bringt.¹⁶⁵

4.2 Der Konflikt

Im folgenden Teil des Beitrags wird der Konflikt, der zur Formierung der jeweiligen Protestbewegung geführt hat, beleuchtet.

159 Vgl. Kössler, Georg (2013): Die Klimabewegung in Deutschland. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39), S. 185–204. S. 195.

160 Vgl. Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): S. 33f.

161 Kaiser, Ruben (2019): S. 54.

162 Vgl. Haunss, Sebastian; Rucht, Dieter; Sommer, Moritz; Zajak, Sabrina (2019): Germany. In: Matthias Wahlström, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt und de Moor, Joost (Eds.) (2019). *Protest (Hg.): Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities*, S. 69–81, S. 69, Kaiser, Ruben (2019): S. 56.

163 Vgl. Sommer, Moritz; Haunss, Sebastian (2020): Fridays for Future. Eine Erfolgsgeschichte vor neuen Herausforderungen. In: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hg.): *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*. Bielefeld: transcript Verlag (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), S. 237–252. S. 240.

164 Vgl. Kaiser, Ruben (2019): S. 56.

165 Vgl. BUND-NRW (2021c): Tagebau Hambach: Neue BUND-Klage. Land NRW genehmigte Tagebau-Erweiterung / BUND sieht darin erste Schritte für „Manheimer Bucht“. Online verfügbar unter <https://www.bund-nrw.de/presse/detail/news/tagebau-hambach-neue-bund-klage/>, zuletzt aktualisiert am 12.03.2021, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

4.2.1 Der Tagebau Hambach – konfliktreicher Abbau von Kohle

Der Tagebau Hambach befindet sich zwischen den Gemeinden Jülich und Elsdorf im Bereich des rheinischen Braunkohleabbaus. Der von *RWE* durchgeführte Abbau der Braunkohle begann im Jahr 1978 und soll bis 2045 fortgeführt werden.¹⁶⁶ Zeitgleich begann auch die Rodung des Waldes.¹⁶⁷ Die bereits genehmigte Abbaufäche des Tagebaus beträgt 85 km². Mit Beginn des Jahres 2018 umfasste die Betriebsfläche 43 km². Der Tagebau fördert bis zu 40 Millionen Tonnen Braunkohle pro Jahr.¹⁶⁸ *RWE* ist Deutschlands größter Produzent und Anbieter für Elektrizität.¹⁶⁹

Die stetige Ausweitung des Tagebaus hat im Verlauf der vergangenen Jahre folgende Konflikte mit sich gebracht, die bis zum aktuellen Zeitpunkt präsent sind:

a) Umsiedlungen von Bewohner:innen

Seit Braunkohle im Tagebau Hambach abgebaut wird, mussten laut offiziellen Angaben von *RWE* rund 2.650 Menschen umsiedeln.¹⁷⁰ Diese Angaben widersprechen jedoch den Einschätzungen des *BUND*, der mit 5.000 umgesiedelten Einwohner:innen eine wesentlich höhere Zahl nennt. Von Umsiedlungen betroffen sind sechs verschiedene Gemeinden.¹⁷¹ In der Folge von Umsiedlungen komme es, Brock und Dulap zufolge, zu sozialen Spannungen innerhalb der umgesiedelten Gemeinden.¹⁷²

b) Zerstörung der Landschaft und der darin erhalten Biodiversität

Beim Hambacher Forst handelt es sich um einen schützenswerten Wald, dem aufgrund seiner jahrtausendlangen Entwicklung ein einzigartiges Charakteristikum und ein besonderer ökologischer Wert zugeschrieben werden

166 Vgl. *RWE Power* (2021): Tagebau Hambach. Rückgrat einer sicheren Stromversorgung. Online verfügbar unter <https://www.group.rwe/unsere-portfolio-leistungen/betriebsstandorte-finden/tagebau-hambach>, zuletzt geprüft am 19.03.2021. S. 2.; Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): Normalising corporate counterinsurgency: Engineering consent, managing resistance and greening destruction around the Hambach coal mine and beyond. In: *Political Geography* 2018 (62), 33–47, S. 36.

167 Vgl. Teune, Simon (2020): Schulstreik. Geschichte einer Aktionsform und die Debatte über zivilen Ungehorsam. In: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hg.): *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*. Bielefeld: transcript Verlag (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), S. 131–146, S. 142.

168 Vgl. *RWE Power* (2021): S. 1.

169 Vgl. Haunss, Sebastian et al. (2019): Germany. In: Mattias Wahlström, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt und de Moor, Joost (Eds.) (2019). *Protest* (Hg.): *Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities*, S. 69–81, S.69.

170 Vgl. *RWE Power* (2021): S. 2.

171 Vgl. ebd.; Vgl. Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): S. 36.

172 Vgl. Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): S. 36.

kann. Er steht für die größte Eichen-Hainbuchenwaldfläche im atlantischen biogeographischen Bereich Deutschlands. Des Weiteren gilt der Hambacher Wald als Lebensraum für seltene und unter dem Schutz von EU-Richtlinien stehende Tiere. Dazu zählt neben der Bechsteinfledermaus, dem Springfrosch und der Haselmaus auch der Mittelspecht. Aufgrund des sich ausweitenden Tagebaus wird sowohl der Lebensraum dieser Tiere als auch der Wald, mit seinen außergewöhnlichen Besonderheiten, wie der sich darin befindenden Winterlinden, zerstört.¹⁷³

c) Luftverschmutzung

Aufgrund dessen, dass Kohlekraft als eine Technologie gilt, die einen maßgeblichen Anteil an den Co₂-Emissionen Deutschlands trägt, wird der Kohleabbau stark kritisiert.¹⁷⁴ *RWE* als Unternehmen trägt die Verantwortung für rund zwölf Prozent der Emissionen Deutschlands. Damit wird *RWE* die Rolle des größten Emittenten Europas zugeschrieben.¹⁷⁵ Entsprechend wird ein möglichst umgehender Braunkohleausstieg gefordert.¹⁷⁶

4.2.2 Der Bau des Flughafens Notre-Dame-Des-Landes – Zwischen ökonomischem Profit und „Zone à défendre“

Der Bau des internationalen Flughafens Notre-Dames-des-Landes, in der Nähe von Nantes, wurde durch eine Kooperation des französischen Staates und dem internationalen, börsenorientierten Bau-, Energie- und Konzessionskonzern *Vinci* initiiert und geplant.¹⁷⁷ *Vinci* vertrat die Meinung, einen nachhaltigen Beitrag für die Umwelt zu leisten und eine positive ökonomische Auswirkung auf lokaler Ebene mit dem Bau eines zweiten Flughafens für die Stadt Nantes und ihre Umgebung zu begünstigen. Bereits seit dem Jahr 1974 wurde von dem Unternehmen eine Fläche von 1650 Hektar um die Gemeinde Notre-Dame-des-Landes freigehalten, die als „Zone d’aménagement différé (ZAD)“¹⁷⁸ für die Durchführung des Projekts „d’aéroport du Grand Ouest“¹⁷⁹ bereit stand.

173 Vgl. BUND-NRW (2018): Braunkohle und Landschaftszerstörung. Das Beispiel des Hambacher Waldes. Online verfügbar unter <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohle-und-umwelt/braunkohle-und-landschaftszerstoerung-das-beispiel-hambacher-wald/>, zuletzt geprüft am 19.03.2021.; Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): S. 36ff.; Kaiser, Ruben (2019): S. 59.

174 Vgl. Kaiser, Ruben (2019): S. 59.

175 Vgl. Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): S. 36.

176 Vgl. Kaiser, Ruben (2019): S. 59.

177 Vgl. Berthold, Charles; Bloom, Peter (2020): S. 678; VINCI (2021): L’ambition de faire oeuvre utile. Online verfügbar unter <https://www.vinci.com/vinci.nsf/fr/index.htm>, zuletzt geprüft am 23.03.2021.

178 Rialland-Juin, Cécile (2016): S. 133; Barbe, Frédéric (2016): S. 109.

179 Ebd.

Im Laufe der Vorbereitungen des Flughafenbaus waren folgende Konflikte Teil der jahrelangen kontroversen Auseinandersetzung:

- a) Zerstörung von schützenswerten sowie landwirtschaftlich genutzten Flächen
Die von der Regierung definierte *Zone d'aménagement différé* umfasst sowohl Feuchtgebiete, landwirtschaftliche Nutzflächen wie auch Wald, in welchem schützenswerte Arten leben.¹⁸⁰ Neben der Gefahr des Verlusts der Biodiversität, sowohl auf die Tierwelt als auch auf die Bodenstrukturen bezogen, wurden zudem Bodenverschmutzungen sowie Grundwasserverschmutzungen befürchtet. Auch Veränderungen der Landschaft durch Waldrodungen und der Verlust von Vegetation wurde als mögliche Gefahr gesehen. Landwirtschaftlich genutzte Flächen wurden ihren Eigentümern teilweise enteignet. Damit einhergehend wurde der Verlust von traditionellem Wissen, mit den damit verbundenen Praktiken und Kulturen, befürchtet.¹⁸¹
- b) Luftverschmutzung
Des Weiteren wurden Luftverschmutzungen, die mit der Aufnahme des Flugverkehrs entstehen würde, kritisiert. Auch ein mit dem Flughafen in Verbindung stehendes erhöhtes Lärmaufkommen wurde befürchtet.¹⁸²
- c) Kritik „contre l'aéroport et son monde“¹⁸³
Insbesondere mittels der Besetzung der „Zone d'aménagement différé“ und ihrer Neudeutung durch die Aktivist:innen zur „zone à défendre“¹⁸⁴ wird neben einer Protestform, auf die nochmals genauer eingegangen wird, die Kritik an der westlichen Moderne deutlich. Diese beziehe sich, Frédéric Barbe zufolge, auf die sich neu herausbildende territoriale Konkurrenz, die als Folge der neo-liberalen Globalisierung zu sehen sei.¹⁸⁵ Die Rivalitäten um Land und die damit einhergehenden Proteste können zudem als Widerstand gegen die Urbanisierung, genauer das Herausbilden von Metropolen, gesehen werden.¹⁸⁶

4.3 Akteur:innen der Proteste und ihr Aktionsrepertoire

Im zweiten Teil dieses Kapitels wird näher auf die Akteur:innen und ihre Protestformen eingegangen. Da die Aktions- und Protestformen mit den jeweiligen Akteur:innen in Verbindung stehen, werden die entsprechenden

180 Vgl. Corroyer, Pablo (2019): S. 5.

181 Vgl. EJAtlas (2018).

182 Vgl. ebd.

183 Barbe, Frédéric (2016): S. 110.

184 Ebd.: S. 109.

185 Vgl. ebd.: S. 113.

186 Vgl. Corroyer, Pablo (2019): S. 18.

Akteur:innengruppen jeweils genannt und deren Rolle in der sozialen Bewegung erläutert, bevor explizit auf deren Protestformen eingegangen wird.

4.3.1 Notre-Dame-des-Landes

Rückblickend ist festzuhalten, dass besonders der Zusammenschluss der vielseitigen Aktionsformen und die Diversität der Gruppen der Projektgegner:innen von großer Relevanz in der sozialen Bewegung waren. Zudem nahm die fortwährende Beständigkeit der Opposition sowie deren Engagement auf den unterschiedlichsten Ebenen eine eminente Rolle ein.¹⁸⁷

a) Kollektive von Landwirt:innen

Zunächst ist festzuhalten, dass die Bewegung unter anderem von einer Mobilisierung der Landwirt:innen getragen wurde.¹⁸⁸ Hierbei kann zwischen zwei Gruppen von Akteur:innen differenziert werden:

Die *Association de Défense des Exploitants Concernés par le projet d'Aéroport* (ADECA) wurde im Jahr 1973 gegründet. Die Landwirte traten trotz langjähriger Belastung für ihr Anliegen in den Widerstand.¹⁸⁹

Mit der Gründung von COPAI n 44, dem *Collectif des Organisations Professionnelles Agricoles Indignées par le projet d'aéroport* im Jahr 2011 nahmen die *Confédération Paysanne*, die GAB, *CIVAM Terroirs 44*, *Accueil Paysan und Manger Bio44*, gemeinsam Stellung und solidarisierten sich mit den Landwirt:innen, die über Jahrzehnte für ihre landwirtschaftlichen Nutzflächen eintraten.¹⁹⁰ Das Kollektiv agiert unter anderem mithilfe von Traktoren, die zum Schutz der Aktivist:innen und der Protestierenden eingesetzt wurden.¹⁹¹

b) Umweltbewusste Anwohner:innen und Bürger:innen (ACIPA)

Des Weiteren gründete sich im Jahr 2000, auf Initiative von Einzelpersonen, die aus verschiedenen, von dem Flughafenprojekt betroffenen, Kommunen stammten, der eingetragene Verein ACIPA, *Association citoyenne intercommunale des populations concernées par le projet d'aéroport de Notre-Dame-des-Landes*.¹⁹² Der Verein setzte sich zum Ziel, im Widerstand gegen das Bauprojekt, einerseits die Bevölkerung über Entwicklungen des betroffenen

187 Vgl. Barbe, Frédéric (2016): S. 110.

188 Vgl. ebd.: S. 113.

189 Vgl. ACIPA (2016b): Fiche No. 10 : Lutte des paysans. Online verfügbar unter <https://www.acipa-ndl.fr/component/k2/itemlist/tag/ADECA>, zuletzt aktualisiert am 01.05.2016, zuletzt geprüft am 15.04.2021.

190 Vgl. ACIPA (2016b).

191 Vgl. ebd.

192 Vgl. ACIPA (2018): Qui sommes nous ? Online verfügbar unter <https://www.acipa-ndl.fr/propres-de-l-acipa/qui-sommes-nous>, zuletzt geprüft am 15.04.21.

Gebiets zu informieren und andererseits über Transformationsprozesse im ländlichen, aber auch urbanen Raum zu informieren. Zudem wurde beabsichtigt, eine Reflektion hinsichtlich des Luftverkehrs und dessen verschiedene Konsequenzen, wie Luftverschmutzung und Fluglärm, anzustoßen sowie das Territorium in seiner Vielfalt zu schützen und das kulturelle Erbe aufrechtzuerhalten. Dies wurde durch Aktionsformen, wie die Organisation von Treffen, Seminaren, Debatten, Informationsvermittlung über Dokumente und Broschüren sowie Bürgerbeteiligung mittels der Organisation von Petitionen, umgesetzt.¹⁹³

c) Gewerkschaften

Alle landwirtschaftlich ausgelegten Gewerkschaften haben sich gegen das Bauprojekt ausgesprochen, auch wenn sie nicht zwingend Teil der Mobilisierung vor Ort waren. Die *Confédération Paysanne* hat sich sowohl auf lokaler Ebene und der Département-Ebene als auch auf nationaler Ebene gegen das Projekt eingesetzt. So haben beispielsweise ab 2012 jeweils mehrere Hundert Landwirt:innen mit ihren Traktoren an den Demonstrationen teilgenommen.¹⁹⁴ Die CGT, als wichtigste französische Gewerkschaft, positionierte sich ebenfalls gegen das Flughafenprojekt. Deren Engagement in der Opposition lässt sich mit der sozio-geographischen Geschichte der Region erklären: Dabei nimmt die Sozialgeschichte der ländlichen und arbeiterstarken Region eine zentrale Rolle ein, die besonders die älteren Akteur:innen der Bewegung geprägt haben.¹⁹⁵

d) „Autonomes“ / „Zadistes“

Bei den „Autonomen“, die auch als „mouvement d’occupation“, oder auch „Zadistes“, Besetzer:innen der ZAD, bezeichnet werden, handelt es sich um überwiegend junge Menschen, die nicht selten aus dem Ausland stammen und gut miteinander vernetzt sind.¹⁹⁶

„« Autonomes » (ou « toto ») est une catégorie militante d’auto-assignation qui peut désigner des collectifs et des inspirations politiques variées et parfois très conflictuelles entre elles : anarchisme, anticapitalisme, écologie radicale, trans-féminisme, anti-autoritarisme, post-situationnisme,

193 Vgl. ACIPA (2015): Status de „l’association citoyenne intercommunale des populations concernées par le projet d’aéroport de notre dame des landes“. Online verfügbar unter https://www.acipa-ndl.fr/images/PDF/statuts_ACIPA.pdf, zuletzt geprüft am 15.04.21.

194 Vgl. ACIPA (2016b): Fiche No. 10 : Lutte des paysans. Online verfügbar unter <https://www.acipa-ndl.fr/component/k2/itemlist/tag/ADECA>, zuletzt aktualisiert am 01.05.2016, zuletzt geprüft am 15.04.2021.

195 Vgl. Barbe, Frédéric (2016): S. 113.

196 Vgl. Barbe, Frédéric (2016): 113.

individualisme insurrectionnel, utopies communautaires. Ces collectifs sont donc très hétérogènes, se solidarisant essentiellement autour d'« ennemis » communs (Etat et grandes entreprises) et de certaines bases d'organisation (autogestion, indépendance vis-à-vis des organisations syndicales, partidaires et associatives).¹⁹⁷

Sie sind insbesondere seit dem „Camp Action-Climat“ und den Aufrufen zur Besetzung des Geländes 2008 und 2009 Teil der Bewegung.¹⁹⁸ Als Teil der Akteure, die sich gegen das Bauprojekt engagierten, agierte das Kollektiv zwar nach Außen als eine Einheit, jedoch stellt die gemeinsame Besetzung und die damit einhergehende „politisation du territoire“¹⁹⁹ eine stetige Herausforderung dar. Intern einen Konsens hinsichtlich der gemeinsamen Werte sowie der Beziehung zu staatlichen Behörden und dem privaten Sektor zu finden, sei immer wieder konfliktbehaftet gewesen.²⁰⁰ Unterschiede zwischen den Akteur:innen lassen sich darüber hinaus in der Differenzierung von räumlichen und sozialen Charakteristika erkennen.²⁰¹

Auch drei Jahre nachdem das Flughafenprojekt von staatlicher Seite für beendet erklärt wurde, ist die ZAD noch immer Schauplatz einer Vielfalt an Initiativen.²⁰²

Wie also stellten und stellen sich bis heute die Protestformen der „Zadistes“ dar? Zunächst einmal lässt sich festhalten, dass durch die Besetzung der Fläche das Wohnen als politisches Handeln gesehen werden kann, denn die „Zadistes“ nutzen das „habiter en conscience d'habiter“.²⁰³ Den Einschätzungen Barbes zufolge sei dies Ausdruck eines großen Engagements des Kollektivs.²⁰⁴ Dabei handle es sich mit Rückgriff auf die Analysen von Corroyer nicht nur um eine politische Strategie, die auf die Umwelt angewandt wird. Vielmehr habe die ZAD dazu geführt, dank der Umgebung die Aktivist:innen teilweise von Konsum unabhängig zu machen und eine affektive Beziehung zur Umwelt aufzubauen.²⁰⁵ Denn neben der Besetzung handelt es sich auch um eine landwirtschaftliche Nutzung des Ortes. Die „Zadistes“ nutzten die Umgebung zudem, um informelle

197 Corroyer, Pablo (2019): S. 2.

198 Vgl. ebd.

199 Ebd.: S. 18.

200 Vgl. ebd.

201 Vgl. ebd.: S. 16.

202 Entsprechend wird im Präsenz über die Akteur:innengruppe berichtet.

203 Barbe, Frédéric (2016): S. 110.

204 Vgl. Barbe, Frédéric (2016): S. 124.

205 Vgl. Corroyer, Pablo (2019): S. 10.

Lernprozesse zu begünstigen und erschufen über die Jahre Neues.²⁰⁶ Es wurde also eine Vielfalt an Aktionen innerhalb der ZAD verwendet und in den Alltag der Aktivist:innen integriert, um den Bau des Flughafenprojekts durch ihre kollektiven Handlungen zu verhindern.²⁰⁷ Darüber hinaus wurden zahlreiche Workshops angeboten, welche das soziale Leben der ZAD prägen und sowohl zur Selbstversorgung als auch zum Selbstschutz beitragen.²⁰⁸

4.3.2 Hambacher Forst

Auch mit Blick auf die Protestbewegung rund um den Kohleabbau in Hambach wird deutlich, dass die verschiedenen Akteur:innen, die sich gegen *RWE* und die Landesregierung mobilisieren, zunächst durch ihre Unterschiedlichkeit, gar Unvereinbarkeit, charakterisieren lassen. So kann also eine „innere Vielfalt dieser ‚sozialen Bewegung Hambacher Forst‘“²⁰⁹ festgehalten werden. Die unterschiedlichen Akteur:innen werden nachfolgend vorgestellt und deren jeweilige Aktionsformen im Rahmen der Bewegung erläutert.

a) Umwelt- und Naturschutzorganisationen

Sowohl der *BUND-NRW* als Umwelt – und Naturschutzorganisation wie auch *Greenpeace*, die als internationale Umweltorganisation agiert, können der Gruppe Umwelt- und Naturschutzorganisationen zugeordnet werden. Sie können aufgrund ihrer Einbindung in Vereinsstrukturen als eine formelle Gruppe von Akteur:innen verstanden werden.²¹⁰

Seit 1983, im Rahmen des Arbeitskreises Braunkohletagebau, setzen sich Mitglieder des *BUND* mit der Thematik auseinander: „Das Jahr markiert damit den Beginn des institutionalisierten *BUND*-Widerstands gegen die Braunkohletagebaue.“²¹¹ Neben der Bereitstellung von Informationsmaterial engagiert sich der *BUND* gegen den Tagebau, indem er seit 1995 zahlreiche Klagen einreicht.²¹²

206 Vgl. ebd.: S. 12.

207 Vgl. ebd.: S. 2., Vgl. ebd.:S.18.

208 Vgl. ebd.: S. 12.

209 Kaiser, Ruben (2019): S. 54.

210 Vgl. ebd.: S. 56.

211 Jansen, Dirk; Schubert, Dorothea (2014): *Zukunft statt Braunkohle. 30 Jahre Widerstand gegen den Braunkohletagebau Grauweiler II: BUND*, S. 9.

212 Vgl. *BUND-NRW* (2021a): Chronologie Tagebau Hambach. Online verfügbar unter <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohletagebaue/hambach/chronologie-hambach/>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

Greenpeace, mit seinem „Kohleausstiegszenario bis 2030“²¹³ plädiert für ein Ende der Kohlekraftwerke bis 2030, da dies fundamental sei, um den internationalen Verpflichtungen des Klimaschutzes gerecht zu werden.²¹⁴ Großdemonstrationen werden von *Greenpeace* mitorganisiert und die Vereinsmitglieder mobilisieren durch Informationsvermittlung über verschiedene Kanäle. Bei Großereignissen nimmt der Verein regelmäßig die Rolle der Wortführerschaft ein und tritt hierdurch an die Öffentlichkeit, um die Protestziele zu artikulieren.²¹⁵

- b) Lokal verortete Bürger:inneninitiativen: *Buierer für Buir & Alle Dörfer bleiben*
Die Initiative Buierer für Buir wurde im Jahr 2006 gegründet und agiert seit Ende 2007 als eingetragener Verein, der engagierte Bürger:innen vereint.²¹⁶ Dabei verfolgt *Buierer für Buir* das Ziel, durch die Nähe der Ortes Buir zum Tagebau Hambach den Gefahren, welchen der Ort und seine Bewohner:innen ausgesetzt sind, entgegenzuwirken. Mittels Kooperationen mit Natur- und Umweltorganisationen sollen Projekte auf regionaler Ebene gefördert werden sowie der Natur- und Umweltschutz im Umfeld von Buir unterstützt werden.²¹⁷ Die Initiative informiert Bürger:innen über aktuelle Ereignisse bezüglich des Tagebaus, wie Klimacamps, organisiert Veranstaltungen zu möglichen Gefahren und Konsequenzen durch den Tagebau und initiiert Kulturveranstaltungen unterschiedlichster Art: Konzerte, Theaterstücke, Tanzabende und -workshops sowie Literaturabende.²¹⁸ Veranstaltungen im Bereich der Kultur sollen den Fokus weg von der Kohle hin zum Menschen und der Vielfalt des Ortes legen.²¹⁹

Alle Dörfer bleiben ist ein Bündnis von bundesweit vernetzten Betroffenen der Braunkohle-Reviere.²²⁰ 2018 gegründet, wurde das Bündnis von Betroffenen

213 Greenpeace (2018): Hambacher Wald. Kristallisationspunkt einer verfehlten Klimapolitik. Online verfügbar unter https://greenwire.greenpeace.de/system/files/2020-11/fs_hambach.pdf, zuletzt geprüft am 26.03.2021. S. 3.

214 Vgl. Greenpeace (2018).

215 Greenpeace (2021a): HAMBACHER WALD. Wie geht es weiter? Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/ticker/hambacher-wald>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

216 Initiative Buierer für Buir (2021a): Wir über uns. Online verfügbar unter <https://www.buierfuerbuir.de/index.php/wir-ueber-uns>, zuletzt geprüft am 26.03.21.

217 Initiative Buierer für Buir (2021b): Unsere Ziele. Online verfügbar unter <https://www.buierfuerbuir.de/index.php/wir-ueber-uns/unsere-ziele>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

218 Initiative Buierer für Buir (2021c): Ältere Nachrichten. Online verfügbar unter <https://www.buierfuerbuir.de/index.php/bfb-archiv>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

219 Initiative Buierer für Buir (2021b).

220 Alle Dörfer BLEIBEN! (2021a): ALLE DÖRFER BLEIBEN. Online verfügbar unter <https://www.alle-doerfer-bleiben.de/>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

des Tagebaus Garzweiler initiiert.²²¹ Die Teilnehmenden sehen sich als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung. Die solidarisch handelnden Bürger:innen setzten sich gegen die Zerstörung des Klimas und die Zwangsumsiedlungen ein.²²² Dabei greift das Bündnis auf eine Vielfalt von Protestformen wie Kunstausstellungen, Dorfspaziergänge, Gottesdienste und Mahnwachen, aber auch die Aufbereitung von neuesten Studien zurück.²²³

c) *Ende Gelände und Aktion Unterholz*

Ende Gelände ist eine Klimagerechtigkeitsgruppe, die seit dem Jahr 2015 auf Bundesebene aktiv ist und sich zudem immer weiter international vernetzt. ²²⁴Das „informelle Aktivist:innenkollektiv[]“²²⁵ setzt sich für einen „sofortige[n] Kohleausstieg“²²⁶ und „eine Abkehr vom fossilen Kapitalismus“²²⁷ in, denn nur so könne die Klimakrise abgewandt werden, die die globalen Ungerechtigkeiten verstärke.²²⁸ Seit 2015 hat *Ende Gelände* im Rahmen der Proteste rund um den Hambacher Forst fünf Massenaaktionen organisiert.²²⁹ Diese können dem zivilen Ungehorsam zugeordnet werden.²³⁰

221 Alle Dörfer BLEIBEN! (2018): Presse. „Alle Dörfer bleiben“: Neues Bündnis will Dörfer vor Kohlebaggern schützen. Online verfügbar unter <https://www.alle-doerfer-bleiben.de/presse/pressemitteilungen/>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

222 Alle Dörfer BLEIBEN! (2021a)

223 Alle Dörfer BLEIBEN! (2021b): Aktionen. Online verfügbar unter <https://www.alle-doerfer-bleiben.de/aktionen/>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

224 Ende Gelände (2021a): Shut shit down ! Ein Ende Gelände-Leitfaden für Aktivist:innen. Online verfügbar unter <https://www.ende-gelaende.org/shut-shit-down-ein-ende-gelaende-leitfaden-fuer-aktivistinnen/>, zuletzt geprüft am 30.03.2021.

225 Kaiser, Ruben (2019): S.56.

226 Ende Gelände (2021b): Ende Gelände 2021. Kohle stoppen. Systemwandel jetzt! Online verfügbar unter <https://www.ende-gelaende.org/>, zuletzt geprüft am 30.03.2021.

227 Ebd.

228 Vgl. ebd.

229 Vgl. Ende Gelände (2020): Shut Shit Down! An activist's guide to Ende Gelände. Online verfügbar unter <https://www.ende-gelaende.org/wp-content/uploads/2021/02/Basics-Ende-Gelaende-online-version.pdf>, zuletzt geprüft am 30.03.2021 S. 26.

230 Grothus, Antje (2020): Verheizte Heimat – Widerständige Heimat. Wie Braunkohle Heimat und Kultur zerstört – regional und global. In: Ulrike Blumenreich, Sabine Dengel, Norbert Sievers und Christine Wingert (Hg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/2020. Kultur. Macht. Heimat. Heimat als kulturpolitische Herausforderung. Bielefeld: transcript (Jahrbuch für Kulturpolitik, 17), S. 269–274. S. 271; Kaiser 2019, S. 60.

Auch *Aktion Unterholz* steht für den Rodungsstopp des Hambacher Waldes, die Beendigung der Kohleverstromung und den damit einhergehenden Klimaschutz.²³¹ Mittels „kollektiven, kreativen Aktionen des zivilen Ungehorsams“²³² setzen die Menschen ein Zeichen gegen die Rodung sowie die Räumung. Dabei wird jedoch explizit hervorgehoben, dass die von dem Kollektiv angewandte Protestform weder eskalatives Potential habe noch Menschenleben in Gefahr bringe oder beabsichtige, bestehende Infrastruktur zu beschädigen.²³³

d) Öko-Anarchistische Szene

Die Aktionen der bisher genannten Akteur:innen limitieren sich auf den Rahmen der „legalen Formen der politischen Agitation“²³⁴. Die Gruppen sehen sich in der Verantwortung, neue Impulse zur Gestaltung einer neuartigen Politik zu setzen. Im Gegensatz hierzu können die Waldbesetzer:innen als „radikale Opposition zum bestehenden politisch-ökonomischen System“²³⁵ gesehen werden. Sie zeigen sich offen hinsichtlich des gesamten Aktionsrepertoires und schließen nicht grundsätzlich aus, infrastrukturelle Gegebenheiten zu sabotieren oder physische Gewalt anzuwenden.²³⁶

Mit dem Blog „Hambi bleibt“ wird seitens der Besetzer:innen zudem konstant über aktuelle Geschehnisse im Hambacher Forst allgemein, aber auch hinsichtlich Aktionen anderer Kollektive und Besetzer:innen, die sich für einen Kohleausstieg oder einen Wandel hin zur klimagerechten Welt einsetzen, berichtet.²³⁷

5 Evaluation der Fallbeispiele – Zwischen Umwelt- und Klimaprotesten

Auf der Grundlage der wichtigsten Entwicklungsstränge der Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland und Frankreich sollen die beiden Beispiele der Protestbewegungen rund um das Projekt Notre-Dame-des-Landes und den Hambacher Forst in einem abschließenden Kapitel analysiert werden. Dabei wird zunächst untersucht, inwiefern die Bewegungen Aspekte der Um-

231 Vgl. Aktion Unterholz (2018): Hambacher Wald verteidigen - Rodung stoppen - Klima schützen. Online verfügbar unter https://aktion-unterholz.org/wp-content/uploads/2018/08/AU_Flyer_Textseite.pdf, zuletzt geprüft am 30.03.2021.

232 Aktion Unterholz (2018).

233 Vgl. Aktion Unterholz (2018).

234 Kaiser, Ruben (2019): S. 56f..

235 Kaiser, Ruben (2019): S. 66.

236 Vgl. ebd.

237 Vgl. Hambi bleibt (2021): Blog. Online verfügbar unter <https://hambacherforst.org/blog/>, zuletzt geprüft am 30.03.2021.

weltbewegung aufzeigen. Darüber hinaus wird auf die Relevanz des Ziels der Klimagerechtigkeitsbewegung eingegangen, bevor der Frage der Lokalität respektive der globalen Ausrichtung der Bewegung nachgegangen wird.

5.1 Elemente der Umweltbewegung

Zunächst lässt sich festhalten, dass sich erste Proteste sowohl hinsichtlich des Kohleabbaus rund um Hambach als auch gegen das Flughafenprojekt ab den 1970er Jahren formierten.²³⁸ Entsprechend können sie gar als Teil der Entstehung der Umweltbewegung gesehen werden. So hat sich beispielsweise der Widerstand durch betroffene Landwirte um Notre-Dame-des Landes ab dem Jahr 1973 herauskristallisiert.²³⁹

Auch hinsichtlich der Elemente, die zur Entwicklung der Bewegung geführt haben, sind Parallelen zwischen den beiden Bewegungen aufzuzeigen: Sowohl in West-Frankreich als auch in NRW nahm bzw. nimmt noch immer die zu erhaltende Biodiversität eine relevante Rolle ein. Die Akteur:innen beider Bewegungen beabsichtigen bzw. beabsichtigten den Lebensraum von Tieren und die jeweiligen spezifischen natürlichen Vorkommen wie feuchte Moorgebiete oder den schützenswerter Wald zu erhalten.²⁴⁰ So wird das Ziel verfolgt, die Natur zu schützen und der landschaftlichen Zerstörung entgegenzuwirken.

Des Weiteren leben die Besetzer:innen in beiden untersuchten Beispielen im Einklang mit ihrer Umwelt, indem sie eine besondere Beziehung zu ihr eingehen. Die „Zadistes“ bewirtschaften beispielsweise als Selbstversorger:innen die besetzten Flächen und artikulierten hierdurch zudem ihren Protest.²⁴¹

Darüber hinaus gibt die Vernetzungsstruktur der beiden Fallbeispiele Hinweise darauf, dass der Beginn der jeweiligen Protestbewegungen als Teil der Umweltbewegung zu sehen ist. So sind beispielsweise im Hambacher Wald Organisationen, deren Gründung auf die Anfänge der Umweltbewegung zurückzuführen sind, vertreten: Der *BUND*, als einer der wichtigsten Umweltverbände Deutschlands, bezieht seit dem Beginn seiner Aktionen im Jahr 1983 in Hambach Stellung gegen Kohlekraftwerke.²⁴²

Die Tatsache, dass bis heute respektive bis zum Ende der konflikthaften Auseinandersetzung sowohl in der Protestbewegung Notre-Dame-des-Landes als auch der Protestbewegung Hambacher Forst eine Vielzahl an unterschiedlichen Gruppen von Akteur:innen kooperierten und sich für ein gemeinsames

238 Vgl. Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): S.33; Vgl. ACIPA (2016a).

239 Vgl. ACIPA (2016a).

240 Vgl. BUND-NRW (2018); Corroyer, Pablo (2019): S. 5.; Vgl. EJAtlas (2018).

241 Vgl. Corroyer, Pablo (2019): S.10.

242 Vgl. BUND-NRW (2021a).

Ziel einsetzen²⁴³, kann damit begründet werden, dass sich die Aktivist:innen an vorangegangenen Erfahrungen, wie den erfolgreichen Zusammenschluss von zahlreichen Menschen in Larzac, inspirierten:

„Auf dem Larzac [...] trafen sich [im Sommer 2003] bis zu 150.000 Menschen, um alternative Entwicklungswege zu diskutieren, die selbstverständlich eine ökologische Ausrichtung enthielten. Hauptakteure waren José Bové, bekannt für seine Anti-Gentechnik-Haltung, und Attac, nicht die traditionellen Umweltverbände.“²⁴⁴

Somit werden Ereignisse mit symbolischem Charakter aus der frühen Ökologiebewegung bis heute als Inspiration genutzt.

5.2 Das Ziel der Klimagerechtigkeit innerhalb der beiden Fallbeispiele

Die beiden Fallbeispiele lassen sich zudem in Verbindung mit der in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit gewinnenden Klimagerechtigkeitsbewegung bringen. Zunächst gilt es anzuführen, dass die CO₂-Emissionen, die sowohl durch den Flugverkehr, welcher ein Bau des Flughafensprojekts mit sich gebracht hätte, als auch mit der Energiegewinnung durch Braunkohle entstehen, klimaschädlich sind. Da sich die Klimagerechtigkeitsbewegung klar gegen CO₂-Emissionen ausspricht²⁴⁵, wird also in den beiden Bewegungen dieses Ziel verfolgt. Es ist zu beachten, dass zu Beginn der Naturschutz als thematische Orientierung der Bewegungen im Zentrum der Aufmerksamkeit stand. Mit dem Aufkommen des Repolitisierungsprozesses der internationalen Klimapolitik ab 2005 wurde jedoch der Klimaschutz in den Fokus gestellt²⁴⁶: So fand in West-Frankreich erstmals im Sommer 2009 ein Klimacamp statt. Im Anschluss daran wurden erste Gebiete von Aktivist:innen besetzt.²⁴⁷ Es ist folglich zu beobachten, dass sich in den 2010er Jahren die Notre-Dame-des-Landes-Proteste intensivierten und radikalisierten. Diese Entwicklung schrieb sich in die internationale Entwicklung der Klimagerechtigkeitsbewegung ein.²⁴⁸ Es scheint, als habe die Bewegung neben der Notwendigkeit aufgrund der Re-Initiierung des Bauprojekts von Seiten der französischen Regierungsseite²⁴⁹ auch die Aufmerksamkeit auf

243 Vgl. Kaiser, Ruben (2019): S. 54; Vgl. Barbe, Frédéric (2016): S. 110.

244 Vgl. Treu, Nina (2010): S.77-78.

245 Vgl. Garrelts, Heiko; Dietz, Matthias (2013): S. 20.

246 Vgl. Görg, Christoph; Bedall, Philip (2013): S. 89.

247 Vgl. Corroyer, Pablo (2019): S. 2.

248 Vgl. Görg, Christoph; Bedall, Philip (2013): S. 89.

249 Vgl. Barbe, Frédéric (2016): S.109f.

die Klimathematik im Zusammenhang mit dem anstehenden Klimagipfel in Kopenhagen 2009²⁵⁰ zur Mobilisierung genutzt.

Im Rheinland ist die Radikalisierung der Bewegung erst einige Jahre später zu verzeichnen. Während die Waldbesetzung ab dem Jahr 2012 ein erster Höhepunkt der Opposition war²⁵¹, verzeichnete der global-ökologische Bewegungsflügel durch die Kampagne *Ende Gelände*, mit erstarkenden Protesten ab 2015 in Deutschland allgemein, großen Zulauf: Die Mehrheit der unterschiedlichen Akteur:innen schloss sich diesem Bewegungsflügel an. Das führte dazu, dass die Klimabewegung, die radikale Ziele verfolgt, gestärkt wurde und große Aufmerksamkeit auf internationaler Ebene erhielt.²⁵² Ab dem Zeitpunkt seiner Gründung war *Ende Gelände* im Braunkohlerevier Hambach aktiv. Die zunehmend selbstbewusste Bewegung in Deutschland griff, wie bereits dargelegt, fortan vermehrt auf Aktionen des zivilen Ungehorsams zurück.²⁵³

Im Zuge der Proteste wird zudem die Kapitalismuskritik der Bewegungen deutlich, die mit der Klimagerechtigkeitsbewegung einhergeht und sich gegen die Großkonzerne *Vinci* und *RWE* stellt. Diese Kritik ist eng mit der Kritik an der Machtpolitik verknüpft.²⁵⁴

5.3 Lokalität vs. globale Ausrichtung?

In einem abschließenden Teil des Beitrags soll nun herausgearbeitet werden, inwiefern die Fallbeispiele zwischen Lokalität und globaler Ausrichtung stehen. Dabei ist zu beachten, dass es sich beim Flughafen-Bauprojekt um einen „conflit de proximité“²⁵⁵ handelte, der sich in der Kritik an der Urbanisierung und dem kontinuierlichen Wachstum von Metropolen gegen den globalen Wettstreit der Städte stellte.²⁵⁶ So bezog sich der Protest zwar auf explizite lokale Umstände, die jedoch nicht ohne die Globalisierung auftreten würden. Entsprechend kann von einer Mischung gesprochen werden: Die ACIPA kann beispielsweise als lokal verankerter Verein gesehen werden, der jedoch auch beabsichtigte, Reflektionen hinsichtlich der globalen Auswirkung von lokalen Entscheidungen anzustellen.²⁵⁷ Im Gegensatz hierzu ist die heterogene Gruppe der „Zadistes“ beispielsweise, aufgrund ihrer internationalen Zusammensetzung und der Initiierung der Beset-

250 Vgl. Klein, Naomi (2015): S. 22.

251 Vgl. Kössler, Georg (2013): S. 195; Vgl. Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): S. 33f.

252 Vgl. Sander, Hendrik (2016): S. 3f.

253 Vgl. Grothus, Antje (2020): S. 271; Kaiser 2019, S. 60;

254 Vgl. Klein Naomie (2015): 30; Vgl. ebd.: S. 38.

255 Corroyer, Pablo (2019):. S.1.

256 Vgl. ebd.

257 Vgl. ACIPA (2018).

zungen im Rahmen des Klimacamps nach britischem Vorbild, als Konsequenz von globalen Phänomenen entstanden, wenngleich sie die Globalisierung und den Neo-Liberalismus kritisieren.²⁵⁸ Gleichzeitig entwickelten die „Zadistes“ wiederum ein „attachement“ zu ihrer lokalen Umwelt, die sie beabsichtigen zu schützen.²⁵⁹ Fest steht jedoch, dass die Komponente der globalen Verantwortung erst in den 2010er Jahren als maßgeblicher Teil der Bewegung anzusehen ist.

Denn sowohl in den Protesten um den Hambacher Forst als auch hinsichtlich des Flughafenprojekts wurden zu Beginn direkt Betroffene aktiv: In den 1970er Jahren waren dies Landwirte, die vor dem Verlust ihrer Nutzflächen oder Wohnorte standen, sowie Bewohner:innen, die zur Umsiedlung gezwungen wurden.²⁶⁰ Gleichzeitig wird deutlich, dass neu gegründete Kollektive, wie *Alle Dörfer bleiben*, deren Akteur:innen lokal vom Kohleabbau betroffen sind, sich als Klimagerechtigkeitsbewegung definieren, d.h. auch den Aspekt der globalen Solidarität hinsichtlich der Auswirkungen des Handelns in Deutschland berücksichtigen.²⁶¹

Zusammenfassend kann also eine Entwicklung von vermehrt globaler Kontextualisierung von lokalen Problemlagen in den beiden untersuchten Fallbeispielen konstatiert werden.

6 Fazit

Das Ziel des vorliegenden Beitrags war es, auf der Basis der Umweltbewegungen ab den 1970er Jahren in Deutschland und Frankreich die Entstehung der Mobilisierung der Klimagerechtigkeitsbewegung im Laufe der letzten Jahre herauszuarbeiten. Von besonderem Interesse war es dabei, anhand der beiden Protestbewegungen Notre-Dame-des-Landes und Hambacher Forst zu analysieren, inwiefern es sich um lokale Konflikte handelt bzw. handelte oder sich diese in den „Kampf“ um die globale Gerechtigkeit einschreiben.

Im Verlauf der Untersuchung konnten zunächst maßgebliche Parallelen aber auch Divergenzen in der Entstehung der Umweltbewegung ab den 1970er Jahren in Deutschland und Frankreich herausgearbeitet werden. Auf beiden Seiten des Rheins konnten lokal situierte Konflikte als Auslöser von Protesten gesehen werden, die sich im Anschluss vernetzten.²⁶² Der wohl weitreichendste Unterschied kann jedoch dahingehend konstatiert werden, dass es der Bewegung in Deutschland gelang, eine stärkere Organisationsstruktur zu schaffen,

258 Vgl. Barbe, Frédéric (2016): S. 113; Vgl. Corroyer, Pablo (2019): S. 18; Vgl. ebd.: S. 2.

259 Vgl. Corroyer, Pablo (2019): S. 10.

260 Vgl. ACIPA (2016); Vgl. Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): S. 36.

261 Vgl. Alle Dörfer BLEIBEN! (2021a).

262 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 239.

die ein höheres Mobilisationspotential als in Frankreich zu verzeichnen hatte.²⁶³ Die Wechselbeziehungen zwischen den sozialen Bewegungen und der Politik werden dann deutlich, wenn ein Fokus auf das Thema Klima innerhalb der Bewegung und auf der internationalen politischen Ebene gelegt wird. Zunächst artikulierten traditionelle Umweltorganisationen ihre Haltung im Dialog mit den Regierungen.²⁶⁴ Nach jahrelangem Verfehlen der festgelegten Klimaziele und Limitierungen von CO₂-Emissionen durch das politische Handeln der einzelnen Nationen hat sich eine sich zunehmend radikalisierende Bewegung der Klimagerechtigkeit herausgebildet.²⁶⁵ Diese nimmt eine globale Perspektive auf die durch die Klimakrise auftretenden Probleme ein, tritt den „Kampf“ jedoch auf lokaler Ebene an.²⁶⁶ Genau diese Entwicklung lässt sich sowohl bei der Analyse der Proteste rund um den Hambacher Forst als auch hinsichtlich der Protestbewegung um das Flughafenprojekt Notre-Dame-des-Landes erkennen: Während zunächst eine lokale Betroffenheit von Bewohner:innen und Landwirt:innen in den 70er Jahren zum Widerstand geführt hat, haben sich im Laufe der Jahre kontinuierlich weitere Gruppen von Akteur:innen gebildet. Wo zu Beginn der Proteste noch der Schutz der Biodiversität und der Landschaft im Fokus stand, wurde nach und nach eine Verantwortung auf globaler Ebene erkannt: So wird die Bewegung gegen den Hambacher Forst als Symbol für die gesamte deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung verstanden, die beabsichtigt, auf Folgen für den globalen Süden aufmerksam zu machen.²⁶⁷ Spätestens mit dem Kampf der Waldbesetzer:innen des ökologisch-anarchistischen Milieus, ab 2012 im Hambacher Forst, respektive 2009 bei Notre-Dame-des-Landes, werden der Kapitalismus, für welchen die Großkonzerne, die die Projekte tragen, stehen sowie das neo-liberale System angeprangert. Tendenzen der internationalen Klimagerechtigkeitsbewegung lassen sich folglich auf nationaler, deutscher und französischer, wie auch lokaler Ebene anhand der Anwendungsbeispiele erkennen. Festzuhalten ist jedoch, dass sich der Kampf um globale Gerechtigkeit dennoch auf lokaler Ebene abspielt und somit der Aspekt der Lokalität weiterhin eine eminente Rolle spielt. Das Verständnis dafür, dass jedoch Menschen des globalen Südens durchaus dramatischer von den Konsequenzen betroffen sind, hat sich, wie die beiden untersuchten Anwendungsbeispiele verdeutlichen, in den vergangenen Jahren verbreitet.²⁶⁸

263 Vgl. Rucht, Dieter (1994): S. 262

264 Vgl. Garrelts, Heiko; Matthias Dietz (2013): S. 20.

265 Vgl. Della Porta, Donatella; Parks Louisa (2013): 39.

266 Vgl. Sander, Hendrik (2016): S. 3.

267 Vgl. Kaiser, Ruben (2019): S. 59.

268 Vgl. Laigle, Lydie (2019): S. 22.

Literatur

- ACIPA (2015): Status de „l'association citoyenne intercommunale des populations concernées par le projet d'aéroport de notre dame des landes“. Online verfügbar unter https://www.acipa-ndl.fr/images/PDF/statuts_ACIPA.pdf, zuletzt geprüft am 15.04.21.
- ACIPA (2016a): Fiche No. 7 : L'historique du projet de nouvel aéroport et de la lutte. Online verfügbar unter, <https://www.acipa-ndl.fr/pourquoi-dire-non/fiches-thematiques/item/308-fiche-n-07-l-historique-du-projet-de-nouvel-aeroport-et-de-la-lutte>, zuletzt aktualisiert am 01.05.2016, zuletzt geprüft am 15.04.2021.
- ACIPA (2016b): Fiche No. 10 : Lutte des paysans. Online verfügbar unter <https://www.acipa-ndl.fr/component/k2/itemlist/tag/ADECA>, zuletzt aktualisiert am 01.05.2016, zuletzt geprüft am 15.04.2021.
- ACIPA (2018): Qui sommes nous ? Online verfügbar unter <https://www.acipa-ndl.fr/a-propos-de-l-acipa/qui-sommes-nous>, zuletzt geprüft am 15.04.21.
- Aktion Unterholz (2018): Hambacher Wald verteidigen - Rodung stoppen - Klima schützen. Online verfügbar unter https://aktion-unterholz.org/wp-content/uploads/2018/08/AU_Flyer_Textseite.pdf, zuletzt geprüft am 30.03.2021.
- Alle Dörfer BLEIBEN! (2018): Presse. „Alle Dörfer bleiben“: Neues Bündnis will Dörfer vor Kohlebaggern schützen. Online verfügbar unter <https://www.alle-doerfer-bleiben.de/presse/pressemitteilungen/>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.
- Alle Dörfer BLEIBEN! (2021a): ALLE DÖRFER BLEIBEN. Online verfügbar unter <https://www.alle-doerfer-bleiben.de/>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.
- Alle Dörfer BLEIBEN! (2021b): Aktionen. Online verfügbar unter <https://www.alle-doerfer-bleiben.de/aktionen/>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.
- Aykut, Stefan Cihan (2016): Champion climatiques? France, Allemagne et Europe dans les négociations pour l'Accord de Paris sur le climat. In: *Visions franco-allemandes* 2016 (27), 1-. Online verfügbar unter <https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-01403152>, zuletzt geprüft am 10.04.2021.
- Barbe, Frédéric (2016): La « zone à défendre » de Notre-Dame-des-Landes ou l'habiter comme politique. In: *Noröis* (238-239), S. 109–130. DOI: 10.4000/noröis.5898.

- Berthold, Charles; Bloom, Peter (2020): Denaturalizing the Environment: Dissensus and the Possibility of Radically Democratizing Discourses of Environmental Sustainability. In: *Journal of Business Ethics* (164), S. 671–681. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s10551-019-04397-0>, zuletzt geprüft am 12.03.2021.
- Blumenreich, Ulrike; Dengel, Sabine; Sievers, Norbert; Wingert, Christine (Hg.) (2020): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/2020. Kultur. Macht. Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung*. Bielefeld: transcript (Jahrbuch für Kulturpolitik, 17).
- Boy, Daniel (1992): Les écologistes en France. In: *French Politics and Society* (10), S. 1–25. Online verfügbar unter <https://www.jstor.org/stable/42844313>.
- Brand, Karl-Werner (1999): Transformationen der Ökologiebewegung. In: Klein A., Legrand HJ., Leif T. (eds) *Neue soziale Bewegungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Zusammenfassung.
- Brock, Andrea; Dulap, Alexander (2018): Normalising corporate counterinsurgency: Engineering consent, managing resistance and greening destruction around the Hambach coal mine and beyond. In: *Political Geography* 2018 (62), 33-47. DOI: 10.1016/j.polgeo.2017.09.018.
- Brunnengräber, Achim (Hg.) (2011): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden (Energiepolitik und Klimaschutz).
- Brunnengräber, Achim (2012): Ein neuer Bewegungszyklus. Von der NGOisierung zur Occupy-Bewegung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 2012 (25), S. 42–50.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009): UN-Weltklimakonferenz in Kopenhagen. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69238/weltklimakonferenz-04-12-2009>, zuletzt geprüft am 30.03.2021.
- BUND-NRW (2018): Braunkohle und Landschaftszerstörung. Das Beispiel des Hambacher Waldes. Online verfügbar unter <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohle-und-umwelt/braunkohle-und-landschaftszerstoerung-das-beispiel-hambacher-wald/>, zuletzt geprüft am 19.03.2021.

- BUND-NRW (2021a): Chronologie Tagebau Hambach. Online verfügbar unter <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/hambach/chronologie-hambach/>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.
- BUND-NRW (2021b): Braunkohletagebau Hambach. Online verfügbar unter <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/hambach/>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.
- BUND-NRW (2021c): Tagebau Hambach: Neue BUND-Klage. Land NRW genehmigte Tagebau-Erweiterung / BUND sieht darin erste Schritte für „Manheimer Bucht“. Online verfügbar unter <https://www.bund-nrw.de/presse/detail/news/tagebau-hambach-neue-bund-klage/>, zuletzt aktualisiert am 12.03.2021, zuletzt geprüft am 26.03.2021.
- Chaillou, Aurore; Monti-Lalaubie, Martin (2020): Jeunes pour le climat: en coulisses, ça continue! In: *C.E.R.A.S. Revue Projet* (375), S. 44–49.
- Corroyer, Pablo (2019): « Faunes sauvages » en politique. Tisser et mettre en scène un territoire contestataire : de la ZAD de Notre-Dame-des-Landes à Bure. In: *L'Espace Politique* 2019 (37). DOI: 10.4000/espacepolitique.6344.
- Della Porta, Donatella; Praks Louisa (2013): Framing-Prozesse in der Klimabewegung: Vom Klimawandel zur Klimagerechtigkeit. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39), S. 39–56.
- Demagny Xavier (<https://www.franceinter.fr/environnement/l-affaire-du-siecle-l-etat-condamne-pour-son-inaction-climatique-decision-historique>): L'Affaire du siècle : l'État condamné pour son inaction climatique, décision „historique“. *france inter*, zuletzt aktualisiert am <https://www.franceinter.fr/environnement/l-affaire-du-siecle-l-etat-condamne-pour-son-inaction-climatique-decision-historique>, zuletzt geprüft am 24.04.21.
- Dietz, Matthias; Garrelts, Heiko (Hg.) (2013): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39).
- EJAtlas (2018): ZAD at Notre-Dame-des-Landes, Aeroport du Grand Ouest, France. Online verfügbar unter <http://ejatlas.org/conflict/zad-at-notre-dame-des-landes-aeroport-du-grand-ouest-france>, zuletzt aktualisiert am 12.03.2021.
- Ende Gelände (2020): Shut Shit Down! An activist's guide to Ende Gelände. Online verfügbar unter <https://www.ende-gelaende.org/wp-content/uploads/2021/02/Basics-Ende-Gelaende-online-version.pdf>, zuletzt geprüft am 30.03.2021.

- Ende Gelände (2021a): Shut shit down ! Ein Ende Gelände-Leitfaden für Aktivist:innen. Online verfügbar unter <https://www.ende-gelaende.org/shut-shit-down-ein-ende-gelaende-leitfaden-fuer-aktivistinnen/>, zuletzt geprüft am 30.03.2021.
- Ende Gelände (2021b): Ende Gelände 2021. Kohle stoppen. Systemwandel jetzt! Online verfügbar unter <https://www.ende-gelaende.org/>, zuletzt geprüft am 30.03.2021.
- European Commission (2019): *Special Eurobarometer 490. Report. Climate Change*. Bruxelles, European Commission.
- Frenzel, Fabian (2011): Entlegene Orte in der Mitte der Gesellschaft. Zur Geschichte der britischen Klimacamps. In: Achim Brunnengräber (Hg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden (Energiepolitik und Klimaschutz), S. 163–185.
- Garrelts, Heiko; Dietz, Matthias (2013): Konturen der internationalen Klimabewegung. Einführung in Konzeption und Inhalte des Handbuchs. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39), S. 15–35.
- Giddens, Anthony (1995): *Soziologie*. Graz-Wien: Nausner + Nausner.
- Goldenbaum, Max; Thompson, Clara S. (2020): Fridays for Future im Spiegel der Medienöffentlichkeit. In: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hg.): *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*. Bielefeld: transcript Verlag (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), S. 181–203.
- Görg, Christoph; Bedall, Philip (2013): Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39), S. 75–105.
- Greenpeace (2018): Hambacher Wald. Kristallisationspunkt einer verfehlten Klimapolitik. Online verfügbar unter https://greenwire.greenpeace.de/system/files/2020-11/fs_hambach.pdf, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

- Greenpeace (2021a): HAMBACHER WALD. Wie geht es weiter? Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/ticker/hambacher-wald>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.
- Greenpeace (2021): Volle Kraft voraus für die Umwelt. So handelt Greenpeace. Greenpeace stellt sich vor. Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/ueber-uns/greenpeace-stellt-sich-vor>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.
- Grothus, Antje (2020): Verheizte Heimat –Widerständige Heimat. Wie Braunkohle Heimat und Kultur zerstört – regional und global. In: Ulrike Blumenreich, Sabine Dengel, Norbert Sievers und Christine Wingert (Hg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/2020. Kultur. Macht. Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung. Bielefeld: transcript (Jahrbuch für Kulturpolitik, 17), S. 269–274.
- Grupp, Charlotte; Hundertmark, Max; Mandel, Sophie (2020): Freitag ist Streiktag. Die wöchentlichen Fridays for FutureProtestkundgebungen. In: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hg.): Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung. Bielefeld: transcript Verlag (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), S. 115–130.
- Hambi bleibt (2021): Blog. Online verfügbar unter <https://hambacherforst.org/blog/>, zuletzt geprüft am 30.03.2021.
- Haunss, Sebastian; Rucht, Dieter; Sommer, Moritz; Zajak, Sabrina (2019): Germany. In: Mattias Wahlström, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt und de Moor, Joost (Hg.): *Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities*, S. 69–81.
- Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz (Hg.) (2020): *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*. Bielefeld: transcript Verlag (Texte zu Kultur und Gesellschaft).
- Initiative Buirer für Buir (2021a): Wir über uns. Online verfügbar unter <https://www.buirerfuerbuir.de/index.php/wir-ueber-uns>, zuletzt geprüft am 26.03.21.
- Initiative Buirer für Buir (2021b): Unsere Ziele. Online verfügbar unter <https://www.buirerfuerbuir.de/index.php/wir-ueber-uns/unsere-ziele>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.
- Initiative Buirer für Buir (2021c): Ältere Nachrichten. Online verfügbar unter <https://www.buirerfuerbuir.de/index.php/bfb-archiv>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

- Jansen, Dirk; Schubert, Dorothea (2014): *Zukunft statt Braunkohle. 30 Jahre Widerstand gegen den Braunkohlentagebau Garzweiler II*. Düsseldorf: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V..
- Jouzel Jean; Michelot Agnès (2020): Quelle justice climatique pour la France? In: OFEC 2020 (165), S. 71–96.
- Kaiser, Ruben (2019): Bäume, die die Welt bedeuten. Der Hambacher Forst als Symbol der deutschen Klimabewegung. In: *Soziologiemagazin* 2019 (unbekannt), S. 51–67. DOI: 10.3224/soz.v13i2.05.
- Klein, Naomi (2015): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Kössler, Georg (2013): Die Klimabewegung in Deutschland. In: Matthias Dietz und Heiko Garrelts (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39), S. 185–204.
- Kuckartz, Udo (2010): Nicht hier, nicht jetzt, nicht ich. Über die symbolische Bearbeitung eines ernststen Problems. In: Harald Welzer, Hans-Georg Soeffner und Dana Giesecke (Hg.): *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S. 144–160.
- Labat, Tibo; Vigne, Margaux (2018): Notre-Dame-des-Landes. Expériences du commun. In: *Les Carnets du paysages* 2018, S. 152–169. Online verfügbar unter <https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-02498190/>, zuletzt geprüft am 27.07.2021.
- Laigle, Lydie (2019): „Justice climatique et mobilisations environnementales.“ In: *Vertigo - la revue électronique en sciences de l'environnement*, 2019 (19/1). Online verfügbar unter <http://journals.openedition.org/vertigo/24107>, zuletzt geprüft am 24.10.2022.
- Lajarthe, Fanny: Désobéir en masse pour la justice climatique. Retours sur Ende Gelände. In: *EcoRev* 2020 (48), S. 61–74.
- Lay-Kumar, Jenny (2019): *Aktivismus zwischen Protest und Gestaltungsraum. Jugendumweltgruppen und ihr Verhältnis zum Klimaschutz*. 1. Auflage. Bielefeld: transcript (Sozialtheorie).
- Notre Affaire à Tous: Qui sommes nous? Online verfügbar unter <https://notre-affaireatous.org/qui-sommes-nous/>, zuletzt geprüft am 23.04.21.
- Radkau, Joachim (2011): *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. Bonn: BpB (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 1090).

- Réseau action climat france (2021): Notre histoire, nos valeurs et nos missions. Online verfügbar unter <https://reseauactionclimat.org/association/histoire-valeurs-missions/>, zuletzt geprüft am 21.04.21.
- Rialland-Juin, Cécile (2016): „Le conflit de Notre-Dame-des-Landes: les terres agricoles, entre réalités agraires et utopies foncières.“ In: *Norois*, 2016 (238-239), S. 133–145. Online verfügbar unter <http://journals.openedition.org/norois/5907>, zuletzt geprüft am 24.10.2022.
- Roose, Jochen (2006): 30 Jahre Umweltprotest: Wirkungsvoll verpufft? In: *Forschungsjournal NSB* 2006 (19), S. 38–49.
- Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/Main: Campus-Verl. (Theorie und Gesellschaft, 32).
- Rucht, Dieter; Rink, Dieter (2020): Mobilisierungsprozesse von Fridays for Future. Ein Blick hinter die Kulissen. In: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hg.): *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel*. Konturen der weltweiten Protestbewegung. Bielefeld: transcript Verlag (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), S. 95–114.
- RWE Power (2021): Tagebau Hambach. Rückgrat einer sicheren Stromversorgung. Online verfügbar unter <https://www.group.rwe/unser-portfolio-leistungen/betriebsstandorte-finden/tagebau-hambach>, zuletzt geprüft am 19.03.2021.
- Sander, Hendrik (2016): *Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Schüler, Sonja (2017): The Zone à Défendre of Notre-Dame-des-Landes in France: An Ambivalent Space for Social Critique. In: *Urbanities* 2017 (7), S. 45–62. Online verfügbar unter <https://www.anthrojournal-urbanities.com/wp-content/uploads/2017/05/5-Sonja-Schuler.pdf>, zuletzt geprüft am 27.07.2021
- Sommer, Moritz; Haunss, Sebastian (2020): Fridays for Future. Eine Erfolgsgeschichte vor neuen Herausforderungen. In: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hg.): *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel*. Konturen der weltweiten Protestbewegung. Bielefeld: transcript Verlag (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), S. 237–252.

- Teune, Simon (2020): Schulstreik. Geschichte einer Aktionsform und die Debatte über zivilen Ungehorsam. In: Sebastian Haunss und Moritz Sommer (Hg.): *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*. Bielefeld: transcript Verlag (Texte zu Kultur und Gesellschaft), S. 131–146.
- Terral, Pierre-Marie (2011): Larzac. *De la lutte paysanne à l'altermondialisme*. Toulouse: Privat?
- Treu, Nina (2010): *Frankreichs Klimapolitik. Entwicklung und Einflussfaktoren von 1989 bis 2010*. Heidelberg: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.
- Uekötter, Frank (2015): *Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte*. Göttingen, Bristol: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Umüßig, Barbara (2011): NGOs in der Klimakrise. Fragmentierungsprozesse, Konfliktlinien und strategische Ansätze. In: Achim Brunnengräber (Hg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden (Energiepolitik und Klimaschutz), S. 45–58.
- VINCI (2021): L'ambition de faire oeuvre utile. Online verfügbar unter <https://www.vinci.com/vinci.nsf/fr/index.htm>, zuletzt geprüft am 23.03.2021.
- Wahlström, Mattias; Kocyba, Piotr; Vydts, Michiel de; de Moor, Joost (Eds.) (2019). (Hg.): *Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities*.
- Welzer, Harald; Soeffner, Hans-Georg; Giesecke, Dana (2010): *KlimaKulturen*. In: Harald Welzer, Hans-Georg Soeffner und Dana Giesecke (Hg.): *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt a.M.: Campus Verl., S. 7–19.
- Welzer, Harald; Soeffner, Hans-Georg; Giesecke, Dana (Hg.) (2010): *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt a.M.: Campus Verl..

Abkürzungsverzeichnis

ACIPA	Association citoyenne intercommunale des populations concernées par le projet d'aéroport de Notre-Dame-des-Landes
BBU	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
CAN	Climat Action Network
CIVAM	Centres d'initiatives pour valoriser l'agriculture et le milieu rural
CJN	Climat Justice Now
CO2	Kohlenstoffdioxid
GAB	Groupement des Agriculteurs Biologiques
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change, dt.: Weltklimarat
NABU	Naturschutzbund Deutschland
RAC-F	Réseau Action Climat France
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Chang
WWF	World Wide Fund of Nature
ZAD	zone d'aménagement différé / zone à défendre

Nicola Veit

Der Fall Huaraz: ein peruanischer Bauer verklagt RWE

Ein Vergleich der Berichterstattung in ausgewählten deutschen, peruanischen und französischen Tageszeitungen

Gliederung

1	Einleitung.	204
2	Klimaklagen – eine neue Protestform	205
2.1	Begriffsbestimmung ‚Klimaklage‘.	205
2.2	Rechtliche Grundlagen von Klimaklagen	208
2.3	Entwicklungen und Veränderungen im Bereich der Klimaklagen.	210
2.3.1	Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte	210
2.3.2	Aktuelle Trends	211
3	Der Analysegegenstand.	213
3.1	Das Fallbeispiel: Klage des peruanischen Bauern Saúl Luciano Lliuya gegen den deutschen Energie	213
3.2	Germanwatch im Kontext der Anklage	216
4	Analyse der Medienberichterstattung in Deutschland, Peru und Frankreich.	218
4.1	Auswahl der analysierten Medien	218
4.2	Dichte und allgemeine Form der Berichterstattung	219
4.3	Detailanalyse der Berichterstattung	223
4.3.1	Die Darstellung von Saúl Luciano Lliuya und RWE.	223
4.3.2	Die Verteilung semantischer Felder	227
4.3.3	Die Wiedergabe der direkten Rede der Betroffenen.	229
4.3.4	Die Betonung der Vorreiterrolle der Klimaklage.	231
5	Schlussfolgerungen: Fazit und Perspektiven.	233
	Literatur.	235

1 Einleitung

Am 24. November 2015 reichte ein peruanischer Kleinbauer vor dem Landgericht Essen eine Klage gegen RWE ein. Er forderte eine Beteiligung des deutschen Energiekonzerns an der Finanzierung von Schutzmaßnahmen angesichts einer drohenden Flutwelle in seinem Heimatort in den peruanischen Anden. RWE sei als einer der weltweit bedeutendsten CO₂-Einzelemittenten entscheidend mitverantwortlich für die Gletscherschmelze, die den unter dem Gletscher liegenden Gletschensee zum Überlaufen bringe. Es ist das europaweit erste Gerichtsverfahren dieser Art, in dem ein von den Risiken des Klimawandels Betroffener in Europa einen Verursacher des Klimawandels vor Gericht verklagt. Seit nunmehr über fünf Jahren wird über den Fall verhandelt, der bereits jetzt wichtige juristische Entscheidungen herbeigeführt hat und Klimaschützern neue Perspektiven eröffnet. Dabei werden die Entwicklungen angesichts des Vorbildcharakters der Klage auch von zahlreichen Medien verfolgt und an die Öffentlichkeit weitergetragen. Die Medienwirksamkeit ist nach Rucht von elementarer Bedeutung für Protest: „„Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt“. Diese zuge-spitzte Aussage verdeutlicht, wie sehr Protestgruppen und soziale Bewegungen medialer Resonanz bedürfen.“¹ Wenn diese Absolutheit zwar insbesondere im Rahmen von Klimaklagen als neue Protestform eingeschränkt werden muss, so ist auch hier die Relevanz der Medienberichterstattung u.a. zur Bildung einer öffentlichen Meinung und eines gesellschaftlichen Bewusstseins von Bedeutung. Aus diesem Grund wird im Rahmen dieser Arbeit die Berichterstattung zu der Klimaklage *Lliuya vs. RWE* in ausgewählten Printmedien aus Deutschland, Peru und Frankreich analysiert.

In einem ersten Schritt werden hierzu Klimaklagen als neue Protestform definiert und charakterisiert. Dabei werden u.a. rechtliche Grundlagen von Gerichtsverfahren zum Klimawandel beleuchtet und historische Entwicklungen sowie aktuelle Tendenzen nachgezeichnet. Im darauffolgenden Kapitel werden das Fallbeispiel – die Klage eines peruanischen Bauern, der RWE in Deutschland verklagt – und wichtige Etappen des Gerichtsverfahrens skizziert. Dabei wird auch auf die Rolle und die Interessen der deutschen Nichtregierungsorganisation *Germanwatch*, die den Kläger berät und in seinem Anliegen unterstützt, eingegangen. Kern der Arbeit ist anschließend die Analyse der Medienberichterstattung in jeweils drei deutschen, peruanischen und französischen Zeitungen. Dabei stellt sich einerseits die Frage, ob die Berichterstattung nationale Besonderheiten aufweist, und andererseits, ob es länderübergreifende

1 Rucht, Dieter (09.12.2016): „Die medienorientierte Inszenierung von Protest“. *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/medienpolitik/236953/inszenierung-von-protest> [10.04.2021].

Tendenzen gibt, die im Zusammenhang mit den politischen Ausrichtungen der Zeitungen stehen. Näher beleuchtet werden dabei die Darstellung der Akteure, das verwendete Vokabular hinsichtlich semantischer Felder und der direkte Redeanteil, der den Beteiligten beigemessen wird. Auch die Inszenierung der Klage in ihrer Vorreiterrolle wird thematisiert. Abschließend werden ein Fazit gezogen und Perspektiven aufgezeigt.

2 Klimaklagen – eine neue Protestform

2.1 Begriffsbestimmung ‚Klimaklage‘

„Protest hat viele Gesichter.“² Mit seinen einleitenden Worten betont Haunss unmittelbar die Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Protestformen, die sowohl in diachroner als auch synchroner Perspektive bestehen. Protestbewegungen als Formen politischer Meinungsäußerung stellen allgemein soziale Bewegungen dar, die „als kollektiver Versuch zur Förderung eines gemeinsamen Interesses oder zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles durch ein kollektives Vorgehen außerhalb des Bereiches etablierter Institutionen definiert werden“³. Dabei können große Massen mobilisiert werden oder nur eine kleine Gruppe von Personen ihren Unmut kundtun. Ebenso kann der Protest langlebig oder nur von kurzer Dauer und punktuell sein. Eine weitere Möglichkeit zur Typologisierung von Protestformen ist der (Nicht-)Einsatz von Gewalt und das Sich-Hinwegsetzen über oder das Einhalten von rechtlichen Regeln des politischen Systems. Diese Einteilung ist allerdings unter anderem aufgrund der häufigen Anwendung verschiedener Aktionsformen innerhalb einer Protestbewegung nicht unproblematisch.⁴ Demgegenüber schlägt Balistier eine Unterscheidung zwischen demonstrativen (zum Beispiel Demonstrationen), symbolisch expressiven (zum Beispiel Menschenketten) und direkten (zum Beispiel Verweigerungshandlungen) Aktionsformen vor.⁵ Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind Klimaschutzaktivisten und andere Akteure neben ihrem Protest auf zum Beispiel den Straßen, an symbolischen Orten und im Internet auch vermehrt vor Gericht gezogen, um auch in dieser Form bestimmte Klimaziele durchzusetzen. In Deutschland haben sich hierfür die Begriffe ‚Klimaklage‘ und ‚Gerichtsverfahren zum Klimawandel‘ etabliert – ihr englisches Pendant ist ‚climate change litigation‘

-
- 2 Haunss, Sebastian (2009): „Die Bewegungsforschung und die Protestformen sozialer Bewegungen“. In: Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hrsg.): *Kommt herunter, reißt euch ein...: eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin: Assoziation A, S. 31-45, hier S. 30.
 - 3 Giddens, Antony (1995): *Soziologie*. Graz/Wien: Nausner & Nausner, S. 680.
 - 4 Vgl. Giddens (1995): *Soziologie*. S. 680; Haunss (2009): „Bewegungsforschung“. S. 31-35.
 - 5 Vgl. Haunss (2009): „Bewegungsforschung“, S. 35f.

bzw. ‚climate litigation‘. Klimaklagen umfassen in einem breiten Verständnis im Allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit einem Bezug auf den Klimawandel, wobei die Klagen sowohl bei Gericht als auch bei Verwaltungsorganen oder anderen Untersuchungsinstanzen vorgebracht werden können.⁶ Bei einem engeren Verständnis von Klimaklagen steht die Klimafrage stärker im Mittelpunkt der Rechtsstreitigkeit, welche „Rechts- bzw. Tatsachenfragen bezüglich der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel bzw. zu Klimaschutz und -anpassung [aufwirft]“⁷. Diese engere Fassung von Klimaklagen liegt häufig den Analysen und Beobachtungen führender Institutionen und Organisationen zugrunde, so zum Beispiel den durch das Sabin Center for Climate Change Law at Columbia University (in Zusammenarbeit mit Arnold & Porter) bereitgestellten *Climate Change Litigation Databases* zum Aufzeigen von Entwicklungen bei Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Klimawandel.⁸ Auch das United Nations Environment Programme greift in seinem *Global Climate Litigation Report* zur Beschreibung der Situation im Jahr 2020 auf eine enge Definition von Klimaklagen zurück: Klagen, die den Klimawandel nur nebensächlich thematisieren oder für deren Urteilsfindung ein anderes Argumentationsmuster entscheidender ist, werden nicht berücksichtigt.⁹

Das Ziel einer Klimaklage liegt in der Regel entweder darin, Handlungen zur Bekämpfung oder Anpassung an den Klimawandel voranzubringen oder Schadensersatz für aufgrund des Klimawandels entstandene oder zu erwartende Schäden einzuklagen.¹⁰ Gleichzeitig können weitere, nicht direkt auf das Urteil bezogene Absichten verfolgt werden, so zum Beispiel das Schaffen einer öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Problem. Diese Bildung eines öffentlichen Bewusstseins nimmt häufig eher dann eine wichtige Rolle ein, wenn Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder

6 Vgl. Setzer, Joana/Byrnes, Rebecca (2020): *Global trends in climate change litigation: 2020 snapshot. Policy report July 2020*. London: Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment/Centre for Climate Change Economics and Policy/London School of Economics and Political Science, S. 5. Online verfügbar unter: <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/global-trends-in-climate-change-litigation-2020-snapshot/> [09.03.2021].

7 Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2017): *Klimawandel vor Gericht. Ein globaler Überblick*. S. 10. Online verfügbar unter: <https://www.unep.org/resources/publication/status-climate-change-litigation-global-review> [09.03.2021].

8 Die Datenbanken mit aktuellen Zahlen und Fallbeschreibungen von Klimaklagen sind unter folgendem Link verfügbar unter: <http://climatecasechart.com/> [09.03.2021].

9 Vgl. United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report. 2020 Status Review*. S. 6. Online verfügbar unter: <https://www.unep.org/resources/report/global-climate-litigation-report-2020-status-review> [09.03.2021].

10 Vgl. Boom, Keely/Richards, Julie-Anne/Leonard, Stephen (2016): *Climate justice: The international momentum towards climate litigation*. Heinrich Böll Stiftung, S. 14. Online verfügbar unter: <https://www.boell.de/en/2016/11/15/climate-justice-international-momentum-towards-climate-litigation> [09.03.2021].

Individuen als Kläger vor Gericht ziehen. Darüber hinaus können auch Regierungen und Unternehmen als Kläger auftreten. Außerdem bilden sich immer wieder Zusammenschlüsse verschiedener Personen, die als gemeinsamer Antragsteller eine Klage einreichen, um ein geteiltes Anliegen zu verfolgen.¹¹ Dies ist zum Beispiel bei dem *People's Climate Case* der Fall, einer im Mai 2018 vor dem europäischen Gericht eingereichten Klage von zehn vom Klimawandel betroffenen Familien aus Europa, Kenia und Fidschi.¹² Auf der Seite der Angeklagten befinden sich mehrheitlich Regierungen: In den USA waren bis 2017 insgesamt in über 80 % der Klimaklagen Regierungen auf der Anklagebank.¹³ Häufig steht hierbei die Frage im Zentrum, ob die klimabezogenen Gesetze einer Regierung legitim sind und/oder ob genügend Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels bzw. zur Anpassung an die klimatischen Veränderungen getätigt werden.¹⁴ Daneben werden auch Unternehmen angeklagt, wobei insbesondere die sogenannten *Carbon Majors*, d.h. die größten Öl-, Kohle- und Gasproduzenten (sowie vereinzelt auch Zementunternehmen), die für ca. 63 % der industriellen Kohlenstoffdioxidemissionen verantwortlich sind, im Visier der Kläger sind.¹⁵ Klimaklagen können u.a. zu regulatorischen Veränderungen führen, welche die Umsetzung von Projekten beeinflussen, und Unternehmen zu Schadensersatzzahlungen verpflichten – bisher wurde zwar kein Unternehmen zu Schadensersatzzahlungen verurteilt, allerdings wird darüber im Rahmen aktueller laufender Klagen verhandelt. Finanzielle Kosten entstehen für Unternehmen außerdem direkt durch die laufenden Kosten für die Rechtsstreitigkeit und indirekt durch u.U. negative Auswirkungen an der Börse bei börsennotierten Unternehmen und höhere Haftpflichtversicherungsbeiträge. Für Regierungen kann aus Klimaklagen die Verpflichtung zur Anpassung von klimabezogenen Zielsetzungen, Gesetzen und anderen Regelungen entstehen, oder es können bedeutende Investitionen notwendig werden.¹⁶

Klimaklagen als Protestform sind somit ein in sich heterogenes Konstrukt: Sie können von nur einer Person oder größeren Interessensgruppen eingereicht werden, verschiedene Ziele verfolgen, unterschiedliche Akteure angreifen und

11 Vgl. Setzer/Byrnes (2020): *Global trends in climate change litigation*, S. 8f.

12 Vgl. Homepage von People's Climate Case. [https://peoplesclimatecase.caneurope.org/de/\[09.03.2021\]](https://peoplesclimatecase.caneurope.org/de/[09.03.2021]).

13 Vgl. Setzer/Byrnes (2020): *Global trends in climate change litigation*, S. 9.

14 Vgl. United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report*, S. 9f.

15 Vgl. Heede, Richard (2014): *Carbon Majors: Accounting for carbon and methane emissions 1854-2010. Methods & Results Report*. Climate Mitigation Services, S. 25, online verfügbar unter: <https://www.climateaccountability.org/pdf/MRR%209.1%20Apr14R.pdf> [09.03.2021]; Keely et al. (2016): *Climate justice*, S. 15f.

16 Vgl. Setzer/Byrnes (2020): *Global trends in climate change litigation*, S. 23-26; United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report*, S. 10.

verschiedene rechtliche Grundlagen nutzen. Nichtsdestotrotz ist der Rahmen der Protestform einheitlich und das Vorgehen spielt sich innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen des jeweiligen politischen Systems ab. Unter Umständen zielen die Kläger allerdings auf eine progressive Auslegung der rechtlichen Grundlagen ab. Auf welche juristischen Rechte und Pflichten sich Kläger stützen können und welche rechtlichen Grundlagen für Klimaklagen existieren, wird im Folgenden in Kürze wiedergegeben.

2.2 Rechtliche Grundlagen von Klimaklagen

Bevor die rechtlichen Quellen, auf die sich Klimaklagen beziehen können, skizziert werden, soll zunächst erläutert werden, welche Hürden die Antragsteller bereits überwinden müssen, bevor ihre Klage überhaupt vor Gericht verhandelt wird. Hier spielt die Frage der Justiziabilität eine große Rolle, wobei dieses Konstrukt zwei Elemente umfasst, die vielen Rechtssystemen gemein sind: Einerseits muss der Antragsteller klagebefugt sein, andererseits darf das Prinzip der Gewaltenteilung nicht verletzt werden. Die Regelungen zur Bestimmung der Klagebefugnis variieren zwischen den Ländern und ihren Rechtssystemen beträchtlich. Insbesondere in Rechtssystemen, in denen der Kläger nachweisen muss, persönlich von einer Rechtsverletzung betroffen zu sein, stellt die Anerkennung der Klagebefugnis eine größere Herausforderung dar – einfacher gestaltet es sich, wenn aufgrund von die Allgemeinheit betreffender Rechtsverletzungen vor Gericht gezogen werden darf.¹⁷ Die Frage nach der Vereinbarkeit einer Klimaklage mit den Prinzipien der Gewaltenteilung dreht sich im Kern darum, ob Gerichte der angemessene Ort sind, um Fragen zu Rechten und Pflichten in Bezug auf den Klimawandel zu erörtern oder ob dies die Kompetenz der Judikative überschreitet. Während diese Frage in vielen Fällen gar nicht thematisiert wird, spielt sie in den USA eine bedeutende Rolle.¹⁸

Nach der Klärung, ob ein Fall justiziabel ist und das Gericht über eine Urteilskompetenz verfügt, kann eine Klimaklage unter Bezugnahme auf vielfältige juristische Rechte und Pflichten verhandelt werden. Am häufigsten wird bei Klimaklagen auf folgende Rechtsquellen Bezug genommen: nationale und internationale Gesetze sowie Richtlinien, Verfassungsrechte und Menschenrechte. Nationale und internationale Gesetze und Richtlinien, die sich explizit auf den Klimawandel beziehen, bieten offensichtlich eine klare Basis für Klimaklagen.¹⁹ Die aktuell stetig zunehmende Zahl an Gesetzen und Richtlinien mit Klimarelevanz – sei es konkret zum Klimawandel, zu CO₂-Emissionen,

17 Vgl. Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2017): *Klimawandel vor Gericht*. S. 27-29.

18 Vgl. *ibid.* S. 30.

19 Vgl. Setzer/Byrnes (2020): *Global trends in climate change litigation*. S. 9.

zum Energiesektor, zur Forstwirtschaft oder zu weiteren Aspekten – bereitet Klimaklägern sowohl in Industriestaaten als auch in Entwicklungsländern ein zunehmend solides Fundament für ihre Klagen.²⁰ Auch internationale Abkommen spielen eine bedeutende Rolle, da sie neue rechtliche Grundlagen eröffnen, um nationale Regierungen zu notwendigen Maßnahmen zum Erreichen internationaler Vereinbarungen zu verpflichten.²¹ Das *Pariser Klimaabkommen* kann in diesem Kontext als „neuartige[r] und einzigartige[r] Anker für solche Gerichtsverfahren“²² erachtet werden. Eine steigende Zahl an Klimaklagen beruft sich außerdem auf Verfassungs- und Menschenrechte, die nach ihrem Ermessen durch Untätigkeit in Sachen Klimawandel verletzt würden. Weltweit fast alle Länder halten in ihrer Verfassung ein Recht auf eine saubere und/oder gesunde Umwelt fest, manche haben explizit Rechte bezüglich des Klimawandels hinzugefügt. Kläger in Gerichtsverfahren zum Klimawandel argumentieren bezüglich dieser rechtlichen Basis, dass der Klimawandel einen Einfluss auf die Umwelt habe und somit klimawandelförderliche Handlungen bestimmte Verfassungsrechte angreifen. In den Menschenrechten ist das Recht auf eine saubere Umwelt und ein stabiles Klima zwar nicht explizit festgehalten, allerdings haben Gerichte bereits der Auslegung zugestimmt, dass der Klimawandel andere fundamentale Menschenrechte – wie zum Beispiel das Recht auf Leben, Wasser und Nahrung – bedrohe, so dass dieses Argumentationsmuster bereits zum Erfolg bei einigen Klimaklagen geführt hat.²³ In gewohnheitsrechtlichen Rechtssystemen verklagen Kläger staatliche oder private Akteure u.a. auch mit der Begründung, dass diese durch ihr Handeln zum Klimawandel beitragen und somit eine unerlaubte Handlung ausführen, ein öffentliches Ärgernis verursachen oder bei Unterlassung bestimmter Handlungen fahrlässig handeln. Auch zivilrechtliche Gerichtsbarkeiten haben solche – eigentlich gewohnheitsrechtliche – Argumentationen bereits anerkannt.²⁴

Eine große Herausforderung, der sich Kläger in Gerichtsverfahren zum Klimawandel häufig gegenübersehen, ist das Aufzeigen einer kausalen Kette zwischen dem Handeln des Angeklagten und dem Klimawandel:

20 Vgl. Nachmany, Michal (05.06.2017): *Climate Change Laws of the World. Technical presentation of the database, and trends in climate legislation*. Webinar, Conference presentation, S. 22-24. Online verfügbar unter: <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/climate-change-laws-of-the-world-technical-presentation-of-the-database-and-trends-in-climate-legislation/> [09.03.2021].

21 Vgl. United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report*. S. 40f.

22 Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2017): *Klimawandel vor Gericht*. S. 17.

23 Vgl. United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report*. S. 41f.

24 Vgl. *ibid.* S. 42f.

„Across countries, legal systems, and many fields of law, the essential links in the litigation chain are constant – an identifiable plaintiff, identifiable defendants, a causal chain that connects the harms suffered by the former to the actions or inactions of the latter. Establishing the links in that causal chain – particularly in tracing specific climate impacts to individual defendants or groups of defendants – is a common challenge facing potential plaintiffs [...]“.²⁵

Zu diesem Zweck wird häufig auf wissenschaftliche Expertenaussagen und Berichte zurückgegriffen. Die *attribution science* bzw. Attributionswissenschaft, ein relativ junger Zweig in der Klimaforschung mit dem Ziel der Zuschreibung von (individueller) Verantwortung für den Klimawandel, wird in Zukunft vermutlich zunehmend an Aufmerksamkeit gewinnen.²⁶

2.3 Entwicklungen und Veränderungen im Bereich der Klimaklagen

2.3.1 Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte

Die Zahl an weltweiten Klimaklagen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Als erstes Gerichtsverfahren zum Klimawandel führte das *Sabin Center for Climate Change Law at Columbia University* eine 1986 in den USA eingereichte Klage an. Bis zur Jahrtausendwende wurden nur vereinzelt Fälle verzeichnet, danach stieg die Zahl sowohl in den USA als auch außerhalb der USA stark an, sodass bis Ende 2020 weltweit 1587 Klimaklagen gezählt werden können.²⁷ Auf die USA entfallen dabei mit allein 1213 Klimaklagen 76 % aller weltweit eingereichten Fälle. Darauf folgen mit deutlich niedrigeren Zahlen Australien mit 98 Klagen, Großbritannien mit 62 Klagen und Gerichte sowie weitere Organe der EU mit 57 eingereichten Klagen (Stand: Mai 2020). Im Globalen Süden wurden insgesamt nur 37 Klimaklagen eingereicht – davon 16 in Asien, 14 in Lateinamerika und nur 7 in Afrika – wobei hier ein aufsteigender Trend mit allein 21 Fällen zwischen 2015 und 2019 festzustellen ist.²⁸ Setzer & Byrnes kommen bei ihrer Auswertung bisher entschiedener Klimaklagen zu dem Ergebnis, dass in den USA insgesamt 42 % der Klimaklagen positive Ergebnisse hatten – als ‚positives Ergebnis‘ wird verstanden, wenn das Urteil

25 Center for International Environmental Law (2017): *Smoke and fumes. The legal and evidentiary basis for holding big oil accountable for the climate crisis*. S. 3. Online verfügbar unter: <https://www.ciel.org/reports/smoke-and-fumes/> [09.03.2021].

26 Vgl. Burger, Michael/Wentz, Jessica/Horton, Radley (2020): “The Law and Science of Climate Change Attribution”. In: *Columbia Journal of Environmental Law* 45 (1). S. 147. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.7916/cjel.v45i1.4730> [09.03.2021]; United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report*. S. 44.

27 Vgl. Setzer/Byrnes (2020): *Global trends in climate change litigation*. S. 4-8.

28 Vgl. *ibid.* S. 4, 6.

den Klimawandel eindämmen soll. Außerhalb der USA hatten insgesamt 58 % der Klimaklagen ein positives, 33 % ein negatives Ergebnis und in 9 % der Fälle konnte keine Einordnung vorgenommen werden.²⁹

Nach diesem kurzen historischen Abriss werden im Folgenden einige aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Bereich Klimaklagen dargestellt.

2.3.2 Aktuelle Trends

In den letzten Jahren haben sich verschiedene juristische Strategien seitens der Kläger etabliert. Erstens zählt hierzu die Bemühung, Regierungen durch das Klagen zur Einhaltung ihrer rechtlichen und politischen Pflichten und Zusagen bezüglich des Klimawandels zu verpflichten. Wenn sich die Legislative eines Landes im Rahmen von nationalen Gesetzen oder internationalen Abkommen zu bestimmten politischen Maßnahmen verpflichtet, so kann gegen die Exekutive geklagt werden, falls sie diesen Verpflichtungen nicht gerecht wird.³⁰ In diesem Rahmen bietet die steigende Zahl an nationalen Gesetzen und internationalen Abkommen (v.a. das *Pariser Klimaabkommen*) eine immer breitere rechtliche Basis für Klimaklagen:

„National and subnational governments articulate commitments to climate change mitigation and adaption through international agreements, legislation, regulation, and policy statements. As they do, those governments and their agencies become vulnerable to a variety of legal actions challenging either the commitments being made or how those commitments are (or are not) being put into practice“³¹

Zweitens sind Menschen- und Verfassungsrechte verstärkt in den Fokus der Kläger gerückt und in Folge einiger erfolgreicher Klagen zu einer dominanten Strategie bei Klimaklagen geworden. Insbesondere im Globalen Süden wird häufig ein Bezug auf Menschenrechte hergestellt. Menschenrechte spielen außerdem insbesondere dann eine große Rolle, wenn Staaten zur Reduktion von Treibhausgasemissionen verpflichtet werden sollen, die Frage der Klimafucht im Zentrum steht oder junge Menschen vor Gericht ziehen. Klimabedingte Fluchtbewegungen werden in Zukunft angesichts extremerer Wetterlagen und des ansteigenden Meeresspiegels zunehmen, weshalb auch eine wachsende Zahl an Klagen mit Bezug auf klimabedingte Fluchtbewegungen zu erwarten ist. Die Rechtsprechung zu Flucht und Asylrecht aufgrund des Klimawandels ist nach Aussagen des UN-Menschenrechtsausschusses noch lückenhaft und uneindeutig

29 Vgl. *ibid.* S. 11f.

30 Vgl. Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2017): *Klimawandel vor Gericht*. S. 14-18.

31 United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report*. S. 17, 19.

und sollte in den nächsten Jahren mehr Beachtung bekommen, was neue Impulse für Klimaklagen liefern kann.³² Eine dritte Strategie, die bisher weniger Erfolg hatte und einige Fragen aufgeworfen hat, ist die Anwendung des Prinzips der staatlichen Treuhänderschaft für Gemeingüter (*public trust doctrine*) auf den Klimawandel. Die *public trust doctrine* besagt, dass der Souverän dafür sorgen muss, dass die Gemeingüter in staatlicher Treuhänderschaft geschützt und gewahrt werden. Kläger, die diesen Grundsatz nutzen, folgern aus dieser Pflicht zum Schutz gesellschaftlicher Gemeingüter die Verpflichtung zu staatlichen Maßnahmen zum Klimaschutz und zu Anpassungen an den Klimawandel.³³ Ein vierter wichtiger Trend ist der Versuch, die Auswirkungen des Rohstoffabbaus konkret mit dem Klimawandel und Resilienz in Zusammenhang zu bringen und so bestimmte Umweltprüfungs- und Genehmigungsverfahren anzufechten. Der Grundgedanke ist hierbei, dass die Förderung fossiler Ressourcen zu Treibhausgasemissionen und in der Folge zunehmend extremen Wetterereignissen führt, während gleichzeitig die Umwelt bereits durch den Abbau belastet wird. Die Kläger fechten in ihren Klagen daher Genehmigungs- und Prüfverfahren an, in denen ihres Erachtens die Auswirkungen eines Ressourcenabbaus auf Umwelt und Klima nicht ausreichend berücksichtigt werden.³⁴ Fünftens streben Klägerparteien danach, dass eine kausale Verknüpfung zwischen bestimmten Emissionen und schädlichen Folgen für das Klima anerkannt wird, was bisher nur auf allgemeiner Ebene geschieht, für die Zuschreibung von Haftung allerdings auf bestimmte Akteure konkretisiert werden müsste:

„Obgleich mehrere Gerichte den wissenschaftlichen Konsens bezüglich des ursächlichen Zusammenhangs zwischen anthropogenen Treibhausgasemissionen, dem Klimawandel und seinen nachteiligen Auswirkungen anerkannt haben, hat noch kein Gericht erkannt, dass bestimmte Treibhausgasemissionen im Sinne der Feststellung einer Haftung kausal mit bestimmten nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels einhergehen“.³⁵

Eben diese Verbindung von spezifischen einzelnen Beiträgen mit bestimmten Folgen ist allerdings in vielen Gesetzen die Voraussetzung zur Zuschreibung von Haftung. Die Feststellung der Haftung spielt auch bei einem weiteren Trend eine wichtige Rolle: Im Rahmen der Klimaklagen soll Schadensersatz eingeklagt werden für Versäumnisse bezüglich der Anpassung an den Klimawandel, für

32 Vgl. Setzer/Byrnes (2020): *Global trends in climate change litigation*. S. 14-18; Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2017): *Klimawandel vor Gericht*. S. 7.

33 Vgl. Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2017): *Klimawandel vor Gericht*. S. 24f.

34 Vgl. United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report*. S. 20.

35 Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2017): *Klimawandel vor Gericht*. S. 20.

Folgen bestimmter Anpassungsmaßnahmen oder das Unterlassen bestimmter Maßnahmen.³⁶ In diesem Bereich der Klimaklagen werden einige bedeutende Klagen gegen *Carbon Majors* bemüht, die gemäß der Kläger unrechtmäßige Handlungen ausüben, indem sie trotz des Wissens über die klimaschädlichen Folgen von Treibhausgasen weiterhin fossile Brennstoffe verbrennen. Für dieses fahrlässige Handeln und das Erregen öffentlichen Ärgernisses sollen die Konzerne Haftung übernehmen.³⁷

Neben diesen unterschiedlichen juristischen Strategien können vier weitere allgemeine Trends beobachtet werden: Einerseits werden immer mehr Klagen bei internationalen Organen eingereicht.³⁸ Andererseits nimmt sowohl die Zahl an Klimaklagen im Globalen Süden als auch die Zahl an Fällen, bei denen *Carbon Majors* angeklagt werden, zu.³⁹ Darüber hinaus werden zunehmend Klagen verzeichnet, die gegen irreführende Informationen von Unternehmen und Greenwashing-Kampagnen vorzugehen versuchen – so beispielhaft eine Klage gegen Exxon, bei der die klagenden Aktionäre u.a. behaupten, das Unternehmen habe wissenschaftliche Erkenntnisse eigener Forscher zum Klimawandel absichtlich zu verwässern versucht, um wichtige Informationen vorzuenthalten.⁴⁰

Nach dieser theoretischen Einführung in die Thematik der Klimaklagen wird im nächsten Kapitel eine konkrete Klimaklage skizziert. In Kapitel 4 wird dann die Berichterstattung zu diesem Fall in einigen ausgewählten Zeitungen analysiert. Von besonderem Interesse ist dabei einerseits, inwiefern die Form der Berichterstattung länderspezifische Besonderheiten aufweist, und andererseits, ob es länderübergreifende Tendenzen gibt, die in Zusammenhang mit den politischen Ausrichtungen der Zeitungen stehen.

3 Der Analysegegenstand

3.1 Das Fallbeispiel: Klage des peruanischen Bauern Saúl Luciano Lliuya gegen den deutschen Energiekonzern RWE in Deutschland

Das im Folgenden beschriebene Beispiel einer Klimaklage ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich und hat viel Aufmerksamkeit erweckt: Der peruanische Kleinbauer und Bergführer Saúl Luciano Lliuya aus Huaraz, Peru, reichte am

36 Vgl. *ibid.* S. 22.

37 Vgl. Setzer/Byrnes (2020): *Global trends in climate change litigation*. S. 20.

38 Vgl. United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report*. S. 28.

39 Vgl. Setzer/Byrnes (2020): *Global trends in climate change litigation*. S. 18-20; Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2017): *Klimawandel vor Gericht*. S. 26.

40 Vgl. United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report*. S. 26.

24. November 2015 eine Klage gegen den deutschen Energiekonzern RWE beim Landgericht Essen ein: Aufgrund des Klimawandels schmilzt ein oberhalb des Heimatortes Lliuyas liegender Gletscher, weshalb das Volumen des Gletschensees Palcacocha bedeutend zunimmt. Große Teile der 120.000 Einwohner zählenden Stadt werden durch eine akute Flutgefahr bedroht, darunter auch Lliuyas Familie und sein Eigentum. Die Gefahr einer verheerenden Sturzflut kann dauerhaft nur durch den Bau eines neuen Entwässerungssystems, welches große Wassermengen aus dem Gletschensee abpumpt, und stärkere Dämme um den See gemindert werden.⁴¹ Mit seiner Klage möchte Lliuya erreichen, dass RWE Schadensersatzzahlungen entsprechend des Anteils des Konzerns zu den weltweiten industriellen Treibhausgasemissionen (= 0,47 %) zahlen muss, um damit Schutzmaßnahmen gegen eine etwaige Flutwelle mitzufinanzieren. Dabei verfolgen Lliuya und seine Unterstützer mehrere rechtliche Theorien, darunter die Argumentation, dass das Handeln des Konzerns ein Ärgernis darstelle, für das Lliuya Entschädigung erhalten solle.⁴² Lliuya wird bei seiner Klage von der deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch beraten und von der Rechtsanwältin Dr. Roda Verheyen vertreten, die von Beginn an die Besonderheit der Klage als Präzedenzfall betont: Es ist das erste Mal, dass ein von den Folgen des Klimawandels Betroffener ein europäisches Unternehmen verklagt.⁴³

Am 15. Dezember 2016 erfuhren die Kläger einen ersten Rückschlag, als das Landgericht Essen die Klage abwies. Begründet wurde die Entscheidung u. a. mit einer fehlenden rechtlichen Kausalität, während allerdings eine mögliche naturwissenschaftliche Kausalität eingeräumt wurde.⁴⁴ Daraufhin legte Lliuya beim Oberlandesgericht Hamm Berufung ein, welches die Klage am 30. November 2017 als zulässig und begründet einstufte und den Eintritt in die Beweisaufnahme ankündigte. Diese Verkündung wurde von Germanwatch als „[h]istorischer Durchbruch mit weltweiter Relevanz“⁴⁵ bezeichnet, da zum ersten Mal ein Gericht grundsätzlich einräumt, dass ein Privatunternehmen für seinen Beitrag zu klimabedingten Schäden vor Gericht zur Verantwortung gezogen

41 Vgl. Germanwatch (24.11.2016): „Klimaklage gegen RWE: Landgericht trifft noch keine Entscheidung über Beweisaufnahme“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/13171> [10.03.2021].

42 Vgl. Sabin Center for Climate Change Law/Arnold & Porter (2021): „Luciano Lliuya v. RWE AG“. <http://climatecasechart.com/non-us-case/liuya-v-rwe-ag/> [10.03.2021].

43 Vgl. Germanwatch (24.11.2015): „Peruanischer Kleinbauer klagt gegen RWE wegen Gefahren durch Gletscherschmelze“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/11284> [10.03.2021].

44 Vgl. Germanwatch (15.12.2016): „Landgericht weist Klimaklage gegen RWE ab – Berufung sehr wahrscheinlich“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/13233> [10.03.2021].

45 Germanwatch (30.11.2017): „Historischer Durchbruch mit weltweiter Relevanz bei ‚Klimaklage‘“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/14794> [10.03.2021].

werden kann, wenn ein Teil der konkreten Schäden oder Risiken für Privatpersonen den jeweiligen Unternehmensaktivitäten zugeschrieben werden kann.⁴⁶ Das Gericht erkannte auch die rechtliche Kausalität dahingehend an, dass RWE durch seine Unternehmensaktivitäten als Mitverursacher für das klimabedingte Flutrisiko in Huaraz eingestuft werden kann.⁴⁷ Ähnliche rechtliche Grundlagen existieren in mehr als 50 Staaten, sodass die Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm Auswirkungen auf die weltweite Rechtsprechung und die Rechtspflichten großer Emittenten haben kann.⁴⁸ Mit der Verkündung des Gerichts ging die Klimaklage Lliuyas in die nächste Phase, die Beweisaufnahme. In einem ersten Schritt muss nun ein Gutachten erstellt werden, das klären soll, ob Lliuyas Haus tatsächlich ernsthaft bedroht ist. Im Falle eines bejahenden Gutachtens folgt die Bearbeitung einer zweiten Beweisfrage, die sich damit beschäftigt, in welchem Ausmaß die Unternehmensaktivitäten und Treibhausgasemissionen von RWE und der damit einhergehende Klimawandel tatsächlich zu den klimabedingten Risiken in Huaraz beitragen.⁴⁹ Zum Klären dieser Fragen richtete sich das Oberlandesgericht Hamm im Jahr 2019 mit einem Ersuchen an den Staat Peru, in dem es um die Erlaubnis bat, die Örtlichkeiten in Huaraz begehen zu dürfen. Für die Untersuchungen vor Ort kalkulierte das Gericht ein Jahr.⁵⁰ Auf diese Ortsbegehung wird weiterhin gewartet, da sich der Termin zur Beweisaufnahme vor Ort aufgrund der Corona-Pandemie verzögert.⁵¹ In der Zwischenzeit gab eine wissenschaftliche Studie der Klägersseite Rückenwind: In dem Abstract ihres in dem Fachmagazin *Nature Geoscience* erschienenen Beitrags erklären Forscher der *University of Oxford* und der *University of Washington*, die die Situation des Gletschersees in Huaraz untersucht haben:

46 Vgl. Germanwatch (30.11.2017): „Historischer Durchbruch“.

47 Vgl. Schäfer, Laura/Künzel, Vera/Bals, Christoph (2018): *The significance of climate litigation for the political debate on Loss&Damage*. Discussion Paper. Bonn: Germanwatch e.V., S. 7. Online verfügbar unter: <http://www.germanwatch.org/en/15104> [10.03.2021].

48 Vgl. Germanwatch (30.11.2017): „Historischer Durchbruch“.

49 Vgl. Germanwatch (o.J.): „Der Fall Huaraz. Meilensteine im ‚Fall Huaraz‘“. <https://germanwatch.org/de/der-fall-huaraz> [10.03.2021].

50 Vgl. Germanwatch (24.04.2019): „Der Fall Huaraz im vierten Jahr“. Meldung. <https://www.germanwatch.org/de/16451> [10.03.2021].

51 Vgl. Germanwatch (05.06.2020): „COVID-19 auch in Peru: Wie geht es derzeit dem Kläger Saúl Luciano Lliuya in Huaraz?“. Meldung. <https://germanwatch.org/de/18685> [10.03.2021].

„We found that the magnitude of human-induced warming equals between 85 and 105% (5-95% confidence interval) of the observed 1°C warming since 1880 in this region. We conclude that it is virtually certain (>99% probability) that the retreat of Palcaraju glacier to the present day cannot be explained by natural variability alone [...]“.⁵²

Diese Studie liefert einen wichtigen Beitrag zum Schließen der kausalen Kette zwischen den Treibhausgasemissionen von RWE, dem Schmelzen des Gletschers und dem daraus resultierenden Anstieg des Gletschersees.

Die Klage von Lliuya gegen RWE hat international Aufmerksamkeit erregt, da erstmals in Europa ein Konzern von einem Betroffenen des Klimawandels in Zusammenhang mit dem Klimawandel verklagt wird, die Klage somit weltweit als Musterklage wahrgenommen wird und sie darüber hinaus durch die Entscheidung und Begründung der Annahme durch das Oberlandesgericht Hamm zu einem weltweiten Präzedenzfall für die Frage geworden ist, ob einzelne Großemittenten für den Schutz vor klimawandelbedingten Risiken aufkommen müssen.

3.2 Germanwatch im Kontext der Anklage

Die deutsche NGO Germanwatch unterstützt den peruanischen Kläger bei seinen Bemühungen vor Gericht und spielt eine wichtige Rolle bei der Klage. Der 1991 gegründete Verein engagiert sich im Allgemeinen für globale Gerechtigkeit und den weltweiten Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Mittlerweile zählt Germanwatch mehr als 70 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter an seinen beiden Standorten Bonn und Berlin und ist zu einem wichtigen Akteur im Klima- und Umweltschutz in Deutschland geworden, der jedoch gleichzeitig global handelt und denkt. Germanwatch präsentiert sich selbst mit folgenden Worten:

„Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des „globalen Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im „globalen Süden“ bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft bilden wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung“.⁵³

Vor dem Hintergrund des Aktionsschwerpunktes der NGO im Spannungsfeld der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden fügt sich die Klage Lliuyas gegen RWE ideal in die Bestrebun-

52 Stuart-Smith, Rupert/Roe, Gerard/Li, Songgang/Allen, Myles.(2021): „Increased outburst flood hazard from Lake Palcacocha due to human-induced glacier retreat“. In: Nature Geoscience. 14, S. 85-90. <https://doi.org/10.1038/s41561-021-00686-4>.

53 Germanwatch: „Über uns“. <https://www.germanwatch.org/de/ueber-uns> [10.04.2021].

gen der NGO ein. Indem Germanwatch den peruanischen Kleinbauern finanziell unterstützt, ihn berät und die Klage vor Gericht dadurch ermöglicht, befähigt sie ein ‚Opfer‘ der globalen Ungerechtigkeit, direkt dagegen vorzugehen. Wenn das Handeln Lliuyas für ihn persönlich primär darin begründet ist, die unmittelbare Gefahr für sich, seine Familie und die Bewohner der Stadt abzuwenden, so mag Germanwatch zwar auch an dem Einzelschicksal der Betroffenen in Huaraz interessiert sein, gleichzeitig rückt die grundsätzliche Bedeutung der Klage im Kampf gegen die Ungerechtigkeiten der globalen Ungleichheiten stärker in den Fokus. Das Interesse der NGO geht über den Einzelfall hinaus, sieht sie doch in der Klage die Möglichkeit, einen Präzedenzfall zu schaffen und somit systemweit und auch über die deutsche Rechtsprechung hinaus eine rechtliche Grundlage für weitere Fälle zu schaffen. Der Vorsitzende von Germanwatch macht dies deutlich, als er den Entschluss des Oberlandesgerichts Hamm, den Fall anzunehmen, begrüßt und unmittelbar die internationale Reichweite der Entscheidung betont:

„Die Ausführungen des Oberlandesgerichts machen deutlich, dass es auch dann Verantwortung für gravierende Folgen gibt, wenn viele zu diesen Folgen beigetragen haben. Das ist eine sehr gute Nachricht für den globalen Klimaschutz und die von den Folgen des Klimawandels bedrohten Menschen in der ganzen Welt [...]. Der Druck auf große Treibhausgas-Emittenten und die Politik ist mit dem heutigen Tag massiv gewachsen“.⁵⁴

Ein zentrales Ziel von Germanwatch liegt darin, durch diese Einzelklage Veränderungen in der Klimapolitik und dem Handeln der Energiebranche herbeizuführen, die die Situation grundlegend zum Positiven verändern. Einerseits soll ein klimaverantwortlicheres Verhalten von Wirtschaft und Politik erreicht werden, andererseits sollen betroffene Menschen – wie Lliuya – besser geschützt und unterstützt werden. Für den Germanwatch-Vorsitzenden Milke sendet die Klage Lliuyas daher mit ihrer Einreichung bereits „ein wichtiges Signal an die Energiebranche und an die Politik aus: Die Emissionen müssen sinken, damit nicht immer mehr Menschen vom Klimawandel bedroht werden.“⁵⁵

Germanwatch selbst berichtet auf seiner Homepage ausführlich über die Klimaklage, wobei eine grobe Übersicht einen ersten Überblick zum Fall erlaubt und detailliertere Informationen in ausführlicheren Artikeln nachgelesen werden können. Darüber hinaus konnte die NGO durch den Charakter der Klage

54 Germanwatch (13.11.2017): „Großemittenten sind verantwortlich für Folgen des Klimawandels“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/14693> [10.03.2021]

55 Germanwatch (24.11.2015): „Peruanischer Kleinbauer klagt gegen RWE wegen Gefahren durch Gletscherschmelze“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/11284> [10.03.2021].

als Präzedenzfall mit einem verhältnismäßig großen Medieninteresse rechnen, womit eine entsprechende Öffentlichkeitswirksamkeit einhergeht. Durch das regelmäßige Berichten in verschiedenen (wichtigen) Medien über den Stand der Klimaklage kann in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und ein wachsendes Bewusstsein für das Thema des Klimawandels und damit einhergehender Folgen, für globale Ungerechtigkeit und (mangelnde) Unternehmensverantwortlichkeit in diesem Kontext geweckt werden. Mit einer Sensibilisierung für diese Themen geht im besten Fall ein verantwortlicheres Verhalten oder das Beanstanden von Missständen einher, wodurch die Anliegen der NGO wiederum bestärkt werden. Die Tatsache, dass Germanwatch in der Berichterstattung wiederholt namentlich genannt wird, verleiht darüber hinaus auch dem Verein mehr Sichtbarkeit, was sich ebenso positiv auf dessen Entwicklung, Spendengelder und Mitgliederzahlen auswirken kann. Mehr Sichtbarkeit und mehr Unterstützung geben einer NGO dabei gleichzeitig mehr Gewicht, wodurch Anliegen besser und zielführender verfolgt werden können. Die Medienwirksamkeit der Klage verbindet außerdem RWE wiederholt mit kritischen Schlagzeilen, was dem Image des Konzerns Schaden zufügen kann.

Für Germanwatch ist die Klage Lliuyas gegen RWE somit eine Möglichkeit, grundlegende Veränderungen anzutreiben. Neben dem Einzelschicksal geht es der NGO um das Erzielen eines juristischen Durchbruchs mit weitreichenden Folgen, die Unternehmen und Politik zu einem klima- und sozialverträglicheren Handeln verpflichten. Dabei setzt Germanwatch auch auf ein großes Medieninteresse angesichts des Präzedenzcharakters, welches den Anliegen Lliuyas sowie des Vereins Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit verleihen soll. Ebendiese Berichterstattung in ausgewählten Printmedien wird im folgenden Kapitel analysiert und hinsichtlich nationaler Charakteristika sowie politisch orientierter Unterschiede beleuchtet.

4 Analyse der Medienberichterstattung in Deutschland, Peru und Frankreich

4.1 Auswahl der analysierten Medien

Gegenstand der Analyse sind Artikel aus ausgewählten Tageszeitungen aus Deutschland, Peru und Frankreich. Die Entscheidung, die Medienberichterstattung aus Deutschland zu analysieren, ist eindeutig: In Deutschland liegt der Unternehmenssitz des angeklagten Konzerns RWE und somit findet dort auch das Gerichtsverfahren statt. Ebenso ist es naheliegend, die Berichterstattung in Peru, der Heimat des Klägers und dem Ort der Gletscherschmelze, zu analysieren. Mit der Untersuchung der Berichterstattung in Frankreich soll exemplarisch ein weiteres europäisches Land in der Analyse berücksichtigt werden, wobei

die Frage im Raum steht, ob und inwiefern in einem nicht direkt von der Klage betroffenen Land über das Verfahren berichtet wird, welches durch seinen Charakter als Präzedenzfall auch auf die Rechtsprechung und Unternehmen in Frankreich und anderen europäischen sowie außer-europäischen Ländern Einfluss haben kann.

Als Quellen für das Korpus wurden für jedes Land je eine konservative, eine zur politischen Mitte ausgerichtete und eine eher links orientierte Tageszeitung ausgewählt. Es handelt sich bei allen Zeitungen um auflagenstarke Leitmedien. Für Deutschland wird die Berichterstattung in der konservativ-liberalen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), der eher linksliberalen, aber unternehmensfreundlichen *Süddeutschen Zeitung* (SZ) und der alternativen, systemkritischen tageszeitung (taz) untersucht.⁵⁶ Diesen deutschen Leitmedien ähneln jeweils die französischen Zeitungen *Le Figaro*, *Le Monde* und *Libération*.⁵⁷ Für Peru wurden entsprechend die Zeitungen *Gestión* – mit einem Schwerpunkt auf Wirtschaft und Finanzen – und *El Comercio* ausgewählt, die beide zu der dominierenden Mediengruppe *El Comercio*, gehören. *La República* gilt als eher links ausgerichtetes Leitmedium.⁵⁸

Grundlage der folgenden Analyse sind alle von diesen Zeitungen veröffentlichte Artikel mit Bezug auf die Klimaklage Lliuyas gegen RWE, die sowohl in der Printausgabe als auch in der Onlinepräsenz der Zeitungen bis März 2021 ermittelt werden konnten.

4.2 Dichte und allgemeine Form der Berichterstattung

Insgesamt wurden 74 Artikel⁵⁹ in den neun Zeitungen ermittelt, welche entweder die Klage Lliuyas gegen RWE als Hauptthema haben, im Rahmen eines

56 Vgl. FAZIT Communication GmbH (14.08.2012): „Die Zeitungen im Medienland Deutschland“. <https://www.deutschland.de/de/topic/kultur/kommunikation-medien/die-zeitungen-im-medienland-deutschland> [15.03.2021].

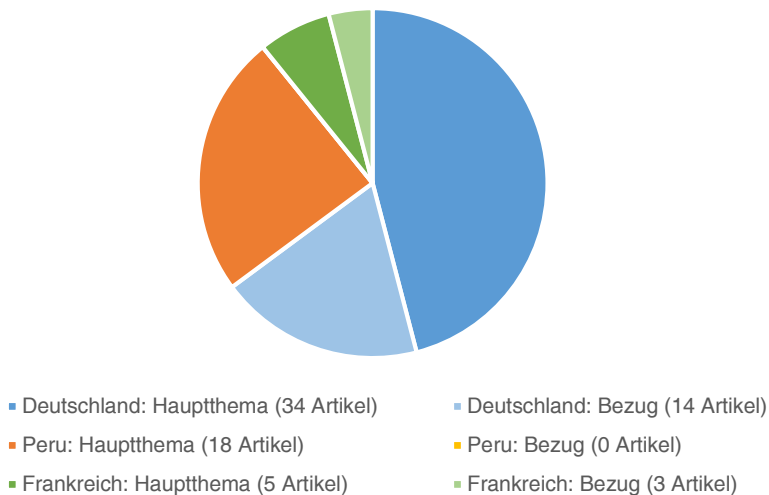
57 Vgl. Alfon, Dov (18.09.2020): „à nos lecteurs. Changer ‚Libé‘, rester ‚Libé‘“. *Libération*. https://www.liberation.fr/france/2020/09/18/changer-libe-rester-libe_1799937/ [15.03.2021]; Ternisien, Xavier (13.07.2012): „Avec Alexis Brézet, Dassault veut ouvrir ‚une nouvelle étape‘ au ‚Figaro‘“. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/economie/article/2012/07/13/avec-alexis-brezet-dassault-veut-ouvrir-une-nouvelle-etape-au-figaro_1733506_3234.html [15.03.2021]; Wolf, Laurent (29.09.2001): „‚Le Monde‘, un journal et les pouvoirs“. *Le Temps*. <https://www.letemps.ch/opinions/monde-un-journal-pouvoirs> [15.03.2021].

58 Vgl. Freundt-Thurne, Úrsula/Pita, César/Ampuero, María José (2012): *Mapping Digital Media: Peru. A report by the open society foundations*. Open society foundations, S. 22-24. Online verfügbar unter: <http://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/mapping-digital-media-peru-20121112.pdf> [15.03.2021].

59 Einige Artikel sind in zum Teil leicht überarbeiteter Form u.U. unter einem anderem Titel sowie in Print- und Onlineversion einer Zeitung mehrfach erschienen. Diese Artikel werden in dieser Arbeit nur einmal berücksichtigt, wobei für die Analyse bei identischen Artikeln die Erstveröffentlichung zitiert wird. Bei Artikeln, die in leicht abgeänderten Versionen vorliegen, wird die letzte, überarbeitete Version verwendet.

übergeordneten Themas über die Rechtsstreitigkeit berichten oder nur kurz Bezug auf den Fall nehmen. In Deutschland wurden mit 48 Artikeln deutlich am meisten Artikel veröffentlicht, während in Peru noch 18 Artikel gezählt werden können, in Frankreich insgesamt nur acht. Gleichzeitig ist die Zahl der Artikel, in denen lediglich nebensächlich Bezug auf die Klimaklage genommen wird, in den deutschen Zeitungen mit insgesamt 14 Artikeln am höchsten. Die französischen Zeitungen zählen drei, die peruanischen keinen.

Abb. 1: Anzahl der Artikel nach Land und Bedeutung des Themas im Artikel



Der Fall wird dabei häufig als ein konkretes Beispiel einer Klimaklage herangezogen, während sich die Artikel insgesamt entweder mit dem wachsenden Trend der Gerichtsverfahren zum Klimawandel beschäftigen – zum Beispiel „Justice climatique: un procès perdu, d’autres attendus“⁶⁰, „Les contentieux climatiques se multiplient dans le monde“⁶¹ –, anlässlich eines politischen Großereignisses die Klimapolitik und Entwicklungen des Umwelt- und Klimaschutzes beleuchten

60 Massiot, Aude (04.01.2018): „Justice climatique: un procès perdu, d’autres attendus“. *Libération*. https://www.liberation.fr/planete/2018/01/04/justice-climatique-un-proces-perdu-d-autres-attendus_1620271/ [17.03.2021].

61 Jolly, Patricia (06.03.2018): „Les contentieux climatiques se multiplient dans le monde“. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/climat/article/2018/03/06/les-contentieux-climatiques-se-multiplient-dans-le-monde_5266294_1652612.html [17.03.2021].

– zum Beispiel „Abschluss der UN-Klimakonferenz in Bonn: Draußen schlägt drinnen“⁶², „Industriestaaten fürchten Urteile“⁶³ – oder schwerpunktmäßig über ein anderes Gerichtsverfahren berichten – zum Beispiel „Setzen Klimaschützer den Siegeszug vor Gericht fort?“⁶⁴, „Können Gerichte die Welt retten?“⁶⁵. Die Klage Lliuyas wird hiermit in das breitere Feld der Klimaklagen eingebettet, sodass sie nicht als Einzelfall dasteht. Die Wichtigkeit des Falls wird dabei bereits implizit dadurch deutlich, dass in einem breiteren oder anderen Kontext Bezug auf diesen Fall genommen wird, während gleichzeitig seine Besonderheit wiederholt explizit hervorgehoben wird. Die länderspezifischen Unterschiede, die darauf verweisen, wie häufig Lliuyas Klage zentrales Thema eines Artikels ist und wie häufig sie nur am Rande erwähnt wird (Deutschland 34 : 14, Peru 18 : 0, Frankreich 5 : 3), könnten darin begründet sein, dass das allgemeine Thema ‚Klimaklagen‘ sowohl in Deutschland als auch in Frankreich grundsätzlich, d.h. unabhängig von Lliuyas Klage, eine größere Medienpräsenz hat als in Peru. Während in den beiden europäischen Ländern einige Artikel über Klimaklagen im Allgemeinen sowie andere Gerichtsverfahren zum Klimawandel berichten, wird in Peru, wo dem Phänomen Klimaklagen in den Medien prinzipiell kaum Aufmerksamkeit geschenkt wird, allerdings trotzdem ausführlich über die international angelegte Klage des Landeskinder berichtet.⁶⁶ Die Tatsache, dass in Deutschland verhältnismäßig mehr Artikel schwerpunktmäßig über die Klage berichten als in Frankreich, legt die Vermutung nahe, dass dies mit dem Ort des Gerichtsverfahrens und des Unternehmenssitzes von RWE in Deutschland zu begründen ist.

Bei der Betrachtung der Anzahl von Artikeln je nach politischer Orientierung der Zeitungen fällt auf, dass sowohl in allen Ländern zusammengenommen als auch in jedem Land für sich am meisten Artikel in den zur politischen Mitte ausgerichteten Zeitungen erschienen sind. Deutlich ist auch die geringere Zahl an Artikeln in den konservativen Zeitungen *FAZ* und *Gestión* in Deutschland und Peru.

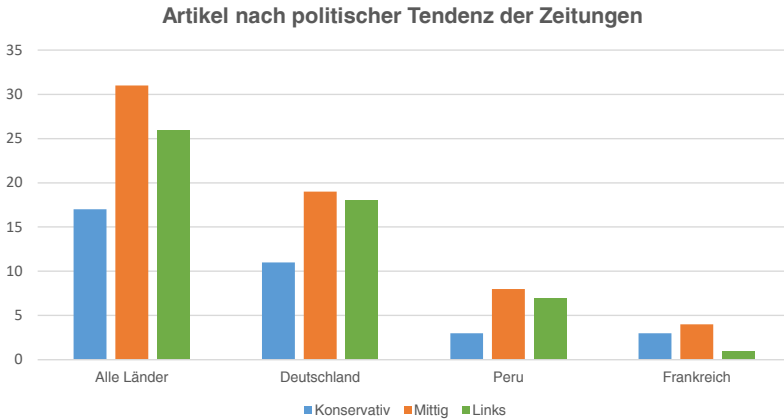
62 Pötter, Bernhard (18.11.2017): „Abschluss der UN-Klimakonferenz in Bonn: Draußen schlägt drinnen“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Abschluss-der-UN-Klimakonferenz-in-Bonn/!5465368&s=lliuya/> [17.03.2021].

63 Pötter, Bernhard (18.06.2018): „Industriestaaten fürchten Urteile“. *die tageszeitung* Nr. 11655, S. 5.

64 Smolka, Klaus Max et al. (15.10.2018): „Setzen Klimaschützer den Siegeszug vor Gericht fort?“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 239, S. 17.

65 Steeger, Gesa (29.10.2019): „Können Gerichte die Welt retten?“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Klagen-wegen-Klimawandel/!5634104/> [17.03.2021].

66 Eine kurze Recherche nach Artikeln zum Thema ‚Klimaklagen‘ in den dieser Analyse zugrunde liegenden Zeitungen hat keine weiteren Ergebnisse erbracht, weshalb die Vermutung formuliert wird, dass dem Thema in den peruanischen Printmedien weniger Beachtung geschenkt wird. Zur Bestätigung der Vermutung wären ausführlichere Recherchen notwendig.

Abb. 2: Anzahl der Artikel nach politischer Tendenz der Zeitungen

Die Verteilung der Anzahl an Artikeln über das politische Spektrum der Zeitungen hinweg kann als Spiegel der Interessen der Leserschaft gedeutet werden: Umwelt- und Klimaschutz sind politisch eher linke Themen, während wirtschaftliche und finanzielle Themen bei konservativ orientierten Medien, Parteien sowie Personen stärker im Fokus stehen. Neben dieser rein numerischen Auszählung ist in diesem Kontext auch von Interesse, ob die Art der Berichterstattung über die Klage *Lliuya vs. RWE* je nach politischer Tendenz der Zeitung unterschiedlich ist und zum Beispiel Kläger und Angeklagter verschieden inszeniert oder etwaige Folgen der Klage unterschiedlich dargestellt werden. Kapitel 4.3 soll diesbezüglich Aufschluss geben. An dieser Stelle kann jedoch bereits festgestellt werden, dass die Berichterstattung auf den ersten Blick das Ziel einer primär neutralen Informationsvermittlung zu verfolgen scheint: Von den insgesamt 74 Artikeln sind die große Mehrheit Berichte (57) und Nachrichten (9). Zwei Reportagen informieren ausführlicher und weitestgehend sachlich über *Lliuya* und seine Klage. Lediglich zwei Kommentare geben die Meinungen von Autoren der *taz* wieder – wovon sich ein Kommentar allgemein auf Klima- und Umweltverschmutzung bezieht – und in drei Interviews werden die Anwältin *Lliuyas*, ein Jurist sowie eine Klimaaktivistin zu ihrer Meinung befragt –, nur das Interview mit *Lliuyas* Anwältin fokussiert explizit auf die Klage gegen *RWE*.⁶⁷

Ein weiterer Aspekt, dem hier noch kurz Beachtung geschenkt werden soll, ist die Frage, wie viele Artikel von Redakteuren der Zeitungen selbst verfasst

⁶⁷ In einem weiteren Artikel wird eine Podcast-Folge angekündigt, in der über die Klage gesprochen wird.

sind und in welchem Ausmaß auf externe Nachrichtenagenturen (wie die Deutsche Presse-Agentur) zurückgegriffen wird. Hier lassen sich große Unterschiede zwischen den Zeitungen und Ländern feststellen: In Deutschland verzeichnet die *taz* mit 94 % der Artikel deutlich am meisten selbst verfasste Artikel, lediglich einmal greift die Zeitung auf einen Artikel des Evangelischen Pressedienstes zurück. Im Gegensatz dazu ist nur ca. die Hälfte der Artikel bei der *SZ* (42 %) und der *FAZ* (55 %) von eigenen Journalisten geschrieben. Für die peruanischen Zeitungen zeichnet sich ein ähnliches Bild: Die am weitesten links orientierte Zeitung, *La República*, verantwortet alle Artikel selbst, während bei *El Comercio* nur drei von acht Artikeln von Redakteuren der Zeitung geschrieben sind und *Gestión* vollständig auf externe Pressedienste zurückgreift. Es stellt sich die Frage, ob eine unterschiedlich hohe Bewertung der Bedeutung des Themas diesen Unterschieden im Aufwenden eigener journalistischer und zeitlicher Ressourcen zugrunde liegt. Die Zahlen für die französischen Zeitungen können aufgrund der deutlich niedrigeren Anzahl von Artikeln nicht zufriedenstellend mit den deutschen und peruanischen Werten verglichen werden. Die Artikel in *Le Monde* und *Le Figaro* sind jeweils zum Teil selbst verfasst und zum Teil unter Rückgriff auf Informationen der französischen Nachrichtenagentur Agence France-Presse zusammengestellt. Die Zeitung *Libération* informiert nur in einem einzigen Artikel und neben anderen Fällen über die Klage Lliuyas – dieser Beitrag ist selbst verfasst.

Nach diesem globalen Überblick zu den in Deutschland, Peru und Frankreich veröffentlichten Artikeln wird in Kapitel 4.3 der Inhalt der Artikel detaillierter und unter verschiedenen Gesichtspunkten analysiert. Dabei werden nur die Artikel berücksichtigt, in denen die Klimaklage Lliuya vs. RWE einen zentralen Stellenwert hat – alle Artikel, die lediglich kurz Bezug auf die Klage nehmen, werden vernachlässigt. Somit verbleiben als Grundlage für die detaillierte Analyse 34 Artikel aus Deutschland, 18 aus Peru und fünf aus Frankreich, insgesamt also 57 Artikel.

4.3 Detailanalyse der Berichterstattung

4.3.1 Die Darstellung von Saúl Luciano Lliuya und RWE

Die Darstellung der Akteure in der Berichterstattung kann die Wahrnehmung der Leserschaft lenken und ihre Positionierung oder Einschätzung der Situation zugunsten einer Seite beeinflussen. Daher ist es von Interesse, wie auf der einen Seite der Kläger Saúl Luciano Lliuya und auf der anderen Seite der angeklagte Energiekonzern RWE dargestellt werden.

Über alle Länder und Zeitungen hinweg wird der Kläger häufig durch seinen Beruf als Kleinbauer definiert. Manchmal wird er auch als Bergführer – als *guía*

de montaña bzw. *guide de haute montagne* – bezeichnet, was seine Nebentätigkeit ist. Interessant ist, dass diese Nennungen mehrheitlich von Angaben zu Lliuyas Herkunft begleitet werden – es wird somit zum Beispiel von dem „peruanischen Kleinbauer und Bergführer“⁶⁸, dem „campesino peruano“⁶⁹ und dem „fermier péruvien“⁷⁰ gesprochen. Insbesondere in der deutschen Berichterstattung wird seine Herkunft in den Vordergrund gerückt, wenn Lliuya überproportional häufig, insgesamt zwanzigmal, ausschließlich ‚der Peruaner‘ genannt wird. In den peruanischen Medien wird sechsmal mit *el peruano* Bezug auf ihn genommen, in Frankreich nur einmal mit *le péruvien*.⁷¹ In der deutschen Berichterstattung wird darüber hinaus verstärkt auf die eher technische Bezeichnung Lliuyas in seiner Funktion als ‚Kläger‘ zurückgegriffen, v.a. in der konservativen Zeitung *FAZ*.⁷² Die Rolle des Peruaners als Familienvater wird dahingegen insbesondere in den peruanischen Tageszeitungen *Gestión* und *El Comercio* angesprochen und in Deutschland nur von der linksalternativen *taz* erwähnt. Wiederholt wird auch von dem „36 Jahre alte[n] Kläger“⁷³ und dem „campesino, de 37 años y padre“⁷⁴ gesprochen. Diese Einblicke in die Person Lliuyas machen den Kläger ‚menschlicher‘ und bringen ihn dem Leser näher. Darüber hinaus widmet die *taz* dem Kläger eine Reportage, in der sie die Person Lliuyas als einfachen und zugleich mutigen und bestimmten Mann kennzeichnet, der sich um die Zukunft seiner Heimat sorgt.

-
- 68 Z.B. Mihm, Andreas (23.11.2015): „Peruaner verklagt RWE wegen Klimaschadens“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energiekonzern-peruaner-verklagt-rwe-wegen-klimaschadens-13927982.html> [31.03.2021].
- 69 Z.B. AFP (24.11.2016): „Justicia alemana decidirá en diciembre demanda de campesino peruano contra gigante energético RWE“. *Gestión*. <https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-decidira-diciembre-demanda-campesino-peruano-gigante-energetico-rwe-121715-noticia/> [31.03.2021].
- 70 Z.B. Jolly, Patricia (15.12.2016): „Climat: la justice allemande rejette la plainte d’un fermier péruvien contre un géant de l’énergie“. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/planete/article/2016/12/15/climat-la-justice-allemande-rejette-la-plainte-d-un-fermier-peruvien-contre-un-geant-de-l-energie_5049663_3244.html [31.03.2021].
- 71 Anzahl nach Zeitungen: *FAZ*: 7, *SZ*: 9, *taz*: 4, *Gestión*: 0, *El Comercio*: 1, *La República*: 5; *Le Figaro*: 0, *Le Monde*: 1, *Libération*: 0.
- 72 In den deutschen Zeitungen wird insgesamt 56-mal von dem „Kläger“ gesprochen (*FAZ*: 27, *SZ*: 15, *taz*: 14), in den peruanischen neunmal und in den französischen dreimal.
- 73 EPD (24.11.2016): „Peruanischer Kleinbauer klagt gegen RWE“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Online-Zugriff für Abonnenten [31.03.2021]
- 74 EFE (13.11.2017): „Tribunal alemán admite recurso de campesino peruano contra gigante eléctrico que no opera en Perú“. *Gestión*. <https://gestion.pe/peru/politica/tribunal-aleman-admite-recurso-campesino-peruano-gigante-electrico-opera-peru-150272-noticia/> [31.03.2021].

„Bis die regionalen Behörden aktiv werden, können Jahre vergehen“, ärgert sich der Bauer. [...] Doch sich seinem Schicksal ergeben möchte Saúl Luciano Lliuya nicht. Seit mehr als zwei Jahren führt der peruanische Bauer einen juristischen Feldzug gegen einen der Verursacher des Klimawandels“.⁷⁵

Dieses Bild eines kämpferischen Mannes, der „erstreiten [möchte], dass der Essener Konzern einen Teil der Maßnahmen bezahlen soll“⁷⁶ klingt in vielen Artikeln verschiedener Zeitungen an. *Le Monde* spricht zum Beispiel von der Entscheidung Lliuyas, „d’attaquer en justice le conglomerat allemand“⁷⁷. Auch in der *SZ* wird Lliuya als ein bescheidener und aufrichtiger Mann porträtiert, der nach Gerechtigkeit strebt: „Es geht mir nicht um den Ruhm“, sagt der Bauer. „Es geht um die Sache.“⁷⁸

Größere Unterschiede in der Darstellung lassen sich in Bezug auf den Angeklagten feststellen, der in allen Zeitungen häufig unter seinem Namen ‚RWE‘ angeführt wird, aber auch in seiner Funktion als (deutscher) Energiekonzern, Stromerzeuger und bedeutendes Unternehmen. Auffällig ist, dass sich die deutschen Medien größtenteils auf diese sachlichen Bezeichnungen beschränken, während in den peruanischen und französischen Medien wiederholt auf das eindrucksvolle Bild eines Riesen zurückgegriffen wird: „el gigante eléctrico alemán“⁷⁹, „el gigante energético alemán“⁸⁰ und „le géant de l’énergie“⁸¹. In den peruanischen Zeitungen liegen 21 solcher Metaphern vor, in den französischen

75 Henkel, Knut (18.06.2018): „Gletscherschmelze in Peru: Der Klimakläger“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Gletscherschmelze-in-Peru/!5511457/> [31.03.2021].

76 Müller, Benedikt (01.12.2017): „Bauer gegen Konzern“. *Die Süddeutsche Zeitung* Nr. 276, S. 17.

77 *Le Monde*/AFP (30.11.2017): „Climat: l’Allemagne examine la requête d’un fermier péruvien contre le géant de l’énergie RWE“. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/planete/article/2017/11/30/climat-l-allemande-accepte-d-examiner-la-requete-d-un-fermier-peruvien-contre-le-conglomerat-de-l-energie-rwe_5222720_3244.html [31.03.2021].

78 Bauchmüller, Michael (24.06.2016): „Der Bauer, der gegen RWE klagt“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimawandel-der-bauer-der-gegen-rwe-klagt-1.3264883> [31.03.2021].

79 Z.B. EFE (30.11.2017): „Justicia alemana admite demanda de campesino peruano contra gigante eléctrico“. *Gestión*. <https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-admite-demanda-campesino-peruano-gigante-electrico-221754-noticia/> [31.03.2021].

80 Z.B. AFP (24.11.2015): „Peruano demandó a empresa alemana por deshielo de glaciares“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/peruano-demando-empresa-alemana-deshielo-glaciares-204957-noticia/> [31.03.2021].

81 Z.B. *Le Monde*/AFP (30.11.2017): „Climat: l’Allemagne examine la requête d’un fermier péruvien contre le géant de l’énergie RWE“. https://www.lemonde.fr/planete/article/2017/11/30/climat-l-allemande-accepte-d-examiner-la-requete-d-un-fermier-peruvien-contre-le-conglomerat-de-l-energie-rwe_5222720_3244.html [31.03.2021].

acht und in den deutschen – trotz insgesamt deutlich mehr Artikeln – nur vier.⁸² Häufig steht diesem Bild eines starken Riesen direkt der ‚peruanische Bauer‘ gegenüber, wodurch ein starkes Machtungleichgewicht zwischen den beiden Akteuren vermittelt wird: „agricultor peruano acusa al gigante de la energía RWE“⁸³, „un campesino peruano contra una gigante eléctrica en Alemania“⁸⁴ und „un paysan péruvien contre le géant de l’énergie RWE“⁸⁵ sind einige Beispiele dieser Darstellung. Diese Darstellung wird auch durch den Bezug auf das biblische Motiv von David und Goliath bestärkt. Der riesenhafte, angsteinflößende Kämpfer Goliath wird in der Bibelgeschichte von dem jungen und mutigen Hirten David besiegt. In allen Ländern finden sich in der Berichterstattung Referenzen auf diese Geschichte, so zum Beispiel „David-gegen-Goliath-Kampf des Peruaners“⁸⁶, „Llegará a ser Saúl un nuevo David?“⁸⁷ und „ce combat à la ‚David contre Goliath“⁸⁸. Allerdings wird dieser Bezug in Deutschland nur viermal hergestellt, in Peru dahingegen siebenmal und in Frankreich zweimal.⁸⁹

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die peruanischen und französischen Medien in der Darstellung des Klägers und des Angeklagten das Machtungleichgewicht der beiden Akteure stärker betonen als die deutschen Zeitungen. Die Inszenierung Lliuyas als einfacher und zugleich mutiger David, der einen scheinbar aussichtslosen Feldzug gegen den mächtigen Konzern RWE führt, weckt Sympathien für den peruanischen Kleinbauern. Dem gegenüber steht eine prinzipiell sachlichere und kühlere Darstellung der Akteure in Deutschland, wo beispielsweise stärker die Rolle Lliuyas als ‚Kläger‘ betont wird.

82 Eine Übersicht findet sich in Anhang 1.

83 El Comercio (24.11.2016): „Alemania examina demanda de peruano por cambio climático“. El Comercio. <https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/alemania-examina-demanda-peruano-cambio-climatico-229285-noticia/> [31.03.2021].

84 Robles, Javier (13.11.2017): „La incansable lucha de un campesino peruano contra una gigante eléctrica en Alemania“. *La República*. <https://larepublica.pe/sociedad/1144862-la-incansable-lucha-de-un-campesino-peruano-contra-una-gigante-electrica-en-alemania/> [31.03.2021].

85 Le Figaro/AFP (30.11.2017): „Allemagne: la requête d’un fermier péruvien contre le géant de l’énergie RWE jugée ‚recevable““. Le Figaro. <https://www.lefigaro.fr/flash-eco/2017/11/30/97002-20171130FILWWW00186-allemaigne-la-requete-d-un-fermier-peruvien-contre-le-geant-de-l-energie-rwe-jugee-recevable.php?web=1&wdLOR=cF00B5C4E-34F9-465B-AB7F-1054E06A5A2D> [31.03.2021].

86 dpa (24.11.2016): „Peruanischer Bauer klagt wegen CO2-Ausstoß gegen RWE“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-peruanischer-bauer-klagt-wegen-co2-ausstoss-gegen-rwe-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-161124-99-295090> [31.03.2021].

87 La República (29.03.2018): „Saúl Lliuya, el peruano que ganó su primera batalla en Alemania“. *La República*. <https://larepublica.pe/sociedad/1219102-saul-lliuya-el-peruano-que-gano-su-primer-batalla-en-alemania/> [31.03.2021].

88 Le Monde/AFP (30.11.2017): „Climat: l’Allemagne examine la requête d’un fermier péruvien contre le géant de l’énergie RWE“.

89 Eine Übersicht findet sich in Anhang 2.

4.3.2 Die Verteilung semantischer Felder

Ein weiterer Aspekt der Analyse ist die Verteilung bestimmter semantischer Felder in den verschiedenen Zeitungen und Ländern. Zu diesem Zweck wurden fünf Bedeutungskategorien gebildet, denen jeweils verschiedene lexikalische Morpheme zugeordnet wurden. Die erste Kategorie umfasst Morpheme, die im Allgemeinen auf etwas Bedrohliches verweisen, und beinhaltet folgende sowie hiermit verwandte Begriffe: Gefahr, Bedrohung und Risiko.⁹⁰ Die zweite Kategorie besteht aus Wörtern, welche die konkrete Gefahrenlage vor Ort und die Folgen eines etwaigen Unglücks beschreiben, zum Beispiel Flut(welle), Überflutung und Katastrophe.⁹¹ Die dritte Kategorie umfasst Begriffe, welche die emotionale Stimmung der Betroffenen angesichts der Gefahrensituation wiedergeben: zum Beispiel Angst, Furcht und Sorgen.⁹² Eine vierte Kategorie deckt das Vorkommen eines kämpferischen Vokabulars ab, zum Beispiel Kampf, Schlacht und angreifen.⁹³ Die fünfte Kategorie fragt danach, ob in den Artikeln ein Bezug zu dem Konstrukt Klimagerechtigkeit hergestellt wird.⁹⁴ Um die Ergebnisse der Auszählung besser vergleichbar zu machen, wird in Abbildung 3 die durchschnittliche Anzahl an Begriffen einer Kategorie pro Artikel und für jede Zeitung separat verbildlicht.

90 Zum Beispiel werden unter dem Morphem ‚Gefahr‘ auch die Wörter ‚gefährlich‘ und ‚gefährdet‘ gezählt. Im Spanischen/Französischen wurden die Begriffe *peligro/danger*; *amenaza/menace* und *riesgo/risque* sowie damit verwandte Wörter gezählt.

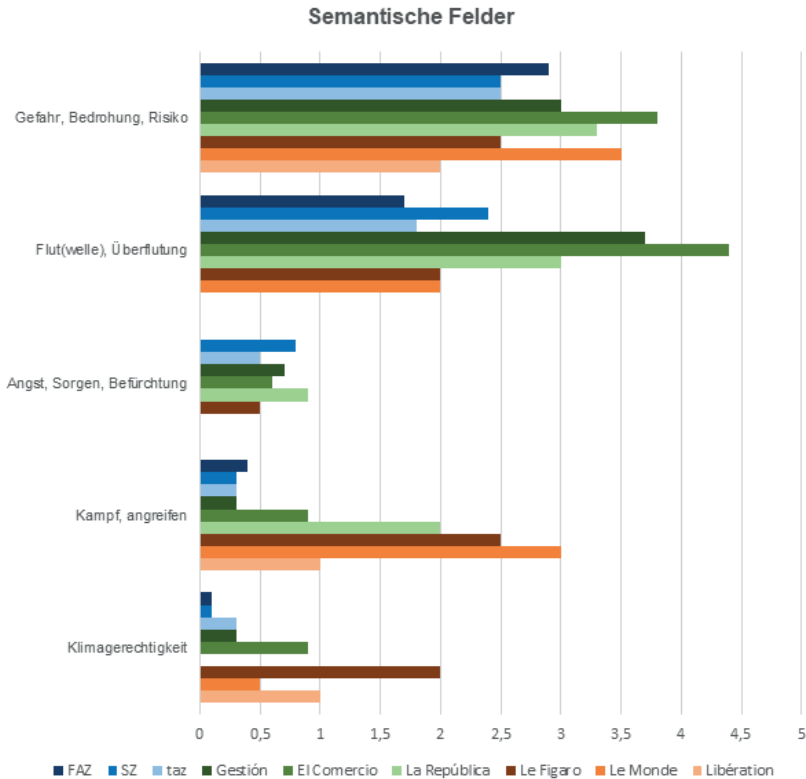
91 Spanische Begriffe: z.B. *inundación*, *desbordar*, *arrasar*, *aluvión*; französische Begriffe: z.B. *inondation*, *submerger*, *engloutir*, *catastrophe*.

92 Spanische Begriffe: z.B. *miedo*, *temer*, *preocupación*; französische Begriffe: z.B. *peur*, *craindre*, *redouter*, *préoccupation*, *souci*.

93 Spanische Begriffe: z.B. *combate*, *lucha*, *batalla*; französische Begriffe: z.B. *combat*, *bataille*, *attaquer*.

94 Spanischer Begriff: *justicia* (climática); französischer Begriff: *justice* (climatique).

Abb. 3: Vorkommen von semantischen Feldern in den Tageszeitungen (in durchschnittlicher Anzahl der Begriffe aus einem semantischen Feld pro Artikel)



In der ersten Kategorie (= Situation der Bedrohung) weisen die deutschen Zeitungen eine sehr ähnliche Dichte an Begriffen auf mit 2,5 pro Artikel für *SZ* und *taz* sowie 2,9 für *FAZ*. Demgegenüber stehen durchgängig höhere Zahlen für die peruanischen Medien: *Gestión* = 3, *El Comercio* = 3,8 und *La República* = 3,3. Die französischen Zeitungen streuen mehr, wobei hier einschränkend angemerkt werden muss, dass die geringe Anzahl an Artikeln einen stichhaltigen Vergleich erschwert.⁹⁵ In der zweiten Kategorie, welche Begriffe bezüglich konkreter Folgen eines Unglücks umfasst, bilden die drei peruanischen Zeitungen deutlich die Spitze mit den meisten Nennungen, während die Häufigkeit in den

⁹⁵ Für *Le Figaro* und *Le Monde* liegen jeweils nur zwei Artikel vor, für *Libération* sogar nur einer.

deutschen Zeitungen erneut übergreifend deutlich geringer ist. Überraschend ist die über alle Zeitungen hinweg geringe Dichte an Begriffen, welche die emotionale Befindlichkeit der Betroffenen angesichts der Bedrohung thematisieren: Die Werte liegen alle zwischen 0 und 0,9. Die Zeitungen scheinen somit eher über die Umstände und die bedrohliche Situation zu berichten, als die damit verbundenen Sorgen der Betroffenen zu thematisieren. Mit Blick auf die vierte Kategorie – die Verwendung eines kämpferischen Vokabulars – zeigt sich, dass diese Kampf-Analogie insbesondere in Frankreich hergestellt wird, wo der Rechtsstreit u.a. metaphorisch als „bataille“ bezeichnet wird. Dies verleiht dem Thema mehr Lebendigkeit, Brutalität und gleichzeitig Wichtigkeit. Ein Kampf steht für viel Einsatz und eine große Bedeutung des Ausgangs für die einzelnen Parteien. Die peruanischen Medien greifen mit zwei Begriffen pro Artikel in *La República* teils mehr und mit nur 0,3 pro Artikel in *Gestión* teils weniger auf solche Bilder zurück. Die deutsche Berichterstattung mit nur 0,3 bzw. 0,4 Begriffen pro Artikel lässt insgesamt eher nüchterner anmuten. Interessant ist auch, dass die französischen Medien (insbesondere *Le Figaro*) den Rechtsstreit verstärkt in den breiteren Kontext der justice climatique einordnen, während der Aspekt der Klimagerechtigkeit in den deutschen Zeitungen kaum anklingt. Ein Grund dafür könnte sein, dass von französischer Seite aus kein Akteur unmittelbar in die Klage involviert ist und das Thema deshalb in einen allgemeineren Kontext eingebettet wird.

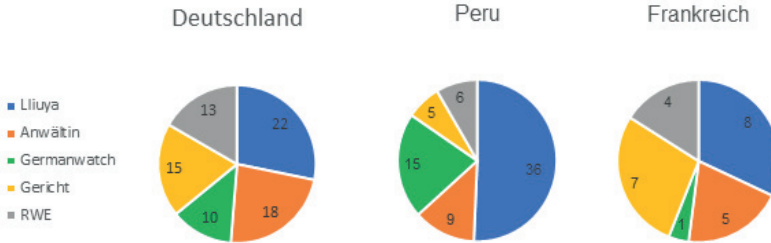
Diese Befunde bezüglich der Verteilung bestimmter semantischer Felder in den einzelnen Zeitungen sprechen für eine tendenziell landesspezifische Berichterstattung, bei der die Schwerpunkte der Berichterstattung in den Zeitungen eines Landes jeweils ähnlich sind und sich von den anderen Nationen unterscheiden. So wirkt die deutsche Berichterstattung angesichts der durchgängig geringsten Dichte von Begriffen in den Kategorien 1 bis 4 tendenziell nüchterner als die peruanische und die französische, welche der Bedrohungssituation und der etwaigen Katastrophe anteilmäßig mehr Raum geben. Auch die Kampf-Analogie ist dort präsenter, was mehr Emotionen weckt.

4.3.3 Die Wiedergabe der direkten Rede der Betroffenen

Auch hinsichtlich des direkten Zitierens der einzelnen Akteure zeigen sich Unterschiede in der Berichterstattung zwischen den Ländern. Für die Analyse wurden alle Zitate der zentralen Beteiligten berücksichtigt, worunter Lliuya, seine Anwältin Roda Verheyen, Germanwatch, die Gerichte und RWE zählen. Auffällig ist dabei zunächst, dass zwar in allen Zeitungen die Betroffenen direkt zu Wort kommen, in den deutschen Zeitungen jedoch verhältnismäßig weniger

direkte Zitate stehen als in Peru und Frankreich.⁹⁶ Darüber hinaus bestehen deutliche Unterschiede dahingehend, wie häufig die einzelnen Akteure zitiert werden, was Abbildung 4 veranschaulicht.

Abb. 4: Anzahl direkter Zitate nach zitiertem Akteur und je Land



In allen Ländern wird am häufigsten Lliuya zitiert. In Deutschland und Frankreich fallen dabei ungefähr 30 % aller Zitate auf den Kläger, während es in Peru sogar 51 % sind. Die peruanischen Medien räumen Lliuyas Perspektive somit eine herausragende Stellung ein und transportieren seine Aussagen deutlich am häufigsten ungefiltert zum Leser. Der peruanische Kläger steht somit angesichts seiner Wortgewalt im Fokus der peruanischen Berichterstattung. Fasst man Lliuya, seine Anwältin und Germanwatch als ‚Klägerseite‘ zusammen, so kommt dieser Fraktion in allen Ländern über die Hälfte der Zitieranteile zu: in Frankreich 56 %, in Deutschland – wo die Anwältin verhältnismäßig viel zitiert wird – 66 % und in Peru – wo neben Lliuya auch Germanwatch häufig zitiert wird – sogar 89 %. In den peruanischen Medien kommen RWE und die Gerichte somit kaum zu Wort. Im Gegensatz dazu entfallen in Frankreich 28 % aller direkten Zitate auf die Gerichte, welche somit fast so häufig zitiert werden wie Lliuya (32 %). Dieser Schwerpunkt auf der Judikativen in Frankreich kann daher rühren, dass die französischen Medien ‚von außen‘ auf diese primär ‚deutsch-peruanische Klimaklage‘ schauen, die Entwicklung der Klage als Präzedenzfall allerdings durchaus auch Auswirkungen in Frankreich haben kann und Einfluss auf die dortige Rechtsprechung und etwaige zukünftige Klagen nehmen kann. Die Entscheidungen der Gerichte sind in Frankreich somit von besonderer Relevanz. RWE erhält in allen Ländern insgesamt nur einen geringen direkten Redeanteil. In Deutschland ist dieser mit 17 % noch am höchsten, wobei hier

⁹⁶ In den deutschen Zeitungen wurden 78 direkte Zitate in den 34 Artikeln gezählt, in Peru 71 direkte Zitate in 18 Artikeln und in Frankreich 25 direkte Zitate in 5 Artikeln.

die konservative *FAZ* mit insgesamt sechs die meisten direkten Zitate anführt, kurz gefolgt von der linksalternativen *taz* (fünf Zitate). Die *SZ* lässt RWE nur zweimal zu Wort kommen.

Die Analyse der Wiedergabe der direkten Rede von Betroffenen zeigt zusammenfassend einerseits Gemeinsamkeiten – wie zum Beispiel ein seltenes Zitieren des angeklagten Konzerns RWE in allen Ländern – und andererseits länderspezifische Schwerpunkte – wie zum Beispiel einen sehr hohen Anteil der Wiedergabe von Lliuya in Peru und ein vermehrtes Zitieren der Gerichte in Frankreich. Inhaltlich betonen sowohl die Anwältin als auch Germanwatch in den Zitaten immer wieder den Charakter der Klage als Präzedenzfall. Welche Bedeutung diesem Aspekt in der Berichterstattung eingeräumt wird, wird im nächsten Abschnitt betrachtet.

4.3.4 Die Betonung der Vorreiterrolle der Klimaklage

„Erstmals klage nun ein vom Klimawandel Betroffener gegen ein europäisches Unternehmen, dafür gebe es keinen Präzedenzfall.“⁹⁷ Direkt in dem ersten Artikel der *FAZ*, der über die Klage Lliuyas gegen RWE berichtet, wird der außergewöhnliche und neuartige Charakter der Klage betont. In allen Ländern kommt diesem Aspekt in der Berichterstattung Aufmerksamkeit zu: In den deutschen Zeitungen verweisen durchschnittlich 1,2-mal pro Artikel Begriffe (wie zum Beispiel Präzedenzfall, Vorbildcharakter, Rechtsgeschichte und erstmals) auf die Vorreiterrolle der Klage, in den französischen Medien 1,4-mal und in den peruanischen Zeitungen 1,6-mal.⁹⁸ Die peruanischen Medien betonen die Einmaligkeit der Klage somit stärker als die deutschen Tageszeitungen, wobei insbesondere die linksorientierte *La República* mit alleine 14 Begriffen Wert auf die Neuartigkeit der Klage legt. Auch in den deutschen Tageszeitungen zählt die linksalternative *taz* mit 21 Nennungen die meisten Begriffe, die den Prozess „als Musterverfahren mit weltweiter Vorbildwirkung“⁹⁹ darstellen. Auffällig ist, dass häufig auf Äußerungen der betroffenen Akteure zurückgegriffen wird, um die Besonderheit der Klage zu unterstreichen: Die *FAZ* stellt dementsprechend fest: „Die Anwältin des Kleinbauern, Roda Verheyen, erklärte nach der OLG-Entscheidung, dass

97 Mihm, Andreas (23.11.2015): „Peruaner verklagt RWE wegen Klimaschadens“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energiekonzern-peruaner-verklagt-rwe-wegen-klimaschadens-13927982.html> [31.03.2021].

98 In den deutschen Artikeln wurden insgesamt 42 Begriffe identifiziert, in den peruanischen 28 und in den französischen 7.

99 Rath, Christian (30.11.2017): „Gericht zu Klimaprozess gegen RWE: Mitschuld von 0,47 Prozent“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Gericht-zu-Klimaprozess-gegen-RWE/15463698&s=lliuya/> [31.03.2021].

der Einstieg in die Beweisaufnahme ‚ein Stück Rechtsgeschichte‘ schreibe.“¹⁰⁰ Die *taz* zitiert die Anwältin Lliuyas folgendermaßen: „Uns ist klar, dass wir juristisches Neuland betreten“, so Verheyen“¹⁰¹. Die peruanische Tageszeitung *El Comercio* bezieht sich direkt auf die deutsche Umweltorganisation: „Según Germanwatch, ‚que una empresa sea demandada por una persona afectada por el cambio climática es toda una primicia‘.“¹⁰² Und auch die französische Zeitung *Le Figaro* betont die juristische Relevanz der Klage unter Berufung auf Lliuyas Anwältin: „L’avocate de Saul Luciano Lliuya, également citée par Germanwatch, a quant à elle salué une étape ‚qui écrit une page de l’histoire du droit‘.“¹⁰³ Indem der Fall als ‚juristischer Durchbruch“¹⁰⁴ dargestellt wird, bekommt die Klage eine Bedeutung, die über den Einzelfall hinausgeht und weitreichende Konsequenzen haben kann. Hierdurch erklärt sich auch das Interesse, das der Klage medial, aber auch von Nichtregierungsorganisationen, Klimaaktivisten, Organen der Rechtsprechung und weiteren Institutionen weltweit zukommt. Gleichzeitig ist es für die Medienwirksamkeit des Falls wichtig, dass dieser Modellcharakter der Klage wahrgenommen wird. Insofern überrascht es nicht, dass die Beteiligten in ihren Stellungnahmen wiederholt die Besonderheit der Klage als Präzedenzfall hervorheben, was dann von den Medien aufgenommen und transportiert wird. Hier wird die gegenseitige Dependenz von Klägerseite und Medien deutlich. Selbst wenn sich die Zeitungen um eine neutrale und sachliche Berichterstattung bemühen, unterstützen sie die Klägerseite als Sprachrohr. Natürlich schließt dies nicht aus, dass auch die andere Seite – d.h. RWE – mit ihrer Sichtweise auf den Fall zu Wort kommt. Wie im vorangehenden Abschnitt dargestellt, wird der Konzern allerdings insgesamt deutlich weniger zitiert als die Akteure auf der Klägerseite. Natürlich liegt es letzten Endes immer auch beim Leser, wie die Argumente wahrgenommen und interpretiert werden, nichtsdestotrotz können die Medien durch die Wahl ihrer Berichterstattung Einfluss nehmen. In diesem Fall stellen alle Zeitungen über alle Länder hinweg – unabhängig von

100 hade./KNA (30.11.2017): „Bauer aus Peru erzielt Teilerfolg gegen RWE“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/peruanischer-bauer-erzielt-teilerfolg-gegen-rwe-15317958.html> [31.03.2021].

101 Pötter, Bernhard (16.03.2015): „Peruanischer Bergführer verklagt RWE: Per Gericht gegen den Klimawandel“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Peruanischer-Bergfuehrer-verklagt-RWE/!5016481/> [31.03.2021].

102 AFP (08.12.2015): „El campesino de Áncash que se enfrenta a culpables del deshielo“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/peru/ancash/campesino-ancash-enfrenta-culpables-deshielo-250972-noticia/> [31.03.2021].

103 Le Cain, Blandine (01.12.2017): „Climat: un paysan péruvien se bat pour une justice climatique mondiale“. *Le Figaro*. <https://www.lefigaro.fr/sciences/2017/12/01/01008-20171201ART-FIG00268-climat-un-paysan-peruvien-se-bat-pour-une-justice-climatique-mondiale.php> [31.03.2021].

104 Schwarz, Susanne (04.02.2021): „Studie zu Klimafolgen in Peru: Beweis für Klage erbracht“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Studie-zu-Klimafolgen-in-Peru/!5749078&s=lluiya/> [31.03.2021].

einer Stellungnahme zugunsten einer Partei – die grundsätzliche Bedeutung der Klage dar und rekurrieren dabei häufig auf Aussagen der Klägerseite. Hiermit unterstützen sie deren Bemühungen, eine möglichst große Medienöffentlichkeit zu erlangen, welche wiederum durch die Betonung des Vorreitercharakters der Klage besonders wahrscheinlich scheint.

5 Schlussfolgerungen: Fazit und Perspektiven

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Klage Lliuyas gegen RWE insbesondere in Deutschland eine große mediale Aufmerksamkeit zuteil wird. Aber auch in Peru wird über den Fall regelmäßig und in allen drei Zeitungen berichtet, obwohl Klimaklagen in deren Berichterstattung im Allgemeinen keine große Rolle spielen. In den französischen Zeitungen wird über die Klage weniger exklusiv berichtet, dafür wird sie hier häufiger im Kontext der Klimagerechtigkeit thematisiert. Es konnten darüber hinaus weitere länderspezifische Besonderheiten in der Berichterstattung identifiziert werden: So wirken die Artikel in den deutschen Zeitungen insgesamt nüchterner und sachlicher. In den peruanischen und französischen Medien scheinen dahingegen zum Beispiel die stärker metaphorische Inszenierung der Betroffenen und die Kampf-Metaphern emotionaler und wertender. Auch bezüglich des Zitierens der beteiligten Akteure unterscheidet sich die Berichterstattung zwischen den Ländern. Auffällig ist hierbei beispielsweise der deutliche Fokus der peruanischen Medien auf Lliuya, während in Frankreich den Stellungnahmen der Gerichte mehr Raum gegeben wird und in Deutschland im Vergleich noch am meisten direkte Zitate von RWE zu finden sind. Trotz dieser Unterschiede positioniert sich keine Zeitung explizit zugunsten einer Seite, es sickern höchstens teilweise leichte Sympathien für die Klägerseite durch, welche sich in Bildern wie dem von David vs. Goliath manifestieren.

Angesichts des noch ausstehenden abschließenden Urteils kann der Fall weiterhin mit Spannung verfolgt werden. Bereits jetzt hat die Klägerseite große Erfolge erzielt, im Falle einer Verurteilung RWEs hätte sie jedoch einen enormen und bedeutsamen Schritt im Feld der Gerichtsverfahren zum Klimawandel vollbracht. Ein Urteil zugunsten des peruanischen Bauern könnte nicht nur Schutzvorkehrungen in Huaraz vorantreiben, sondern weitreichende Konsequenzen für Unternehmen, Politik und zukünftige Klagen mit sich ziehen, da sich Klima- und Umweltschützer in der Zukunft auf diesen Präzedenzfall berufen könnten, um weitere Klagen vorzubringen. Dieses Ziel, mehr Klimaschutz ausgehend von einem Einzelfall zu erreichen, verfolgt Germanwatch seit Beginn mit der Unterstützung der Klage. Bereits nach dem ersten großen Erfolg, der Annahme des Falls durch das Oberlandesgericht Hamm und den Einstieg in die Beweisfindung, erklärte Germanwatch-Vorsitzender Milke:

„Es wird nun noch viel mehr darum gehen, sich grundsätzlich mit der Frage zu beschäftigen, wie die großen Verursacher des Klimawandels angemessen zur Verantwortung für den Schutz der Opfer gezogen werden können. [...] Niemand will eine Prozessflut, aber wir wollen, dass von Klimawandelfolgen bedrohte Menschen nicht hilf- und rechtlos sind“.¹⁰⁵

Mit einem Urteil zugunsten der Kläger würde diese Frage nochmals deutlich Aufwind bekommen und es werden neue Möglichkeiten und Chancen für mehr Klimagerechtigkeit entstehen.

¹⁰⁵ Germanwatch (13.11.2017): „Großemittenten sind verantwortlich für Folgen des Klimawandels“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/14693> [10.04.2021].

Literatur

Primärquellen

- AFP (02.12.2017): „Campesino peruano: ‚Fue justo que corte alemana aceptara ver mi demanda‘“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/mundo/campesino-peruano-justo-corte-alemana-aceptara-ver-mi-demanda-noticia-478501-noticia/> [31.03.2021].
- AFP (08.12.2015): „El campesino de Áncash que se enfrenta a culpables del deshielo“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/peru/ancash/campesino-ancash-enfrenta-culpables-deshielo-250972-noticia/> [31.03.2021].
- AFP (13.11.2017): „Primer éxito de un campesino peruano contra un gigante alemán“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/mundo/europa/campesino-peruano-demanda-empresa-alemania-danos-causados-andes-noticia-473482-noticia/> [31.03.2021].
- AFP (24.11.2015): „Peruano demandó a empresa alemana por deshielo de glaciares“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/peruano-demando-empresa-alemana-deshielo-glaciares-204957-noticia/> [31.03.2021].
- AFP (24.11.2016): „Justicia alemana decidirá en diciembre demanda de campesino peruano contra gigante energético RWE“. *Gestión*. <https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-decidira-diciembre-demanda-campesino-peruano-gigante-energetico-rwe-121715-noticia/> [31.03.2021].
- Bauchmüller, Michael (16.03.2015): „Der Stromkonzern und die Eislawine“. *Die Süddeutsche Zeitung* Nr. 62, S. 5.
- Bauchmüller, Michael (24.06.2016): „Der Bauer, der gegen RWE klagt“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimawandel-der-bauer-der-gegen-rwe-klagt-1.3264883> [31.03.2021].
- Bauchmüller, Michael (24.11.2016): „Der Bauer, der gegen RWE klagt“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimawandel-der-bauer-der-gegen-rwe-klagt-1.3264883> [31.03.2021].
- Bauchmüller, Michael/Weiß, Marlene (05.02.2021): „Angst vor der Überflutung“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimawandel-klimaschutz-rwe-klage-peru-1.5197145?reduced=true> [31.03.2021].
- Bünder, Helmut (01.12.2017): „Schadensersatz für CO₂-Ausstoß?“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 279, S. 25 [31.03.2021].

- Carreño G., Isabel (15.03.2015): „Peruano reclama a empresa alemana por desglaciación en Huaraz“. *La República*. <https://larepublica.pe/sociedad/863268-peruano-reclama-a-empresa-alemana-por-desglaciacion-en-huaraz-fotos/> [31.03.2021].
- Ciencia La República (04.02.2021): „Cambio climático acelera el riesgo de graves inundaciones en Huaraz“. *La República*. <https://larepublica.pe/ciencia/2021/02/04/cambio-climatico-acelera-el-riesgo-de-graves-inundaciones-en-los-andes-peruanos/> [31.03.2021].
- dpa (13.11.2017): „CO2-Klage gegen RWE: Etappensieg für peruanischen Bauern“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/panorama/prozesse-co2-klage-gegen-rwe-etappensieg-fuer-peruanischen-bauern-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-171113-99-849428> [31.03.2021].
- dpa (15.12.2016): „Klimaklage gegen RWE: Peruanischer Bauer gescheitert“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/panorama/prozesse-klimaklage-gegen-rwe-peruanischer-bergbauer-gescheitert-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-161215-99-549838> [31.03.2021].
- dpa (17.03.2015): „La demanda de este peruano a firma alemana puede hacer historia“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/economia/mundo/demanda-peruano-firma-alemana-historia-374789-noticia/> [31.03.2021].
- dpa (24.11.2016): „Peruanischer Bauer klagt wegen CO2-Ausstoß gegen RWE“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-peruanischer-bauer-klagt-wegen-co2-ausstoss-gegen-rwe-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-161124-99-295090> [31.03.2021].
- dpa/lhe (29.05.2018): „Peruanischer Landwirt bekommt Kasseler Bürgerpreis“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/leben/auszeichnungen-kassel-peruanischer-landwirt-bekommt-kasseler-buergerpreis-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180529-99-505297> [31.03.2021].
- dpa/lnw (12.11.2017): „Klage von peruanischem Bauer gegen RWE erneut vor Gericht“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wissen/klima-hamm-klage-von-peruanischem-bauern-gegen-rwe-erneut-vor-gericht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-171110-99-817480> [31.03.2021].
- dpa/lnw (13.11.2017): „Gericht verhandelt über CO2-Klage eines Bauern gegen RWE“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wissen/klima-hamm-gericht-verhandelt-ueber-co2-klage-eines-bauern-gegen-rwe-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-171112-99-837155> [31.03.2021].

- dpa/lnw (29.01.2020): „Klage zum Klimawandel: OLG Hamm prüft Ortstermin in Peru“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/panorama/prozesse-hamm-klage-zum-klimawandel-olg-hamm-prueft-ortstermin-in-peru-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200129-99-689348> [31.03.2021].
- EFE (13.11.2017): „Tribunal alemán admite recurso de campesino peruano contra gigante eléctrico que no opera en Perú“. *Gestión*. <https://gestion.pe/peru/politica/tribunal-aleman-admite-recurso-campesino-peruano-gigante-electrico-opera-peru-150272-noticia/> [31.03.2021].
- EFE (30.11.2017): „Justicia alemana admite demanda de campesino peruano contra gigante eléctrico“. *Gestión*. <https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-admite-demanda-campesino-peruano-gigante-electrico-221754-noticia/> [31.03.2021].
- El Comercio (15.11.2017): „Campesino peruano enfrenta a gigante alemán por cambio climático [BBC]“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/tecnologia/ciencias/campesino-peruano-enfrenta-gigante-aleman-cambio-climatico-bbc-noticia-473978-noticia/> [31.03.2021].
- El Comercio (24.11.2016): „Alemania examina demanda de peruano por cambio climático“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/alemania-examina-demanda-peruano-cambio-climatico-229285-noticia/> [31.03.2021].
- El Comercio/Europa Press (06.02.2021): „Científicos advierten que Huaraz está en peligro de sufrir una inundación devastadora“. *El Comercio*. <https://elcomercio.pe/tecnologia/ciencias/cientificos-advierten-que-huaraz-esta-en-peligro-de-sufrir-una-inundacion-devastadora-lago-palcacocha-noticia/> [31.03.2021].
- EPD (01.12.2017): „Klimaklage zulässig“. *Die Süddeutsche Zeitung* Nr. 267, S. 8.
- EPD (24.11.2016): „Peruanischer Kleinbauer klagt gegen RWE“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Online-Zugriff für Abonnenten.
- EPD (27.01.2017): „Klage gegen RWE. Bauer aus Peru legt Berufung ein“. *die tageszeitung* Nr. 11236, S. 8.
- Fiedler, Matthias (22.11.2016): „Der Tag kompakt – die Übersicht für Eilige“. *Die Süddeutsche Zeitung. SZ Espresso*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/sz-espresso-der-tag-kompakt-chance-fuer-amerikas-radikale-rechte-e-autos-von-vw-brexit-als-wohlstandsvernichter-1.3265948> [31.03.2021].
- Früchtenicht, Jördis (19.05.2018): „Es gibt keinen lieben Gott im ‚Klimaschutz‘“. *die tageszeitung, nord.thema* Nr. 11631, S. 72f. [31.03.2021].

- hade./KNA (30.11.2017): „Bauer aus Peru erzielt Teilerfolg gegen RWE“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/peruanischer-bauer-erzielt-teilerfolg-gegen-rwe-15317958.html> [31.03.2021].
- hade./Reuters (15.12.2016): „David verliert den Kampf gegen Goliath“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiepolitik/peruanischer-bauer-scheitert-mit-klage-gegen-rwe-14575835.html> [31.03.2021].
- Heidtmann, Jan (21.12.2015): „Im Namen des Klimas“. *Die Süddeutsche Zeitung* Nr. 294, S. 1.
- Henkel, Knut (18.06.2018): „Gletscherschmelze in Peru: Der Klimakläger“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Gletscherschmelze-in-Peru/15511457/> [31.03.2021].
- Hürner, Thomas (13.07.2019): „Ungehorsam“. *Die Süddeutsche Zeitung* Nr. 160, S. 56.
- Jolly, Patricia (06.03.2018): „Les contentieux climatiques se multiplient dans le monde“. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/climat/article/2018/03/06/les-contentieux-climatiques-se-multiplient-dans-le-monde_5266294_1652612.html [17.03.2021].
- Jolly, Patricia (15.12.2016): „Climat: la justice allemande rejette la plainte d’un fermier péruvien contre un géant de l’énergie“. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/planete/article/2016/12/15/climat-la-justice-allemande-rejette-la-plainte-d-un-fermier-peruvien-contre-un-geant-de-l-energie_5049663_3244.html [31.03.2021].
- Jung, Marcus (14.11.2017): „Peruaner klagt weiter gegen RWE“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 264, S. 24 [31.03.2021].
- La República (23.11.2015): „Peruano enjuicia a empresa RWE en Alemania por la desaparición de glaciares“. *La República*. <https://larepublica.pe/sociedad/898124-peruano-enjuicia-a-empresa-rwe-en-alemania-por-la-desaparicion-de-glaciares/> [31.03.2021].
- La República (29.03.2018): „Saúl Lliuya, el peruano que ganó su primera batalla en Alemania“. *La República*. <https://larepublica.pe/sociedad/1219102-saul-lliuya-el-peruano-que-gano-su-primera-batalla-en-alemania/> [31.03.2021].
- La República (30.03.2018): „Demanda de peruano Saúl Lliuya contra RWE es única en el mundo“. *La República*. <https://larepublica.pe/sociedad/1219537-demanda-de-peruano-saul-lliuya-contra-rwe-es-unica-en-el-mundo/> [31.03.2021].

- Le Cain, Blandine (01.12.2017): „Climat: un paysan péruvien se bat pour une justice climatique mondiale“. *Le Figaro*. <https://www.lefigaro.fr/sciences/2017/12/01/01008-20171201ARTFIG00268-climat-un-paysan-peruvien-se-bat-pour-une-justice-climatique-mondiale.php> [31.03.2021].
- Le Figaro/AFP (30.11.2017): „Allemagne: la requête d’un fermier péruvien contre le géant de l’énergie RWE jugée ‘recevable’“. *Le Figaro*. <https://www.lefigaro.fr/flash-eco/2017/11/30/97002-20171130FILWWW00186-allemaigne-la-requete-d-un-fermier-peruvien-contre-le-geant-de-l-energie-rwe-jugee-recevable.php?web=1&wdLOR=cF00B5C4E-34F9-465B-AB7F-1054E06A5A2D> [31.03.2021].
- Le Figaro/AFP (31.10.2019): „Le gouvernement allemand échappe à un procès pour sa politique climatique“. *Le Figaro*. <https://www.lefigaro.fr/flash-eco/le-gouvernement-allemand-echappe-a-un-proces-pour-sa-politique-climatique-20191031> [31.03.2021].
- Le Monde/AFP (30.11.2017): „Climat: l’Allemagne examine la requête d’un fermier péruvien contre le géant de l’énergie RWE“. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/planete/article/2017/11/30/climat-l-allemaigne-accepte-d-examiner-la-requete-d-un-fermier-peruvien-contre-le-conglomerat-de-l-energie-rwe_5222720_3244.html [31.03.2021].
- Ihe (24.09.2018): „Glas der Vernunft‘ an Bergführer aus Peru“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 222, S. 36.
- Lijnden, Constantin/Budras, Corinna (24.01.2020): „Schlecker-Urteil, Klimaklage, Abtreibungswerbung und Belästigungsvorwürfe“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung. Einspruch Magazin*. Werbeanzeige für Podcast.
- Massiot, Aude (04.01.2018): „Justice climatique: un procès perdu, d’autres attendus“. *Libération*. https://www.liberation.fr/planete/2018/01/04/justice-climatique-un-proces-perdu-d-autres-attendus_1620271/ [17.03.2021].
- MIBA (16.12.2016): „Perus Gletscher, so fern“. *Die Süddeutsche Zeitung* Nr. 291, S. 16 [31.03.2021].
- Mihm, Andreas (16.12.2016): „RWE obsiegt im Streit mit Bergführer aus Peru“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 294, S. 19.
- Mihm, Andreas (23.11.2015): „Peruaner verklagt RWE wegen Klimaschadens“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energiekonzern-peruaner-verklagt-rwe-wegen-klimaschadens-13927982.html> [31.03.2021].

- Müller, Benedikt (01.12.2017): „Bauer gegen Konzern“. *Die Süddeutsche Zeitung* Nr. 276, S. 17.
- Müller, Benedikt (14.11.2017): „Angst vor der Flut“. *Die Süddeutsche Zeitung* Nr. 261, S. 19.
- Pötter, Bernhard (01.09.2019): „Kolumne Wir retten die Welt: Knast für Ökosünder!“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Kolumne-Wir-retten-die-Welt/!532460&s=peruanischer+Bauer+RWE/> [31.03.2021].
- Pötter, Bernhard (05.01.2020): „Drei Verfassungsklagen gegen Klimagesetz: Die Zukunft kommt vor Gericht“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Drei-Verfassungsklagen-gegen-Klimagesetz/!5654003/> [31.03.2021].
- Pötter, Bernhard (16.03.2015): „Peruanischer Bergführer verklagt RWE. Per Gericht gegen den Klimawandel“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Peruanischer-Bergfuehrer-verklagt-RWE/!5016481/> [31.03.2021].
- Pötter, Bernhard (18.06.2018): „Industriestaaten fürchten Urteile“. *die tageszeitung* Nr. 11655, S. 5.
- Pötter, Bernhard (18.11.2017): „Abschluss der UN-Klimakonferenz in Bonn. Draußen schlägt drinnen“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Abschluss-der-UN-Klimakonferenz-in-Bonn/!5465368&s=lliuya/> [17.03.2021].
- Pötter, Bernhard (26.05.2018): „Familien gegen EU: Fürs Klima vor Gericht“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Archiv-Suche/!5506440&s=lliuya/> [31.03.2021].
- Pötter, Bernhard (26.11.2016): „Kleinbauer gegen RWE vor Gericht. Die Opfer der Erderwärmung“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Kleinbauer-gegen-RWE-vor-Gericht/!5255490/> [31.03.2021].
- Rath, Christian (16.12.2016): „Bauer verliert gegen RWE“. *die tageszeitung* Nr. 11201, S. 13.
- Rath, Christian (24.11.2016): „Bauer aus Peru verklagt RWE. Señor Luciano kämpft um sein Haus“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Bauer-aus-Peru-verklagt-RWE/!5352984&s=lliuya/> [31.03.2021].
- Rath, Christian (30.11.2017): „Erster wichtiger Teilerfolg“. *die tageszeitung* Nr. 11492, S. 9.
- Rath, Christian (30.11.2017): „Gericht zu Klimaprozess gegen RWE: Mitschuld von 0,47 Prozent“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Gericht-zu-Klimaprozess-gegen-RWE/!5463698&s=lliuya/> [31.03.2021].
- Reuters (29.11.2017): „Wetterwechsel im Klimahaftungsrecht?“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Einspruch Magazin. Online-Zugriff für Abonnenten.

- Reyes, Sandra (29.03.2018): „Tribunal alemán da la razón a peruano que denunció a empresa germana por deshielo de glaciares“. *La República*. <https://larepublica.pe/sociedad/1218907-tribunal-aleman-da-la-razon-a-peruano-que-denuncio-a-empresa-germana-por-deshielo-de-glaciares/> [31.03.2021].
- Robles, Javier (13.11.2017): „La incansable lucha de un campesino peruano contra una gigante eléctrica en Alemania“. *La República*. <https://larepublica.pe/sociedad/1144862-la-incansable-lucha-de-un-campesino-peruano-contra-una-gigante-electrica-en-alemania/> [31.03.2021].
- Roger, Simon (24.05.2018): „Lutte contre le réchauffement: onze familles attaquent l’UE en justice“. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/climat/article/2018/05/24/climat-des-citoyens-attaquent-l-ue-en-justice_5303867_1652612.html [31.03.2021].
- Schulte, Philipp (15.12.2016): „Kommentar zum RWE-Urteil. Arbeitsverweigerung in Essen“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Kommentar-zum-RWE-Urteil/!5367544&s=lliuya/> [31.03.2021].
- Schwarz, Susanne (04.02.2021): „Studie zu Klimafolgen in Peru: Beweis für Klage erbracht“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Studie-zu-Klimafolgen-in-Peru/!5749078&s=lliuya/> [31.03.2021].
- Simon, Christian (14.11.2017): „Der Tag kompakt – die Übersicht für Eilige“. *Die Süddeutsche Zeitung*. *SZ Espresso*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/sz-esspresso-der-tag-kompakt-bnd-chef-warnt-vor-russland-zahl-der-wohnungslosen-steigt-buergern-fehlen-ruecklagen-1.3750027> [31.03.2021].
- Smolka, Klaus Max et al. (15.10.2018): „Setzen Klimaschützer den Siegeszug vor Gericht fort?“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 239, S. 17.
- Steeger, Gesa (29.10.2019): „Klagen gegen Klimawandel. Können Gerichte die Welt retten?“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Klagen-wegen-Klimawandel/!5634104/> [17.03.2021].
- SZ/dpa/mcs (03.02.2021): „Gericht: Frankreich tut zu wenig für den Umweltschutz“. *Die Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaschutz-gerichtsurteil-frankreich-1.5194959> [31.03.2021].
- taz (24.12.2015): „Klage gegen RWE wird verhandelt“. *die tageszeitung* Nr. 10902, S. 6.

Sekundärquellen

- Alfon, Dov (18.09.2020): „à nos lecteurs. Changer ‚Libé‘, rester ‚Libé‘“. *Libération*. https://www.liberation.fr/france/2020/09/18/changer-libe-rester-libe_1799937/ [15.03.2021].

- Boom, Keely/Richards, Julie-Anne/Leonard, Stephen (2016): *Climate justice: The international momentum towards climate litigation*. Heinrich Böll Stiftung. Online verfügbar unter: <https://www.boell.de/en/2016/11/15/climate-justice-international-momentum-towards-climate-litigation> [09.03.2021].
- Burger, Michael/Wentz, Jessica/Horton, Radley (2020): „The Law and Science of Climate Change Attribution“. In: *Columbia Journal of Environmental Law* 45 (1). Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.7916/cjel.v45i1.4730> [09.03.2021].
- Center for International Environmental Law (2017): *Smoke and fumes. The legal and evidentiary basis for holding big oil accountable for the climate crisis*. Online verfügbar unter: <https://www.ciel.org/reports/smoke-and-fumes/> [09.03.2021].
- FAZIT Communication GmbH (14.08.2012): „Die Zeitungen im Medienland Deutschland“. <https://www.deutschland.de/de/topic/kultur/kommunikation-medien/die-zeitungen-im-medienland-deutschland> [15.03.2021].
- Freundt-Thurne, Úrsula/Pita, César/Ampuero, María José (2012): *Mapping Digital Media: Peru. A report by the open society foundations*. Open society foundations. Online verfügbar unter: <http://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/mapping-digital-media-peru-20121112.pdf> [15.03.2021].
- Germanwatch (05.06.2020): „COVID-19 auch in Peru: Wie geht es derzeit dem Kläger Saúl Luciano Lliuya in Huaraz?“. Meldung. <https://germanwatch.org/de/18685> [10.03.2021].
- Germanwatch (13.11.2017): „Großemittenten sind verantwortlich für Folgen des Klimawandels“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/14693> [10.03.2021].
- Germanwatch (24.04.2019): „Der Fall Huaraz im vierten Jahr“. Meldung. <https://www.germanwatch.org/de/16451> [10.03.2021].
- Germanwatch (24.11.2015): „Peruanischer Kleinbauer klagt gegen RWE wegen Gefahren durch Gletscherschmelze“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/11284> [10.03.2021].
- Germanwatch (24.11.2016): „Klimaklage gegen RWE: Landgericht trifft noch keine Entscheidung über Beweisaufnahme“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/13171> [10.03.2021].
- Germanwatch (30.11.2017): „Historischer Durchbruch mit weltweiter Relevanz bei ‚Klimaklage‘“. Pressemitteilung. <https://germanwatch.org/de/14794> [10.03.2021].

- Germanwatch (o.J.): „Der Fall Huaraz. Meilensteine im ‚Fall Huaraz‘“. <https://germanwatch.org/de/der-fall-huaraz> [10.03.2021].
- Germanwatch: „Über uns“. <https://www.germanwatch.org/de/ueber-uns> [10.04.2021].
- Giddens, Antony (1995): *Soziologie*. Graz/Wien: Nausner & Nausner.
- Haunss, Sebastian (2009): „Die Bewegungsforschung und die Protestformen sozialer Bewegungen“. In: Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hrsg.): *Kommt herunter, reihst euch ein...: eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin: Assoziation A, S. 31-45.
- Heede, Richard (2014): *Carbon Majors: Accounting for carbon and methane emissions 1854-2010. Methods & Results Report*. Climate Mitigation Services, online verfügbar unter: <https://www.climateaccountability.org/pdf/MRR%209.1%20Apr14R.pdf> [09.03.2021].
- Homepage von *People's Climate Case*. <https://peoplesclimatecase.caneurope.org/de/> [09.03.2021].
- Nachmany, Michal (05.06.2017): *Climate Change Laws of the World*. Technical presentation of the database, and trends in climate legislation. Webinar, Conference presentation. Online verfügbar unter: <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/climate-change-laws-of-the-world-technical-presentation-of-the-database-and-trends-in-climate-legislation/> [09.03.2021].
- Sabin Center for Climate Change Law at Columbia University/Arnold & Porter (2021): *Climate Change Litigation Databases*. Online verfügbar unter: <http://climatecasechart.com/> [09.03.2021].
- Sabin Center for Climate Change Law/Arnold & Porter (2021): „Luciano Lliuya v. RWE AG“. <http://climatecasechart.com/non-us-case/liuuya-v-rwe-ag/> [10.03.2021].
- Schäfer, Laura/Künzel, Vera/Bals, Christoph (2018): *The significance of climate litigation for the political debate on Loss&Damage. Discussion Paper*. Bonn: Germanwatch e.V. Online verfügbar unter: <http://www.germanwatch.org/en/15104> [10.03.2021].
- Setzer, Joana/Byrnes, Rebecca (2020): *Global trends in climate change litigation: 2020 snapshot. Policy report July 2020*. London: Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment/Centre for Climate Change Economics and Policy/London School of Economics and Political Science. Online verfügbar unter: <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/global-trends-in-climate-change-litigation-2020-snapshot/> [09.03.2021].

- Stuart-Smith, Rupert/Roe, Gerard/Li, Songgang/Allen, Myles (2021): „Increased outburst flood hazard from Lake Palcacocha due to human-induced glacier retreat“. In: *Nature Geoscience* 14, S. 85-90. <https://doi.org/10.1038/s41561-021-00686-4>.
- Ternisien, Xavier (13.07.2012): „Avec Alexis Brézet, Dassault veut ouvrir ,une nouvelle étape‘ au ,Figaro““. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/economie/article/2012/07/13/avec-alexis-brezet-dassault-veut-ouvrir-une-nouvelle-etape-au-figaro_1733506_3234.html [15.03.2021].
- Umweltprogramm der Vereinten Nationen (2017): *Klimawandel vor Gericht. Ein globaler Überblick*. Online verfügbar unter: <https://www.unep.org/resources/publication/status-climate-change-litigation-global-review> [09.03.2021].
- United Nations Environment Programme (2020): *Global Climate Litigation Report. 2020 Status Review*. Online verfügbar unter: <https://www.unep.org/resources/report/global-climate-litigation-report-2020-status-review> [09.03.2021].
- Wolf, Laurent (29.09.2001): „Le Monde‘, un journal et les pouvoirs“. *Le Temps*. <https://www.letemps.ch/opinions/monde-un-journal-pouvoirs> [15.03.2021].

Anhang

Tabelle 1: Verwendung der Riesen-Metapher zur Beschreibung von RWE

Deutsche Zeitungen	
„Energie-Riese“	Mihm, Andreas (23.11.2015): „Peruaner verklagt RWE wegen Klimaschadens“. Frankfurter Allgemeine Zeitung. https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energiekonzern-peruaner-verklagt-rwe-wegen-klimaschadens-13927982.html [31.03.2021].
„gegen den Energie-riesen RWE“	hade./Reuters (15.12.2016): „David verliert den Kampf gegen Goliath“. Frankfurter Allgemeine Zeitung. https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiepolitik/peruanischer-bauer-scheitert-mit-klage-gegen-rwe-14575835.html [31.03.2021].
„gegen den Energie-riesen RWE“	Schulte, Philipp (15.12.2016): „Kommentar zum RWE-Urteil. Arbeitsverweigerung in Essen“. die tageszeitung. https://taz.de/Kommentar-zum-RWE-Urteil/!5367544&s=lliuuya/ [31.03.2021].
„Braunkohlegiganten“	Schulte, Philipp (15.12.2016): „Kommentar zum RWE-Urteil. Arbeitsverweigerung in Essen“. die tageszeitung. https://taz.de/Kommentar-zum-RWE-Urteil/!5367544&s=lliuuya/ [31.03.2021].
Peruanische Zeitungen	
„contra gigante energético RWE“	AFP (24.11.2016): „Justicia alemana decidirá en diciembre demanda de campesino peruano contra gigante energético RWE“. <i>Gestión</i> . https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-decidira-diciembre-demanda-campesino-peruano-gigante-energetico-rwe-121715-noticia/ [31.03.2021].
„acusa al gigante energético RWE“	AFP (24.11.2016): „Justicia alemana decidirá en diciembre demanda de campesino peruano contra gigante energético RWE“. <i>Gestión</i> . https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-decidira-diciembre-demanda-campesino-peruano-gigante-energetico-rwe-121715-noticia/ [31.03.2021].
„contra gigante eléctrico“	EFE (13.11.2017): „Tribunal alemán admite recurso de campesino peruano contra gigante eléctrico que no opera en Perú“. <i>Gestión</i> . https://gestion.pe/peru/politica/tribunal-aleman-admite-recurso-campesino-peruano-gigante-electrico-opera-peru-150272-noticia/ [31.03.2021].
„contra el gigante eléctrico RWE“	EFE (13.11.2017): „Tribunal alemán admite recurso de campesino peruano contra gigante eléctrico que no opera en Perú“. <i>Gestión</i> . https://gestion.pe/peru/politica/tribunal-aleman-admite-recurso-campesino-peruano-gigante-electrico-opera-peru-150272-noticia/ [31.03.2021].
„Contra gigante eléctrico“	EFE (30.11.2017): „Justicia alemana admite demanda de campesino peruano contra gigante eléctrico“. <i>Gestión</i> . https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-admite-demanda-campesino-peruano-gigante-electrico-221754-noticia/ [31.03.2021].

Peruanische Zeitungen	
„contra el gigante eléctrico alemán RWE“	EFE (30.11.2017): „Justicia alemana admite demanda de campesino peruano contra gigante eléctrico“. <i>Gestión</i> . https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-admite-demanda-campesino-peruano-gigante-electrico-221754-noticia/ [31.03.2021].
„al gigante energético alemán RWE“	dpa (17.03.2015): „La demanda de este peruano a firma alemana puede hacer historia“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/economia/mundo/demanda-peruano-firma-alemana-historia-374789-noticia/ [31.03.2021].
„contra el gigante energético alemán RWE“	AFP (24.11.2015): „Peruano demandó a empresa alemana por deshielo de glaciares“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/peruano-demando-empresa-alemana-deshielo-glaciares-204957-noticia/ [31.03.2021].
„contra el gigante de la energía alemán RWE“	AFP (24.11.2015): „Peruano demandó a empresa alemana por deshielo de glaciares“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/peruano-demando-empresa-alemana-deshielo-glaciares-204957-noticia/ [31.03.2021].
„acusá al gigante de la energía RWE“	El Comercio (24.11.2016): „Alemania examina demanda de peruano por cambio climático“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/alemania-examina-demanda-peruano-cambio-climatico-229285-noticia/ [31.03.2021].
„acusá al gigante energético RWE“	El Comercio (24.11.2016): „Alemania examina demanda de peruano por cambio climático“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/alemania-examina-demanda-peruano-cambio-climatico-229285-noticia/ [31.03.2021].
„contra un gigante alemán“	AFP (13.11.2017): „Primer éxito de un campesino peruano contra un gigante alemán“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/europa/campesino-peruano-demanda-empresa-alemania-danos-causados-andes-noticia-473482-noticia/ [31.03.2021].
„pide al gigante alemán de la energía RWE“	AFP (13.11.2017): „Primer éxito de un campesino peruano contra un gigante alemán“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/europa/campesino-peruano-demanda-empresa-alemania-danos-causados-andes-noticia-473482-noticia/ [31.03.2021].
„contra uno de los gigantes mundiales de la energía“	AFP (13.11.2017): „Primer éxito de un campesino peruano contra un gigante alemán“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/europa/campesino-peruano-demanda-empresa-alemania-danos-causados-andes-noticia-473482-noticia/ [31.03.2021].
„enfrenta a gigante alemán“	El Comercio (15.11.2017): „Campesino peruano enfrenta a gigante alemán por cambio climático [BBC]“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/tecnologia/ciencias/campesino-peruano-enfrenta-gigante-aleman-cambio-climatico-bbc-noticia-473978-noticia/ [31.03.2021].
„demandó al gigante energético RWE“	AFP (02.12.2017): „Campesino peruano: ‚Fue justo que corte alemana aceptara ver mi demanda‘“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/campesino-peruano-justo-corte-alemana-aceptara-ver-mi-demanda-noticia-478501-noticia/ [31.03.2021].

Peruanische Zeitungen	
„demandó al gigante energético RWE“	AFP (02.12.2017): „Campesino peruano: ‚Fue justo que corte alemana aceptara ver mi demanda‘“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/campesino-peruano-justo-corte-alemana-aceptara-ver-mi-demanda-noticia-478501-noticia/ [31.03.2021].
„obligar al gigante energético RWE“	AFP (02.12.2017): „Campesino peruano: ‚Fue justo que corte alemana aceptara ver mi demanda‘“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/campesino-peruano-justo-corte-alemana-aceptara-ver-mi-demanda-noticia-478501-noticia/ [31.03.2021].
„contra una gigante eléctrica“	Robles, Javier (13.11.2017): „La incansable lucha de un campesino peruano contra una gigante eléctrica en Alemania“. <i>La República</i> . https://larepublica.pe/sociedad/1144862-la-incansable-lucha-de-un-campesino-peruano-contra-una-gigante-electrica-en-alemania/ [31.03.2021].
„contra una de las gigantes energéticas“	Robles, Javier (13.11.2017): „La incansable lucha de un campesino peruano contra una gigante eléctrica en Alemania“. <i>La República</i> . https://larepublica.pe/sociedad/1144862-la-incansable-lucha-de-un-campesino-peruano-contra-una-gigante-electrica-en-alemania/ [31.03.2021].
„una batalla contra un gigante“	La República (29.03.2018): „Saúl Lliuya, el peruano que ganó su primera batalla en Alemania“. <i>La República</i> . https://larepublica.pe/sociedad/1219102-saul-lliuya-el-peruano-que-gano-su-primeira-batalla-en-alemania/ [31.03.2021].
Französische Zeitungen	
„contre le géant de l'énergie RWE“	Le Figaro/AFP (30.11.2017): „Allemagne: la requête d'un fermier péruvien contre le géant de l'énergie RWE jugée 'recevable'“. <i>Le Figaro</i> . https://www.lefigaro.fr/flash-eco/2017/11/30/97002-20171130FILWWW00186-allemaigne-la-requete-d-un-fermier-peruvien-contre-le-geant-de-l-energie-rwe-jugee-recevable.php?web=1&wdLOR=cF00B5C4E-34F9-465B-AB7F-1054E06A5A2D [31.03.2021].
„contre le géant de l'énergie RWE“	Le Figaro/AFP (30.11.2017): „Allemagne: la requête d'un fermier péruvien contre le géant de l'énergie RWE jugée 'recevable'“. <i>Le Figaro</i> . https://www.lefigaro.fr/flash-eco/2017/11/30/97002-20171130FILWWW00186-allemaigne-la-requete-d-un-fermier-peruvien-contre-le-geant-de-l-energie-rwe-jugee-recevable.php?web=1&wdLOR=cF00B5C4E-34F9-465B-AB7F-1054E06A5A2D [31.03.2021].
„contraindre le géant de l'énergie RWE à réparer les effets“	Le Cain, Blandine (01.12.2017): „Climat: un paysan péruvien se bat pour une justice climatique mondiale“. <i>Le Figaro</i> . https://www.lefigaro.fr/sciences/2017/12/01/01008-20171201ARTFIG00268-climat-un-paysan-peruvien-se-bat-pour-une-justice-climatique-mondiale.php [31.03.2021].

Französische Zeitungen	
„l'un des géants allemands de l'énergie“	Le Cain, Blandine (01.12.2017): „Climat: un paysan péruvien se bat pour une justice climatique mondiale“. <i>Le Figaro</i> . https://www.lefigaro.fr/sciences/2017/12/01/01008-20171201ARTFIG00268-climat-un-paysan-peruvien-se-bat-pour-une-justice-climatique-mondiale.php [31.03.2021].
„les avocats du géant énergétique“	Le Cain, Blandine (01.12.2017): „Climat: un paysan péruvien se bat pour une justice climatique mondiale“. <i>Le Figaro</i> . https://www.lefigaro.fr/sciences/2017/12/01/01008-20171201ARTFIG00268-climat-un-paysan-peruvien-se-bat-pour-une-justice-climatique-mondiale.php [31.03.2021].
„contre un géant de l'énergie“	Jolly, Patricia (15.12.2016): „Climat: la justice allemande rejette la plainte d'un fermier péruvien contre un géant de l'énergie“. <i>Le Monde</i> . https://www.lemonde.fr/planete/article/2016/12/15/climat-la-justice-allemande-rejette-la-plainte-d-un-fermier-peruvien-contre-un-geant-de-l-energie_5049663_3244.html [31.03.2021].
„contre un géant de l'énergie RWE“	Le Monde/AFP (30.11.2017): „Climat: l'Allemagne examine la requête d'un fermier péruvien contre le géant de l'énergie RWE“. <i>Le Monde</i> . https://www.lemonde.fr/planete/article/2017/11/30/climat-l-allemande-accepte-d-examiner-la-requete-d-un-fermier-peruvien-contre-le-conglomerat-de-l-energie-rwe_5222720_3244.html [31.03.2021].
„le géant de l'énergie RWE“	Massiot, Aude (04.01.2018): „Justice climatique: un procès perdu, d'autres attendus“. <i>Libération</i> . https://www.liberation.fr/planete/2018/01/04/justice-climatique-un-proces-perdu-d-autres-attendus_1620271/ [17.03.2021].

Tabelle 2: Verwendung der Metapher von David und Goliath

Deutsche Zeitungen	
„Klage im Stil ‚David gegen Goliath‘“	Mihm, Andreas (23.11.2015): „Peruaner verklagt RWE wegen Klimaschadens“. <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> . https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energiekonzern-peruaner-verklagt-rwe-wegen-klimaschadens-13927982.html [31.03.2021].
„David verliert Kampf gegen Goliath“	hade./Reuters (15.12.2016): „David verliert den Kampf gegen Goliath“. <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> . https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiepolitik/peruanischer-bauer-scheitert-mit-klage-gegen-rwe-14575835.html [31.03.2021].
„dass die Zivilgesellschaft zur ‚juristischen Steinschleuder Davids greift, um dem industriellen Goliath eine Lektion zu erteilen“	lhe (24.09.2018): „‚Glas der Vernunft‘ an Bergführer aus Peru“. <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> Nr. 222, S. 36.
„Der David-gegen-Goliath-Kampf des Peruaners“	dpa (24.11.2016): „Peruanischer Bauer klagt wegen CO2-Ausstoß gegen RWE“. <i>Die Süddeutsche Zeitung</i> . https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-peruanischer-bauer-klagt-wegen-co2-ausstoss-gegen-rwe-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-161124-99-295090 [31.03.2021].
Peruanische Zeitungen	
„una denuncia de David contra Goliat“	AFP (24.11.2016): „Justicia alemana decidirá en diciembre demanda de campesino peruano contra gigante energético RWE“. <i>Gestión</i> . https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-decidira-diciembre-demanda-campesino-peruano-gigante-energetico-rwe-121715-noticia/ [31.03.2021].
„un combate de David contra Goliat“	AFP (24.11.2016): „Justicia alemana decidirá en diciembre demanda de campesino peruano contra gigante energético RWE“. <i>Gestión</i> . https://gestion.pe/peru/politica/justicia-alemana-decidira-diciembre-demanda-campesino-peruano-gigante-energetico-rwe-121715-noticia/ [31.03.2021].
„una denuncia de David contra Goliat“	El Comercio (24.11.2016): „Alemania examina demanda de peruano por cambio climático“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/alemania-examina-demanda-peruano-cambio-climatico-229285-noticia/ [31.03.2021].
„un combate de David contra Goliat“	El Comercio (24.11.2016): „Alemania examina demanda de peruano por cambio climático“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/actualidad/alemania-examina-demanda-peruano-cambio-climatico-229285-noticia/ [31.03.2021].

Peruanische Zeitungen	
„Cual David contra Goliat “	AFP (13.11.2017): „Primer éxito de un campesino peruano contra un gigante alemán“. <i>El Comercio</i> . https://elcomercio.pe/mundo/europa/campesino-peruano-demanda-empresa-alemania-danos-causados-andes-noticia-473482-noticia/ [31.03.2021].
„una batalla como la de David y Goliat“	Carreño G., Isabel (15.03.2015): „Peruano reclama a empresa alemana por desglaciación en Huaraz“. <i>La República</i> . https://larepublica.pe/sociedad/863268-peruano-reclama-a-empresa-alemana-por-desglaciacion-en-huaraz-fotos/ [31.03.2021].
„relacionar su historia con el pasaje bíblico de David contra Goliat. ¿Llegará a ser Saúl un nuevo David? “	La República (29.03.2018): „Saúl Lliuya, el peruano que ganó su primera batalla en Alemania“. <i>La República</i> . https://larepublica.pe/sociedad/1219102-saul-lliuya-el-peruano-que-gano-su-primeira-batalla-en-alemania/ [31.03.2021].
Französische Zeitungen	
„Dans ce combat à la „David contre Goliath““	Le Monde/AFP (30.11.2017): „Climat: l'Allemagne examine la requête d'un fermier péruvien contre le géant de l'énergie RWE“. <i>Le Monde</i> . https://www.lemonde.fr/planete/article/2017/11/30/climat-l-allemande-accepte-d-examiner-la-requete-d-un-fermier-peruvien-contre-le-conglomerat-de-l-energie-rwe_5222720_3244.html [31.03.2021].
„Pérou-Allemagne: David contre Goliath“	Massiot, Aude (04.01.2018): „Justice climatique: un procès perdu, d'autres attendus“. <i>Libération</i> . https://www.liberation.fr/planete/2018/01/04/justice-climatique-un-proces-perdu-d-autres-attendus_1620271/ [17.03.2021].

Mara-Louise Günzel

Lokale (Protest-?) Formen des *urban gardening* in verschiedenen Kulturregionen oder Eine soziale Bewegung für lebenswerte Stadtgestaltung, Gemeinschaftlichkeit und politische Artikulation

Gliederung

1	Einleitung.	251
2	Stand der Forschung und begriffliche Einordnung	252
2.1	Soziale Bewegungen und Protest.	252
2.2	<i>Urban gardening</i>	255
2.3	<i>Urban gardening</i> im Kontext von sozialen Bewegungen und Protest	260
3	<i>Urban-</i> und <i>guerilla gardening</i> in England.	264
4	<i>Community Gardening</i> in Detroit, USA	267
5	Protest für <i>urban gardening</i> in Istanbul.	268
6	<i>Urban gardening</i> : Eine Form des Protests?.	270
7	Zusammenfassung	272
	Literatur.	274

1 Einleitung

Der Begriff urbanes Gärtnern, so die deutsche Übersetzung des *urban gardening*, mag auf den ersten Blick nicht wie ein Ausdruck beziehungsweise wie eine Form von Protest erscheinen. Nicht zu Unrecht verbinden viele das Konzept eher mit ästhetischer Stadtgestaltung, Initiativen der Nachhaltigkeit und Bemühungen um städtische Gemeinschaft. Der in seinen Ursprüngen ebenfalls anglophone Term *guerilla gardening* ist ein Aspekt der zuvor genannten Bewegung und in konnotativer Hinsicht deutlich expliziter. Die in diesem Forschungsbereich

dominante englischsprachige Terminologie sowie der Zusammenhang mit der Geschichte und Erforschung des Konzepts werden auf den folgenden Seiten eingehender thematisiert.

Inhaltlich sollen zunächst ein Überblick über den aktuellen Stand der Wissenschaft in Hinblick auf soziale Protestformen und -bewegungen sowie auf *urban gardening* gegeben werden und in diesem Zuge eine begriffliche Einordnung und konzeptionelle Präzisierung erfolgen. Anschließend wird auf die Verbindung zwischen den beiden gesellschaftlichen Phänomenen, sozialen Bewegungen im Allgemeinen und *urban gardening* im Besonderen, eingegangen. Auf Basis dieser grundlegenden Überlegungen soll betrachtet werden, ob und inwiefern lokale Formen des *urban gardening* sich in verschiedenen Kulturregionen als soziale Bewegungen an der Schnittstelle von nachhaltiger Stadtgestaltung, sozialer Innovation und politischem Protest manifestieren. Hierbei thematisiert die vorliegende Arbeit insbesondere das *guerilla gardening* in England und dessen mediale Darstellung und Selbstinszenierung. Weiterhin wurden Gemeinschaftsgärten in Detroit und das bürgerliche Engagement für urbane Landwirtschaft in Istanbul als Fallbeispiele ausgewählt, um einerseits die kulturelle Diversität und andererseits die Gemeinsamkeiten der konkreten Initiativen gleichermaßen zu illustrieren. Die Einblicke in weitere Formen des politisch motivierten *urban gardening* sollen auch die gesellschaftspolitische Einordnung des Konzepts erleichtern und annähernd Perspektiven für dessen Integration in die zeitgenössische Stadtentwicklung aufzeigen. Dabei erhebt die vorliegende Arbeit keinen Anspruch auf verbindliche Szenarien. Ein Anliegen ist es hingegen, für bestimmte Zusammenhänge und Diskursformen zu sensibilisieren und dabei ansatzweise zu betrachten, inwiefern *urban gardening* eine relevante gesellschaftspolitische Strategie darstellen kann.

2 Stand der Forschung und begriffliche Einordnung

2.1 Soziale Bewegungen und Protest

Forscher verschiedener Disziplinen, darunter der Soziologie sowie der Politikwissenschaft, setzen sich mit Strukturen und Rollen sozialer Bewegungen auseinander.

Der französische Soziologe François Dubet (2004: 714f) geht angesichts der gegenwärtigen Veränderungen – er forscht vor allem im Bereich sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit – von einer Neupositionierung sozialer Bewegungen im Hinblick auf drei Hauptfunktionen aus. Dabei handelt es sich erstens um die Notwendigkeit, bestimmte Identitäten zu repräsentieren sowie zweitens um die Verteidigung bestehender sozialer Absicherungen und den Kampf gegen durch fortschreitende Globalisierung bedingte Ungleichheit. Drittens,

so Dubet, fordern soziale Bewegungen Anerkennung von Individuen und ihrer Fähigkeit, gegen den Markt und kollektive Identitäten zu handeln. Dem Autor nach ist eine Kombination dieser drei Ausrichtungen innerhalb einer Bewegung möglich. So kann diese sich beispielsweise gegen die Globalisierung formieren und konkret den Respekt vor bestimmten Identitäten fordern. Hierbei können grundlegende Tendenzen wie eben jene der Globalisierung sowohl mit einer Verschiebung der Wahrnehmung des nationalen politischen Raums einhergehen, als auch maßgebliche Auswirkungen auf die Entwicklung und Konstitution sozialer Bewegungen haben (siehe unter anderem Hamel et. al. 2001; Haunss 2009; Moghadam 2012). Hierbei weisen manche Wissenschaftler:innen aus dem Bereich der Protest-Ereignisforschung darauf hin, dass Protest auf die Gesellschaft einwirke. Protest kann als Ausdruck politischer, teilweise radikaler Überzeugungen betrachtet werden und innerhalb oder außerhalb eines institutionellen beziehungsweise legalen Rahmens stattfinden. Indem soziales Aufbegehren sich demnach nicht grundsätzlich in der bloßen Konfrontation mit gegebenen Umständen erschöpft, sondern diese auch beeinflusst, kann es die Voraussetzungen für seinen Fortbestand und dabei für seinen Erfolg schaffen (vgl. Haunss 2009: 39). Generell beruhen soziale Bewegungen auf freiwilliger Teilnahme, wobei die Unsicherheit im Hinblick auf Autoritätsbeziehungen oder Lebensdauer deren Koordination potenziell erschweren.

Hinsichtlich der Einordnung des Protests in den Kontext sozialer Bewegungen betont Sebastian Haunss, dass Protest selten eine spontane (Massen-) Reaktion auf ein konkretes Ereignis sei, sondern meist auf eine Mobilisierung beziehungsweise soziale Bewegung folge oder auch durch Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen initiiert werde (vgl. Haunss 2009: 31). Der Soziologe und Systemtheoretiker Niklas Luhmann argumentiert, dass Protest wesentlich für soziale Bewegungen sei, dieser sich aber notwendigerweise auf etwas oder jemanden beziehen müsse. Die Protestbewegung sei daher nur ihre eigene Hälfte, reaktiv in Bezug auf die andere, gegen die sie sich formiert (vgl. Luhmann 1996, zitiert in Klingenbrunner 2011: 22). Kritisch bemerkt Luhmann, dass soziale Bewegungen zwar auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam machen könnten, jedoch keine Alternative zu ihnen liefern würden (ebd.). Christian Fuchs betrachtet das ihnen inhärente Streben nach Veränderung hingegen als proaktiv. Die neuen sozialen Bewegungen differenzieren sich ihm zufolge dahingehend, dass sich die Zivilbevölkerung in ihnen globalisiere (Fuchs, Hofkirchner 2000: 27). Dabei bezieht er sich unter anderem auf Studien der langjährigen Mitarbeiterin Alain Touraines, Zsuzsa Hegedus. Diese betont den Transnationalisierungsschub, im Sinne direkter Thematisierung globaler Belange und der Forderung nach Lösungen auf eben diesem Niveau, neuer sozialer Bewegungen in den 80er Jahren im Vergleich zu den 70er Jahren des

20. Jahrhunderts (Hegedus 1990: 276). Für den Soziologen Nick Crossley (2002) sind soziale Bewegungen vor allem in den gegenwärtigen westlichen Gesellschaften von großer, nicht zuletzt medialer Relevanz. Zudem betont er, wie auch der Soziologe Dieter Rucht (2002), dass einige heute alltägliche Routinen auf Protestgeschehen zurückzuführen seien. Beispiele hierfür können auf sehr unterschiedlichen Ebenen gefunden werden. So ist die staatliche Gewaltenteilung in der Neuzeit auf philosophische Überlegungen von John Locke und den Baron de Montesquieu zurückzuführen. Von scheinbar banalerer Natur im bürgerlichen Alltag mancher Länder ist das Recycling von Müll. In der Tat konnten Umweltaktivisten vor fast 30 Jahren die Mülltrennung als wegweisende Forderung gegenüber der Bundesregierung durchsetzen.

Es zeigt sich, dass soziale Bewegungen maßgebliche Akteure im Kontext von gesellschaftlichem und teils subtilem Wandel sind. Ihr Potenzial besteht nicht zuletzt darin, für – kritisierte – menschliche Verhaltens- und Denkweisen zu sensibilisieren. Heute manifestiert sich eine Vielzahl sozialer Bewegungen zunächst auf lokaler, kultureller Ebene. Rucht (vgl. 2001) zufolge machten die auf demokratischen Prinzipien basierenden Institutionen auch in vielen „westlichen“ Kulturregionen soziale Bewegungen in gewisser Hinsicht obsolet, indem sie ihnen die Grundlage für eine fundamentale Gesellschaftskritik nahmen (vgl. Rucht 2001). Daher gehe es den heutigen Bewegungen in erster Linie um Reformen. Soziale Bewegungen, so Rucht, seien vor allem als Vermittler sozialer Interessen in modernen Demokratien von Bedeutung. Ihr relativ lockerer Organisationsgrad sowie oft zeitlich begrenztes Engagement im Kontext bestimmter Kampagnen lassen es zu, effizient zu mobilisieren und flexibler auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren zu können als traditionelle Institutionen. Der Autor gehört neben Luca Tratschin zu denjenigen, die auf Problematiken hinsichtlich der hier skizzierten Zusammenhänge hinweisen. Tratschin (2016: 294) betont die Rolle, die die Selbstbezüglichkeit, oder Selbstbeschreibung, und die Umweltverhältnisse für die Wahrnehmung und Inszenierung sozialer Bewegungen spielen. Diese Faktoren erlauben es, so Tratschin, „einzelne Proteste als Ausdruck einer sozialen Bewegung zu verstehen“. Dabei riskieren sie, diese im Rahmen von Typisierungen zu simplifizieren oder zu de-kontextualisieren (ebd., vgl. auch Haunss 2009: 34). Rucht (vgl. 2001) geht seinerseits konkreter auf die Bedeutung der Medien und die Marktorientierung von Medieninstituten ein, die einerseits wesentlich für die politische Existenz von Protesten seien, diesen jedoch teilweise auch problematische Images beziehungsweise diskursive Pauschalisierungen anheften.

Soziale Bewegungen mögen heute weniger langfristig in ihrer Wirksamkeit erscheinen, da auf quantitativer Ebene eine Vielzahl bewegungsförmiger Protestformen in verschiedenen Kontexten und von ungleicher Lebensdauer

beobachtet werden kann. Folglich werden manche Initiativen, ihre Forderungen und Zielsetzungen, kaum oder nur undeutlich von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen. In der Tat prägen bestimmte, rückblickend als weltbewegend wahrgenommene Zeiten gesellschaftlichen Aufbegehrens kollektive Narrative und Umgangsformen. Man denke beispielsweise an die Suffragetten-Bewegung, die 68er Jahre oder das bürgerliche Engagement für die deutsche Einheit. So bezieht sich die Bemerkung, dass soziale Bewegungen heute scheinbar an Tiefgründigkeit und politischer Nachhaltigkeit verloren haben, einerseits auf die Menge nicht generell wahrgenommener Bewegungen sowie andererseits auf die Problematik, dass nachhaltige Veränderung zunächst bedeutet, darauf zu hoffen, dass das fragliche Handeln einer solchen zuträglich ist (vgl. Klauer 2013: 15ff). Es kann also faktisch meist erst im Nachhinein festgestellt werden, ob sich die Wirkung einer sozialen Bewegung langfristig in das bestehende System etabliert hat.

Nicht zuletzt gehen die im Rahmen von Forschungsprojekten betrachteten Initiativen über das bisher Bekannte hinaus und werfen Fragen hinsichtlich ihrer Einstufung als soziale Bewegung beziehungsweise als Protest auf. Dies ist unter anderem der Fall hinsichtlich der Klagen vom Klimawandel betroffener Menschen gegen Staaten und Unternehmen¹. Es handelt sich daher um ein sehr dynamisches Forschungsfeld.

2.2 *Urban gardening*

In Hinblick insbesondere auf das *urban gardening* erscheint einerseits dessen Einordnung in einen politischen beziehungsweise wissenschaftlichen Kontext sowie auch die in Deutschland synonyme Verwendung der Bezeichnungen „urbane Gärten“ und „urbane Landwirtschaft“ (vgl. von der Haide 2014: 5) unklar. Die begriffliche Ungenauigkeit steht auch in Zusammenhang mit der in der internationalen Literatur dominanten englischsprachigen Terminologie (vgl. Biedermann et al. 2017: 13, Corcoran et al. 2018: 12) sowie mit der Entstehungsgeschichte der Bewegung, die sich seit den 1970ern unter anderem in den USA, Großbritannien oder Australien herausbildete. Erst später, genauer gesagt ab den 1990er Jahren, etablierte sie sich in Deutschland. Zugunsten der einheitlichen Kontextualisierung sollen in der vorliegenden Arbeit vorrangig die englischen Fachbegriffe angewendet werden.

Aufgrund der vielfältigen Formen, Ziele und Kontexte des Phänomens kann jede bestehende Definition nur ein Umriss des gesamten Spektrums sein, dessen Interpretation und Ausgestaltung lokal und individuell erfolgt. In Deutschland wird das Phänomen oft zunächst mit der Hauptstadt Berlin in Verbindung

1 Siehe hierzu auch « L'affaire du siècle » (Februar 2021) sowie den Beitrag von Nicola Veit im vorliegenden Band.

gebracht (siehe u.a. Rosol 2006; Hirtmann 2011; Schreiber 2013; Kitziński, 2015). Aber auch in anderen deutschen Städten wie München (von der Haide 2016) oder Dresden (Peinelt 2013) wurden wissenschaftliche Arbeiten zu dem Thema realisiert. Die bundesweit aktive Stiftungsgemeinschaft Anstiftung & Ertomis fördert urbane Gärten und führt Stand September 2021 rund 834 Gärten in Deutschland².

Eine generelle Typisierung der Absichten derjenigen, die sich der neuen *urban gardening* Bewegung verschrieben haben, nahm der Geograph Joscha Metzger (2014: 245f) vor. Er erarbeitete eine Zuordnung in drei Themenbereiche: erstens, die Vermittlung eines anderen Verständnisses für Stadt und Ökologie und, damit verbunden, die Überwindung der Dichotomie von Stadt und Natur. Zweitens betont er den Beitrag zur Ernährungssouveränität und, drittens die Etablierung einer Form der Partizipation, der urbanen Demokratie und der Möglichkeit zur Gestaltung öffentlicher Räume. 2012 erschien „Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt“ der Soziologin Christa Müller. Der Sammelband erkundet interdisziplinär Aspekte des Phänomens und gilt heute als Standardwerk (Umweltbildung.de 2012) auf dem entsprechenden Gebiet. Müller (2012: 23) hebt den partizipativen Charakter des *urban gardening* hervor und definiert, dass es sich in aller Regel um soziales beziehungsweise gemeinschaftsorientiertes Gärtnern handelt, wobei „der Garten als Lern- und Begegnungsort inszeniert und die Nachbarschaft in die Gestaltung des Outdoor-Sozialraums einbezogen [wird]“. Ebenfalls 2012 setzte sich Elke Krasny in ihrer Ausstellung „hands on urbanism“ mit städtischen Gärten aus historischer und globaler Perspektive auseinander.

Teils werfen Protestbewegungen wie das *guerilla gardening* konkret Fragen zur Aufteilung und Nutzung von urbanem Raum (vgl. Patman 2015: 275; Crane et al. 2013: 72-73), sowie zu dem augenscheinlichen politischen Widerstand gegen Veränderung auf. Manche Forscher sprechen in Hinblick auf die vielfältigen Erscheinungsformen und Motive des *urban gardening* von inklusiveren Formen der Rückgewinnung städtischen Raums (vgl. Baudry 2012: 36). Andere beobachten in diesem Kontext eine „transformierte Alltagspraxis“ (vgl. Crossley 2002, Rucht 2002), welche sichtbar die physische Umwelt der Städte verändert und dadurch zunehmend die Planung der Stadtentwicklung beeinflussen könnte. Die kurze Lebensdauer mancher Unternehmungen urbaner Gärtner hängt unter anderem mit Flächennutzungsdruck oder Bodenkontamination zusammen (vgl. Cvejić et al. 2015: 94; de Zeeuw in Educational Training Centre (ETC) 2003: 13-14). Tatsächlich sind derartige Problematiken Aspekte der Debatte zu Naturschutz und Ernährungssicherheit in Städten, bedingt durch die direkte Konkurrenz zu

2 Zugriff am 03.09.2021 unter <https://urbane-gaerten.de/urbane-gaerten/gaerten-im-ueberblick>. Im Vergleich zu einem Abruf der Seite im März 2021 konnte ein Anstieg beobachtet werden.

den Anliegen von Industrie und Wirtschaft, denen die Stadtpolitik zugunsten des urbanen Wachstums oft Rechnung trägt. Die gewünschte Teilhabe aller, die Einbindung insbesondere gesellschaftlich schwächerer Gruppen in Gemeinschaften (vgl. Curran et al. 2011: 208ff) und gegebenenfalls die Vertretung ihrer Interessen gegenüber mächtigeren Instanzen sowie der Respekt ökologischer Werte stellen weitere wesentliche Aspekte dieser Bewegungen dar (vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2015: 49; vgl. Pudup 2008: 1228–40). Auch angesichts des akuten Klimawandels beobachtet man heute in vielen Städten eine wachsende Zahl von eigenständigen Bürgerinitiativen, die sich für teils ästhetische Begrünung und alternative Energieprojekte einsetzen (Nadeau et al. 2019: 16). Bislang etablierte Formen städtischer Gärten entwickeln sich sehr dynamisch und differenzieren sich vor allem hinsichtlich ihrer Motive. Daher firmieren sie unter diversen Bezeichnungen wie Interkulturelle-, Gemeinschafts-, Nachbarschaftsgärten, *community gardens*, *guerilla gardening*, Dach-, mobile oder vertikale Gärten.

Ein thematischer Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit ist das *guerilla*³ *gardening*, eine manchmal unorthodoxe, nicht zwingend illegale, Form der Opposition, die „Veränderungen in hegemonialen Landschaften bewirken kann“ (Hou 2010: 15). Im Wesentlichen geht es um die anonyme aufständische Bepflanzung von öffentlichem oder privatem Land, das als vernachlässigt oder ungenutzt wahrgenommen wird (vgl. Reynolds 2008). Die dauerhafte Beanspruchung bestimmter Flächen stellt dabei nicht prinzipiell eine Priorität dar (vgl. Hardman 2011). Das Ziel vieler Guerilla-Gärtner ist es hingegen, Initiativen zu schaffen die in verschiedenen Kontexten reproduziert werden⁴ und durch zunehmende Replikation und wachsendes bürgerliches Interesse flexiblere, beziehungsweise offenere, administrative Strukturen ermöglichen können (vgl. Kivimaa et al 2015, zitiert in Nadeau et al. 2019: 25). Praktisch betreibt die Bewegung die heimliche Aussaat von Pflanzen auf öffentlichen oder privaten Flächen (vgl. von der Haide et al., 2012). Wenig diplomatisch formulierte es Richard Reynolds, dem zufolge es sich um „die unerlaubte Bewirtschaftung von fremdem Land“ handelt beziehungsweise um einen „Kampf um Ressourcen sowie gegen die Verknappung von Land und den schlechten Umgang mit der Umwelt“ (Reynolds 2008: 5, 16). Die nordamerikanische Wissenschaftlerin Annie Crane (et al. vgl. 2013: 72-73) beschreibt *guerilla gardening* als „eine Intervention und Form der räumlichen Manipulation, die Erwartungen verändert“ und argumentiert, dass „die Schwerpunkte, die sich herauskristallisieren [...], umfassendere Fragen

3 Das Wort *guerilla* ist spanisch und bedeutet wörtlich „kleiner Krieg“.

4 E.v.d. Haide (2013): Another world is plantable! Film Urban Community Gardens North America. (Zugriff am 03.07.2021 unter <https://www.youtube.com/watch?v=G6RIRFvjZE>, 48:00).

darüber aufwerfen, wie Raum aufgeteilt und genutzt wird“. Die von ihr initiierte *Dig Kingston study* (2012) kommt unter anderem zu dem Schluss, dass *guerrilla gardening*, im Vergleich zu *community gardening*, auch auf einem Mangel an explizitem Raumeigentum innerhalb des teils kritisierten kapitalistischen (vgl. Baudry 2012: 37), von Privateigentum dominierten Verständnisses von Raum beruht (vgl. Crane et al. 2013: 72). Einige Autoren merken in diesem Zusammenhang an, dass die bewusst „kriegerische“ Illegalität manch eines Projektes nuanciert betrachtet werden kann und sollte (vgl. Blomley 2004: 621), da die Debatte grundsätzlich einen Eigentümer und dessen ausdrücklichen Anspruch auf das entsprechende Land voraussetzt. So wurde beispielsweise bisher selten rechtlich gegen das Bepflanzen von Rissen im Bürgersteig und von Baumbeeten vorgegangen (vgl. Baudry 2012: 45).

Zu den Ursprüngen des *guerilla gardening* äußerten sich unter anderem Richard Reynolds (2008: 19) und Suzanne Patman (2015: 275). Die Autoren stellten dabei auch den Bezug zu der massiven Enteignung von mexikanischen⁵ Landbesitzern in den 1970er Jahren sowie Bewegungen von Landarbeitern ohne eigenen Grund und Boden in Brasilien und in Südafrika her. Weiterhin werden die Anfänge dieser politisch motivierten Praxis oft mit den Initiativen von Liz Christy und den *Green Guerillas* im Jahr 1973 in New York in Verbindung gebracht⁶. Es handelte sich um den Versuch einer Gruppe von Aktivisten, die Umwelt einer sich im Verfall befindlichen Stadt ästhetisch aufzuwerten und teilweise auch den Zugang zu frischen Nahrungsmitteln für eine breitere Öffentlichkeit herzustellen. Ihre Aktionen gipfelten in der Umwandlung eines ungenutzten Grundstücks in einen Gemeinschaftsgarten, der heute als Liz Christy Bowery-Houston Garden bekannt ist (Patman 2015: 275; vgl. auch Marchman und Tracey 2007). In der Folge und generell im Kontext der (öl-)krisengebeutelten 70er Jahre blühte in vielen nordamerikanischen Städten wortwörtlich eine Bewegung rund um *community gardens*, Gemeinschaftsgärten, auf, welche sich dort zu einem festen Bestandteil der Freiraumnutzung entwickelten und oftmals eine Art selbst geschaffene *bottom-up* Struktur im urbanen Raum darstellten (vgl. Appel et al. 2011: 37). Infolge der Aufwertung urbaner Gebiete kam es weiterhin zu Prozessen der Gentrifizierung. Auch für Gemeinschaftsgärten in ihren diversen Erscheinungsformen gibt es bisher keine allgemeingültige Definition, obgleich sie global mittlerweile weit verbreitet sind und teils in bestehende Infrastrukturen integriert wurden. Prägend für das Konzept sind

5 Noch heute spielt urbane Landwirtschaft in den Städten Mexikos eine wichtige Rolle (Faroq: 89).

6 Paradoxaerweise verweisen mehrere deutsche Medien auf mögliche Ursprünge in England, z.B. NDR (Zugriff am 18.03.2021 unter <https://www.ndr.de/ratgeber/garten/Mit-Samenbomben-verwaiste-Flaechen-begruenen,wildgaertnern101.html>) bzw. Wildes Berlin, Zugriff am 17.03.2021 unter *Guerilla Gardening - und die Stadt wird bunt - Wildes Berlin* (wildes-berlin.de).

die ihm eigenen sozio-kulturellen Rahmenbedingungen (Iles 2005), sowie die meist beachtliche Eigendynamik. Bei einer Vielzahl der Projekte handelt es sich um Bürgerinitiativen mit dem Ziel, Einfluss auf die lokale Entwicklung ihrer Nachbarschaft zu nehmen. Dabei stoßen gemeinschaftliche Gärten in Städten oft auf politische und stadtplanerische Resonanz, indem sie konkrete Alternativen aufzeigen (Nadeau et al. 2019: 16). In Frankreich beispielsweise bestehen zudem gemeinsame Initiativen mit dem französischen Fahrrad-Kollektiv *Vélorution*⁷. Ursprünglich als temporäre Zwischennutzung angelegt, werden zunehmend Vorgaben zu ihrem Schutz diskutiert (Bock et al. 2013: 81). Selten sind die Initiativen in der Lage, die Flächen selbst zu erwerben, da sich diese häufig im Stadtgebiet befinden und folglich hohe Bodenpreise zu erwarten sind. Auch daher fügen sich die entsprechenden Perspektiven, zumindest in Deutschland, meist in einen institutionalisierten, das heißt gesetzlich geregelten Rahmen ein. Eine Sonderform von Gemeinschaftsgärten bilden die Internationalen oder Interkulturellen Gärten. Ihr Kernziel ist die Integration von Migranten, indem sie einen Ort des Kennenlernens und des Austauschs mit der Lokalbevölkerung darstellen (Appel et al. 2011: 37).

Eine weitere Form des *urban gardening* sind die deutschen Klein- beziehungsweise Schrebergärten, die um 1865 im Kontext von sozialen, gesundheitlichen Missständen und einem Mangel an Naturerfahrung entstanden. Von der Sonderstellung dieses spezifischen Konzepts in Deutschland zeugt die gesetzliche Regelung im Bundeskleingartengesetz, die im Kontext von hohem Flächennutzungsdruck (vgl. NABU Leipzig 2016; Kupka-Hahn 2013; Billig, Geist 2018; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2015: 36) Debatten zum Erhalt und Schutz der Anlagen eher legitimiert als in Hinblick auf andere, neuere Formen des *urban gardening*. Das eher privatwirtschaftliche Kleingartenwesen wird in dieser Arbeit nicht weiter betrachtet, da das gärtnerische Engagement mehrheitlich auf dem Interesse an einer legal zugänglichen, wohnortnahen Grünfläche beruht und keinen explizit politischen Hintergrund hat.

Als soziale Räume haben kollektive Stadtgärten in all ihren Erscheinungsformen auch eine symbolische und identitätsstiftende Dimension. So heben sich solidarische Initiativen nicht selten bewusst von nicht-professionellen, kollektiven, teils illegalen oder kommerziellen Formen des *urban gardening* ab. Dies ist unter anderem bei dem stadtgestalterischen Engagement der Freien Kunstschule Hamburg der Fall, dessen Protagonisten unter anderem die meist nächtliche und unprofessionelle Heimlichkeit von Initiativen des *guerilla gardening* kritisch betrachten (Gehlenborg 2012). Es überrascht nicht, dass es zu Auseinandersetzungen kommen kann, wenn brachliegende Flächen ungefragt

7 Zugriff am 11.03.2021 unter <http://rts.gn.apc.org/>; <http://velorution.org/>, gemeinsame Aktion z.B. im Oktober 2011 in Paris.

beansprucht und durch gärtnerische Tätigkeit – *gardening* – transformiert werden. Weiterhin können sich konkrete Identifikationsmuster als problematisch erweisen, wenn beispielsweise die mit gemeinschaftlichen Initiativen assoziierten Slogans wie „eine andere Welt ist pflanzbar“ (vgl. von der Haide 2016) nicht generellen Zuspruch finden (Breuer 2011; vgl. Gehlenborg 2012).

Seit den 1970er Jahren entwickelte sich eine Vielzahl von traditionellen, aber auch neuen wissenschaftlichen Konzepten hinsichtlich der städtischen Begrünung, des sozial-ökologisch orientierten *urban gardening* sowie des landwirtschaftlich geprägten *urban farming*⁸. Sie werden in ihrer Gesamtheit als *urban agriculture* begriffen. Bewusste, nachhaltige Ernährung und die Reduktion der Lebensmittelverschwendung sind weitere Anliegen der Teilhabenden. Die oft zeitlich begrenzte gärtnerische Nutzung urbaner Flächen ist für einige Wissenschaftler:innen insofern von Interesse, als dass sie die Bedürfnisse und bürgerlichen Ansprüche an eine Stadt zu einer bestimmten Zeit und in einer spezifischen Kultur widerspiegelt (s.a. Cvejić et al. 2015: 92). Als Modelle könnten diese Initiativen daher „zweifelloso die Vorstellungskraft und Kultur einer Epoche prägen“ (vgl. Nadeau et al. 2019: 28).

2.3 *Urban gardening* im Kontext von sozialen Bewegungen und Protest

Mittlerweile kann *urban gardening* als eine Form der politischen Artikulation weltweit in verschiedenen Projekten und Ausprägungen beobachtet werden. In Saarbrücken beispielsweise organisierte die lokale Greenpeace-Initiative 2020 zum dritten Mal den *Parking Day*. Ziel ist vor allem eine nachhaltigere Flächennutzung und Re-urbanisierung von Innenstädten, um in relativ kleinem Rahmen für Lebensqualität und Zukunftssicherheit zu demonstrieren und zunehmend sterile, kommerzielle, oder technisierte Stadtgefüge für den Menschen zurückzuerobern (vgl. Certomá und Tornaghi 2015). Das Projekt des *community garden* NeuLand in Köln wird ebenfalls als „politisches Engagement 2.0“ (vgl. Follmaan und Vihoff 2014) für eine lebenswerte Stadt beschrieben. Dabei wollen einige Stadtbewohner den Platz der Zivilgesellschaft in der Stadt bekräftigen oder auch konkret an der Gestaltung der Stadt teilnehmen.

Generell können verschiedene Formen und Motive des *urban gardening* unterschieden werden. Die Betonung gemeinschaftlicher Aspekte in der Definition nach Christa Müller ist wesentlich bei einer Betrachtung des Phänomens als eine Manifestation sozialer Bewegungen. Die bisher genannten Beispiele untermauern zudem die Bedeutung lokaler Initiativen der Zivilbevölkerung bei der Umsetzung, oder illegalen Demonstration, konkreter Lösungen und Lösungsvorstellungen der beteiligten Aktivisten. Politisch motivierte Bewegun-

8 Urban agriculture - Landwirtschaft kommt in die Stadt —Presseportal (hu-berlin.de) (Zugriff am 16.03.2021 unter https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/oktober18/nr_181009_00).

gen insbesondere des städtischen *guerilla gardening* (vgl. Certomá 2015: 13), die sich immerhin von Amerika ausgehend bis heute über Kontinente hinweg weiterentwickelten, können daher nicht im Sinne Luhmanns als rein reaktiv verstanden werden, sondern fügen sich vielmehr in die proaktive Logik von Fuchs/Hofkirchner (2000) ein. Als Zeichen politischen Protests verstehen neben Reynolds (2009) unter anderem Baudry (2012: 32), Kuittinen (2015) und Rhan (2008) das *guerilla gardening*. Ganz im Sinne des lateinischen Ursprungs protestari, zu deutsch öffentlich bekunden oder offenbaren, beziehen die Autoren das Engagement auf die Möglichkeit zur direkten städtischen Mitgestaltung, auf das Aufzeigen von Alternativen, die Rückgewinnung von Raum und Lebensqualität sowie auf den Kampf gegen die graue Tristesse mancher Städte. Ebenso wird das gärtnerische Engagement oft auf die Sensibilisierung und/ oder kollektive Mobilisierung gegen die bürokratischen Vorstellungen der Regierungen bezogen (Baudry 2012: 45).

Der australische Sender *Channel Ten* beispielsweise strahlte vor einigen Jahren eine Serie mit dem Titel *Guerrilla Gardeners* aus, beworben als ein „kleiner Krieg ... direkt unter der Nase der Polizei“⁹. Tatsächlich ist auch das heimliche, wenn nicht illegale Handeln ein bewusstes *statement*, beruhend auf der Überzeugung, dass die Stadt für den Menschen und teilhabenden Bürger gemacht sein soll. Aus philosophischer Perspektive erkannte unter anderem Isis Brook eine Verbindung zwischen Politik und *guerilla gardening*. Sie meint, dass die Bewegung ihre politischen Wurzeln im selben Boden wie die *community gardening*-Bewegung hätte, die in den 1970er Jahren begann (vgl. Brook 2010: 308). Des Weiteren, so die Autorin, seien die ‘neuen’ *guerilla gardening*-Aktionen meist klein und fänden in bebauten Gebieten statt, in dem Versuch, Natur in den Raum zu bringen (vgl. ebd.). Wie auch von der Haide betont Brook, dass die Bepflanzung heimlich erfolge, bevor rechtlicher Anspruch auf das Land erhoben und ausdrücklich kommuniziert werden kann.

Erinnert man sich an die Typisierung Metzger’s (2014), wird zudem deutlich, dass urbane Gärtner bestimmte Rechte oder Handlungsspielräume einfordern oder schaffen, und sich aktiv, teils auch skeptisch, wenn nicht sogar kritisch, gegenüber spezifischen Zuständen oder Auffassungen beziehungsweise Darstellungen zu Wort melden. Diese besondere Form der Artikulation kann in bestimmten Kontexten als eine Art des Protests beziehungsweise als eine „spezifische Kommunikation sozialer Bewegungen“ (Tratschin 2016: 12) verstanden werden. Diese wird, so der Autor, oft anhand von Selbstbeschreibungen kategorisiert. Er präzisiert, dass eine Vielzahl von Aktivitäten eine soziale Bewegung reproduzieren können (vgl. ebd.). Demnach sind Protestformen nicht universell

9 Guerilla Gardeners: Trailer - YouTube (Zugriff am 18.03.2021 unter <https://www.youtube.com/watch?v=R-9CblzX9qc>).

und können entsprechend der historischen und kulturellen Gegebenheiten ausgestaltet werden. In den letzten Jahren etablierten sich zunehmend Formen, bei denen „an die Stelle der direkten Konfrontation nun in verstärktem Maße die öffentliche Präsentation der Bewegung als würdig, einig, zahlreich und engagiert [trat].“ (Tilly 2004: 4, zitiert in Haunss 2009: 37). Indem Individuen, allein oder im Kollektiv, den sie umgebenden Raum gestalten und auf bestimmte Weisen prägen beziehungsweise ihn für sich und ihr Engagement einfordern (vgl. Dubet 2004), kann *urban gardening* als soziale Bewegung und abhängig von den Beweggründen der Akteure auch als Form des Protests verstanden werden. Der nachahmbare Charakter der Initiativen ermöglicht es ihnen, wie auch den Protestformen, in verschiedenen Kontexten zu funktionieren (vgl. Haunss 2009: 38; s.a.¹⁰). Zudem werden mit zunehmender Replikation Strukturen geschaffen, die den administrativen Widerstand gegen Veränderungen verringern können (Kivimaa et al 2015, zitiert in Nadeau et al. 2019: 25).

Im Gegensatz zu Protesten kann sich *urban gardening* jedoch als Form der Artikulation nachhaltig in Stadtplanungen einfügen, wobei die Initiativen vor allem in der Umsetzungsphase oft eher isolierten Aktionen als kohärenten Projekten ähneln (Nadeau et al. 2019: 26). Folglich ist *urban gardening* auch insofern von gesellschaftlicher Bedeutung, als dass es in eine transformierte Alltagspraxis (vgl. Crossley 2002, Rucht 2002) münden kann, welche sichtbar die physische Umwelt der Städte verändert und dadurch zunehmend die Planungen der Stadtentwicklung beeinflusst. Des Weiteren sind bestimmte soziale Zusammenhänge in verschiedenen Kulturregionen erkennbar. So betrachten sich einige Teilhabende am *community gardening* in Nordamerika explizit als soziale Bewegung mit ganz konkreten Beweggründen, auch gegen industrielle Landwirtschaft oder für Emanzipation, Selbstermächtigung und *food justice*¹¹. In Los Angeles beispielsweise lebt ein Aktivist, bekannt als *gangsta gardener* (Weston 2020), seinen Protest gegen die Ernährungsindustrie und -bildung in Form seines gärtnerischen Engagements aus. In der Tat spielt die Sicherheit von Lebensmitteln in vielen amerikanischen Städten, auch aufgrund der sozial bedingten Verteilung sogenannter *liquor stores* und ihrem breiten Angebot minderwertiger Nahrung, eine wesentliche Rolle. Mary Pudup (vgl. 2008) argumentiert in ihren Arbeiten unter anderem, dass *community gardening* als Antwort auf die neoliberale Stadtpolitik interpretiert werden müsse und die neuesten *gardening movements* auf soziale und wirtschaftliche Krisen reagieren

10 E.v.d. Haide 2013: Another world is plantable! Film Urban Community Gardens North America. (Zugriff am 03.03.2021 unter <https://www.youtube.com/watch?v=G6RIRFvfjZE>, 48:00).

11 E.v.d. Haide 2013: Another world is plantable! Film Urban Community Gardens North America. Zugriff am 03.03.2021 unter <https://www.youtube.com/watch?v=G6RIRFvfjZE>: 0:30; ab 20:00, 23:00

würden (s.a. Bassett 1979; Lawson 2005; vgl. Habermas 1962; Brenner und Theodore, 2002). Weitere konkrete soziale Motive beschreibt die Diplomingenieurin für Stadt- und Regionalplanung Ella von der Haide auf den Seiten ihres Internetauftritts. Sie zitiert beispielsweise eine Teilhabende eines Gemeinschaftsgartens in Buenos Aires, die ihren Garten als einen Weg für den Kampf für eine gerechtere Gesellschaft betrachtet¹². Selbstwirksamkeit, Integration und das Recht auf aktive Mitgestaltung hebt von der Haide in ihren Veröffentlichungen besonders hervor. In Deutschland entstanden in den 1990er Jahren im Kontext der Integration von Geflüchteten aus Bosnien erste interkulturelle Gärten. Eine 1996 in Göttingen gegründete Initiative kann als eines von vielen Projekten mit sozialer, kultureller und politischer Mission genannt werden, das bundesweit zu Emanzipation und Bildung von Migrantinnen und deren Kindern beiträgt (Schellen 2013). In den letzten Jahren ist eine deutliche Zunahme von gemeinschaftlichen Garteninitiativen zu beobachten (Appel et al., 2011; Rosol, 2006). Generell kann sich *urban gardening* jedoch ebenso außerhalb des institutionellen beziehungsweise legalen Rahmens bewegen beziehungsweise muss es nicht prinzipiell politisch motiviert sein, wie dies insbesondere in Hinblick auf private Kleingartenanlagen der Fall ist.

In einigen Fällen geht es hingegen konkret um Unabhängigkeit von etablierten Beschaffungs- und Infrastrukturen oder um die Schaffung von „Orte[n] nachhaltiger und urbaner Transformation“ (vgl. Müller 2012). Neben der urbanen Lebensqualität stellt auch der Einsatz für nachhaltigen Wandel angesichts der Klimakrise einen wesentlichen Motor sozialer und vor allem „grüner“ Mobilisierung (vgl. Baudry 2012: 32) dar, wie dies beispielhaft an lokalen Initiativen im Quartier Rosemont-La Petite-Patrie in Montréal sichtbar wird. *Urban gardening* kann daher als eine konkrete und im heutigen Kontext innovative (wenn geschichtlich auch nicht neue) Lösung lokaler Akteure betrachtet werden, die gemeinschaftlich ihren ökologischen Fußabdruck vermindern oder aktiv für zukunftsfähige Strukturen demonstrieren wollen (vgl. de Souza 2006; Smith 2012). Dies bezieht sich auch auf die aktuellen Urbanisierungsprozesse (vgl. Stierand 2014: 81; Müller 2012; Rasper 2012: 24).

Die nachfolgenden Fallbeispiele folgen keinem konkreten logischen Muster. Eingedenk der zu wahrenen Vergleichbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Argumentation sollen sie stellvertretend die Diversität der Initiativen einerseits sowie die erstaunlichen Gemeinsamkeiten des lokalen Engagements auf verschiedenen Kontinenten und in verschiedenen Kulturen andererseits illustrieren.

12 Eine andere Welt ist pflanzbar! Zugriff am 01.03.2021 unter http://www.eine-andere-welt-ist-pflanzbar.de/index.php?article_id=1&clang=0

3 *Urban- und guerilla gardening in England*

Das heute bekannte Bild des englischen Landschaftsparks entwickelte sich im 18. Jahrhundert in Großbritannien im Zuge beziehungsweise im Kontext der barocken Kultur und Gärten. Tatsächlich heben Historiker hinsichtlich der Geschichte und Entwicklung des britischen Gartenkonzepts hervor, dass entsprechende Anlagen lange Zeit einen besonderen, eigentumsrechtlich geregelten Platz innerhalb eines privaten Geländes innehatten (vgl. Blomley 2004: 621). So wurden bereits im 17. Jahrhundert im Vereinigten Königreich Regelungen zu privaten Wildparks geschaffen. Die bestehenden Strukturen im Land führten zu einem Verständnis von Gärten und Parkanlagen als einer materiellen Form von Besitz und Privateigentum und dementsprechend zu einer weitreichenden Ausgrenzung der vielen ‚Besitzlosen‘. Tatsächlich waren Landrechte in den letzten 500 Jahren oft die Grundlage politischer Macht, nicht zuletzt in Großbritannien (vgl. Quest-Ritson 2001: 6). Ab 1750 wurden durch eine Reihe von Gesetzen, bekannt als *Enclosure Acts*, offene Felder und „Ödland“ einer produktiveren Nutzung zugeführt, das heißt für die Nutzung durch die ärmere, meist landwirtschaftlich tätige Bevölkerung gesperrt. Die Abschaffung der kollektiven, traditionellen Zugangsrechte bedeutete jedoch für viele dieser Menschen den Wegfall einer wichtigen Nahrungsquelle. Als Entschädigung wurde den Vertriebenen in der Regel alternatives Land von geringerem Umfang und minderer Qualität angeboten, manchmal ohne Zugang zu Wasser oder Holz. Die durch die Gesetze beschlagnahmten Ländereien wurden meist zu individuellen und privaten Bauernhöfen zusammengefasst. Konnten sich Landbesitzer die rechtlichen und andere mit der Einfriedung verbundenen Kosten nicht leisten, wurden sie vertrieben.

Öffentlich zugängliche Gärten, deren Zweck über das reine Überleben hinausging, wurden im 19. Jahrhundert mit den sogenannten *allotments* eingeführt. Wenn auch das Prinzip der Exklusivrechte auf Land dadurch nicht abgeschafft war, so gestaltete sich der Zugang doch progressiv demokratischer. Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts stiegen erneut die Flächenpreise aufgrund von Konkurrenz und Interessenkonflikten mit Bauherren. Zudem stellte das rasante Bevölkerungswachstum viele Städte vor immense Herausforderungen (Teuteberg 2004: 204). Angesichts des stetig zunehmenden Mangels an Nutzfläche in Ballungsräumen wurden ungenutzte oder nachlässig bewirtschaftete Grundstücke oft Ziel von Initiativen des *guerilla gardening*. In diesem Zusammenhang spricht Jeffrey Hou (2010: 3) von „aufständischen öffentlichen Räumen“. Die Bewegung wird im Vereinigten Königreich in der Regel als ein Aspekt anhaltender Proteste hinsichtlich der Landrechte betrachtet (vgl. Patman 2015: 273). *Gardening* Projekte, wie sie sich in New York seit den 70er Jahren heraus bildeten, fanden auch im Vereinigten Königreich Resonanz (ebd.: 275).

Die Bewegung des *urban gardening* nahm in England vor allem im Zuge eines zunehmenden Bewusstseins für Gemeinschaft und Frieden beziehungsweise der *counterculture* der 1960er Jahre an Fahrt auf (McKay 2011: 176). Auch Samenbomben, der Begriff scheint im Kontext von Protesten bezeichnend, wie sie Aktivisten des *guerilla gardening* herstellen und verteilen, waren in den 1960er Jahren bereits kommerziell erhältlich (Patman 2015: 276). Unabhängig von Protesten, jedoch wesentlich für die langfristige soziale Etablierung des Konzepts, war die Förderung von „Selbstversorgergärten“ (siehe *allotment gardens*) im Kontext globaler Krisen in England. Beispielhaft dafür stehen auch die zur Zeit des Zweiten Weltkrieges angelegten amerikanischen und englischen *Victory Gardens* (Winne, 2008: 55).

Präsent im medialen Diskurs um soziale Protestbewegungen und räumliche Veränderung, war *guerilla gardening* bisher nur selten ausschließliches Thema in wissenschaftlichen Studien in Großbritannien (vgl. Crane et al. 2013: 71). Richard Reynolds, der das *guerilla gardening* seit einigen Jahren als Protestform populär macht (NABU 2014), und als einer der führenden Vertreter der jüngsten *guerilla gardening*-Bewegung in Großbritannien gilt, initiierte 2004 auch die britische Website *guerrillagardening.org*. Seine dokumentarischen Blogbeiträge seit 2004 waren die Grundlage für ein Forum gleichgesinnter Aktivisten aus aller Welt, wobei sich viele der entsprechenden Veröffentlichungen auf den britischen Raum und insbesondere London beziehen. Im März 2021 zählte die Gemeinschaft 43.118 Mitglieder¹³, womit im Vergleich zu 2013 (41.698, zitiert aus Patman 2015: 276) noch immer ein Zuwachs erkennbar ist. Auf der Seite verweist Reynolds zudem auf seinen deutlich aktiveren Twitter- und Facebook Auftritt sowie auf weitere vernetzte Initiativen. Auch in deutschen Publikationen bezieht man sich auf Reynolds (s.a. NABU 2014). Annie Crane (et al. vgl. 2013: 76) bestätigt die zunehmende Popularität des *guerilla gardening*, sowohl in der Bevölkerung als auch in den Medien. Die kommunikative Selbstdarstellung vieler *guerilla gardening* Projekte sowie ihrer Wortführer fokussiert vorrangig auf heroischen Aktivismus (vgl. Jonas 2009: 67; Adams und Hardman 2014: 1115; s.a. Reynolds 2011; NABU 2014), Idealismus (vgl. Walton 2011: 68-69; Flynn 2011) und Vernetzung¹⁴ (vgl. Reynolds 2008: 35; Stierand 2010; Fraser 2010). Zudem betont der britische Wortführer Reynolds den inspirierenden Bezug zu der „visionären“ und „Öko-Trends setzenden“ Gruppe der *Green Guerillas* und stellt dabei den Gedanken einer proaktiven, kreativen Bewegung in den Vordergrund (vgl. Reynolds 2008: 14-16, 20). Auch seine Kampagne *Pimp Your Pavement* (2010) befürwortet die Unterstützung der grünen Guerilla-Aktivitäten durch

13 [guerrillagardening.org - Index](http://guerrillagardening.org/community/index.php) (Zugriff am 18.03.2021 unter <http://guerrillagardening.org/community/index.php>).

14 Die deutsche *guerilla gardening* Plattform gruenewelle.org ist Stand März 2021 nicht abrufbar.

die lokalen Behörden und soll Menschen dazu ermutigen, ein Stück Gehweg für Gartenzwecke (zurück) zu erobern. Tatsächlich wird diese Initiative unter anderem von der *London Sustainable Development Commission* gefördert¹⁵. In mehreren filmischen Veröffentlichungen, die auf youtube verfügbar sind, dominieren hingegen antiautoritäre und effekthaschende Motive und meist junge Protagonisten: *Guerrilla Gardener* (2007), *Charged Life: LA Guerrilla Gardening* (2011), *Vigilante Gardener* (2011). Tatsächlich spricht auch Reynolds auf seinem Internetauftritt von den „üblichen Risiken, die die guerilla gardeners auf sich nehmen würden“. Eine Ausnahme zu den bewusst heimlichen Aktionen stellen die jährlichen Aufrufe zum Internationalen Sonnenblumen- oder Tulpen-*Guerrilla-Gardening* Tag dar¹⁶. Dem Wesen des Aktivismus entsprechend wird in den Medien vorrangig über das Ergebnis und vergleichsweise selten über die Entwicklung dieser und anderer Ereignisse berichtet. Generell fällt bei der Lektüre britischer wissenschaftlicher- oder Presseartikel auf, dass selten eine wahrhaft kritische Meinung zu *guerilla gardening* an sich geäußert wird. In England hat man vor allem administrative und sicherheitstechnische Einwände (Scott 2011). Einige Autoren heben zudem hervor, dass das Phänomen ein unkontrollierbares Symptom eines Problems (oder mehrerer Probleme) sei und keine langfristige Lösung darstelle (Allen 2014). Die Praxis des *guerilla*-Gärtnerns selbst fällt unter den *Criminal Damage Act* von 1971, und obwohl es keine Berichte über strafrechtliche Verfolgung gibt, ist es nicht ungewöhnlich, dass Guerilla-Pflanzungen von der Polizei oder den örtlichen Behörden entfernt und die Teilnehmer zum Weiterziehen aufgefordert werden. Tatsächlich verweisen lokale Behörden in England teilweise auf die weitestgehend positive Grundhaltung in der Bevölkerung sowie auf das kollektive Interesse für die Bewegung (Scott 2011). Mittlerweile fördern städtische Behörden wie das *London Borough of Islington* und die *City of London*¹⁷ (*Capital Growth Campaign*) sogar einige Initiativen. Auch daher sehen einige Autoren das Potenzial für ein maßgebliches Umdenken hinsichtlich des zeitgenössischen britischen Verständnisses von Gärten (Patman 2015: 273), sowie der etablierten Funktions- und Bedeutungsstrukturen in britischen Städten. Des Weiteren entwickelte sich in Großbritannien im Kontext der Wirtschaftskrise 2008 die Initiative *Incredible Edible Todmorden*. Ähnlich dem *guerilla gardening* wollte man freistehende Flächen und ungenutztes Land in potenzielle Beete verwandeln¹⁸ mit dem konkreten Anspruch, nachhaltiger und autarker

15 London-se1.co.uk (2010): <https://www.london-se1.co.uk/news/view/4419>; Zugriff am 18.03.2021.

16 Home Page: <http://www.guerrillagardening.org/index.html>; Zugriff am 18.03.2021.

17 London City Hall über städtische Begrünung. Zugriff am 19.03.2021 unter <https://www.london.gov.uk/what-we-do/environment/parks-green-spaces-and-biodiversity/urban-greening>.

18 Wordpress.com (2016): Zugriff am 19.03.2021 unter <https://preservingtomorrow.wordpress.com/2016/03/02/todmordens-incredible-edible/>.

zu leben. Das Resultat war eine Umnutzung öffentlicher Flächen in produktive Landschaften mit Unterstützung der Gemeindevertreter, sowie neue Herangehensweisen in Bildung und Wirtschaft. Weitere hortikulturelle Aktivitäten im Zusammenhang mit Protesten im zeitgenössischen England sind beispielsweise Aktionen des Kollektivs *Reclaim the Streets*, dessen Mitglieder 1996 Löcher in Autobahnen bohrten, um Bäume zu pflanzen, und Cannabispflanzen auf dem *Parliament Square* in London setzten. Bei den Protesten am 1. Mai 2000 wurde zudem eine Statue Winston Churchills Opfer von „grünem Vandalismus“. Diese Handlungen stellen jedoch eher den Dissens als das Gärtnern in den Vordergrund (vgl. McKay 2011: 187), was sie mit Protestbewegungen in Einklang bringt. Weit weniger bekannt ist die Gruppierung *F-Troop Leicester*, die seit der Gründung der Gruppe im Jahr 2010 lokal aktiv ist. Ihre Initiativen mit dem Ziel ästhetischer städtischer Aufwertung schwanken jedoch vermutlich unter anderem aufgrund einer fehlenden treibenden Kraft wie Reynolds in Beständigkeit und Engagement.

Guerilla gardening wird in England teilweise von Aktivisten wie auch von Berichterstattern als Protest kommuniziert und aufgefasst. Heute bestehen Herausforderungen an die Landnutzung in *first world* Ländern weniger in existenziellen Bedürfnissen als vielmehr in ungleichen Mitgestaltungsmöglichkeiten. Oft überspielen oder romantisieren dominante mediale Darstellungen des *guerilla gardening* illegale Aspekte aus einer „abstrahierten“ Position heraus.

4 *Community gardening in Detroit, USA*

Der deutsche Begriff „Gemeinschaftsgarten“ wurde der nordamerikanischen Bezeichnung *community garden* entlehnt. Eingeführt wurde er hierzulande von Irmi Grünsteidel (2000) und Elisabeth Meyer-Renschhausen. Später griff ihn Marit Rosol (2006: 7) auf, die Gemeinschaftsgärten als „gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten, Grünanlagen und Parks mit Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit“ definiert. Häufig waren die Überwindung sozialer Missstände, gesellschaftliche Integration und existenzielle Bedürfnisse Ausgangspunkte dieser vergleichsweise gemeinschaftlich-orientierten Initiativen (Appel et al. 2011: 34; Winne 2008: 13, s.a. Lovell 2018). Generell sind der nachhaltige Konsum und der Zugang zu Natur und Grünflächen in vielen nordamerikanischen Städten vergleichsweise ungleich möglich (vgl. Westgate 2018). Im Alltag erweisen sich insbesondere hohe Nahrungsmittelpreise und oft auch der fehlende Bezug zu natürlichen Lebensmitteln als problematisch. Konkret ist unter anderem das Vorgehen gegen das Phänomen der *food deserts*¹⁹ (Beaulac 2009; Gallagher 2007: 2ff) ein

19 Food deserts nennt man Stadtviertel in denen frische, gesunde Lebensmittel deutlich weniger zugänglich sind als in anderen.

prioritäres Anliegen vieler Wissenschaftler und Aktivisten im nordamerikanischen Raum. Von zunehmender Bedeutung sind in Hinblick auf soziale Gerechtigkeit auch Fragen in Bezug auf die Verteilung von und den Zugang zu städtischen Grünflächen (vgl. Goss, Cartier in EOS²⁰ 2021: 1, 34f).

Am Beispiel Detroit wird deutlich, dass die Motive im Laufe der Entwicklung von Projekten eine neue Orientierung erfahren und Ziele beziehungsweise Kompetenzen neu definiert werden können. Indem neue Argumente progressiv in die Debatte einfließen, wurden in dieser Stadt zum Beispiel die *Black-power*-Bewegung und die ökologische Bewegung diskursiv verbunden²¹. So betont der Vorsitzende des Netzwerkes für Ernährungssicherheit der afroamerikanischen Gemeinde in Detroit, dass man im Gegensatz zu Initiativen der 60er Jahre nicht gegen etwas protestieren, sondern vielmehr demonstrieren wolle, wofür man steht²². Die Befreiung von bestimmten Zwängen in Zusammenhang mit der städtischen Lebensmittelversorgung ist ein wesentliches Anliegen der Teilhabenden. In diesem Zusammenhang spielen die *community gardens* insbesondere auch für afroamerikanische Aktivistinnen eine wichtige Rolle. Die gärtnerische oder landwirtschaftliche Tätigkeit eröffnet diesen einerseits einen Raum der selbstbestimmten Handlungsfähigkeit und andererseits einen neuen Zugang zu ihren kulturellen Wurzeln. Die entsprechende Stärkung ihrer sozialen Position sowie ihre Ermächtigung (s.a. White 2011) fördert auch das Gemeinschaftsgefühl und stellt folglich eine maßgebliche Grundlage für die Kommunikation ihrer Botschaften und Rechte dar. Tatsächlich titelte ein lokales Magazin vor zwei Jahren, dass in Detroit eine neue Art landwirtschaftlicher Nachbarschaft entstanden sei (Adams 2019). Die Autorin spricht beispielsweise über das *Detroit Black Community Food Security Network*, eine gemeinnützige Mitgliederorganisation, dessen Netzwerk unter anderem die *D-Town Farm* im Westen der Stadt betreibt (Adams 2019). Es handelt sich dabei um die größte urbane Farm der Stadt. Der Artikel verdeutlicht einerseits die Aktualität der Debatte um soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und Selbstermächtigung sowie auch die politische und gesellschaftliche Bedeutung von urbanen Gärten.

5 Protest für *urban gardening* in Istanbul

Nicht nur in New York²³, auch in Istanbul bedeutete das städtische Zugeständnis von Landfläche für einige *urban gardening* Initiativen das Einhalten von

20 Name einer wöchentlichen Zeitschrift für Geowissenschaften, die für die American Geophysical Union (AGU) herausgegeben wird.

21 E.v.d. Haide (2013): Another world is plantable! Film Urban Community Gardens North America. Zugriff am 03.03.2021 unter <https://www.youtube.com/watch?v=G6RIRFvjZE>: 40:00.

22 vgl. ebd.: 37:30.

23 Bürgermeister Giuliani ging in den 90er Jahren mit Bulldozern gegen community gardens vor.

bürokratischen und administrativen Regeln. Beispielhaft soll hier ein agrarwirtschaftlich genutzter Stadtgarten in Kuzguncuk, einem politisch links orientierten Stadtteil von Istanbul, betrachtet werden. Bereits in den 1960er Jahren wurde dieser *bostan* von Familien der griechischen Minderheit bewirtschaftet. 1977 beschlagnahmte der türkische Staat das Grundstück. Hintergrund waren nicht zuletzt das Bevölkerungswachstum, die Entwicklung und Spekulation auf dem Immobilienmarkt und massive politische Korruption²⁴. Diese Vorgänge verschärften die Spaltung zwischen dem armen Teil der Bevölkerung, der auf städtische Anbaufläche angewiesen war, und reicheren Schichten, deren Interesse an Grünflächen vorrangig ästhetischer Natur war. Interessant ist dieser Fall auch insofern, als dass er im Bereich der urbanen politischen Ökologie verankert ist (*urban political ecology*). Dieses Konzept geht davon aus, dass „urbane Natur der Ausdruck umfangreicherer politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Prozesse und Vorstellungen ist“ (Zimmer et al. 2017: 51). Der Fokus liegt vor allem auf Konflikten um Umweltthemen und auf den daran beteiligten Akteuren. Tatsächlich ist die Frage nach der Schaffung und den Visionen von städtischen Gärten und im weiteren Sinne Grünflächen in Studien über Istanbuls Agglomeration sehr präsent (Genoud 2018: 73).

1992 demonstrierten die Einwohner von Kuzguncuk erstmals gegen die Pläne eines Privatinvestors und suchten bewusst den Kontakt zu den Medien (ebd.: 75-76). In der Folge wurde 1996 die lokale *Neighbourhood Association* (NA) gegründet, die die lokalen Aktionen koordinieren und die Einwohner des Viertels repräsentieren sollte. Bevor es 2013, im Kontext erneuter Verhandlungen zwischen der Regierung und Investoren, zu einem Sitzstreik kam, avancierte der Park zu einem wesentlichen sozialen Treffpunkt und Austragungsort für Festivals. Zudem wurde er bewusst weiterhin als Agrarfläche genutzt. In den Jahren 2013 und 2014 konkretisierten sich die Baupläne eines Einkaufszentrums und es formierten sich zeitlich Protestbewegungen. Teilweise wurden die Demonstrierenden unter Gewaltanwendung von der Polizei vertrieben. Die Ereignisse mobilisierten tausende von Protestierenden, was als der Beginn einer sozialen Bewegung gegen die konservative Stadtpolitik der führenden Partei in der Türkei und in Istanbul unter Erdogan (AKP), betrachtet wird. Ziel der tendenziell minderheiten-feindlichen (vgl. Genoud 2018: 75) AKP ist es unter anderem, aus Istanbul das „Finanzzentrum der Welt“ zu machen (Günay, Anspichler 2012). Neben Abwanderung bestimmter Teile der Bevölkerung sind auch Prozesse der Gentrifizierung eine Folge der nationalen Stadtplanung. Ähnliche Entwicklungen, Protestbewegungen (vgl. Inceoglu 2015) und die Entstehung weiterer *bostans* waren auch in anderen Distrikten Istanbuls zu beobachten. Die Dynamik des

24 Augenscheinlich wurde das Motiv auch im Kontext des türkischen Staatsstreichs 2016.

städtischen Geschehens in Istanbul (vgl. Genoud 2018: 84) sowie die mediale Kommunikation führten zu einem veränderten Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung, die sich in lokalen Instanzen insbesondere gegen die konservative Regierung und für die Einhaltung der Menschenrechte mobilisierte.

2015 wurde ein Kompromiss zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den Einwohnern von Kuzguncuk gefunden und ein Park auf dieser Fläche eröffnet. Nicht wenige Bürger vermuteten hierbei jedoch politische Propaganda (ebd.: 78): Immerhin sah sich die AKP mit einer zunehmend schwindenden Befürwortung durch die jüngere Bevölkerung konfrontiert. Zudem spielen auch Spaltungen innerhalb der Gruppe von Aktivisten eine Rolle: Die sogenannten „environmentalists“ der Bewegung warfen anderen Teilnehmern vor, ihr Engagement als Sprungbrett für eine politische Karriere zu benutzen (vgl. ebd.: 81). Indem die NA zunehmend die Teilnahme der „environmentalists“ an Versammlungen unterband, trug sie zu deren Ausschluss aus dem Entscheidungsprozess bei (ebd.: 83). Tatsächlich zeigen sich auch hier bestimmte Synergien, die zwischen den Gegenspielern, das heißt der politischen Administration und der zivilen Bewegung bestehen: Einerseits stellte die *Neighbourhood Association* einen wichtigen Alliierten für Regierungsinstanzen dar, andererseits leisteten diese einen wesentlichen finanziellen Beitrag (ebd.: 86).

6 *Urban gardening: Eine Form des Protests?*

Wesentlich bei der Betrachtung von *urban gardening* als Form des Protests ist unter anderem die (Selbst-) Darstellung der entsprechenden Bewegung. Problematisch kann diese sein, wenn öffentliche Flächen beziehungsweise potenzielle Ziele für *guerilla gardening* und auch Anliegen und gesellschaftliche Kritikpunkte der Bewegung in einer Art *master framing* homogenisiert oder gar instrumentalisiert werden. Dies kann eine Verschiebung der Wahrnehmung der Bewegung zur Folge haben. Beispielsweise suggeriert Richard Reynolds (vgl. 2008: 73), dass die Aktivisten explizit verlassene (städtische) Flächen besetzen, die von teils kritisierten Unternehmen oder lokalen Behörden hinterlassen wurden. Betrachtet man die mediale Tragweite des britischen Wortführers Reynolds, der sich den Zeitungsbildern nach zu urteilen zu inszenieren weiß, wird zudem klar, dass die Effizienz und Replikation der Bewegung einerseits von gewissen mobilisierenden Konstanten oder Personen und andererseits von der Verfügbarkeit eines zu verändernden Raums abhängt (vgl. auch Nadeau et al. 2019: 25).

Interessant sind Fragen nach der Darstellung auch dahingehend, als dass die mediale Aufbereitung, beispielsweise durch das Fernsehen, es erlaubt, soziale Bewegungen auf unterhaltsame Weise konstant passiv mitzuerleben (vgl. Jonas 2009: 67). Wie Merker (2010: 5) feststellt, „besteht immer die Gefahr [...], dass sie vom vorherrschenden kulturellen Milieu absorbiert werden und [...] ihre

kritische Dimension vermindert wird, wenn sie sich vertrauten, akzeptablen und potenziell kommerziellen Kategorien [...] anschließen“.

An Beispielen wie dem Projekt *Incredible Edible Todmorden* oder auch der Biosphärenstadt St. Ingbert zeigt sich, dass der Einsatz für Nachhaltigkeit und gemeinschaftliches Engagement im ländlichen und städtischen Raum zu Synergien führten, die durch die UNESCO-Anerkennung Weltrang erlangt hat. Insofern sind insbesondere gemeinschaftliche Initiativen des *urban gardenings* von nachhaltiger gesellschaftlicher Bedeutung, wenn sie auch nur bedingt ein Ausdruck des Protests sind.

Aufgrund teils konstruktiver, teils kontraproduktiver Synergien kann es passieren, dass die Aktionen der Bürger politisch vereinnahmt, das heißt *urban-* und insbesondere *guerilla gardening* Projekte institutionalisiert werden und somit an politisch-kritischer Bedeutung verlieren. Beispielsweise finanzierte der *British Council* Reynolds' Reise nach Neuseeland, um für *guerilla gardening* zu werben (eventfinda.co.nz 2013). Zudem ist die Anerkennung und Akzeptanz des *guerilla gardening* im heutigen London so groß, dass Reynolds selbst 2012 (Richardson 2012) zum vierundzwanzigsten *most influential gardener* Großbritanniens ernannt wurde. Weiterhin sind viele Initiativen dem Gemeinwohl zuträglich, beispielsweise in Form von ästhetischer Begrünung und Gemeinschaftlichkeit, und können daher oft ohne weiteres Aufheben in die Stadtplanung integriert werden. Indem Schritte hin zu einem Wandel relativ schnell implementiert werden, findet unter Umständen nicht der meist angestrebte strukturelle Wandel, sondern vielmehr oberflächliche politische Anpassung statt. Dabei riskiert die Bewegung als solche an Schlagkraft zu verlieren. Als juristisch und auch logistisch problematisch erweist sich oft auch die Abhängigkeit hinsichtlich der Subvention und Flächennutzung, wenn beispielsweise Pachtverträge für die Zwischennutzung auslaufen und nicht verlängert werden.

In diesem Zusammenhang kann sich im Laufe der Initiative eine gewisse Entmutigung einstellen, wenn diese sich im Vergleich zu komplexeren Anliegen (Klimawandel) oder zu politisch mächtigeren Akteuren als wenig wirksam erweist oder Erreichtes durch Bebauung oder Ähnliches zunichte gemacht wird. Ähnliche Folgen können auch Konflikte zwischen den Organisatoren oder Trägern der Projekte haben. Daraus folgt unter anderem, dass *urban gardening* sehr oft und mehr als andere Arten politischer Artikulation von der Vernetzung der Teilhabenden geprägt wird, da oft ein struktureller Wandel angestrebt wird. Einerseits können die Anliegen tatsächlich langfristig sowohl in der Politik als auch im physischen Stadtbild verankert werden, es kann jedoch ebenso zu einem vorzeitigen Zerfallen der Bewegung kommen, wenn Wortführer und Protagonisten keine zielführende Mobilisierung aufrecht erhalten können. Der Übergang von der Protestform zu partizipativer, von der Regierung bewusst unabhängiger

Stadtentwicklung ist daher fließend und eine wesentliche Differenzierung kann oft durch das kommunizierte Selbstverständnis der Initiativen erfolgen.

7 Zusammenfassung

Hochrechnungen legen nahe, dass 2050 circa zwei Drittel der Menschheit in Städten leben werden. Um die zukünftige Versorgung geopolitisch konfliktfrei zu sichern sind maßgebliche Veränderungen in Hinblick auf Konsum, Produktion und Verteilung unabdingbar. *Urban gardening* ist oft symptomatisch für wahrgenommene Missstände in der städtischen Gesellschaft und eine Form der Artikulation von Protest oder von Selbstermächtigung. Es scheint plausibel, dass nicht nur die Stadt als Lebensraum, sondern auch der bewusste Bezug zu Natur und Nahrungsmitteln zurückerobert werden soll. Mit der Debatte um die Grenzen des Wachstums und den Übergang in eine postfossile Gesellschaft beschäftigt sich ebenso die partizipative *Transition Town* Bewegung. Gekennzeichnet ist sie durch den Einsatz für regionale Wirtschaftskreisläufe sowie Klimaschutzmaßnahmen.

Artikulationen ökonomischer, ökologischer und sozialer Spannungen, wie sie in dieser Arbeit behandelt wurden, werden in der Stadtforschung als kritische Tendenzen in einer zunehmend urbanisierten Welt aufgefasst. Wandelte sich auch der politisch-soziale Kontext über die Jahre hinweg, so können Initiativen des *urban* und konkret des *guerilla gardening* noch heute in verschiedenen Ländern beobachtet werden. Von besonderer Bedeutung bei der Betrachtung des Phänomens sind Städte und deren zentrale Funktionen, beispielsweise für Wohnen, Versorgung und Handel. Urbane Räume müssen, beziehungsweise sollten, Möglichkeiten für Freizeit und Erholung, Entsorgung sowie als Naturraum bereitstellen. Viele Initiativen des *urban gardening* beruhen auf Defiziten hinsichtlich dieser gesellschaftlichen Ansprüche an eine Stadt. So sagte bereits Voltaire²⁵, dass „wir“ unseren Garten bewirtschaften müssten. Die implizite Aufforderung richtet sich wohl an jeden Einzelnen, dass er oder sie mit jedem Wandel im Kleinen, also bei sich selbst, beginnen sollte. Es sei auch an den Kern der Parole *The Personal is Political*, aus den 70er Jahren, erinnert. Diese besagt, dass eine bessere Welt nicht nur theoretisch möglich ist, sondern sich im Leben der Aktivisten und der Allgemeinheit praktisch widerspiegeln sollte. In dieser Hinsicht scheinen Gärten und Pflanzen als Mittel der Kommunikation und Veränderung in vielerlei Hinsicht durchaus nachhaltig.

Fachübergreifend widerspricht man selten der Vorstellung, dass Gärten der mentalen und physischen Gesundheit zuträglich sind. Über diese private Perspektive hinaus sollte jedoch betont werden, dass jeder Garten mit dem Raum

25 Candide ou de l'Optimisme 1759: „Il faut cultiver notre jardin“.

verbunden ist, ihn besetzt und verändert. Als solcher spielt er eine Rolle im sozial-weltlichen Leben und dies umso mehr in dichten städtischen Gebieten, wo der Raum einen hohen finanziellen und politischen Wert hat. So werden Formen des Gärtnerns privat, gesellschaftlich oder explizit politisch motiviert, als Widerstand oder alternative Stadtplanung begriffen. Die Initiativen können in ihrer Dauer variieren, Alternativen sichtbar machen und dabei neue beziehungsweise andere Wege des Handelns im Stadtraum inspirieren. Sie laden somit dazu ein, eine neue Art der Ausübung von Bürgermacht durch direktes und kollektives Handeln zu konzipieren, die zweifelsohne die Vorstellungskraft und Kultur der Zeit prägt. Insbesondere zum Thema Nachhaltigkeit können urbane Gärten wichtige Impulse für die Stadtentwicklung setzen und einen besonderen Beitrag zur Ausgestaltung zeitgenössischer Urbanität leisten.

Bei der Betrachtung des Phänomens sollte auch auf die Bedeutung traditioneller Narrative geachtet und es sollten diese bei der Darstellung und Inszenierung kritisch hinterfragt werden. Dies gilt vor allem, wenn sie zu einer Schaffung oder Verstärkung von pauschalen Vorstellungen von Helden oder Antihelden beitragen oder mit dem Anspruch auf generelle, kollektive Gültigkeit und Wahrnehmung einhergehen.

Schlussendlich erscheint es besonders bemerkenswert, dass trotz der weitgehenden Anerkennung und den Möglichkeiten in vielen Städten, sich legal einem Gemeinschaftsgarten anzuschließen, noch immer einige Menschen Samenbomben werfen, Löcher in Bürgersteige bohren und nach innovativen Wegen suchen, um ihren Vorstellungen einer lebenswerten Stadt und Welt Ausdruck zu verleihen. Die Beobachtung sagt unter anderem viel über die Fähigkeit der Bürger zum alltäglichen Widerstand aus. Für die Zukunft des *guerilla gardening* bedeutet dies, so Richard Reynolds, dass viele Menschen auf kleineren Flächen und nicht mehr im Schutz der Dunkelheit gärtnern werden (vgl. Hanson 2016).

Literatur

- Adams, David & Hardman, Michael (2014). Observing guerrillas in the wild: Reinterpreting practices of urban guerrilla gardening. In: *Urban Studies*, 51(6), 1103-1119.
- Appel, Ilka, Grebe, Cristina & Spitthöver, Maria (2011). *Aktuelle Garteninitiativen. Kleingärten Und Neue Gärten in Deutschen Großstädten*. Kassel: kassel university press.
- Bassett, Thomas J. (1979). 'Vacant Lot Cultivation: Community gardening in America, 1893–1978.' Master's thesis, University of California, Berkeley.
- Baudry, Sandrine (2012). Reclaiming urban space as resistance: the infrapolitics of gardening. *Revue française d'études américaines*, 131(1), 32-48.
- BBSR. (2015). *Gemeinschaftsgärten im Quartier*. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn.
- Beulac, Julie, Kristjansson, Elizabeth, Cummins, Steven (2009). A systematic review of food deserts, 1966–2007. *Preventing Chronic Disease* 6: A105.
- Biedermann, Amrei & Ripperger, Anna-Lena (2017). *Urban Gardening und Stadtentwicklung*. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Blomley, Nicholas (2004). Un-real estate: Proprietary space and public gardening. *Antipode*, 36(4), 614-641.
- Brook, Isis (2010). The importance of nature, green spaces, and gardens in human well-being. *Ethics Place and Environment (Ethics, Place & Environment (Merged with Philosophy and Geography))*, 13(3), 295-312.
- Certomà, Chiara (2015). Critical urban gardening. *RCC Perspectives*, (1), 13-18. Zugriff am 15.02.2021 unter <https://www.jstor.org/stable/10.2307/26241301>.
- Certomà, Chiara & Tornaghi, Chiara (2015). Political gardening. Transforming cities and political agency. *Local Environment*, 20(10), 1123–1131. <https://doi.org/10.1080/13549839.2015.1053724>
- Corcoran, Mary P., Cavin, Joelle Salomon (2018). Civil Society and Urban Agriculture in Europe. *Nature and Culture*, 13(1), 1-16. Zugriff am 15.08.2021 unter <https://www.jstor.org/stable/26888990>.
- Crane, Annie, Viswanathan, Leela & Whitelaw, Graham S. (2013). Sustainability through intervention: a case study of guerrilla gardening in Kingston, Ontario. *Local Environment*, 18(1), 71-90.

- Crossley, Nick (2002). *Making sense of social movements*. McGraw-Hill Education (UK).
- Curran, Christopher J., González, Marc-Tizoc (2011). Food Justice as Interracial Justice: Urban Farmers, Community Organizations and the Role of Government in Oakland, California. *The University of Miami Inter-American Law Review*, 43(1), 207-232. Retrieved August 8, 2021, from <http://www.jstor.org/stable/23339452>.
- Cvejić, Rozalija, Železnikar, Špela, Nastran, Mojca, Rehberger, Vita, & Pintar, Marina (2015). *Urban Agriculture as a Tool for Facilitated Urban Greening of Sites in Transition: A Case Study*. *Urbani Izziv*, 26, S84-S97. Zugriff am 28.06.2021 unter <http://www.jstor.org/stable/24920949>.
- De Souza, Marcelo Lopes (2006). Social movements as ‘critical urban planning’ agents. *City*, 10(3), 327-342.
- De Zeeuw, Henk (2003). *Annotated bibliography on urban agriculture*. Leusden, The Netherlands: ETC–Urban Agriculture Programme in cooperation with TUAN and other organisations, Swedish International Development Agency (Sida).
- Dubet, François (2004). ‘Between a Defence of Society and a Politics of the Subject: The Specificity of Today’s Social Movements’. *Current Sociology*, 52(4), 693–716.
- Dubet, François und Henri Lustiger Thaler (2004). ‘Introduction: The Sociology of Collective Action Reconsidered’. *Current Sociology*, 52(4), 557–573.
- Farooq, Muhammad, & Pisante, Michele (Eds.). (2019). *Innovations in sustainable agriculture*. Basel: Springer International Publishing.
- Follmann, Alexander und Valérie Viehoff (2014). ‘A green garden on red clay: creating a new urban common as a form of political gardening in Cologne, Germany.’ *Local Environment* 20(10), 1148-1174.
- Fuchs, Christian und Wolfgang Hofkirchner. (2000). ‘Die Dialektik der Globalisierung in Ökonomie, Politik, Kultur und Technik. Überarbeitete und erweiterte Version eines Vortrages gehalten beim Jubiläumskongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS), Wien, 20-23/09/2000, Zugriff unter globalisierung.pdf (tuwien.ac.at) am 04.03.2021.
- Gallagher, Mari (2007). *Examining the impact of food deserts on public health in Detroit*. Chicago: Mari Gallagher Research & Consulting Group.

- Genoud, Alice (2018). The Politics of Greening the City: The Case of the Bostan of Kuzguncuk, Istanbul. In: *Nature and Culture*, 13(1), 69-91.
- Günay, Gaye, Stephan Anspichler (Produzent), Imre Aezm (Regisseur). (2012). *'Ecumenopolis, a City Without Limits'* [Dokumentarfilm]. Türkei & Deutschland: York Street Productions International.
- Haide, Ella von der, Halder, Severin, Jahnke, Julia & Mees, Carolin (2012). Guerilla gardening und andere politische Gartenbewegungen. Eine globale Perspektive, in: *Urban Gardening / über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*, München: oekom, 266–278.
- Haide, Ella von der (2014). „Die Neuen Gartenstädte: Urbane Gärten, Gemeinschaftsgärten und Urban Gardening in Stadt- und Freiraumplanung“; Zugriff am 11.08.2021 unter https://anstiftung.de/downloads/forschungsarbeiten_urbane_gaerten/ella_v_d_haide.pdf.
- Haide, Ella von der (2016): *Eine andere Welt ist pflanzbar*, Teil 5. *Urbane Gemeinschaftsgärten in Deutschland*. Dokumentarfilm/DVD, 55 Min. München: anstiftung Heitmeyer.
- Hamel, Pierre (2001); Henri Lustiger-Thaler; Jan Nederveen Pieterse und Sasha Roseuil (Hg.). *Globalization and social movements*. Berlin: Springer.
- Hardman, Michael (2011). *Understanding guerrilla gardening: an exploration of illegal cultivation in the UK*. Birmingham City University, Centre for Environment and Society Research, Faculty of Technology, Engineering and the Environment.
- Haunss, Sebastian (2009). *Die Bewegungsforschung und die Protestformen sozialer Bewegungen*. Zuerst ersch. in: Schönberger, Klaus (Hg.) *Kommt herunter, reißt euch ein... : eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin : Assoziation A, 2009, S. 31-45.
- Hegedus, Zsusa (1990). 'Social Movements and Social Change in Self-Creative Society. New Civil Initiatives in the International Arena'. In: Albrow, Martin/King, Elizabeth (Hrsg.) (1990) *Globalization, Knowledge and Society. Readings from International Sociology*, 4(1), 19-36. SAGE Publications Ltd: London.
- Hirtmann, Claudia (2011). *Analyse und Untersuchung aktueller Probleme von Gemeinschaftsgärten in Berlin unter besonderer Berücksichtigung von Planungs- und Nutzungsrechten und Entwicklung von Handlungsempfehlungen*. Masterarbeit an der Beuth Hochschule Technik in Berlin, Berlin.

- Hou, Jeffrey (Ed.). (2010). *Insurgent public space: guerrilla urbanism and the remaking of contemporary cities*. London: Routledge.
- Iles, Jeremy (2005). The Social Role of Community Farms and Gardens in the City. In: Continuous productive urban landscapes / designing urban agriculture for sustainable cities, *Architectural Press*, 82–88.
- Inceoglu, Irem (2015). Encountering difference and radical democratic trajectory: An analysis of Gezi Park as public space. *City*, 19(4), 534-544.
- Jonas, Marieluise (2009). Food/guerrilla gardening: [This gardening phenomenon signals potential for change.]. *Landscape Architecture Australia*, (122), 67.
- Kitzinski, Diana (2015). *Der Prinzessinnengarten in Berlin Kreuzberg Wechselwirkungen zwischen Alltagsleben und Quartier*. Technische Universität Berlin: Berlin.
- Kivimaa, Paula., Hildén, Mikael, Huitema, Dave, Jordan, Andrew, & Newig, Jens (2017). Experiments in climate governance—A systematic review of research on energy and built environment transitions. *Journal of Cleaner Production*, 169, 17-29.
- Klauer, Bernd (2013). *Nachhaltigkeit und Naturbewertung: Welchen Beitrag kann dasökonomische Konzept der Preise zur Operationalisierung von Nachhaltigkeit leisten?* (Vol. 25). Berlin: Springer-Verlag.
- Klingenbrunner, Peter (2011). *Die Rolle des Internet in Neuen Sozialen Bewegungen: Am Beispiel der globalisierungskritischen Bewegung*. München u.a.: GRIN Verlag.
- Lawson, Laura (2005). *City Bountiful; A Century of Community Gardening in America*. Berkeley: University of California Press.
- Lenz, Ilse (Ed.). (2010). *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland: Abschied vom kleinen Unterschied Eine Quellensammlung*. Berlin: Springer-Verlag.
- Lovell, Kera N. (2018). “Everyone Gets a Blister” Sexism, Gender Empowerment, and Race in the People’s Park Movement. *Women’s Studies Quarterly*, 46(3 & 4), 103-119. Zugriff am 15.02.2021 unter <https://www.jstor.org/stable/10.2307/26511334>
- McKay, George (2011). *Radical Gardening: Politics. Idealism and Rebellion in the Garden*, London: Frances Lincoln Limited.
- Merker, Blaine (2010). *Taking place. Insurgent public space: guerrilla urbanism and the remaking of contemporary cities*. London: Taylor and Francis.

- Metzger, Joscha (2014), Urban Gardening. In: Belina, B.; Naumann, M. & Strüver, A. (Hg.): *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 244-249.
- Moghadam, Valentine M. (2012). *Globalization and social movements: Islamism, feminism, and the global justice movement*. Rowman & Littlefield.
- Müller, Christa (2012). *Urban Gardening: über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: oekom.
- Nadeau, Alexandra, Cloutier, Geneviève, Poitras, Claire, & Aylett, Alexander (2019). Racines citoyennes. *Canadian Journal of Urban Research*, 28(2), 16-31. Published by: Institute of Urban Studies, University of Winnipeg. Stable URL: <https://www.jstor.org/stable/10.2307/26868638>
- Patman, Suzanne (2015). A new direction in garden history. *Garden History*, 273-283.
- Peinelt, Nadine (2013). *Gemeinschaftsgärten in Dresden – Chance Für Eine Nachhaltige Stadtentwicklung?* Dresden: Technische Universität Dresden.
- Pudup, Mary (2008). It Takes a Garden: Cultivating Citizen-Subjects in Organized Garden Projects. *Geoforum*, 39(3), 1228–1240.
- Quest-Ritson, Charles (2001). *The English garden: a social history*. Boston: David R. Godine Publisher.
- Rasper, Martin (2012). *Vom Gärtnern in der Stadt: die neue Landlust zwischen Beton und Asphalt*. oekom verlag. Zugriff am 14.03.2021 unter <http://d-nb.info/1072418118>
- Reynolds, Richard (2008). *On guerrilla gardening: A handbook for gardening without boundaries*. London: Bloomsbury Publishing.
- Reynolds, Richard (2009). *Guerilla Gardening / ein botanisches Manifest*. Freiburg im Breisgau: Orange Press. Zugriff unter <http://d-nb.info/991623738/04>.
- Rosol, Marit (2006). *Gemeinschaftsgärten in Berlin*. Zugriff unter <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/rosol-marit-2006-02-14/PDF/rosol.pdf> am 18.03.2021
- Rucht, Dieter (2001). Soziale Bewegungen als Signum demokratischer Bürgergesellschaft in: Leggewie, C./Münch, R. (Hrsg.), *Politik im 21. Jahrhundert*.
- Rucht, Dieter (2002). Anstöße für den Wandel–Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert. Gründungsversammlung für *Die Bewegungsstiftung–Anstösse für soziale Bewegungen*.

- Schreiber, Franziska (2013). *'Viele Viele Frei(t)räume' The Prinzessinnengarten and Contemporary Land Use Conflicts in Berlin*. University College London.
- Smith, Adrian (2012). Civil society in sustainable energy transitions. *Governing the Energy Transition: reality, illusion or necessity*, 180-202.
- Stierand, Philipp (2014). *Speiseräume / die Ernährungswende beginnt in der Stadt*. München: oekom.
- Teuteberg, Hans Jürgen (2004). *Die Revolution am Esstisch / neue Studien zur Nahrungskultur im 19./20. Jahrhundert*. Stuttgart: Steiner. Zugriff am 03. März 2021 unter <http://www.gbv.de/dms/bs/toc/389861049.pdf>.
- Tracey, David (2007). *Guerrilla Gardening: A Manual* festo. New Society Publishers, Gabriola Island, British Columbia, Canada.
- Tratschin, Luca (2016). *Protest und Selbstbeschreibung: Selbstbezüglichkeit und Umweltverhältnisse sozialer Bewegungen*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Walton, Mélanie (2011). Re-creation: Phenomenology and Guerrilla Gardening. *Placing nature on the borders of religion, philosophy and ethics*, 67-78.
- White, Monica Marie (2011). Sisters of the soil: Urban gardening as resistance in Detroit. *Race/ethnicity: Multidisciplinary global contexts*, 5(1), 13-28.
- Winne, Mark (2008). *Closing the Food Gap / Resetting the Table in the Land of Plenty*. Boston: Beacon Press.
- Zimmer, Anna, Natasha Cornea, René Véron. (2017). Of Parks and Politics: The Production of Socio-nature in a Gujarati Town. *Local Environment* 22(1): 49–66.

Sekundärquellen

- Adams, Biba (2019). ‚In Detroit, A New Type of Agricultural Neighborhood Has Emerged‘ (05.November 2019). Zugriff am 14.10.2021 unter In Detroit, A New Type of Agricultural Neighborhood Has Emerged - YES! Magazine (yesmagazine.org)
- Allen, Martin (2014). ‚Guerilla gardening in the UK is a sign of failure‘ (22. Oktober 2014). Zugriff am 18. März 2021 unter <https://www.theguardian.com/lifeandstyle/gardening-blog/2014/oct/22/guerrilla-gardening-uk-failure>.
- Art (2008): Rhan, Felicitas: ‚Pflanzen statt tanzen‘ (11. April 2008). Zugriff am 21. März 2021 unter www.art-magazin.de/szene/6400-rtkl-guerilla-gardening-botanik-pflanzen-statt-tanzen.

- Billig, Susanne, Geist, Petra (2018). ‚Der Garten als Halt und Haltung. Das Paradies vor der Haustür‘ (24.05.2018). Zugriff am 15.05.2021 unter https://www.deutschlandfunkkultur.de/der-garten-als-halt-und-haltung-das-paradies-vor-der.976.de.html?dram:article_id=418658.
- Breuer, Ingeborg (2011). ‚Urbane Landwirtschaft. Wenn aus innerstädtischen Brachflächen ‚Community Gardens‘ werden‘ in Deutschlandfunk (26.05.2011). Zugriff am 17.05.2021 unter https://www.deutschlandfunk.de/urbane-landwirtschaft.1148.de.html?dram:article_id=180768.
- Cartier, Kimberly M. S. (2020). ‚Growing Equity in City Green Space‘ in EOS (2021). Science News by AGU VOL. 102 | NO. 6. 06/2021. Zugriff am 28.08.2021 unter <https://eos.org/wp-content/uploads/2021/05/JUN21.pdf>.
- Eventfinda.co.nz (2013): ‚UK Guerrilla Garden Richard Reynolds - Auckland‘, Zugriff am 28. März 2021 unter <https://www.eventfinda.co.nz/2013/uk-guerrilla-garden-richard-reynolds/auckland>
- Flynn, Dara (2011). ‚Urban uprising‘ (11. Dezember 2011). Zugriff am 21. März 2021 unter <https://www.thetimes.co.uk/article/urban-uprising-jfjrmccrghj>.
- Fraser, Mark (2010). ‚How guerrilla gardening took root‘ (15. März 2010). Zugriff am 21. März 2021 unter <http://news.bbc.co.uk/1/hi/scotland/8548005.stm>.
- Gehlenborg, Frederike ‚Urbane Landwirtschaft: Wenn Großstädter ihre Blüenträume wahr machen‘ (12. Mai 2012). Zugriff am 20. März 2021 unter <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article106294193/Wenn-Grossstaedter-ihre-Bluetentraeume-wahrmachen.html>.
- Goss, Heather (2020). ‚Growing Healthy City Canopies‘ in EOS (2021). Science News by AGU Vol. 102 | No. 6.. Zugriff am 28.08.2021 unter <https://eos.org/wp-content/uploads/2021/05/JUN21.pdf>.
- Hanson, Kyra (2016). ‚Guerrilla Gardening In London: A Battle Against Concrete Paving And Private Development‘ (April 2016). Zugriff am 21. März 2021, <https://londonist.com/2016/04/guerrilla-gardening-in-london-a-battle-against-concrete-paving-and-private-development>.
- Kupka-Hahn, Kathrin (2013). ‚Aprikosengarten bleibt erhalten‘ in Sächsische Zeitung (05.03.2013). Zugriff am 16.05.2021 unter <https://www.saechsische.de/plus/aprikosengarten-bleibt-erhalten-2522433.html>.
- Lugli, Emanuele (2010). ‚A coffee with Richard Reynolds‘ (28. Juni 2010). Zugriff am 13. März 2021 unter: <http://www.vogue.it/en/people-are-talking-about/parties-events/2010/06/a-coffee-with-richard-reynolds>.

- NABU (2014): Guerilla Gardening: Robin Hoods der Stadtnatur (03. April 2013). Zugriff am 20. März 2021 unter <https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/oekologisch-leben/balkon-und-garten/trends-service/trends/13976.html>.
- NABU Leipzig. (2016). ‚Leipzig schrumpft‘ (27.12.2016). Zugriff am 16.05.2021 unter <https://www.nabu-leipzig.de/stellungnahmen/leipzig-schrumpft/>.
- Reynolds, Richard (2006) ‘Gardeners without borders’ (20. April 2006). Zugriff am 03. März 2021 unter [www.guardian.co.uk/news/blog/2006/apr/20/](http://www.guardian.co.uk/news/blog/2006/apr/20/guerrillagarde) guerrillagarde.
- Reynolds, Richard (2011). ‘Be a guerilla’ (12. Mai 2011). Zugriff am 12. März 2021 unter <https://www.thetimes.co.uk/article/be-a-guerrilla-kl0wlfds29f>.
- Richardson, Tim (2012). ‚Meet Britain’s most influential gardeners‘ (05. Januar 2012). Zugriff am 22. März 2021 unter <https://www.telegraph.co.uk/gardening/8993038/Meet-Britains-most-influential-gardeners.html>.
- Schellen, Petra (2013) ‘Najeha Abid über Interkulturelle Gärten: „Es bleibt ja nicht beim Gärtnern“‘ (12. August 2013). Zugriff am 18. März 2021 unter <https://taz.de/!5061383/>.
- Scott, Izabella (2011). ‘Gardeners in crime’ (24. Juni 2011). Zugriff am 21. März 2021 unter <https://www.ft.com/content/d120fef2-98d3-11e0-bd66-00144feab49a>.
- Stierand, Philipp (2010). ‘Guerilla Gardening im Ruhrgebiet. Ein Interview.’, Speiseräume: Stadt/Ernährung (01. Dezember 2010). Zugriff am 21. März 2021 unter <https://speiseraeume.de/guerilla-gardening-ruhrgebiet/>.
- Umweltbildung.de (2012): Zugriff am 05. März 2021 unter <https://www.umweltbildung.de/6545.html>.
- Westgate, Geneviève (2018). Equity and Green Space in Montreal. Samuel Centre for Social Connectedness. Zugriff am 28.06.2021 unter <https://www.socialconnectedness.org/wp-content/uploads/2019/10/Equity-and-Green-Space-in-Montreal-.pdf>.
- Weston, Phoebe (2020). ‚This is no damn hobby‘: the ‚gangsta gardener‘ transforming Los Angeles‘ (28. April 2020). Zugriff am 24. März 2021 unter <https://www.theguardian.com/environment/2020/apr/28/ron-finley-gangsta-gardener-transforming-los-angeles>.
- WWF (2015): Das große Fressen. Tanja Dräger de Teran, WWF Deutschland. Zugriff am 24. März 2021 unter <http://www.wwf.de/2015/april/das-grossefressen/>.

Franziska Treder

Die Debatte um die französische Protestbewegung der *Gilets jaunes* – eine Analyse der Berichterstattungs- und Kommentarformen im deutsch-französischen Vergleich

Gliederung

1	Einleitung.	283
2	Protestbewegungen in Frankreich am Beispiel der <i>Gilets jaunes</i>	285
	2.1 Traditionen des Protests in Frankreich.	285
	2.2 Die Bewegung der <i>Gilets jaunes</i>	288
	2.2.1 Sozio-ökonomisches, politisches und organisatorisches Profil	289
	2.2.2 Ursachenforschung und Kontextualisierung	291
	2.2.3 Reaktionen der französischen Regierung.	294
3	Auswertung der Darstellung der Bewegung der <i>Gilets jaunes</i> in ausgewählten deutsch-französischen.	296
	3.1 Auswahl der Forschungsmethode und Analyse	296
	3.2 Auswertung der Ergebnisse und Vergleich der Positionen.	297
4	Schlussbetrachtung und Ausblick	302
	Literatur.	305

1 Einleitung

Von November 2018 bis zum Frühjahr 2019 sorgte die Gelbwestenbewegung (*Gilets jaunes*) in Frankreich für Aufruhr. Die neue Protestbewegung war zu Beginn nur schwer einzuordnen und erschien in den Augen ihrer Betrachter:innen als besonders unberechenbar und heterogen. Sie traf die französische Regierung unter dem aktuellen französischen Präsidenten Macron unvorbereitet, so dass

erste politische Reaktionen auf sich warten ließen. Die Zusammensetzung und Ausrichtung der Bewegung änderte sich fortlaufend, nahm neue Dynamiken an und entwickelte sich in verschiedene, unvorhergesehene Richtungen. Die französische Regierung versuchte, geeignete Lösungsstrategien zu finden, um gegen die Unruhen und die wachsende Unzufriedenheit vorzugehen. Auch wenn die Anzahl der Teilnehmenden der Bewegung in den darauffolgenden Monaten kontinuierlich abnahm, war sie in den medialen Debatten nahezu omnipräsent und thematisierte politische, gesellschaftliche und soziale Fragen, denen sich die französische Regierung fortwährend stellen musste.¹

Protestbewegungen sind seit jeher ein wichtiges Instrument für den Ausdruck von Unzufriedenheit und den Willen zur Veränderung. Die französische Geschichte blickt auf eine Vielzahl von Protestbewegungen zurück, die das kollektive Gedächtnis Frankreichs nachhaltig geprägt haben.² Hierbei können aktuelle und vergangene Bewegungen benannt werden, wie beispielsweise die Proteste der *Sansculottes* während der Französischen Revolution 1789, die sozialrevolutionäre Bewegung 1848, die französischen Studierendenproteste im Mai 1968 oder die Proteste gegen die geplante Hochschulreform der Regierung Chirac 1986 (*Loi Devaquet*) sowie gegenwärtige Protestbewegungen, wie beispielsweise die Ausschreitungen in den Pariser Vorstädten 2005, die „Demo für alle“ 2012 (*Manif pour tous*) und die Proteste gegen die geplante Veränderung des französischen Arbeitsrechts 2016.³ Doch die Bewegung der Gelbwesten lässt sich nicht eindeutig in die Tradition der französischen Protestbewegungen einordnen. Die Fragen nach ihrem Ursprung, ihrer Zusammensetzung, ihren inneren Antriebskräften und Zielen werden bis heute in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen und über nationale Grenzen hinweg diskutiert. Einen besonderen Platz innerhalb dieser Diskussionen nehmen die Medien ein. Sie stellten für die Protestierenden nicht nur Plattform, sondern auch Angriffsziel und Widersacher dar.

Dieser Beitrag geht aus einer Masterarbeit hervor, die sich mit der Analyse der Debatte um die Gelbwestenbewegung in ausgewählten Printmedien in Frankreich und Deutschland beschäftigt. Er stellt einen Überblick und eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieses Beitrags dar. Hierbei wurde der Zeitraum des Aufkommens

-
- 1 Vgl. *statista.fr*. 2019. Nombre des manifestants lors des mobilisations de *Gilets jaunes* en France 2018-2019. <https://fr.statista.com/statistiques/952143/nombre-manifestants-gilets-jaunes-france/> Zugegriffen: 10.09.2019.
 - 2 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur, Mentalitäten. Eine landeskundliche Einführung*. 4. Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler.
 - 3 Vgl. Joachim Schild. 1998. Wertewandel und politischer Protest: Die wachsende Bedeutung direkter Partizipationsformen. In *Wertewandel in Deutschland und Frankreich: nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten*, Hrsg. Renate Köcher & Joachim Schild, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH: S. 252-253.

der Bewegung im November 2018 bis hin zu den Europawahlen im Mai 2019 analysiert. Ziel dieser Analyse war es herauszustellen, wie und mit dem Einsatz welcher (rhetorischer) Mittel in ausgewählten deutschen und französischen Printmedien über die Protestbewegung sowie über gesellschaftliche und politische Reaktionen berichtet wurde. Welche Schwerpunkte werden innerhalb der Berichterstattung gesetzt? Welche Bewertungen werden vorgenommen? Lassen sich Gemeinsamkeiten oder Differenzen der ausgewählten Tageszeitungen im deutsch-französischen Vergleich feststellen? Mittels der Beantwortung dieser Fragen sollen der Diskurs und potentielle Diskursverschiebungen aufgedeckt, nachgezeichnet und mögliche gesellschaftliche und politische Auswirkungen skizziert werden.⁴

2 Protestbewegungen in Frankreich am Beispiel der *Gilets jaunes*

„Die Macht der Trillerpfeife – Frankreich: Erst streiken, dann reden“⁵ betitelt Thomas Hanke seinen Artikel in der Wochenzeitung *Handelsblatt* am 12. Dezember 2014. Frankreich wird häufig als „Land des Streiks“ mit „revolutionärem Geist des Arbeitskampfes“ dargestellt.⁶ Das folgende Kapitel betrachtet die historischen, politischen und gesellschaftlichen Hintergründe der französischen Protestkultur und geht der Frage nach, inwiefern die Bewegung der *Gilets jaunes* in diese Tradition eingereiht werden kann.

2.1 Traditionen des Protests in Frankreich

Volksbewegungen haben in der französischen Geschichte eine lange Tradition. Frankreich musste unter einer Vielzahl von Bürgerkriegen leiden, die meist politisch oder religiös motiviert waren. Die Religionskriege im 16. Jahrhundert (1562–1598) oder auch der Kampf zwischen der *Résistance* und den Kollaborateuren unter Maréchal Pétain (1940-1944) während des Zweiten Weltkriegs spalteten nachhaltig die Gesellschaft. Auch der Übergang von einer vormodernen Feudalgesellschaft zu einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft,

4 Der Forschungsstand war aufgrund der Aktualität der Thematik begrenzt. Dennoch konnten auf Publikationen von Dieter Rucht, Patrick Farbiaz, Florent Vaudepitte, Aurore Lalucq und Maxime Thiébaud über die Entstehung, Entwicklung und politische sowie soziologische Einordnung der Gelbwestenbewegungen zurückgegriffen werden. Es wurde bisher keine vergleichbare Studie zur Analyse der Darstellung der Gelbwesten in den deutschen und französischen Printmedien durchgeführt.

5 Hanke, Thomas. 2014. Arbeitskampf weltweit. Die Macht der Trillerpfeife. Frankreich: Erst streiken, dann reden. 12.12.2014. *Handelsblatt.com*. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/arbeitskampf-weltweit-frankreich-erst-streiken-dann-reden/10942372-8.html?ticket=ST-2191659-969fMN0oTPhkbaGMVpW1-ap6>. Zugegriffen am 18.07.2019.

6 Hanke, Thomas. 2014. Arbeitskampf weltweit. Die Macht der Trillerpfeife. Frankreich: Erst streiken, dann reden. 12.12.2014. *Handelsblatt.com*.

der in Frankreich im Vergleich zu anderen westlichen Industrienationen verspätet eintrat, wurde von der Französischen Revolution (1789-1794) beschleunigt.⁷ Dieser revolutionäre Prozess prägt noch bis heute das Land auf unterschiedlichen Ebenen. Auf gesellschaftlicher Ebene wurde beispielsweise die „kollektive Sensibilisierung für soziale Unterschiede und die gesellschaftliche Akzeptanz für politisch motivierte Gewalttaten“ verstärkt.⁸ Die daraus resultierenden Auswirkungen zeigten sich unter anderem in der sozialrevolutionären Bewegung 1848, in der Pariser Kommune 1870/1871 oder in der studentischen Protestbewegung im Mai 1968. Und auch in zahlreichen Bewegungen der Gegenwart, wie beispielsweise bei den Protesten 1995 gegen die Reformpläne der französischen Regierung unter dem ehemaligen Premierminister Alain Juppé (1995-1997) und bei den Aufständen 2010 gegen die Anhebung des Rentenalters unter dem ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy (2008-2012) können diese Auswirkungen festgestellt werden. Eine französische Besonderheit ist dabei, dass zahlreiche soziale Proteste in gewalttätigen Auseinandersetzungen ausufernten und trotzdem von der Mehrheit der französischen Bevölkerung akzeptiert und unterstützt wurden.⁹

Doch in der gegenwärtigen Geschichte Frankreichs können auch friedliche Protestformen beobachtet werden. 1983 organisierten Jugendliche aus französischen Problemvierteln mit Hilfe des Priesters Christian Delorme einen gewaltfreien Protestmarsch durch Frankreich, der unter dem Namen „Marsch der Araber“ (*marche des beurs / marche pour l'égalité et contre le racisme*) Popularität erlangte.¹⁰ Aus diesen Protesten entstand 1984 die bis heute international aktive Organisation SOS Racisme, die sich für Gleichberechtigung sowie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzt.¹¹ Die Verschärfung sozialer Problemfelder innerhalb der französischen Gesellschaft (z.B. Arbeitslosigkeit, Rassismus, Obdachlosigkeit) äußerte sich auch in zahlreichen weiteren friedlichen Protestbewegungen. In den letzten Jahrzehnten entstanden beispielsweise breite Bewegungen der Arbeitslosen (*chômeurs*), der jugendlichen und illegalen Immigranten (*SOS-Racisme, sans papiers*) und der Obdachlosen (*sans-abris*), die im europäischen Vergleich ein Alleinstellungsmerkmal darstellen.¹² Im Kontext der Globalisierung und der Internationalisierung der Wirtschaft

7 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 67.

8 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 67.

9 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 99.

10 Vgl. Mogniss H. Abdallag. 2004. La Marche pour l'égalité, une mémoire à restaurer. *Homme et Migrations*, n°1247, S. 99-104.

11 Vgl. Laurent Muchielli. 2010. Urbane Aufstände im heutigen Frankreich. *Soziale Geschichte Online*, 2. https://www.laurent-mucchielli.org/public/Urbane_Aufst%C3%A4nde_im_heutigen_Frankreich.pdf Zugegriffen am 12.05.2019.

12 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 95.

haben sich spezifische Reaktionen der französischen Gesellschaft herauskristallisiert. Traditionell ist eine hohe Erwartungshaltung gegenüber der regulativen Staatsmacht in der Gesellschaft verankert, die das staatliche Eingreifen in den Markt legitimiert. Ebenso ist das erhöhte Protest- und Widerstandspotential für Frankreich spezifisch, da es durch die stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung für soziale Ungleichheiten häufiger zu Demonstrationen und – besonders seit den 1990er Jahren – auch zu Ausschreitungen kommt. Außerdem spiegelt sich das „durch die Französische Revolution geprägte Selbstverständnis als nationale Solidargemeinschaft“¹³ in den Reaktionsformen der französischen Gesellschaft wider, wenn beispielsweise supranationale Entwicklungen und Instanzen als Gefahr für das nationale Selbstverständnis wahrgenommen werden.¹⁴

Die oftmals untersuchte und analysierte Streikkultur Frankreichs veranlasst Stephen Bouquin in dem Sammelband *Strikes around the World* (2007) zu konstatieren: „France is not ‘the homeland of strikes’ [...] but it does nonetheless witness important strike activity“.¹⁵ Bouquin bezieht sich auf die Tatsache, dass Frankreich im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn eine überdurchschnittliche Streikhäufigkeit aufweist, jedoch im internationalen Vergleich der europäischen und nordamerikanischen Gesellschaften nur auf Platz sechs unter den 20 Ländern mit der höchsten Streikquote liegt.¹⁶ Die verhältnismäßig hohe Streikquote begründet Bouquin mit der Aussage, dass die französischen Gewerkschaften keine Tradition der Tarifverhandlungen haben und demnach auf andere Mittel zur Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen setzen müssen.¹⁷ Trotz der tendenziell seit den 1970er Jahren rückläufigen Streikbeteiligung in Frankreich konnte im Zeitraum zwischen 2007–2016 festgestellt werden, dass je 1000 Beschäftigte 117 Arbeitstage jährlich streikbedingt ausfielen.¹⁸ In Deutschland fielen im selben Zeitraum nur 16 Arbeitstage je 1000 Beschäftigte streikbedingt aus.¹⁹ Besonders in staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen sowie im öffentlichen Dienst ist die Streikbereitschaft in Frankreich

13 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 99.

14 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 98.

15 Stephen Bouquin. 2007. *Strikes in France*. In: Hrsg. Van der Welden, Sjaak/ Dribbusch, Heiner, Lyddon, Dave/ Vandaele, Kurt, *Strikes Around the World 1968-2005*, S. 259. Amsterdam: Amsterdam University Press.

16 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 96.

17 Vgl. Stephen Bouquin. 2007. *Strikes in France*, S. 259.

18 Vgl. Heiner Dribbusch. 2018. *WSI-Arbeitskampfbilanz 2017. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut*, 10. Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_22_2018.pdf Zugriffen am 15.08.2019.

19 Vgl. Heiner Dribbusch. 2018. *WSI-Arbeitskampfbilanz 2017*, S. 10.

überdurchschnittlich hoch.²⁰ Während in Deutschland ein Streik nur im Rahmen einer gescheiterten Tarifverhandlung möglich ist und i. d. R. als letztes Mittel zur Durchsetzung tarifpolitischer Ziele verwendet wird, nehmen die französischen Arbeitnehmer:innen an Haus- und Fabrikbesetzungen, Boykottmaßnahmen und politisch motivierten Demonstrationen teil.²¹ Das individuelle französische Streikrecht und die Unabhängigkeit der Streikaktivitäten von Tarifverhandlungen und Gewerkschaften fördern somit auch die Protestkultur in Frankreich.²²

Aus den angeführten Untersuchungen kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es eine Art „revolutionäre Tradition“ in Frankreich gibt.²³ Dabei ist nicht davon auszugehen, dass Frankreich das Vorzeigeland des Streiks oder das Ursprungsland der Protestkultur ist, sondern dass die historischen und gesellschaftspolitischen Hintergründe die kollektiven Verhaltensweisen der französischen Gesellschaft über Jahrhunderte geprägt haben. Auch gegenwärtige politische und gesellschaftliche Strukturen, wie beispielsweise die Verhandlungsschwäche und fehlende Dialogbereitschaft der französischen Gewerkschaften, tragen dazu bei, dass Proteste als Mittel der Bürgerbeteiligung und der politischen Willensäußerungen genutzt werden.

2.2 Die Bewegung der *Gilets jaunes*

Als „Aufschrei gegen die Arroganz der Elite“²⁴ betitelt die *Süddeutsche Zeitung* einen Gastbeitrag des französischen Politikers und Soziologen Jean-Yves Camus bezüglich der aktuellen Protestentwicklungen der Gelbwesten in Frankreich am 3. Dezember 2018. Camus fügt hinzu: „Die ‘*Gilets jaunes*‘ haben kein politisches Programm. Das Gefühl, missachtet zu werden, bringt das Volk gegen die Regierenden auf“.²⁵ Diese scheinbar aus dem Nichts kommende Bewegung der Gelbwesten prägte von Herbst 2018 bis zum Frühjahr 2019 das politische und gesellschaftliche Tagesgeschehen Frankreichs.²⁶ An dem ersten öffentlichen Protestsamstag, am 17. November 2018, beteiligten sich nach Regierungsangaben mehr als 282.000 Menschen.²⁷

20 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 96.

21 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 96.

22 Vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink. 2018. *Frankreich*, S. 96.

23 Marieluis Christadler / Henrik Uterwedde, Hrsg. 1999. *Länderbericht Frankreich: Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Wiesbaden: Leske + Budrich, S. 46.

24 Camus, Jean-Yves. 2018. *Aufschrei gegen die Arroganz der Elite*. *Süddeutsche Zeitung*. 3. Dezember 2018. <https://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-gelbe-westen-1.4237255> Zugegriffen am 15.07.2019.

25 Camus, Jean-Yves. 2018. *Aufschrei gegen die Arroganz der Elite*. *Süddeutsche Zeitung*. 3. Dezember 2018.

26 Stand: Juli 2019

27 Vgl. Dieter Rucht. 2019. *Die Gelbwestenbewegung*, S. 2.

2.2.1 Sozio-ökonomisches, politisches und organisatorisches Profil

Das Erkennungsmerkmal der Bewegung, die Warnwesten in gelber Signalfarbe, stellt ein geschickt gewähltes und aussagekräftiges Symbol dar. Jede:r Fahrzeughalter:in ist in Frankreich rechtlich verpflichtet, eine Warnweste im Fahrzeug zu führen. Dies impliziert, dass nicht nur alle Bürger:innen an den Protestbewegungen teilnehmen können, sondern dass jede Person sich auch außerhalb von Protestversammlungen durch die sichtbare Positionierung einer Warnweste mit der Bewegung solidarisieren kann.

Zum Auslöser der Proteste im November 2018 wurde eine durch die französische Regierung angekündigte Erhöhung der Kraftstoffpreise zu Beginn des Jahres 2019, die im Rahmen der Reformen des Präsidenten Emmanuel Macron durchgeführt werden sollten. Macron berief sich dabei auf die notwendige Einführung einer Steuer zum Schutz des Klimas.²⁸ Im Anschluss wurden regelmäßig Protestaktionen ins Leben gerufen, welche Straßensperren und Blockaden, gewaltsame Ausschreitungen und Zerstörung an meist symbolträchtigen Orten beinhalteten. Patrick Farbiaz, ehemaliger Direktor für Internationale Beziehungen der Partei „Europe Écologie – Les Verts“, schätzte die Bewegung folgendermaßen ein:

„Ce mouvement rendait visible et audible la France des „perdants“ de la mondialisation, celles des travailleurs pauvres, [...] des infirmières, des agents des services hospitaliers (ASH), des retraitées, des mères de familles monoparentales [...]“.²⁹

Anhand erster Analysen³⁰ des sozio-ökonomischen Profils der Teilnehmenden der Bewegung ist festzustellen, dass es sich um eine relativ breite soziodemographische Bewegung handelt, die jedoch „nicht konturlos“ ist.³¹ Ihr fester Kern scheinen die untere Mittelschicht und die „classes populaires“ zu

28 Vgl. Tagesschau.2018. *Frankreich. Blockaden gegen hohe Spritpreise*. Tagesschau.de. 17.11.2018. <https://www.tagesschau.de/ausland/frankreich-proteste-benzin-107.html> Zugegriffen am 10.09.2019.

29 Farbiaz, Patrick. 2019. *Les Gilets jaunes. Documents et textes*, 6. Vulvaines sur Seine: Éditions du Croquant.

30 Dieser Beitrag bezieht sich auf die im Januar 2019 angelegte Studie der Organisation *L'Observatoire Société et Consommation* (L'ObSoCo). Es handelt sich hierbei um eine Online-Befragung von 4000 französischen Bürger:innen zwischen 18–70 Jahren, die vom 23. Januar 2019 bis zum 1. Februar 2019 realisiert wurde. Diese Umfrage spezialisiert sich auf die soziale Herkunft, die aktuelle Lebenssituation und auf die Motive für eine Teilnahme an den Aktionen und Protesten der *Gilets jaunes*. Aufgrund der großen Bandbreite der Untersuchung und der Aktualität werden im Kontext dieses Beitrags vor allem die Auswertungen der Umfrageergebnisse von ObSoCo verwendet.

31 Dieter Rucht.2019. *Die Gelbwestenbewegung*, S. 4.

sein.³² Es ist auffällig, dass die Bewegung Teilnehmende mit unterschiedlicher sozialer Herkunft zu vereinen scheint. Dadurch zeichnet sich ein tendenziell heterogenes Bild der *Gilets jaunes* ab. Besonders stark vertreten sind Familien und alleinstehende Elternteile mit Kind, die ein relativ geringes monatliches Einkommen und einen relativ geringen Lebensstandard aufweisen sowie in Gebieten mit einer tendenziell höheren Arbeitslosenquote und einem erschwerten Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und öffentlichem Nahverkehr leben. Die Nutzung des Personenkraftfahrzeugs steht im Zentrum der Fortbewegungsmöglichkeiten, was den Auslöser der Bewegung – die Erhöhung der Steuer auf Treibstoff – erklären könnte.

Aus den ersten Analysen und Umfrageergebnisse im Herbst 2018 kann abgelesen werden, dass es sich ebenfalls um eine politisch heterogene Bewegung handelt. Ein Großteil der Teilnehmenden fühlt sich dabei nicht von den traditionellen französischen Parteien oder Gewerkschaften repräsentiert. Die Teilnehmenden der *Gilets jaunes*-Proteste, die sich dem gemäßigten linken politischen Spektrum zuordnen, überwiegen gegenüber den Teilnehmenden, die sich der politischen Mitte oder dem gemäßigten rechten Spektrum zuordnen. Diese Tatsache könnte für einen tendenziellen politischen Linkskurs der Bewegung sprechen, wie Dieter Rucht in seiner Publikation *Die Gelbwestenbewegung* vermutet.³³ Es zeichnet sich jedoch auch ab, dass die Teilnehmenden, die stärker in die Proteste und Aktivitäten der Gelbwesten involviert sind, einen Hang zu den politischen Extremen haben.³⁴ Dabei ist auffällig, dass die Tendenz zu einer extrem rechten politischen Ausrichtung der *Gelbwestenteilnehmer* (15%) gegenüber einer extrem linken politischen Ausrichtung (5%) überwiegt.³⁵ Es kann außerdem festgestellt werden, dass weder die Teilnehmenden der Bewegung der *Gilets jaunes* (5%) noch ihre Opponenten (5%) ökologische Bewegungen oder eine Partei mit ökologischer Ausrichtung stärker unterstützen.³⁶

Mit Blick auf die Organisation lässt sich die Bewegung als „strukturelles Chaos“³⁷ begreifen, da anerkannte Strukturen, eine einheitliche Kommunikation und Organisation sowie gewählte und akzeptierte Ansprechpartner:innen fehlen. Der atypische Verlauf der Bewegung, gezeichnet von einem Rückgang der Teilnehmenden seit ihrem Beginn im November 2018, die unterschiedlichen politischen Horizonte sowie die damit einhergehende starke Fraktionierung und

32 Dieter Rucht. 2019. *Die Gelbwestenbewegung*, S. 4-5.

33 Vgl. Dieter Rucht. 2019. *Die Gelbwestenbewegung*, 4.

34 Vgl. L'ObSoCo. 2019. *Qui sont les Gilets jaunes, leurs soutiens et leurs opposants?*, S. 55.

35 Vgl. L'ObSoCo. 2019. *Qui sont les Gilets jaunes, leurs soutiens et leurs opposants?*, S. 55.

36 Vgl. L'ObSoCo. 2019. *Qui sont les Gilets jaunes, leurs soutiens et leurs opposants?*, S. 55.

37 Vgl. L'ObSoCo. 2019. *Qui sont les Gilets jaunes, leurs soutiens et leurs opposants?*, S. 55.

Zersplitterung sind verantwortlich für einen Bedeutungsverlust und Rückgang der politischen Schlagkraft der Bewegung der Gelbwesten in den Monaten nach ihrer Entstehung.

2.2.2 Ursachenforschung und Kontextualisierung

Seit Beginn der Proteste vervielfältigten sich auch die Forschungen und Spekulationen über ihre Entstehung. Patrick Fabrizio zieht in seinem Werk *Les Gilets jaunes – Documents et textes* (2019) einen Vergleich zwischen der Protestbewegung *Nuit Debout* aus dem Jahre 2016 und der Gelbwestenbewegung 2018/2019. Darin stellte er fest, dass ähnliche soziale Bewegungen in Frankreich in den letzten Jahren keine Seltenheit waren. Die Bewegung der Gelbwesten setzte jedoch einen neuen thematischen Schwerpunkt und ihre Proteste und Aktionen wurden von Gewalttaten und Vandalismus begleitet. Das schwindende Vertrauen in die Politik, die anti-elitäre Prägung der Bewegung und ihre Forderungen nach komplexen ökonomischen und politischen Veränderungen lassen die *Gilets jaunes* im Vergleich zu vergangenen Bewegungen und Protesten der letzten Jahrzehnte als neu und beispiellos erscheinen. Doch neben den kurzfristigen Auslösern der Bewegung können auch eine Reihe von langfristigen Ursachen und Erklärungen herangezogen werden.

Obwohl sich diese Arbeit im Speziellen mit Frankreich beschäftigt, bietet sich ein Blick über die nationale Grenze Frankreichs hinweg auf andere europäische Länder an. In keinem anderen europäischen Staat konnten jedoch Proteste in diesem Zeitraum festgestellt werden, die ein ähnliches Ausmaß der Mobilisierung oder an gewalttätigen Ausschreitungen gemein hatten. So kann davon ausgegangen werden, dass es an einem spezifischen französischen Kontext liegen muss, dass die Proteste der *Gilets jaunes* diese Dauer und Reichweite aufwiesen. Dieter Rucht konstatiert in seiner Veröffentlichung *Die Gelbwestenbewegung* (2019): „Es ist erst die spezifisch nationale Prägung, die in Verbindung mit weiteren und konkreten Faktoren diese Bewegung erklärbar macht.“³⁸

Im Kontext der politischen Dimension der Ursachenforschung kann besonders auf die politischen Strukturen Frankreichs und die politischen Eliten verwiesen werden. Der amtierende Staatspräsident Emmanuel Macron wird häufig als „Jupiter“ oder „Präsident der Reichen“ bezeichnet.³⁹ Dies lässt sich sowohl auf die Inszenierungen des Präsidenten zurückführen wie auch auf die (teilweise) Abschaffung der französischen Vermögenssteuer (*Impôt de solidarité pour la fortune*) Anfang des Jahres 2018.⁴⁰ Der französischen Vermögenssteuer kommt

38 Rucht, Dieter. 2019. *Die Gelbwestenbewegung*, S. 13.

39 Vgl. Florent Vandepitte. 2019. *Le petit livre sur des Gilets jaunes*, S. 8.

40 Vgl. Florent Vandepitte. 2019. *Le petit livre sur des Gilets jaunes*, S. 8.

hierbei eine besondere Funktion zu, da sie in den letzten Jahrzehnten häufig als Symbol für Umverteilung und Gerechtigkeit fungierte. Ihre Abschaffung wurde in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutiert und stieß auf Unmut aus breiten Bevölkerungsschichten.⁴¹ Hinzu kommt, dass die Verflechtung und die Anzahl der administrativen Institutionen in Frankreich als bürokratisch, intransparent und undemokratisch wahrgenommen wurden.⁴² Auch die Krise der traditionellen französischen Parteien und Gewerkschaften, die neben einem Mitgliederschwund auch von populistischen und extremeren Parteien wie zum Beispiel von der rechtspopulistischen Partei *Rassemblement National* (RN) oder der linkspopulistischen Partei *La France insoumise* verdrängt wurden, spielten in die Entstehung der Gelbwestenbewegung hinein. Erst durch diese Faktoren konnte schon 2017 die Bewegung *La République en Marche!* (LREM) entstehen, die auf der einen Seite die Defizite des französischen Parteiensystems aufzeigte und auf der anderen Seite die Vorteile einer politischen Mobilisierung nutzte.⁴³ Die hochgesteckten Ziele des wirtschaftsliberalen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und seine in den letzten Jahren zügig durchgeführte Reformierung des französischen Staates weckten jedoch auch Unmut und Unzufriedenheit bei einigen französischen Bürger:innen, die von seinen Reformen und Veränderungen wenig profitierten. Die Enttäuschung der Bürger:innen drückte sich indirekt in der Teilnahme an der Gelbwestenbewegung aus, sowie in den Forderungen nach mehr politischer Mitbestimmung durch ein bürgerliches Referendum (*Référendum d'initiative citoyenne*) und in der Ablehnung der politischen Eliten, die als „arrogant“, „abgehoben“ und „egozentrisch“ bezeichnet werden.⁴⁴

Der ökonomische Kontext der Bewegung scheint von außen betrachtet weniger relevant zu sein, da sich die wirtschaftliche Situation Frankreichs im europäischen Mittelfeld bewegt.⁴⁵ Es ist jedoch entscheidend für die Entstehung von Protesten und sozialen Bewegungen, dass die vergangene Lebenssituation im Vergleich zur aktuellen Lebenssituation negativer bewertet wird. Dadurch, dass die Kaufkraft in Frankreich seit einigen Jahren stagniert und gleichzeitig existenznotwendige Ausgaben (beispielsweise Miete und Strom) gestiegen sind, kann eine Diskrepanz beobachtet werden, die eine mögliche Ursache für die wachsende Unzufriedenheit in Teilen der französischen Bevölkerung darstellen

41 Vgl. Henrik Uterwedde. 2018. Wirtschafts- und Sozialreformen – Inhalte, Erfolge und Grenzen der Macron-Methode. In: *Frankreich Jahrbuch 2018*, Wiesbaden: Springer VS, S. 101.

42 Vgl. Dieter Rucht. 2019. *Die Gelbwestenbewegung*, S. 14.

43 Vgl. Florent Vandepitte. 2019. *Le petit livre sur des Gilets jaunes*, S. 26.

44 Vgl. Dieter Rucht. 2019. *Die Gelbwesten*, S. 14.

45 Vgl. OCDE. 2019. *Parités de pouvoir d'achat* (PPA) (indicateur). <https://data.oecd.org/fr/conversion/parites-de-pouvoir-d-achat-ppa.htm> Zugegriffen am 10.09.2019.

könnte.⁴⁶ Auch die unumstrittene Forderung der Gelbwestenbewegung nach einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums (unter anderem mittels der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer) und nach einem wirtschaftlichen Ausbau der ländlichen Regionen lässt die Schlussfolgerung zu, dass die wirtschaftliche Dimension eine entscheidende Rolle in der Entstehung und Entwicklung der Bewegung der *Gilets jaunes* spielt.⁴⁷

Die sozio-kulturelle Betrachtung der Ursachen richtet ihren Blick auf die starke Zentralisierung des französischen Staates, die zu einer Abwanderung und nahezu Vereinsamung der ländlichen Regionen Frankreichs geführt hat. Ein Großteil der Teilnehmenden der Gelbwestenbewegung stammt aus ländlichen Gebieten, die meist einen niedrigen Lebensstandard und einen erschwerten Zugang zu öffentlichen Einrichtungen aufweisen. Die Forderungen nach einer verbesserten Infrastruktur, die sowohl den öffentlichen Nahverkehr als auch das Gesundheitssystem, öffentliche Ämter und Behörden sowie Einkaufsmöglichkeiten betreffen, ist auch als Versuch zu bewerten, die ländlichen Regionen Frankreichs wieder attraktiver und lebenswerter zu gestalten. Hinzu kommt die „*crise des inégalités*“⁴⁸, die „Krise der sozialen Ungleichheiten“, die von Patrick Fabriz als eine mögliche Ursache für die Bewegung benannt wurde:

„[...] la diminution des aides personnalisées au logement (APL) à l'augmentation de la CSG pour les retraités jusqu'au report de l'exonération de la taxe d'habitation ont montré que Emmanuel Macron gouvernait contre les classes populaires“.⁴⁹

Sowohl die französische Steuer- und Abgabepolitik als auch die Einschränkung der staatlichen Sozialhilfen ließen bei den unteren und mittleren Schichten der französischen Bevölkerung das Gefühl entstehen, dass sie von der aktuellen französischen Politik nicht ausreichend repräsentiert werden.⁵⁰ Dies wird ergänzt durch den Unmut über den ungleichen Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, welcher in der Forderung der Gelbwestenbewegung nach der Abschaffung der französischen Elitehochschule *École nationale d'administrative* (ENA) seinen Ausdruck gefunden hat.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Ursachen und die Forderungen der Gelbwestenbewegung keinesfalls neu sind, sondern in bestehenden Gewerkschafts- und Parteiprogrammen, Sozial- und Umweltverbänden

46 Vgl. Dieter Rucht. 2019. *Die Gelbwesten*, S. 14-16.

47 Vgl. Dieter Rucht. 2019. *Die Gelbwesten*, S. 14-16

48 Fabriz, Patrick. 2019. *Les Gilets jaunes*, S. 33.

49 Fabriz, Patrick. 2019. *Les Gilets jaunes*, S. 33.

50 Vgl. Henrik Uterwedde. 2018. *Wirtschafts- und Sozialreformen – Inhalte, Erfolge und Grenzen der Macron-Methode*, 'S. 106-108.

und politischen Zusammenschlüssen seit Jahrzehnten thematisiert werden.⁵¹ Neu ist jedoch das Zusammenfließen dieser Forderungen in der kraftvollen und unorganisierten Bewegung der *Gilets jaunes*, ohne Rücksicht auf politische Realisierungschancen und innere Konsistenz. Die Bewegung thematisiert eine Reihe von strukturellen, politischen und wirtschaftlichen Problemen Frankreichs, für die in der Vergangenheit noch keine effizienten Lösungswege gefunden wurden.

2.2.3 Reaktionen der französischen Regierung

Die französische Regierung und besonders der französische Präsident Emmanuel Macron wurden im Laufe der Debatte zur Zielscheibe der Gelbwestenbewegung. Als sich die Bewegung im November 2018 formierte, hüllte sich die Regierung vorerst in Schweigen.⁵² Als sich jedoch die gewaltsamen Ausschreitungen Anfang Dezember 2018 in Paris ereigneten, sah sich die französische Regierung und allen voran der Premierminister Édouard Philippe zum Handeln gezwungen. Premierminister Philippe äußerte sich am 4. Dezember 2018 folgendermaßen:

„C’est la colère de la France qui travaille, dur, et qui peine à joindre les deux bouts, la colère des Français qui sont le dos au mur, celles aussi des mères de famille qui élèvent seules leurs enfants. Cette colère prend sa source dans une profonde injustice. [...] Un mot sur les manifestations: tous les Français ont le droit de manifester. Mais tous les Français ont aussi droit à la sécurité, à circuler, à vivre normalement. Le gouvernement n’accepte pas les violences qui ont eu lieu samedi dernier, contre les forces de l’ordre, contre les monuments nationaux, les bâtiments publics et contre les commerces“.⁵³

Er zeigte Verständnis für die Demonstrierenden und kündigte im weiteren Verlauf an, dass die Erhöhung der Kraftstoffsteuer auf Benzin, Diesel und Heizöl sowie weitere geplante Reformen die nächsten sechs Monate ausgesetzt würden. Außerdem wurde der Preis für Elektrizität und Gas vorerst eingefroren. Neben den Zugeständnissen kündigte er außerdem an, dass die französische Regierung ihre Dialogbereitschaft im Rahmen einer großen nationalen Debatte vom 15. Dezember 2018 bis zum 1. März 2019 unter Beweis stellen möchte.⁵⁴

51 Vgl. Dieter Rucht. 2019. *Die Gelbwestenbewegung*, S. 15.

52 Vgl. Dieter Rucht. 2019. *Die Gelbwestenbewegung*, S. 7-8.

53 Service Communication de la République française (2019). Discours de M.Édouard Philippe. 04.12.2018. Gouvernement.fr.https://www.gouvernement.fr/sites/default/files/document/document/2018/12/discours_de_m_edouard_philippe_premier_ministre_-_hotel_de_matignon_-_04.12.2018.pdf Zugegriffen am 20.07.2019.

54 Vgl. Service Communication de la République française (2019). Discours de M.Édouard Philippe. 04.12.2018. Gouvernement.fr.https://www.gouvernement.fr/sites/default/files/document/document/2018/12/discours_de_m_edouard_philippe_premier_ministre_-_hotel_de_matignon_-_04.12.2018.pdf Zugegriffen am 20.07.2019.

Die französische Regierung unter Präsident Macron bewegte sich auf einem schmalen Pfad zwischen Zugeständnissen, um die Proteste einzudämmen, und der Einhaltung ihres politisch-wirtschaftsliberalen Kurses.

Im Kontext der sich weiterhin radikalisierenden Ausschreitungen kamen außerdem die Diskussionen über das Antiradikalisierungsgesetz (*Loi Anticasseurs*) wieder auf. Im März 2019 wurde eine geänderte und gesellschaftlich wie politisch umstrittene Version, die unter anderem eine mögliche Einschränkung der Demonstrationsfreiheit enthielt, vom französischen Senat angenommen.⁵⁵

Zusammenfassend zeichnen sich vier Lösungswege ab, die die französische Regierung gefunden hat, um auf die Demonstrationen und Ausschreitungen der Gelbwesten zu reagieren: Neben der Signalisierung von Verständnis für die Sorgen der französischen Bürger:innen wurden mehrere Zugeständnisse der Regierung gemacht, die sich teilweise mit den Forderungen der Gelbwesten deckten. Sowohl der Premierminister Édouard Philippe als auch der Präsident Emmanuel Macron zeigten nach anfänglichem Zögern Präsenz und stellten sich den Forderungen der Bewegung. Sie äußerten sich in Reden, Fernsehansprachen und Briefen und signalisierten damit, dass sie die Sorgen der Bevölkerung ernst nahmen, aber die Gewalt der Proteste verurteilten. Als dritte Maßnahme äußerte die Regierung seit Anfang Dezember 2018 die Bereitschaft und die Notwendigkeit eines Dialoges mit den protestierenden Bürger:innen. Dafür kündigte Premierminister Édouard Philippe eine große nationale Debatte (*Grand Débat national*) an, die bis einschließlich März 2019 stattfinden sollte. Als vierte und vorerst letzte Antwort auf die Proteste ist die Betonung des „starken französischen Staates“ in den Reden des Präsidenten Macron und des Premierministers Philippe zu nennen. Die verstärkte Polizeipräsenz während der Demonstrationen und die Debatte über die Einführung eines neuen Sicherheitsgesetzes (*Loi Anticasseurs*) sind Maßnahmen, die im Zuge dieser Reaktion geplant und umgesetzt wurden. Mit der Betonung von Menschlichkeit und Nähe leitete Präsident Macron außerdem ein neues Kapitel seiner bisherigen politischen Ausrichtung ein: Die Bürgernähe sollte von nun an im Zentrum der französischen Regierungsbestrebungen stehen. Außerdem kündigte er die Senkung der Einkommensteuer, Dezentralisierungsmaßnahmen der französischen Verwaltung (ab 2020) sowie Veränderungen an der französischen Elitehochschule *École nationale d'administrative* (ENA) an.⁵⁶

55 Vgl. Bruno Retailleau. 2019. *Dépôt: Proposition de loi. N° 575. Maintien de l'ordre public lors des manifestations*. Assemblée-nationale.fr. 10.04.2019. http://www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/dossiers/alt/prevention_sanction_violences_manifestations Zugegriffen am 15.08.2019.

56 Vgl. Bruno Retailleau. 2019. *Dépôt: Proposition de loi. N° 575. Maintien de l'ordre public lors des manifestations*. Assemblée-nationale.fr. 10.04.2019. http://www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/dossiers/alt/prevention_sanction_violences_manifestations Zugegriffen am 15.08.2019.

3 Auswertung der Darstellung der Bewegung der *Gilets jaunes* in ausgewählten deutsch-französischen Printmedien

Im Folgenden wird eine kurze Zusammenfassung der angewandten Methoden des Beitrags dargestellt. Im Anschluss werden die Ergebnisse der Analyse präsentiert und im deutsch-französischen Vergleich interpretiert.

3.1 Auswahl der Forschungsmethode und Analyse

Im Rahmen der Betrachtung der Darstellung der Bewegung der *Gilets jaunes* wurde die kritische Diskursanalyse (KDA) nach Siegfried Jäger ausgewählt, die durch die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring ergänzt wurde.

Die Auswahl eines geeigneten Korpus bildet die Grundlage der Analyse und ist gleichzeitig einer der arbeitsintensivsten Schritte. Sowohl aus Zeit- als auch aus Kapazitätsgründen ist diesem Beitrag hierbei ein begrenzter Rahmen gesetzt worden. Für die Analyse der Darstellungsweise der Debatte über die Gelbwestenbewegung wurden vier Tageszeitungen ausgewählt, die sich in ihrer Auflagenstärke, Verbreitung und Periodizität ähneln. Die beiden französischen Tageszeitungen *Le Figaro* und *Le Monde* werden den deutschen Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und *Süddeutsche Zeitung* (SZ) gegenübergestellt. Die Analyse verzichtet bewusst auf die Untersuchung der Boulevardpresse und von Onlinemedien, sondern richtet ihren Blick auf die ausgewählten Qualitätszeitungen.

Als Analysezeitraum wurde die Periode vom erstmaligen Auftreten der Protestierenden, am 17. November 2018 bis zum Ende der Europawahl am 26. Mai 2019 festgelegt. Das Enddatum wurde gewählt, da es einen politischen und gesellschaftlichen Höhepunkt der Gelbwestenbewegung darstellt. Verschiedene Protagonist:innen der Bewegung kündigten zu diesem Zeitpunkt an, sich mit einer politischen Liste an den Europawahlen im Mai 2019 zu beteiligen. Im Kontext der Entwicklung einer (Protest-)Bewegung kann die Gründung einer Partei und die damit einhergehende Institutionalisierung als besonderes Ereignis und mutmaßlicher Höhepunkt erachtet werden. Außerdem wurde dieser Zeitraum gewählt, da sich die Bewegung innerhalb des untersuchten Zeitraums radikalisierte. Es wurde angenommen, dass die Ereignisse als einschneidend für den Diskurs über die Gelbwesten wahrgenommen werden könnten.

Mit Hilfe der Datenbank LexisNexis und den Online-Archiven der französischen Tageszeitungen konnte festgestellt werden, dass unter den Schlagwörtern „Gelbwesten“ und „*Gilets jaunes*“ in der Tageszeitung *Le Figaro* im festgelegten Zeitraum 2524 Artikel veröffentlicht wurden, in *Le Monde* 1681 Artikel, in der

SZ 355 Artikel und in der FAZ 680 Artikel.⁵⁷ Die hohe Publikationsdichte spricht für die Relevanz der Thematik im öffentlichen Diskurs sowohl in Frankreich als auch in Deutschland. Mithilfe von weiteren themenbezogenen Schlagwörtern sowie der Einordnung der Artikel als Leitartikel, Analysen oder Kommentare erschienen noch 85 Artikel für die gewählte Forschungsmethode geeignet.⁵⁸

Während der ersten Analyse stellte sich heraus, dass nachfolgende Themenkomplexe sowohl in den deutschen als auch in den französischen Zeitungen vergleichsweise häufig angesprochen und kommentiert wurden:

1. Legitimation und Delegitimation der Proteste und gewaltsamen Ausschreitungen;
2. Darstellung der Protagonisten;
3. Rolle der französischen Regierung und des Staatspräsidenten Emmanuel Macron;
4. Wahrnehmung der Staatsgewalt und Rolle der Polizei;
5. Erklärungsmuster und historische Bezüge;
6. Kollektivsymbole.

Insgesamt wurden 14 Kategorien festgelegt, die der Einordnung und Auswertung des Korpus dienen. Für die induktiv bestimmten Kategorien wurden Aussagen aus den Artikeln ausgewertet und zugeordnet. Somit konnten im Rahmen der qualitativen Analyse Diskurse verfolgt und mögliche diskursive Verschränkungen ausgewertet werden.

3.2 Auswertung der Ergebnisse und Vergleich der Positionen

Mit Hilfe eines komparatistischen Ansatzes können die deutschen und französischen Tageszeitungen und ihre Diskurspositionen einander gegenübergestellt werden. Darauf folgt die Interpretation des Diskursstrangs nach Themenkomplexen, in deren Rahmen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Positionen erläutert werden. Abschließend mündet die Gegenüberstellung in einer Schlussbetrachtung.

In *Le Figaro* wird im analysierten Zeitraum die Diskursposition vertreten, dass die französische Regierung die Proteste der Gelbwesten durch eine von oben auferlegte Lösung stoppen sollte. Damit sind politische und rechtliche Maßnahmen gemeint, die eine Verstärkung der Anzahl der Polizei- und Sicherheitskräfte

57 Die Suche wurde auf den Untersuchungszeitraum (17.11.2018-26.05.2019) eingegrenzt. Die Datenbank „LexisNexis“ wurde unter <https://www.lexisnexis.de> konsultiert, das Online-Archiv von *Le Monde* unter <https://www.lemonde.fr/archives-du-monde/> und *Le Figaro* unter: <http://recherche.lefigaro.fr/recherche/> [15.09.2019].

58 Insgesamt wurden 37 Artikel von *Le Figaro*, 24 Artikel von *Le Monde*, 13 Artikel der FAZ und 11 Artikel der SZ analysiert.

einschließen, wie auch die Einführung des Gesetzes *Loi Anticasseurs*, das dem Zweck dienen solle, mit härteren Maßnahmen gegen radikale Demonstrant:innen vorzugehen. Die französische Regierung wird jedoch auch kritisiert, seit dem Beginn der Proteste nicht konsequent gehandelt zu haben. Die ersten Maßnahmen, die Emmanuel Macron verkündete, sind nach Meinung der Autoren in *Le Figaro* zu spät ergriffen worden. Es wird außerdem die Position vertreten, dass die französischen Polizei- und Sicherheitsbeamten besser geschützt werden müssen, damit sie weiterhin die öffentliche Ordnung des Staates aufrecht erhalten können. Die Proteste und gewaltsamen Ausschreitungen werden im gesamten Zeitraum als unbegründet erachtet, und es werden besonders die Schäden für die französische Wirtschaft thematisiert. In *Le Figaro* wird ein liberal-konservativer Standpunkt in der Debatte über die Gelbwestenbewegung eingenommen.

In *Le Monde* wird die Diskursposition eingenommen, dass die gewaltsamen Proteste zwar eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung darstellen, dafür aber die Aufmerksamkeit auf eine Vielzahl von wirtschaftlichen und politischen Missständen in Frankreich lenken würden. Für diese sollte es eine politische Lösung geben, die der französischen Wirtschafts- und Sozialpolitik Aufschwung verleihen könnte. Die wirtschaftlichen und sozialen Zugeständnisse des Präsidenten Macron im Dezember 2018 werden als erster Schritt in die richtige Richtung bewertet und sollen von einem *Grand débat national* in Frankreich ergänzt werden, um das französische Volk in den Wandel der gegenwärtigen Politik miteinzubeziehen. Die Ursachen und Hintergründe der Gelbwestenbewegung werden außerdem verstärkt thematisiert und die Bewegung wird kontextualisiert. Die gestiegene Polizeigewalt gegenüber den Demonstrierenden wird verurteilt. In diesem Kontext wird über die von der Polizei eingesetzten Hartgummigeschosse LBD 40 berichtet. Ihr Einsatz wird als unverantwortlich bewertet. Vor diesem Hintergrund kann konstatiert werden, dass in *Le Monde* ein sozial-liberaler Standpunkt in der Debatte um die Gelbwestenbewegung vertreten wird.

In der *SZ* wird die Diskursposition vertreten, dass die Gelbwestenbewegung aufgrund legitimer Ursachen entstanden, allerdings bedingt durch die Radikalität einzelner Gruppierungen Schritt für Schritt ins Abseits geraten sei. Die Berichterstattung fokussiert sich besonders auf den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dessen Führungsstil als eine der entscheidenden Ursachen für die Entstehung der Bewegung gesehen wird. Allerdings werden seine Zugeständnisse an die Demonstrierenden und die Hoffnung auf einen Wandel seiner wirtschaftsliberalen Politik hin zum Sozialen auch als mögliche Lösung der gesellschaftlichen Krise betrachtet. Die radikalen Proteste werden außerdem in einen historischen Kontext gebettet. Dabei erfolgt eine Stereotypisierung der französischen Bürger:innen, denen unterstellt wird, dass sie „wissen, wie man

mit Revolution“ umgehen solle (Artikel 7, 11.02.2019, Nadia Pantel). In der *SZ* wird jedoch auch eine Differenzierung zwischen friedlichen und radikalen Protestteilnehmenden vorgenommen. Hinzu kommt, dass sowohl deren Gewaltakte wie auch jene der Polizei thematisiert und verurteilt werden. Aus der Diskursposition der *SZ* kann in diesem Kontext geschlossen werden, dass ein links-liberaler Standpunkt in der analysierten Debatte vertreten wird.

In der *FAZ* wird folgende Diskursposition eingenommen: Die Proteste der Gelbwesten werden von den Kommentatoren als unverhältnismäßig gewaltvoll eingeordnet und stark abgelehnt. Außerdem wird der französischen Regierung innerhalb der Berichterstattung vorgeworfen, dass sie mit Verzögerung auf die gewaltsamen Ausschreitungen der Protestierenden reagiert hätte. Die Sicherheit und Ordnung Frankreichs wäre somit in Gefahr gewesen. Dass ein Großteil der französischen Bürger:innen Verständnis und Sympathien für die Bewegung der *Gilets jaunes* hegt, wird von mehreren Kommentatoren abgelehnt und als nicht nachvollziehbar erachtet. Historische Bezüge und verschiedene Stereotypen dienen häufig als Erklärungsmuster, um die Proteste und gewaltsamen Ausschreitungen zu schildern und einzuordnen. So wird – wie auch in der *SZ* – von dem „Erbe der französischen Revolution“ berichtet, welches die französische Bevölkerung nun auch gegenwärtig weitertrage. Die Verwendung von Stereotypen und historischen Bezügen dienen dazu, die Bewegung aus deutscher Sicht zu erklären und einzuordnen. Zusammenfassend kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass in der *FAZ* ein liberal-konservativer Standpunkt in der Debatte über die Gelbwestenbewegung eingenommen wird.

Im Rahmen des Beitrags lässt sich feststellen, dass alle untersuchten Tageszeitungen die gewaltvollen Ausschreitungen und Proteste verurteilen. Zu Beginn der Bewegung der Gelbwesten werden die Forderungen der Protestteilnehmenden in den deutschen und französischen Tageszeitungen noch als legitim erachtet. Doch im Kontext der gewaltsamen Ausschreitungen im Dezember 2018 erfolgt – jeweils zeitlich versetzt – eine Delegitimierung der Protestbewegung in allen untersuchten Zeitungen. Es ist außerdem auffällig, dass die Protagonist:innen der Bewegung nur sehr selten in den analysierten Artikeln thematisiert werden. Lediglich *Le Figaro* und die *FAZ* nennen vereinzelt Sprecher:innen beim Namen oder spielten auf die „Facebook-Stars der Gelbwestenbewegung“ an (Artikel 7, 11.02.2019, *Frankreich*, Nadia Pantel). In diesem Kontext stellt sich auch heraus, dass die Rolle der Frauen, die in der Bewegung in Anlehnung an die Umfrageergebnisse von L’ObSoCo mit nahezu 51% vertreten sind, in keiner der ausgewählten Tageszeitungen hervorgehoben oder thematisiert wird.⁵⁹ Bezüglich der Beschreibung der Teilnehmenden der

59 Vgl. L’ObSoCo. 2019. *Qui sont les Gilets jaunes, leurs soutiens et leurs opposants*, S. 10.

Gelbwestenbewegung ist ebenfalls bemerkenswert, dass in *Le Monde*, in der *SZ* und in der *FAZ* zwischen den verschiedenen radikalen Gruppierungen der gewaltsamen Demonstrierenden differenziert wird, wohingegen in *Le Figaro* Protestierende aus dem linken politischen Spektrum besonders hervorgehoben und verurteilt werden. Es zeichnete sich ab, dass dies zu einer Verschiebung des Diskurses innerhalb der Berichterstattung von *Le Figaro* geführt hat, da im Laufe der Debatte ausschließlich über radikale linksextreme Gruppierungen berichtet wird. Die Heterogenität der Teilnehmenden, die ein Alleinstellungsmerkmal der Bewegung darstellt, wird somit ausgeblendet.

Die Rolle der französischen Regierung wird in Deutschland und Frankreich auf verschiedene Art und Weise kommentiert. In den ausgewählten deutschen Tageszeitungen wird der Fokus auf die Rolle des Präsidenten Emmanuel Macron gelegt. Sein vertikaler Führungsstil und sein häufig als arrogant beschriebenes Auftreten werden als Ursachen der Gelbwestenbewegung betrachtet. Trotzdem wird betont, dass er mithilfe von politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen die französischen Bürger:innen beruhigen und die politische Ordnung wiederherstellen könnte. In der *SZ* wird außerdem die mangelnde Positionierung gegen rechtsextreme Strömungen von Seiten der französischen Regierung und der Protestteilnehmer:innen kritisiert. In den ausgewählten französischen Tageszeitungen muss die Darstellung der französischen Regierung differenzierter betrachtet werden: *Le Monde* vertritt eine ähnliche Position, wie sie in der *FAZ* und der *SZ* zu erkennen ist, da der „vertikale Führungsstil“ des Präsidenten Macron kritisch betrachtet wird. Außerdem wird die Sorge um den Aufstieg rechtspopulistischer Strömungen und Parteien von den Kommentator:innen thematisiert sowie Kritik an dem französischen Innenminister Christophe Castaner geübt. In *Le Figaro* hingegen wird ein Schwerpunkt auf die Verstärkung der Polizei- und Sicherheitsstrategien gelegt. Neben dem Innenminister Castaner wird auch der Präsident Macron für seine „Sowohl-als-auch“-Politik kritisiert. Außerdem werden die Lösungsstrategien der französischen Regierung mehrheitlich abgelehnt (z.B. die Durchführung einer großen nationalen Debatte).

Im weiteren Verlauf der Analyse stellte sich heraus, dass die Rolle der Staatsgewalt und der französischen Polizei einen besonderen Stellenwert in der Darstellung der Bewegung der *Gilets jaunes* einnimmt. Auf französischer Seite wird dieser Bereich der Berichterstattung häufig thematisiert. Dabei zeichnet sich die unterschiedliche politische Ausrichtung der Tageszeitungen ab: In *Le Monde* wird sowohl über die Ausschreitungen der Protestierenden als auch über die Gewaltausübung der französischen Polizei gegenüber Demonstrierenden berichtet. In *Le Figaro* werden hingegen die Angriffe der Demonstrierenden auf die Polizei und Sicherheitskräfte beleuchtet, verbunden mit den Forderungen, die Polizeigewalt zu stärken und entsprechende Gesetzgebungen zu verschärfen.

In den ausgewählten deutschen Tageszeitungen wird dieser Themenbereich nur selten aufgegriffen. Hierbei zeigte sich die politische Ausrichtung der Zeitungen, da in der *SZ* – ähnlich wie in *Le Monde* – tendenziell eher über Polizeigewalt gegenüber Demonstrierenden berichtet wird. In der *FAZ* – ähnlich wie in *Le Figaro* – werden die Ausschreitungen der radikalen linksextremen Protestierenden tendenziell in den Mittelpunkt der Berichterstattung gestellt. Es kann im Verlauf des Untersuchungszeitraums beobachtet werden, dass in diesem Themenbereich eine Diskursverschiebung stattgefunden hat. Zu Beginn der Bewegung wird in allen vier Tageszeitungen über die gewaltsamen Ausschreitungen der Protestierenden gegenüber der Polizei berichtet. Im Zuge der Debatte über das Gesetz *Loi Anticasseurs* und den Einsatz der Hartgummigeschosse LBD 40 zum Schutz der französischen Polizei wandelte sich jedoch auch die Darstellung der randalierenden Demonstrierenden. Es wird besonders in *Le Monde* über die verletzten Protestierenden berichtet, die während der Proteste Opfer der Polizeigewalt geworden sind. Der Diskurs über die gestiegene Polizeigewalt gegenüber der Zivilbevölkerung, der ursprünglich ein Minderheitendiskurs aus dem tendenziell linkspolitischen Spektrum war, verschiebt sich in die allgemeine mediale Öffentlichkeit. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass durch die Diskussionen über eine mögliche Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen auch der Einsatz von Gewalt von Seiten der Polizei erörtert wurde.

Was die Erklärungsmuster und historischen Bezüge betrifft, so lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede im deutsch-französischen Vergleich feststellen. In allen analysierten Zeitungen werden historische Referenzen vorgenommen, die sich jedoch national unterscheiden. In *Le Monde* und *Le Figaro* werden beispielsweise die Studierendenproteste aus dem Jahr 1968 in Frankreich als Vergleich zur Gelbwestenbewegung herangezogen. Die damalige Regierung unter Präsident Charles de Gaulle wird thematisiert, wenn es sich um mögliche Kommunikations- und Lösungsstrategien der aktuellen französischen Regierung handelt. In *Le Monde* werden die aktuellen Proteste mit vorangegangenen Aufständen aus den letzten Jahrzehnten verglichen, während in *Le Figaro* der Fokus auf die ehemaligen französischen Staatspräsidenten und ihren Umgang mit politischen Krisen gerichtet wird. Außerdem werden in *Le Figaro* verhältnismäßig oft historische Bezüge hergestellt, beispielsweise zu der Notstandsgesetzgebung in Frankreich und zum gescheiterten Referendum zur Europäischen Verfassung im Jahr 2005. In *Le Monde* wird der Blick eher auf die Erklärungsmuster gerichtet, die sich mit den Ursachen der Bewegung der *Gilets Jaunes* und möglichen Lösungswegen befassen. Es ist auffällig, dass die beiden französischen Tageszeitungen die Krise der traditionellen Parteien sowie den geringen Einfluss der Gewerkschaften als mögliche Ursache der Entstehung der Proteste sehen. Die Berichterstattung in *Le Figaro* greift auch

auf die Einwanderungs- und Asylpolitik Frankreichs zurück, die als mögliche Ursache für die Ausschreitungen und gewaltsamen Proteste gesehen werden, da nach Meinung einzelner Journalist:innen linksextreme Teilnehmer:innen die Gelbwestenbewegung unterwandern würden. In der *SZ* und der *FAZ* werden ebenfalls sehr häufig historische Bezüge und Erklärungsmuster verwendet. So verweisen beide Tageszeitungen auf die französische Protestkultur, wobei Frankreich stereotypisch als „Protestnation“ und „Erbe der französischen Revolution“ dargestellt wird. Außerdem werden in der *FAZ* ähnliche historische Bezüge wie in *Le Figaro* hergestellt: Die Politik der ehemaligen französischen Staatspräsidenten und ihr Umgang mit politischen und gesellschaftlichen Krisen wird thematisiert; das Referendum zur Europäischen Verfassung aus dem Jahr 2005 wird ebenfalls angesprochen wie auch der Verlust des politischen Einflusses der französischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen. Im Vergleich zu den anderen Tageszeitungen werden in der *FAZ* jedoch auch die Auswirkungen einer erhöhten Treibstoffsteuer auf die Transport- und Verkehrssituation in Frankreich erläutert.

Die Berichterstattung in den deutschen und französischen Tageszeitungen ist kollektivsymbolisch aufgeladen und wird aus ähnlichen Symbolbereichen unterstützt. So wird beispielsweise der Bereich der Naturkatastrophen in *Le Figaro* häufig aufgegriffen (z.B. „la tempête des *Gilets jaunes*“). Dieser weist metaphorisch auf die Hilflosigkeit der französischen Regierung beim Anblick der Entwicklung der Protestbewegung hin, die wie ein Sturm über das Land zu fegen scheint. Der Bildspendebereich der Naturkatastrophen unterstützt dabei den Eindruck einer unkontrollierbaren Gefahr, die durch die Gelbwesten ausgelöst wird.⁶⁰ In *Le Monde*, der *FAZ* und der *SZ* wird der Symbolbereich des Feuers häufig verwendet, der ähnliche Assoziationen hervorruft: Die Bewegung und ihre rasante Verbreitung erscheinen als gefährlich und unberechenbar. Im Rahmen einer detaillierten Analyse kann konstatiert werden, dass diese und weitere Kollektivsymbole die Themenbereiche der ausgewählten Tageszeitungen stützen, die im vorangegangenen Teil dieses Kapitels als Schwerpunkte ihrer Berichterstattung identifiziert wurden.⁶¹

4 Schlussbetrachtung und Ausblick

Es war das Ziel dieses Beitrags, die Darstellung der Bewegung der *Gilets jaunes* in den deutschen und französischen Printmedien zu untersuchen und im deutsch-französischen Vergleich einzuordnen. Dafür wurde im ersten Teil dieses Beitrages ein Überblick über die Entstehung, die Zusammensetzung und die Ursachen der

60 Link, Jürgen. 1986. Kleines Begriffslexikon. *KultuRRévolution* 11. S. 71

61 Link, Jürgen. 1986. Kleines Begriffslexikon. *KultuRRévolution* 11. S. 71

Protestbewegung der *Gilets jaunes* gegeben. Darauf aufbauend wurde im zweiten Teil die Darstellung der Bewegung in ausgewählten deutschen und französischen Tageszeitungen detailliert betrachtet und die daraus gewonnenen Ergebnisse in einem Vergleich der Positionen einander gegenübergestellt.

Es kann konstatiert werden, dass in den ausgewählten Tageszeitungen ein hegemonialer Diskurs vorherrscht, der relativ homogene Diskurspositionen hervorbringt. Die Tageszeitungen stimmen grundsätzlich in ihren Positionierungen überein, dass sie die Bewegung der *Gilets jaunes* aufgrund ihrer Radikalität ablehnen. Berichte oder Positionen von Teilnehmenden werden jedoch weder thematisiert noch erscheinen sie in der öffentlichen Darstellung der Bewegung als legitim oder vertretbar. Außerdem kann infolge der Analyse festgestellt werden, dass die verschiedenen Zeitungen unterschiedliche Schwerpunkte innerhalb ihrer Berichterstattung setzen. Das kann unter anderem auf die verschiedenen politischen Tendenzen in der Ausrichtung der Tageszeitungen zurückgeführt werden. In der Berichterstattung von *Le Figaro* und der *FAZ* kann beispielsweise eine diskursive Schwerpunktsetzung in den Bereichen der staatlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Notwendigkeit der Einführung des Gesetzes *Loi Anticasseurs* erkannt werden. In *Le Monde* und der *SZ* werden hingegen die Lösungsstrategien und die Dialogbereitschaft der französischen Regierung verstärkt thematisiert. Keine der ausgewählten Zeitungen stellt sich im Verlauf der Debatte auf die Seite der Demonstrierenden, sondern es werden zeitungübergreifend die Maßnahmen und Entscheidungen der Regierung thematisiert und häufig unterstützt. Dieter Rucht kommentierte, dass die Bewegung der *Gilets jaunes* eine Bewegung „von unten“ sei.⁶² Im Gegensatz dazu scheinen die in dieser Untersuchung ausgewählten Tageszeitungen die Bewegung aus der Vogelperspektive „von oben“ zu betrachten. Außerdem kann ein Unterschied bei der Verwendung von Stereotypen und historischen Bezüge innerhalb der Berichterstattung im deutsch-französischen Vergleich festgestellt werden: Die deutschen Tageszeitungen stellen Frankreich als Land mit Protesterfahrung und einer historisch gewachsenen Protestkultur – teilweise auch überzogen – dar, was dazu führt, dass die Bewegung aus deutscher Perspektive als französische Besonderheit eingeordnet und bewertet wird. Die französischen Zeitungen verweisen im Vergleich dazu mehr auf historische Bezüge zu vergangenen Bewegungen, wie beispielsweise auf die Studierendenbewegung in Frankreich aus dem Jahr 1968, um die aktuelle Bewegung der *Gilets jaunes* zu erklären und Gemeinsamkeiten und Unterschiede hervorzuheben.

Mehrere diskursive Verschränkungen können beobachtet werden, etwa in *Le Figaro* im März 2019 zwischen den Teilnehmern der Gelbwestenbewegung und

62 Rucht, Dieter. 2019. *Die Gelbwesten*, S. 1.

den Anhängern des Besetzergebietes *ZAD (Zone à défense)* in Notre-Dames-des-Landes in Frankreich.⁶³ Außerdem kann im Themenbereich der Rolle der Polizei eine Diskursverschiebung festgestellt werden. Zu Beginn der Berichterstattung wird dabei nahezu ausschließlich über die gewaltsamen Ausschreitungen von Protestierenden gegenüber der französischen Polizei berichtet. Ab Februar 2019 entwickelte sich in den Artikeln von *Le Monde* und der *SZ* ein Gegendiskurs, der die Polizeigewalt gegenüber den Demonstrierenden verstärkt in den Mittelpunkt der Berichterstattung rückt und negativ bewertet. Die Entwicklung und Betrachtung dieses Gegendiskurses, beispielsweise medienübergeifend und in einem erweiterten Zeitraum, könnte ein Ausgangspunkt für weiterführende Beiträge sein. Außerdem könnte ein Blick auf die mediale Öffentlichkeit gerichtet werden, der die sozialen Medien und weitere Print- und Online-Medien einschließt, um den medialen Diskurs über die Darstellung der Bewegung der *Gilets jaunes* zu komplementieren. Es wäre ebenfalls interessant und von Bedeutung, den Diskurs über die Gelbwesten auf der Ebene der Politik vergleichend zu betrachten.

63 Vgl. hierzu den Beitrag von Ines Casper im vorliegenden Band.

Literatur

Quellen

Le Figaro

Baverez, Nicolas (04.03.2019): La France, rond-points sans sorties. Chronique.

Brézat, Alexis (18.12.2018): Le prix de l'apaisement. Éditorial.

Brézat, Alexis (26.04.2019): Tout reste à faire. Éditorial.

Rloufal, Ivan (15.02.2019): Les *Gilets jaunes*, ces boucs émissaires. Opinion.

Furand-Souffland, Stéphane (16.02.2019): *Gilets jaunes*: l'ex-boxeur Dettinger trop ou pas assez puni? Analyse.

Gonzales, Paule (27.02.2019): La position inconfortable du procureur de Paris. Analyse.

o.A. (06.12.2018): Les *Gilets jaunes*, version française de la révolution populiste? Éditorial.

Thréard, Yves (17.11.2018): Le cri des affranchis. Éditorial.

Tabard, Guillaume (17.11.2018): Une question d'identité autant que de budget. Contre-Point.

Tabard, Guillaume (18.11.2018): Macron: ne pas jeter de l'huile sur le feu. Contre-Point.

Tabard, Guillaume (21.11.2018): La carte difficile à jouer du maintien de l'ordre. Contre-Point.

Tabard, Guillaume (23.11.2018): De la contestation sociale aux manœuvres électorales. Contre-Point.

Tabard, Guillaume (28.11.2018): Entendre les Français ou être entendus d'eux? Contre-Point.

Tabard, Guillaume (03.12.2018): Quels leviers politiques pour prendre la main? Contre-Point.

Tabard, Guillaume (11.12.2018): Le choix de l'humilité pour se relancer. Contre-Point.

Tabard, Guillaume (08.01.2019): Le désir d'ordre comme antidote au rejet de Macron. Contre-Point.

Tabard, Guillaume (26.01.2019): La contre-manif qui nuit à la volonté d'apaisement. Contre-Point.

Tabard, Guillaume (20.03.2019): Un deuxième intérim obligé pour Édouard Philippe. Contre-Point.

Tabard, Guillaume (25.04.2019): Proximité affichée ou autorité restaurée? Contre-Point.

Thréard, Yves (26.11.2018): Pas-le-bol par procuration. Éditorial.

Thréard, Yves (05.12.2018): Jeu dangereux. Éditorial.

Thréard, Yves (10.12.2018): Sortir par le haut. Éditorial.

Thréard, Yves (15.12.2018): Sans tabous. Éditorial.

Thréard, Yves (30.01.2019): Les angéliques. Éditorial.

Thréard, Yves (18.03.2019): Indignation et la révolte. Éditorial.

Thréard, Yves (22.03.2019): Aveu de faiblesse. Éditorial.

Thréard, Yves (27.04.2019): L'art d'être - trop – français. Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (19.11.2018): Impasse. Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (04.12.2018): Crise démocratique. Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (08.12.2018): Désordre public. Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (19.01.2019): Tournant ou habilité? Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (13.12.2018): Loups et agneaux. Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (17.12.2018): Fracture citoyenne. Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (20.12.2018): Tenir parole. Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (07.01.2019): Autorité bafouée. Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (19.03.2019): La loi, les brutes et les vandales. Éditorial.

Trémolet de Villers, Vincent (02.05.2019): Soulagement et inquiétude. Éditorial.

Le Monde

Courtois, Gérard (05.12.2018): Le boomerang de la défiance. Chronique.

Courtois, Gérard (12.12.2018): La gageure du changement. Chronique.

- Fenglio, Jérôme (08.12.2018): Briser l'accoutumance à la haine. Éditorial.
- Fresso, Françoise (20.11.2018): Macron et le spectre des deux France. Chronique.
- Fresso, Françoise (24.11.2018): Laurent Wauquiez et Marine Le Pen à front renversé. Chronique.
- Fresso, Françoise (29.11.2018): Pour Macron, le changement c'est maintenant? Chronique.
- Fresso, Françoise (06.12.2018): Un président qui n'est plus sûr de rien. Chronique.
- Fresso, Françoise (11.12.2018): Le président a-t-il déjà tout perdu? Chronique.
- Fresso, Françoise (12.12.2018): Un vrai-faux tournant. Chronique.
- Fresso, Françoise (19.03.2019): Le chef de l'Etat est toujours sous la pression de la rue. Chronique.
- o.A. (29.11.2018): Les injonctions contradictoires d'Emmanuel Macron. Éditorial.
- o.A. (06.12.2018): Contretemps et contradictions du pouvoir. Éditorial.
- o.A. (12.12.2018): Macron en appelle à la responsabilité. Éditorial.
- o.A. (25.12.2018): „*Gilets jaunes*“: sortir de l'impasse. Éditorial.
- o.A. (08.01.2019): *Gilets jaunes* : La violence ou le débat. Éditorial.
- o.A. (11.01.2019): Crise sociale : Halte au lynchage. Éditorial.
- o.A. (26.01.2019): Balles de défense: sortir du déni. Éditorial.
- o.A. (02.02.2019): Loi anticasseurs : la fin et les moyens. Éditorial.
- o.A. (19.03.2019): Macron face à une crise sans fin. Éditorial.
- o.A. (10.04.2019): Le quadrature du quinquennat. Éditorial.
- o.A. (27.04.2019): Macron veut solidifier son socle électoral. Éditorial.
- o.A. (14.05.2019): Manifestations: Brises la mécanique de la violence. Éditorial.
- Truong, Nicolas (09.12.2018): Une révolte qui divise les intellectuels.
- Szadkowski, Michael (12.12.2018): Facebook, forum d'un mouvement social. Analyse.

Süddeutsche Zeitung

- Klimm, Leo (21.11.2018): Das Macron Paradox. Frankreich.
- Pantel, Nadia (03.12.2018): Rasend wütend. Rubrik Frankreich.
- Pantel, Nadia (07.12.2018): Unübersehbar. Rubrik Frankreich.
- Pantel, Nadia (12.12.2018): Emmanuel Macron: Ich liebe euch. Rubrik Frankreich.
- Pantel, Nadia (15.01.2019): Wer am lautesten Brülle. Rubrik Frankreich.
- Pantel, Nadia (11.02.2019): Links oder recht? Ganz egal. Rubrik Frankreich.
- Pantel, Nadia (18.-19.04.2019): Große Polemik. Rubrik Frankreich.
- Pantel, Nadia (26.04.2019): Die Herausforderung. Rubrik Frankreich.
- Pantel, Nadia (27.04.2019): Macron: Er kann auch anders.
- Ulrich, Stefan (23.04.2019): Perfide Wüteriche. Rubrik Frankreich.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

- Busse, Nikolas (08.12.2018): Schwere Krise.
- Frankenberger, Klaus-Dieter (07.12.2018): Im Rückwärtsgang.
- Ross, Andreas (12.12.2018): Klotz am Bein.
- Schubert, Christian (12.12.2018): Frankreichs Gulliver.
- Schubert, Christian (18.04.2019): Macrons Geduldsprobe.
- Schubert, Christian (27.04.2019): Macron lenkt ein.
- Sturm, Peter (17.12.2018): Gesundheitsbeter.
- Sturm, Peter (18.03.2019): Starke Worte.
- Wiegel, Michaela (27.11.2018): Bürger gegen Macron.
- Wiegel, Michaela (05.12.2018): Frankreich im gelben Fieber.
- Wiegel, Michaela (13.12.2018): Terror-hausgemacht.
- Wiegel, Michaela (31.01.2019): Macrons Chance.
- Wiegel, Michaela (20.03.2019): Schauplatz Champs-Élysées.

Forschungsliteratur

- Abdallag, Mogniss H. (2004): La marche pour l'égalité, une mémoire à restaurer. *Homme et Migrations*, n°1247, S. 99-104.
- Backes, Uwe (2006): Interdependenzen und Interaktionen zwischen gewaltlosen und gewaltorientierten extremistischen Akteuren am Beispiel von „Autonomen“, „Neonationalsozialisten“ und „Skinheads“. In: Uwe E. Kemmesies (Hg.) (2006): *Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur*. München: Luchterhand: S. 41-45.
- Baer, Josette (2007): *Preparing liberty in central Europe: political texts from the spring of nations 1848 to the spring of Prague 1968*. Hannover: Ibidem-Verlag.
- Barnes, Samuel H./ Kaase, Max (1979): *Political action. Mass participation in five nations*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Bittner, Martin (2007): *Aufstand in den „banlieues“*. Der Versuch einer Verbindung von Diskursanalyse und dokumentarischer Methode. *Berliner Arbeiten zur Erziehungs- und Kulturwissenschaft*. Berlin: Logos Verlag.
- Bouquin, Stephen (2007): Strikes in France. In: Van der Welden, Sjaak/ Dribbusch, Heiner, Lyddon, Dave / Vandaele, Kurt (Hg.): *Strikes Around the World 1968-2005*. Amsterdam: Amsterdam: S. 247- 265.
- Cazelles, Raymond (1978). La Jacquerie fut-elle un mouvement paysan? In: *Comptes rendus des séances de l'Académie des Inscriptions et Belles-Lettres*, 122,3, S. 654-666.
- Christadler, Marieluise/ Uterwedde, Henrik (Hg.) (1999): *Länderbericht Frankreich: Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Wiesbaden: Leske + Budrich.
- Dalton, Russell / Klingemann, Hans-Dieter (Hg.) (2007): *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press.
- Deutsch, Franziska (2016): Protestkulturen in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Lauth, Hans-Joachim /Kneuer, Marianne /Pickel, Gert (Hg.): *Handbuch Vergleichender Politikwissenschaften*. Wiesbaden: Springer VS: S. 574-585.
- Duhamel, Alain (2019): Que nous disent les „*Gilets jaunes*“ sur notre République? In: *Le débat : histoire, politique, société*, 201, 2019, 2 ,S. 104-109.
- Dribbusch, Heiner (2018): WSI-Arbeitskampfbilanz 2017. *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut*. Hans-Böckler-Stiftung.

- Eilders, Christiane (2008): Massenmedien als Produzent öffentlicher Meinungen – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle. In: Pfetsch, Barbara/ Adam, Silke (Hg.), *Massenmedien als politische Akteure*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: S.27-28.
- Eisinger, Peter K. (1973): The Conditions of Protest Behavior in American Cities. In: *The American Political Science Review*, 67, 1, S. 11-28.
- Fabriz, Patrick (2019): *Les Gilets jaunes. Documents et textes*. Vulvaines sur Seine: Éditions du Croquant.
- Fillieule, Olivier (1997): *Stratégie de la Rue. Les manifestations en France*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Foucault, Michel (1994): Dits et écrits III. Hg. von Defert, Daniel / Ewalt, François/ Langrange/Jacques. Paris.
- Foucault, Michel (1981): *Archäologie des Wissens* (frz. Original *L'Archéologie du savoir*, 1969). Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Galetti, Nino / Wissmann, Nele Katharina (2019): *Länderbericht Frankreich. Zwischen Gelbwesten, großer nationaler Debatte und Europawahlkampf*. Konrad Adenauer Stiftung.
- Grunberg, Gérard (2019): Les „*Gilets jaunes* et la crise de la démocratie représentative. In : *Le débat : histoire, politique, société*, 201, 2019, 2, S. 95-103.
- Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud (Hg.) (1998): *Paradigmen der Bewegungsforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Hessel, Stéphane (2011): *Empört Euch!* Berlin: Ullstein Verlag.
- Hessel, Stéphane (2011): *Engagiert Euch!* Berlin: Ullstein Verlag.
- Huyghe, François-Bernard/ Desmaison, Xavier / Liccia, Damien (2018): *Dans la tête des Gilets jaunes*. Versailles: V.A. Éditions.
- Inglehart, Ronald (2005): *Modernization, Cultural Change, and Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Japp, Klaus Peter (1984): Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen. In: *Soziale Welt* 35, S. 316.
- Jäger, Siegfried (2015): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Münster: Unrast-Verlag.

- Jäger, Magarethe / Jäger, Siegfried (2007): *Deutungskämpfe*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Jäger, Siegfried (1999): *Kritische Diskursanalyse*. Ein Einführung. Duisburg: DISS.
- Keller, Rainer (1997): Diskursanalyse. In: Ronald Hitzler/ Anne Honer (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*. Opladen: VS Verlag: S. 310.
- Kern, Thomas (2007): *Lehrbuch: Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klandermans, Bert / van Stekelenburg, Jacquélien (2013): Social movements and the dynamics of collective action. In: Huddym Leonie /O. Sears, David/ Levy, & Jack (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Psychology*. 2. Aufl. Oxford/New York: The Oxford University Press: S. 774-812.
- Kraushaar, Wolfgang (Hg.) (2006): *Die RAF und der linke Terrorismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Lalucq, Aurore (2019): *Lettre aux Gilets jaunes. Pour un new deal vert*. Paris: Les petits matins.
- Linder, Kolja (2007): Soziale Bewegungen und autoritärer Populismus. Proteste und Präsidentschaftswahlen in Frankreich. In *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften*, 148, 37, S. 459-479.
- Link, Jürgen (1986): Kleines Begriffslexikon. In: *KultuRRevolution*, 11, S. 71.
- Lüsebrink, Hans-Jürgen (2018): *Frankreich. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur, Mentalitäten. Eine landeskundliche Einführung*. 4. Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Mousnier, Roland (1958): Recherches sur les soulèvement populaires en France avant la Fronde. In: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, 2, S. 81-113
- Neidhard, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinungen, soziale Bewegung. *Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 34, 1994, S. 32.
- Noiriel, Gérard (2019): *Les Gilets jaunes à la lumière de l'histoire*. La Tour d'Aigues: Édition de l'Aube.
- Nover, Sabine Ursula (2008): *Protest und Engagement. Wohin steuert unsere Protestkultur?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Opp, Karl-Dieter (1996): Gesellschaftliche Krisen, Gelegenheitsstrukturen oder rationales Handeln? Ein kritischer Theorievergleich von Erklärungen politischen Protests. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 25,3, S. 223-242.
- Ramsenthaler, C. (2013): Was ist die „Qualitative Inhaltsanalyse“? In: Schnell/ Martin, Schulz, Christian/ Kolbe, Harald/ Dunger, Christine (Hg.): *Der Patient am Lebensende*. Wiesbaden: Springer: S. 23.
- Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.) (2008): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*. Ein Handbuch. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- Roth, Roland / Rucht, Dieter (2002): Neue Soziale Bewegungen. In: Martin und Sylvia Greiffenhagen (Hg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: S. 296-303.
- Rucht, Dieter (2019): *Die Gelbwestenbewegung. Stand und Perspektiven*. Ipb working paper 1/2019. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung.
- Rucht, Dieter (2012): Massen mobilisieren. In: *Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament*, 62, S. 3-8.
- Rucht, Dieter (2003): Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen. In: *Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen*, Schriftenreihe, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutsches Bundestag (Hg.), Bd. 10. Opladen: Leske + Budrich: S. 17-155.
- Rucht, Dieter (1998): Komplexe Phänomene – komplexe Erklärungen. In: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud (Hg.) (1998): *Paradigmen der Bewegungsforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: S. 109-127.
- Rucht, Dieter (1994): Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Friedrich Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schild, Joachim (1998): Wertewandel und politischer Protest: Die wachsende Bedeutung direkter Partizipationsformen. In: Köcher, Renate / Schild, Joachim (Hg.): *Wertewandelt in Deutschland und Frankreich: nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH: S. 245-263.
- Schmidt, Joachim (2002): Gewerkschaften. In: Greiffenhagen, Martin / Geiffenhagen, Sylvia / Neller, Katja (Hg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft: S. 181.

- Schwap-Trapp, Michael (2001): Diskurs als soziologisches Konzept. In: Heller, Reiner /Hirsland, Andreas (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskurs-analyse*. Wiesbaden: VS: S. 262.
- Snow, David A./ Benford, Robert D. (1988): Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: *International Social Movement Research*, 1, S. 197-217.
- Schröder, Christian (2015): *Das Weltsozialforum*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Teune, Simon (2008): „Gibt es so etwas überhaupt noch?“ Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen. In: *PVS Politische Vierteljahresschrift*, 49, S. 528-547.
- Thiébaud, Maxime (2018): *Gilets jaunes. Vers une démocratie réelle? Souvenirs et analyse d'un témoin*. Versailles: V.A. Éditions.
- Vandepitte, Florent (2019): *Le petit livre sur des Gilets jaunes*. Paris: Éditions First.
- Wiegel, Michaela (2018): Ein Zuspätkommender? Wie Emmanuel Macron Europa und Frankreich erneuern will. In: *Frankreich Jahrbuch 2018*. Wiesbaden: Springer VS: S. 86.

Internetquellen

- Autor_innenkollektiv Projektseminar Frankfurt (2019): *Leuchtturm statt AfE-Turm*. <https://www.uni-frankfurt.de/47267785/FH-6.pdf> (Abruf am 10.08.2019).
- Briand-Locu, M. (09.04.2018): L'aéroport de Notre-Dames-des-Landes en 12 dates clés. La Croix.com. <https://www.la-croix.com/Economie/Laeroport-Notre-Dame-des-Landes-12-dates-cles-2018-04-09-1200930307> (Abruf am 20.09.2019).
- Camus, Jean-Yves (03.12.2018): *Aufschrei gegen die Arroganz der Elite*. *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-gelbewesten-1.4237255> (Abruf am 15.07.2019).
- Fauth, Lea (21.07.2018): Gekommen, um zu bleiben. *Taz.de*. <https://taz.de/Landbesetzung-in-Frankreich!/5518355/> (Abruf am 20.09.2019).
- o.A. (10.12.2018): Adresse du président de la République Emmanuel Macron à la Nation. *Elysee.fr*. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2019/04/16/adresse-du-president-de-la-republique-a-la-nation> (Abruf am 15.08.2019).

- o.A. (25.04.2019): Conférence de presse à l'issue du Grand Débat national. Elysée.fr. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2019/04/25/conference-de-presse-grand-debat-national> (Abruf am 16.08.2019).
- Feertack, Alexis (20.04.2019): *De l'acte I à l'acte XXIII, la mobilisation des „Gilets jaunes“ en chiffre*. LeFigaro.fr. <http://www.lefigaro.fr/politique/2019/01/12/01002-20190112ARTFIG00126-de-l-acte-i-a-l-acte-ix-la-mobilisation-des-gilets-jaunes-en-chiffres.php> (Abruf am 01.08.2019).
- Hamann, Julie / Jakob, Sara (01.07.2018): *Zwischen Optimismus und Misstrauen: Frankreichs Jugend zweifelt an Reformerfolgen*. DGAPanalyse, 3. <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapanalyse/zwischen-optimismus-und-misstrauen> (Abruf am 20.05.2019).
- Hanke, Thomas (12.12.2014): *Arbeitskampf weltweit. Die Macht der Trillerpfeife. Frankreich: Erst streiken, dann reden*. Handelsblatt.com. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/arbeitskampf-weltweit-frankreich-erst-streiken-dann-reden/10942372-8.html?ticket=ST-2191659-969fM-N0oTPhkbaGMVpW1-ap6> (Abruf am 18.07.2019).
- Insee.fr (14.08.2019): *Taux de chômage au sens du BIT*. <https://www.insee.fr/fr/statistiques/4201123> (Abgerufen am 10.09.2019).
- Insee.fr (15.01.2019): *Âge moyen et âge médian de la population en 2019*. <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2381476> (Abruf am 10.09.2019).
- IVW (01.02.2019): *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1221> (Abruf am 15.09.2019).
- L'ObSoCo.fr (01.02.2019): *Qui sont les Gilets jaunes, leurs soutiens et leurs opposants? Rapport général*. <http://lobsoco.com/etude-exclusive-qui-sont-les-gilets-jaunes-leurs-soutiens-leurs-opposants/> (Abruf am 10.09.2019).
- Moyou, E. (13.05.2019): *Nombre des manifestants lors des mobilisation de Gilets jaunes*. <https://fr.statista.com/statistiques/952143/nombre-manifestants-gilets-jaunes-france/> (Abruf am 02.08.2019).
- Muchielli, Laurent (2010): *Urbane Aufstände im heutigen Frankreich. Soziale Geschichte Online*, 2. https://www.laurent-mucchielli.org/public/Urbane_Aufstande_im_heutigen_Frankreich.pdf (Abruf am 12.05.2019).

- o.A. (18.03.2019): *Pariser Polizeipräsident wird nach Krawallen abgesetzt*. *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-03/ausschreitungen-gelbwesten-frankreich-demonstrationen-verbot-polizeipraefekt-paris> (Abruf am 15.08.2019).
- o.A. (16.02.2019): *Alain Finkielkraut injurié par des „Gilets jaunes“, torrent de réactions*. *L'Express*. https://www.lexpress.fr/actualites/1/societe/alain-finkielkraut-injurie-par-des-gilets-jaunes-torrent-de-reactions_2062671.html (Abruf am 01.08.2019)
- o.A. (11.12.2018): *„Gilets jaunes“: une enquête pionnière sur la „révolte des revenus modestes“*. *Le Monde*. Tribune. https://www.lemonde.fr/idees/article/2018/12/11/gilets-jaunes-une-enquete-pionniere-sur-la-revolte-des-revenus-modestes_5395562_3232.html (Abruf am 15.07.2019).
- OCDE (2019): *Parités de pouvoir d'achat (PPA) (indicateur)*. <https://data.oecd.org/fr/conversion/parites-de-pouvoir-d-achat-ppa.htm> (Abruf am 10.09.2019).
- Retaille, Bruno (10.04.2019): Proposition de loi. N° 575: Maintien de l'ordre public lors des manifestations. *Assemblée-nationale.fr*. http://www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/dossiers/alt/prevention_sanction_violences_manifestations (Abruf am 15.08.2019).
- Statista (2019): *Le Figaro*. <https://www.statista.com/statistics/784974/paid-circulation-volume-national-dailies-by-publication-france> (Abruf am 15.09.2019).
- Statista (2019): *Le Monde*. <https://www.statista.com/statistics/304642/le-monde-circulation/> (Abruf am 15.09.2019).
- Statista.fr (26.08.2019): *Nombre des manifestants lors des mobilisations de Gilets jaunes en France 2018-2019*. <https://fr.statista.com/statistiques/952143/nombre-manifestants-gilets-jaunes-france/> (Abruf am 10.09.2019).
- Service Communication de la République française (04.12.2018): *Discours de M. Édouard Philippe*. *Gouvernement.fr*. https://www.gouvernement.fr/sites/default/files/document/document/2018/12/discours_de_m_edouard_philippe_premier_ministre_-_hotel_de_matignon_-_04.12.2018.pdf (Abruf am 20.07.2019).
- Tagesschau (17.11.2018): *Frankreich. Blockaden gegen hohe Spritpreise*. *Tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/ausland/frankreich-proteste-benzin-107.html> (Abruf am 10.09.2019).

Florian Lisson

**Die Kritik sozialer Ungleichheit und der Ausdruck von
Elitenkritik am Beispiel der Protestbewegung der
Gilets jaunes und der *Sammlungsbewegung Aufstehen*
Ein deutsch-französischer Vergleich**

Gliederung

1	Einleitung.	318
2	Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik	319
2.1	Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik	319
2.2	Entwicklung des Sozialstaates in Deutschland und Frankreich	320
2.3	Einkommensungleichheit in Deutschland und Frankreich	322
2.4	Soziale Ungleichheit als Anlass für Protest	323
2.4.1	Schwächen des Bildungssystems in Frankreich.	324
2.4.2	Konstanten der Arbeitswelt und Arbeitslosigkeit.	325
2.4.3	Prekäre Wohnverhältnisse	326
2.4.4	Postdemokratische Empörung als Ankerpunkt der Elitenkritik	327
3	<i>Gilets jaunes</i>	328
3.1	Sozialpolitische Forderungen der Protestbewegung	328
3.2	Beschriftete Warnwesten als Ausdrucksmittel des Protests: <i>Plein le dos</i>	329
3.3	Elitenkritik	331
4	<i>Sammlungsbewegung Aufstehen</i>	332
4.1	Entstehung der Bewegung und Programmatik.	332
4.2	Mitgliederrekrutierung als Kontrapunkt zum politischen System	334
5	Zusammenfassung und Ausblick.	336
	Literatur.	338

1 Einleitung

Die Demonstrationen der *Gilets jaunes* setzten von Herbst 2018 bis Frühjahr 2019 eine Protestbewegung in Gang, die in ihrem Ausmaß seit den Studierendenprotesten und dem Generalstreik des Mai 68 unerreicht waren. Die Steuer- und Abgabepolitik von Präsident Macron, der als abgehoben und wenig volksnah angesehen wurde, erschien weiten Teilen der Bevölkerung als ungerecht und war der Stein des Anstoßes für die Demonstrierenden, die sich die in Kraftfahrzeugen vorgeschriebenen Warnwesten als Symbol ihrer Empörung angeeignet und den Namen ‚Gelbwesten‘ (*Gilets jaunes*) angenommen hatten. Die Regierung sowie weite Teile der kritischen Öffentlichkeit – wie Medien oder Intellektuelle – wurden von dieser Form des Protests überrascht, der sich weitestgehend über die sozialen Medien¹ und vollkommen losgelöst von politischen Parteien, Wortführer:innen, Gewerkschaften² oder ähnlichen Zwischeninstanzen organisierte. Der französische Historiker Gérard Noiriel notiert, dass eine derartige Fehleinschätzung der Eliten häufig bei Protestbewegungen von unten auftritt.³

In etwa zur gleichen Zeit trat die Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht mit einigen Weggefährten auf die Bühne, um die *Sammlungsbewegung Aufstehen* zu begründen. Diese Bewegung klagte ähnlich wie die *Gilets jaunes* ungerechte soziale Verhältnisse an, und strebte einen Politikwechsel an, was bei *Aufstehen* ähnlich wie in Frankreich mit heftiger Kritik an politischen und wirtschaftlichen Eliten einherging. Auch Wagenknecht zog in Reaktion auf die *Gilets jaunes* für ein Video-Statement eine gelbe Warnweste an.⁴ Dennoch verhallte die *Sammlungsbewegung Aufstehen*, ohne großen Einfluss ausgeübt zu haben, wohingegen die *Gilets jaunes* ein Einlenken der Regierung erstritten haben. Das Ziel dieses Beitrags soll es sein, die o.g. Eckpfeiler beider Protestbewegungen – die Anklage sozialer Ungleichheit und Elitenkritik – zu analysieren und die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich herauszustellen.

Zur theoretischen Einbettung der Protestbewegungen im deutsch-französischen Vergleich wird zunächst auf die unterschiedlichen Konzeptionen des Sozialstaates und der Wirtschaftsstruktur in beiden Ländern eingegangen. Dieser Ansatz der *analyse sociétale*, um mit Marc Maurice zu sprechen⁵, erlaubt es, erste Anhaltspunkte zur Erklärung des Erfolgs beider Protestbewegungen anzuführen. Im Anschluss werden die sozialpolitischen Forderungen und der

1 Noiriel 2019, S. 16-17.

2 So hielt der Vorsitzende der größten französischen Gewerkschaft CGT, Philippe Martinez, zu Beginn deutlichen Abstand zu den *Gilets jaunes*, Noiriel 2019, S. 22.

3 Noiriel 2019, S. 37-40

4 Siehe Titelbild in Aversch 2018, o. S.

5 Maurice 1989, S. 181-183.

Ausdruck von Elitenkritik bei den *Gilets jaunes* und der *Sammlungsbewegung Aufstehen* dargestellt. Für die *Gilets jaunes* stellen die auf den Warnwesten aufgezeichneten Parolen eine reichhaltige Quelle dar; bei der *Sammlungsbewegung Aufstehen* ist es der Gründungsaufruf auf der Webseite, der Aufschluss über die Ziele der Bewegung gibt. Da dieser allerdings weitaus weniger konkrete Aussagen enthält als dies bei den Spruchbändern der *Gilets jaunes* der Fall ist, wird bei der Analyse von Aufstehen ebenfalls auf Kommentare aus Presse und Fachzeitschriften zurückgegriffen. Abschließend erfolgt eine zusammenfassende Gegenüberstellung der Befunde.

2 Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik

2.1 Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik

Der dänische Soziologe und Politikwissenschaftler Gøsta Esping-Andersen hat in seinem 1991 erschienenen Werk *The Three Worlds of Welfare capitalism* drei Arten des Sozialstaates ausgemacht, die mit der Wirtschaftsverfassung der jeweiligen Länder korrespondieren:⁶

1. Das *liberale Modell*, das in den anglo-amerikanischen Ländern vorherrscht. Der Sozialstaat ist hier schwach ausgeprägt und richtet sich nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen aus. Bedürftigkeit im Sozialwesen sowie Armut werden als individuelles Schicksal angesehen, aus dem sich die betreffende Person aus eigenem Antrieb, vor allem durch die Aufnahme einer Erwerbsarbeit, herauszuarbeiten habe. Dementsprechend werden Sozialleistungen nur geringfügig gewährt, falls sie überhaupt existieren, und die Wirtschaftspolitik legt den Fokus darauf, Unternehmen möglichst ungezügelt viele Wachstumschancen zu ermöglichen, um Beschäftigung und damit wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Gemeinwesen zu gewährleisten. Auch private Verbände (wie beim *korporatistischen Modell*, das unten beschrieben wird) spielen in dieser Konzeption eine wichtige Rolle.
2. Das *korporatistische Modell* Mitteleuropas. Diese Länder haben im 19. und 20. Jahrhundert einen Sozialstaat aufgebaut, der Härten des Lebens abfangen soll. Das Gemeinwesen fügt sich in ein gesamtgesellschaftliches Gefüge ein, das Arbeitnehmer, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nachbarschaftshilfe u. Ä. und in erster Linie die Familie umfasst. Der Staat stützt mit seinen Sozialleistungen die Personen ab, bei denen diese Hilfsangebote nicht ausreichen. Ziel der Sozialpolitik dieser Staaten ist es, den Bürgerinnen und Bürgern ein Existenzminimum zu garantieren, das nicht unterschritten werden soll.

6 Die folgende Darstellung basiert auf Esping-Andersen 1990, S. 26-29.

3. Das *sozialdemokratische* Modell. Dieses in den nordischen Ländern verbreitete Modell zielt darauf ab, den Bürgerinnen und Bürgern eine vollumfängliche Versorgung von der Wiege bis zur Bahre anzubieten. Sozialleistungen stehen den Bevölkerungsschichten aller Altersklassen zur Verfügung und sollen durchaus mehr als das reine Existenzminimum abdecken. Familien, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Rentner etc. können auf viele öffentliche Leistungen kostenfrei zugreifen.

2.2 Entwicklung des Sozialstaates in Deutschland und Frankreich

Deutschland und Frankreich gehören beide zu den korporatistischen Ländern, die laut Hall und Soskice durch eine koordinierte Wirtschaftsordnung (*coordinated market economies*) gekennzeichnet sind, die nicht allein von Privatunternehmen, sondern durchaus unter Berücksichtigung staatlicher Vorgaben und öffentlicher Wirtschaftsaktivität strukturiert wird.⁷ Allerdings muss betont werden, dass Deutschland und Frankreich in puncto Sozialpolitik große Unterschiede zueinander aufweisen, die tief in der Wirtschaftsgeschichte beider Länder verwurzelt sind.

In Deutschland setzte die Industrialisierung früher und in einem größeren Ausmaß ein als in Frankreich, wo das Wirtschaftsleben über weite Teile des 19. Jahrhunderts von der *Pluriactivité*, also der gleichzeitigen Ausübung von Berufen in der Landwirtschaft einerseits und der (Industrie-)Produktion andererseits gekennzeichnet war.⁸ Dadurch konnten Verwerfungen der industriellen Moderne wie Massenverelendung lange Zeit stärker abgedämpft werden als in Deutschland, wo sich die Regierung von Reichskanzler Otto von Bismarck nach der Gründung des deutschen Nationalstaates gezwungen sah, eine für damalige Verhältnisse beachtliche Sozialgesetzgebung zu beschließen und mittels wirtschaftsprotektionistischer Maßnahmen wie Schutzzöllen in das Wirtschaftsleben einzugreifen.⁹

In Frankreich hingegen war der Sozialstaat bis 1945 äußerst schwach ausgeprägt. Die Sozialpolitik konzentrierte sich vielmehr auf die Bildung aufgeklärter Staatsbürger durch die Einführung der Schulpflicht durch die *Lois Ferry* und die Garantie der Pressefreiheit.¹⁰ Das Ziel der noch nicht gefestigten Dritten Republik war es, die Ideale der Gleichheit der Bürger zu gewährleisten, indem sie befähigt werden sollten, sich mittels der Massenmedien über politische Entwicklungen zu informieren und eine wohlüberlegte Wahlentscheidung zu treffen.¹¹ In den

7 Hall/Soskice 2002, S. 8 & S. 19-21.

8 Noiriell 2018, S. 336-348.

9 Kaelble 2008, S. 734.

10 Noiriell 2018, S. 380-383 & S. 397-398.

11 Auf die Verfehlungen dieses Gleichheitsideals wird in Kapitel 2.4.1 eingegangen.

Industriestätten des produzierenden Gewerbes hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der *Paternalisme* als Managementstil durchgesetzt, bei der der Arbeitgeber eine vollumfängliche Versorgung des Arbeitnehmers zur Verfügung stellte und im Gegenzug vom Arbeitnehmer Loyalität und Fleiß erwartete, was die Unterbindung sämtlicher Streik- und Gewerkschaftsbewegungen nach sich zog.¹² Begünstigt wurde diese Sozialpolitik innerhalb der Unternehmen durch Freihandelsabkommen, die seit der liberalen Wende des *Second Empire* 1860 angestoßen und in der Dritten Republik fortgesetzt wurden und die das Wirtschaftswachstum ankurbelten.¹³ Die Ungleichheit verblieb auf hohem Niveau,¹⁴ was sich nach dem Ersten Weltkrieg insbesondere auch durch Arbeiterunruhen, Streiks und Aufstände manifestierte.¹⁵ Die Linksregierung des *Front populaire* baute ab 1936 nach Massenstreiks den Sozialstaat enorm aus.¹⁶ 1945 wurde nach der *Libération* die Sozialversicherung in ihrer heutigen Form gegründet,¹⁷ wodurch der *Paternalisme* in den Beziehungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer an Bedeutung verlor.¹⁸

Nach 1945 haben (West-)Deutschland und Frankreich, beflügelt durch die Wirtschaftshilfen des Marshall-Plans und der beginnenden europäischen Integration, ähnliche Wachstumsschritte unternommen; diese Epoche, geprägt von hohen Wachstumsquoten, annähernder Vollbeschäftigung und hoher gesellschaftlicher Kohäsion, wird in Deutschland als das *Wirtschaftswunder*, in Frankreich als *Les trente glorieuses* bezeichnet.¹⁹ Beide Volkswirtschaften sahen sich bedingt durch die Sättigungskrise des Kapitalismus²⁰ und die Ölpreisschocks der 1970er Jahre einer Krise ausgesetzt, auf die die Regierungen beider Länder ähnlich reagiert haben: internationale Verflechtung (Globalisierung) und Tertialisierung, verbunden mit einem neoliberalen Umbau des Sozialwesens (Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Flexibilisierung der Arbeitsmarktes) – kurzum eine Betonung eigenverantwortlichen Handelns, die darauf abzielen sollte, nicht mehr länger den Staat und sein Gemeinwesen als erste Anlaufstelle zur Verbesserung der eigenen Lebensumstände anzusehen.

12 Noiriel 2018, S. 351-352 & Bry 1998, S. 165.

13 Noiriel 2018, S. 358 & S. 401.

14 Siehe Zahlen der World Inequality Database für das frühe 20. Jahrhundert in Frankreich: <https://wid.world> [Zugriff: 18.02.2021].

15 Noiriel 2018, S. 508-509

16 Noiriel 2018, S. 538-539.

17 Kempf 2017, S. 356.

18 Bry 1998, S. 165.

19 Reckwitz 2019, S. 72-73.

20 Reckwitz 2019, S. 148-153.

2.3 Einkommensungleichheit in Deutschland und Frankreich

Der Berliner Soziologe Andreas Reckwitz sieht in diesem Strukturwandel ab Mitte der 1970er Jahre einen Paradigmenwechsel. Das in der Nachkriegszeit vorherrschende *sozial-korporatistische Paradigma* geriet laut Reckwitz in eine Überregulierungskrise,²¹ die die Regierungen der westlichen Welt dazu veranlasste, ihr Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge zu öffnen, Grenzen abzubauen und so eine Dynamisierung herbeizuführen. Diese Öffnungslogik beschreibt Reckwitz folglich mit dem Begriff des *apertistischen Liberalismus*, dessen Wirkzeit er auf die Periode von ca. 1980 bis 2020 datiert.²²

Trotz der Wirkmächtigkeit des *apertistischen Liberalismus* in allen westlichen Ländern bleibt festzuhalten, dass sich Deutschland und Frankreich aufgrund der verschiedenen politischen Mehrheiten in der Phase der 1980er Jahre in der Ausgestaltung ihrer Sozialpolitik grundlegend unterschieden. Das Ergebnis dieser divergierenden Politiken lässt sich anhand konkreter Zahlen über die Einkommens- und Lohnungleichheit ablesen, die der Datenbank des *World Inequality Reports* entnommen werden können.²³ Diese Datenbank stellt sozioökonomische Daten unterschiedlicher Quellen in Beziehungen zueinander und ermöglicht so den Vergleich der sozialen Ungleichheit in verschiedenen Ländern, auch wenn die erfassten Zeiträume variieren. Eine Kernziffer, die der *World Inequality Report* in seinen Analysen konsequent verzeichnet, ist der Anteil des landesweiten Einkommens, das jeweils dem obersten Prozent der Einkommensskala, den mittleren 40% und der unteren Hälfte zur Verfügung steht. Für Frankreich wird die Entwicklung der Lohnungleichheit, die durch diesen Maßstab zum Ausdruck gebracht wird, laut Daten des *World Inequality Reports* im Folgenden kurz skizziert.²⁴

Das von den Autoren der Studie ausgewertete Datenmaterial reicht bis ins Jahr 1900 zurück und umfasst daher die Epoche der liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Dritten Republik, die oben beschrieben wurde. Es fällt auf, dass die Einkommensungleichheit in dieser Zeit bis 1945 sehr ausgeprägt war und sich kaum verändert hat. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stieg die Schicht der mittleren 40% der Einkommensskala an, aber auch die untere Hälfte holte auf und erzielte einen deutlich größeren Anteil am nationalen Einkommen. Die erste Phase der (nachfrageorientierten) Wirtschaftspolitik (1981-1983) des sozialistischen Präsidenten François Mitterrand macht sich in der Statistik durch das Zusammenrücken der Kurven für das oberste Prozent der Einkommensskala und der unteren Hälfte bemerkbar.

21 Reckwitz 2019, S. 252-260.

22 Reckwitz 2019, S. 261-268.

23 WIR 2018.

24 WIR 2018: 95.

Für Deutschland reicht die im *Report* ausgewertete Datenbasis lediglich in die 1960er Jahre zurück,²⁵ dennoch verdeutlicht die Grafik die Unterschiede zu Frankreich eindrucklich. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes lag die Einkommensverteilung der drei Lohngruppen nah beieinander. Die Lohnentwicklung begünstigte in den Jahren bis zur ersten Ölpreiskrise die untere Einkommenshälfte, die in die Mittelschicht aufstieg;²⁶ auch in den folgenden Jahrzehnten blieb die Mittelschicht stabil. Eine deutliche Veränderung in der Einkommensstruktur lässt sich ab den 2000er Jahren konstatieren. Bei den entgegengesetzten Einkommenspolen – dem obersten Prozent und der untersten Hälfte – macht sich eine gegensätzliche Bewegung bemerkbar, die die Metapher der *auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich* bebildert.

Eine letzte Gegenüberstellung von Deutschland und Frankreich, die an dieser Stelle getätigt werden soll, konzentriert sich auf die Entwicklung seit 1983. In diesen zwei Grafiken²⁷ wurde die Lohnentwicklung der beiden entgegengesetzten Einkommenspole auf das Jahr 1983 gemittelt, und machen so relative Gewinne und Verluste dieser beiden Gruppen in Deutschland und Frankreich deutlich. Das Jahr 1983 ist sozialpolitisch für Deutschland und Frankreich insofern von Relevanz, als dieser Zeitpunkt einerseits den *tournant de la rigueur*, also die Abkehr von der Nachfragepolitik der französischen Regierung vor dem Eindruck hoher Arbeitslosenzahlen und den Erfordernissen des Europäischen Währungssystems,²⁸ und andererseits die Bestätigung der christlich-liberalen Koalition in Bonn bei den Bundestagswahlen markiert. Die Statistik unterstreicht also die Auswirkungen und Unterschiede der Wirtschaftspolitik von Deutschland und Frankreich unter dem Eindruck des Paradigmas des *apertistischen Liberalismus*.²⁹ Unbestritten lässt sich feststellen, dass das oberste Prozent der Einkommensskala in beiden Ländern in den dreißig Jahren des Untersuchungszeitraums seit 1983 deutlich hinzugewonnen hat. Umgekehrt fällt jedoch für die untere Hälfte auf, dass ihr Anteil am nationalen Einkommen in Frankreich nur wenig geschrumpft ist, wohingegen sich der Abwärtstrend in Deutschland in einer Unterschreitung dieser Marke Mitte der 2000er Jahre bemerkbar gemacht hat.

2.4 Soziale Ungleichheit als Anlass für Protest

Diese Analyse der wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen hat gezeigt, dass sich die Lohnentwicklung in Frankreich – trotz aller Entwicklungen zuun-

25 WIR 2018: 105.

26 Nachtwey 2016, S. 26-27 & S. 33.

27 WIR 2018: 99 & 105.

28 Uterwedde 2008, S. 691.

29 Siehe Fußnote 22.

gunsten der unteren Einkommensschichten, die es zweifellos gegeben hat – immer noch egalitärer darstellt als in Deutschland. Vor diesem Hintergrund erscheint die Frage brennend, warum Protestbewegungen, die soziale Ungleichheit anprangern – in Frankreich in Form der *Gilets jaunes* – ein viel größeres Publikum gefunden haben als etwa die *Sammlungsbewegung Aufstehen* in Deutschland, die als Fehlschlag gedeutet werden muss. Bevor die Entstehungsgeschichte der Bewegungen nachvollzogen wird und Forderungen und Unterschiede der Bewegungen herausgestellt werden, müssen gemäß der *Analyse sociétale* nach Marc Maurice³⁰ gesellschaftliche Rahmenbedingungen, insbesondere die Ausbildungs- und Berufswelt,³¹ mit einbezogen werden, die die Problematik der sozialen Ungleichheit im gegebenen Fall wie ein Brennglas verstärken.

2.4.1 Schwächen des Bildungssystems in Frankreich

Wie bereits oben angeführt, ist die *école publique laïque, gratuite et obligatoire* ein Eckstein des Gleichheitsversprechens, das die Französische Republik all ihren Bürgerinnen und Bürgern macht. Dementsprechend stellt sich die Schule in Frankreich als Gemeinschaftsschule dar, die erst bei der Abiturprüfung zwischen verschiedenen Schwerpunkten Unterscheidungen zulässt. Das *baccalauréat* ist der meistverbreitete Abschluss in der französischen Gesellschaft;³² das Universitätsstudium ist die Regel.³³ Eine einfache Berufsausbildung gilt in Frankreich heute nicht mehr als Garant für beruflichen Aufstieg³⁴ und das in Deutschland weit verbreitete duale Studium existiert in Frankreich nicht in dieser Form.³⁵ Nichtsdestotrotz existiert im Hochschulbereich mit den *grandes écoles* ein gewichtiges Distinktionsmerkmal für die oberen Schichten der Gesellschaft, da sie wegen der *concours* sehr kompetitiv ausgerichtet sind und hohe Zugangshürden haben, gleichzeitig aber die Eintrittskarte u.a. für die *haute fonction publique* und für Führungspositionen in der Wirtschaft sind.³⁶ Vor allem mit Blick auf die Situation der benachteiligten Schichten der *quartiers populaires*, auf die weiter unten eingegangen wird, stellt diese Zweigleisigkeit eine quasi unüberwindbare Hürde dar, die Proteste gegen soziale Ausgrenzung, aber auch Elitenkritik befördert.

30 Maurice 1989, S. 181-183.

31 Maurice 1989, S. 187.

32 Noiriél 2018, S. 692.

33 Culpepper 2002, S. 290.

34 Noiriél 2018, S. 700.

35 Noiriél 2018, S. 297.

36 Kaelble 2008, S. 733.

2.4.2 Konstanten der Arbeitswelt und Arbeitslosigkeit

In der Arbeitswelt ist Frankreich einerseits von der Präsenz von Großunternehmen und Betrieben mit staatlicher Beteiligung (sowie dem Beamtentum) gekennzeichnet, auf der anderen Seite von vielen *microentreprises*, die auf die Binnennachfrage konzentriert sind und aufgrund ihrer geringen Größe und ihres geringen Kapitaleintrags wenig Spielraum für Beschäftigung und Innovation haben.³⁷

Ein gewichtiges Strukturproblem der französischen Beschäftigungspolitik ist die auf einem hohen Niveau verharrende Jugendarbeitslosigkeit, die deutlich stärker ausgeprägt ist als in Deutschland. In Deutschland lag die Erwerbslosenquote bei Menschen im Alter von 15-25 Jahren im Dezember 2020 bei schätzungsweise 5,5%, und bewegte sich in den vergangenen zwei Jahren stets in einem Korridor zwischen 6% und 8%,³⁸ was eine deutliche Verbesserung seit dem Jahr 2005 bedeutet, als die Erwerbslosenquote bei jungen Erwachsenen im Bundesdurchschnitt noch 12,4% betrug.³⁹ In Frankreich war sie hingegen mit 18,4% im vierten Quartal 2020 mehr als dreimal so hoch. Die Jugendarbeitslosigkeit überschritt in Frankreich im Jahr 1977 die Marke von 10% und wurde seitdem nie unterschritten.⁴⁰ Generell stieg die Arbeitslosigkeit in den 1980er Jahren bei den französischen Jugendlichen stärker an als in allen anderen Altersgruppen, setzte sich auf hohem Niveau in einer Wellenbewegung fort und erreichte immer wieder Höchststände von über 20%. Der Höhepunkt seit 1975 wurde im vierten Quartal 2012 mit 26,2% gemessen.

Diese äußerst hohe Arbeitslosigkeit bei jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 25 Jahren spricht für eine Schwäche des französischen Ausbildungssystems. Offenkundig gibt es hohe Reibungsverluste beim Übergang zwischen der Ausbildung und dem Berufseinstieg, die auf verschiedene Gründe zurückgeführt werden können. Die Ausbildung französischer Studierender wird als zu theoretisch und nicht genug auf die Bedürfnisse der Arbeitswelt zugeschnitten beklagt.⁴¹ Des Weiteren wird kritisiert, dass Förderprogramme in großer Zahl und unkoordiniert nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden und dabei die eigentliche Zielgruppe der Benachteiligten aus den *quartiers sensibles* verfehlt wird, da diese Programme oft an junge Erwachsene gehen, die bereits eine Beschäftigung haben. Nicht selten reihen junge Erwerbstätige einen befristeten Arbeitsvertrag an den nächsten, da nicht klar ist, ob ein gegebenes Förderpro-

37 Schmude 2019, S. 86-96 & Kempf 2017, S. 311-312.

38 Siehe Zahlen des Statistischen Bundesamts.

39 Planque 2006, S. 3.

40 Alle folgenden Angaben aus INSEE 2021a.

41 Schmude 2019, S. 92.

gramm dauerhaft Früchte trägt und das Unternehmen langfristige Investitionen tätigt.⁴² Dies wiederum kann durch die o. g. Zweiteilung der französischen Wirtschaft in einige Großunternehmen und viele kleine *microentreprises* erklärt werden.⁴³ Der relativ schwache Mittelstand sorgt für ein Ungleichgewicht in der französischen Arbeitswelt.⁴⁴

2.4.3 Prekäre Wohnverhältnisse

Neben diesen Zahlen, die auf die Altersstruktur der Erwerbstätigen und ihre Schiefe Lage verweisen, lohnt es sich ebenfalls, auf die Problematik der *zones urbaines sensibles* – den sozialen Brennpunkten der Vorstädte – genauer einzugehen, da sie soziale Ungleichheit in einer in Deutschland ungekannten Weise akzentuieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah sich Frankreich mit einer großen Wohnungsnot konfrontiert, die zu bedeutendem Teil darauf zurückzuführen ist, dass in der Zwischenkriegszeit wenig Bauaktivität stattfand.⁴⁵ Diesen Mangel kompensierte die Regierung durch den Bau großer Trabantenstädte in den Ballungsgebieten, allen voran der Île-de-France, die einen kostengünstigen und damals durchaus hochwertigen Wohnraum zur Verfügung stellten.⁴⁶ Der soziale Abstieg dieser *grands ensembles* erfolgte seit den 1970er Jahren kontinuierlich, als Teile der neuen Mittelschicht ihren Wohlstand nutzten, um Eigenheime in Neubaugebieten zu erwerben.⁴⁷ An diesen Prozessen der Suburbanisierung (*périurbanisation*) konnten allerdings die untersten Einkommensschichten, die meistens migrantischer Herkunft sind, nicht teilhaben und mussten daher in den zunehmend unmoderner wirkenden *cités* verbleiben. Diese Desintegration der sozialen Verhältnisse fördert soziale Ungleichheit offen zu Tage, wie es kaum ein anderes soziales Phänomen vermag. Das Gleichheitsversprechen, das Aufstieg durch Bildung verheißt, kommt den Bewohnerinnen und Bewohnern der *quartiers sensibles* vor allem mit Blick auf die prestigeträchtigen *grandes écoles* so gut wie nicht zu. Debatten über Quotenregelungen an *grandes écoles* zur Erhöhung der sozialen Diversität werden kontrovers geführt⁴⁸ und haben

42 Schmude 2019, S. 92-93, Culpepper 2002, S. 297-301 & Kempf 2017, S. 311.

43 Schmude 2019, S. 98 & Kempf 2017, S. 313.

44 Kempf 2017, S. 310-314.

45 Schmude 2019, S. 63.

46 Schmude 2019, S. 64.

47 Schmude 2019, S. 70.

48 Derartige Reformvorhaben wurden in Ansätzen auch realisiert, wie etwa 2019 am *Institut d'Études politiques* im Rahmen der Einführung von *Parcoursup*, dem neuen System der Hochschulzulassung in Frankreich (s. Stromboni 2019).

sich unter dem Eindruck der *Gilets jaunes* verstärkt,⁴⁹ was die Schnittstelle von Elitenkritik und der Anklage sozialer Ungleichheit in Frankreich unterstreicht.

Somit kann festgestellt werden, dass in Frankreich soziale Ungleichheit in Form von Ausgrenzung stärker zutage tritt, zumal sie in krassem Gegensatz zu einem republikanischen Gleichheitsanspruch steht. Vor diesem Hintergrund wird Armut im Sinne von *précarité* in Frankreich als Systemversagen und als Nichteinlösung der republikanischen Grundwerte (Gleichheit, Brüderlichkeit) angesehen.⁵⁰ In Deutschland gilt Armut eher als persönliches Schicksal, das mithilfe genau bemessener Sozialleistungen bekämpft wird, die wiederum seit Inkrafttreten der Arbeitsmarktreformen der *Agenda 2010* im Jahr 2005 verstärkt an individuelles Engagement (Jobsuche, Aufbrauchen von Ersparnissen, Umzug in eine kleinere, günstigere Wohnung) geknüpft sind.⁵¹ Hierdurch haben sich einerseits Einkommensunterschiede vertieft, andererseits konnten Strukturprobleme wie eine hohe Arbeitslosigkeit, vor allem bei jungen Erwachsenen und Menschen in Ostdeutschland, wirksam bekämpft werden,⁵² auch wenn sich monokausale Interpretationen verwehren.⁵³

2.4.4 Postdemokratische Empörung als Ankerpunkt der Elitenkritik

Ein weiterer Punkt, unter dem die Protestbewegung der *Gilets jaunes* und die *Sammlungsbewegung Aufstehen* analysiert werden können, ist die Elitenkritik, die beide Protestbewegungen zum Ausdruck gebracht haben, wenn auch unter unterschiedlichem Vorzeichen und mit unterschiedlichem Erfolg, wie zu zeigen sein wird.

Ohne zu sehr auf die tieferliegende Thematik des Populismus einzugehen, was ein zu umfangreiches Unterfangen in diesem Rahmen darstellen würde, kann ein Merkmal ausgemacht werden, das der Berliner Soziologe Peter Ullrich beschrieben hat. Ullrich macht vor dem Eindruck wirtschafts- und sozialpolitischer Krisenphänomene einen „neuen Typus postdemokratischer ‚Empörungsbewegungen‘“⁵⁴ aus, den er auf das Konzept der Postdemokratie nach Colin Crouch zurückführt.⁵⁵ Gemäß dieser Lesart werde die parlamentarische Demokratie, mitsamt der Güte ihrer Entscheidungsprozesse und der Handlungsfähigkeit des politischen

49 Die französische Staatssekretärin für Chancengleichheit Élisabeth Moreno lehnt Quoten aufgrund ihres stigmatisierenden Charakters ab: „[I]l n’y a rien de plus humiliant pour une personne que d’être appelée ‚quota‘“ (s. France Info 2021).

50 Kempf 2017, S. 355-358 & für die classes populaires umfangreich dargestellt in Noiriel 2018.

51 Walwei 2017, S. 25-26.

52 Walwei 2017, S. 28.

53 Walwei 2017, 32-33.

54 Ullrich 2017, S. 218.

55 Ullrich 2017, S. 225-226.

Personals, durch ökonomische „Sachzwänge“⁵⁶ immer weiter entleert, was zu einer Verflachung der Streitkultur und einer Homogenisierung der Elitenzusammensetzung zuungunsten breiter Bevölkerungsschichten führe. In seinen Analysen zur fremdenfeindlichen Bewegung PEGIDA aus Dresden (aber auch zur kapitalismuskritischen Occupy-Bewegung) führt Ullrich das diffuse Gefühl der sozialen Entkopplung und der fehlenden Wahrnehmung durch die Herrschenden als einen Treiber dieser Empörungsbewegung an.⁵⁷ Wie die folgende Analyse der *Gilets jaunes* und der *Sammlungsbewegung Aufstehen* zeigen wird, spielen beide Protestbewegungen auf der Klaviatur der Elitenkritik, um ihren sozialpolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

3 Gilets jaunes

3.1 Sozialpolitische Forderungen der Protestbewegung

Die *Gilets jaunes* sind eine Protestbewegung, die sich ab dem 17. November 2018 durch landesweite Demonstrationen in Frankreich bemerkbar gemacht hat. Die Bewegung speist sich aus der Ablehnung der Politik des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und seiner Regierung, die seit Anfang 2018 umgesetzt wurde, und insbesondere spezifischer politischer Maßnahmen, zu nennen sind hier die Absenkung der Höchstgeschwindigkeit auf 80 km/h auf dem *réseau secondaire*, dem Netz der ländlichen Nebenstraßen, und die Erhöhung der Kraftstoffpreise infolge einer Steuererhöhung zur Eindämmung des Klimawandels.⁵⁸

Diese Maßnahmen betreffen in erster Linie die unteren Einkommensschichten, die in ländlichen und peripheren Gegenden Frankreichs leben und daher besonders auf den eigenen PKW angewiesen sind. In einer im Februar 2019 veröffentlichten Analyse namens *La France en morceaux* hat der liberale Think Tank Institut Montaigne eine Typologie der Lebensverhältnisse in Frankreich erstellt, die eine Aufschlüsselung des Protestmilieus der *Gilets jaunes* auf Basis der sozioökonomischen Daten erlaubt.⁵⁹

Wohingegen die Gruppe der großstädtischen und hoch ausgebildeten *Français affranchis* und die bürgerlich-konservativen *Français enracinés* aufgrund ihres hohen sozioökonomischen Status eher nicht zum Protestmilieu der *Gilets jaunes* gezählt werden können, trifft dies auf die ländlichen und unterdurchschnittlich verdienenden *Français assignés* und die prekär beschäftigten *Français sur le*

56 Ullrich 2017, S. 226.

57 Ullrich 2017, S. 238ff.

58 Farbiaz 2019, S. 32-33.

59 Folgende Daten basieren auf Sananes et al. 2019, S. 5.

fil am ehesten zu. Beide Bevölkerungsgruppen machen zusammen die absolute Mehrheit der Bevölkerung aus,⁶⁰ leben auf dem Land oder bestenfalls in mittelgroßen Städten der *province* und verfügen über ein höchstens durchschnittliches, bei den *Français assignés* unterdurchschnittliches Haushaltseinkommen. Räumliche Mobilität und Fortbewegung sind bei diesen Gruppen entweder zwangsläufiger Teil des Alltags (bei den *Français sur le fil*, die zu ihrer Arbeitsstelle pendeln müssen) oder nicht vorhanden (*Français assignés*), da für sie keine Möglichkeit zum Umzug in eine größere Stadt mit besseren Einkommensmöglichkeiten besteht. Die Erhöhung der Kraftstoffpreise und die Verlangsamung der Fortbewegung durch das Tempolimit auf dem Land stellen für diese sozialen Gruppen also manifeste Hürden im Alltag dar, nicht aber für die bürgerlichen Eliten der *Français affranchis* und *Français enracinés*, die aufgrund ihres Vermögens oder ihrer großstädtischen Lage nicht annähernd gleich von diesen Maßnahmen getroffen sind. Hieraus speisen sich Elitenkritik – einerseits gegen die Regierung in Paris, die durch den aus Sicht der Protestierenden jupiterhaften „président des riches“⁶¹ in der Person Emmanuel Macrons verkörpert wird, andererseits aber auch gegen das System der repräsentativen Demokratie an sich, das lediglich die Belange der mächtigen Eliten in den Vordergrund stelle.⁶² Dazu kommt die primäre Forderung nach Rücknahme der Steuererhöhungen.

Generell heben sich *révoltes antifiscales* in der französischen Geschichte seit dem 18. Jahrhundert als wirkmächtigste Anliegen von Protestbewegungen in dem Land hervor, da sie auf frappierende Weise soziale Ungleichheiten in der Form der übermäßigen Belastung unterer Einkommenschichten zugunsten der Eliten (anfangs dem königlichen Hof in Versailles, später der Regierung in Paris) zutage fördern.⁶³ Dieser Umstand verdeutlicht, dass in Frankreich Kritik am Handeln der herrschenden Schicht und soziale Forderungen oft miteinander verknüpft sind, wie auch die nun folgende Analyse der Forderungen der *Gilets jaunes* zeigt.

3.2 Beschriftete Warnwesten als Ausdrucksmittel des Protests: Plein le dos

Zwar ist die programmatische Klammer, die die *Gilets jaunes* bei ihren Protesten miteinander verbindet, ebenso schwach ausgeprägt, wie es bei der *Sammlungsbewegung Aufstehen* der Fall ist; allerdings lassen sich aufgrund der gut

60 Die Forscher:innen des Institut Montaigne schlüsseln die Milieus in ihrer Studie folgendermaßen auf: Demnach seien die *Français affranchis* mit 21% die kleinste Gruppe, gefolgt von den *Français enracinés* mit 22%. Die *Français assignés* und *Français sur le fil* machten laut den Autor:innen der Studie 25% bzw. 32% der Bevölkerung aus, womit sich für diese beiden Gruppen eine Summe von 57% ergibt (Sananes et al. 2019, S. 5).

61 Wahl 2019, S. 22.

62 Noiriel 2019, S. 63-66.

63 Noiriel 2019, S. 27.

dokumentierten Spruchbänder zentrale Forderungen ablesen. Hervorzuheben ist dabei das Bildarchiv der Aktion *Plein le dos*,⁶⁴ die beschriftete Warnwesten von Demonstrierenden zeigt, auf denen sich eindrucksvoll verdichtet die sozialen Forderungen ablesen lassen. Das Archiv von *Plein le dos* ist außerordentlich umfangreich, da es Fotos von Warnwesten aus ganz Frankreich für jede einzelne Protestwoche seit dem Beginn der Bewegung am 17. November 2018 enthält. Es kann deshalb an dieser Stelle nur eine stichprobenartige Analyse der auf den Warnwesten vermerkten Parolen vorgenommen werden, die sich auf die ersten Protestwochen zwischen November 2018 und Februar 2019 konzentriert.

Zuvorderst lassen sich unter den beschriebenen Warnwesten zahlreiche Empörungsparolen wie „Qui sème la misère récolte la colère“, „On veut vivre, pas survivre“, „Macron voleur“, „On en a gros!“ wiederfinden, die ein allgemeines Gefühl des Protests und der Elitenverachtung zum Ausdruck bringen und das oft mit dem Ausdruck „ras-le-bol“ auf den Punkt gebracht wird. Allerdings werden auch sehr konkrete sozialpolitische Forderungen formuliert: Rücknahme der Erhöhung der Kraftstoffpreise (und stattdessen eine höhere Besteuerung von Flugbenzin), die Anhebung des Mindestlohns SMIC auf 1500€ netto, eine Lohn- und Rentenanpassung auf Basis der Verbraucherpreise (*réindexation*), die vollständige Wiedereinführung der Vermögenssteuer ISF, die Abschaffung der Unternehmensbegünstigung CICE, das Stopfen von Steuerschlupflöchern, usw. Vereinzelt finden sich auch nationalistische und ökologische Sachthemen wie der EU-Austritt Frankreichs („Sortons de l’Europe“) oder die Verbindung von sozialer Ungerechtigkeit und Umweltschutz („Pas de nature = pas de futur“) wieder. Sie dominieren aber nicht, genauso wenig der Ausdruck parteipolitischer Präferenzen – bei der Linken etwa in Form von Symbolen oder Farben (Hammer und Sichel oder das eingekreiste A der Anarchiebewegung, die Farbe Rot). Verweise auf die Französische Revolution von 1789 oder den *mai 68* sind ebenfalls belegbar.

Die Herkunft einiger Demonstrierender wird bei den Pariser Protesten durch die Nennung des *département* bzw. seiner Kennziffer auf den Warnwesten ersichtlich. Zu finden sind Nennungen ländlicher *départements*, aber auch von Ortschaften der *petite couronne*, der an Paris unmittelbar angrenzenden Vorstädte. Die Verknüpfung der Herkunft mit den sozialen Kämpfen, die von den *Gilets jaunes* ausgefochten werden, ist auch vom Institut Montaigne in *La France en morceaux* nachgewiesen worden:

64 <http://www.pleinledos.org> [Zugriff: 01.03.2021].

Frankreich rangiert als primärer Bezugsrahmen bei knapp drei Viertel der Franzosen, aber auch die eigene Region und das eigene *département* stellen für viele Franzosen in der *province* ein hohes Identifikationspotential dar, wohingegen es in der Großstadt eher das eigene *quartier* ist.⁶⁵

Um die Analyse der sozialpolitischen Forderungen an dieser Stelle abzuschließen, bietet sich ein Abgleich mit der Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse an. Gemäß der Datensätze der französischen Statistikbehörde INSEE⁶⁶ ist die Kaufkraft des verfügbaren Bruttoeinkommens pro Konsumeinheit – *le pouvoir d'achat du revenu brut disponible par unité de consommation* – in Frankreich im Vergleich zu 1975 (mit Schwankungen) zwar deutlich gewachsen, allerdings lässt sich ebenso feststellen, dass *le pouvoir d'achat arbitrageable par unité de consommation* – also die Kaufkraft abzüglich monatlich im Voraus zu bezahlender Fixkosten – im Vergleich zu 1975 sehr viel langsamer zugenommen hat, sodass sich eine im Lauf der Zeit immer weiter klaffende Lücke feststellen lässt,⁶⁷ die seit 2012 kontinuierlich über zehn Prozentpunkte ausmacht. Ein weiterer Blick auf die Immobilienpreise bestätigt diesen Eindruck: So sind die Wohnungspreise in Frankreich zwischen Anfang 2000 und Ende 2020 um das Zweieinhalbfache gestiegen;⁶⁸ in der Hauptstadt Paris haben sich Wohnungen allein zwischen 2015 und 2020 um mehr als ein Drittel verteuert, in der drittgrößten Stadt Lyon belief sich der Anstieg im selben Zeitraum sogar auf 45%. Auch die *petite couronne* des Pariser Umlandes ist von dem Preisanstieg nicht verschont geblieben (20% zwischen 2015 und 2020). Lediglich in der von Paris weiter entfernten *grande couronne* hielt sich die Verteuerung auf dem Wohnungsmarkt stärker in Grenzen (Zunahme um weniger als 10% zwischen 2015 und 2020).⁶⁹ Kurzum nehmen die Lebenshaltungskosten einen zunehmend größeren Teil des verfügbaren Haushaltseinkommens in Anspruch, was vor allem die Kaufkraft unterer Einkommensschichten schmälern dürfte. Hierdurch erklärt sich also die Virulenz des Diskurses rund um *le pouvoir d'achat*, der längst kein reiner Terminus technicus aus dem Feld der Volkswirtschaftslehre ist, sondern von den *Gilets jaunes* in ihren Forderungen immer wieder zum Ausdruck gebracht wird.

3.3 Elitenkritik

Die Elitenkritik entzündet sich bei den *Gilets jaunes* nicht nur an Präsident Macron, sondern an dem politischen Entscheidungsprozess als Ganzem, woraus

65 Sananes et al. 2019, S. 4 & S. 10.

66 Die folgenden Zahlen basieren auf INSEE 2020.

67 INSEE 2020: 283.

68 Eigene Berechnung basierend auf den Daten von INSEE 2021b.

69 Siehe Daten von INSEE 2021c.

die sich die Forderung nach dem *Référendum à l'initiative citoyenne* speist.⁷⁰ Das RIC kann als Weiterentwicklung des *Référendum d'initiative partagée* betrachtet werden, einem Instrument der direkten Demokratie, das durch eine Verfassungsänderung 2008 eingeführt wurde und bei dem die Bürgerinnen und Bürger mittels Petition ein politisches Vorhaben unterstützen können, das zuvor ein Fünftel der Abgeordneten eingebracht hat. Danach kann das Volk über dieses Vorhaben abstimmen, wenn das Parlament es nicht auf seine Tagesordnung setzt.⁷¹ Das RIP ist also im Gegensatz zu dem von den *Gilets jaunes* geforderten RIC noch von einem deutlichem Machtungleichgewicht zugunsten der repräsentativen Demokratie, und damit der Eliten, gekennzeichnet. Das habe laut Coutrot in Frankreich System, denn „Frankreich zögert, den Weg der deliberativen Demokratie einzuschlagen. Die republikanische Logik postuliert, dass es ausschließlich Aufgabe der Parteien und der politischen Klasse ist, die den Wählern angebotenen Entscheidungen auszugestalten.“⁷² Dazu passt auch die Tatsache, dass die Einberufung von Referenden – auch beim *Référendum d'initiative partagée* – in die alleinige Kompetenz des Staatspräsidenten fällt.⁷³ Die Idee des *Référendum à l'initiative citoyenne* wird derweil von keiner politischen Partei in Reinform beansprucht, auch nicht von der aktuellen Speerspitze der politischen Linken in Frankreich, *La France insoumise*.⁷⁴

4 Sammlungsbewegung Aufstehen

4.1 Entstehung der Bewegung und Programmatik

Die *Sammlungsbewegung Aufstehen* geht auf eine im Herbst 2018 verfolgte Initiative der Politikerin der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, zurück. Am 4. September 2018 stellte Wagenknecht mit der SPD-Politikerin Simone Lange, dem Grünen-Politiker Ludger Volmer und dem Dramaturg Bernd Stegemann die *Sammlungsbewegung* bei einer Pressekonferenz in Berlin vor. Der Ausgangspunkt der Bewegung wurde durch die zeitliche Nähe ein Jahr nach der Bundestagswahl, die durch die Schwächung der Parteien links der Mitte gekennzeichnet war,⁷⁵ sowie die gewalttätigen fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz⁷⁶ gekennzeichnet. Auch Anleihen an das zwanzigjährige Jubiläum des rot-grünen

70 Coutrot 2019, S. 55-56.

71 Coutrot 2019, S. 60.

72 Coutrot 2019, S. 58.

73 Kempf 2017, S. 24-25.

74 Coutrot 2019, S. 58-59.

75 Lucke 2018, S. 5.

76 FAZ 2018, o. S.

Wahlsiegs⁷⁷ wurden in der Analyse der *Sammlungsbewegung* zurate gezogen.

Aufstehen soll eine parteiübergreifende Plattform sein – daher die demonstrative Bezeichnung als *Sammlungsbewegung* in Abgrenzung zu einer politischen Partei, die einen „politischen Aufbruch“⁷⁸ darstellen soll. Wagenknecht konstatiert bei der Vorstellung der Bewegung eine „handfeste Krise der Demokratie“,⁷⁹ bei der „Wahlen zur Farce“ und „demokratische Rechte substanzlos“⁸⁰ geworden seien. Diese Kritik an den demokratischen Verhältnissen paart sich mit einer Anklage des Finanzkapitalismus, da mit Blick auf die wachsende Ungleichheit „fast die Hälfte der Menschen nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung des Landes profitierten.“⁸¹ Das Ungerechtigkeitsgefühl wird auf die Formel „Es geht nicht fair zu“ gebracht,⁸² die das Eingangsstatement des „Gründungsaufrufs“ auf der Webseite der *Sammlungsbewegung* darstellt.⁸³

Die bewusst überparteilich angelegte *Sammlungsbewegung* macht sich die neuen Technologien zunutze, um ihre Anhängerschaft zu rekrutieren. Die Bewegung stützt sich auf lokale Ortsgruppen, die autonom agieren können. Im Gegensatz zu politischen Parteien erfolgt die Anmeldung bei *Aufstehen* formlos über die Webseite der Bewegung; eine Verpflichtung zu finanziellem oder parteipolitischem Engagement besteht nicht, was einen der markantesten Unterschiede zu einer politischen Partei darstellt.⁸⁴ Auf diese Weise seien in den ersten Tagen seit Freischaltung der Plattform mehr als Hunderttausend Menschen der Bewegung beigetreten.⁸⁵ Die Programmatik ist ebenfalls bewusst offen gehalten; der „Gründungsaufruf“⁸⁶ übt sich in Kapitalismuskritik (Anklage des Finanzkapitalismus und Auswüchse der Globalisierung, auch durch die Politik der Europäischen Union) sowie der Äußerung von Forderungen friedens- und militärpolitischer (NATO-Austritt, Distanz zu den USA, Annäherung an Russland) sowie sozialpolitischer Art. Ganz allgemein wird ein „erneuter, starker Sozialstaat in einer innovativen Wirtschaft“ gefordert. Die Stärkung des Sozialstaates drückt den Willen nach einer Rückbesinnung auf das Modell des *korporatistischen*, gar

77 Lucke 2018, S. 5.

78 FAZ 2018, o. S.

79 FAZ 2018, o. S.

80 Lucke 2018, S. 6.

81 FAZ 2018, o. S.

82 FAZ 2018, o. S.

83 Auf der Webseite der Sammlungsbewegung abrufbar: <https://aufstehen.de/web/gruendungsaufruf/> [Zugriff 01.03.2021].

84 Ulrich 2018, o. S.

85 FAZ 2018, o. S.

86 Siehe Fußnote 81.

sozialdemokratischen Modells des Wohlfahrtsstaates nach Esping-Andersen (s. o.) aus, ohne dass aber konkrete Summen bzw. Forderungen wie bei den *Gilets jaunes* (Mindestlohn von 1500€ netto) genannt würden.

4.2 Mitgliederrekrutierung als Kontrapunkt zum politischen System

Dieser fluide, dynamische Ansatz der Rekrutierung der Anhängerschaft stellt einen Eckpfeiler der *Sammlungsbewegung* dar, der verschiedene Konsequenzen hat: Erstens reiht sich der Ansatz der *Sammlungsbewegung* in einen Trend des Aufbruchs des Parteiensystems ein, der in den letzten Jahren in vielen westlichen Demokratien beobachtet werden konnte, wie die Beispiele des äußerst populären parteilosen US-Senators und Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders und des britischen Labour-Politikers Jeremy Corbyn, aber auch die französischen Parteineugründungen *La République en marche* von Präsident Emmanuel Macron oder *La France insoumise* von Jean-Luc Mélenchon belegen. Alle diese Politiker beanspruchen für sich den Bruch mit den überkommenen Parteistrukturen und die Führung einer populären *Bewegung*.⁸⁷

Zweitens hat die fehlende Eintragung der Bewegung als Partei zur Folge, dass sie nicht bei politischen Wahlen antreten kann, was allerdings auch gar nicht beabsichtigt wird. Anhänger der Sammlungsbewegung sollen – so der Anspruch – sich einbringen können, ohne die „Ochsentour“ durch eine Partei⁸⁸ mitmachen zu müssen. Dieser pejorative Sprachgebrauch, der auf den linken Bundestagsabgeordneten und *Aufstehen*-Aktivist Fabio De Masi zurückgeht,⁸⁹ unterstreicht die ablehnende Haltung, die der politischen Partei als Kaderschmiede zuteil wird. Darüber hinaus ermöglicht dieser unverbindliche Status den Anhänger:innen der Bewegung, die Mitgliedschaft in einer Partei und bei *Aufstehen* zeitgleich wahrnehmen zu können.⁹⁰ Diese Tatsache erklärt auch die grundsätzlich skeptische Haltung, die die damalige Linken-Parteichefin Katja Kipping, auf *Aufstehen* angesprochen, im ARD-Sommerinterview 2018 zum Ausdruck brachte. Zwar begrüße sie Wagenknechts Engagement für „neue Mehrheiten“, lehnt aber gleichzeitig einen Beitritt zur Bewegung mit der Begründung ab, sie habe mit der Linkspartei bereits ihre politische Heimat gefunden.⁹¹ Dieses ambivalente Urteil verdeutlicht den Status zwischen ‚Bewegung‘ und ‚Partei‘, den *Aufstehen* in den Augen von Parteifunktionären hat.

87 Lucke 2018, S. 5 & Ulrich 2018, o. S.

88 Ulrich 2018, o. S.

89 Neues Deutschland 2018, o. S.

90 Averagesch 2018, o. S.

91 Bericht aus Berlin 2018, 13:40 Min. – 16:02 Min.

Dies verknüpft sich abschließend mit einem dritten Aspekt, der von der *Sammlungsbewegung* beansprucht, aber letztlich nicht komplett eingelöst wird, nämlich die flache Hierarchie zwischen den Führungsfiguren und der Basis. In der Tat wehrt Wagenknecht den Vorwurf, es handele sich bei *Aufstehen* um eine politische Bühne zu ihren Gunsten, mit der Begründung ab, eine Mitgliedschaft von Hunderttausenden sei der Beweis, dass *Aufstehen* eine Bewegung von unten sei.⁹² Dagegen sprechen aber die starke Personalisierung auf die Person Sahra Wagenknechts, die durch das Setting der Pressekonferenz verdeutlicht wird und sich ebenfalls in Analogie zu anderen linken Reformbewegungen wie *La France insoumise* befindet.⁹³ Daraus folgert sich eine ungleiche Machtverteilung, die die programmatisch unverbundene Basis von der Führungsebene trennt, wie der Parteienforscher Dieter Rucht über *Aufstehen* bemerkt: „[D]er enge Führungskreis um Wagenknecht [ist] für sie [die Aktivisten] nicht ansprechbar. Die Gruppen wissen zum Teil nicht, was überhaupt von ihnen erwartet wird.“⁹⁴ Die undefinierte Organisationsform der *Sammlungsbewegung* vermag es nicht, den Widerspruch aufzulösen, politischen Aktivismus in Form von sozialpolitischen Forderungen ohne Parteienstatut und verbindliche Programmatik erfolgreich in das politische System hineinzutragen. Letztendlich, so Ulrich, laufe es bei *Aufstehen* darauf hinaus, die Bewegung entweder als Vorfeldorganisation eines Bündnisses von SPD, Grünen und Linkspartei zu verstehen oder als politische Partei an sich zu sehen, denn:⁹⁵

Die Vergangenheit hat [ge]zeigt, dass als Gegenentwurf zu den etablierten Parteien angetretene Protestbewegungen früher oder später entweder doch selbst zur klassischen Partei wurden, wie die Grünen, die einst als „Anti-Parteien-Partei“ antraten und nun als etabliertes Mitglied der deutschen Parteienlandschaft sogar den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg stellen. Andere Bewegungen aber [...] sind diesen Weg nicht gegangen und letztlich in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden.

Dieser Grund – die starke Personalisierung der Sammlungsbewegung auf eine parteipolitisch engagierte Linkenpolitikerin – stellt den größten Unterschied zu der Protestbewegung der *Gilets jaunes* und einen bedeutenden Hemmschuh für die positive Entwicklung der Bewegung dar. Die Spaltung des rot-rot-grünen Parteienlagers durch *Aufstehen* sieht auch der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke, der bei einer Zuspitzung der Bewegung das Ende der linken

92 FAZ 2020, o. S.

93 Vogel 2018, S. 9-12.

94 Aversch 2018, o. S.

95 Ulrich 2018, o. S.

Koalitionsoption jenseits der CDU/CSU sieht,⁹⁶ was das Scheitern der Bewegung zementieren würde.

Auch die auf den ersten Blick enorm hohe Mitgliederzahl der *Sammlungsbewegung* darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass für den Beitritt das Ausfüllen eines Webseitenformulars genügt. Die französische Protestbewegung der *Gilets jaunes* hingegen hat ihre Durchschlagskraft durch regelmäßige Demonstrationen und durch von Polizei und Medien belegte Teilnehmerzahlen⁹⁷ behaupten können, während die *Aufstehen*-Mitglieder schlichtweg unsichtbar blieben. Auch die Aktionsformen der *Sammlungsbewegung* lassen eine eindeutige Gestalt vermissen. Zwar verzeichnet die Webseite von *Aufstehen* alle Ortsgruppen, die die Bewegung in Deutschland hat, jedoch gibt es häufig außer einer E-Mail-Adresse und unkonkreten Angaben zu Mitgliedertreffen keine weiteren Informationen zu den Aktivitäten der Ortsgruppen.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Der Vergleich der Proteste der *Gilets jaunes* und der *Sammlungsbewegung Aufstehen* hat die grundlegenden Unterschiede in der Wirtschafts- und Sozialpolitik beider Länder hervorgehoben, wodurch der unterschiedliche Erfolg beider Protestbewegungen erklärt werden kann. Frankreich hat eine lange Tradition im Kampf gegen soziale Ungleichheit, der mit dem Abbau klassenbezogener Privilegien und der Wahrung von gesellschaftlichen Teilhaberechten (mit der dazu gehörigen Umverteilung) einhergeht. Dieses hohe Ideal wird in der Realität nicht durchgehend erreicht; soziale Ungleichheit stellt sich sichtbarer dar und unterläuft daher das Gleichheitsversprechen, das die Republik ihren Bürgerinnen und Bürgern macht. Dazu kommt eine von Präsident Macron und seiner Regierung verfolgte Steuer- und Abgabepolitik, die zulasten unterer Einkommenschichten ging und daher insofern als besonders ungerecht empfunden wurde, als Steuern und Abgaben in der Vergangenheit oft Stein des Anstoßes für Protest in Frankreich waren.

In Deutschland dagegen ist die Wirtschafts- und Sozialstruktur nicht von derart großen Gegensätzen (Großstadt und Provinz, Großunternehmen und Kleinunternehmen) wie in Frankreich geprägt. Infolgedessen erscheinen die größeren Einkommensunterschiede weniger als großes soziales Problem, auch wenn die politische Linke auf dieses Problem hinweist und dagegen ankämpft. Vor diesem Hintergrund aber hat sich die Schaffung der bewusst überparteilich angelegten, aber de facto linksdominierten *Sammlungsbewegung Aufstehen* als Fehde zwischen ihrer Gründungsfigur Sahra Wagenknecht und der Parteiführung der Linken um Katja Kipping dargestellt; diese Reibungsverluste, zusammen

96 Lucke 2018, S. 7

97 Siehe Grafik in Mercardier 2019, o. S.

mit der – auch im Vergleich zu den *Gilets jaunes* – vagen sozialpolitischen Programmatik haben *Aufstehen* geschwächt und der Bewegung Wind aus den Segeln genommen, bevor sie großen Einfluss ausüben konnte.

Eine interessante Thematik, auf die im Rahmen dieses Beitrags nicht eingegangen werden konnte, ist die Frage nach der Legitimität der Führungsfiguren. Die *Sammlungsbewegung Aufstehen* inszenierte sich als Bewegung von unten, ist aber gleichwohl stark auf die Person Sahra Wagenknecht fokussiert. Die *Gilets jaunes* haben sich dagegen stets geweigert, Fürsprecher (*porte-parole*) oder Anführer (*tête de cortège*) zu nominieren. Dies hat den Demonstrierenden letztendlich geschadet, da es ihnen nicht gelungen ist, ihre sozialpolitischen Interessen angemessen zu aggregieren und so einen nachhaltigen Politikwechsel herbeizuführen, auch wenn primäre Forderungen nach Rücknahme der Steuererhöhungen erfüllt wurden. So hat sich die Protestbewegung mit der Zeit ebenfalls verlaufen und an Vehemenz verloren.

Ein weiterer interessanter Aspekt könnte die Betrachtung des gegenseitigen politischen Spektrums sein. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, die ebenfalls zu sozialen Verwerfungen geführt hat und den Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine kann es von Belang sein, das Protestpotential der extremen Rechten (*Rassemblement National* und *Reconquête* bzw. AfD) zu untersuchen.

Literatur

1 Presseberichte

1.1 *Gilets jaunes*

Stromboni, Camille. 2019. Discrimination positive des étudiants, une révolution à bas bruit. In *Le Monde*. Online abrufbar unter : https://www.lemonde.fr/societe/article/2019/07/10/discrimination-positive-des-etudiants-une-revolution-a-bas-bruit_5487698_3224.html [Zugriff: 29.06.2021].

France Info. 2021. *Faut-il de la discrimination positive dans les grandes écoles ? « Il n'y a rien de plus humiliant que d'être appelée ‚quota‘ », selon Élisabeth Moreno*. Online abrufbar unter: https://www.francetvinfo.fr/societe/education/video-faut-il-de-la-discrimination-positive-dans-les-grandes-ecoles-il-n-y-a-rien-de-plus-humiliant-que-d-etre-appelée-quota-selon-elisabeth-moreno_4304393.html [Zugriff: 25.02.2021].

Mercardier, Théo. 2019. « Acte 24 » des gilets jaunes, à quoi s'attendre samedi ? In *La Croix*. Online abrufbar unter: <https://www.la-croix.com/France/Securite/Acte-24-gilets-jaunes-quoi-sattendre-samedi-2019-04-26-1201018104> [Zugriff 18.02.2021].

1.2 *Sammlungsbewegung Aufstehen*

Averesch, Patricia. 2018. Linke Bewegung „Aufstehen“: „Wenn es so bleibt, wird es Wagenknecht schaden.“ In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, online abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/was-wagenknechts-aufstehen-und-die-gelbwesten-unterscheidet-16041189.html> [Zugriff: 18.02.2021].

Bericht aus Berlin. 2018. *Katja Kipping* im ARD-Sommerinterview. Online abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-443687.html> [Zugriff: 19.02.2021].

Frankfurter Allgemeine Zeitung. 2018 (= FAZ 2018). *Linkes Bündnis „Aufstehen.“ Wagenknecht beklagt „handfeste Krise der Demokratie.“* Online abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sahra-wagenknecht-beklagt-handfeste-krise-der-demokratie-15770724.html> [Zugriff: 21.02.2021].

Neues Deutschland. 2018. „Aufstehen“ soll Bewegung sein. *Fabio De Masi: Eine neue linke Partei wäre sinnlos*. Online abrufbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1097962.aufstehen-soll-bewegung-sein.html> [Zugriff: 24.02.2021].

2 Sekundärliteratur

- Alvaredo, Facundo, Lucas Cancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez und Gabriel Zucman. 2017 (= WIR 2018). *World Inequality Report 2018*. Online abrufbar unter: <https://wir2018.wid.world/> [Zugriff: 20.02.2021].
- Bry, Françoise de. 1998. Le paternalisme entrepreneurial, égoïsme éclairé ou altruisme rationnel ? In: François-Régis Mahieu & Hilie, Rapoport (Hrsg.). *Altruisme. Analyses économiques*. Paris: Economica, 161-189.
- Coutrot, Thomas. 2019. Endlich was Neues! Gilets Jaunes und Demokratie. In: Peter Wahl (Hrsg.). *Gilets jaunes. Anatomie einer ungewöhnlichen sozialen Bewegung*. Köln: PapyRossa Verlag, 54-60.
- Culpepper, Pepper D. 2002. Employers, Public Policy, and the Politics of Decentralized Cooperation in Germany and France. In: Peter A. Hall & David Soskice (Hrsg.). *Varieties of capitalism: the institutional foundations of comparative advantage*. Oxford: Oxford University Press, 275-306.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Farbiaz, Patrick. 2019. Kurze Geschichte der Gilets Jaunes. In Wahl (Hrsg.), 29-53.
- Hall, Peter A. und David Soskice. 2002. An Introduction to Varieties of Capitalism. In: Peter A. Hall & David Soskice (Hrsg.). *Varieties of capitalism : the institutional foundations of comparative advantage*. Oxford: Oxford University Press, 1-68.
- Institut national de la statistique et des études économiques. 2020 (= INSEE 2020). *France, portrait social. Édition 2020. Revenu disponible brut et pouvoir d'achat*. Online abrufbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/4797630?sommaire=4928952> [Zugriff: 04.03.2021].
- Institut national de la statistique et des études économiques. 2021 (= INSEE 2021a). *Au quatrième trimestre 2020, le taux de chômage se replie à nouveau, à 8,0 %. Chômage au sens du BIT et indicateurs sur le marché du travail (résultats de l'enquête emploi) (BIT) – quatrième trimestre 2020*. Online abrufbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5044459> [Zugriff: 22.02.2021].
- Institut national de la statistique et des études économiques. 2021 (= INSEE 2021b). *Indice des prix des logements (neufs et anciens) – Brut – Base 100 en moyenne annuelle 2015*. Online abrufbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/serie/010001868> [Zugriff: 29.06.2021].

- Institut national de la statistique et des études économiques. 2021 (= INSEE 2021c). *Au premier trimestre 2021, la hausse des prix des logements anciens se poursuit, de manière plus marquée pour les maisons que pour les appartements*. Online abrufbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5386726> [Zugriff: 29.06.2021].
- Kaelble, Hartmut. ²2008. Frankreich-Deutschland: Historisch-sozialwissenschaftlicher Gesellschaftsvergleich. In: Ingo Kolboom, Thomas Kotschi & Edward Reichel (Hrsg.). *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft. Für Studium, Lehre und Praxis*. Berlin: Erich Schmidt Verlag, 730-739.
- Kempf, Udo. ⁵2017. *Das politische System Frankreichs*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lucke, Albrecht von. 2018. Bündeln oder spalten: Sammlungsbewegung statt Rot-Rot-Grün? In *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9, 5-8.
- Maurice, Marc. 1989. Méthode comparative et analyse sociétale. Les implications théoriques des comparaisons internationales. In: *Sociologie du travail*, 2, 175-191.
- Nachtwey, Oliver. 2016. *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Noiriel, Gérard. 2018. *Une histoire populaire de la France. De la guerre des Cent Ans à nos jours*. Marseille: Agone.
- Noiriel, Gérard. 2019. *Les Gilets jaunes à la lumière de l'histoire. Dialogue avec Nicolas Truong*. La Tour-d'Aigues: Éditions de l'Aube.
- Planque, Matthias. 2006. *Jugendarbeitslosigkeit: Ein ungelöstes Problem in Deutschland*. Berlin: Deutscher Gewerkschaftsbund. Online abrufbar unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++mediapool-5c76297026a2186e3a-655b0a506cbcc3> [Zugriff: 22.02.2021].
- Reckwitz, Andreas. 2019. *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Sananes, Bernard, Laurence Bedeau, Bruno Cautrès, Thomas Vitiello und Vincent Thibault. 2019. « *La France en morceaux*. » *Baromètre des Territoires 2019*. Online abrufbar unter: <https://www.institutmontaigne.org/ressources/pdfs/publications/la-france-en-morceaux-barometre-des-territoires-2019-synthese.pdf> [Zugriff: 01.03.2021].
- Schmude, Jürgen. 2019. *Frankreich. Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Statistisches Bundesamt. o. J. *Mikrozensus. ILO-Arbeitsmarktstatistik Erwerbslosenquote*. Online abrufbar unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=13231-0003&sachmerkmal=WERTE1&sachschlüssel=WERTSBR&zeitscheiben=4> [Zugriff: 22.02.2021].
- Ullrich, Peter. 2017. Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung. In Tino Heim (Hrsg.). *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: Springer VS, 217-251.
- Ulrich, Jacob. 2018. #Aufstehen statt sitzenbleiben: Kann eine Sammlungsbewegung den Parteien Beine machen? In *Verfassungsblog. On matters constitutional*. Online abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/aufstehen-statt-sitzenbleiben-kann-eine-sammlungsbewegung-den-parteien-beine-machen/> [Zugriff: 19.02.2021].
- Uterwedde, Henrik. 2008. Deutsch-französische Wirtschafts- und Währungsbeziehungen seit 1945. In: Ingo Kolboom, Thomas Kotschi & Edward Reichel (Hrsg.). *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft. Für Studium, Lehre und Praxis*. Berlin: Erich Schmidt Verlag, 690-697.
- Vogel, Steffen. 2018. Linke Sammlungsbewegung: Falsches Vorbild Mélenchon. In *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3, 9-12.
- Wahl, Peter. 2019. Zur Anatomie einer ungewöhnlichen sozialen Bewegung. In: Peter Wahl (Hrsg.). *Gilets jaunes. Anatomie einer ungewöhnlichen sozialen Bewegung*. Köln: PapyRossa Verlag, 7-29.
- Walwei, Ulrich. 2017. Agenda 2010 und Arbeitsmarkt: Eine Bilanz. In *Aus Politik und Zeitgeschichte. Arbeitsmarktpolitik*, 26, 67. Jahrgang, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 25-33.

Élodie Malanda

**„I look at books as being a form of activism.“¹
Afroamerikanische Kinder- und Jugendliteratur
als Teil der Black Lives Matter Bewegung.**

Gliederung

1	Einleitung.	343
2	Rassistische Polizeigewalt und BLM-Protestbewegung im Kinder- und Jugendbuch.	344
2.1	Proteste gegen rassistische Polizeigewalt erklären	344
2.2	Literarischer Erfolg trotz potentiell spaltendem Thema.	346
3	Kinder- und Jugendbücher als Protest.	348
3.1	Schreiben als Protest	348
3.2	Slogans als Stilmittel	349
3.3	Hommage an die Opfer von Polizeigewalt	353
4	Leser:innen zum Protest aufrufen	355
4.1	Aufruf zum Pro-testare.	355
4.2	Zeilebration des Demonstrierens.	356
4.3	Legitimation des (wütenden) Protests	359
4.4	Bücher als Werkzeugkasten für junge Protestierende	364
5	Schlussfolgerung	365
	Literatur.	367

1 Einleitung

Kinder- und Jugendliteratur ist eine adressierte und zielgerichtete Literatur. Von Erwachsenen für Kinder oder Jugendliche geschrieben, bestand, historisch, ihre Rolle darin, zu unterhalten und zu belehren. Es ging darum, Wissen und Werte auf eine angenehme und kindgerechte Art zu vermitteln (Chelebourg, Marcoin, 2012, S. 64). Auch wenn der pädagogische Auftrag heute oft in den Hintergrund rückt oder jedenfalls verdeckter ist als bei der Entstehung dieser Literatur als

1 Thomas 2017, Mn: 0:45-0:48

eigene Gattung im 19. Jahrhundert, vermitteln Kinder- und Jugendbücher heute, genau wie früher, ein gewisses Weltbild, gewisse Werte und somit eine Botschaft. Die Botschaft hängt vom Ziel ab, das die Autor:innen mit dem Buch verfolgen, von der Altersklasse, an die sich das Buch richtet, aber auch vom politischen und sozialen Kontext, in dem es produziert wird. (Béhotéguy, Connan-Pintado, Plissonneau, 2015, S. 7) Kinder- und Jugendbücher greifen also auch aktuelle, gesellschaftliche Themen auf: Es gibt Bilderbücher zu Covid, Kinder- und Jugendbücher zur Klimakatastrophe. So ist es nicht erstaunlich, dass die Kinder- und Jugendliteratur auch das Thema der rassistischen Polizeigewalt in den USA und das der BLM-Proteste aufgegriffen hat. Doch viele dieser Bücher thematisieren Polizeigewalt und die Black Lives Matter Bewegung nicht nur, sie sind auch als Teil der Black Lives Matter Bewegung zu lesen.

2 Rassistische Polizeigewalt und BLM-Protestbewegung im Kinder- und Jugendbuch

2.1 Proteste gegen rassistische Polizeigewalt erklären

Seit 2015 erscheinen in den USA Bücher für Kinder und Jugendliche zu rassistischer Polizeigewalt und zu den massiven Protestbewegungen gegen diese. Die Ziele dieser Bücher sind unterschiedlich und hängen u.a. von der Altersgruppe ab an die sich diese Bücher richten. In *Daddy, There's a Noise Outside* (Braswell, Dent et al. 2015), dem ersten Bilderbuch zu diesem Thema, geht es darum, den Kindern die Angst vor den Protesten zu nehmen und ihnen das Anliegen der Protestierenden begreifbar zu machen. Das vier Jahre später erschienene *Something Happened in Our Town* (Celano, Collins, et al. 2019) versucht, die Fragen der Kinder über rassistische Polizeigewalt zu beantworten. Auch die im Zuge der weltweiten Proteste nach dem Tod von George Floyd erschienenen Bilderbücher wie *What is Black Lives Matter?* (Harris, Stovall 2020) oder *Together We Stand Against Racism: Black Lives Matter* (Smith, Mistry 2020) erfüllen eine wichtige Rolle von Kinderbüchern als Gesprächseinstieg in schwierige Themen. Diese „Erklärbücher“ vermitteln mit einfachen Worten, dass rassistische Polizeigewalt, und Rassismus im Allgemeinen, falsch ist und dass die Demonstrierenden somit für eine nötige Veränderung protestieren. Im Bilderbuch *All Because You Matter* (Charles, Collier 2020) wird das Thema rassistische Polizeigewalt konkret angesprochen und auch in *Hands up!* (McDaniel, Evans 2019) schwingt das Thema konstant mit, doch diese Bilderbücher wollen, in erster Linie, Schwarzen²

2 Ich schreibe in diesem Text das Adjektiv „schwarz“ bewusst groß um zu signalisieren, dass es sich dabei um eine nicht biologische Kategorie handelt und weil es sich, in dieser Graphie, um die Selbstbezeichnung der Schwarzen Menschen in Deutschland handelt. (s. Sharon Dodua Otoo's Klagenfurter Rede, „Dürfen Schwarze Blumen malen?“ (Otoo, 2020)

Kindern ein positives Selbstgefühl vermitteln und verhindern, dass sie in Angst leben. Hier geht es nicht darum, die Vorfälle zu erklären, sondern darum, die jungen Leser:innen zu empowern.

Während die Bilderbücher (die sich an Kleinkinder und junge Kinder richten) ihrem Zielpublikum das Thema auf theoretischer Ebene erklären, lassen die Romane für ältere Kinder und Jugendliche ihre Leser:innen die rassistische Polizeigewalt und Proteste hautnah miterleben, indem sie Geschichten von Menschen erzählen, die direkt mit Vorfällen von Polizeigewalt in Berührung kommen. Die Struktur der Geschichte ist dabei folgende: Ein unbewaffneter Schwarzer Jugendlicher wird im Zuge einer Verhaftung durch einen weißen Polizisten verletzt oder getötet. Die Geschichte wird aus der Perspektive des Opfers oder eines Zeugen, der das Opfer persönlich kannte, erzählt. Oft entschließt dieser sich, nach anfänglichem Zögern das Geschehen öffentlich anzuprangern und zu protestieren. Nur in *A Good Kind of Trouble* (Moore Ramée 2019) kennt die zwölfjährige Hauptfigur das Opfer nicht persönlich und verfolgt den rassistischen Vorfall nur über die Medien. Trotzdem erhebt auch sie sich nach langem Zögern, um gegen rassistische Polizeigewalt zu demonstrieren. Die Proteste spielen in allen Romanen, bis auf *Dear Martin* (Stone 2018), eine tragende Rolle. Sie sind wichtige Wendepunkte der Geschichte – in manchen sogar der Höhepunkt – und es sind die Szenen, in denen die Hauptfigur sich selbst und der Welt offenbart. In *Ghost Boys* (Parker Rhodes 2018), ein Buch für Kinder ab zehn, das aus der Perspektive eines von einem weißen Polizisten erschossenen zwölfjährigen Jungen erzählt wird, werden die Protestmärsche auf eine originelle Weise aufgegriffen. In dem Buch spielen weniger die Proteste der Lebenden eine Rolle als die der getöteten Kinder und Jugendlichen. So entdeckt der getötete Junge nach seinem Tod, dass alle kindlichen Opfer von Rassismus – u.a. der im Jahr 1955 gefolterte und getötete vierzehnjährige Emmett Till – zu „Ghost Boys“ werden und in Scharen durch die Straßen ziehen, um nicht vergessen zu werden. Dieser Zusammenschluss von hunderten von „Ghost Boys“ erinnert an Demonstrationen: „Emmet’s spirit blends with mine. Merging, we cry, ‘Not fair. I died too young. Too soon.’ Ghost boys scream, holler, echo, ‘Not fair. Died too young. Too soon.’“ Die Klagegesänge erinnern hier an Slogans: Emmett und die Hauptfigur geben den Ton an, und hunderte von getöteten Jungen wiederholen laut schreiend ihre Worte im Chor. Obwohl dies nie ausgesprochen wird, ist die Parallele zwischen diesen Todesmärschen und Demonstrant:innen klar herauszulesen. Obwohl dieser Roman den üblichen Demonstrationen gegen Polizeigewalt nur eine kleine Rolle zuschreibt, werden durch diese „Geister-Demos“ Proteste auch hier als angemessene Antworten auf rassistische Polizeigewalt vorgestellt.

2.2 Literarischer Erfolg trotz potentiell spaltendem Thema

Als Jason Reynolds und Brandon Kiely 2014, kurz nach den Protesten von Ferguson, den Roman *All American Boys* über die rassistisch motivierte Verhaftung eines jungen Afroamerikaners schrieben, planten sie ihn noch frei ins Netz zu stellen. Laut einem Artikel der *New York Times* erklärte Reynolds: “When Black Lives Matter started, it was polarizing. [...] Does any publishing company want to bring forth static around something so fresh?” (Alter 2017). Die Frage scheint heute, angesichts des Erfolges von Büchern zu diesem Thema, vielleicht etwas befremdlich, doch sie ist berechtigt. Françoise Ballanger erklärt in einem Artikel zur Vermittlung geschichtlicher Ereignisse in der Kinder- und Jugendliteratur, dass es einen gesellschaftlichen Konsens zu einem Ereignis geben muss, damit es von der mehrheitlichen Kinder- und Jugendliteratur aufgegriffen wird. (Ballanger 2002, S. 77-78). Wenn man diese Feststellung auf zeitgeschichtliche Ereignisse, wie die Black Lives Matter Bewegung überträgt, kann es, angesichts der Spaltung bezüglich der Black Lives Matter Bewegung innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft, erstaunen, dass *All American Boys* bei seiner Herausgabe diesen breiten Anklang gefunden hat. Im Jahr seiner Herausgabe, 2015, war, laut einer Umfrage der Monmouth University, die Mehrheit der US-Bürgerinnen der Meinung, dass die Polizei Schwarze und weiße Menschen gleich behandle (Monmouth University 2020) und dem Hashtag #BlackLivesMatter werden bis heute der Hashtag #AllLivesMatter oder sogar #BlueLivesMatter – zur Unterstützung der Polizei – entgegen gesetzt. Sogar wichtige Aktivist:innen der Civil Rights Bewegung, wie die Journalistin Barbara Reynolds, zeigten sich am Anfang der BLM-Bewegung gegenüber skeptisch (Clayton, 2018, S. 457).

Doch trotz dieses potentiell spaltenden Themas haben diese Kinder- und Jugendbücher zu rassistischer Polizeigewalt und anschließenden Protesten einen klaren kommerziellen und literarischen Erfolg: sie sind auf Bestsellerlisten vertreten, werden übersetzt und haben zahlreiche Preise gewonnen.

All American Boys (Reynolds, Kiely, 2015), der (meines Wissens nach) erste Jugendroman, der die rassistische Polizeigewalt und die darauffolgenden Proteste zu seinem Hauptthema macht, ist bei seinem Erscheinen 2015 gleich zum *New York Times* Bestseller geworden und wurde u.a. mit dem Coretta Scott King Award – dem wichtigsten Preis für afroamerikanische Kinder- und Jugendliteratur – ausgezeichnet. Dieser literarische Erfolg wiederholte sich bei weiteren Romanen zum selben Thema. *Dear Martin* von Nic Stone, *Ghost Boys* (2019) von Jewell Parker Rhodes und *The Hate U Give* (2018) von Angie Thomas waren alle drei *New York Times* Bestseller. Den größten kommerziellen Erfolg erreichte *The Hate U Give*, der zum n°1 New York Bestseller gekrönt und in einer erfolgreichen Adaptation verfilmt wurde. *A Good Kind of Trouble* (2020)

von Lisa Moore Ramée hat zahlreiche Preise gewonnen, u.a. den Walter Dean Myers Award, der von der wichtigen „We Need Diverse Books“-Organisation verliehen wird. Außerdem war das Kinderbuch von Moore Ramée, 2020, wie zuvor *The Hate U Give* und *All American Boys*, auf der „Best Books of the Year“-Liste, die von dem einflussreichen *School Library Journal* (SLJ) aufgestellt wird. Der Lyrikband für Jugendliche *Say her Name* von Zetta Elliott stand 2020 auf der „Best of the Best“-Bücherliste der Black Caucus of the American Library Association und war u.a. für den YALSA 2021 Awards for Non-Fiction der Young Adult Library Association nominiert. Auch das Bilderbuch *All Because You Matter* ist bei seinem Erscheinen im Oktober 2020 gleich auf die *New-York Times* Bestsellerliste eingestiegen und ist der 2021 Gewinner des Golden Kite Award for Picture Book Text, der jährlich von der internationalen Society of Children’s Book Writers and Illustrators (SCBWI) vergeben wird. Der Jugendroman *Tyler Johnson Was Here* (2018) von Jay Coles hat zwar keine prestigeträchtigen Preise oder Nominierungen aufzuweisen, ist jedoch auf Französisch übersetzt worden. Auch von *Dear Martin* und *All American Boys* gibt es Übersetzungen, u.a. auf Deutsch. Übersetzungen sind, laut Pascale Casnova (2015, S. 198), das Zeichen einer literarischen Anerkennung. Diese wird im Fall von *The Hate U Give* noch dadurch unterstrichen, dass der Roman nicht nur in über zwanzig Sprachen übersetzt worden ist, sondern auch 2018 zum Preisträger des deutschen Jugendliteraturpreises gekrönt wurde. Beachtlich ist hinsichtlich dieser mehrfachen Anerkennung, dass *Dear Martin*, *The Hate U Give*, *A Goof Kind of Trouble* und *Tyler Johnson Was Here* alle Erstlingswerke sind – der literarische und kommerzielle Erfolg beruht also nicht auf dem Prestige der Autor:innen, sondern allein auf der Qualität der Bücher und auf dem steigenden Interesse am Thema. Viele dieser Bücher haben, neben afroamerikanischen Kinder- und Jugendliteraturpreisen auch allgemeine Kinder- und Jugendbuchkrönungen erhalten, was darauf hinzeigt, dass das Interesse und der Zuspruch für die Bücher zum Thema Black Lives Matter in der Mehrheitsgesellschaft angekommen ist.

Auch wenn spätestens seit dem Mord an George Floyd und den globalen Protesten dagegen die Black Lives Matter Bewegung einen größeren Zuspruch bekommen hat – sie wurde z.B. für den Friedensnobelpreis 2021 nominiert (Balman 2021) –, so ist der große Anklang, den diese Bücher auch außerhalb der afroamerikanischen Communities gefunden haben, im Hinblick auf die klare Positionierung dieser Bücher bemerkenswert. Denn tatsächlich geht es in diesen Büchern weniger darum, die BLM-Bewegung zu beleuchten, als sie zu befürworten und sogar zu einem Sprachrohr der Bewegung zu werden.

3 Kinder- und Jugendbücher als Protest

3.1 Schreiben als Protest

Bis auf Bryan Kiely, den Co-Autor von Jason Reynolds für *All American Boys* und zwei der drei Co-Autorinnen von *Something Happened in Our Town* sind alle Autor:innen dieser Bücher Schwarz und für die meisten war der Schreibauslöser für ihr Buch, nach eigenen Angaben, der gewaltvolle Tod einer Schwarzen Person. Für Angie Thomas war es der Tod von Oscar Grant (Thomas, ohne Seitenzahl), für Nic Stone der von Jordan Davis (Underlined, Stone, ohne Datum). *Ghost Boys* ist zwar ein vom Verlag bestelltes Werk, doch die Autorin erklärt, dass das Werk aus ihrem Entsetzen vor dem Tod des zwölfjährigen Tamir Rice, der 2014 von einem Polizisten erschossen wurde, und aus der Erinnerung an den gewaltvollen Tod des vierzehnjährigen Emmett Till, sechzig Jahre zuvor, entstanden ist. (Rhodes Parker, S. 205) Jay Coles, der junge Autor von *Tyler Johnson Was Here* erklärt in einem Interview: „After Trayvon Martin lost his life, something inside me clicked.“ (Craft, Coles, 2018). Auch wenn der damals siebzehnjährige Coles noch einige Jahre warten musste, bis er seinen Roman publizierte, setzte der Tod von Trayvon Martin den ersten Schreibimpuls. Jason Reynolds und Bryan Kielys Roman findet seinen Ursprung ebenfalls u.a. im gewaltvollen Tod des Siebzehnjährigen und v.a. in der anschließenden Freisprechung des Mannes, der ihn erschossen hat:

„After writing books separately, Reynolds and Kiely discussed their mutual anger and frustration after George Zimmerman was acquitted of the murder of Trayvon Martin. After Michael Brown was killed in Ferguson the two authors decided to co-author *All American Boys*“. (Millersville News, 2018)

Somit weist die Ursprungsgeschichte des ersten Romans für Jugendliche zu rassistischer Polizeigewalt Parallelen zu der Gründung und Entwicklung der Black Lives Matter Bewegung auf. Der Hashtag BlackLivesMatter, der als Startschuss der Bewegung gilt, wurde als Reaktion auf die Erschießung des siebzehnjährigen Trayvon Martin durch George Zimmermann, einen selbsternannten bewaffneten Nachbarschaftswächter, geschaffen. Alicia Garza, eine afroamerikanische Aktivistin, schrieb als Reaktion auf den Tod des Teenagers einen „Liebesbrief an Schwarze Freund:innen“, den sie mit den Worten „Our Lives Matter“ beendete. Am selben Tag teilte Patrice Cullors, eine Freundin von Garza, den Text auf Twitter und versetzte ihn mit dem Hashtag BlackLivesMatter. Mit dem Tod von Michael Brown 2014 wurde der Slogan dann weitflächig aufgegriffen (Clayton 2018, S. 453).

So wie der Hashtag und die Demonstrationen stellen diese Werke, die als Reaktion, oder sogar als „Antwort“ auf konkrete Fälle von rassistischer Poli-

zeigewalt entstanden sind, eine Protestform dar. So verkündet Zetta Elliott im Vorwort ihres Lyrikbands *Say Her Name*:

“This book is my way of bearing witness. I have not lost a loved one to police violence, but I have been charged by seeing my sisters and brothers shamed, shot, and slammed to the ground. In response, I have not marched – my protest exist mostly on the page.” (Elliott, S. 2)

Das Schreiben wird also hier explizit als Art des Protestes bezeichnet. Angie Thomas, die Autorin des Erfolgsromans *The Hate U Give*, die in einem Video verrät, dass für sie Bücher eine Form von Aktivismus sind (Thomas 2017, Mn: 0:45-0:48), sieht das Schreiben ähnlich wie Elliott. So erklärt sie zur Entstehungsgeschichte des Romans:

„I was in my junior year at college when Oscar Grant lost his life after being shot by a police officer in Oakland, California. In my own anger and frustration, I did the only thing I knew how to do: instead of burning every garbage can on campus, I wrote.” (Thomas, ohne Seitenzahl)

Nicht nur hat der gewaltvolle Tod eines Afroamerikaners durch die Polizei den Schreibimpuls für diese Autor:innen gesetzt, ihre Bücher sind auch explizit aktivistisch und als „response to police brutality in America“ (Coles 2018, S. 300) konzipiert.

3.2 Slogans als Stilmittel

So ist es nicht erstaunlich, dass viele dieser Bücher die Slogans der Protestbewegung aufgreifen. Die selbst herausgebrachten Bilderbücher *What Is Black Lives Matter? A story for children* (Harris, Stovall 2020) oder *Together We Stand Against Racism: Black Lives Matter* (Smith, Mistry, 2020) – beide knapp zwei Monate nach dem Mord an dem Afroamerikaner George Floyd durch den weißen Polizisten Chauvin erschienen – greifen schon im Titel den Begriff „Black Lives Matter“ auf. Auch der Titel *All Because You Matter* (Tami Charles, Bryan Collier 2020) spielt auf den Ausdruck an. Das Aufgreifen des Slogans „Black Lives Matter“ in diesen Bilderbuchtiteln kann natürlich als kommerzielle Strategie angesehen werden – wenn Eltern im Zuge der Proteste im Internet nach „Bilderbuch“ und „Black Lives Matter“ suchen, werden sie gleich an diese Bücher verwiesen –, doch der Satz „Black Lives Matter“ ist auch eine klare Aussage und beinhaltet somit eine Stellungnahme. Durch das Aufgreifen des Slogans signalisieren diese Autor:innen und Illustrator:innen ihre Unterstützung gegenüber der Black Lives Matter Bewegung und schreiben ihre Bücher in die Bewegung ein.

Im Gegensatz zu diesen Bilderbüchern taucht in den Romanen der Name und der Slogan der Black Lives Matter Bewegung nur bedingt auf. In *Tyler Johnson*

Was Here, wird diese Bewegung nur einmal beim Namen genannt, doch zwei Passagen verweisen so klar auf Black Lives Matter, dass die erste französische Übersetzung des Romans³ den Titel *My Life matters* (Coles, 2018) trug. So lautet der allerletzte Satz des Romans: „One day, I’ll see him again. But until then, I just have to keep reminding everyone around me that his life matters.“ (Coles, S.296). Dass das allerletzte Wort des Romans das Verb „to matter“ ist, ist v.a. angesichts folgender Passage, in der Marvin sich an seinen getöteten Bruder Tyler erinnert, nicht als Zufall einzustufen:

“After reminding myself that I matter, that I always mattered, that Tyler mattered and still does, I make a promise to myself. I promise that I’ll never be silent about things that matter, that I’ll keep on saying his name for the rest of my days.“ (Coles 2018, S. 287-288)

Durch die Wiederholung des Verbs „to matter“ entsteht ein Ritornello, das an skandierte Slogans erinnert. Der klare Verweis an die Black Lives Matter Bewegung wird dadurch unterstrichen, dass Coles in dieser Passage noch einen weiteren Slogan umwandelt und einbaut. „I will say his name“ ist eine Referenz an den Slogan „Say her name“ der v.a. im Rahmen der Tötung der Afroamerikanerin Breonna Taylor bekannt wurde, die in der Nacht vom März 2020 in ihrer Wohnung schlafend von Polizisten erschossen wurde. Der Slogan ist auch der Name einer Schwesterbewegung von Black Lives Matter, die darum kämpft, die vielen Todesfälle von Schwarzen Frauen durch Polizeigewalt sichtbarer zu machen. Der Slogan wird auch von Zetta Elliott aufgegriffen, die ihn zum Titel ihres Lyrikbandes macht. Auch einige der Gedichte tragen als Titel einen bekannten Slogan: Neben „Black Lives Matter“ und „Say Her Name“ gibt es ein Gedicht, das „We can’t breathe“ heißt – einen Verweis an den viel skandierten Slogan „I can’t breathe“, der die letzten Worte der von Polizisten erstickten Afroamerikaner Eric Garner und George Floyd zitiert. Ein anderes Gedicht trägt den Titel „Free them all“ – der Slogan der Bewegung, die für die Abschaffung der Gefängnisse kämpft. Obwohl das „Prison Abolitionist Movement“ viel älter als die Black Lives Matter Bewegung ist, sind die zwei Bewegungen lose verlinkt. So kämpft das Movement for Black lives (M4BL) in einer ihrer Kampagnen für die Amnestie von inhaftierten Demonstrant:innen. Auf der Homepage dieser Koalition von Organisationen, die die Interessen der Schwarzen Communities in den USA vertreten und der auch das Black Lives Matter-Netzwerk angehört, wird die Kampagne mit genau diesem Slogan angekündigt „Free ’em All: Protest Front Line Freedom Fighters“. Laut Zeitungen wie *The Progressive* unterstützen außerdem immer mehr Black Lives Matter Demonstrant:innen auch

3 Hachette hat für die zweite Ausgabe diesen Titel durch den Originaltitel ersetzt.

die Prison Abolitionist-Bewegung (Agbebiyi 2020). Über das Aufgreifen von Slogans in Titeln macht Zetta Elliott ihren Gedichteband zu einer literarischen Demo. Nicht nur verurteilt sie in ihren Gedichten die Polizeigewalt an Frauen und zelebriert wichtige Schwarze Kämpfer:innenfiguren, sondern lässt über die Zitate der bekannten und stets wiederholten Slogans die Stimme der Masse der Demonstrant:innen erklingen.

In ihrem Gedicht „Hands up“ spielt Elliott mit dem Slogan „Hands up, don’t shoot“ der vor allem in den ersten Protesten von Ferguson 2014 einer der meistskandierten Slogans war (Ye Hee Lee 2015). Dieser Slogan ist eine Zusammensetzung aus dem Polizeibefehl „Hands up“ und der Bitte „Don’t shoot“, die (höchstwahrscheinlich fälschlicherweise) als die letzten Worte des getöteten Eric Garner in die Geschichte eingegangen sind. Der Slogan ist hier nicht nur Titel, sondern Grundstein des lyrischen Prinzips:

HANDS UP
 up
 hands don’t shoot
 up
 rise don’t stop
 up
 head don’t despair
 don’t surrender
 don’t let go
 of your dreams

(Elliott 2020, S. 57)

Hier schafft es die Lyrikerin, den Polizeibefehl und die flehende Bitte, die mit Angst und Schmerz assoziiert sind, in einen empowernden Aufruf umzuwandeln. So verwandelt sich der initiale Wort austausch zwischen Polizei und dem Verhafteten, auf den die Waffe gerichtet ist, ab dem zweiten Vers in einen Aufruf weiterzukämpfen. Dieser Aufruf zum Protest auf inhaltlicher Ebene wird durch den Wortsatz noch einmal unterstrichen. Das Wortes „up“ wird isoliert und graphisch über das dazugehörige Verb platziert, so dass es gleich auf den ersten Blick hervorgehoben wird. Dieses Versetzen der Wörter macht es möglich das Gedicht auf mehrere Arten zu lesen („up/hands/don’t shoot/up/rise/don’t stop“ oder „hands/ up/ don’t shoot/ rise/up/don’t stop) und lässt v.a. eine klare vertikale Linie von „up“s erscheinen, die zwar die englische Onomatopöie für Pistolenschüsse „pop pop pop“ durchscheinen lässt, doch v.a. als Anfeuerungs ruf („up, up, up!“) gelesen werden kann.

In ihrem Bilderbuch *Hands up!*, das ein Jahr vor Zetta Elliotts Lyrikband erschien, macht Breanna McDaniels etwas ähnliches. Auch sie übernimmt den Slogan „Hands up, don’t shoot!“ und macht aus ihm ihr Schreibprinzip. Allerdings lässt sie dabei bewusst den zweiten Teil des Slogans weg. In dem Buch wird die Hauptfigur, ein junges Schwarzes Mädchen, nicht etwa mit Polizeigewalt konfrontiert, sondern erlebt alltäglich Situationen, in denen sie die Hände hochhält: beim Anziehen, beim Melden im Kindergarten, beim Basketballspielen, beim Pokal hochhalten etc. Jede Szene wird von der Aufforderung „hands up“ begleitet. Dass der Titel und diese wiederholte Aufforderung ein Verweis an den Protestslogan gegen Polizeigewalt ist, wird nur auf der letzten Seite angedeutet, auf der das Kind ganz vorne bei einer Demonstration mitgeht, bei der die Demonstrant:innen unterschiedliche Plakate, von „Spread love“ „water=life“ bis zu „Black Lives Matter“, hochhalten. Im Nachwort äußert Breanna McDaniel ihre Sorge, dass Schwarze Kinder wie ihre Nichte wegen ihres Schwarzseins als „victims, villains or simply adults before they’re grown up“ (McDaniel, ohne Seitenzahl) wahrgenommen werden⁴ und erklärt welches Ziel sie mit dem Bilderbuch verfolgt:

„For many people, the phrase „hands up“ brings forward difficult emotions like anger, sadness, frustration, and fear. With this story, I wanted to emphasize the ways I’ve experienced that phrase as a part of my everyday life: at home, at play, in church, and at protests with young people leading the way. I want the world to remember that Black kids are just that – kids, with mommas and daddies and teachers and friends, with lives full of happiness and struggle and triumph and even sadness.“
(McDaniel, 2019, ohne Seitenzahl)

Durch dieses „Kapern“ des manchmal tödlichen „Hands up!“ entschärft McDaniel diesen Polizeibefehl und macht ein klares Statement: Kinder sollten „Hands up!“ noch nicht mit Gewalterfahrungen in Verbindung bringen müssen. Durch diesen bewusst „naiven“ Wunsch weist sie auf die psychologische Gewalt hin, der Schwarze Kinder ausgesetzt sind.

4 Diese Sorge ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass in den USA, laut einer Studie der University of California, der University of Pennsylvania, der Pennsylvania State University und des National Center for Post-Traumatic Stress Disorder, die amerikanischen Polizist:innen das Alter von Schwarzen und Latino und Latina Kindern, die sie einer Straftat verdächtigen, falsch einschätzen (Goff, Jackson, Lewis Di Leone, Culotta, DiTomasso, 2014) und in den letzten Jahren einige Todesfälle von Kindern durch Polizeigewalt, wie z.B. der des zwölfjährigen Tamir Rice, stattgefunden haben.

3.3 Hommage an die Opfer von Polizeigewalt

Durch das Aufgreifen der Slogans schreiben diese Autor:innen ihre Bücher in die Black Lives Matter-Bewegung ein. Dieselbe Funktion erfüllt auch das Aufgreifen der Namen der Getöteten, deren Tod die BLM-Proteste auslösten.

So heißen in *Tyler Johnson Was Here* die Hauptfigur und ihr Zwilling, der von der Polizei erschossen wird, Tyler und Marvin – zwei Namen, die an den Vor- und Nachnamen von Trayvon Martin erinnern. Diese außertextuelle Referenz wird noch dadurch unterstrichen, dass ihr zu Unrecht inhaftierter Vater Jamal heißt, was an den berühmten Inhaftierten Mumia Abu Jamal denken lässt. In *Ghost Boys* wird der tote Emmett Till, der 1955 in Mississippi von weißen Männern gefoltert, bis zur Unkenntnis entstellt und dann getötet wurde, zum besten Freund der Hauptfigur. Zwar ist der vierzehnjährige Emmett Till lange vor den BLM-Protesten umgebracht worden, doch wird er oft im Zuge dieser Proteste genannt, weil sein Tod die Civil Rights Bewegung ausgelöst hat. Auch in den meisten anderen Büchern wird den getöteten Menschen Tribut gezollt. So zeigt eine Doppelseite des Bilderbuchs *The Undefeated* (Alexander, Nelson 2019, ohne Seitenzahl) eingerahmte Bilder von Sarah Bland, Tamir Rice, Michael Brown und Trayvon Martin in einem Meer von Kerzen, Blumen und Plüschtieren. Das Bilderbuch, ein langes illustriertes Gedicht, das nicht in erster Linie Polizeigewalt, sondern die Geschichte der Afroamerikaner thematisiert, leistet, ohne sie namentlich zu nennen, eine Hommage an diese vier Personen, die durch Polizeigewalt umgekommen sind. Die Tatsache, dass die Opfer von Polizeigewalt durch ein improvisiertes Memorial dargestellt werden, wie man sie nach solchen gewaltvollen Todesfällen auf den Straßen findet, leitet zu einer Mise en abyme der Hommage und unterstreicht das Tribut, das ihnen gezollt wird. In *The Hate U Give*, *Tyler Johnson Was Here* und *All American Boys* tauchen die Getöteten namentlich auf. In *Tyler Johnson* und *All American Boys* werden die Namen im Zuge eines Protests aufgezählt. So wird bei der Demonstration für Tyler Johnson, dem getöteten Zwillingsbruder der Hauptfigur, „Oscar Grant mattered! Freddie Gray mattered! Michael Brown mattered! Jordan Davis mattered! Eric Garner mattered! [...] ” skandiert. Die Aufzählung endet mit „Tyler Johnson mattered“. (Coles 2018, S. 245). Das Zusammentreffen von realen und fiktiven Toten unterstreicht den Realitätseffekt des Romans, aber erinnert auch daran, dass die Geschichte von Tyler zwar Fiktion, die rassistische Polizeigewalt jedoch Realität ist. Die Typographie der Aufzählung der Namen der „echten“ Toten in *The Hate U Give* und *All American Boys* weist darauf hin, dass es hier in erster Linie darum geht, die „echten“ Getöteten zu ehren. So erklärt die Hauptfigur von *The Hate U Give*, dass sie den Kampf um ihren getöteten Freund Khalil für ihre Geschwister, Seven, Sekani und Kenya, und alle Opfer von rassistischer Polizeigewalt weiterführen muss:

“It would be easy to quit if it was just about me, Khalil, that night, and the cop. It’s about way more than that though. It’s about Seven. Sekani. Kenya. DeVante. It’s also about Oscar. Aiyana. Trayvon. Rekia. Michael. Eric. Tamir. John. Ezell. Sandra. Freddie. Alton. Philando. And even about that little boy in 1955 who nobody recognized at first – Emmett.” (Thomas, S. 437)

Der Zeilensprung, der auch in *All American Boys* bei der Aufzählung der Opfernamen benutzt wird, unterstreicht jeden dieser Namen von „echten“ Getöteten, und lässt dem Lesenden Zeit, die Namen auf sich einwirken zu lassen. Hier geht es weniger um den Realitätseffekt als darum, den Toten ein Denkmal zu setzen und dafür zu sorgen, dass sie nicht vergessen werden. In *All American Boys*, in dem die Namen während einem Lie In-Protest gelesen werden, wird diese Funktion der Namenlisten durch diese Worte der Hauptfigur explizit gemacht: „And I laid there on the hard concrete [...] tears flowing down my cheeks, thinking about each one of those names.“ (Reynolds, Kiely, S. 308)

Mit dem Aufgreifen der Namen der echten Opfer von rassistischer Polizeigewalt kommen diese Bücher der Aufforderung „Say their names“ nach und schreiben ihre Bücher in die Black Lives Matter Bewegung ein. Diese ist, im Gegensatz zum Civil Rights Movement, eine Bewegung ohne Leader (Clayton 2018, S. 460), womit die Figuren, um die sich die Bewegung konstruiert hat, keine charismatischen Redner:innen und Kämpfer:innen sind, sondern die Opfer der Polizeigewalt. Auf Twitter werden die Namen der Getöteten zu Hashtags (Freelon, 2016) und während Demos und Kundgebungen werden diese Namen oft auf Plakaten oder von Redner:innen aufgezählt. Durch das Aufgreifen dieser Namen sorgen diese Bücher dafür, dass die getöteten Menschen nicht in Vergessenheit geraten und erinnern an die Dringlichkeit des Protests gegen weitere solcher gewaltvollen Todesfälle.

Durch das Zurückgreifen auf die BLM-Slogans und die Namensaufzählungen, verweisen diese Bücher auf eine gemeinsame Identität mit den Demonstrierenden und etablieren sich als Teil der Black Lives Matter Bewegung.

4 Leser:innen zum Protest aufrufen

Die Afroamerikanische Kinder- und Jugendliteratur ist seit ihrem Beginn von einem starken sozialen Auftrag befügelt. Während der Harlem Renaissance entstanden (Capshaw 2004, xiv), geht es der afroamerikanischen Kinder- und Jugendliteratur nicht nur darum, eine Geschichte zu erzählen und altersgerecht Werte und Wissen zu vermitteln, sondern auch darum, ihre jungen Schwarzen Leser:innen zu empowern, sie von ihrem eigenen Wert zu überzeugen und sie zu verantwortungsvollen Akteur:innen einer gerechteren Gesellschaft zu machen. So wirkt der Einfluss der 1919 von W.E.B Du Bois gegründete Kinderzeitung *The Brownies' Book* – die erste Kinderzeitung für Schwarze Kinder in den U.S.A. – sich bis heute aus. Die Zeitung, die aus der Sorge heraus geschaffen wurde, Schwarze Kinder könnten im Zuge der vielen Lynchmorde und „race riots“ Hass, statt Aktivismus lernen (Bishop 2007, S. 22), setzte sich ganz konkrete Ziele, die W.E.B Du Bois 1919 in der Ankündigung der Kinderzeitung offenlegte. Bishop fasst die sieben Punkte des Programms so zusammen:

„...literature, ‘adapted to colored children’ was to be literature with a mission, literature of social action. It aimed to counter the effects of racism on Black children and their self-image, to foster pride, to counter prevailing negative images and stereotypes of Black people, to promote certain positive values and behaviors, and to inspire a sense of responsibility to the race as a whole.” (Bishop Sims, S. 35)

Auch wenn dieser letzte Punkt im Kontext der ‚Talented Tenth‘ Strategie zu verstehen ist, – dem Gedanken von Du Bois, die zehn Prozent herausragendsten Afroamerikaner:innen gezielt darauf vorzubereiten, ihr Wissen an die ‚Massen‘ weiterzugeben und so das afroamerikanische Volk in seinem Ganzen zu erheben –, so fließt, auch hundert Jahre später, diese „responsibility to the race“ in die Kinder- und Jugendbüchern zu rassistischer Polizeigewalt ein. Tatsächlich thematisieren viele dieser Bücher nämlich nicht nur rassistische Polizeigewalt, sondern können auch als Aufruf zum aktiven Protest gegen diese gelesen werden.

4.1 Aufruf zum Pro-testare

Dieser Aufruf drückt sich in erster Stelle in einem Aufruf zum *pro-testare* –zum Bezeugen– aus. „And when you are a witness, you have a duty to testify“ (Elliott 2020, S. 2), schreibt Zetta Elliott in dem Vorwort zu ihrem Lyrikband *Say her Name*. Diese „Bearing Witness Forms of Protest“ ist, laut Della Porta, eine Pro-testform, die sich in den 1970ern entwickelt hat. (Porta 2020, S. 175-176). Die

Macht dieser „Zeugnis“-Protestform entsteht nicht aus der größtmöglichen Zahl an Protestierenden, sondern durch die Kraft der Stimme einer Einzelperson. Die hier analysierten Bücher vermitteln so, dass es wichtig ist, auch als Einzelne:r seine Stimme gegen Ungerechtigkeit zu erheben. So widmet Reynolds seinen Roman seinem jüngeren Bruder mit den Worten: „May you always be unafraid to stand up“ (Reynolds, Kiely 2015, ohne Seitenzahl). In *The Hate You Give* erklärt Starrs Anwältin der jungen Zeugin, ihre Stimme sei ihre Waffe und Starr selbst macht sich schwere Vorwürfe, weil sie lange, als einzige Zeugin, nicht öffentlich über die Polizeikontrolle, während der ihr bester Freund erschossen wurde, redet. Sie fragt sich: „What’s the point of having a voice, if you’re gonna be silent in those moments you shouldn’t be?“ (Thomas 2017, S. 248) Dass diese Frage sich nicht nur an Starr, sondern auch an die Leser:innen richtet, wird spätestens auf dem Klappentext der „exclusive collector’s edition“ des Romans klar, wo der Satz, außerhalb seines Kontexts, großgedruckt steht. Auch der Flyer, der in *All American Boys*, Quinn, den weißen Zeugen des rassistischen Vorfalles, dazu bewegt, diesen öffentlich anzuprangern richtet sich genauso an die Lesenden wie an die Figuren. Auf dem Flyer steht: “If you are neutral in situations of injustice you have chosen the side of the oppressor.” (Reynolds, Kiely, S. 290) Das Zitat vom südafrikanischen Bischof und Apartheitsgegner Desmond Tutu stellt die Lesenden vor ihre Verantwortung, in Situationen der Ungerechtigkeit nicht wegzuschauen. Eine ähnliche Botschaft wird durch das Zitat von James Baldwin vermittelt, das sich Shayla, die Hauptfigur von *A Good Kind of Trouble*, am Ende des Romans an die Wand hängt. Das genaue Zitat wird im Buch nicht ausgeschrieben, aber es wird darauf hingewiesen, dass es „the [quote] about not being able to change anything unless you face it“ (S. 358) ist. Hinschauen und verurteilen – bei Polizeigewalt, aber auch bei jeder anderen Art von Ungerechtigkeit, ist hier die Botschaft. So protestiert Shayla am Ende des Buches nicht nur gegen rassistische Polizeigewalt, sondern setzt sich auch für einen zu Unrecht bestraften Klassenkameraden ein.

4.2 Zelebration des Demonstrierens

Doch in diesen Büchern geht es nicht nur darum, seine Stimme zu erheben, sondern ihr auch öffentlich Gehör zu verschaffen. Als 1963 nach dem Mord an den vier Mädchen in Birmingham durch weiße Segregationnisten tausende von Jugendlichen und jungen Studierenden auf die Straße gingen, wo die Polizei ihnen mit Wasserwerfern entgegentrat und die Hunde auf sie losließ, wurden viele Stimmen – u.a. die von Malcolm X und Hannah Arendt – laut, die es als verantwortungslos kritisierten, Kinder und Jugendliche auf Demonstrationen potentiell polizeilicher Gewalt auszusetzen (Manis, 1999, S. 370; Arendt, 1959). Die Kinder- und Jugendbücher von heute sehen das anders. Ohne die

potentielle Gefahr von gewaltvollen Ausschreitungen von Seiten der Polizei oder der Demonstrat:innen kleinzureden, ermutigen diese Romane die Leser:innen trotzdem, sich Demonstrationen anzuschließen.

Dies geschieht u.a. auf erzähltheoretischer Ebene. Vincent Jouve erklärt in *Poétique des valeurs* (2001), dass die Hauptfigur eines Romans meist der Träger der Werte ist, die das Buch vermittelt. *A Good Kind of Trouble*, *The Hate U Give*, *All American Boys* und *Tyler Johnson Was Here* erzählen alle Geschichten von Figuren, die sich am Anfang weigern, sich gegen Polizeigewalt zu erheben und sich am Ende nicht nur öffentlich dagegen aussprechen, sondern selbst zum Demonstrieren aufrufen. Durch diesen Figurenbogen wird das Protestieren als positive Aktion vermittelt. Die Gründe des anfänglichen Zögerns der Figuren sind unterschiedlich. Marvin, die Hauptfigur von *Tyler Johnson Was Here*, ist nach dem Tod seines Zwillingbruders durch einen Polizeischuss vor Schmerz und Hass gelähmt. Außerdem sind seiner Meinung nach Demonstrationen sinnlos, weil die vielen, die es schon gegeben hat, weitere Tote nicht verhindern konnten und sie seinen Zwillingbruder schon gar nicht zurückholen können. Erst als sein Vater ihn, in einem Brief aus dem Gefängnis, dazu auffordert zu kämpfen, versteht er, dass es nicht nur darum geht, auf die Schnelle etwas zu verändern, sondern seiner Stimme Gehör zu verschaffen:

„[...] you have to fight. Fight to remind yourself that you do matter. That you do deserve to exist. That you do deserve to have your voice heard. When the whole world’s trying to convince you that you don’t matter, it can be a constant struggle – day in, day out – to remember that you do. But you have to. Because if you don’t, then that’s really when you’ve lost yourself.“ (Coles, S. 186)

Schlussendlich organisiert Marvin eine Demonstration für seinen Bruder und verkündet: “It’s my turn to speak up and resist.” (Coles 2018, S.250) Sein Entschluss, diese Demo zu organisieren, wird überraschenderweise von seiner Mutter abgesegnet. Sie, die in normalen Zeiten ihren Söhnen verboten hätte, für eine solch potentiell gefährliche Veranstaltung auf die Straße zu gehen, verkündet jetzt: “If we stay quiet, if we don’t fight back, if we let them silence us, we’re sending them a signal that they can keep doing this mess.” (Coles 2018, S. 236) Auch die zwei Hauptfiguren von *All American Boys* –Rashad der im Zuge einer rassistisch motivierten Verhaftung verletzt wird, und Quinn, sein weißer Klassenkamerad, der Zeuge davon ist – müssen erst lernen, dass Schweigen nie die richtige Lösung ist. Rashad will den Vorfall nur vergessen und als seine Freunde diskutieren, was sie tun wollen, ist seine einzige Antwort: „Just leave it alone“ (Reynolds, Kiely 2015, S. 160). Auch er glaubt nicht daran, dass Proteste irgend etwas bringen (S. 199). Quinn wiederum ist hin und her gerissen

zwischen der Loyalität gegenüber dem Securityman, der Rashad verletzt hat – der Securityman ist ein Freund der Familie, der sich nach dem Tod von Quinns Vater wie ein großer Bruder um ihn gekümmert hat – und der Gewissheit, dass dieser falsch gehandelt hat. Doch schlussendlich merken beide, dass es wichtig ist, seine Stimme zu erheben und so gehen die zwei Hauptfiguren, in der letzten Szene, zu einem kollektiven Lie In, wo sie im Namen der Getöteten für mehr Gerechtigkeit protestieren. Auch der zwölfjährige Hauptfigur von *A Good Kind of Trouble* behagt die Idee von Demonstrieren oder Protesten im Allgemeinen am Anfang überhaupt nicht. Shayla ist ein schüchternes, braves Mädchen, das nicht gerne auffällt oder gar Wellen schlägt. Dem Aktivismus ihrer großen Schwester gegenüber, die ständig Plakate bastelt und auf BLM-Demos geht, hegt sie Unverständnis: Demos sind, in ihren Augen, illegal und gefährlich. Doch nach und nach sieht sie ein, dass Protestieren wichtig ist. Sie startet in der Schule eine Aktion, bei der die Schüler:innen Schwarze Armbänder in Solidarität mit den Opfern rassistischer Polizeigewalt tragen. Der Höhepunkt der Geschichte ist die Szene, in der Shayla, trotz des Verbots der Direktorin, weiterhin schwarze Armbänder verteilt und einen Protestmarsch durch die Schulmensa anführt. Der letzte Satz des Buches, der als Fazit des Buches gedeutet werden muss, ist ein Eintrag in ihr Tagebuch: „Some things are worth the trouble. For real“ (Moore Ramée, S. 358). Eine ähnliche Lektion lernt auch Starr, die in *The Hate U Give* Zeugin des gewaltvollen Todes ihres besten Freundes während einer Verkehrskontrolle wird. Auch sie will alles richtig tun und redet, auf Befehl der Polizei, nicht öffentlich über den Vorfall. Sie will die Ermittlungen nicht behindern und ist v.a. zu sehr durch die gezielten Machtauftritte der Polizei eingeschüchtert, die ihrer Familie das Leben schwermachen. Sie macht nicht beim improvisierten Walk Out mit, der von einigen Schüler:innen aus ihrer Klasse nach Khalils Tod abgehalten wird, und hält sich auch von weiteren Demos fern. Doch als der Polizist, der ihren Freund getötet hat, trotz ihrer Aussage freigesprochen wird, geht sie schlussendlich zu einer spontanen Demonstration, die nicht wirklich friedlich abläuft, steigt aufs Rednerpult und schreit ihre Wut auf die Polizisten heraus. Dann wirft sie eine Dose Tränengas zurück auf die Polizei. Die Figur entwickelt sich also im Laufe des Buches von einem ängstlichen, traumatisierten Opfer zu einer wütenden, handelnden Demonstrantin. Vincent Jouve erklärt, dass die Schlussphase einer Erzählung die Phase ist, in der eine Erzählung die Werte offenlegt, die sie zu vermitteln versucht (Jouve 2001, S. 83). Durch die Tatsache, dass in all diesen Geschichten die Proteste am Ende der Geschichte vorkommen und das Ende der Entwicklung der Figuren darstellen, wird dem Protestieren also ein positiver Wert zugeschrieben.

4.3 Legitimation des (wütenden) Protests

Eine andere Art, den Protest zu legitimieren und sogar zu zelebrieren, ist das Berufen auf historische Protestfiguren und Bewegungen. So zitiert die Hauptfigur von *Tyler Johnson Was Here* Frederick Douglas: “I prayed for twenty years. Nothing happened until I got off my knees and started marching with my feet.” (Coles 2018, S. 198-199). Die Worte des berühmten Antisklavereikämpfers helfen Marvin einzusehen, dass „the best way to make sure Tyler gets justice, is to take the fight inside [himself] to the streets“ (idem.). Douglas‘ Worte geben aber auch seinem Kampf ein gewisses Gewicht und eine Aura von Seriosität. Falls einige Leser:innen vielleicht noch die anfängliche Meinung vieler amerikanischer Medien teilen, die Black Lives Matter Bewegung sei zu „konfrontativ“ oder zu „spaltend“ (Clayton 2018, S. 448), so wird ihnen hier vor Augen gehalten, dass Marvins Vorhaben in der Tradition von historischen und heute weit akzeptierten Umschwungsbewegungen steht. Auch im Bilderbuch *The Undefeated* (Alexander, Nelson 2019) wird aus der Autorität einer in der Zwischenzeit legitimierten Bewegung geschöpft, um eine noch teilweise umstrittenere Bewegung zu legitimieren. Hier wird in einer Szene die Black Lives Matter Bewegung implizit mit dem Civil Rights Movement verknüpft: über eine Doppelseite hinweg sind die Illustration von drei Schwarzen und zwei weißen singenden Demonstranten aus den 60er Jahren zu sehen. Die Illustration ist mit folgendem Text versehen: “[This is for] The righteous marching ones, who sang *we shall not be moved*, because black lives matter.” (Alexander, Nelson 2019 ohne Seitenzahl.) Dieser kurze Satz weist ganz klar auf die Kontinuität zwischen den zwei Bewegungen hin und setzt die zwei Bewegungen auf eine Ebene. Auch *Dear Martin* beruft sich auf die Autorität der Civil Rights Bewegung. Der Hauptprotagonist Justyce, der zuerst selbst in eine rassistisch motivierte Polizeikontrolle gerät und dann seinen besten Freund durch eine Polizeikugel verliert, schreibt das ganze Buch über Briefe an „Martin“, den fünfzig Jahre zuvor verstorbene Martin Luther King. In einem Blogpost auf ‚Underlined‘ – eine Homepage rund um Jugendbücher –, erklärt Stone diese Idee folgendermaßen:

„I started to see people quoting Dr. Martin Luther King Jr. to oppose the protesters [of BLM]. Which didn’t make sense to me. To be honest, it made me angry. There was even a point when the mayor of my city begged protesters not to “take the freeway” because “Dr. King would never take a freeway.” This statement isn’t just questionable; it’s historically inaccurate. Dr. King and the people he led took many freeways in pursuit of equal rights for African Americans. One of the central tenets of the American civil rights movement was civil disobedience: an active refusal to obey certain laws as a form of peaceful protest. So

the notion that Dr. King would be opposed to the Black Lives Matter movement and the nonviolent protests connected to it was galling to me. So much so that it made me want to explore current events in light of Dr. King’s teachings, recorded activities, and accomplishments.“
(Underlined, Stone, ohne Datum)

Auch die Autorin von *Ghost Boys* beschwört indirekt die Civil Rights Bewegung herauf, in dem sie Emmett Till zum Begleiter der toten Hauptfigur im Jenseits macht. Da der Mord an Emmett Till 1955 als der Katalysator der Civil Rights Bewegung angesehen wird (Clayton, S. 450), ist die Verwendung dieser historischen Figur in einem Buch, in dem es um aktuelle Polizeigewalt geht, eine Art und Weise, auf die Parallelen zwischen den Problemen der Afroamerikaner:innen von damals und denen von heute hinzuweisen. Auch wenn, wie in *Dear Martin*, die Protestbewegung gegen die Polizeigewalt nur eine Randrolle spielt, so wird hier den Leser:innen klar gemacht, dass die Forderungen nach Respekt gegenüber den Leben der Schwarzen in der Kontinuität der Forderungen des Civil Rights Movement stehen.

Doch nicht nur die weit akzeptierte Civil Rights Bewegung wird von den Autor:innen zur Legitimation der Anliegen und Methoden ihrer Figuren zur Hilfe gerufen. Auch die umstrittenere Black Power Bewegung und die Black Panthers Organisation werden in einigen dieser Bücher zelebriert. So verkleidet sich die Hauptfigur von *The Good Kind of Trouble* für Halloween als Black Panther, hängt im Laufe des Buches ein Poster von Tommy Smith und John Carlos an ihrer Zimmerwand auf und hält, wie die beiden protestierenden Olympiasieger von 1968, nach ihrem Schulsieg im 400 Meter Lauf die geschlossene Faust hoch. Auch *The Undefeated*, zelebriert nicht nur die Civil Rights Bewegung, sondern beruft sich auch auf Malcolm X. Das lange illustrierte Gedicht zu Ehren des afroamerikanischen Kämpfer:innendaseins verkündet so z.B. „[This is for] The ones who survived America *by any means necessary*.“ (Alexander, Nelson 2019, ohne Seitenzahl). Die Illustration zeigt eine Schwarze Familie in Sonntagskleidung während der Jahrhundertwende, doch der letzte Teil des Satzes, der durch die kursive Schrift graphisch als Zitat markiert ist, ist eine Referenz an Malcolm X, der die Ideologie der nach seinem Tod gegründeten Black Power Bewegung stark geprägt hat. Die Worte „*by any means necessary*“ stammen ursprünglich aus einer Rede von Franz Fanon, wurden aber fünf Jahre später durch eine Rede von Malcolm X popularisiert. Beide Redner verkünden durch diese Formulierung, dass sie mit allen nötigen Mitteln für ihr Ziel kämpfen werden – notfalls auch mit Gewalt. Auch der Vater von Starr, die Hauptfigur von *The Hate U Give*, beruft sich auf diesen Satz, um seine Tochter dazu zu ermutigen, im Fernsehen die Polizeiversion des Vorfalls, der ihrem Freund das Leben gekostet hat, zu widerlegen. Starrs Vater, der bei Übernahme seines klei-

nen Lebensmittelgeschäfts das Porträt von Martin Luther King über der Theke durch das Bild von Huey Newton, den Mitbegründer der Black Panthers, ersetzt hat, fragt seine Kinder regelmäßig das Zehn-Punkte-Programm ab, das dieser als Richtlinien für die die Black Panthers entworfen hat:

“Point one of the Ten-Point Program. Say it.” My brothers and I learned to recite the Black Panther’s Ten-Pont Program the same way other kids learn the Pledge of Allegiance. “We want freedom”, I say, “We want the power to determine the destiny of our black and oppressed communities. [...] “Point seven” “We want an immediate end to police brutality” I say, “and the murder of black people, other people of color, and oppressed people.” [...] “And what did Brother Malcolm say is our objective?” [...] “Complete freedom, justice and equality” I say, ‘by any means necessary’” [...]. “So why you’re gon’ be quiet?” Daddy asks.“ (Thomas 2018, S. 316)

Hier wird der Kampf gegen Polizeigewalt in einen breiteren Kampf um mehr Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für Afroamerikaner:innen in der US-amerikanischen Gesellschaft eingeschrieben und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass die Forderung nach dem Ende der Polizeigewalt nicht erst mit der Black Lives Matter Bewegung gestartet ist.

Proteste werden auch auf diskursiver Ebene legitimiert. In *The Good Kind of Trouble* erklärt der Vater der Hauptfigur auf ihre Nachfrage hin, ob es nicht illegal sei, die Autobahn zu blockieren, wie es ihre Schwester und andere Demonstranten tun: „Yes [...] Technically. But sometimes you have to do something that’s wrong in some people’s eyes, but is morally right.” (Ramée 2020, S. 266) Das Protestieren durch Blockieren von Straßen wird hier von der elterlichen Autorität legitimiert. Interessanterweise wird in einigen dieser Kinder- und Jugendbücher nicht nur friedlicher Widerstand legitimiert, sondern auch eine gewisse Toleranz gegenüber „riots“ – Ausschreitungen, im Zuge derer es zu Zerstörungen kommt – ausgesprochen. Da wo Martin Luther King einst in seiner Autobiographie schrieb: „You must be willing to suffer the anger of the opponent, and yet not return anger. You must not become bitter. No matter how emotional your opponents are, you must be calm (King: 170)“, wird in *Say her name, A Good Kind of Trouble, The Hate U Give* und *Tyler Johnson Was Here* Wut zu einem zulässigen oder gar ehrenhaftem Gefühl erhoben. Marvin, dessen Zwillingbruder von der Polizei getötet wurde, erinnert sich an die Worte seiner Tante und zieht seine eigenen Schlüsse:

„It’s in this moment that I’m reminded of something Auntie Nicola told me – that life’s not about waiting for the storm to pass, because sometimes it never does – and all of a sudden, I feel waves of emotion

engulfing me. Life is about wading in the rain, in all the storm's fury, holding on to hope, and also becoming one and the same with the storm – getting angry, getting heated, and being the change you want.“ (Coles 2018, S.226).

Die Wut wird hier zum Motor der Veränderung. In anderen Büchern wird sie nicht als Antrieb für gesellschaftlichen Wandel, sondern als Konsequenz von erlittenem Leid gerechtfertigt. So antwortet die Hauptfigur in *A Good Kind of Trouble* einem Schulkamaraden, der fragt, warum die Black Lives Matter Demonstranten so wütend sind: „You'd be angry too if people who looked like you were getting shot for no reason.“ (Ramée 2020, S. 63) Hier wird die Wut der Demonstranten für diesen weißen Schulfreund – und für die Leser:innen – nachvollziehbar gemacht. Auch in *The Hate U Give* werden die Leser:innen dieselbe Wut nachvollziehen und verstehen. Hier identifiziert sich der Lesende mit einer Hauptfigur, die nach der Freilassung des Polizisten, der ihren besten Freund erschossen hat, nur noch Wut verspürt:

“I wanna do something”, I say “Protest, riot, I don't care –“ [...] “Starr, think about this”, Chris says, “That won't solve anything.“ “And neither did talking,” I snap.” I did everything right, and it didn't make a fucking difference [...] They don't give a fuck about us, so fine. I no longer give a fuck.“ “But-“. “Chris, I don't need you to agree” I say, my throat tight. “Just try to understand how I feel. Please?” (Thomas 2018, S. 384)

Diese Bitte, die Wut zu verstehen, auch wenn man sie nicht unbedingt gutheißt, richtet sich hier an Starrs weißen Freund Chris, aber auch an die Leser:innen. Wer darauf wartet, dass diese Wut auf erzähltheoretischer oder diskursiver Ebene geahndet wird, wartet vergebens. Zwar gibt Starr vor ihren Eltern zu, dass das Zurückwerfen der Tränengasgranate auf die Polizei keine gute Idee war, doch ihr Vater ist von dieser Geste heimlich beeindruckt und auch die sonst so strenge Mutter ist ungewöhnlich verständnisvoll. Auch durch den Ablauf der Geschichte wird diese Wut nicht verurteilt. Zwar wird das Lebensmittelgeschäft ihres Vaters während dieser Ausschreitungen zerstört und Starr und ihre Freunde werden dadurch in Lebensgefahr gebracht, doch nicht etwa von randalierenden Demonstrant:innen, sondern von Mitgliedern einer Gang, die es auf ihren Vater abgesehen haben. Hier wird Angie Thomas' Stellung gegenüber weniger friedlichen Protestarten klar. In einem Interview antwortet sie auf die Frage: “Do you think violence is a righteous process to attain progress?” auf folgende Weise:

„I have to go to the Dr. King quote: “A riot is the language of the unheard.” And as somebody who is totally against capitalism, part of me, at times, is like “You know what, burn it all down.” But what does that accomplish? I look at people, too, who are like, “these looters are

causing all this damage,” and I say, let’s look at how much damage big corporations like Amazon are causing by not paying taxes, and other things like that. I think that’s far worse than somebody breaking into a Target. I don’t condone it, but I always understand the anger. I always understand the frustration.“ (Coffey, Thomas 2020)

Das Zitat von Martin Luther King wird auch von Zetta Elliott in ihrem Gedicht „On Being Builders Of A New World“ aufgegriffen (S. 50) Hier bemerkt man einen klaren gesellschaftlichen und kinderliterarischen Diskurswandel: 2015 befürchteten Jason Reynolds und Brandon Kiely noch, ihr Roman wäre zu polemisch, um verlegt zu werden, wenige Jahre später wird die Wut, die auch zu Zerstörung führen kann, von Elliott als Grundlage für eine neue Welt gepriesen. Dies liegt sicherlich daran, dass das gesellschaftliche Bewusstsein für das Problem der rassistischen Polizeigewalt in den letzten Jahren größer geworden ist und spätestens seit den BLM-Protesten nach George Floyds Tod, auch immer mehr öffentliche Stimmen – wie z.B. die von Trevor Noah, dem bekannten Präsentator der Daily Show (Noah 2020) –, die Ausschreitungen zwar nicht gutheißen, doch in den Kontext setzen und, angesichts der systemischen Gewalt, der Schwarze US-Bürger:innen ausgesetzt sind, relativisieren. Ob als Motivation zur Veränderung, oder als einfaches Gefühl, ist Wut zu einem berechtigten Gefühl geworden, das es ernst und wahrzunehmen heißt. In dem Gedicht „Black Lives Matter“ wendet sich Zetta Elliott an „Alicia, Opal & Patrice“ – die Mütter der BLM-Bewegung – und bedankt sich bei ihnen:

„Like alchemists,
You took our shame
And turned it into pride
You made rage respectable again
And showed us how to move
Our bodies as one to occupy
The streets where we are slain“
(Elliott 2020, S. 11)

Dieses offene Zelebrieren der Wut, die Referenz an die Black Power Bewegung, sowie die Duldung materieller Zerstörung im Rahmen der Protestbewegung ist hier als weitere Einschreibung in die Black Lives Matter Bewegung zu deuten: im Gegensatz zu der Civil Rights Bewegung, die zwar auch vor illegalen Aktionen nicht zurückschreckte, aber deren Aktivist:innen mit ihrer „non-violence policy“ eine Politik der „Respektabilität“ („respectability politics“) verfolgten – d.h. dem Wunsch zu beweisen, dass ihre sozialen Werte der der Mehrheitsgesellschaft entsprachen –, bricht, laut Clayton, die Black Lives Matter-Bewegung mit dieser Politik und zögert nicht, die Mainstream-Werte in Frage zu stellen.

Das Legitimieren jeder Form von Protesten geht jedoch in diesen Büchern immer mit einem Warntext vor Hass einher. Auch achten diese Autor:innen darauf, dem Slogan „All cops are bad cops“ entgegenzutreten, indem sie eine positive Polizeifigur einbauen. In *The Hate U Give* ist Starrs Lieblingsonkel Polizist, in *Tyler Johnson Was Here* ist es die Tante und in *All American Boys* ist es der Vater von Rashad, dem Opfer der Polizeigewalt. Dieser ist allerdings keine positive Polizeifigur – der Schwarze Polizist hat Jahre zuvor selbst einen jungen Mann erschossen –, doch sie hilft, die menschliche Seite der Polizist:innen wahrzunehmen. Das Gleiche passiert in *Ghost Boys*, wo die einzig lebende Person, die die tote Hauptfigur sehen und mit ihr kommunizieren kann, die Tochter des Polizisten ist, der den Zwölfjährigen erschossen hat. Auch ihr Vater wird nicht als Monster, sondern als vielschichtiger Charakter dargestellt, der am Ende mit seiner Tochter zusammen die Website über Opfer von rassistischer Polizeigewalt erstellt.

4.4 Bücher als Werkzeugkasten für junge Protestierende

Zusätzlich zu den Demonstrationen wird auch noch eine ganze Palette anderer Methoden vorgestellt, dank denen man seinem Protest Ausdruck verleihen kann. Am Ende des Bilderbuchs *Together We Stand Against Racism. Black Lives Matter* werden Ideen präsentiert, wie man bereits als kleines Kind schon die Protestbewegung unterstützen kann. Auch die Romane zeigen, im Laufe der erzählten Geschichte, Methoden des Protestes. In *Ghost Boys* macht die Tochter des Polizisten, der die zwölfjährige Hauptfigur erschossen hat, schlussendlich eine Webseite auf, auf der sie über Polizeigewalt und systemischen Rassismus aufklärt. Auch Starr, die Hauptfigur von *The Hate U Give*, erstellt einen Blog, auf dem sie an ihren getöteten Freund erinnert. Shayla aus *A Good Kind of Trouble* verteilt schwarze Armbänder, die sie und ihre Schulfreud:innen aus Solidarität mit der Black Lives Matter Bewegung tragen. Nachdem Rashads gewaltvolle Verhaftung ihn für ein paar Tage ins Krankenhaus befördert und ihn so von der Schule entfernt hat, sprayt in *All American Boys* einer seiner Schulkameraden „Rashad is absent today“ auf den Boden des Schulhofes, und der Spruch wird schlussendlich als Hashtag von tausenden von Jugendlichen aufgegriffen. Im Gedicht „How to resist“, gibt Zetta Elliott sogar eine Art Anleitung zum Protestieren:

„march/curse/fume/cry/but save some of your salt/to cure the rage so/
it lasts even longer/ write a poem/write a check/ [...] let it throb/ache/
and break/ over and over again but/ don't harden your heart/ harden
your resolve instead/ most of all/ feel something/ feel something/feel
something.“ (Elliott, S. 12-13)

Das Gedicht, das sich direkt an die Leser:innen richtet, ist eine Art Werkzeugkasten, aus dem diese ihre geeignete Aktionsform auswählen können. So erfüllt sie die Rolle, die Swidler der Kultur in sozialen Bewegungen zuschreibt:

„culture influences action not by providing the ultimate values toward which action is oriented, but by shaping a repertoire or ‘tool kit’ of habits, skills, and styles from which people construct ‘strategies of action’“
(Swidler 1986, S. 273 in Porta 2020, S. 73).

Hier geht also nicht mehr nur darum, den jungen Leser:innen Wissen und Werte zu vermitteln, sondern sie dazu zu ermuntern, die US-amerikanische Aktualität mit einem kritischen Auge zu betrachten und sie zu ermutigen, aktiv gegen rassistische Polizeigewalt und gegen Ungerechtigkeit im Allgemeinen zu protestieren.

5 Schlussfolgerung

Die hier analysierten Kinder- und Jugendbücher thematisieren rassistische Polizeigewalt, weisen auf Probleme wie systemischen Rassismus hin und zeigen die Protestbewegungen, die gegen dieses Problem ankämpfen. Die Proteste werden erklärt, legitimiert, oft auch zelebriert. Diese Bücher schreiben sich alle, mehr oder weniger explizit, in einen Protestdiskurs – und im Fall der meisten Bücher, in die Black Lives Matter-Bewegung – ein. Die Mehrzahl dieser Bücher ruft zudem die jungen Leser:innen zum Protest auf. Dieser Aufruf zum Protest ist im aktuellen gesellschaftlichen und kinderliterarischen Kontext zu betrachten: immer mehr Bücher für Jugendliche, Kinder und sogar für Kleinkinder zelebrieren Protest. Seit dem Erfolg der Serie *Goodnight Stories for Rebel Girls* (Favilli, Cavallo 2016), in der Porträts von Frauen vorgestellt werden, die die Weltgeschichte verändert haben, kommen jedes Jahr reihenweise Bücher heraus, die den Leser:innen Menschen als Vorbilder präsentieren, die sich gegen die bestehende Gesellschaftsordnung erhoben haben. Auch die Klimabewegung, die vor allem von jungen Leuten geführt wird, hat einen neuen Wind in die Demonstrationskultur gebracht und den Verleger:innen gezeigt, dass auch schon junge Kinder sich für gesellschaftsrelevante Themen interessieren und bereit sind, sich dafür einzusetzen. So kommt es, dass immer mehr Bücher, wie z.B. *Sometimes People March* (Allen 2020), Proteste, und in erster Linie Demonstrationen, zelebrieren, und dass viele Werke für Kinder – ungeachtet der Tatsache, dass eine von Erwachsenen, also eine von ‚oben‘ diktierte Protesthaltung dem intrinsischen Prinzip des Protestes widerspricht – konkrete Handlungsimpulse und –anweisungen zu diesem Protest geben.

Doch die Verbindung zwischen afroamerikanischer Kinder- und Jugendliteratur und den Black Lives Matter-Protesten geht über das geschriebene Wort hinaus: so haben Kwame Alexander, Jason Reynolds und Jacqueline Woodson –drei

der wichtigsten zeitgenössischen afroamerikanischen Kinderbuchautor:innen–, zwei Wochen nach George Floyds Tod und im Zuge der weltweiten Black Lives Matter Proteste zu einem „Kid Lit Rallye For Black Lives“ aufgerufen. Auf dieser zweistündigen Online Kundgebung, die sich an ein junges Publikum richtete, hielten ein-und-zwanzig „Kid Lit“⁵-Autor:innen und -verleger:innen kurze Reden, lasen Gedichte, sprachen über systemischen Rassismus und Polizeigewalt, über ihre Träume für eine Zukunft ohne Rassismus und forderten die jungen Zuschauer:innen und ihre Eltern und Lehrer:innen auf, durch Nicht-wegschauen, durch Meinungsäußerung und durch eigenes kreatives Schaffen mitzuhelfen, diese Zukunft zur Realität zu machen. Und spätestens, wenn auf Black Lives Matter-Demos junge Menschen Plakate schwingen, auf denen „The Hate You Give. Why?“ steht, drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass da, wo Musik – und v.a. die freedom songs – eine wichtige Ressource des Civil Rights Movement war (Reed 2019, S. xxii), die Kinder- und Jugendliteratur diese Rolle für die Black Lives Matter Bewegung übernommen hat.

Élodie Malandas Forschungsarbeiten werden von der Alexander von Humboldt-Stiftung gefördert.

5 Die geläufige Abkürzung von „children’s and young adult literature“

Literatur

- Agbebiyi, K. 2020. „One Question: How Have the Black Lives Matter Protests Impacted the Prison Abolition Movement?“ *Progressive*, 10. Dezember 2020. <https://progressive.org/api/content/deafca1a-3b1e-11eb-859d-1244d5f7c7c6/>.
- Alexander, Kwame, und Kadir Nelson. 2019. *The Undefeated*. Illustrated Edition. Boston: Versify.
- Allen, Tessa. 2020. *Sometimes People March*. New York: Balzer + Bray.
- Alter, Alexandra. 2017. „Where Fiction and Reality Collide: Books and Black Lives Matter“. *The New York Times*, 20. März 2017. <https://www.nytimes.com/2017/03/20/books/where-fiction-and-reality-collide-books-and-black-lives-matter.html>.
- Arendt, Hannah. 1959. „Reflections on Little Rock“. *Dissent Magazine*, Winter 1959: 47-58.
- „Authors Visit to Discuss Black Lives Matter, Police Brutality“. 2018. Millersville News. 27. Februar 2018. <https://blogs.millersville.edu/news/2018/02/27/authors-visit-to-discuss-black-lives-matter-police-brutality/>.
- Balman, Martin. « Black Lives Matter movement nominated for ». *The Guardian*, 29 janvier 2021. <https://www.theguardian.com/world/2021/jan/29/black-lives-matter-nobel-peace-prize-petter-eide-norweigan-mp>.
- Ballanger, Françoise. 2002. „La présence du passé. Histoire, mémoire et transmission dans la fiction contemporaine pour les enfants et les adolescents“. *La Revue des Livres pour Enfants*, Nr. 205: 76-85.
- Béhotéguy, Gilles, Christiane Connan-Pintado, und Gersende Plissonneau, Hrsg. 2015. *Idéologie(s) et roman pour la jeunesse au XXIe siècle*. 1 Bde. Modernités (Nantes). Pessac: Presses Universitaires de Bordeaux.
- Bishop, Rudine Sims. 2007. *Free within Ourselves: The Development of African American Childrens Literatures*. London: Heinemann.
- Braswell, Kenneth und Joe Dent et al. 2015. *Daddy, There's A Noise Outside*. Fathers Incorporated.
- Capshaw, Katharine. 2004. *Children's Literature of the Harlem Renaissance. Blacks in the Diaspora*. Bloomington (Ind.): Indiana University Press.
- Casanova, Pascale. 2008 (orig. 1999). *La République mondiale des Lettres*. Le Seuil, Kindle Edition.

- Celano, Marianne und Marietta Collins et al. 2019. *Something Happened in Our Town*. 1. Edition. Washington, DC: Magination Press.
- Charles, Tami und Bryan Collier, *All Because You Matter*. Scholastic, 2020.
- Clayton, Dewey M. « Black Lives Matter and the Civil Rights Movement: A Comparative Analysis of Two Social Movements in the United States ». *Journal of Black Studies* 49, no 5 (2018): 448–480.
- Coffey, Freddie. 2020. „Angie Thomas: We Have to Get Uncomfortable“. *Guernica*. <https://doi.org/www.guernicamag.com/angie-thomas-we-have-to-get-uncomfortable>.
- Coles, Jay. 2018. *Tyler Johnson Was Here*. Little, Brown Books for Young Readers, Kindle Edition.
- Coles, Jay, (Übersetzung Brigitte Hébert). 2018. *My Life Matters*. Vanves: Hachette Romans.
- Craft, Jerry, und Jay Coles. o. J. „Day 19: Jay Coles“. The Brown Bookshelf. Zugegriffen 17. Mai 2021. <https://thebrownbookshelf.com/28days/day-19-jay-coles/>.
- Elliott, Zetta und Loveis Weis. 2020. *Say Her Name: Poems to Empower*. Los Angeles: Disney Publisher Inc.
- Favilli, Elena, und Francesca Cavallo. 2016. *Good Night Stories for Rebel Girls: 100 Tales of Extraordinary Women*.
- Freelon, Dean. 2016. “Beyond the Hashtags. #Ferguson #Blacklivesmatter, and the online struggle for offline justice”, (Report). CMSI. https://cmsimpact.org/wp-content/uploads/2016/03/beyond_the_hashtags_2016.pdf
- Goff, P.A, M.C. Jackson, B.A.L. Di Leone, C.M. Culotta, und N.A. DiTomasso. 2014. „The Essence of Innocence: Consequences of dehumanizing Black children“. *Journal of Personality and Social Psychology*, 106 (4): 526–45. <https://doi.org/10.1037/a0035663>.
- Harris, Salina und J.L. Stovall. 2020. *What Is Black Lives Matter?: A Story for Kids*.
- Jouve, Vincent. *Poétique des valeurs*. Écriture. Paris: Presses universitaires de France, 2001.
- King, Martin Luther Jr. und Clayborne Carson. 2008 (orig. 1998). *The Autobiography of Martin Luther King, Jr.*, Grand Central Publishing. Kindle-Version.

- Manis, Andrew M. 1999. *A Fire You Can't Put Out: The Civil Rights Life of Birmingham's Reverend Fred Shuttlesworth*. University of Alabama Press.
- Marcoïn, Francis, und Christian Chelebourg. 2007. *La littérature de jeunesse*. Paris: A. Colin.
- McDaniel, Breanna J. und Shane Evans. 2019. *Hands Up!* Dial Books for Young Readers.
- Millersville News. « Authors Visit to Discuss Black Lives Matter, Police Brutality », 27 Februar 2018. <https://blogs.millersville.edu/news/2018/02/27/authors-visit-to-discuss-black-lives-matter-police-brutality/>.
- Monmouth University Polling Institute. « Protestors' Anger Justified Even If Actions May Not Be ». *Monmouth University Polling Institute* (blog). Zugriffen am 27 Mai 2021. https://www.monmouth.edu/polling-institute/reports/monmouthpoll_us_060220/.
- Noah, Trevor und KeychildProductions. 2020. *Trevor Noah addressing the protests and rioting*. <https://www.youtube.com/watch?v=1aAZk2r8Amw>.
- Otoo, Sharon Dodua. 2020. *«Dürfen Schwarze Blumen Malen?»: Klagensfurter Rede zur Literatur 2020*. Heyn.
- Porta, Donatella Della, et Mario Diani. 2020. *Social Movements: An Introduction*. 3rd edition. Hoboken, NJ: Wiley-Blackwell.
- Ramée, Lisa Moore. 2020. *A Good Kind of Trouble*. Balzer + Bray.
- Reed, T. V. 2019. *The Art of Protest: Culture and Activism from the Civil Rights Movement to the Present* : Culture and Activism from the Civil Rights Movement to the Present. Minnesota: University of Minnesota Press.
- Reynolds, Jason, und Brendan Kiely. 2015. *All American Boys*. New York: Atheneum/Caitlyn Dlouhy Books.
- Rhodes, Jewell Parker. 2019. *Ghost Boys*. Reprint Edition. Little, Brown Books for Young Readers, Kindle Edition.
- Smith, Katharine Capshaw. 2004. *Children's Literature of the Harlem Renaissance*. Bloomington (Ind.): Indiana University Press.
- Stone, Nic. 2018 (orig. 2017). *Dear Martin*. Reprint Edition. New York: Simon & Schuster.
- Thomas, Angie. 2018 (orig. 2017). *The Hate U Give*. Exclusive Collector's Edition. Walker Books.

- Underlined, und Nic Stone. o. J. „Read Dear Martin by Nic Stone This Martin Luther King Jr. Day“. *Underlined*. Zugegriffen 18. Mai 2021. <https://www.getunderlined.com/read/read-dear-martin-this-martin-luther-king-jr-day>.
- Thomas, Angie and Walker Books. 2017. *The Hate U Give by Angie Thomas - On the Inspiration Behind the Book*. <https://www.youtube.com/watch?v=CorQppCdxEI>.
- Ye Hee Lee, Michelle. 2015. „‘Hands up, Don’t Shoot’ Did Not Happen in Ferguson“. *Washington Post*, 19. März 2015. <https://www.washingtonpost.com/news/fact-checker/wp/2015/03/19/hands-up-dont-shoot-did-not-happen-in-ferguson/>.

Anna Carina Mensch

ArtResist 2021 – Kunst und Widerstand in der Underground-Szene Rio de Janeiros

Gliederung

1	Einleitung.	373
2	Gesellschaftspolitischer und historischer Hintergrund des Projekts	374
2.1	Die „goldene Dekade“ Brasiliens (2003-2013)	374
2.2	<i>Jornadas de junho</i> - die Massenproteste im Juni 2013 als Vorboten der Transformation	375
2.3	Zuspitzung nach der Wahl Jair Bolsonaros zum Präsidenten	376
3	Von glänzenden Zeiten zum Obskurantismus: Die Situation von Kunst und Kultur	377
3.1	Kulturelle Hochphase: Die Jahre 2003-2016	377
3.2	Die Demontage des Kultursektors unter Temer und Bolsonaro (2016-2021)	379
3.3	Zuspitzung in Zeiten der Covid-19-Pandemie	380
4	Ein Zeichen setzen: Das interkulturelle Projekt <i>ArtResist 2021 - Kunst und Widerstand in der Underground-Szene Rio de Janeiros</i> (EXU e.V.)	382
4.1	Zur Entstehung des Projekts und seinen Zielen	382
4.2	Zum Konzept: Kunst und Widerstand bei ArtResist 2021 . .	383
5	Ästhetisch-kulturelle Bewegungen des Widerstands bei <i>ArtResist 2021</i>	384
5.1	Brasilianischer Afrofuturismus in der Fotografie.	385
5.1.1	Afrofuturismus als Werkzeug des Empowerments brasilianischer Künstler:innen	385

5.1.2	Die Fotografie-Serie <i>Ano da justiça</i> (2017) von Sol Shakur und dem Kollektiv Akasha	387
5.2	Das Schwarze Kino der ‚Baixada‘	389
5.2.1	<i>Cineclubes</i> der Peripherie als Wiege von cineastischem Widerstand und Innovation.	389
5.2.2	Der Kurzfilm <i>Kbela</i> (2015) von Yasmin Thayná	391
5.3	Künstlerische Trans:-Identitäten in Rios Underground	393
5.3.1	Trans:-Kunst als Widerstand gegen zunehmende Hetze und transphobe Gewalt	393
5.3.2	Die audiovisuelle Collage von Bruna Kury	394
6	Fazit	396
	Literatur.	398

„Geboren in einer Favela Rio de Janeiro, Schwarz und peripher, begann ich mit elf Jahren zu zeichnen, um der chaotischen Realität zu entkommen, in der ich lebte. Diese Realität war schon immer meine Motivation zum Schaffen, alles um mich herum betrifft mich direkt oder indirekt und das Bedürfnis zu schreien hört nicht auf“ (Bruno Zagri, EXU 2021a).¹

„Die freie und demokratische Kunst und Kultur, die die Gabe haben, uns lebendig und gesund zu erhalten, müssen in einer nahen Zukunft, die von Schatten und Obskurantismus bedroht ist, Gegenstand von Kampf und Widerstand sein“ (Calabre 2020, S.20).

1 Einleitung

Das Zeichnen als Mittel der Flucht aus einer „chaotischen Realität“ – so beschreibt der Schwarze² Künstler und Kunstpädagoge Bruno Zagri aus der Favela Brás de Pina (Rio de Janeiro) seine Aneignung von Kunst im Alter von elf Jahren. Doch Zagri ist kein Eskapist, auch das impliziert die Selbstbeschreibung des bildenden Künstlers in dem abgedruckten Zitat: Vielmehr sind seine kreativen Arbeiten Ausdruck einer konstanten Auseinandersetzung mit der ihn umgebenden sozialen Realität und den krisenhaften politischen Entwicklungen, wie sie sein Heimatland Brasilien in den zurückliegenden fünf Jahren zuletzt durchlebt hat.³

Mit seinem engagierten Schaffen ist Bruno Zagri Teil einer lebendigen Underground-Kunstszene der Metropole Rio de Janeiro, deren Widerstand gegen demokratiefeindliche Entwicklungen in der Politik und die zunehmende Diskriminierung von Minderheiten in den letzten Jahren immens an Bedeutung gewonnen hat: Denn nach einer „goldenen Dekade“ (BMZ 2021) mit rasantem wirtschaftlichem und sozialem Aufstieg zu Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich Brasilien seit mehreren Jahren wieder in einer politisch, wirtschaftlich und sozial extrem angespannten Situation. Spätestens seit der Amtsenthebung der demokratisch gewählten Präsidentin Dilma Rousseff im Jahr 2016 und der Wahl des rechtsextremen, erklärt homophoben Politikers Jair Bolsonaro

1 Dieses Zitat wurde, wie sämtliche aus dem brasilianischen Portugiesisch stammenden Zitate dieses Artikels, von mir selbst übersetzt, A.M.

2 Die Großschreibung des Adjektivs „Schwarz“ wird bewusst gesetzt, um auf „soziale und politische Konstruktionen in einem globalen Machtgefüge“ zu verweisen (Mohamed 2022).

3 Dieser Artikel entstand im Herbst 2021. Er berücksichtigt noch nicht die politischen Entwicklungen seit der brasilianischen Präsidentschaftswahl im Oktober 2022, bei der Luiz Inácio Lula da Silva zum dritten Mal zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

zum Staatspräsidenten 2018 ist die Spaltung der brasilianischen Gesellschaft offensichtlich geworden.

Der künstlerische Widerstand der Underground-Kunstszene Rio de Janeiro steht im Zentrum des Projekts *ArtResist 2021*, das der 2019 gegründete, in Saarbrücken ansässige deutsch-brasilianische Verein für Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung, EXU e.V., im Jahr 2021 in der saarländischen Landeshauptstadt sowie in der virtuellen Welt durchgeführt hat. Im Rahmen dieses Projekts fand zwischen dem 10. Juni und dem 4. Juli 2021 eine Ausstellung mit Werken von vierzig brasilianischen Künstler:innen aus Rio de Janeiro im Garelly-Haus Saarbrücken statt. Wichtiges Kriterium des Vereins bei der Auswahl der künstlerischen Arbeiten waren neben den formalen Aspekten der Digitalität und Medialität in inhaltlicher Hinsicht eine kritische Reflexion sozialer und/oder politischer Missstände und „ein starkes Eintreten für soziale Gleichheit, künstlerische Freiheit, Demokratie und Diversität“ (Mensch 2021, S.11).

In dem vorliegenden Artikel soll beispielhaft beleuchtet werden, welche ästhetischen Ausdrucksformen und Stilmittel die Kunstschaffenden aus Rio de Janeiro wählen und welche Themen und Inhalte auf ihrer Agenda stehen. Im ersten Teil des Beitrags soll jedoch zunächst der gesellschaftspolitische und historische Kontext skizziert werden, in dem die für das Projekt *ArtResist 2021* ausgewählten Künstler:innen agieren.

2 Gesellschaftspolitischer und historischer Hintergrund des Projekts

2.1 Die „goldene Dekade“ Brasiliens (2003-2013)

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde Brasilien in internationalen Medien als Vorzeigemodell für wirtschaftliche und soziale Entwicklung gefeiert. Unter der Präsidentschaft von Luiz Inácio Lula da Silva (2003 bis 2010), Mitglied der Arbeiterpartei *Partido dos Trabalhadores* (PT), hatte die brasilianische Gesellschaft einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg erlebt.⁴ Das südamerikanische „Schwellenland“ (Klein 2014, S.1) entwickelte sich zur sechststärksten Wirtschaftsmacht der Welt, überholte damit die Industrienation Großbritannien (ebd., S.11) und wurde auch in deutschen Medien als „Wirtschaftsmacht der Zukunft“ (Stausberg 2011) bezeichnet.

4 Das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) spricht in Hinblick auf die Jahre 2003-2013 von einer „goldenen Dekade“ des Landes (BMZ 2021).

Eine breite Gesellschaftsschicht profitierte von diesem Aufschwung:

„Eine aktive Politik der Einkommenssteigerung integrierte breite Massen in den Konsumentenmarkt. Die Mindestlöhne wurden um 71 Prozent erhöht, und die Gewerkschaften konnten in praktisch allen Sektoren Lohnerhöhungen durchsetzen [...] Seit 2003 wurden 19 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen, die Arbeitslosigkeit wurde halbiert und der informelle Sektor deutlich reduziert“ (Quiroga Stöllger 2013, S.19-20).

Diverse Sozialprogramme der PT-Regierung (z.B. das Familienbeihilfeprogramm *Bolsa Família*) führten zu einem massiven Absinken des Armenanteils an der Gesamtbevölkerung (ebd., S.20), Millionen Menschen konnten aus der extremen Armut in die Mittelschicht aufsteigen (vgl. auch BMZ 2021). Zu den nennenswerten Entwicklungen in der Regierungszeit der Arbeiterpartei (2003-2016) zählen auch die „angestoßenen Fortschritte bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Schwarzen und Weißen, Heterosexuellen und LGBT-Menschen“ (Costa 2020, S.41). Auch wenn materielle Unterschiede und Machtungleichheit zwischen den genannten Personengruppen nicht verschwanden, führten politische Maßnahmen wie die Einführung ethnosozialer Quotenregelungen an Universitäten, ein umfassendes Programm gegen Homophobie oder Gesetzesänderungen zur Stärkung der rechtlichen, politischen und sozialen Positionen von Frauen, Schwarzen und Angehörigen der LGBT-Gemeinschaft in den Jahren 2003-2014 doch zu erheblichen Verbesserungen der Lebenssituation diverser Minderheiten (ebd.).

2.2 *Jornadas de junho* – die Massenproteste im Juni 2013 als Vorboten der Transformation

Ab dem Jahr 2013 vollzog sich in Brasilien jedoch eine gesellschaftspolitische Kehrtwende, die durch die sogenannten „*Jornadas de junho*“⁵ (Pérez 2021, S. 1) eingeläutet wurde und 2018 in der Wahl des Rechtsextremisten Jair Bolsonaro zum Präsidenten gipfelte. In der Fachliteratur werden zahlreiche Aspekte angeführt, die nach dem Aufschwung der vorangegangenen Jahre im Juni 2013 zu Massenprotesten auf den Straßen brasilianischer Großstädte geführt hätten. Als punktueller Auslöser wird meist auf die Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr der Metropole São Paulo verwiesen. Zur Erklärung der breiten gesellschaftlichen Mobilisierung, die zeitweise Hunderttausende Menschen auf die Straßen führte, ist dieses Motiv jedoch unzureichend. Pérez (2021, S.10-11)

5 In der brasilianischen Fachliteratur, die sich mit den Ereignissen im Juni 2013 befasst, werden neben dem Term *Jornadas de junho* je nach Perspektive auch die Begriffe *Revoltas de 2013*, *Manifestações de 2013* und *Junho de 2013* verwendet (vgl. Pérez 2020, 5).

zufolge war ein Zusammenkommen multipler Faktoren für die Massenbewegung verantwortlich, von den spürbaren Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise über eine grundlegende Repräsentationskrise des politischen Systems bis hin zum Verlust von Privilegien der brasilianischen Elite unter der PT-Regierung.

Im Unterschied zu gängigen Darstellungen in internationalen Medien waren die Massenproteste keineswegs gänzlich „autonom, horizontal und linksgerichtet“ (ebd., S. 11). Auch wenn das linke politische Spektrum und seine Forderungen zunächst eine stärkere Sichtbarkeit hatten, waren unter den Demonstrant:innen bereits im Juni 2013 durchaus auch Anhänger:innen der rechten Parteien mit ihren konservativen Forderungen vertreten. Diese reichten in den folgenden Jahren von dem Ruf nach einem Impeachment der als Nachfolgerin Lula da Silvas erstmals 2010 und dann 2014 wiedergewählten Präsidentin Dilma Rousseff (PT) bis hin zur Unterstützung des ultrarechten Präsidentschaftskandidaten Bolsonaro und seiner Verherrlichung der Militärdiktatur (vgl. ebd.).

Die zunehmende Spaltung der brasilianischen Gesellschaft, die sich in verschiedenen auf 2013 folgenden Protestbewegungen spiegelte, wurde durch die negative wirtschaftliche Entwicklung „sowie Ermittlungen im Rahmen von Korruptionsskandalen, bei denen neben anderen Politiker:innen auch Lula da Silva angeklagt und verurteilt wurde“, befeuert (Costa 2020, S. 41). 2016 wurde Rousseff „im Rahmen eines rechtlich fragwürdigen parlamentarischen Amtsenthebungsverfahrens von der Präsidentschaft zuerst suspendiert und schließlich entlassen“ (ebd.; vgl. auch Vieira Santana 2016). Der konservative und selbst von Korruptionsvorwürfen belastete Vizepräsident Michel Temer begann bei seiner Amtsübernahme unmittelbar damit, soziale Programme zurückzufahren, die Rechte von Arbeitnehmer:innen einzuschränken und die Programme und Ämter zur Förderung von Schwarzen, Frauen und der LGBT-Community zu streichen (ebd., S.41-42). Mit der Wirtschaftskrise stiegen schließlich auch die Arbeitslosigkeit, Armut und Kriminalität wieder an (vgl. BMZ 2021).

2.3 Zuspitzung nach der Wahl Jair Bolsonaros zum Präsidenten

Mit der Wahl des Rechtsextremisten Jair Bolsonaro zum Präsidenten hat sich die Situation seit 2018 noch einmal verschärft. So hat Brasilien in jüngerer Zeit nicht nur wegen der rasant zunehmenden Abholzung des Regenwalds im Amazonas-Gebiet (vgl. Kammer 2020; Alves de Souza 2019), sondern auch aufgrund der fragwürdigen Politik des Präsidenten in Zeiten der Covid-19-Pandemie für Negativ-Schlagzeilen in internationalen Medien gesorgt (vgl. Zilla 2020; Fuccille 2020). Bolsonaro hat die Gefahr der Pandemie nicht nur lange Zeit negiert, sich öffentlich gegen Eindämmungsmaßnahmen gestellt und damit „gravierende sanitäre, soziale und ökonomische Folgen für Bürgerinnen

und Bürger“ ausgelöst (Zilla 2020, S.1).⁶ In einer Kabinettsitzung plädierte er gar persönlich „für den bewaffneten Widerstand der Bevölkerung gegen die Politik des Gesundheitsschutzes in den Bundesstaaten“ (ebd.).

Jair Bolsonaro ist bekannt für seine aggressiven und diskriminierenden Reden, die sich gegen unterschiedlichste Minderheiten richten und den Nährboden für ein gesellschaftliches Klima des Hasses und der Gewalt bereiten (vgl. Alves de Souza 2019, S.5). Seine menschenfeindliche Politik trifft besonders auch die afrostämmige Bevölkerung, die sich alltäglich mit gewaltvollen Rassismuserfahrungen konfrontiert sieht. In Brasilien werden jede Woche Schwarze, oftmals minderjährige Menschen in den Peripherien und Favelas großer Städte wie Rio de Janeiro oder São Paulo von Polizist:innen ermordet oder ‚aus Versehen‘ getötet.

Statistiken zufolge waren im Jahr 2019 75,5% aller in Brasilien ermordeten Menschen „Schwarz“ (vgl. Cerqueira et al. 2019). Hinzu kommt ein struktureller Rassismus, der die brasilianische Gesellschaft seit der Kolonialzeit prägt (vgl. de Paula 2020). Bis heute besteht zwischen *weißen*⁷ und Schwarzen Brasilianer:innen eine extreme Ungleichheit, betrachtet man etwa den Aufbau sozialer, politischer und wirtschaftlicher Organisationen, den Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und Informationen oder die Arbeits- und Einkommensteilung. Starke Einschränkungen erleben seit der Regierungsübernahme Bolsonaros auch Kunst und Kultur. Da diese im Zentrum des vorliegenden Artikels stehen, soll auf die Entwicklungen in diesen Bereichen im Folgenden etwas ausführlicher eingegangen werden.

3 Von glänzenden Zeiten zum Obskurantismus: Die Situation von Kunst und Kultur

3.1 Kulturelle Hochphase: Die Jahre 2003-2016

In Anlehnung an den Soziologen Antonio Rubim hat Brasilien unter der Regierung von Lula da Silva und den Kulturministern Gilberto Gil und Juca Ferreira in den Jahren 2003 bis 2008 „die glänzendste Periode der Kulturpolitik im Land“ (Rubim 2020, S.11) erlebt. Gil und Ferreira riefen in ihrer Amtszeit nicht nur vielfältige Kulturprogramme ins Leben, sondern erhoben auch die Förderung der kulturellen Diversität des Landes zu einem wichtigen Politikum (vgl. ebd., S. 10). Der Schriftsteller und Kunsthistoriker Rafael Cardoso bezeichnet die Ernennung des afrobrasilianischen Sängers und Komponisten Gilberto Gil zum Kulturminister der

6 Bereits im Juni 2020 war Brasilien zum „Epizentrum der Covid-19-Pandemie“ geworden (Zilla 2020, S.1).

7 „*weiß*“ wird kursiv geschrieben, um analog zu „Schwarz“ zu verdeutlichen, dass es um eine soziale Konstruktion geht.

Regierung Lula da Silvas als „machtvolles Bekenntnis zur Diversität“ (Cardoso 2020): „Als einer der ersten afrobrasilianischen Minister in der Geschichte des Landes und Mitglied der kleinen Grünen Partei stand Gil für das Engagement, mit dem sich die regierende Arbeiterpartei (PT) dem Thema Minderheiten widmete“ (ebd.).

Zwar erfuhr die Innovation der Kulturpolitik unter der anschließenden Regierung von Dilma Rousseff (2010-2016) und den Kulturministerinnen Ana de Holanda und Marta Suplicy einen gewissen Dämpfer und das Maß an kulturpolitischen Interventionen wurde heruntergefahren. Dennoch stellte die Kulturpolitik der Arbeiterpartei zwischen 2003 und 2016 „und die breite Beteiligung der Kulturschaffenden das Kulturministerium in einen politischen Horizont [...], der in der Geschichte der Nation noch nie erreicht wurde“ (Rubim 2020, S.11).

Rubim (ebd.) zufolge spiegelte sich der Reichtum dieses kulturpolitischen Engagements später in der mehrheitlichen Haltung des kulturellen Feldes gegenüber den politischen Entwicklungen ab dem Jahr 2016, dem Impeachment (2016), der Übergangsregierung von Michel Temer (2016-2018) und den Ereignissen rund um die Präsidentschaftswahl 2018, die eine rechtsextreme Regierung an die Macht brachte, wider:

„Der größte Teil des kulturellen Feldes hatte klare Positionen bezüglich der Präsidentschaftskandidatur Lulas, seiner skandalösen politischen Inhaftierung, seiner willkürlichen Entfernung aus dem Präsidentschaftsrennen und seiner Ersetzung durch den Kandidaten Fernando Haddad. Die ‚Lula Free‘-Kampagne zum Beispiel erhielt Unterstützung und Beteiligung von einem bedeutenden und repräsentativen Teil der brasilianischen Kulturgemeinde“ (ebd.).

3.2 Die Demontage des Kultursektors unter Temer und Bolsonaro (2016-2021)

Mit der Amtsenthebung Rousseffs und der Machtübernahme des rechtskonservativen Interimspräsidenten Temer erlebte der brasilianische Kultursektor 2016 einen tiefen Einschnitt. So versuchte bereits die Regierung Temer das Kulturministerium auszulöschen, begann mit der Demontage wichtiger Institutionen und Programme der Kulturpolitik, die zwischen 2003 und 2016 eingeweiht worden waren, und führte in einem gesellschaftlichen Klima zunehmender politischer und ideologischer Spaltung Zensurmaßnahmen ein (vgl. ebd.).⁸ Aufgrund des vehementen Widerstands zentraler Akteure aus dem kulturellen Milieu gelang es Temer jedoch nicht, das Ministerium dauerhaft aufzulösen (vgl. Barbalho 2017; 2018).

Mit der Wahl Bolsonaros zum brasilianischen Präsidenten nahm der Abbau des kulturellen Sektors eine neue Dimension an. In einer seiner ersten Amtshandlungen schaffte der Rechtsextremist das Kulturministerium ab und reduzierte es auf ein einfaches Staatssekretariat, das willkürlich zunächst dem Ministerium für Staatsbürgerschaft und dann dem Ministerium für Tourismus unterstellt wurde.⁹ Allein im ersten Jahr seiner Regierungszeit wies die Leitung des Kulturstaatssekretariats vier verschiedene Namen auf. Am problematischsten an der Kulturpolitik der aktuellen Regierung ist deren ideologische Haltung zu Kunst und Kultur, die diesen Maßnahmen zu Grunde liegt:

„Die Bolsonaro-Regierung hat die Kultur zum Feind erkoren, zusammen mit der Bildung, den Wissenschaften, den Künsten, den öffentlichen Universitäten und den Themen, die mit den sogenannten Minderheiten zu tun haben, insbesondere mit den Manifestationen von Gender, Afrobrasilianern, LGBT und Indigenen“ (Rubim 2020, S. 11).

-
- 8 Als Indikator für die zunehmende Einflussnahme rechtskonservativer und moralistischer Strömungen innerhalb der brasilianischen Gesellschaft unter der Regierung Temers kann u. a. die in der zweiten Jahreshälfte 2017 in sozialen Medien entflammte, heftige Polemik rund um die Ausstellung „Queermuseu: Cartografias da Diferença na Arte brasileira“ betrachtet werden. Die Ausstellung sollte eigentlich zwischen dem 15. August und dem 8. Oktober 2017 im Kulturzentrum der Bank Santander in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre stattfinden, wurde aber einen Monat vor dem geplanten Ende aufgrund massiver Proteste aus der Bevölkerung, die ihr Pädophilie, Zoophilie und Blasphemie vorwarfen, geschlossen. Auch der damalige Bürgermeister von Rio de Janeiro, Marcelo Crivella, schloss sich der Empörungswelle an und kündigte an, dass die Kunstschau in Rio de Janeiro nicht gezeigt werden würde, vgl. Carneiro (2018).
- 9 Cardoso zufolge handelte es sich dabei um einen hochsymbolischen Akt: „Denn seit Präsident José Sarney (1985–1990) nach dem Ende der Militärdiktatur das Kulturministerium aus dem vorherigen Ministerium für Bildung und Kultur herausgelöst hatte, spielte es eine zentrale Rolle für die Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft nach 21 Jahren Repression und Zensur. Als bekennender Bewunderer des Militärregimes zeigte Bolsonaro unverblümt, dass er mit der Abschaffung des Kulturministeriums die Uhr zurückzudrehen gedenkt“ (Cardoso 2020).

Der vorübergehende Kulturstaatssekretär Roberto Alvim erklärte mehrmals bei öffentlichen Anlässen, dass das Land in einem Moment des Kulturkampfes lebe und forderte ‚konservative Künstler‘ auf, „ihm beim Bau einer ‚Kriegsmaschine für den Kulturkampf‘¹⁰ zu helfen“ (Cardoso 2020). Im Januar 2020 plagiierte er in einer Ansprache zur Verleihung des Nationalen Kunstpreises gar Passagen aus einer Rede von Joseph Goebbels.¹¹

Die Aushöhlung des brasilianischen Kultursektors hat sich in den zurückliegenden Jahren auch in einer immensen Reduzierung finanzieller Mittel gezeigt, die mit dem von Alvim ausgerufenen ‚Kulturkampf‘ Hand in Hand geht. Der Historikerin Lia Calabre zufolge kämpfte der Kulturbereich Anfang des Jahres 2020 nicht nur gegen die drastische Kürzung von Direktinvestitionen des Bundes durch das neue Kulturstaatssekretariat, sondern auch gegen die Leerung all jener Fördermittel, die dank diverser Fördergesetze wie der ‚Lei Rouanet‘¹² zur Verfügung gestanden hatten (vgl. Calabre 2020, S.9). Mit dem Argument, dass Kunstschaffende (aus dem linken politischen Spektrum) öffentliche Mittel zu ihren eigenen politischen Zwecken und der Verbreitung von dem Land schadenden Ideologien missbrauchen würden, wurden diese Fördermaßnahmen zunehmend reduziert.

3.3 Zuspitzung in Zeiten der Covid-19-Pandemie

Nochmals zugespitzt hat sich die Situation brasilianischer Kulturschaffender in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Obgleich es sich bei dem Kultursektor um einen der am härtesten von Maßnahmen der sozialen Isolation betroffenen Bereiche handelt,¹³ blieb der Staat hinsichtlich finanzieller Unterstützungsprogramme vollkommen immobil: „Es herrscht eine vollkommene (und absichtliche?) Lähmung in der Bundesregierung! Nach mehr als sechzig Tagen Quarantäne wurden keinerlei Ressourcen für Notfallmaßnahmen im Kulturbereich angedacht oder bereitgestellt“ (Calabre 2020, S.12-13).

10 Niklas, Jan; Giannini, Alessandro; Maia, Gustavo. 2019. Roberto Alvim convoca ‚artistas conservadores‘ para criar uma ‚máquina de guerra cultural‘. *O Globo*, 18. Juni 2019

11 Wörtlich sagte Alvim: „Die brasilianische Kunst des nächsten Jahrzehnts wird heroisch sein und sie wird national sein oder sie wird nichts sein“. Aufgrund der massiven Empörung auf nationalem und internationalem Niveau wurde der Kulturstaatssekretär anschließend entlassen. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass der von ihm ausgerufene ‚Kulturkampf‘ zahlreiche Anhänger nicht nur innerhalb der Regierung, sondern auch in der Gesellschaft gefunden hat (vgl. Cardoso 2020).

12 Umgangssprachliche Bezeichnung für das seit 1991 in Brasilien existierende Kulturfördergesetz, „Lei Federal de Incentivo à Cultura“ (Lei n° 8.313).

13 Zilla verweist darauf, dass es ein koordiniertes Krisenmanagement in der Pandemie in Brasilien nicht gab. Maßnahmen der sozialen Isolation wurden gegen den Willen des Staatspräsidenten insbesondere von den Gouverneuren der Bundesstaaten verordnet (vgl. Zilla 2020, S.4).

Angesichts der staatlichen Untätigkeit begann ein Teil des kulturellen Feldes sich selbst zu organisieren und auf verschiedenen Regierungsebenen Unterstützung zu suchen. Einzelne Maßnahmen, beispielsweise eine öffentliche Ausschreibung für virtuelle Kunstprojekte, wurden alsbald auf lokaler und kommunaler Ebene ins Leben gerufen (vgl. ebd., S. 13-14).¹⁴ Engagierte Kunst- und Kulturschaffende suchten darüber hinaus die Unterstützung von Parlamentarier:innen, um rechtliche Grundlagen für den Erwerb eines Mindesteinkommens für Künstler:innen in Zeiten des öffentlichen Ausnahmezustands zu schaffen. Diese Bemühungen zeigten schließlich sogar Erfolg: Mit der „Lei de Emergência Cultural Aldir Blanc“ wurde ein kulturelles Notstandsgesetz auf den Weg gebracht, das eine finanzielle Grundsicherung für Beschäftigte des Kultursektors garantieren soll. Calabre zufolge verstrich bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes jedoch viel zu viel Zeit, in der zahlreiche Kulturarbeiter des Landes ohne jegliches Einkommen mit dem reinen Überleben kämpften. Die brasilianische Bundesregierung habe dabei nicht nur untätig zugesehen, sondern ihre Demontage der föderalen Kulturinstitutionen auf den unterschiedlichsten Ebenen fortgesetzt (vgl. ebd. S. 19). Auch wenn sich dank der „Lei Aldir Blanc“ neue Möglichkeiten für brasilianische Kunstschaftende ergeben haben, ist die Ernsthaftigkeit ihrer Lage angesichts der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Brasilien und den Folgen der Covid-19-Pandemie in dem Land nicht zu unterschätzen.

Die stärksten Auswirkungen spüren jene Künstler:innen, die immer schon auf sich alleine gestellt sind und für die die Kunst ein Mittel des Überlebens darstellt: Marginalisierte, meist afrostämmige Künstler:innen aus armen Randgebieten, deren Bühne die Straße ist, denen nur geringe Ressourcen zur Verfügung stehen und die auf keinerlei institutionelle Unterstützung zurückgreifen können. Ihr kreatives Schaffen stellt nicht nur ein wichtiges Zeugnis des aktuellen sozialen und politischen Geschehens dar, sondern zugleich eine Form des Widerstands gegen eine Politik der Repression, Diskriminierung und des Rassismus.

Um die künstlerische Arbeit dieser Menschen zu unterstützen, hat EXU e.V. das Projekt *ArtResist 2021 – Kunst und Widerstand in der Underground-Szene Rio de Janeiros* ins Leben gerufen.¹⁵ Im folgenden Kapitel soll zunächst kurz auf die Entstehung und die Ziele dieses Projekts eingegangen werden, ehe die Inhalte näher beleuchtet werden.

14 „Obwohl einige Bundesstaaten Notfallmaßnahmen für das Gebiet ergriffen haben, können wir am Beispiel des Bundesstaates Rio de Janeiro feststellen, dass sie bei weitem nicht einen bedeutenden Prozentsatz des Sektors betreffen“ (Calabre 2020, S.19)

15 Mehr Informationen zu dem Verein, seinen Zielen und Inhalten: <http://www.exu-ev.de/ueber-exu.html> Zugriff: 06.10.2021.

4 Ein Zeichen setzen: Das interkulturelle Projekt *ArtResist 2021 – Kunst und Widerstand in der Underground-Szene Rio de Janeiros* (EXU e.V.)

4.1 Zur Entstehung des Projekts und seinen Zielen

Vor dem Hintergrund der dargestellten politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in Brasilien entstand bei den Mitgliedern von EXU e.V. im vergangenen Jahr der Wunsch, eine alternative Künstler:innen-Szene aus Rio de Janeiro zu unterstützen und ihrem engagierten Schaffen eine Plattform zu bieten. Der Verein wollte

„Akteur:innen zu Wort kommen lassen, die von der aktuellen Politik der Exklusion besonders betroffen sind: Unabhängige, überwiegend afrobrasilianische Künstler:innen, die in ihren Arbeiten explizit auf soziale, politische und ökologische Problemlagen Bezug nehmen und für soziale Gleichheit, künstlerische Freiheit, Demokratie und Diversität eintreten“ (Mensch 2021, S.10).

Zugleich sollte damit der Diskriminierung und dem Rassismus entgegengewirkt werden, dem diese jungen Menschen in Brasilien oft ausgesetzt sind, und sie sollten in ein internationales Netzwerk mit Kulturschaffenden aus Deutschland eingebunden werden. Dadurch sollte ihnen ein Rahmen geboten werden, um ihre kreativen Arbeiten einem größeren Publikum zu zeigen und deren problematischen Entstehungskontext zu thematisieren.

Dem Publikum in Deutschland sollte mit *ArtResist 2021* ein authentischer Einblick in eine engagierte Underground-Kunstszene einer der größten und bekanntesten Metropolen des südamerikanischen Kontinents gegeben werden. Zudem sollte ihm die Möglichkeit eröffnet werden, in direkten Austausch mit den brasilianischen Künstler:innen zu treten, sie zu ihrem Schaffen zu befragen und dadurch neue Einblicke in aktuelle politische und soziale Prozesse in Lateinamerika zu gewinnen.

Auf einer Metaebene sollte im Kontakt mit den Akteur:innen aus Brasilien das gesellschaftskritische Potenzial von Kunst in einer Situation zunehmender (staatlicher) Gewalt und Intoleranz beleuchtet werden. Was zeichnet Kunst als Werkzeug des politischen Widerstands aus? Welche Kunstformen, ästhetischen Mittel und Stilrichtungen werden dazu verwendet? Und welche Themen stehen im Zentrum des Widerstands marginalisierter brasilianischer Künstler:innen aus dem Großraum Rio de Janeiro? Um diese Fragen, die im Mittelpunkt des Projekts *ArtResist 2021* standen, auch im weiteren Verlauf des Artikels zu reflektieren, soll zunächst in aller Kürze ein theoretischer Blick auf die Verbindung von Kunst und politischem Widerstand geworfen werden.

4.2 Zum Konzept: Kunst und Widerstand bei *ArtResist 2021*

In dem Projekt *ArtResist 2021* wird Kunst als ein demokratisches, allen Menschen in einer Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Bildungsniveau, ihrem Einkommen, ihrer sozialen Position und ihrer sexuellen Identität grundsätzlich zugängliches Mittel betrachtet, um in kritischer Weise Stellung zu politischen Entscheidungen oder gesellschaftlichen Missständen zu beziehen und sich diesen öffentlich zu widersetzen.

Dieser Definition zufolge, die sich bewusst von einem elitären Verständnis abgrenzt, besitzt Kunst ein emanzipatorisches, wenn nicht gar revolutionäres Potenzial, herrschende Verhältnisse zu bekämpfen und zu überwinden (vgl. Bogerts 2017, S. 17). Als subjektives und politisches Ausdrucksmittel zugleich gibt sie auch jenen Menschen eine Stimme, die aus historischen Gründen oder aufgrund rezenter politischer Entwicklungen eine marginale Stellung im sozialen Gefüge einnehmen und sonst ungehört bleiben würden. Kunst ist in diesem Sinne aufs Engste nicht nur mit politischem Aktivismus, sondern auch mit *Empowerment* verknüpft.¹⁶

Die Beziehung von Kunst und Aktivismus ist der Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin Bogerts zufolge bi-direktional:

„Viele historische und aktuelle Beispiele zeigen, dass sich politische Akteure ‚von unten‘ immer wieder künstlerischer Mittel bedienen, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und Menschen zu mobilisieren. Andererseits werden auch Künstler:innen – einzeln oder als Gruppe – politisch aktiv“ (2017, S.7).

Eine aktuelle Bezeichnung, die dieses Wechselverhältnis zum Ausdruck bringt und „zeigt, dass sich längst eine Hybrid-Form zwischen Kunst und Aktivismus etabliert hat“ (ebd.), ist der Terminus ‚Artivismus‘.

Artivismus bezeichnet „für viele Aktivist:innen eine neue Art, kämpferisch und ästhetisch zugleich gegen Krieg, Ökonomisierung des Alltagslebens, Vertreibung aus dem öffentlichen Raum aktiv zu werden, kurz: mit politischen und künstlerischen Mitteln einen Kampf für das gute Leben zu führen“ (Schmitz 2015, 9). Dabei findet Artivismus auf einem „Kontinuum zwischen Kunst und Aktivismus statt“ (ebd., S.10):

¹⁶ „Der Begriff Empowerment steht heute für alle solchen Arbeitsansätze und Projekte, die die Menschen zur Entdeckung der eigenen Stärken ermutigen und ihnen Hilfestellungen bei der Aneignung von Selbstbestimmung und Lebensautonomie vermitteln wollen. Ziel der Empowerment-Projekte ist es, die vorhandenen (wenn auch vielfach verschütteten) Fähigkeiten der Menschen zu kräftigen und Ressourcen freizusetzen, mit deren Hilfe sie die eigenen Lebenswege und Lebensräume selbstbestimmt gestalten können“ (Herriger 2015, S.22).

„An einem Ende des Kontinuums die *Kunst*: Artist:innen nutzen Sprache und Medien der Kunst, um Straße und Alltag neu zu gestalten und zu konfigurieren und ihre Botschaften ästhetisch zu formen und zu präsentieren. Am anderen Ende des Kontinuums die *soziale Aktion*: Agitation, Kampf für Menschenrechte, für Bleiberecht, gegen Ausgrenzung und Armut“ (ebd.).

Widerstand mit künstlerischen Mitteln kann sich auf verschiedenen Ebenen manifestieren (vgl. Bogerts 2017, S.13). Im vorliegenden Artikel soll, analog zur Ausstellung *ArtResist 2021* selbst, insbesondere die inhaltliche und ästhetische Ebene fokussiert werden – auch wenn in Hinblick auf einige künstlerische Arbeiten der Ausstellung beispielsweise die Analyse der rechtlichen Ebene sicher ebenfalls interessant wäre. Da es sich bei vielen *ArtResist 2021*-Künstler:innen um Menschen handelt, die sich die Kunst in autodidaktischen Prozessen zu Eigen gemacht haben und deren subjektive Erfahrungen konstitutiv für ihr künstlerisches Schaffen sind, spielt auch die Ebene der produzierenden Akteur:innen eine wichtige Rolle.

5 Ästhetisch-kulturelle Bewegungen des Widerstands bei *ArtResist 2021*

Die in der Ausstellung *ArtResist 2021* präsentierten Werke von insgesamt vierzig brasilianischen Kunstschaffenden aus der Metropole Rio de Janeiro und ihren Peripherien kommen aus den Bereichen Fotografie, Videokunst, Kurz- und Dokumentarfilm, Performance und Musik.¹⁷ In thematischer, ästhetischer und/oder formaler Hinsicht haben sich trotz großer Varietät im Zuge des Auswahlprozesses einige Tendenzen herauskristallisiert.

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden auf drei ästhetisch-kulturelle Bewegungen des Widerstands in der aktuellen brasilianischen Gesellschaft eingegangen werden, die in der Ausstellung *ArtResist 2021* gezeigt wurden:

17 Ein Großteil der Kunstwerke wurde im Rahmen einer von EXU e.V. über soziale Medien im Großraum Rio de Janeiro verbreiteten Ausschreibung aus ca. 300 Bewerbungen ausgewählt. Dank diverser Fördermittel konnten fünfzehn der insgesamt vierzig Künstler:innen prämiert werden. Ein formales Auswahlkriterium der Kurator:innen war die Digitalität der Arbeiten, da ein Antransport physischer Objekte wie Gemälde oder Skulpturen aus Brasilien dem jungen Verein nicht möglich war. In inhaltlicher Hinsicht war „der erkennbare kritische Bezug auf gesellschaftliche und politische Missstände und ein starkes Eintreten für soziale Gleichheit, künstlerische Freiheit, Demokratie und Diversität“ (Mensch 2021, S.11) ein entscheidendes Kriterium. Mit diesem inhaltlichen war z.T. auch ein soziales Kriterium verknüpft, da, wie bereits das Zitat des Künstlers Bruno Zagri eingangs gezeigt hat, die eigene Betroffenheit oftmals ein wichtiger Motor für das Schaffen aktivistischer Kunst ist und es zudem ein Anliegen der Kurator:innen war, besonders marginale Künstler:innen zu unterstützen.

1. Die brasilianische Ausprägung des Afrofuturismus als einer selbstbewussten und zukunftsweisenden ästhetischen Bewegung zur künstlerischen Selbstaffirmation afrobrasilianischer Identität.
2. Das Schwarze Kino der *Baixada*, als einer engagierten Bewegung junger Filmemacher:innen und Schauspieler:innen aus der sozial stark benachteiligten Vorstadtregion Baixada Fluminense im Norden Rio de Janeiros.
3. Künstlerische Trans:-Identitäten in Rios Underground.

In den einzelnen Kapiteln zu den drei Bewegungen wird im Folgenden jeweils nach dem gleichen Prinzip verfahren: Zunächst erfolgt eine allgemeine Einführung in die spezifische ästhetisch-kulturelle Bewegung und danach eine exemplarische Analyse von je einer künstlerischen Arbeit, der einige Informationen zu dem:der jeweiligen Künstler:in bzw. der Künstler:innen-Kollektiv vorangestellt werden.

5.1 Brasilianischer Afrofuturismus in der Fotografie

5.1.1 Afrofuturismus als Werkzeug des Empowerments brasilianischer Künstler:innen

Eine Ästhetik, derer sich mehrere Künstler:innen und Kollektive in ihren für *ArtResist 2021* eingereichten Werken bedienen, ist der Afrofuturismus. Dabei handelt es sich um eine künstlerische Bewegung, die sich in kritischer Weise mit der westlich geprägten, *weißen* Science-Fiction auseinandersetzt, gleichermaßen Elemente von ihr in sich aufnimmt und sie transformiert.

Eingeführt wurde der Begriff 1994 von dem amerikanischen Autor und Kulturkritiker Mark Dery. In seinem Essay „Black to the Future“ wirft er die Frage auf, warum nur so wenige Afroamerikaner Science-Fiction verfassen – würde sich das Genre, in dessen Zentrum die Begegnung mit dem Anderen, dem Fremden und Außerirdischen, steht, doch bestens eignen, um die Belange von Afroamerikaner:innen zu illustrieren:

„They inhabit a sci-fi nightmare in which unseen but no less impassable force fields of intolerance frustrate their movements; official histories undo what has been done to them; and technology, be it branding, forced sterilization, the Tuskegee experiment, or tasers, is too often brought to bear on black bodies“ (Dery 1994, S.179).

In Anlehnung an die Kunsthistorikerin Berghausen ist Afrofuturismus mehr als eine Schwarze Aneignung eines *weißen* Genres: Er ist als eine „Widerstandsbewegung zu verstehen, die gänzlich neue Science-Fiction-Welten erfindet“ (Berghausen 2018).

Afrofuturistische Künstler:innen lehnen sich bewusst gegen Vorstellungen auf, nach denen *weiße* Männer die Zukunft gestalten. In den von ihnen erschaffenen Welten sind soziale Missstände und Rassismus überwunden, Schwarze nehmen gleichberechtigte Stellungen in der Gesellschaft ein (vgl. Womack 2013). Dabei nehmen die Kulturschaffenden oftmals auch Bezug zu ‚ihren‘ afrikanischen Wurzeln und den historischen Erfahrungen der Diaspora, zu verschütteten Traditionen, außer-okzidental Kosmologien, Ästhetiken und kulturellen Praktiken. Im Unterschied zur westlichen Science-Fiction, die solche Elemente vollkommen ausblendet und durch „silbrig-glänzende Robotikelemente“ (Berghausen 2018) ersetzt, sind oftmals „landestypische Trachten, Architektur oder Landschaften ein Merkmal“ (ebd).

In Brasilien findet die Bewegung des Afrofuturismus seit dem Jahr 2015 immer mehr Widerhall. Damals fand in der Metropole São Paulo das erste afrofuturistische Festival „Mostra Afrofuturismo: Cinema e Música em uma Diáspora Intergalática“ (dt. „Africanfuturistische Schau: Kino und Musik in einer intergalaktischen Diaspora“) statt (vgl. CAIXA Cultural 2015). Wie auch mehrere Bewerbungen für *ArtResist 2021* belegen, ist die Stilrichtung seither für eine junge Generation Schwarzer Künstler:innen in Brasilien zu einem wichtigen Werkzeug des Empowerments und der Selbstaffirmation geworden (vgl. Freelon 2018). Afrofuturismus bedeutet für sie, sich bewusst von einer gewaltsamen Vergangenheit der Sklaverei, des Rassismus, Klassismus und der Europabezogenheit abzugrenzen und starke Zukunftsvisionen zu entwerfen (vgl. ebd.). Dabei kommt es immer wieder auch zur Verknüpfung von Technologie und traditionellen Elementen afrobrasilianischer Kultur und Religion (vgl. Travae 2019). Gerade die historisch diskriminierte Religion ‚Candomblé‘ (vgl. u. a. Hofbauer 2002, S.128), die in einem gesellschaftlichen Klima der Polarisierung in jüngster Zeit wieder verstärkt Gegenstand „religiöser Intoleranz und folglich [von] religiöse[m] Rassismus“ (Sant’Anna de Medeiros und Souza Silva 2020, S.129) geworden ist, findet als wichtiges Element Schwarzer brasilianischer Identität und Tradition kulturellen Widerstands Eingang in afrofuturistische Werke brasilianischer Herkunft (vgl. auch Freelon 2018). Dies ist auch der Fall in der Fotografie-Serie *Ano da justiça* (dt. Jahr der Gerechtigkeit) von Sol Shakur und dem Kollektiv *Akasha*, die im Rahmen von *ArtResist 2021* zwischen dem 10. Juni und dem 4. Juli 2021 im Garely-Haus Saarbrücken gezeigt wurde und als starkes Beispiel für künstlerischen Widerstand gegen Rassismus und Umweltzerstörung in Brasilien im Folgenden näher beleuchtet wird.¹⁸

18 Neben den Fotografien von Sol Shakur und dem Kollektiv *Akasha* wurde für die Ausstellung u.a. auch eine afrofuturistische Videokunst-Serie des Kollektivs „Iroko“ ausgewählt (vgl. artresist.org). Darin werden neben visuellen auch akustische Stilmittel für afrofuturistische Inszenierungen diverser Candomblé-Gottheiten eingesetzt.

5.1.2 Die Fotografie-Serie *Ano da justiça* (2017) von Sol Shakur und dem Kollektiv Akasha

„Artquilombamento“ als afrobrasilianischer Artivismus: Sol Shakur und das Kollektiv Akasha

Sol Shakur ist eine transsexuelle Künstlerin und Kulturproduzentin aus Rio de Janeiro, die sich selbst als „Artivista“¹⁹ bezeichnet: „Ich setze Kunst als Instrument für politische Veränderungen in der Gesellschaft ein“ (EXU 2021b). Dabei agiert sie bewusst nicht als Einzelkämpferin, sondern lädt „Kunstschaffende, die bisher selbstständig gearbeitet haben, zur Zusammenarbeit ein“ (ebd.).

Zur Bezeichnung für diesen kollektiven Schaffensprozess verwendet sie einen Neologismus: ‚Artquilombamento‘. Die Wortverschmelzung des portugiesischen Begriffs ‚arte‘ (Kunst) mit dem aus den afrikanischen Bantusprachen Kikongo und Kimbundu stammenden Begriff ‚Quilombo‘ bzw. ‚Quilombamento‘ verweist auf eine enge, historische Verknüpfung von Kunst und dem Widerstand der Schwarzen brasilianischen Bevölkerung gegenüber ihren *weißen* Unterdrücker:innen.²⁰ Sol Shakur zufolge spielte die Kunst in den Quilombos eine wichtige Rolle: „Bereits als es noch kein Papier und keine akademische Ausbildung gab, wurde die Kunst als Werkzeug und insbesondere als Kommunikationsmittel genutzt. Mit ‚Artquilombamento‘ möchte ich daran erinnern“ (EXU 2021b).

Vor diesem Hintergrund gründete die Künstlerin *Akasha*, ein im Zentrum Rio de Janeiros ansässiges Künstler:innen- und Kulturproduzent:innen-Kollektiv, dem insbesondere Schwarze und Vertreter:innen der LGBTQI+-Kunst- und Kulturszene angehören. Die Organisationsform des Kollektivs soll den Beteiligten, die als Angehörige diverser Minderheiten auf dem nach wie vor sehr elitär geprägten brasilianischen Kunstmarkt oft keine Chance haben, eine stärkere Rezeption und damit auch einen Zugewinn an gesellschaftspolitischer Einflussnahme und Macht verschaffen.

Die afrofuturistische Fotografie-Serie Ano da justiça (2017)

Die Serie *Ano da justiça* (dt. Jahr der Gerechtigkeit) umfasst vier Fotografien mit afrofuturistischen Darstellungen der Gottheiten (*Orixás*) Xango, Iansá und Exú der afrobrasilianischen Religion Candomblé.

19 Bei der Bezeichnung ‚artivismo‘ handelt es sich um die portugiesische Entsprechung des Terminus ‚Artivismus‘ (vgl. Schmitz 2015), der sich aus den Begriffen ‚arte‘ und ‚ativismo‘ zusammensetzt (vgl. ArtResist 2021).

20 Die Bezeichnung ‚Quilombo‘ wird in Brasilien für jene Gemeinden verwendet, die zur Zeit des Kolonialismus von aus der Sklaverei geflohenen Schwarzen gegründet wurden und die damit als historisches Beispiel für den erfolgreichen Widerstand der Schwarzen Bevölkerung des Landes gegenüber den *weißen* Kolonisatoren betrachtet werden können (vgl. Schmitt et al. 2002).

Im Zentrum der Fotos stehen die fast nackten und stark ästhetisierten Körper Schwarzer Protagonist:innen, die die genannten Orixás personifizieren und sich inmitten einer ariden Naturlandschaft aus rotem Lehm und einer stark verdorrten Vegetation befinden.

Die zeitlose natürliche Umgebung steht im Kontrast zur futuristischen Erscheinung der Orixás. So verweisen diverse Symbole zwar eindeutig auf traditionelle Repräsentationsformen der afrikanischen Götter: eine Körperbemalung mit archaischen Schriftzeichen auf Prozesse der Initiation, die in der Kleidung wie der Umgebung omnipräsente rote Farbgebung auf das durch Xango und Iansá repräsentierte Element Feuer, ein Kopfschmuck mit Fransen aus Perlen auf die traditionelle Krone der Göttin Iansá. Doch im Unterschied zu herkömmlichen Darstellungen sind die Orixás von Sol Shakur mit Accessoires geschmückt, die aus recycelten Abfallprodukten der Konsumgesellschaft produziert und mit einem modernen Afropunk-Stil kombiniert sind: Sie tragen Schmuck aus vergoldeten Aluminiumfolien, ‚Sonnenbrillen‘ aus Filmrollen, blondierte Kurzhaar- und Dreadlock-Frisuren.

Die Darstellung der afrikanisch stämmigen Gottheiten kann in mehrfacher Hinsicht als widerständige künstlerische Ausdrucksform verstanden werden: Allein die starke Ästhetisierung Schwarzer Menschen, die in selbstbewussten Posen, aus einer Aufsicht, erigierten Hauptes und mit geradem Blick in die Kamera fotografiert sind, würde genügen, um von Angehörigen der herrschenden *weißen* Klasse in Brasilien als Offensive wahrgenommen zu werden.²¹

Potenziert wird das widerständige Potential der Fotografien dadurch, dass diese Schwarzen Protagonist:innen mit ihrem menschlichen Antlitz Deitäten repräsentieren – eine Darstellung, die von vielen Menschen in der mittlerweile stark evangelikal geprägten brasilianischen Gesellschaft möglicherweise als Blasphemie empfunden wird.

Im Candomblé ist die menschliche Inkorporation von Göttern im Rahmen bestimmter Kulte ein charakteristisches Element (vgl. Hofbauer 2002, S.127). Auch deshalb wurde die mit der Verschleppung von Tausenden Menschen aus Westafrika ‚importierte‘ Religion lange „von der katholischen Kirche als Aberglauben oder diabolisches Machwerk verurteilt und von der Polizei als sittenwidrig und Bedrohung für die gesellschaftliche Ordnung verfolgt“ (ebd.).²² Trotz seiner historischen Verfolgung seit der Kolonialzeit und der andauernden

21 Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, worauf Freelon (2018) verweist: Ihr zufolge nehmen Schwarze im visuellen öffentlichen Raum Brasiliens, sei es in Film, Fernsehen oder Werbung, nach wie vor selten Hauptrollen ein, obgleich sie deutlich mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen.

22 Heute sind es insbesondere die Anhänger der christlichen Freikirchen, die den Candomblé diskriminieren und in ihm einen Dämonenkult sehen (vgl. Leuschner 2016, S. 72).

Diskriminierung seiner Adepten hat der Candomblé als kulturelles Erbe der Yoruba bis heute in Brasilien überlebt. Daher kann die Religion, auf die sich das Kollektiv *Akasha* bezieht, an sich bereits als Inbegriff von „kulturellem Widerstand“ (Bastide 1985, S.382 ff.) der afrobrasilianischen Bevölkerung betrachtet werden.

Als Ausdruck des Widerstands kann vor dem Hintergrund der starken Landflucht, Urbanisierung und Industrialisierung sowie der damit einhergehenden Umweltzerstörung in Brasilien auch die enge Verbundenheit der Candomblé-Götter mit der sie umgebenden Natur verstanden werden. So werden die Orixás durch ihre Platzierung zwischen hohen Gräsern, von denen sie umschlossen sind, oder ihre Inszenierung in nackten Posen, in denen sie geradezu mit der Erde zu ‚verschmelzen‘ scheinen, als integraler Bestandteil derselben repräsentiert.²³ Als Kräfte der Natur – Xango und Iansá repräsentieren der Mythologie zufolge die Elemente Feuer und Luft und sind verantwortlich für Donner und Blitz, Wind und Sturm – haben sie die Macht, alles Menschliche und Menschengemachte zu zerstören und zugleich als Hüter wie als Rächer der Natur in Erscheinung zu treten. Ihr Auftreten in einer vom menschengemachten Klimawandel zerstörten Naturlandschaft kann daher angesichts des Titels der Fotoserie, „Jahr der Gerechtigkeit“, auch als Warnung verstanden werden – eine Botschaft, die im Hinblick auf die Umweltpolitik der Regierung Bolsonaro aktueller denn je ist. Ihre äußere Erscheinung, die Ausdruck einer kreativen Wiederverwendung von Abfallprodukten der Konsumgesellschaft und ihrer Transformation in Schmuck ist, kann jedoch zugleich wegweisende Symbolkraft für die Zukunft haben.

5.2 Das Schwarze Kino der *Baixada*

5.2.1 *Cineclubes* der Peripherie als Wiege von cineastischem Widerstand und Innovation

Als eigene Bewegung künstlerisch-kulturellen Widerstands gegen sozialen Ausschluss und Rassismus in der Metropolregion Rio de Janeiro kann auch das Schwarze Kino der *Baixada* betrachtet werden, das mit drei ausgewählten Werken an der Ausstellung *ArtResist 2021* beteiligt war. So hat sich in der historisch stark benachteiligten Region *Baixada Fluminense* im Norden der Stadt Rio de Janeiro, die seit langem von sozialen Problemen, Armut und (Polizei-)Gewalt gekennzeichnet ist (vgl. Füchtner 1991, S.158; 218), in den letzten zwanzig Jahren eine lebendige Filmszene mit vielen engagierten (Nachwuchs-)Cineasten, Regisseur:innen, Schauspieler:innen und Produzent:innen entwickelt. Ihr vielfältiges Schaffen kommt in dem selbstbewussten Manifest „Die *Baixada* filmt“ (*Manifesto a baixada filma*) zum Ausdruck:

23 Diese Darstellung der Gottheiten als Teil der Natur korrespondiert mit traditionellen Auffassungen, denen zufolge Orixás u.a. als Naturkräfte auftreten (vgl. Hofbauer 2002, S.133).

„Die Baixada verwandelt das Stigma in Kunst und in dieser Stimmung, mit Leidenschaft und Blut in den Augen, hat sich die audiovisuelle Produktion in der Region in den letzten Jahren stark entwickelt, mit der Tätigkeit von Filmclubs, mit der Produktion von Kurz-, Mittel- und Langfilmen, mit nationalen und internationalen Festivals, potenten Workshops, coolen Videoclips, Aufmerksamkeit erregenden Youtubern, Produktionsfirmen, die mit verdoppelter Begeisterung arbeiten“ (baixadafilma.com.br)

Die Ursprünge der Cineasten-Bewegung der *Baixada* liegen in einer Reihe der erwähnten Filmclubs bzw. *Cineclubes*, wie dem *Cineclube Buraco do Getúlio* in Nova Iguaçu oder dem *Cineclube Mate com Angu* in Duque de Caxias, die angesichts der großen sozialen Probleme und dem mangelnden kulturellen Angebot in der Region um die Jahrtausendwende von kinoaffinen jungen Menschen ins Leben gerufen wurden.²⁴ Orientiert an dem gleichnamigen französischen Modell (vgl. Mitry 1987), handelt es sich bei den *Cineclubes* um Orte, an denen sich ein filminteressiertes Publikum zum gemeinsamen Anschauen und kritischen Diskutieren von Filmen sowie dem Studieren von Techniken und der Geschichte der Siebten Kunst treffen.

Analog zu den berühmten Regisseur:innen der französischen *Nouvelle Vague*, denen der Kulturwissenschaftler Walter eine „autodidaktische Auffassung von kinematographischer Selbstverwirklichung“ (Walter 2004, S. 118) attestiert, gehen auch viele der jungen Cineasten aus der Baixada Fluminense, sei es aus einer bewussten Entscheidung heraus oder – im Unterschied zur *Nouvelle Vague* – aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen, einen alternativen Ausbildungsweg der eigenen ‚Anschauung‘ und des *Learning by doing*.

Bei den meisten Produktionen der Szene handelt es sich um Independent-Werke, die mit geringsten finanziellen Mitteln realisiert werden und sich den gängigen Konventionen des Filmemachens widersetzen. Im Zentrum stehen oft schwarze Protagonist:innen und Repräsentant:innen diverser Minderheiten, Homo- und Transsexuelle oder Angehörige afrobrasilianischer Religionen wie des Candomblés.

24 Duque de Caxias und Nova Iguaçu gehören mit 929.449 (Duque de Caxias, vgl. <https://cidades.ibge.gov.br/brasil/rj/duque-de-caxias/panorama>, Zugriff: 06.10.2021) bzw. 825.388 (Nova Iguaçu, <https://cidades.ibge.gov.br/brasil/rj/nova-iguacu/panorama>, Zugriff: 06.10.2021) Einwohner:innen zu den bevölkerungsreichsten Städten der Metropolregion Rio de Janeiro. Im Jahr 2000 lag der Human Development Index (HDI) vor Ort noch bei 0,601 (<https://cidades.ibge.gov.br/brasil/rj/duque-de-caxias/pesquisa/37/30255?ano=2000>, Zugriff: 06.10.2021) bzw. 0,597 (<https://cidades.ibge.gov.br/brasil/rj/nova-iguacu/pesquisa/37/30255?ano=2000>, Zugriff: 06.10.2021). Nova Iguaçu war im Gründungsjahr des genannten Filmclubs (2005) Schauplatz des bis dahin größten Polizei-Massakers in der Geschichte des Bundesstaates Rio de Janeiro („Chacina da Baixada Fluminense“), bei dem in einem Akt der Willkür 29 unschuldige Menschen von Polizisten hingerichtet wurden (vgl. <https://agenciabrasil.ebc.com.br/direitos-humanos/noticia/2015-03/caminhada-marca-dez-anos-da-chacina-da-baixada-e-pede-acao-contra>, Zugriff: 06.10.2021).

Nicht wenige Künstler:innen und Kunstproduzent:innen, deren Wurzeln in den Filmclubs der *Baixada* liegen, nehmen mit ihren visionär-experimentellen und politisch hochrelevanten Arbeiten heute an internationalen Festivals in Europa und den USA teil und können als Vorreiter der weltweiten *Black lives matter*-Bewegung betrachtet werden. Dennoch sieht sich der audiovisuelle Produktionsstandort Baixada Fluminense im Vergleich zur Stadt Rio de Janeiro mit ihrem weltberühmten Postkarten-Panorama im Hinblick auf finanzielle Investitionen durch staatliche Kulturförderinstitutionen bis heute stark benachteiligt (vgl. baixadafilma.com.br).

Als Beispiel für das engagierte Schaffen der Schwarzen Filmemacher:innen aus der Baixada Fluminense soll im Folgenden die junge Regisseurin Yasmin Thayná präsentiert und ihr Kurzfilm *Kbela* (2015) näher untersucht werden.²⁵

5.2.2 Der Kurzfilm *Kbela* (2015) von Yasmin Thayná

Schwarze Artistin aus Erfahrung: Die Filmemacherin und Afroflix-Gründerin Yasmin Thayná

Die junge Filmemacherin, Drehbuchautorin und Regisseurin Yasmin Thayná wurde 1993 in der Stadt Nova Iguaçu in der Baixada Fluminense geboren und wuchs als Tochter eines Maurers und einer Hausangestellten in armen Verhältnissen in der Favela Vila Iguaçuana (Santa Rita) auf.²⁶ Bereits als Jugendliche begann sie sich journalistisch zu betätigen und beteiligte sich mit sechzehn Jahren an den ersten Kurzfilmproduktionen. Als wegweisend für ihre Entwicklung als Filmemacherin bezeichnet sie selbst den Besuch der *Escola Livre de Cinema de Nova Iguaçu* (ELC), einer freien Filmschule, die 2006 inmitten einer von Gewalt und prekären Lebensverhältnissen geprägten Umgebung in Nova Iguaçu gegründet wurde und eng mit den *Cineclubes Buraco do Getúlio* und *Mate com Angu* zusammenarbeitet.²⁷ Als Aktivistin beteiligt sie sich an diversen Aktionen der Schwarzen Community im Großraum Rio de Janeiro und ist Gründerin der Online-Plattform „Afroflix“²⁸.

25 Neben *Kbela* (2015) wurden im Rahmen von *ArtResist 2021* auch der Kurzfilm *Joãozinho da Gomeia – o rei do Candomblé* (2020) sowie der experimentelle Dokumentarfilm *Eu sou o Rio* (2018) präsentiert, die ebenfalls von Filmemacher:innen bzw. mit Schauspieler:innen aus der Baixada Fluminense realisiert wurden.

26 Vgl. <https://www.geledes.org.br/yasmin-thayna-cineasta-negra-com-orgulho/> [Zugriff: 06.10.2021]

27 <http://escolalivredecinemani.com.br/sobre/> [Zugriff: 06.10.2021]

28 Angelehnt an den kommerziellen Streaming-Dienst Netflix, handelt es sich bei „Afroflix“ um eine brasilianische Online-Plattform, die audiovisuelle Inhalte zugänglich macht. Sämtliche Produktionen, die auf der Plattform zur Verfügung gestellt werden, unterliegen dabei der Bedingung, dass mindestens eine Schwarze Person an der technischen und/oder künstlerischen Produktion des Films beteiligt ist, vgl. <http://www.afroflix.com.br/> [Zugriff: 06.10.2021]

„Ein audiovisuelles Erlebnis von Schwarzen Frauen [...] über Schwarze Frauen“: Thaynás Kurzfilm *Kbela* (2015)

Der im Jahr 2015 unter der Regie von Thayná produzierte und durch eine Crowdfunding-Aktion finanzierte Kurzfilm *Kbela* wurde zu zahlreichen nationalen und internationalen Filmfestivals eingeladen und mit einer Reihe von Auszeichnungen prämiert.²⁹ Entstanden als „ein audiovisuelles Erlebnis, das in Zusammenarbeit von Schwarzen Frauen über Schwarze Frauen produziert wurde“ (kbela.org), kann der Film als ein Projekt des Empowerments und des Kampfs gegen Rassismus und Frauenfeindlichkeit zugleich betrachtet werden.

Kbela thematisiert Erfahrungen der Diskriminierung, denen Schwarze Frauen aufgrund bestimmter körperlicher Merkmale immer wieder ausgesetzt sind – und wie sich diese Erfahrungen auf das Selbstbild der Frauen auswirken. Am Beispiel des Afro-Haares führt er vor Augen, wie rassistische Sicht- und Verhaltensweisen der Umgebung von Betroffenen verinnerlicht werden und sich in Formen der Selbstablehnung und Autoaggression widerspiegeln.³⁰

Gleich eine der ersten Einstellungen zeigt in Großaufnahme den abgeschnittenen Kopf einer (lebenden) jungen Frau, der auf einem Holztisch liegt und dessen Haar von einem daneben stehenden kopflosen Frauenkörper mit Essig, Öl und Mayonnaise bearbeitet wird. Die Übereinstimmung zwischen der Farbe des Lippenstifts und des Kragens des ‚Kopfes‘ mit der Farbe des Kostüms, welches der Frauenkörper trägt, legt nahe, dass es sich dabei um dieselbe Person handelt, die sich selbst enthauptet hat, um mit absurden Techniken das eigene Haar zu bearbeiten. In ihrer makabren Metaphorik bringt die sich wiederholende Szene damit den gewaltsamen Umgang Schwarzer Frauen mit dem eigenen Körper zum Ausdruck, der auf der Verinnerlichung eines gesellschaftlich vorherrschenden, *weißen* Schönheitsideals beruht.

Die unerfüllbare Sehnsucht, *weiß* zu werden, die daraus resultiert, wird in *Kbela* auch in eindrücklichen Nahaufnahmen Schwarzer Protagonist:innen illustriert, deren Haut von einer dicken weißen Pomade bedeckt ist [04:39] – Einstellungen, mit denen Yasmin Thayná offensichtlich Bezug nimmt auf ein wichtiges Referenzwerk postkolonialer Theorie, Frantz Fanons *Peau noire, masques blancs* (1952). Die seelischen Auswirkungen des ablehnenden Umgangs Schwarzer Frauen mit dem eigenen Körper werden in dem Kurzfilm auch durch das wiederholt auftretende

29 Der Film wurde u.a. beim „Internationalen Filmfestival Rotterdam“ (IFFR) und dem „FESPACO“ (Festival panafricain du cinéma et de la télévision de Ouagadougou), dem größten Filmfestival des afrikanischen Kontinents, gezeigt. Er erhielt u.a. den Preis für den besten Kurzfilm der afrikanischen Diaspora der „Africa Movie Academy“ (AMAA Awards), vgl. <https://www.amaa-awards.com/amaa-2017-award-winners> [Zugriff: 06.10.2021].

30 Der Kurzfilm *Kbela* ist inspiriert von eigenen Erfahrungen der Regisseurin als Schwarze Brasilianerin, die seit dem 6. Lebensjahr ihr Haar mit Chemikalien bearbeitete, um es zu glätten und damit nicht dem Mobbing der Klassenkameraden ausgesetzt zu sein, vgl. <https://www.geledes.org.br/yasmin-thayna-cineasta-negra-com-orgulho/> [Zugriff: 06.10.2021]

Motiv über den Kopf gestülpter Plastik- und Papiertüten visualisiert, aus denen sich Frauenkörper verzweifelt zu befreien suchen, um nicht zu ersticken (vgl. u.a. [04:24]). Auf akustischer Ebene wird der durch die Gesellschaft an den Frauen verübte Psychoterror durch eine Überlagerung sich wiederholender, entmenslichender Schimpfwörter („schlechtes Haar! Mestize! Großer Mund! Klobesen-Haar! Affe!“) mit dissonanten Jazz-Elementen zum Ausdruck gebracht (vgl. [01:34]). Doch das Werk von Yasmin Thayná bleibt nicht beim Aufzeigen rassistischer Mechanismen und ihrer Auswirkungen stehen. Vielmehr zeigt der Film auch Optionen einer selbstbewussten Auferstehung Schwarzer Frauen aus diesem Albtraum und damit einen Weg des Empowerments auf. Dieser besteht nicht nur in der Vereinigung mit anderen Frauen gleichen Schicksals, sondern auch in einer Rückbesinnung auf die afrikanischen Wurzeln der eigenen kulturellen Identität. Anschaulich illustriert wird dies etwa in einer Einstellung, in der eine Gruppe nackter Schwarzer Frauen, deren Körper nicht dem westlichen Schönheitsideal der mageren, *weißen* Frau mit langem, glattem Haar entsprechen, sich in achtsamer Berührung gegenseitig hilft, die weiße Farbe von ihrem Körper zu entfernen (vgl. [06:46]). Am Ende des Films steht beim gemeinsamen Tanz zu afrikanischen Rhythmen die Zelebrierung der eigenen Herkunft – auch wenn die Frage, wo diese genau zu verorten ist, nicht ganz geklärt ist. Dies zeigt der Auszug aus dem eingespielten Song: „Afrika – wo ist es? Dein Königsthron – wo ist er? Herrin des Königshauses – wo ist es? Mutter des Rohstoffs – wo ist er? – Es wird das ganze Leben brauchen, um dir zu danken“ (vgl. [15:55] ff.).

5.3 Künstlerische Trans:-Identitäten in Rios Underground

5.3.1 Trans:-Kunst als Widerstand gegen zunehmende Hetze und transphobe Gewalt

Eine spezifische Bewegung des künstlerischen Widerstands, die sich im Rahmen des Auswahlprozesses für das Projekt *ArtResist 2021* herauskristallisiert hat, stellt auch die Trans:-Künstler:innen-Szene aus Rio de Janeiro dar. So wurden mehrere Bewerbungen von Kunstschaffenden eingereicht, die sich entweder selbst ausdrücklich als Trans:-Künstler:innen bezeichnen oder die aufgrund bestimmter biografischer Informationen und inhaltlich-thematischer Motive dieser Kategorie zugeordnet wurden. Die Schreibweise Trans: findet seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend Verwendung für Personen, die „sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde“ (Robinet 2021) und sich je nach eigener Positionierung als „transsexuell, transgender, transgeschlechtlich, trans:“, Personen mit transsexueller oder transidentischer Vergangenheit oder einfach als Mann oder Frau“ (ebd.) verstehen. Viele dieser Menschen lassen im Laufe ihres Lebens „ihr Geschlecht durch medizinische Maßnahmen (Hormone und/

oder Operationen) und juristische Maßnahmen (Personenstands- und/oder Vornamensänderung) angleichen“ (ebd.).

In der brasilianischen Gesellschaft sehen sich sexuelle Minderheiten und insbesondere Trans:-Personen zunehmend Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Denn entgegen des international verbreiteten Stereotyps von der brasilianischen als einer besonders freizügigen und toleranten Gesellschaft und im Widerspruch zu einer vergleichsweise liberalen Gesetzgebung, nimmt die Akzeptanz nicht-heterosexueller Identitäten in Brasilien immer mehr ab. Einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahre 2017 zufolge erlebte Brasilien bereits in den Jahren vor Amtsantritt des als homo- und transphob bekannten Präsidenten Bolsonaro eine Welle von Gewaltverbrechen an Homo- und Transsexuellen – eine Tendenz, die sich seit seiner Machtübernahme verschärft hat (vgl. Rybak 2017). Neben der Polizei haben daran dem Bericht zufolge vor allem auch konservative Politiker und evangelikale Prediger:innen, die in den vergangenen Jahrzehnten enorm an Einfluss gewonnen haben, einen entscheidenden Anteil, da sie oftmals offen gegen sexuelle Minderheiten und Transgender hetzen und dazu weitverbreitete Medienkanäle nutzen, die unter ihrem Einfluss stehen (ebd.).

Angesichts dieser gesamtgesellschaftlichen Lage sind die selbstbewusste Positionierung und der Widerstand gegen eine Welle der Diskriminierung für Trans:-Künstler:innen in Brasilien von besonderer Dringlichkeit. In ihren künstlerischen Arbeiten thematisieren sie unter anderem die Auseinandersetzung mit heteronormativen Rollenbildern und familiären wie gesellschaftlichen Erwartungen oder (historische) Gewalterfahrungen.

Durch ihre dekoloniale Herangehensweise, mit der sie die intersektionale Verknüpfung der Kategorien Hautfarbe, Geschlecht und Klasse thematisiert, nimmt die Künstlerin Bruna Kury eine besondere Stellung in Hinblick auf den Widerstand der Trans:-Künstler:innen ein. Ihr Schaffen soll daher im Zentrum des folgenden Kapitels stehen.

5.3.2 Die audiovisuelle Collage von Bruna Kury

Bruna Kury: ‚Anarchotransfeministin‘ und Multikünstlerin³¹

Bruna Kury ist eine brasilianische Performerin, Bild- und Klangkünstlerin und Autorin aus Rio de Janeiro, die sich selbst als „Anarchotransfeministin“ bezeichnet (vgl. Kury 2021). Sie positioniert ihre Arbeiten sowohl auf dem institutionellen Kunstmarkt als auch in Randproduktionen. Ihre Kreationen thematisieren Gender-, Klassen- und ‚Rassen‘-Fragen und wenden sich gegen ein patriarchales und

31 Die Informationen über die Künstlerin wurden z.T. ihrer Homepage unter <https://brunakury.weebly.com> [Zugriff: 06.10.2021] entnommen, z.T. gehen sie auch aus dem direkten Kontakt mit der Künstlerin im Rahmen des Projekts *ArtResist 2021* hervor.

heteronormatives System, in dem nicht-heteronormative Identitäten diskriminiert werden. Neben individuellen Produktionen war sie schon an unterschiedlichen Kollektiven beteiligt und wurde zu diversen Künstlerresidenzen in Brasilien und anderen süd- und mittelamerikanischen Ländern eingeladen.

Die Kolonisation des Körpers

Bruna Kurys Videokunstarbeit ohne Titel³², die in der Ausstellung *ArtResist 2021* zu sehen war, entstand 2020 im Rahmen des Berliner Projekts KUIR³³. Die Künstlerin setzt sich darin mit der intersektionalen Verknüpfung von Rassismus und Transphobie auseinander. Beide Formen der Menschenfeindlichkeit gehen dem Kunstwerk zufolge auf den Prozess der Kolonialisierung zurück. Dieser habe nicht nur zu medizinischen Experimenten mit Schwarzen Körpern geführt, sondern auch zur bis heute andauernden Pathologisierung und „Zwangsheterosexualisierung“ [01:58] von Trans:-Personen.

Kurys audiovisuelle Collage kann als Versuch gelesen werden, rassistische und transphobe Sichtweisen zu dekonstruieren. Dazu lädt sie den:die Zuschauer:in gleich in der ersten Einstellung ihres neuneinhalbminütigen Videos zu einem Gedankenexperiment ein. Während sie ihn:sie auf visueller Ebene in das Innere einer Arterie versetzt, stellt eine Stimme aus dem ‚Off‘ die rhetorische Frage: „Und wenn wir die Kolonialisierung als unkontrollierte Infektion des Systems sehen würden?“ Nicht die Transsexualität, sondern den Kolonialismus selbst stellt sie damit als eine Krankheit dar.³⁴ Die Folgen dieser Krankheit wirken bis in die Gegenwart hinein nach, wie die Stimme aus dem ‚Off‘ weiter erklärt: „Die Pathologisierung von Identitäten, die nicht der Norm entsprechen, ist eine Konstante im kapitalistischen System“ [01:24].

Den:Die Zuschauer:in, der:die Teil des ‚infizierten‘ Gesellschaftssystems ist, fordert Kury auf, seine:ihre Komfortzone zu verlassen und das „eigene Sehen zu reflektieren“ (Hoenes 2014, S.160). Bereits im Paratext des Videos wird vor unangenehmen Seh-Erfahrungen gewarnt: „Ich weise Menschen mit Fotosensibilität darauf hin: Enthält Sequenzen mit Lichtblitzen“ [00:11]. Die schmerzhaften Auswirkungen des Umgangs mit nicht-weißen und nicht-normativen Körpern in der kapitalistischen Gesellschaft werden dem:der (weißen und heteronormativen) Zuschauer:in beim Betrachten des Kunstwerks geradezu physisch durch grelle Lichter und Lichtblitze, aber auch durch eine extrem hohe Schnittgeschwindigkeit zwischen einzelnen Einstellungen nahegebracht.

32 In Hinblick auf den (nicht vorhandenen) Titel der Video-Arbeit kommentiert Brunna Kury: „Ich glaube, dass die Werke, die ich komponiere, an sich bereits genug Kraft besitzen, auf die die Aufmerksamkeit gerichtet werden sollte“ (vgl. EXU 2021c, [00:24]-[00:28] [Zugriff: 06.10.2021]).

33 <https://www.kuirpoetry.com/about> [Zugriff: 04.10.2021]

34 Transsexualität wurde erst 2018 von der Liste psychischer Krankheiten von der Weltgesundheitsorganisation gestrichen (vgl. Robinet 2021).

Durch Einspielung (vermeintlicher) Hardcore-Porno-Szenen, die Performances der Künstlerin entnommen sind und bewusst die Grenzen des ‚guten Geschmacks‘ überschreiten, führt sie den konservativen Betrachter an den Rand des Erträglichen, um ihm die Schattenseiten eines auf Ausgrenzung des ‚Anderen‘ beruhenden Systems erfahrbar zu machen. Begleitet werden diese Bilder von z.T. sehr plakativen Einblendungen wie „Racial and gender hygienism is the world war“ [05:11] oder „The gentrification of the world is white and colonial“ [04:58], die dem Kunstwerk stellenweise den Charakter eines Manifests verleihen.

Zugleich beweist die Künstlerin durch eine Aufzählung diverser historischer Daten (vgl. [06:34] ff.) zu medizinischen Versuchen *weißer* Wissenschaftler mit Schwarzen Körpern und zum Umgang der Weltgesundheitsorganisation mit Transsexualität (vgl. [07:50] ff.) als Stimme aus dem ‚Off‘ historisches Faktenwissen, das ihre These argumentativ untermauert und ihrem Video teilweise geradezu didaktischen Charakter gibt.

Die intersektionale Verbindung der Kategorien *Race und Gender* veranschaulicht Kury auf visueller Ebene, indem sie historische Schwarz-Weiß-Fotografien Schwarzer Körper in eine Reihe stellt mit zeitgenössischen Aufnahmen des eigenen Körpers. Während die historischen Aufnahmen an die wissenschaftliche ‚Vermessung‘ Schwarzer Menschen zur Zeit des Kolonialismus erinnern, wird der eigene Trans:-Körper, in den Spritzen eingeführt werden, als medizinisches Versuchsobjekt der Gegenwart inszeniert.

In einer transphoben und rassistischen Gesellschaft, in der der Kolonialismus bis heute nachwirkt, mag Bruna Kurys audiovisuelle Collage von mancher:in Betrachter:in als radikale Provokation und geschmacklose Selbstentäußerung empfunden werden. Die Videoarbeit kann aber auch als kraftvolles und hochpolitisches Zeugnis des Widerstands gegen den gewaltvollen Umgang mit nicht-*weißen* und nicht der Norm entsprechenden Identitäten verstanden werden.

6 Fazit

Angesichts der zunehmenden Gewalt gegenüber diversen Minderheiten in der brasilianischen Gesellschaft, einer breit angelegten Demontage des Kultursektors seit dem Impeachment der demokratisch gewählten Präsidentin Rousseff und eines offiziell von Vertretern der Regierung Bolsonaro angekündigten ‚Kulturkampfes‘, ist es von besonderer Bedeutung, nicht nur diese undemokratischen Ereignisse über die Landesgrenzen hinweg bekannt zu machen, sondern auch Widerstand dagegen zu leisten.

Der vorliegende Artikel hat gezeigt, dass es engagierte Brasilianer:innen gibt, die sich nicht durch die rechtsextreme Regierung ihres aktuellen Präsidenten repräsentiert sehen und sich mit ihrem mutigen Eintreten für Demokratie und kulturelle Vielfalt mit künstlerischen Mitteln bewusst dessen diskriminierender Propaganda widersetzen.

Die alternative Künstler:innen-Szene aus Rio de Janeiro, die im Zentrum des Projekts *ArtResist 2021* stand, hat in der brasilianischen Gesellschaft mit ihrem elitären Kunstmarkt de facto eine geringe Sichtbarkeit und bleibt auch in der Forschung weitestgehend unberücksichtigt.

Die Bedeutung der in diesem Artikel beleuchteten ästhetisch-kulturellen Bewegungen und Kunstwerke besteht jedoch nicht in der Zahl ihrer Rezipient:innen oder ihrem Marktwert. Vielmehr stellen diese künstlerischen Arbeiten, gemacht von Marginalisierten über Marginalisierte, von Schwarzen über Schwarze, von Transsexuellen über Transsexuelle, authentische Zeugnisse der aktuellen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Konflikte im größten Land des lateinamerikanischen Kontinents dar. Sie zeugen vom starken Selbstbewusstsein und kreativen Innovationspotenzial junger Afrobrasilianer:innen und Transsexueller, die sich die Kunst in autodidaktischen Prozessen als Werkzeug des Empowerments und der politischen Mitbestimmung angeeignet haben.

Vielleicht ist der künstlerische Widerstand aus dem ‚Underground carioca‘ nicht in der Lage, die politischen Verhältnisse tatsächlich zu verändern. Sicher aber verändert er das subjektive Erleben dieser Menschen selbst, die sich Rassismus und Transphobie nicht mehr ohnmächtig ausgeliefert sehen, sondern ihnen starke Statements entgegenstellen. Damit können sie – nicht nur in Brasilien, sondern auch in Deutschland – zugleich Vorbild für andere Menschen sein, die sich von rassistischen und transphoben Ideologien bedroht sehen und auf der Suche nach neuen Identitätswürfen und rebellischen künstlerischen Ausdrucksformen sind.

Literatur

- Alves de Souza, Marilene. 2019. Brasiliens Hölleinsturz nach einem Gewitter namens Bolsonaro. *Brasilicum* 255: S. 4-6.
- Barbalho, Alexandre. 2017. Em tempos de crise. O MinC e a politização do campo cultural brasileiro. *Políticas Culturais em Revista* 10 (1): S. 23-46.
- Barbalho, Alexandre. 2018. Política cultural em tempo de crise: o Ministério da Cultura no Governo Temer. *Revista de Políticas Públicas* 22 (1): S. 239-260.
- Bastide, Roger. 1985. *As religiões africanas no Brasil*. São Paulo: Livraria Pioneira Editora.
- Berghausen, Nadine. 2018. Afrofuturismus. Mehr als schwarze Science-Fiction. <https://www.goethe.de/de/m/kul/ges/eu2/pog/21343983.html> Zugriff: 16.07.2021.
- Bogerts, Lisa. 2017. Ästhetik als Widerstand. Ambivalenzen von Kunst und Aktivismus. *Peripherie* 145 (37): S. 7-28.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. 2021. Krise führt zu politischem Richtungswechsel. <https://www.bmz.de/de/laender/brasilien/politische-situation-10928>. Zugriff: 09.09.2021.
- Caixa Cultural, Hrsg. 2015. *Afrofuturismo. Cinema e música em uma diáspora intergaláctica*. São Paulo.
- Calabre, Lia. 2020. A arte e a cultura em tempos de pandemia: Os vários vírus que nos assolam. *Revista Extrapensa* 13 (2): S. 7-21.
- Cardoso, Rafael. 2020. Kulturkampf in Brasilien. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5661920> Zugriff: 06.10.2021.
- Cerqueira, Daniel, Renato Sérgio de Lima, Samira Bueno et al. 2019, *Atlas da Violência 2019*. Hrsg. Fórum Brasileiro de Segurança Pública. https://forumseguranca.org.br/publicacoes_posts/atlas-da-violencia-2019/ Zugriff: 10.10.2021.
- Costa, Sérgio. 2020. Eine „unparteiische Schule“? Politische Bildung nach dem Rechtsruck in Brasilien. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 14-15: S. 41-45.
- De Paula, Marilene. 2020. Es geht tief unter die Haut: Rassismus und Polizeigewalt in Brasilien. <https://www.boell.de/de/2020/08/05/es-geht-tief-unter-die-haut-rassismus-und-polizeigewalt-brasilien> Zugriff: 06.10.2021.
- Dery, Mark. 1994. Black to the future. In *Flame Wars: The Discourse of Cyberculture*, Hrsg. Mark Dery, Durham: Duke University Press: S. 179-222.

- Dias Carneiro, Júlia. 2018. ‚Queermuseum‘, a exposição mais debatida e menos vista dos últimos tempos, reabre no Rio. <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-45191250> Zugriff: 06.10.2021.
- EXU e.V.. 2021a. Bruno Zagri über sich selbst und sein kreatives Schaffen. <https://artresist.org/artresist-ausstellung/bruno-zagri> Zugriff: 06.10.2021.
- ders. 2021b. Sol Shakur über sich und ihre Kunst. <https://artresist.org/artresist-ausstellung/sol-shakur> Zugriff: 06.10.2021.
- ders. 2021c. Bruna Kury über sich und ihre Kunst. <https://artresist.org/artresist-ausstellung/bruna-kury> Zugriff: 06.10.2021
- Freelon, Kiratiana. 2018. Why Brazilians are Embracing Afrofuturism. <https://www.okayafrica.com/why-brazilians-are-embracing-afrofuturism/> Zugriff: 10.10.2021.
- Fuccile, Alexandre. 2020. Brasil, Jair Bolsonaro y el COVID-19. http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/rielcano_es/contenido?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/elcano/elcano_es/zonas_es/ari50-2020-fucille-brasil-jair-bolsonaro-y-el-covid-19 Zugriff: 06.10.2021.
- Hama, Lia. Yasmin Thayná, cineasta negra com orgulho. <https://www.geledes.org.br/yasmin-thayna-cineasta-negra-com-orgulho/> Zugriff: 06.10.2021.
- Herriger, Norbert. 2015. Empowerment. Schatzsuche in urbanen Räumen. In *Artivismus. Kunst und Aktion im Alltag der Stadt*, Hrsg. Lilo Schmitz, 21-26. Bielefeld: transcript.
- Hoenes, Josch. 2014. Nicht Frosch – nicht Laborratte: Transmännlichkeiten im Bild: *Eine kunst- und kulturwissenschaftliche Analyse visueller Politiken*. Bielefeld: transcript.
- Hofbauer, Andreas. 2002. Candomblé. Der Weg einer ethnischen Religion ins globale Zeitalter. *Anthropos* (97/2002): S. 127-145.
- Kammer, Alena. 2020. Abholzung im Amazonasgebiet steigt um 85 Prozent. https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-01/amazonas-brasilien-regenwald-jair-bolsonaro-abholzung-wald?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F Zugriff: 19. Juli 2020.
- Kbela*. 2021. <http://kbela.org/> Zugriff: 06.10.2021
- Klein, Nikolas Magnus. 2014. *Die brasilianische Wirtschaft: Eine Beurteilung der Ursachen des gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwungs*. Hamburg: Diplomica Verlag GmbH.
- KUIR.2021. <https://www.kuirpoetry.com/about> Zugriff: 06.10.2021.

- Kury, Bruna. 2021. Anarcatravesti. <https://brunakury.weebly.com/> Zugriff: 06.10.2021.
- Leuschner, Hannes. 2016. Ai é orixá! – Zur Frage nach der Authentizität der Inkorporierung außermenschlicher Entitäten im candomblé. *Zeitschrift für Anomalistik* 16: S. 64-84. Manifesto a baixada filma. <http://baixadafilma.com.br/> Zugriff: 06.10.2021.
- Mensch, Anna Carina. 2021. *ArtResist 2021*. Kunst und Widerstand in der Underground-Szene Rio de Janeiros. Ein Projekt von EXU-deutsch-brasilianischer Verein für Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung e.V. In: *ArtResist 2021. Ausstellungskatalog*. Saarbrücken: Blattlaus Verlag, S.??.
- Mitry, Jean. De l'origine des Ciné Clubs. In: *1895, Revue d'histoire du cinéma* (3/1987), S.7-14.
- Mohamed, Sabine. 2022. „Schwarz“, in: Wörterbuch. Hrsg. Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung. <https://diversity-arts-culture.berlin/woerterbuch/schwarz> Zugriff: 15.05.2022
- Niklas, Jan; Giannini, Alessandro; Maia, Gustavo. 2019. Roberto Alvim convoca ‚artistas conservadores‘ para criar uma ‚máquina de guerra cultural‘. *O Globo*, 18. Juni 2019
- Pérez, Olivia Cristina. 2021. Sistematização crítica das interpretações acadêmicas brasileiras sobre as Jornadas de Junho de 2013. *Revista Izquierdas* (50/Juni 2021): S. 1-16.
- Quiroga Stöllger, Yesko. 2013. Brasilien: sozialer Fortschritt, demokratische Unruhe und internationaler Geltungsanspruch. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ) 50-51: S. 19-24.
- Robinet, Jayrôme C. 2021. Trans. *Wörterbuch*. Hrsg. Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung. www.diversity-arts-culture.berlin/woerterbuch/trans Zugriff: 06.10.2021.
- Rubim, Antônio Albino Canelas. 2020. La acción político-cultural de la administración Messias Bolsonaro. *Alteridades* (30/60): S. 9-20.
- Rybak, Andrzej. 2017. Schwul, verhasst und ausgegrenzt. *Amnesty Journal. Das Magazin für die Menschenrechte* (02/03): ??.
- Sant'Anna de Medeiros, Cristiano; Souza Silva, Isadora. 2020. Pensando diferença religiosa no combate ao racismo religioso. *PLURA, Revista de Estudos de Religião* (11, 1): S. 128-143.

- Schmitt, Alessandra, Maria Cecília Manzoli Turatti und Maria Celina Pereira de Carvalho. 2002. A atualização do conceito de quilombo: identidade e território nas definições teóricas. *Revista Ambiente e Sociedade* (10): S. 1-6.
- Schmitz, Lilo. 2005. Einleitung. In *Artivismus. Kunst und Aktion im Alltag der Stadt*, Hrsg. Lilo Schmitz, 21-26. Bielefeld: transcript: S. 21-26
- Stausberg, Hildegard. 2011. Brasilien ist die Wirtschaftsmacht der Zukunft. <https://www.welt.de/dieweltbewegen/article13665169/Brasilien-ist-die-Wirtschaftsmacht-der-Zukunft.html> Zugriff: 06.10.2021.
- Travae, Marques. 2019. Afrofuturism in Brazil: Unite Technology with Ancestral Tradition. <https://blackbraziltoday.com/afrofuturism-in-brazil-unite-technology-with-ancestral-tradition/>
- Vieira Santana, Carlos Henrique. 2016. Der Zusammenbruch der brasilianischen Demokratie. <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/der-zusammenbruch-der-brasilianischen-demokratie> Zugriff: 06.10.2021.
- Walter, Klaus Peter. 2004. Kino und Spielfilm. In *Französische Kultur- und Medienwissenschaft. Eine Einführung*, Hrsg. Hans-Jürgen Lüsebrink/Klaus Peter Walter/Ute Fendler u.a.. 2004. Tübingen: Gunter Narr Verlag: S. ??.
- Womack, Ytasha. 2013. *Afrofuturism: the world of black sci-fi and fantasy culture*. Chicago: Chicago Review Press.
- Zilla, Claudia. 2020. Corona-Krise und politische Konfrontation in Brasilien. Der Präsident, die Bevölkerung und die Demokratie unter Druck. *SWP-Aktuell* 53: S. 1-8.

Autor:innen

Franziska Brachmann, Masterandin des Studiengangs „Interkulturelle Kommunikation“ an der Universität des Saarlandes sowie Absolventin des binationalen Bachelorstudiengangs Deutsch-Französische Studien: Kultur und Institutionen an der Universität Regensburg und der Université Clermont-Auvergne.

Ines Casper, Absolventin des Masterstudiengangs Deutsch-Französische Studien: Grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation an der Universität des Saarlandes, der Université de Lorraine und an der Université du Luxembourg, ines_casper@t-online.de

Ulrike Dausend, Geschäftsführung Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e. V., Programmkoordination „Eine Welt-PromotorInnen Saarland“, ulrike.dausend@nes-web.de

Mara-Louise Günzel, Absolventin des Masterstudiengangs Deutsch-Französische Studien: Grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation an der Universität des Saarlandes, der Université de Lorraine und an der Université du Luxembourg, mara.guenzel@gmail.com

Reinhard Klimmt, Publizist, ehemaliger SPD-Politiker, reinhard.klimmt@t-online.de.

Florian Ludwig Lisson, M.A., Wissenschaftliche Hilfskraft bei Univ.-Prof. Dr. Hans-Jürgen Lüsebrink (Seniorprofessor für romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation, Universität des Saarlandes), florian.lisson@uni-saarland.de

Hans-Jürgen Lüsebrink, Univ.-Prof. Dr., Seniorprofessur für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation an der Universität des Saarlandes, luesebrink@mx.uni-saarland.de

Élodie Malanda, PhD, Humboldt Alumni, Assistant Professor für Kinder- und Jugendliteratur an der Tilburg University (Niederlande). Ihre Forschungsinteresse gilt postkolonialen Dynamiken im kinderliterarischen Feld. 2020-2022 forschte sie als Postdoktorandin an der Seniorprofessur für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation an der Universität des Saarlandes zu literarischem Aktivismus und afrodiasporischer Kinder- und Jugendliteratur, e.malanda@tilburguniversity.edu

Anna Carina Mensch, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sprachen und Mehrsprachigkeit (ISM) der Universität des Saarlandes und Vorsitzende von EXU - deutsch-brasilianischer Verein für Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung e.V., anna.mensch@uni-saarland.de

Gérard Noiriel, Directeur d'Études émérite (Professor) für Geschichtswissenschaft an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (EHESS) in Paris, noiriel@ens.fr

Luitpold Rampeltshammer, Dr. rer. pol., Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Universität des Saarlandes, Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung, l.rampeltshammer@mx.uni-saarland.de

Lutz Raphael, Seniorforschungsprofessor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Trier, raphael@uni-trier.de

Axel Redmer, Jurist und Landrat a. D., so.ax.redmer@t-online.de

Franziska Treder, Ministerium für Finanzen und Europa des Saarlandes, Referentin und Absolventin des Masterstudiengangs Deutsch-Französische Studien: Grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation an der Universität des Saarlandes, der Université du Luxembourg und der Université de Lorraine, franziskalisatreder@gmail.com.

Nicola Veit, B.A., Wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl Romanische Sprachwissenschaft: Angewandte Linguistik und Didaktik der Mehrsprachigkeit an der Universität des Saarlandes, nicola.veit@uni-saarland.de

Viele Weltregionen sind derzeit von gesellschaftlichen Umbrüchen und tiefgreifenden Transformationen geprägt, gegen die sich Widerstände in der Bevölkerung organisieren, die immer häufiger in kollektive Proteste münden. Es formieren sich aber auch zunehmend Protestbewegungen, um gegen lange währende strukturelle Ungleichheiten, wie sie z.B. durch Rassismus und Neoliberalismus befördert werden, anzukämpfen. Dabei richten sich die Proteste häufig gegen Entscheidungen von staatlichen Einrichtungen oder von Unternehmen.

Die 12 Beiträge dieses Bandes befassen sich mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten von aktuellen Protestbewegungen in interkultureller Perspektive. Dabei stehen Protestbewegungen in Deutschland, Frankreich – im Vergleich zu anderen europäischen Gesellschaften – und Lateinamerika im Zentrum. Einen zentralen Themenbereich des Bandes bilden der deutsch-französische Vergleich von Protestbewegungen seit dem Mai 68 bis zu den *Black-Lives-Matter*- und *Gilts-Jaunes*-Protestbewegungen der Gegenwart und die interkulturellen Bezüge zwischen deutschen und französischen Protestkulturen und ihren medialen Ausdrucksformen.

Die Herausgeber:innen

Ulrike Dausend, M.A., Politikwissenschaft – Soziologie – Spanische Philologie, Geschäftsführerin des Netzwerks Entwicklungspolitik im Saarland (NES) e.V.

Hans-Jürgen Lüsebrink, Prof. Dr., Seniorprofessor für Romanische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation an der Universität des Saarlandes

Luitpold Rampeltshammer, Dr., Soziologe, Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KoWA) der Universität des Saarlandes

